AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 4. Feber 2011 | 1. Stück

1. Einberufung der Synode A. B. und der Generalsynode
2. Kollektenaufruf für den Sonntag Septuagesimae, 20. Feber 2011 — Evangelischer Bund in Österreich
3. Gefängnisseelsorge: Richtlinien 2011
4. Kirchenverfassung — Novelle 2010; Berichtigungen zu ABl. Nr. 188/2010
5. Wahlordnung — Novelle 2010; Berichtigung
6. Kirchliche Verfahrensordnung — Novelle 2010; Berichtigung
7. Versicherungsschutz für Ehrenamtliche — Serviceangebot der Evangelischen Kirche A. u. H. B.
8. Evangelische Kirche A. B. Seelenstandsbericht 2010
9. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis November 2010 mit Vergleichszahlen aus 2009 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
10. Wahl der Gemeindevertretungen
11. Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung; zur Information
12. Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau
13. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach
14. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen, Niederösterreich
15. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Dornbach
16. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding
17. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn am See
18. Bestellung von Mag. Hans Hubmer zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam
19. Bestellung von Mag. Ralf Stoffers zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bregenz
20. Gemeindequoten der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2011
21. Haushaltsplan der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2011

Motivenbericht
Gefängnisseelsorge: Richtlinien 2011
Kirchliche Mitteilung

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

1. Zl. SYN 1; 103/2011 vom 20. Jänner 2011

Einberufung der Synode A. B. und der Generalsynode

Über Beschluss der gemeinsamen Sitzung der Synodalausschüsse A. B. und H. B. vom 28. Oktober 2010 beruft der Evangelische Oberkirchenrat A. u. H. B. hiermit die

6. SESSION DER XIII. GENERALSYNODE

für Dienstag, den **25. Oktober 2011,** nach Leibnitz, Steiermark, ein.

Über Beschluss des Synodalausschusses A. B. vom 28. Oktober 2010 beruft der Evangelische Oberkirchenrat A. B. hiermit die

8. SESSION DER 13. SYNODE A. B.

für Sonntag, den **23. Oktober 2011,** nach Leibnitz, Steiermark, ein.

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

Die 8. Session der Synode A. B. und die 6. Session der Generalsynode werden im Kongress-Saal von Schloss Seggau, Seggauberg 1, 8430 Leibnitz, stattfinden.

Die Tagungen der Synode A. B. und der Generalsynode werden mit einem **Festgottesdienst** am Sonntag, dem **23. Oktober 2011,** eingeleitet.

Die 8. Session der 13. Synode A. B. und die 6. Session der XIII. Generalsynode werden bis Mittwoch, den 26. Oktober 2011, dauern. Nähere Informationen über die Tagesordnung werden den Abgeordneten zur Generalsynode und zur Synode A. B. zeitgerecht zugehen.

Es wird gebeten, bei der Terminplanung der Superintendenzen diese Termine für allfällige Anträge, Nominierungen usw. zu beachten.

Dr. Peter Krömer
Präsident

---

2. Zl. KOL 06; 28/2011 vom 11. Jänner 2011

Kollektenaufruf für den Sonntag Septuagesimae, 20. Feber 2011 — Evangelischer Bund in Österreich

Liebe Schwestern und Brüder!

Warum Christsein und warum evangelischer Christsein? Bei der Beantwortung dieser Fragen will der Evangelische Bund in Österreich Ihr Begleiter sein. Seine Hauptaufgabe ist, die Erkenntnisse der Reformation fortzuführen und für die jeweilige Zeit nutzbar zu machen. Zur Unterstützung dieser Arbeit bittet der Evangelische Bund in diesem Gottesdienst um Ihre Kollekte.

Konkret gehört zu den Aufgaben die Herausgabe der Zeitschrift „Standpunkt“, die viermal im Jahr interessante und aktuelle Beiträge zu Themen des Glaubens, der Kirche und der Ökumene sowie Nachrichten aus dem In- und Ausland bringt.

In regelmäßig abgehaltenen Tagungen und Vorträgen werden Themen aktuell und theologisch fundiert angeboten.

Der Evangelische Bund unterstützt auch die Herausgabe von Büchern zu religiösen und kirchengeschichtlichen Themen sowie evangelische Gemeinden und evangelische Studenten durch Stipendien, Literatur und Schriften.

Ein besonderes Anliegen sind dem Evangelischen Bund in Österreich evangelische Christen in der Diaspora in anderen Ländern. Jedes Jahr werden dafür ausgewählte Projekte unterstützt, wie die evangelischen Schulen in Spanien oder der deutschsprachige Unterricht in der evangelischen Schule in Bratislava.

Die Arbeit des Evangelischen Bundes wird ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Die Kollekte dieses Sonntags ist ein wesentlicher Beitrag dafür. Im Namen des Evangelischen Bundes bitte ich Sie herzlich darum und danke Ihnen für Ihre Gabe.

Ihr

Superintendent Paul Weiland, Obmann

3. Zl. S 11; 118/2011 vom 24. Jänner 2011

Gefängnisseelsorge: Richtlinien 2011

(Motivenbericht siehe Seite 23)

- *In dem Bestreben,*
  - — Menschen, die in Justizanstalten und Polizeigefangenenhäusern betreut oder aus ihnen entlassen werden, und Menschen, die Gefangene und Haftentlassene betreuen, seelsorgerliche Dienste anzubieten,
  - — Gefangenen, Haftentlassenen und deren Angehörigen in diesen besonders schwierigen Lebenssituationen ihren Wert und ihre Würde trotz der Krise wahren zu helfen,
- *in Anerkennung* der Gefangenenseelsorge als eines öffentlichen kirchlichen Dienstes im Sinne des Protestantengesetzes 1961 und der Verfassung der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich,
- *in der Absicht,* die Zusammenarbeit mit allen in Österreich staatlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften zu pflegen, internationale Kooperationen und einen internationalen Austausch einzurichten,

erlässt die Evangelische Kirche A. und H. B. folgende

Richtlinien

für den Dienst aller in der Gefängnisseelsorge tätigen Personen sowie für die Erstellung deren Amtsaufträge:

Voraussetzungen für den Dienst in der Gefängnisseelsorge

Da die Gefängnisseelsorge in einem besonders belastenden Umfeld geleistet wird, haben Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen, zusätzlich zu den allgemeinen Kriterien für ihre Tätigkeit, zu erfüllen

- — an persönlichen Voraussetzungen: den Nachweis der psychischen Belastbarkeit und Sensibilität für sich und für andere;
- — an theologischen Qualifikationen: den Nachweis der Fähigkeit, durch ihr Zeugnis des Evangeliums

konflikthafte Lebenssituationen zu bewältigen und die Symbole und Rituale der christlichen Tradition angemessen einzusetzen;

— an seelsorgerlichen Qualifikationen: den Nachweis einer klinischen oder einer äquivalenten Seelsorgeausbildung, verbunden mit der Bereitschaft zu regelmäßiger Supervision und zu praxisbegleitenden Fortbildungen, einschließlich der für den Justizbereich eingerichteten Informationsveranstaltungen.

Von den Voraussetzungen kann für nebenamtlich tätige Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen vom jeweils zuständigen kirchlichen Organ Dispens erteilt werden.

Dienstauftrag und Dienstorganisation

— Hauptamtliche Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen werden als geistliche Amtsträger bzw. Amtsträgerinnen vom Superintendentialausschuss einer Diözese bestellt oder durch den Superintendentialausschuss einer Diözese als nebenamtliche bzw. ehrenamtliche Seelsorger bzw. Seelsorgerinnen beauftragt.

— Die Besetzung erfolgt nach den allgemeinen Regeln der Bewerbung für und der Besetzung von Pfarrstellen bzw. ehrenamtlichen Beauftragungen.

  Im Amtsauftrag ist der Aufgabenbereich der Seelsorge zu bestimmen, die Zeitspanne der Bestellung oder Beauftragung festzuhalten sowie das Ausmaß der Supervision und der praxisbegleitenden Fortbildung im Einvernehmen mit dem Gefängnisseelsorger oder der Gefängnisseelsorgerin festzulegen. Dabei sind die mit der jeweiligen Anstaltsleitung allenfalls getroffenen Vereinbarungen sowie die Generalvereinbarung der Evangelischen Kirche A. und H. B. mit dem Bundesministerium für Justiz zu beachten. *Vor Beginn der Übernahme des Dienstes ist auch zu vereinbaren, wer in Krankheits- und in anderen Verhinderungsfällen die Vertretung übernehmen wird. Bei Verhinderungen, die länger als eine Woche dauern, ist nicht nur der zuständige Vertreter bzw. die zuständige Vertreterin, sondern auch der zuständige Superintendent bzw. die zuständige Superintendentin und der Sprecher bzw. die Sprecherin zu informieren.*

— Über ihre Arbeit sind die Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen berichtspflichtig; der Sprecher oder die Sprecherin der Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen (letzter Punkt) hat zumindest einmal jährlich dem Oberkirchenrat A. und H. B. zusammenfassend mündlich oder schriftlich zu berichten.

— Zum Zweck der regionalen Vernetzung, der Qualitätssicherung und der Vertretung der Sachanliegen der Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen ist einmal jährlich eine gesamtösterreichische Konferenz abzuhalten. Sie wird vom Sprecher bzw. von der Sprecherin gemeinsam mit dem Beauftragten bzw. der Beauftragten des Oberkirchenrates A. und H. B. (letzter Punkt) einberufen und gemeinsam mit einer gewählten Organisationsgruppe gestaltet. Die Konferenz erstattet Vorschläge über die Verwendung der Mittel des Bundesministeriums für Justiz auf Grund des Generalvertrages mit der Evangelischen Kirche in Österreich.

— Der Besuch der Konferenz ist für die Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen Dienstpflicht.

— Die Entsendung zu internationalen Konferenzen erfolgt durch den Oberkirchenrat A. und H. B., der auch die Kosten der Reise übernimmt. Konferenzberichte sind für andere Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen aufzubereiten und für die Tätigkeit insgesamt nutzbar zu machen.

— Der Oberkirchenrat A. und H. B. bestimmt aus seiner Mitte ein Mitglied als Beauftragten bzw. als Beauftragte für die Gefängnisseelsorge. Die haupt-, neben- und ehrenamtlichen Gefängnisseelsorger und Gefängnisseelsorgerinnen wählen *im Rahmen ihrer gesamtösterreichischen Konferenz für eine Funktionsperiode von vier Jahren aus ihrer Mitte einen Sprecher bzw. eine Sprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin. Die Funktion des Sprechers bzw. der Sprecherin* gilt als integraler Bestandteil der Tätigkeit des Sprechers bzw. der Sprecherin. Dem Sprecher bzw. der Sprecherin kann für die Erledigung administrativer Tätigkeiten eine bezahlte Bürohilfe im Ausmaß von bis zu 40 Stunden jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Richtlinien, ABl. Nr. 100/2007 und 4/2008, treten außer Kraft.

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

4. Zl. G 09; 121/2011 vom 24. Jänner 2011

Kirchenverfassung — Novelle 2010; Berichtigungen zu ABl. Nr. 188/2010

Die Novelle 2010 der Kirchenverfassung, veröffentlicht unter ABl. Nr. 188/2010, wird wie folgt berichtigt:

I.

Art 63 (2) hat zu lauten:

Nach durchgeführter Wahl hat der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der Gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

Art 89 (2) hat zu lauten:

Nach durchgeführter Wahl hat der Präsident oder die Präsidentin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter

des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der Gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

Art 93 (2) hat zu lauten:

Nach durchgeführter Wahl hat der Präsident oder die Präsidentin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der Gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

Die Bestimmungen der **Art 55 (2) 16.** KV sowie **Art 77 (1) 4.** KVsind zu streichen.

Bei **Art 77 (2) 3.** KV ist die Wortfolge „sowie Artikel 89 Abs. 2 und 93 Abs. 2“ zu streichen.

II.

In **Art 53 (3)** haben die Ziffern 5 und 6 folgendermaßen zu lauten:

5. je ein Vertreter oder eine Vertreterin der Evangelischen Jugend, der Frauenarbeit und der Kirchenmusik sowie ein Beauftragter oder eine Beauftragte für die Weltmission.
6. der oder die Zuständige für die Militärseelsorge *(laut ABl. Nr. 188/2010)*

III.

„Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) Die Artikel 17 bis 49 der Kirchenverfassung, Änderung der kirchlichen Verfahrensordnung und der Wahlordnung treten mit 1. Jänner 2011 in Kraft. Die weiteren Änderungen der Kirchenverfassung sind mit Beschluss der Synode A. B. bzw. der Generalsynode vom 26. Oktober 2010 bereits wirksam.

(2) Für die im Amt befindlichen Organe und deren Zusammensetzung gelten die früheren Regelungen bis zum Ende ihrer Funktionsperiode weiter.

(3) Nach Inkrafttreten der Artikel 63 (2), 89 (2) und 93 (2) haben binnen Jahresfrist der Präsident oder die Präsidentin der Synode A. B. bzw. Superintendentialkuratoren oder die Superintendentialkuratorinnen festzustellen, ob bei den derzeitigen Amtsinhabern oder Amtsinhaberinnen im Sinne dieser gesamten Vorschriften die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Amtszeitsbegrenzung im Sinne des Abschnittes A vorlagen oder vorliegen. Ist dies der Fall, ist bei den derzeitigen Amtsinhabern oder Amtsinhaberinnen die Amtszeit im Sinne der nunmehr in Kraft getretenen Regelungen der Artikel 63 (2), 89 (2) und 93 (2) verlängert. Diese Feststellung ist im Amtsblatt kundzumachen.“

5. Zl. G 10; 123/2011 vom 24. Jänner 2011

Wahlordnung — Novelle 2010; Berichtigung

Die Wahlordnung — Novelle 2010 (ABl. Nr. 190/2010) ist mit 1. Jänner 2011 in Kraft getreten.

6. Zl. G 15; 124/2011 vom 24. Jänner 2011

Kirchliche Verfahrensordnung — Novelle 2010; Berichtigung

1. Die Kirchliche Verfahrensordnung — Novelle 2010 (ABl. Nr. 192/2010) — ist mit 1. Jänner 2011 in Kraft getreten.

2. Die Wortfolge „Bei Aufhebung einer Wahl eines Superintendenten oder einer Superintendentin, eines geistlichen Oberkirchenrates A. B. oder einer geistlichen Oberkirchenrätin A. B., eines Bischofes oder einer Bischöfin hat das aufhebende Erkenntnis auch den Ausspruch gemäß Artikel 63 (2), 89 (2) und 93 (2) der Kirchenverfassung zu enthalten“ hat in § 46 (4) zu entfallen.

7. Zl. LK 027; 128/2011 vom 25. Jänner 2011

Versicherungsschutz für Ehrenamtliche — Serviceangebot der Evangelischen Kirche A. u. H. B.

INFORMATIONSBLATT ÜBER DAS
SERVICEANGEBOT DER EVANGELISCHEN KIRCHE A. u. H. B.
ZUM VERSICHERUNGSSCHUTZ FÜR EHRENAMTLICHE
(§ 6 Abs 2 der Ehrenamtsordnung)

Im Hinblick auf § 6 Abs 2 Ehrenamtsordnung und die Verordnung des Oberkirchenrats A. u. H. B. über den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche wurde als Serviceangebot für Pfarrgemeinden und sonstige kirchliche Einrichtungen folgende Ehrenamtlichenversicherung entwickelt:

1. Versicherer

UNIQA Versicherungen AG, Untere Donaustraße 21, 1029 Wien

2. Versicherungsnehmer

Versicherungsnehmer gegenüber der UNIQA ist die Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich.

Die Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich schließt mit den dieses Serviceangebot nutzenden kirchlichen Einrichtungen gemäß § 1 Abs 2 Ehrenamtsordnung (nachfolgend kurz „kirchliche Einrichtungen") Vereinbarungen, auf Grund deren Ehrenamtliche in die Versicherungen im Rahmen dieses Serviceangebots (nachfolgend kurz „Ehrenamtlichenversicherung") aufgenommen werden.

3. Versicherte Personen

Versicherte Personen sind die Ehrenamtlichen gemäß § 1 Abs 1 Ehrenamtsordnung der kirchlichen Einrichtungen. Die Evangelischen Kirche A. u. H. B. hat der UNIQA jeweils am 1. 12. eines Jahres eine Liste aller versicherten Personen zwecks Bemessung der Jahresprämie des folgenden Kalenderjahres vorzulegen. Die kirchlichen Einrichtungen haben ihrerseits gegenüber der Evangelischen Kirche A. u. H. B. laufend die Liste der versicherten Ehrenamtlichen aktuell zu halten. Pfarrgemeinden und Superintendenturen haben hierfür EGON (siehe Z. 10) zu nutzen, andere kirchliche Einrichtungen die hierfür vom Kirchenamt A. B. festgelegte Modalität (z. B. Formular, Web-Formular) zu verwenden.

Angesichts der Fluktuation von Ehrenamtlichen innerhalb einer kirchlichen Einrichtung sowie zwecks Versicherung kurzfristiger und fallweiser Aushilfen (z. B. bei Flohmarkt) sind neben den namentlich der UNIQA gemeldeten Ehrenamtlichen auch 10% namentlich nicht gemeldete Ehrenamtliche versichert. Meldet eine kirchliche Einrichtung namentlich z. B. 60 Ehrenamtliche, so sind weitere 6 namentlich nicht genannte Ehrenamtliche mitversichert. Die Prämie ist daher für 66 versicherte Personen zu bezahlen.

Die Meldungen der kirchlichen Einrichtungen gegenüber der Evangelischen Kirche A. u. H. B. dürfen wie gesagt maximal 10% namentlich Nichtgenannte enthalten. Diese Meldungen stellen die Grundlage für die Namensliste dar, die von der Evangelischen Kirche jährlich am 1. 12. an die UNIQA gegeben werden muss.

Mit den maximal 10% namentlich Nichtgenannten soll ausschließlich eine praktikable Abwicklung erreicht werden. Die kirchlichen Einrichtungen sind jedoch zu möglichst vollständigen laufenden Meldungen angehalten, damit im Versicherungsfall der Versicherungsschutz zweifelsfrei nachgewiesen werden kann.

Hauptamtliche MitarbeiterInnen einer kirchlichen Einrichtung, die für eine andere kirchliche Einrichtung ehrenamtlich tätig sind, können von der anderen kirchlichen Einrichtung zur Ehrenamtlichenversicherung gemeldet werden.

4. Versicherte Risiken

Die Ehrenamtlichenversicherung umfasst Unfall-, Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherungen wie folgt:

Unfallversicherung

- bei kirchlichen Veranstaltungen
- bei im Auftrag der kirchlichen Einrichtung verrichteten Besorgungen
- auf dem direkten Weg zu und von vorgenannten Veranstaltungen und Besorgungen.

Versicherungssumme:

Unfallkosten (Heil-, Rückhol-, Pflegekosten): bis 2.000 €

Bergungskosten (Suche, Rettung, Bergung, Hubschrauber usw.): bis 10.000 €

Hinterbliebenenvorsorge bei Unfalltod: 5.000 €

Dauerinvalidität (DI): bis zu 400% der Versicherungssumme von 50.000 €:

Invaliditätsgrad	Leistung	Beispiel
1–25%	lineare Leistung	12% DI = 12% Leistung = 6.000 €
26–50%	2-fache Leistung des 25% übersteigenden DI-Grades	40% DI = 55% Leistung = 27.500 €
51–90%	3-fache Leistung des 50% übersteigenden DI-Grades	80% DI = 165% Leistung = 82.500 €
> 91%	400% der Versicherungssumme	400% Leistung = 200.000 €

Haftpflichtversicherung inklusive Veranstalterhaftpflicht (ausgenommen Extremsportveranstaltungen wie Rafting, Canyoing, Bungee-Jumping usw.) mit einer Pauschalversicherungssumme von 1,500.000 €.

Rechtsschutzversicherung für

- Schadenersatz-Rechtsschutz
- Straf-Rechtsschutz inkl. Vorsatzdelikte und Diversionsmaßnahmen
- Beratungs-Rechtsschutz

mit einer Versicherungssumme von 112.500 €.

5. Vertragslaufzeit

10 Jahre

6. Prämie

Die vorschüssig fällige Prämie für die Ehrenamtlichenversicherung, bestehend aus den in Z. 4 näher ausgeführten Unfall-, Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherungen, beträgt je Ehrenamtlicher/m pro Kalenderjahr **6,20** €. Die Prämie wird bei unterjährigem Ein- und Austritt nicht aliquotiert. Die Evangelische Kirche A. u. H. B. hat für alle Ehrenamtliche die Summe der Prämien in einem Betrag an die UNIQA zu überweisen und verrechnet an die kirchliche Einrichtung die Prämien für die von der Einrichtung gemeldete Personenzahl.

7. Schadensfall

Schadensfälle hat die kirchliche Einrichtung nicht direkt mit der UNIQA abzuhandeln, sondern über die Evangelische Kirche A. u. H. B. als Versicherungsnehmer.

8. Startjahr 2011

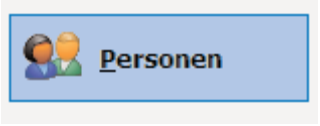
Die kirchlichen Einrichtungen haben bis 31. 3. 2011 ihre Ehrenamtlichen zu melden. Mit der rechtzeitigen Meldung beginnt der Versicherungsschutz rückwirkend per 1. 1. 2011. Auf Grund der Meldung erhalten die kirchlichen Einrichtungen von der Evangelischen Kirche A. u. H. B. die Prämienverrechnung für 2011 gemäß Z. 6.

9. Auskunftspersonen

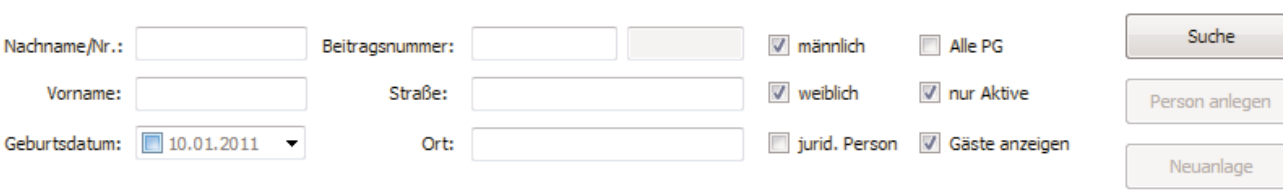
Fragen zur Ehrenamtlichenversicherung richten Sie bitte an den juristischen Kirchenrat Dr. Günter Reimeir, Tel. (01) 479 15 23-400, Mobil 0699-18877006, E-Mail g.reimeir@evang.at, oder an den wirtschaftlichen Oberkirchenrat Mag. Klaus Köglberger, Mobil 0699-18877015, E-Mail k.koeglberger@evang.at.

10. Erfassung der versicherten Personen in EGON

Nach dem Start von EGON wählen Sie aus dem Hauptmenü (links) folgenden Punkt aus



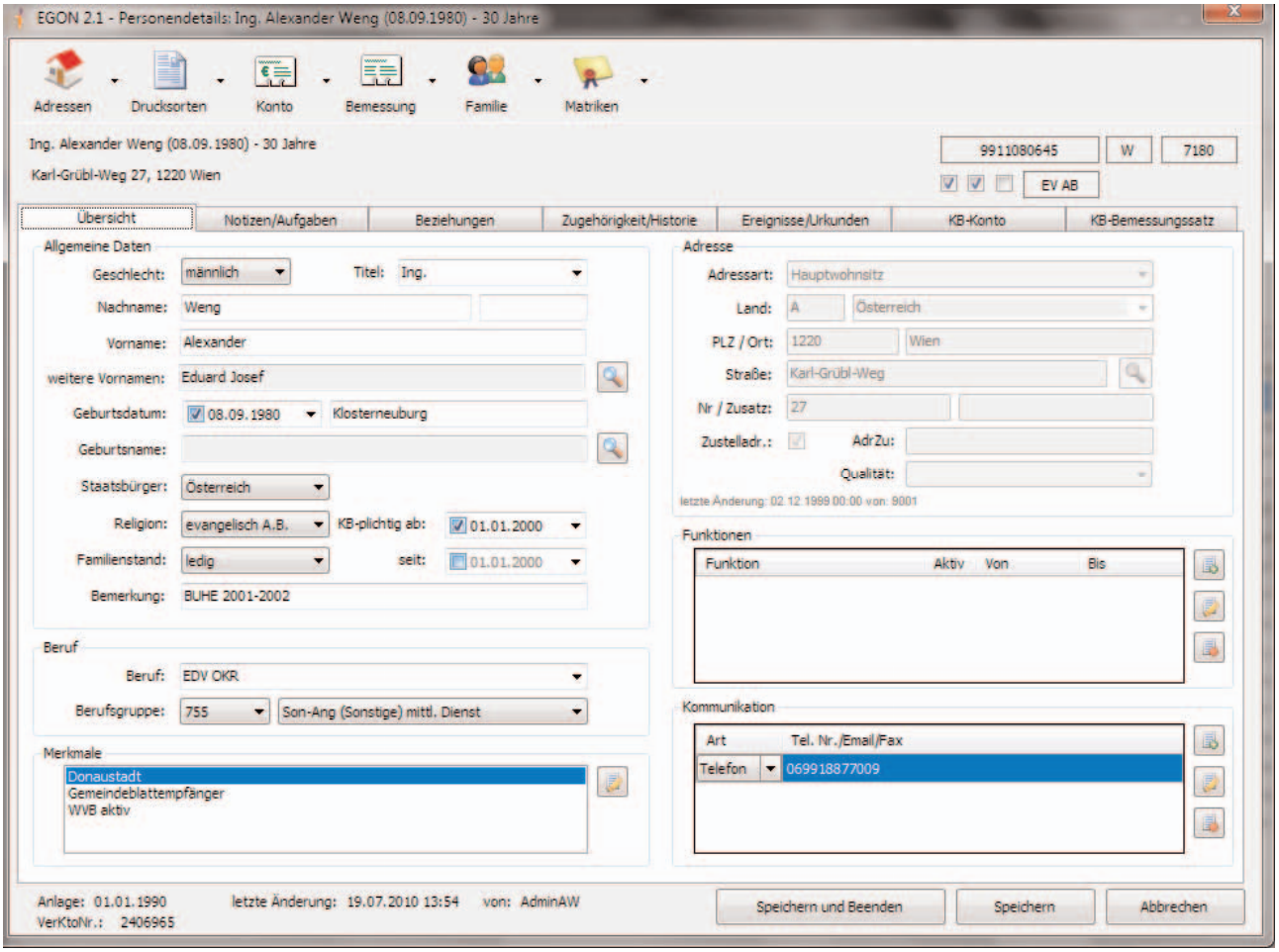
Der rechte Teil des Fensters ändert sich nun in die Personensuche.



Nach der Angabe der Suchkriterien (z. B. Name der versicherten Person) erhält man durch Klicken auf „Suche“ das Personensuchergebnis.

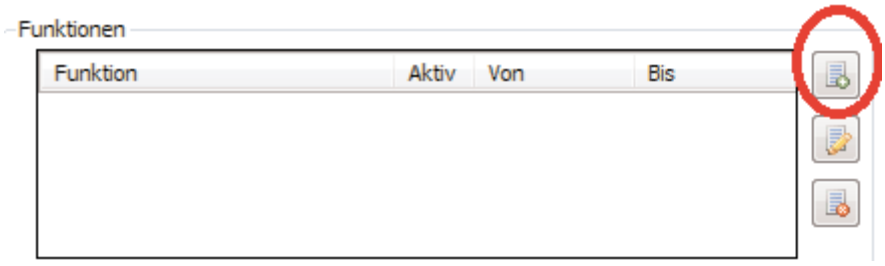
Dann mittels Doppelklick die gewünschte Person öffnen.

Nun erhält man die Personeninformationen:

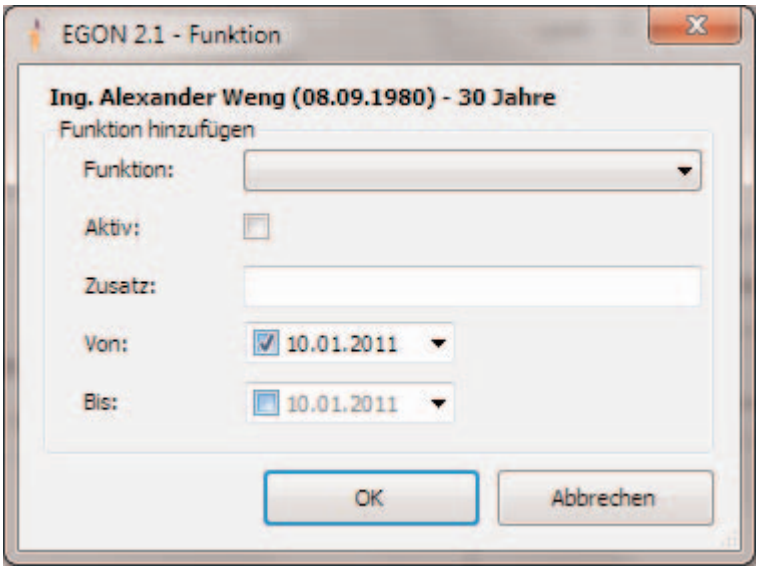


Die Ehrenamtlichenversicherung des Kirchenamts ist unter den Funktionen zu finden.

Um der versicherten Person die Funktion „Ehrenamtlichenversicherung des Kirchenamts“ zuzuweisen klicken Sie auf das grün-weiße Plus neben den Funktionen.

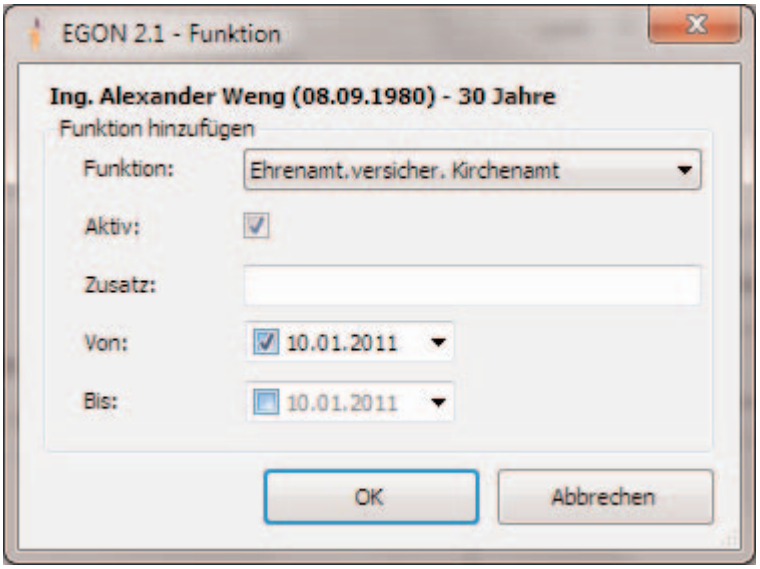


Es erscheint folgendes Fenster:



Im Punkt Funktion: „Ehrenamt.versicher. Kirchenamt“ wählen.

Die Angaben soweit bekannt ergänzen und mit OK bestätigen:



8. Zl. A 24; 86/2011 vom 20. Jänner 2011

Evangelische Kirche A. B. Seelenstandsbericht 2010

Für den Seelenstandsbericht 2010 sollte erstmals die Richtlinie 2010 zur Neuregelung des Seelenstandsberichtes (ABl. Nr. 81/2010) Anwendung finden. Durch die neu angewandte Methodik sollen die dargestellten Bewegungsdaten die Veränderungen der Seelenstandszahlen im Vergleich zu Vorjahren erklären.

Durch Datenbereinigungen im Zuge der Migration der Daten einer Reihe von Gemeinden von KI5 in EGON im Jahre 2010, durch die Bereinigung von Dopplungen und fehlerhaften Daten im gemeinsamen Datenbestand, aber auch das unterjährige Inkrafttreten der neuen Matrikenordnung und eine Reihe anderer Faktoren konnte dieses Ziel für den vorliegenden Bericht noch nicht erreicht werden.

Im Unterschied zu den Vorjahren finden Sie einige zusätzliche Spalten sowie eine Reihe umbenannter und/oder neu definierter Spalten — bitte beachten Sie die Übersicht und die detaillierten Informationen in der o. g. Richtlinie.

Eine weitere Folge der neuen Methodik ist, dass der Vergleich der Bewegungsdaten selbst mit Zahlen aus den Seelenstandsberichten der Vorjahre nicht direkt möglich ist. Als erläuterndes Bespiel sei hier erwähnt, dass bisher „Beerdigungen“ jetzt aber bei den Bewegungsdaten „Todesfälle“ gezählt wurden, also auch diejenigen Mitglieder, die sich nicht kirchlich beerdigen bzw. bestatten lassen. Aus diesem Grund führen wir ausschließlich vergleichbare Vorjahreszahlen in diesem Bericht an.

Die Daten für den Seelenstand im Kirchenregiment der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich wurden mit dem Stichtag 8. Jänner 2011 über den Datenbestand in EGON erhoben und mit den Daten noch nicht in EGON arbeitender Gemeinden ergänzt. Sie bilden den Stand zum 31. Dezember 2010 ab. Basis sind also alle im Jahr 2010 erfolgten und bis zum Stichtag 8. Jänner 2011 erfassten Bewegungen.

Die Daten für den **Seelenstand im Kirchenregiment der Evangelischen Kirche H. B.** in Österreich werden von der Kirchenkanzlei H. B. mittels Fragebogen erhoben und stehen zur **Veröffentlichung erst im nächsten Amtsblatt** zur Verfügung.

Bitte beachten Sie, dass deshalb **in diesem Bericht ausschließlich der Seelenstand im Kirchenregiment der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich ausgewiesen ist.**

Übersicht Berichtsspalten

Zahl der Mitglieder und Änderung im Vergleich zum Vorjahr

Mitglieder gesamt	Summe aus Mitglieder A. B. und Mitglieder H. B.
Mitglieder A. B.	Gezählt wird, wer das Bekenntnis A. B. und seinen Wohnsitz in der Pfarrgemeinde hat bzw. wer das Bekenntnis A. B. hat und Wahlgemeinde-Mitglied ist.
Mitglieder H. B.	Gezählt wird, wer das Bekenntnis H. B. und seinen Wohnsitz in der Pfarrgemeinde hat bzw. wer das Bekenntnis H. B. hat und Wahlgemeinde-Mitglied ist.
Veränderung abs.	Änderung der Summe der Mitglieder A. B. und Mitglieder H. B. im Vergleich zum Vorjahr absolut.
Veränderung rel.	Änderung der Summe der Mitglieder A. B. und Mitglieder H. B. im Vergleich zum Vorjahr in Prozent.

Bewegungsdaten

Eintritte	Ein Eintritt erfolgt zunächst in der Wohnsitzgemeinde. Dort wird gezählt. Ein Wahlgemeindeantrag kann sich anschließen.
Austritte	Ein Austritt erfolgt in der Wohnsitz- oder Wahlgemeinde. Dort wird gezählt.
Getaufte	Gezählt werden die Taufen von Kindern, die gemäß der Mitgliedschaft der Eltern oder Erziehungsberechtigten bzw. eines Elternteils oder eines Erziehungsberechtigten mit der Taufe Wohnsitz- oder Wahlgemeindemitglieder werden, unabhängig vom Ort der Taufe. Unabhängig vom Ort der Taufe eines Erwachsenen wird dieser Mitglied seiner Wohnsitzgemeinde und dort gezählt. Ein Wahlgemeindeantrag kann sich anschließen.
Todesfälle	Gezählt werden die Todesfälle eigener Wohnsitz- oder Wahlgemeindemitglieder unabhängig von Ort und Charakter der Bestattung.

Zuzüge Inland	Gezählt werden Zuzüge in die Pfarrgemeinde aus dem Inland.
Wegzüge Inland	Gezählt werden Wegzüge aus der Pfarrgemeinde ins Inland.
Zuzüge Ausland	Gezählt werden Zuzüge in die Pfarrgemeinde aus dem Ausland.
Wegzüge Ausland	Gezählt werden Wegzüge eigener Wohnsitz- oder Wahlgemeindemitglieder ins Ausland.
Wahlgemeindezugänge	Gezählt werden Zugänge durch Wahlgemeindeanträge in die Pfarrgemeinde.
Wahlgemeindeabgänge	Gezählt werden Abgänge durch Wahlgemeindeanträge aus der Pfarrgemeinde.

Nicht bewegungsrelevante Matrikenereignisse

KonfirmandInnen	Gezählt werden die Konfirmationen der eigenen Wohnsitz- oder Wahlgemeindemitglieder unabhängig vom Ort der Konfirmation.
Getraute	Gezählt werden die getrauten Evangelischen in Ihrer Wohnsitz- oder Wahlgemeinde unabhängig vom Ort der Trauung inklusive der bei katholischen Trauungen mit Evangelischer Assistenz getrauten Evangelischen.
Bestattete	Gezählt werden die Bestatteten, die Wohnsitz- oder Wahlgemeindemitglieder waren, unabhängig vom Ort der Bestattung.

Superintendenz A. B. Burgenland

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Bad Tatzmannsdorf	440	440	0	16	3,77	0	1	5	2	11	12	1	0	9	0	4	1	2
Bernstein	1539	1538	1	-17	-1,09	2	3	11	19	33	19	2	2	10	2	7	11	20
Deutsch Jahrndorf	327	326	1	0	0,00	0	1	2	7	1	24	0	0	0	0	0	0	7
Deutsch Kaltenbrunn	646	646	0	14	2,22	1	3	7	13	6	5	0	0	15	1	8	2	12
Eisenstadt/ Neufeld an der Leitha	1500	1468	32	32	2,18	3	10	19	29	34	55	9	0	31	5	14	2	23
Eltendorf	1303	1298	5	-4	-0,31	1	4	6	21	15	4	4	1	18	0	10	4	21
Gols	3428	3412	16	11	0,32	12	13	31	32	68	63	9	1	14	3	49	14	33
Großpetersdorf	951	948	3	14	1,49	9	5	7	16	20	26	0	1	8	3	12	1	15
Holzschlag	502	500	2	9	1,83	1	0	5	7	6	1	0	0	14	4	10	1	4
Kobersdorf	1433	1433	0	36	2,58	1	3	18	9	21	2	0	0	17	0	16	3	9
Kukmirn	1405	1399	6	-29	-2,02	4	11	2	21	19	19	1	1	4	5	19	6	20
Loipersbach	1107	1101	6	-2	-0,18	1	2	14	14	14	7	0	0	5	2	16	0	16
Lutzmannsburg	428	427	1	10	2,39	0	3	1	5	10	4	0	0	12	0	3	0	4
Markt Allhau	2070	2067	3	5	0,24	3	3	37	32	54	20	1	1	32	2	13	9	33
Mörbisch am See	1540	1536	4	-39	-2,47	1	9	10	27	23	11	1	0	1	0	0	5	28
Neuhaus am Klausenbach	1233	1231	2	-16	-1,28	1	5	10	19	21	15	0	0	4	4	18	3	20
Nickelsdorf	703	703	0	2	0,29	0	1	8	7	43	5	0	0	18	5	7	0	7
Oberschützen	1681	1676	5	-8	-0,47	1	5	15	19	46	26	4	1	15	3	1	11	17
Oberwart	1487	1484	3	-10	-0,67	3	12	18	17	62	57	2	0	10	8	15	6	18
Pinkafeld	2578	2570	8	14	0,55	1	7	27	39	46	38	3	0	23	1	30	11	38
Pöttelsdorf	1602	1602	0	-23	-1,42	2	13	9	18	28	28	0	0	6	10	24	7	19
Rechnitz	750	750	0	2	0,27	1	3	7	11	18	11	0	1	8	1	12	5	11
Rust	812	806	6	3	0,37	4	4	9	27	18	9	0	0	3	2	4	3	13
Siget in der Wart	342	335	7	2	0,59	1	0	1	3	12	3	0	0	7	1	3	1	3
Stadtschlaining	1229	1228	1	11	0,90	2	3	14	12	25	16	0	0	16	1	7	2	12
Stoob	870	868	2	0	0,00	1	0	3	13	9	16	7	1	6	4	6	1	13
Unterschützen	393	391	2	4	1,03	0	0	2	0	12	5	0	0	6	0	2	2	0
Weppersdorf	622	620	2	-22	-3,42	4	4	8	5	30	11	1	0	16	2	0	5	5
Zurndorf	1062	1061	1	21	2,02	0	0	2	14	15	15	0	1	15	8	0	0	13
	33983	**33864**	**119**	**36**	**0,11**	**60**	**128**	**308**	**458**	**720**	**527**	**45**	**11**	**343**	**77**	**310**	**116**	**436**

Superintendenz A. B. Kärnten

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Agoritschach-Arnoldstein	892	890	2	25	2,88	4	3	14	6	33	31	6	1	9	9	2	1	1
Althofen	715	703	12	6	0,85	7	4	5	10	29	31	2	0	11	1	6	2	10
Arriach	984	984	0	-17	-1,70	2	5	7	2	26	14	1	0	0	2	16	8	3
Bad Bleiberg	649	648	1	-7	-1,07	3	7	7	7	36	22	3	0	12	0	6	5	7
Dornbach	1043	1042	1	3	0,29	3	6	14	9	28	19	0	0	2	0	12	1	5
Eisentratten	776	776	0	-30	-3,72	0	2	7	1	43	15	1	0	4	0	8	0	1
Feffernitz	2177	2171	6	-36	-1,63	5	17	25	25	52	39	7	0	5	15	23	8	24
Feld am See	1997	1996	1	59	3,04	16	2	28	12	64	39	23	7	72	5	29	25	12
Ferndorf	791	790	1	-52	-6,17	0	34	4	6	27	22	1	0	5	10	3	8	5
Fresach	1884	1884	0	-56	-2,89	0	15	13	17	85	49	9	2	20	4	22	3	15
Gnesau	820	820	0	-191	-18,89	0	8	13	15	27	6	0	0	2	0	1	1	4
Hermagor	1401	1393	8	2	0,14	3	2	10	16	29	21	2	0	4	0	15	6	16
Klagenfurt-Johanneskirche	4448	4432	16	-35	-0,78	24	33	56	68	161	147	17	4	38	39	63	15	59
Klagenfurt-Ost	2705	2691	14	-59	-2,13	9	27	31	30	115	98	8	4	16	41	25	2	31
Pörtschach am Wörther See	1009	1004	5	19	1,92	7	11	12	12	33	59	1	0	3	13	12	5	12
Radenthein	1376	1373	3	-39	-2,76	1	18	9	26	58	57	15	4	12	39	16	4	26
St. Ruprecht bei Villach	3241	3237	4	3	0,09	37	29	53	50	320	264	48	3	125	38	36	17	46
St. Veit an der Glan	1659	1649	10	-19	-1,13	8	25	7	23	34	37	6	0	9	9	21	5	14
Spittal an der Drau	3226	3214	12	-18	-0,55	20	45	29	49	72	103	9	0	14	14	31	11	43
Trebesing	809	807	2	0	0,00	6	0	10	2	22	18	1	0	0	0	15	1	3
Treßdorf	1473	1472	1	-8	-0,54	4	4	10	23	18	15	2	1	3	4	21	2	22
Tschöran	1139	1137	2	-25	-2,15	2	2	8	10	56	36	4	0	32	18	5	7	10
Unterhaus	1708	1705	3	-56	-3,17	3	28	15	15	68	33	9	0	16	5	27	7	13
Velden am Wörther See	1285	1283	2	-46	-3,46	5	2	8	10	56	36	4	0	32	18	5	7	10
Villach	5007	4990	17	-96	-1,88	21	117	56	54	356	413	90	9	42	150	60	25	37
Villach-Nord	1716	1713	3	58	3,50	6	32	18	15	153	214	32	1	48	66	13	7	10
Völkermarkt	788	786	2	0	0,00	3	9	5	22	12	15	0	0	2	1	6	0	11
Waiern	2376	2371	5	14	0,59	9	11	27	51	70	77	5	1	11	12	36	11	26
Weißbriach	1327	1325	2	3	0,23	2	1	11	17	63	65	2	0	18	6	18	1	17
Wiedweg	827	825	2	-32	-3,73	0	15	6	11	20	14	15	0	10	5	5	4	10
Wolfsberg	715	702	13	-21	-2,85	3	11	1	12	21	34	6	0	3	0	15	7	9
Zlan	1117	1117	0	-9	-0,80	3	5	11	17	29	17	4	0	14	4	13	8	17
Lienz	991	991	0	11	1,12	3	11	8	9	19	14	18	1	1	0	5	5	7
	53071	**52921**	**150**	**-649**	**-1,21**	**219**	**541**	**538**	**652**	**2235**	**2074**	**351**	**38**	**595**	**528**	**591**	**219**	**536**

Superintendenz A. B. Niederösterreich

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Amstetten	1099	1071	28	9	0,83	8	10	1	18	25	39	9	1	4	13	0	0	2
Baden	2183	2156	27	52	2,44	3	13	14	44	50	81	3	0	9	24	17	10	30
Bad Vöslau	2092	2073	19	-81	-3,73	9	20	17	29	85	55	5	1	4	5	28	3	28
Berndorf	984	958	26	41	4,35	10	43	5	20	49	67	13	7	8	7	5	1	15
Bruck an der Leitha	1537	1536	1	-22	-1,41	4	28	12	43	45	48	1	0	15	9	11	5	23
Gloggnitz	862	843	19	-8	-0,92	6	22	6	13	22	33	2	1	4	7	10	5	12
Gmünd	735	725	10	-3	-0,41	1	3	6	30	11	19	0	0	7	2	9	0	16
Horn	571	549	22	23	4,20	7	3	6	7	11	21	4	0	5	9	4	1	7
Klosterneuburg	1896	1795	101	53	2,88	23	4	23	23	72	64	14	8	29	8	3	5	17
Korneuburg	1415	1412	3	19	1,36	12	18	23	12	40	69	7	1	4	22	13	2	12
Krems an der Donau	1134	1118	16	14	1,25	6	5	14	18	26	32	2	0	7	6	11	4	19
Melk-Scheibbs	967	967	0	-36	-3,59	4	5	5	17	21	4	0	0	22	0	8	0	15
Mitterbach	809	809	0	-10	-1,22	4	5	5	17	21	4	0	0	22	0	8	0	15
Mödling	4922	4915	7	-56	-1,12	18	60	49	60	182	165	98	6	19	35	32	5	37
Naßwald	203	203	0	-6	-2,87	2	0	0	6	3	1	0	0	3	0	1	1	6
Neunkirchen	994	962	32	-29	-2,83	4	18	10	16	50	41	1	0	9	7	7	0	12
Perchtoldsdorf	1422	1422	0	-16	-1,11	3	9	10	15	65	76	12	1	8	31	21	1	13
Purkersdorf	1680	1676	4	-11	-0,65	4	23	13	20	64	77	5	2	8	14	13	6	13
St. Aegyd am Neuwalde	1224	1206	18	-21	-1,69	13	20	11	15	41	23	7	0	16	5	11	4	14
St. Pölten	2858	2778	80	52	1,85	8	20	25	60	40	87	1	0	10	30	21	6	37
Stockerau	1238	1207	31	26	2,15	12	11	11	21	45	61	4	2	18	8	14	1	18
Strasshof-Marchfeld	1325	1322	3	42	3,27	6	22	17	19	105	84	16	3	5	3	13	1	11
Ternitz	1034	1022	12	-3	-0,29	12	23	7	18	63	42	2	0	19	10	9	1	10
Traiskirchen	1226	1204	22	5	0,41	2	17	7	6	29	46	0	0	10	9	20	4	5
Tulln	1496	1433	63	28	1,91	21	17	15	25	38	62	2	0	1	8	8	5	24
Wiener Neustadt	4509	4415	94	-20	-0,44	13	89	48	55	84	155	8	0	8	39	42	6	51
	40415	**39777**	**638**	**42**	**0,10**	**215**	**508**	**360**	**627**	**1287**	**1456**	**216**	**33**	**274**	**311**	**339**	**77**	**462**

Superintendenz A. B. Oberösterreich

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Attersee	1160	1158	2	0	0,00	2	4	9	5	33	33	22	5	17	14	6	8	2
Bad Goisern	3427	3425	2	19	0,56	23	5	29	35	58	33	2	0	12	1	43	20	29
Bad Hall	650	648	2	-23	-3,42	0	0	1	0	5	25	1	2	0	4	0	1	0
Bad Ischl	1381	1368	13	3	0,22	3	6	12	16	27	26	0	1	3	5	8	6	15
Braunau am Inn	1298	1277	21	-65	-4,77	5	48	14	43	25	21	22	1	3	4	13	0	23
Eferding	1535	1534	1	-26	-1,67	8	11	13	19	67	59	5	1	11	23	19	7	18

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Enns	869	867	2	-13	-1,47	2	17	9	17	40	48	3	4	13	19	10	1	7
Gallneukirchen	1423	1408	15	0	0,00	10	15	18	14	78	59	5	2	31	10	19	4	11
Gmunden	2880	2875	5	24	0,84	14	39	31	40	50	72	7	6	6	10	16	13	21
Gosau	1460	1460	0	-9	-0,61	3	2	10	22	25	7	1	0	14	0	15	5	17
Hallstatt	563	562	1	-9	-1,57	2	0	5	4	11	5	1	0	0	3	0	4	4
Kirchdorf an der Krems	1062	1054	8	-12	-1,12	7	6	9	16	33	23	11	3	2	3	13	3	7
Lenzing-Kammer	1644	1630	14	-19	-1,14	10	5	17	19	60	41	15	2	15	4	19	10	15
Leonding	874	867	7	23	2,70	5	12	11	13	92	109	17	12	26	32	10	2	10
Linz-Dornach	829	827	2	-8	-0,96	3	12	12	12	51	46	17	4	14	22	11	6	7
Linz-Innere Stadt	2048	2046	2	2	0,10	10	23	22	34	173	161	41	10	56	28	11	7	19
Linz-Süd	1268	1266	2	-15	-1,17	3	28	21	27	78	106	48	11	5	35	11	3	16
Linz-Südwest	917	916	1	-31	-3,27	4	23	2	30	65	71	9	1	6	14	6	6	14
Linz-Urfahr	2126	2122	4	-43	-1,98	8	25	20	37	138	98	17	5	27	30	15	2	18
Marchtrenk	1479	1477	2	-15	-1,00	4	19	18	34	70	43	2	1	24	7	14	8	18
Mattighofen	979	966	13	8	0,82	4	11	13	28	24	23	4	0	4	3	13	2	14
Neukematen	1354	1348	6	-22	-1,60	16	17	21	23	129	48	24	8	40	20	14	3	13
Ried im Innkreis	528	524	4	-7	-1,31	2	14	4	9	14	17	6	1	1	0	3	2	9
Rutzenmoos	1550	1550	0	1	0,06	9	13	18	20	54	37	4	1	12	12	12	20	20
Schärding	464	462	2	-28	-5,69	5	17	4	6	11	6	6	0	1	2	3	0	5
Scharten	1118	1118	0	17	1,54	7	12	20	7	46	44	2	0	22	12	11	7	7
Schwanenstadt	996	996	0	-19	-1,87	0	8	7	16	3	25	0	0	6	4	13	3	16
Stadl-Paura	1189	1181	8	11	67,23	4	12	13	10	16	19	1	1	9	12	6	0	4
Steyr	2084	2064	20	-40	-1,88	14	43	21	35	52	53	12	2	11	15	29	7	24
Thening	2043	2034	9	3	0,15	7	20	21	28	163	162	20	9	46	73	24	18	24
Timelkam	872	872	0	4	0,46	3	5	9	19	43	41	9	2	9	8	12	1	15
Traun	2624	2614	10	-65	-2,42	1	32	28	74	103	96	15	6	24	30	22	15	43
Vöcklabruck	1645	1637	8	1	0,06	5	10	15	19	49	60	9	1	3	21	30	4	14
Wallern an der Trattnach	1765	1757	8	-16	-0,90	15	11	16	15	67	42	13	1	6	2	23	11	14
Wels	4040	4026	14	-33	-0,81	11	31	39	60	76	81	10	1	11	23	38	15	57
	52144	**51936**	**208**	**-402**	**-0,77**	**229**	**556**	**532**	**806**	**2029**	**1840**	**381**	**104**	**490**	**505**	**512**	**224**	**550**

Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Bischofshofen-St. Johann im Pongau	628	617	11	-25	-3,83	0	0	0	0	2	9	0	0	2	1	0	0	0
Gastein	614	614	0	-1	-0,16	5	9	6	9	21	15	6	0	3	0	5	2	7
Hallein	1922	1904	18	-3	-0,16	18	21	23	25	80	49	33	6	23	3	17	10	22
Saalfelden	792	777	15	-27	-3,30	0	16	2	6	13	16	8	0	2	2	13	1	4

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Salzburg-Christuskirche	4587	4556	31	-14	-0,30	17	159	47	76	245	204	47	5	24	11	41	23	36
Salzburg, Nördlicher Flachgau	2832	2811	21	-38	-1,32	4	37	31	19	107	87	51	0	8	10	30	8	18
Salzburg-Süd	2673	2649	24	40	1,52	4	63	32	48	126	166	16	6	7	23	17	7	31
Salzburg-West	2435	2424	11	5	0,21	7	42	25	48	108	137	10	3	5	23	25	3	25
Zell am See	1202	1178	24	-15	-1,23	9	16	5	17	42	17	18	1	0	2	10	1	15
Innsbruck-Christuskirche	3414	3368	46	338	9,56	15	77	36	57	68	122	30	7	21	27	32	8	33
Innsbruck-Ost	2319	2286	33	-22	-0,94	12	52	16	57	68	58	14	1	19	19	14	9	37
Jenbach	1141	1118	23	30	2,70	9	10	10	23	29	26	22	3	7	5	9	11	17
Kitzbühel	1133	1112	21	-94	-7,66	2	16	12	15	18	10	26	0	0	3	11	0	12
Kufstein	1874	1855	19	-1	-0,05	0	44	11	44	23	34	74	5	1	10	13	1	24
Oberinntal	849	813	36	-10	-1,16	3	13	11	12	15	17	14	0	0	9	0	0	0
Reutte	588	573	15	6	1,03	2	6	3	1	0	7	0	0	3	0	4	0	1
	29003	**28655**	**348**	**129**	**0,45**	**107**	**581**	**270**	**457**	**965**	**974**	**369**	**37**	**125**	**148**	**241**	**84**	**282**

Superintendenz A. B. Steiermark

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Admont (Liezen)	882	871	11	-8	-0,90	5	12	6	12	40	11	1	0	32	1	9	0	12
Bad Aussee	566	564	2	3	0,53	5	2	2	4	3	19	0	0	3	1	2	2	4
Bad Radkersburg	350	343	7	4	1,16	1	0	2	3	4	7	0	0	1	0	11	0	3
Bruck an der Mur	1153	1145	8	-35	-2,95	7	22	8	12	32	23	2	0	2	2	9	2	12
Eisenerz	220	220	0	22	11,11	1	1	0	3	4	8	0	0	0	0	0	0	3
Feldbach	572	553	19	9	1,60	7	9	7	9	8	30	2	4	1	15	0	0	9
Fürstenfeld	1297	1252	45	-28	-2,11	1	5	7	18	22	19	29	2	20	7	12	4	17
Gaishorn	822	814	8	-38	-4,42	2	14	4	14	20	7	1	0	1	4	11	4	14
Gleisdorf	489	467	22	-18	-3,55	0	13	4	8	26	27	9	2	5	2	7	1	8
Graz, Heilandskirche	6045	5995	50	-29	-0,48	38	96	86	135	357	327	59	6	96	51	62	23	74
Graz, Kreuzkirche	2044	2037	7	-50	-2,39	8	53	18	28	129	158	13	0	10	56	9	6	22
Graz-Eggenberg	2467	2438	29	-11	-0,44	8	48	22	29	118	167	11	3	3	48	26	9	24
Graz-Nord	2353	2345	8	-58	-2,41	6	40	22	53	170	197	29	1	18	82	24	7	32
Gröbming	1663	1662	1	29	1,77	15	7	19	17	34	25	1	0	28	1	23	10	14
Hartberg	566	544	22	9	1,62	1	6	4	2	24	35	9	0	1	6	6	2	2
Judenburg	604	600	4	-26	-4,13	3	11	3	12	13	8	0	1	2	2	8	0	12
Kapfenberg	1538	1511	27	8	0,52	16	16	7	14	23	33	2	0	3	3	14	4	12
Kindberg	662	652	10	-16	-2,36	2	16	6	9	22	15	2	0	8	0	7	3	9
Knittelfeld	1279	1275	4	-12	-0,93	5	6	3	16	0	12	0	0	0	3	9	0	16

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Leibnitz	1078	1053	25	0	0,00	3	16	8	7	16	44	8	2	5	9	1	3	4
Leoben	1803	1788	15	-26	-1,42	13	18	18	55	49	41	4	1	2	3	13	4	26
Mürzzuschlag	1143	1130	13	-15	-1,30	2	15	6	17	18	21	0	1	6	1	12	1	19
Murau-Lungau	426	420	6	-3	-0,70	7	5	0	3	14	11	4	0	0	1	0	0	1
Peggau	1117	1111	6	-15	-1,33	4	26	6	10	36	50	3	0	7	6	10	0	10
Ramsau am Dachstein	2233	2233	0	-8	-0,36	6	5	21	20	52	19	1	0	30	5	30	15	20
Rottenmann	757	756	1	-21	-2,70	2	11	5	13	22	12	1	0	3	1	2	2	12
Schladming	4131	4114	17	77	1,90	12	39	35	38	98	104	18	1	10	61	50	15	32
Stainach-Irdning	560	558	2	-20	-3,45	2	15	2	10	9	13	0	0	0	3	5	4	9
Stainz	909	901	8	-3	-0,33	3	13	5	13	23	35	3	0	1	7	8	4	7
Trofaiach	1122	1120	2	-33	-2,86	2	30	11	36	24	26	0	0	1	0	12	1	18
Voitsberg	772	760	12	-29	-3,62	4	17	3	13	9	16	1	1	0	1	5	1	11
Wald am Schoberpass	514	514	0	-2	-0,39	2	3	8	12	15	11	1	3	2	0	4	1	9
Weiz	419	400	19	-3	-0,71	0	12	4	3	10	18	4	0	6	5	5	1	3
	42556	**42146**	**410**	**-346**	**-0,81**	**193**	**602**	**362**	**648**	**1444**	**1549**	**218**	**28**	**307**	**387**	**406**	**129**	**480**

Superintendenz A. B. Wien

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Wien-Innere Stadt	3396	3396	0	-39	-1,14	20	52	30	63	366	255	70	23	76	46	21	20	53
Wien-Leopoldstadt und Brigittenau	3936	3936	0	-84	-2,09	13	69	22	56	426	402	77	16	7	64	8	9	40
Wien-Landstraße	3045	3045	0	-40	-1,30	11	40	34	45	319	299	49	11	24	67	18	12	35
Wien-Gumpendorf	4076	4076	0	-522	-11,35	14	90	32	59	526	457	92	8	21	89	17	9	40
Wien-Neubau-Fünfhaus	1847	1847	0	-67	-3,50	4	40	17	23	299	288	42	8	2	32	5	3	21
Wien-Alsergrund	1694	1694	0	75	4,63	13	32	9	18	188	197	21	7	27	22	25	11	13
Wien-Favoriten-Christuskirche	2349	2349	0	-90	-3,69	3	41	20	40	176	156	18	4	15	42	14	5	30
Wien-Favoriten-Gnadenkirche	1275	1275	0	-35	-2,67	3	22	14	30	128	110	23	1	19	15	8	1	23
Wien-Favoriten-Thomaskirche	1263	1263	0	-20	-1,56	6	14	9	21	95	62	8	1	10	19	10	2	18
Wien-Simmering	2324	2324	0	-76	-3,17	15	39	37	29	182	145	25	2	23	30	23	5	17
Wien-Hetzendorf	1568	1568	0	51	3,36	3	20	9	21	129	147	9	2	21	37	10	4	14
Wien-Hietzing	3269	3269	0	181	5,86	12	47	29	53	254	310	42	4	26	48	17	6	33
Wien-Lainz	1137	1137	0	5	0,44	11	40	34	45	319	299	49	11	24	67	18	12	35
Wien-Hütteldorf	1515	1515	0	-21	-1,37	10	19	13	18	93	98	16	4	8	18	11	2	10
Wien-Ottakring	2464	2464	0	35	1,44	9	35	24	42	216	267	36	10	21	41	13	8	32

Pfarrgemeinde	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Wien-Währing	3683	3683	0	212	6,11	16	49	32	41	337	358	52	18	11	89	19	8	34
Wien-Döbling	3244	3244	0	72	2,27	13	66	45	82	243	232	78	14	30	32	26	6	65
Wien-Floridsdorf . . .	3616	3616	0	187	5,45	15	66	41	31	301	341	32	8	33	38	21	10	23
Wien-Leopoldau	1470	1466	4	34	2,37	2	11	9	17	109	140	15	5	6	19	7	2	16
Wien-Donaustadt . . .	3426	3426	0	19	0,56	6	68	37	21	194	252	9	3	17	30	34	7	16
Kaisermühlen und Kagran .	1740	1740	0	-67	-3,71	9	35	11	27	128	106	0	0	4	26	11	0	18
Wien-Liesing	3852	3851	1	-86	-2,18	23	88	39	48	152	109	15	3	99	36	43	13	37
Mistelbach	932	918	14	-39	-4,02	4	14	7	13	71	60	18	2	9	3	0	1	12
Schwechat	1804	1804	0	54	1799	4	28	19	13	80	113	10	10	1	29	13	5	12
	58925	**58906**	**19**	**-261**	**-0,44**	**239**	**1025**	**573**	**856**	**5331**	**5203**	**806**	**175**	**534**	**939**	**392**	**161**	**647**

Zusammenstellung

Superintendenz	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Burgenland . . .	33983	33864	119	36	0,11	60	128	308	458	720	527	45	11	343	77	310	116	436
Kärnten	53071	52921	150	-649	-1,21	219	541	538	652	2235	2074	351	38	595	528	591	219	536
Niederösterreich .	40415	39777	638	42	0,10	215	508	360	627	1287	1456	216	33	274	311	339	77	462
Oberösterreich . .	52144	51936	208	-402	-0,77	229	556	532	806	2029	1840	381	104	490	505	512	224	550
Salzburg und Tirol .	29003	28655	348	129	0,45	107	581	270	457	965	974	369	37	125	148	241	84	282
Steiermark . . .	42556	42146	410	-346	-0,81	193	602	362	648	1444	1549	218	28	307	387	406	129	480
Wien	58925	58906	19	-261	-0,44	239	1025	573	856	5331	5203	806	175	534	939	392	161	647
Kirche A. B. . .	**310097**	**308205**	**1892**	**-1451**	**-0,47**	**1262**	**3941**	**2943**	**4504**	**14011**	**13623**	**2386**	**426**	**2668**	**2895**	**2791**	**1010**	**3393**

Seelen 2010

Superintendenz	Gesamt	A. B.	H. B.	Eintritte	Austritte	Konfirman-dInnen	Bestattete
Burgenland	**33983**	**33864**	**119**	**60**	**128**	**310**	**436**
Vorjahr	33947	33835	112	41	98	274	289
Differenz (in %)	0,11	0,09	6,25	46,34	30,61	13,14	50,87
Kärnten und Osttirol	**53071**	**52921**	**150**	**219**	**541**	**591**	**536**
Vorjahr	53720	53562	158	91	313	464	531
Differenz (in %)	-1,21	-1,20	-5,06	140,66	72,84	27,37	0,94
Niederösterreich	**40415**	**39777**	**638**	**215**	**508**	**339**	**462**
Vorjahr	40373	39701	672	126	353	366	329
Differenz (in %)	0,10	0,19	-5,06	70,63	43,91	-7,38	40,43
Oberösterreich	**52144**	**51936**	**208**	**229**	**556**	**512**	**550**
Vorjahr	52546	52323	223	148	443	414	460
Differenz (in %)	-0,77	-0,74	-6,73	54,73	25,51	23,67	19,57
Salzburg und Tirol	**29003**	**28655**	**348**	**107**	**581**	**241**	**282**
Vorjahr	28874	28541	333	99	314	213	189
Differenz (in %)	0,45	0,40	4,50	8,08	85,03	13,15	49,21
Steiermark	**42556**	**42146**	**410**	**193**	**602**	**406**	**480**
Vorjahr	42902	42493	409	127	480	348	389
Differenz (in %)	-0,81	-0,82	0,24	51,97	25,42	16,67	23,39
Wien	**58925**	**58906**	**19**	**239**	**1025**	**392**	**647**
Vorjahr	59186	59163	23	138	893	493	367
Differenz (in %)	-0,44	-0,43	-17,39	73,19	14,78	-20,49	76,29
Kirche A. B.	**310097**	**308205**	**1892**	**1262**	**3941**	**2791**	**3393**
Vorjahr	311548	309618	1930	770	2894	2572	2554
Differenz (in %)	-0,47	-0,46	-1,97	63,90	36,18	8,51	32,85

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

9. Zl. KB 06; 2645/2010 vom 17. Dezember 2010

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis November 2010 mit Vergleichszahlen aus 2009 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2010	2009
	Euro	
Burgenland	2,033.135,74	1,953.967,51
Kärnten	2,515.001,77	2,387.259,65
Niederösterreich	2,134.753,27	2,103.083,86
Oberösterreich	3,215.103,78	3,126.171,59
Salzburg-Tirol	1,916.383,41	1,878.258,49
Steiermark	2,610.783,95	2,606.459,40
Wien	3,609.675,74	3,769.926,29
	18,034.837,66	**17,825.126,79**

Steigerung 2010 gegenüber 2009:
1,18% (17,825.126,79)

Steigerung 2010 gegenüber 2008:
1,97% (17,686.504,05)

10. Zl. GD 01; 74/2011 vom 18. Jänner 2011

Wahl der Gemeindevertretungen

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. hat gemäß § 13 der Wahlordnung die Wahl für die Gemeindevertretungen für die Funktionsperiode 1. Jänner 2012 bis 31. Dezember 2017 für den Zeitraum vom

2. Oktober bis 6. November 2011

festgelegt.

ACHTUNG: Der ursprünglich auf der Homepage bekannt gegebene Termin wurde geändert!!!

11. Zl. LK 4; 91/2011 vom 19. Jänner 2011

Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung; zur Information

Mit dem Bundesgesetzblatt vom Dezember 2010, Teil I, sind unter der Nr. 82 mit der Dienstrechts-Novelle 2010 folgende Ansätze des Vertragsbedienstetengesetzes des Bundes mit Wirkung vom Dezember 2010 geändert worden:

Die Tabelle in § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Entlohnungsstufe	Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e
			Euro		
1	1969,10	1561,80	1386,60	1330,30	1274,30
2	2016,80	1599,—	1418,90	1355,50	1288,40
3	2065,—	1636,20	1451,—	1380,30	1302,40
4	2113,20	1674,10	1483,—	1405,30	1316,50
5	2161,30	1713,70	1515,10	1430,20	1330,30
6	2209,60	1754,40	1547,—	1455,—	1344,70
7	2291,—	1797,60	1579,30	1479,90	1358,70
8	2372,80	1841,—	1611,20	1504,70	1372,80
9	2454,10	1902,—	1643,20	1529,90	1386,80
10	2534,90	1964,50	1675,60	1554,80	1401,—
11	2616,40	2046,20	1710,—	1579,70	1415,10
12	2697,10	2128,30	1745,—	1604,30	1429,30
13	2778,50	2210,50	1781,30	1629,40	1443,10
14	2859,90	2291,80	1818,50	1654,50	1457,20
15	2940,90	2373,—	1855,80	1679,80	1471,20
16	3047,—	2454,30	1893,30	1706,20	1485,50
17	3154,—	2536,10	1931,30	1733,30	1499,50
18	3260,80	2616,70	1969,10	1760,50	1513,60
19	3367,80	2698,40	2006,90	1789,70	1527,80
20	3474,90	2779,10	2044,70	1818,50	1541,80
21	—,—	—,—	2082,50	1847,50	1555,80

12. Zl. GD 408; 2538/2010 vom 6. Dezember 2010

Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau

Die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle wird hiermit zur Besetzung zum 1. September 2011 ausgeschrieben.

Unsere 1981 gegründete Pfarrgemeinde liegt nördlich der Landeshauptstadt Salzburg und in einer hügeligen mit Seen geprägten Landschaft.

Sie zählt derzeit knapp über 2800 Gemeindeglieder und umfasst 476 km^2. Sie ist in vier Predigtstationen eingeteilt: Elixhausen mit Honteruskirche, Seekirchen, Neumarkt am Wallersee mit Rupertuskirche und Bürmoos mit Lukaskirche (und zweitem Pfarrhaus).

Gottesdienste finden regelmäßig in Elixhausen, Bürmoos, Neumarkt, Seekirchen und Oberndorf statt — zu Festzeiten auch in Mattsee.

Am Sitz der Pfarrgemeinde in Elixhausen befindet sich das Pfarrhaus mit zwei Wohnungen, Büro, Kirchenbeitragsstelle, Gemeindesaal.

Die Wohnung im ersten Stock ist für den weiteren Pfarrer/die Pfarrerin vorgesehen. Den zweiten Stock bewohnt unsere Gemeindepädagogin.

Der zu besetzenden Pfarrstelle sind die Predigtstationen Elixhausen, Seekirchen und Neumarkt zugeteilt.

Die Aufgabenteilung zwischen den Pfarrern ist zum einen regional zum andern aber auch inhaltlich vorgesehen. Diese Aufteilung wird im Amtsauftrag und in Absprache der beiden Pfarrer mit dem Presbyterium vereinbart.

Gottesdienste und Amtshandlungen sind im Seelsorgesprengel und in Absprache mit dem amtsführenden Pfarrer in der Gesamtgemeinde zu feiern.

Konfirmandenarbeit wird unter Mitarbeit der Gemeindepädagogin für die Gesamtgemeinde organisiert.

Die hohe Zahl an Zu- und Wegzügen sowie die säkulare Situation hat uns veranlasst, Gemeindeentwicklungskonzepte anzudenken. Wir erwarten uns hier zusätzliche Impulse und Geduld und Ausdauer bei der Umsetzung.

Auf Grund der Altersstatistik stellt auch die Arbeit mit Familien einen Schwerpunkt dar.

Eine Vielzahl von engagierten MitarbeiterInnen steht zur Verfügung und soll begleitet und weiter gebildet werden. Wir erhoffen uns darum einen Bewerber/eine Bewerberin, dem/der Teamarbeit ein Anliegen ist.

Angebote in Diakonie und evangelischer Bildungsarbeit sollen ebenfalls verstärkt werden.

Im Gemeindegebiet befinden sich einige Seniorenheime und ein Krankenhaus, in denen der Kontakt zu den Evangelischen gepflegt werden soll.

Eine Gemeindepädagogin arbeitet engagiert im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Drei Religionslehrerinnen unterrichten an den Pflichtschulen.

Eine geringfügig beschäftigte Sekretärin betreut die Kirchenbeitragsangelegenheiten und steht als Hilfe für Pfarramtsaufgaben zur Verfügung.

Das Pflichtausmaß für die Erteilung des Religionsunterrichtes beträgt acht Stunden.

Die höheren Schulen sind in Neumarkt, Straßwalchen, Oberndorf, Seekirchen und Ursprung.

Eine großzügige Dienstwohnung (zirka 116 m^2) mit Garten und Garage steht im Pfarrhaus in Elixhausen zur Verfügung.

Das Presbyterium freut sich auf Ihre Bewerbung und ersucht, diese bis 18. März 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau, Nösnerstraße 12, 5161 Elixhausen, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilt gerne Senior Klaus Niederwimmer, Tel. 0699-188 77 567, E-Mail: k.niwi@sbg.at.

13. Zl. GD 225; 2572/2010 vom 9. Dezember 2010

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach wird hiermit zur Neubesetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Wir sind:

Eine Pfarrgemeinde mit zirka 950 Seelen. In der Muttergemeinde Mistelbach mit der Elisabethkirche feiern wir jeden 1. und 3. Sonntag Gottesdienste. In der Tochtergemeinde Laa an der Thaya finden die Gottesdienste in der Christuskirche jeden 2. und 4. Sonntag statt.

Zur Unterstützung des Pfarrers/der Pfarrerin stehen eine Lektorin in Mistelbach und ein Lektor in Laa an der Thaya zur Verfügung. Zwei Organisten wechseln sich im Einsatz ab. Unser Gemeindegebiet umfasst in etwa den Bezirk Mistelbach, Teile des Bezirks Hollabrunn und den nördlichen Teil des Bezirks Gänserndorf.

Wir erwarten von Ihnen:

Wahrnehmung der regelmäßigen Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen und der erforderlichen Amtshandlungen sowie die seelsorgliche Begleitung der Gemeinde und Hilfe beim Aufbau der Kinder- und Jugendarbeit.

Begleitung und wertschätzender Umgang mit haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

Eine gute Zusammenarbeit mit den zahlreichen Schulen. Das Pflichtstundenausmaß im Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden am Gymnasium Laa an der Thaya und im Bundesschulzentrum Mistelbach. Für den Religionsunterricht an den Pflichtschulen und berufsbildenden Pflichtschulen stehen zwei Religionslehrerinnen zur Verfügung.

Zusammenarbeit mit unserem Besucherteam im Krankenhaus Mistelbach.

In unserer 1600 km^2 großen Pfarrgemeinde sind Hausbesuche bei unseren zerstreut lebenden Gemeindemitgliedern sehr erwünscht und notwendig.

Weiterführung der bestehenden guten ökumenischen Kontakte und Kontaktpflege zu den öffentlichen Gemeinden und Einrichtungen.

Wir bieten:

Wohnung im Pfarrhaus (drei Zimmer, Küche, Bad, WC, gr. Vorraum im Erdgeschoß, drei Zimmer, Dusche, WC und begehbarer Schrank im Dachgeschoß), Fernwärme zentralbeheizt, Terrasse in den Gemeindegarten mündend, ruhige Lage! Zentral gelegen! Kirchennähe!

Eine geringfügig beschäftigte Pfarrsekretärin, ein Büro samt den nötigen technischen Geräten, sowie einen Gemeinderaum, eine Küche und ein WC im Keller.

Weitere Informationen, insbesondere auch über aktuelle Aktivitäten, sind auf unserer Homepage unter www.evang-mistelbach.at abrufbar.

Bewerbungen sind bis 15. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach, Hugo-Riedl-Straße 13, 2130 Mistelbach, E-Mail: evang.mistel@aon.at zu richten.

Auskünfte erteilen: Pfarrer Mag. Willi Thaler, Tel. 0699-188 77 731, und Kuratorin Monika Keintzel, Tel. 0699-188 77 349.

14. Zl. GD 237; 2573/2010 vom 9. Dezember 2010

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen, Niederösterreich

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Neunkirchen, Niederösterreich, ist wegen Pensionierung des bisherigen Amtsinhabers mit 1. September 2011 neu zu besetzen.

Die Pfarrgemeinde Neunkirchen umfasst zirka 1050 Gemeindeglieder. Die denkmalgeschützte Kirche aus dem Jahr 1862, das Pfarrhaus und sämtliche Gemeindeaktivitäten sind im Internet unter http://www.evang-neunkirchen.at zu betrachten. Eine schöne Pfarrerwohnung steht zur Verfügung, deren Größe adaptiert werden kann.

Die Gemeinde sucht eine/n einsatzfreudige/n, teamorientierte/n Pfarrer/in, der/m die Verkündigung des Evangeliums für unsere heutige Zeit ein Herzensanliegen ist.

Wir wünschen uns eine/n Pfarrer/in, der/m die Seelsorge und das Erreichen der Menschen wichtig ist. Dies schließt Hausbesuche, Krankenbesuche, Öffentlichkeits-, Jugend- und Frauenarbeit, Konfirmandenunterricht, Mitarbeitermotivation u. a. mit ein.

Wir erhoffen uns eine Weiterführung und Begleitung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften in unserer Gemeinde (z. B. Kirchentreff am Samstag, Kindergruppen, Gemeindebrief, Kindergottesdienst, Chor, Veranstaltung von Konzerten) und sind für neue Ideen oder Impulse sehr offen.

Die Religionsunterrichtsverpflichtung beträgt acht Wochenstunden.

Unser Presbyterium freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der/m neuen Pfarrer/in und trägt gerne mit ihr/m die Aufgaben und Verantwortung für die Gemeinde.

Bewerbungen richten Sie bitte bis 28. Feber 2011 an das Presbyterium der Pfarrgemeinde Neunkirchen
z. H. Kurator Reinhard Simon
Dr.-Stockhammer-Gasse 15,
2620 Neunkirchen.

Auskunft erteilt Ihnen gerne unser Kurator Reinhard Simon
E-Mail: r.simon@tmo.at
Tel. 0676-9177491

15. Zl. GD 128; 2637/2010 vom 16. Dezember 2010

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Dornbach

Mit der Pensionierung des derzeitigen Stelleninhabers zum 31. Dezember 2010 wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Dornbach zur Neubesetzung mit Dienstantritt zum 1. September 2011 ausgeschrieben.

Wir sind

– eine 1050 Seelen zählende Toleranzgemeinde. Kirche und Pfarrhaus befinden sich in der Ortschaft Fischer-

tratten (etwa 4 km von der Stadt Gmünd entfernt). Das Gemeindegebiet umfasst die politische Gemeinde Malta und Teile der Stadt Gmünd sowie eine Ortschaft der Gemeinde Trebesing. Seit 2001 besteht in Gmünd eine zweite Kirche als PredigtsteIle.

Mit Gmünd als Kulturstadt und Malta als Nationalparkgemeinde und Bergsteigerdorf bieten sich viele Möglichkeiten.

Wir erwarten

~ das Feiern von Gottesdiensten und Amtshandlungen in Dornbach und Gmünd im Wechsel.
~ Die Erteilung von Religionsunterricht an Volks- und Hauptschulen im Ausmaß von elf Wochenstunden.
~ Seelsorgerliche Betreuung durch Haus- und Krankenbesuche und monatliche Gottesdienste bzw. Andachten im Alten- und Pflegeheim Gmünd.
~ Bibelstunden im Winterhalbjahr in zwei Außenorten nach Bedarf.
~ Betreuung und Unterweisung der Konfirmandinnen und Konfirmanden.
~ Begleitung in der Kinder- und Jugendarbeit.
~ Betreuung und Unterstützung des bestehenden Frauenkreises.
~ Zusammenarbeit mit den evangelischen Nachbargemeinden Eisentratten und Trebesing.
~ Fortführung der guten ökumenischen Kontakte und Kontaktpflege mit der politischen Öffentlichkeit.

Wir bieten

– Eine 134 m^2 große Dienstwohnung im Pfarrhaus in Fischertratten in unmittelbarer Nähe zur Kirche mit Garten und Spielwiese. Abstellraum und Garage sind vorhanden. Im Parterre befindet sich die Pfarrkanzlei, ein kleiner Gemeindesaal und eine Kurpredigerwohnung.
– Unterstützung durch das Presbyterium, die Gemeindevertretung und weitere Mitarbeiter.

Bewerbungen richten Sie bitte bis 15. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Dornbach, Fischertratten 4, 9853 Gmünd.

Nähere Auskünfte erteilen:

Kurator Reinhold Mahler, 9854 Malta Nr. 76, Tel. (04733) 8108, Handy: 0664-88658499.

Administrator Pfarrer Mag. Johannes Satlow, 9861 Eisentratten Nr. 23, Tel. (04732) 2790, Handy: 0664-5307680.

16. Zl. GD 133; 87/2011 vom 19. Jänner 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding wird hiermit zur Besetzung am 1. September 2011 ausgeschrieben.

Wir sind:

— Eine Toleranzgemeinde mit zirka 1570 Mitgliedern, welche den größten Teil des Bezirks Eferding und Teile des Bezirkes Grieskirchen umfasst.
— Eferding ist Bezirksstadt und verkehrsmäßig günstig gelegen, 20 km von Wels und 25 km von Linz entfernt.
— Eine Pfarrgemeinde, in der die Tradition lebendig ist und die offen in die Zukunft blickt.
— Eine Pfarrgemeinde, in der viele Menschen mitarbeiten und sich in Kreisen und Hauskreisen treffen.
— Eine Pfarrgemeinde mit lebendiger Kinder- und Jugendarbeit; einem engagierten, teamorientiert arbeitenden Presbyterium.

Wir erwarten von einem Pfarrer/einer Pfarrerin:

— Freude an Verkündigung und Seelsorge,
— integratives Wirken in der Gemeinde,
— teamorientiertes Arbeiten,
— Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden ist vorwiegend an der AHS Daxberg zu halten.

Zu betreuen sind auch zwei Seniorenheime in Eferding, in denen je 4 x im Jahr Gottesdienste gefeiert werden.

In unserer Gemeinde arbeiten (bezahlt) mit:

— eine Sekretärin (Teilzeit),
— ein Kirchendiener (Teilzeit),
— eine Gemeindepädagogin (Teilzeit),
— ein Jugendpfarrer (auf einer Projektpfarrstelle mit der Pfarrgemeinde Wallern; unser Anteil an der Stelle beträgt 20%).

Wir bieten eine Dienstwohnung mit zirka 120 qm. Sie besteht aus fünf Zimmern, Küche, Bad und Balkon. Vorhanden ist ein Garten und eine Garage. Die Pfarrkanzlei mit Vorraum ist im Untergeschoss des Pfarrhauses untergebracht. Ein Gästezimmer ist vorhanden.

Ende der Bewerbungsfrist ist der 28. Feber 2011.

Für Auskünfte stehen Kurator Johann Hochmeir, Tel. (07249) 473 01, und Superintendent Lehner (als Administrator) zur Verfügung.

17. Zl. GD 153; 112/2011 vom 21. Jänner 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn am See

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn am See schreibt ihre 75-%-Gemeindepfarrstelle mit dem 1. September 2011 aus. Mit einer zusätzlichen 25-%-Lehrverpflichtung am Stiftsgymnasium Admont (also einer RU-Verpflichtung von insgesamt elf Wochenstunden) ergibt das eine ganze Stelle.

Unsere Pfarrgemeinde erstreckt sich über fünf politische Gemeinden: Gaishorn, Trieben, Treglwang, Hohentauern und St. Johann am Tauern (Tochtergemeinde). Auf diesem

Gebiet stehen drei Kirchen (Gaishorn, Trieben, St. Johann am Tauern) und das Pfarrhaus (Gaishorn). Alle Kirchen und das Pfarrhaus wurden in den letzten Jahren renoviert. Wir haben rund 820 Gemeindeglieder. Unsere Mitarbeiter/innen sind engagiert und hauptsächlich ehrenamtlich tätig.

Wir erwarten

- Freude an Ihrer Tätigkeit,
- gewissenhafte Amtsführung,
- regelmäßige Gottesdienste abwechselnd in den Kirchen an Sonn- und Feiertagen bzw. einmal pro Monat im Pflegeheim Trieben,
- Hausbesuche,
- gute Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreter/innen bzw. mit den benachbarten Pfarrern,
- Begleitung der Konfirmand/innen,
- Teilnahme am öffentlichen Leben,
- gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Schulen,
- Bereitschaft zur Ökumene.

Wir bieten

- ein großes Pfarrhaus (Pfarrerwohnung mit 96 m², Garage, Pfarrkanzlei, Gemeindesaal) mit Garten,
- engagierte Mitarbeiter/innen, die sich auf die neue Pfarrerin bzw. auf den neuen Pfarrer freuen,
- eine Lektorin,
- drei Organist/innen,
- eine Religionslehrerin für Pflichtschulen,
- zwei geringfügig beschäftigte Küsterinnen,
- einen geringfügig beschäftigten Friedhofsbetreuer,
- Arbeitskreise (Familiengottesdienste, Seniorennachmittage, Kinderfreizeit),
- einen freien Sonntag pro Monat.

Bitte richten sie Ihre Bewerbungen bis 31. März 2011 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn am See, 8783 Gaishorn am See, Hausnummer 57.

E-Mail: evang.gaishorn@aon.at

Weitere Informationen finden Sie unter www.kirche-gaishorn.at

Kontaktpersonen: Administrator Pfarrer Mag. Johannes Hanek, Tel. 0699-188 77 626,

Kurator Johann Kolenprat, Tel. 0699-188 77 690.

18. Zl. P 1449; 2690/2010 vom 23. Dezember 2010

Bestellung von Mag. Hans Hubmer zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam

Mag. Hans Hubmer wurde gemäß § 22 Abs. 1 OdgA bzw. unter Bedachtnahme auf § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam gewählt und mit Wirkung vom 1. November 2010 in diesem Amt bestätigt.

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

19. Zl. HB 01; 125/2011 vom 24. Jänner 2011

Bestellung von Mag. Ralf Stoffers zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bregenz

Mag. Ralf Stoffers wurde gemäß § 24 Abs. 1 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bregenz bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2010 in diesem Amt bestätigt.

Dipl.-Ing. Klaus Heußler Oberkirchenrat — Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld Landessuperintendent

20. Zl. HB 01; 2663/2010 vom 21. Dezember 2010

Gemeindequoten der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2011

Der Evangelische Oberkirchenrat H. B. bringt auf Grund der Verordnung vom 28. November 2008, Zl. HB 01; 3695/2008 (ABl. 215/2008) und der Novelle ABl. 238/2009 nach Anhörung des Finanzausschusses H. B. mit Zustimmung des Kontrollausschusses H. B. folgende Gemeindequoten zur Vorschreibung:

	p. a. €	p. m. €
Wien-Innere Stadt	112.301,—	9.358,—
Wien-Süd	50.599,—	4.217,—
Wien-West	44.114,—	3.676,—
Oberwart	156.583,—	13.049,—
Linz	30.311,—	2.526,—
Bregenz	109.438,—	9.120,—
Dornbirn	54.518,—	4.543,—
Feldkirch	52.564,—	4.380,—
Bludenz	25.626,—	2.136,—
	636.054,—	53.005,—

Die Beitragszahlungen gelten ab 1. Jänner 2011 und sind regelmäßig von den Pfarrgemeinden spätestens bis Mitte des laufenden Monats an den Evangelischen Oberkirchenrat H. B. abzuführen.

Dipl.-Ing. Klaus Heußler Oberkirchenrat — Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld Landessuperintendent

21. Zl. HB 01; 194/2011 vom 1. Feber 2011

Haushaltsplan der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2011

Der Evangelische Oberkirchenrat H. B. hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010 nach Anhörung des Finanzausschusses H. B. den Haushaltsplan der Evangelischen Kirche H. B. für das Jahr 2011 beschlossen und wurde in der Sitzung des Kontrollausschusses H. B. am 20. Dezember 2010 genehmigt.

Aufwendungen	€	€
I. Personalaufwand		
1. Geistliche AmtsträgerInnen	507.000,—	
2. Pensionen	234.200,—	
3. Pensionen Witwen	90.100,—	
4. ASVG-Dienstgeberbeitr.	103.000,—	
5. Zusatzkrankenfürsorge	9.400,—	
6. Pensionsbeiträge PI	29.000,—	
7. Gehälter Angestellte	120.100,—	
8. Zusatzpensionen	18.100,—	1,110.900,—
II. Zuweisungen an diverse Fonds und Rücklagen		21.500,—
III. Kosten der Kirchenleitung		40.500,—
IV. Kosten der Kirchenkanzlei		25.700,—
V. Anteilige Kosten Evang. Kirche A. u. H. B.		62.300,—
VI. Diverse Kosten		50.000,—
VII.+VIII. Reformiertes Kirchenblatt		33.600,—
Gebarungszugang		188,—
		1,344.688,—

Erträge	€
I. Gemeindequoten	636.000,—
II. Bundeszuschuss	165.488,—
III. Zweckgebundene Erträge (Pensionsfonds)	103.000,—
IV. Sonstige Einnahmen	245.600,—
V. Religionsunterricht	166.000,—
VI.+VII. Reformiertes Kirchenblatt, Reformierte Schriften	28.600,—
	1,344.688,—

Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Oberkirchenrat

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Motivenbericht

Gefängnisseelsorge:
Richtlinien 2011

Der Oberkirchenrat A. und H. B. hat nach Vorschlägen des Rechts- und Verfassungsausschusses mit Zustimmung der Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung beschlossen, die bereits lange Zeit geforderten Kirchengesetze für die besonderen Bereiche der Seelsorge noch in dieser Funktionsperiode 2006 bis 2012 in Angriff zu nehmen; denn es fehlen detaillierte Regelungen insbesondere für die Gefängnisseelsorge und für die Militärseelsorge. Einige der Sonderseelsorgebereiche wie z. B. die Krankenhausseelsorge sind bereits geregelt worden.

Geplant ist zwar ein einheitliches Kirchengesetz für alle besonderen Bereiche der Seelsorge. Als eine Vorstufe für dieses Kirchengesetz werden aber Richtlinien erarbeitet und erprobt. Hiermit werden die Richtlinien für die Gefängnisseelsorge vorgelegt.

Der Begriff „Gefängnisseelsorge“ bringt zum Ausdruck, dass zusätzlich zu der Gefangenenseelsorge i. S. des Protestantengesetzes 1961 auch die Haftentlassenen und die Angehörigen der Justizanstalten sowie die Angehörigen der Gefangenen, der Haftentlassenen und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Justizanstalten in die seelsorgerliche Betreuung einbezogen werden.

Nach einer Zeitspanne von zirka zwei Jahren werden die Erfahrungen mit den nun außer Kraft gesetzten Richtlinien evaluiert; sie dienen als Grundlage für die Erarbeitung der vorgesehenen Richtlinien. Sie sind auf Grund der Bestimmungen des Protestantengesetzes und der Kirchenverfassung legistisch ausreichend abgedeckt, auch wenn sie noch nicht alle erforderlichen Detailregelungen enthalten, die dem erwähnten Kirchengesetz vorzubehalten sein werden.

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Kirchliche Mitteilung

†

Der Herr über Leben und Tod hat Herrn

Landeskirchenkurator i. R.
Leopold Anton KUNRATH

am 11. Dezember 2010 zu sich in die Ewigkeit berufen.

Leopold Anton Kunrath wurde am 1. Juni 1932 in Wien-Rudolfsheim geboren. Er entstammte einer Hutmacherfamilie. Die Ehrfurcht vor der Hände Arbeit, vor Kreativität und Fleiß hat ihn ein Leben lang begleitet.

1949 wurde Leopold in der Gumpendorfer Kirche konfirmiert. Die Evangelische Jugend, zunächst in der Pfarrgemeinde Gumpendorf, aber bald auch darüber hinaus, wurde der Ort, wo er seinen Glauben leben konnte, in Gemeinschaft, im Engagement für andere, in Fröhlichkeit.

Nach Schulabschluss und Technischer Universität ließ er sich zum Installateur ausbilden. 1967 begann er in der Firma Geberit. In leitender Stellung half er mit diese Firma zu einem bedeutenden Unternehmen auszubauen.

Über die Evangelische Jugend wuchs Leopold Kunrath hinein in alle verantwortlichen Ämter, die einem „nichttheologischen Mitarbeiter", wie er sich selbst verstanden hat, in unserer Kirche möglich sind.

Über die Evangelische Jugend lernte er auch Lotte Macho kennen und lieben. Die beiden heiraten 1956 in der Evangelischen Kirche von Floridsdorf. Tochter Verena und die beiden Söhne Nikolaus und Stefan, vervollständigten das Familienglück —

1967 übernahm das Ehepaar Kunrath die Leitung des Jugendwohnheims für Schüler und Lehrlinge in der Braungasse in Wien. Bis zu seinem Krankenlager stand Leopold Kunrath mit manchen seiner Ehemaligen in guter Verbindung.

Als Landeskirchenkurator und Mitglied in der Kirchenleitung zeichneten ihn sein soziales und christliches Engagement, sein Einsatz für die Jugend und seine Herzensgüte aus. Die Evangelische Kirche A. B. in Österreich verdankt Leopold Kunrath viel.

In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm vom Bundespräsidenten das Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Möge Gott ihn schauen lassen, was er geglaubt hat.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Frau Lotte und seiner Familie.

(Zl. Präs 02 a; 197/2011 vom 1. Feber 2011.)

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 2. März 2011 | 2. Stück

22. Kollektenaufruf Ökumene für den Sonntag Reminiszere

23. Diakoniepreis 2011 der Evangelischen Kirche A. u. H. B.

24. Ausschreibung (erste) der 25-%-Pfarrstelle einer Hochschulpfarrerin/eines Hochschulpfarrers für Graz

25. Liste der Betreuungspfarrer und Betreuungspfarrerinnen für Gemeindepraktika

26. Evangelische Kirche A. u. H. B. Seelenstandsbericht 2010

27. Sonntag Laetare (3. April 2011) — Schulsonntag

28. Empfehlung des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. zur Kirchenbeitragseinhebung

29. Lektorenarbeit

30. Ausschreibung (dritte) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt

31. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen

32. Ausschreibung (erste) der 50-%-Stelle eines/einer Krankenhauspfarrers/Krankenhauspfarrerin im AKH Wien in Kombination mit der 50-%-Stelle eines/einer Krankenhauspfarrers/Krankenhauspfarrerin in der Krankenanstalt Rudolfstiftung Wien

33. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Donaustadt

34. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

und

Ausschreibung (zweite) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

35. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Christuskirche

36. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach

37. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trebesing in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

38. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weißbriach-Weißensee

39. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Admont

40. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Leibnitz

41. Ausschreibung (erste) einer 50-%-Teilstelle der Anstaltsseelsorge in Graz

42. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach

43. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weppersdorf in Kombination mit einer 50-%-Diözesanpfarrstelle für Konfirmandenarbeit

44. Ausschreibung (erste) einer diözesanen 50-%-Teilpfarrstelle für Konfirmandenarbeit

45. Ausschreibung (erste) der gemeinsamen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Unterschützen und A. B. Bad Tatzmannsdorf

46. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pöttelsdorf

47. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rechnitz in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

48. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Deutsch Jahrndorf und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Nickelsdorf

49. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle des Gemeindeverbandes der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Stoob und Lutzmannsburg

50. E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Jenbach

51. Evangelische Kirche H. B. Seelenstandsbericht 2010

Kirchliche Mitteilungen

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

22. Zl. KOL 01; 207/2011 vom 2. Feber 2011

Kollektenaufruf Ökumene für den Sonntag Reminiszere

„Es ströme das Recht wie Wasser" (Amos 5, 24). Mit diesem Motto aus dem Buch des Propheten Amos gestalten die Kirchen der Ökumene die „Donaufriedenswelle". Mit diesem Projekt wird von Ulm bis zum Schwarzen Meer in einer Reihe von Veranstaltungen der Abschluss der „Dekade zur Überwindung von Gewalt" gestaltet. Zu dieser Dekade hatte der Ökumenische Rat der Kirchen (Genf) im Jahr 2000 aufgerufen. In Österreich war es der Ökumenische Rat der Kirchen, der sich dafür besonders engagiert hat. Es ist ein schönes Zeichen der lebendigen Ökumene, dass die Kirchen von Württemberg bis Rumänien gemeinsam die „Donaufriedenswelle" gestalten. Der Abschluss wird am ersten Wochenende im Juli 2011 in Ulm gefeiert werden.

Dies ist nur ein Beispiel für die vielen Initiativen und Projekte, die unsere Kirche auf allen Ebenen im Bereich der Ökumene setzt. Dazu gehört die ökumenische Zusammenarbeit auf Gemeindeebene ebenso, wie die Vertretung unserer Kirche in den internationalen ökumenischen Organisationen, in erster Linie die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa, die Konferenz Europäischer Kirchen, der Lutherische Weltbund und der Ökumenische Rat der Kirchen. In der Zusammenarbeit der Kirchen ist vieles möglich, was wir im vertrauensvollen Miteinander gestalten können. Das zu verstärken ist unser Anliegen, auch wenn es bei anderen wichtigen Fragen (z. B. die Gewährung der sogenannten eucharistischen Gastfreundschaft) derzeit keine Fortschritte geben dürfte.

Die Ökumene in Österreich ist durch Jahrzehnte gewachsen und genießt weit über die Grenzen unseres Landes hinaus einen hervorragenden Ruf als ein Beispiel, wie Kirchen in ökumenischem Geist ihr gemeinsames Glaubenszeugnis geben können. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Solidarität mit den Kirchen, die sich in anderen Ländern in sehr schwierigen Situationen befinden, hier ist in erster Linie die Gemeinschaft mit der Koptischen Kirche zu erwähnen.

Der Evangelische Oberkirchenrat bittet Sie, durch Ihre großzügige Gabe am heutigen Sonntag mitzuhelfen, dass unsere Kirche weiterhin ein verlässlicher und geschätzter Partner in der Ökumene ist. Ein herzliches Dankeschön für Ihre Gabe!

23. Zl. IM 09; 311/2011 vom 16. Feber 2011

Diakoniepreis 2011 der Evangelischen Kirche A. u. H. B.

Die Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich lädt ihre Pfarrgemeinden und die Einrichtungen und Initiativen der Diakonie Österreich ein, Projekte für den Diakoniepreis einzureichen.

Die Vergabe des Diakoniepreises soll:

- Einsicht in das diakonische Engagement unserer Gemeinden, Institutionen und diakonischen Unternehmen vermitteln.
- Die Kreativität und den Mut stärken, soziale Probleme mit innovativen Konzepten zu bearbeiten.
- Die Aussage der Generalsynode: „Kirche ist wesentlich diakonisch" noch tiefer im Leben der Kirche verankern.

1. Die Evangelische Kirche A. u. H. B. fördert durch die Auslobung eines Diakoniepreises die Diakonische Arbeit von Kirche und Diakonie.
2. Der Diakoniepreis 2011 wird in der Höhe von € 10.000 vergeben.
3. Für die Zuerkennung dieses Preises ist ausschlaggebend:
   a) das im Projekt sichtbare Innovationspotenzial,
   b) die Einbettung des Projektes in die Sozialstrukturen vor Ort,
   c) die gestaltete Kommunikation mit den kirchlichen und öffentlichen Partnern,
   d) die Nachhaltigkeit des Projektes.
4. Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen ist erwünscht.
   (Sollte sie aus projektbezogenen Gründen nicht möglich sein, ist das im Antrag zu begründen.)
5. Ein Sonderpreis in der Höhe von € 3.000 wird im „Ehrenamtsjahr 2011" ausgelobt für Projekte, die besonders Freiwilligenarbeit herausstellen.
6. Teilnahmeberechtigt sind Pfarrgemeinden, Werke, Vereine und Initiativen und diakonische Unternehmen im Rahmen der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich und der Diakonie Österreich.
7. Der Antrag erfolgt mittels Antragsformular unter www.evang.at/diakoniepreis
   Mögliche Beilagen sollen zehn Seiten nicht überschreiten.
8. Die Unterlagen müssen in sechsfacher Ausfertigung bis **9. September 2011** beim Evangelischen Oberkirchenrat A. u. H. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, eingereicht sein.
9. Die Jury, die den Preis vergibt, besteht aus dem/der Vorsitzenden des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B., dem/der Vorsitzenden des Diakonischen Ausschusses der Generalsynode, einem Vertreter/einer Vertreterin der Diakonie Österreich sowie einem vom Diakonischen Ausschuss der Generalsynode zu berufenden Vertreter/einer Vertreterin aus dem Bereich des Gesundheits- bzw. des Sozialwesens und der Publizistik.
10. Die Entscheidung der Jury muss nicht begründet werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
11. Die finanzielle Abwicklung wird vom Wirtschaftsprüfer der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich geprüft.

24. Zl. VER 26; 250/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der 25-%-Pfarrstelle einer Hochschulpfarrerin/eines Hochschulpfarrers für Graz

Die Stelle der/des HochschulpfarrerIn für Graz wird hiermit entsprechend der Ordnung der Evangelischen Hochschulgemeinde (OdEHG § 7 Abs. 5) vom Superintendentialausschuss Steiermark zur Besetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Sie kann nur von einer/m akademisch gebildeteN TheologIn besetzt werden.

Wir erwarten

— ökumenische Offenheit und Freude am theologischen Diskurs,
— intensiven Einsatz für einen „Neustart" der EHG Graz,
— Anregung, Planung und Durchführung von Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen der EHG Graz, auch in Kooperation mit anderen Stellen (khg, EJ, Grazer Pfarrgemeinden u. ä.),
— seelsorgerliche Begleitung von Studierenden aus In- und Ausland,
— Kontaktpflege zu Lehrenden an Grazer Hochschulen sowie zu BewohnerInnen und BetreiberInnen von Grazer StudentInnenheimen,
— Kooperation mit und Motivation der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen sowie mit den Grazer Pfarrgemeinden, der regionalen und der überregionalen Evangelischen Jugend,
— Mitarbeit in der EHG Österreich, damit verbundenen Pflege von Kontakten zu kirchlichen und öffentlichen Stellen im In- und Ausland, insbesondere auch zum Christlichen Weltstudentenbund (WSCF) und der Conference of European University Chaplains (CEUC),
— Leitung des Bürobetriebes der EHG Graz.

Die Amtsdauer beträgt sechs Jahre. Wiederwahl ist möglich (OdEHG § 7 Abs. 8).

Die EHG-Graz verfügt über einen eigenen Versammlungsraum und ein Büro im Martin-Luther-Haus der Heilandskirche sowie über gute Kontakte zur khg. Eine geringfügig beschäftigte Sekretärin erledigt kompetent die Büroarbeiten.

Eine Dienstwohnung wird gegebenenfalls im Rahmen der kirchlichen Bestimmungen zur Verfügung gestellt bzw. der entsprechende Wohnungsunterstützungszuschuss ausbezahlt. (OdGA § 64 Abs. 6 ff.)

Bewerbungen sind bis 31. März 2011 an die Evangelische Superintendentur Steiermark, Kaiser-Josef-Platz 9, 8010 Graz, zu richten — suptur-stmk@evang.at

Nähere Auskünfte erteilen gern:

Administrator Pfarrer Manfred Perko, Tel. 0699-188 77 652, manfred.perko@aon.at

Superintendent Hermann Miklas, Tel. 0699-188 77 601, miklas-stmk@evang.at

25. Zl. A 67; 110/2011 vom 21. Jänner 2011

Liste der Betreuungspfarrer und Betreuungspfarrerinnen für Gemeindepraktika

Der Evangelische Oberkirchenrat A. u. H. B. veröffentlicht hiermit die Liste der Pfarrer und Pfarrerinnen, bei denen ein Gemeindepraktikum absolviert werden kann.

Evangelische Superintendenz A. B. Burgenland

Pfarrer Mag. Olivier Dantine	Großpetersdorf
Pfarrer Mag. Joachim Grössing	Mörbisch
Pfarrer Mag. Heribert Hribernig	Markt Allhau
Pfarrer Mag. Frank Lissy-Honegger	Rust
Pfarrer Mag. Jakob Kruse	Loipersbach
Pfarrerin Mag. Silvia Nittnaus	Zurndorf
Pfarrerin Mag. Sieglinde Pfänder	Oberwart
Senior Dr. Herbert Rampler	Eisenstadt
Senior Mag. Michael Rech	Eltendorf
Pfarrer Mag. Martin Schlor	Pinkafeld
Pfarrerin Mag. Tanja Sielemann	Oberschützen
Pfarrerin Mag. Ingrid Tschank	Gols

Evangelische Superintendenz A. B. Kärnten

Pfarrerin Mag. Lydia Burchhardt	Klagenfurt-Johanneskirche
Pfarrer Mag. Norbert Emig	Wolfsberg
Pfarrer Mag. Rainer Gottas	Klagenfurt-Johanneskirche
Senior Mag. Michael Guttner	Feld am See
Pfarrer Dipl.-Ing. Mag. Hans Hecht	Lienz
Pfarrerin Mag. Renate Moshammer	Pörtschach
Senior Mag. Martin Müller	Waiern
Senior Mag. Oliver Prieschl	Spittal an der Drau
Pfarrer Mag. Martin Satlow	Velden
Pfarrer Mag. Norman Tendis	St. Ruprecht

Evangelische Superintendenz A. B. Niederösterreich

Pfarrer lic. theol. Günter Battenberg	Melk-Scheibbs
Pfarrer Mag. Christian Brost	Stockerau
Pfarrer Mag. Pál Fónyad	Perchtoldsdorf
Pfarrer Mag. Siegfried Kolck-Thudt	Amstetten
Pfarrer Mag. Dietmar Kreuz	Purkersdorf
Pfarrer Mag. Markus Lintner	Mödling
Pfarrerin Mag. Anna Elisabeth Peterson	Korneuburg
Pfarrerin Mag. Roswitha Petz	Krems
Senior Mag. Karl-Jürgen Romanowski	Bad Vöslau
Pfarrer Wolfgang Salzer	Wiener Neustadt
Pfarrer Mag. Julian Sartorius	Klosterneuburg
Seniorin Mag. Birgit Schiller	Horn
Pfarrer Mag. Daniel Vögele	St. Pölten
Pfarrerin Mag. Ulrike Wolf-Nindler	Tulln

Evangelische Superintendenz A. B. Oberösterreich

Pfarrer Mag. Klaus-Ortwin Galter	Linz-Dornach
Pfarrer Mag. Martin Hofstätter	Vöcklabruck
Pfarrer Mag. Hans Hubmer	Timelkam

Pfarrer Mag. Dankfried Kirsch	Bad Ischl
Pfarrer Mag. Hans Peter Pall	Linz-Urfahr
Senior Mag. Bernhard Petersen	Wels
Senior Mag. Friedrich Rößler	Steyr
Pfarrer Mag. Martin Rößler	Rutzenmoos
Pfarrer Mag. Jörg Schagerl	Linz-Urfahr
Senior Mag. Günter Scheutz	Bad Goisern
Pfarrer Mag. Günter Wagner	Gallneukirchen

Evangelische Superintendenz A. B. Salzburg-Tirol

Pfarrer Mag. Adam Faugel	Salzburg-Süd
Pfarrer Dr. Peter Gabriel	Hallein
Pfarrer Mag. Werner Geißelbrecht	Innsbruck-Christuskirche
Pfarrer Mag. Bernhard Groß	Innsbruck-Christuskirche
Pfarrer Mag. Tilmann Knopf	Salzburg-Christuskirche
Pfarrer Mag. Karlheinz Müller	Kufstein
Pfarrer Mag. Dietmar Orendi	Gastein
Pfarrerin Mag. Barbara Wiedermann	Salzburg-Christuskirche

Evangelische Superintendenz A. B. Steiermark

Pfarrerin Mag. Karin Engele	Peggau
Pfarrerin Mag. Ulrike Frank-Schlamberger	Graz, linkes Murufer
Pfarrer Mag. Andreas Gerhold	Stainz
Pfarrer lic. theol. Andreas Gripentrog	Radstadt
Pfarrer Mag. Johannes Hanek	Admont-Liezen
Pfarrer Mag. Joachim Heinz	Bad Aussee
Pfarrerin Mag. Daniela Kern	Voitsberg
Senior Mag. Gerhard Krömer	Schladming
Pfarrer Richard Liebeg	Graz-Eggenberg
Pfarrer Dr. Manfred Mitteregger	Gröbming
Pfarrer Mag. Tadeusz Prokop	Judenburg
Pfarrer Mag. Wolfgang Rehner	Ramsau am Dachstein
Senior Mag. Wolfgang Schneider	Bruck an der Mur
Pfarrerin Mag. Anne Strid	Graz, linkes Murufer
Pfarrer Hans Helmuth Taul	Rottenmann

Evangelische Superintendenz A. B. Wien

Seniorin Mag. Ursula Arnold	Wien-Leopoldstadt und Brigittenau
Senior Mag. Hans-Jürgen Deml	Wien-Neubau/Fünfhaus
Pfarrer MMag. Andreas Fasching	Wien-Liesing
Pfarrerin Mag. Marianne Fliegenschnee	Wien-Floridsdorf
Pfarrer Mag. Harald Geschl	Wien-Alsergrund-Messiaskapelle
Pfarrer Dr. Hans-Volker Kieweler	Wien-Hietzing
Pfarrerin Dr. Ines Knoll	Wien-Innere Stadt
Pfarrerin Mag. Elke Kunert	Wien-Hietzing
Pfarrer Mag. Sepp Lagger	Wien-Simmering
Pfarrerin Mag. Gabriele Lang-Czedik	Wien-Liesing
Pfarrerin Mag. Andrea Petritsch	Wien-Döbling
Pfarrerin Mag. Edith Schiemel	Wien-Gumpendorf
Pfarrer Mag. Gregor Schwimbersky	Wien-Ottakring
Pfarrer Mag. Willi Thaler	Wien-Leopoldstadt und Brigittenau
Pfarrer Mag. Johann Ulreich	Wien-Döbling
Pfarrer Mag. András Vető	Wien-Floridsdorf
Pfarrerin Dr. Ingrid Vogel	Wien-Hetzendorf
Senior Mag. Michael Wolf	Wien-Favoriten-Christuskirche

Evangelische Kirche H. B. in Österreich

LSI Mag. Thomas Hennefeld	Wien-West
Pfarrer Dr. Johannes Langhoff	Wien-Innere Stadt
Pfarrer Mag. Michael Meyer	Dornbirn
OKR Mag. Richard Schreiber	Linz
OKR Mag. Johannes Wittich	Wien-Süd

26. Zl. A 24; 394/2011 vom 20. Feber 2011

Evangelische Kirche A. u. H. B. Seelenstandsbericht 2010

Als Bericht über den Seelenstand der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich werden hiermit — entsprechend der Ankündigung im letzten Amtsblatt (8/2011) — die Seelenstandszahlen der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich ergänzt um die jetzt vorliegenden Zahlen der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich veröffentlicht.

Zusammenstellung

Superintendenz	Gesamt	AB	HB	Veränderungen	in %	Eintritte	Austritte	Getaufte	Todesfälle	Wegzüge Inland	Zuzüge Inland	Wegzüge Ausland	Zuzüge Ausland	Wahlgemeinde-Zugänge	Wahlgemeinde-Abgänge	KonfirmandInnen	Getraute	Bestattete
Burgenland . . .	33983	33864	119	36	0,11	60	128	308	458	720	527	45	11	343	77	310	116	436
Kärnten	53071	52921	150	-649	-1,21	219	541	538	652	2235	2074	351	38	595	528	591	219	536
Niederösterreich .	40415	39777	638	42	0,10	215	508	360	627	1287	1456	216	33	274	311	339	77	462
Oberösterreich . .	52144	51936	208	-402	-0,77	229	556	532	806	2029	1840	381	104	490	505	512	224	550
Salzburg und Tirol .	29003	28655	348	129	0,45	107	581	270	457	965	974	369	37	125	148	241	84	282
Steiermark . . .	42556	42146	410	-346	-0,81	193	602	362	648	1444	1549	218	28	307	387	406	129	480
Wien	58925	58906	19	-261	-0,44	239	1025	573	856	5331	5203	806	175	534	939	392	161	647
Kirche A. B. . .	**310097**	**308205**	**1892**	**-1451**	**-0,47**	**1262**	**3941**	**2943**	**4504**	**14011**	**13623**	**2386**	**426**	**2668**	**2895**	**2791**	**1010**	**3393**
Kirche H. B. . .	**13886**	**6187**	**7699**	**120**	**0,87**	**40**	**246**	**117**	**114**	**243**	**241**	**352**	**200**	**17**	**8**	**93**	**24**	**117**
Kirche A. u. H. B.	**323983**	**314392**	**9591**	**-1331**	**-0,41**	**1302**	**4187**	**3060**	**4618**	**14254**	**13864**	**2738**	**626**	**2685**	**2903**	**2884**	**1034**	**3510**

27. Zl. KOL 17; 188/2011 vom 1. Feber 2011

Sonntag Laetare (3. April 2011) — Schulsonntag

Die Kollekte des Sonntags Laetare wird als Pflichtkollekte für das evangelische Schulwesen in Österreich eingehoben.

Den Gemeinden, Werken und Vereinen der Evangelischen Kirche A. B. wird freundlich empfohlen, den Sonntag Laetare als „Schulsonntag" zu gestalten. Evangelische Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sind gelebter Ausdruck dafür, wie die Evangelische Kirche auf der Grundlage des Evangeliums von Jesus Christus im Verständnis der Reformation gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt. Damit wird ein zeitgemäßer christlicher Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geleistet. Oftmals werden dazu innovative Wege gegangen und Vorreitermodelle entwickelt.

Entsprechend den Aufbrüchen in der österreichischen Bildungslandschaft ist vielerorts eine Erweiterung des Engagements in evangelischen Bildungseinrichtungen insbesondere durch Aus-, Um- und Neubauten zu erleben. So wird an zentralen Lebensorten das Evangelium in Offenheit für Angehörige anderer christlicher Kirchen, anderer Religionen und religiös nicht gebundener Menschen hinaus getragen.

In ihrem Gemeindegebiet befindet sich eine evangelische Schule oder Kinderbetreuungseinrichtung? Laden sie dieses bitte ein, an der Gestaltung des Gottesdienstes mit zu wirken oder geben sie zumindest Gelegenheit, dass diese vorgestellt werden.

28. Zl. KB 01; 201/2011 vom 1. Feber 2011

Empfehlung des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. zur Kirchenbeitragseinhebung

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. empfiehlt für die Wahrnehmung der Kirchenbeitragseinhebung die Schaffung von Kirchenbeitragsverbänden. Durch diese Maßnahme werden die zuständigen Gremien (Presbyterium, Kirchenbeitragskommission) der Pfarrgemeinden entlastet, weiters kann ein/e Sachbearbeiter/in,[1] der/die für mehrere Pfarrgemeinden die Kirchenbeitragseinhebung vornimmt, eingehender geschult und bei seiner/ihrer Tätigkeit durch den/die diözesane/n und/oder landeskirchliche/n KB-Referent/in fachlich besser begleitet werden, sodass die Professionalität und Kompetenz in der Kirchenbeitragseinhebung verbessert wird.

Die Verbände führen die Kirchenbeitragseinhebung im Namen und im Auftrag der Pfarrgemeinden durch, sodass alle über die unmittelbaren Leistungen der Verbände hinausgehenden Aufgaben (z. B. Seelsorge) und die Verantwortung selbstverständlich bei den Pfarrgemeinden verbleiben.

Auf Grund von Erfahrungsberichten aus Pfarrgemeinden empfiehlt der Evangelische Oberkirchenrat A. B. folgende Modelle:

1. Gründung eines Kirchenbeitragsverbandes als selbstständige öffentlich-rechtliche Körperschaft. Die Leitung des Verbandes erfolgt durch einen Vorstand der von einem erweiterten Ausschuss, den die beteiligten Pfarrgemeinden besetzen, gewählt wird. Der Vorstand entscheidet selbstständig über Kirchenbeitragsvorschreibung, Mahnwesen, Personalfragen usw. Der Vorstand ist dem Ausschuss gegenüber verantwortlich. Bei Beteiligung von wenigen Pfarrgemeinden kann der Ausschuss entfallen. Der Verband ist Dienstgeber der beschäftigten Dienstnehmer/innen.
2. Mehrere Pfarrgemeinden gemeinsam beschäftigen eine/n oder mehrere Dienstnehmer/innen. Die Anstellung der erforderlichen Dienstnehmer/innen erfolgt durch eine der beteiligten Pfarrgemeinden und die anderen Pfarrgemeinden refundieren den Personalaufwand anteilig an jene Pfarrgemeinde. Die anstellende Pfarrgemeinde ist arbeitsrechtlich die ausschließliche Dienstvorgesetzte und hat die Personalaufsicht auszuüben. Zwischen den beteiligten Pfarrgemeinden wird gemeinsam über Fragen der Urlaubsabwicklung, Anstellung und Kündigung entschieden. Die Entscheidung über Kirchenbeitragsvorschreibung, Mahnwesen usw. verbleibt bei jeder Pfarrgemeinde für ihre Kirchenbeitragspflichtigen.
3. Mehrere Pfarrgemeinden gemeinsam beschäftigen eine/n oder mehrere Dienstnehmer/innen. Die Anstellung der erforderlichen Dienstnehmer/innen erfolgt durch die jeweilige Superintendentur. Die beteiligten Pfarrgemeinden refundieren den Personalaufwand anteilig an die Superintendentur. Die Superintendentur ist arbeitsrechtlich die ausschließliche Dienstvorgesetzte und hat die Personalaufsicht auszuüben. In Fragen der Urlaubsabwicklung, Anstellung und Kündigung entscheiden die beteiligten Pfarrgemeinden in Absprache mit der Superintendentur. Die Entscheidung und Verantwortung über Kirchenbeitragsvorschreibung, Mahnwesen usw. verbleibt bei jeder Pfarrgemeinde für ihre Kirchenbeitragspflichtigen. Die Dienstnehmer/innen werden von der Superintendentur in fachlicher Hinsicht weisungsfrei gestellt, sodass eine mögliche Unvereinbarkeit mit der Kontrollaufgabe der Superintendentur im Kirchenbeitrag vermieden ist.

Weiters empfiehlt der Evangelische Oberkirchenrat A. B. bei der Erarbeitung derartiger Modelle die Unterstützung und Beratung des Kirchenamts (insbesondere Kirchenbeitragsbeauftragter, juristischer und wirtschaftlicher Kirchenrat) in Anspruch zu nehmen. Auf die Bestimmungen des § 4 KbFaO iVm Art. 31 Kirchenverfassung wird hingewiesen.

[1] Nachfolgende Ausführungen gelten in gleicher Weise für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen; bei Ehrenamtlichen entfallen natürlich die arbeitsrechtlichen Themen.

29. Zl. S 15; 177/2011 vom 31. Jänner 2011

Lektorenarbeit

Internationale Lektorentagung

vom 23. bis 25. September 2011 im Tagungshaus der Elsässischen Kirche auf dem Liebfrauenberg.

Thema: Dramaturgische Homiletik.

Interessierte Lektorinnen und Lektoren erhalten weitere Informationen beim Gesamtösterreichischen Lektorenleiter Senior Mag. Friedrich Rößler.

30. Zl. GD 324; 179/2011 vom 31. Jänner 2011

Ausschreibung (dritte) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt

Die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt wird zur Besetzung zum 1. September 2011 ausgeschrieben.

Mit etwa 40.000 Einwohnern ist Wiener Neustadt die zweitgrößte Stadt im Bundesland und der Mittelpunkt des südöstlichen Niederösterreichs. Wiener Neustadt mit ihrer über 800-jährigen Geschichte ist Behördenstadt, Verwaltungsmittelpunkt, Verkehrsknotenpunkt und Garnisonsstadt mit regem Kulturleben. Durch die gute verkehrstechnische Lage sind sowohl Wien als auch Ausflugsziele in den Bergen (z. B. Schneeberg und Wiener Wald) oder das Burgenland in kürzester Zeit zu erreichen. Als größte Schulstadt Niederösterreichs bietet Wiener Neustadt ein sehr breites Spektrum an Schulen im Pflichtschul-, AHS- und BHS-Bereich, weiters gibt es Berufsschulen, die Fachhochschule für Wirtschaft und Technik und die Theresianische Militärakademie.

Zur evangelischen Gemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt zählen zirka 4500 Gemeindeglieder zwischen den Orten Gutenstein im Westen, Wiesmath im Süden und Seibersdorf im Osten. Gegenwärtig werden Gottesdienste in Wiener Neustadt an jedem Sonntag und zu Festtagen, in Pottendorf jeden 1. Sonntag im Monat, in Pernitz jeden 2. Sonntag im Monat, in Felixdorf jeden 4. Sonntag im Monat und im Stadtheim jeden letzten Freitag im Monat gehalten.

Den beiden Pfarrern stehen eine Sekretärin, mehrere Organisten, sechs Lektoren, dreizehn Religionslehrer und viele Gemeindeglieder, die zur Mitarbeit bereit sind, zur Seite. Die Gemeinde erwartet eine intensive und geschwisterliche Zusammenarbeit zwischen den Amtsträgern und allen Mitarbeitern.

Schwerpunkte der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle sind:

Gottesdienste und Amtshandlungen in Wiener Neustadt und in allen Predigtstationen in Abstimmung mit dem Amtskollegen, Konfirmanden-, Kinder- und Jugendarbeit, Abhaltung von Bibelrunden und seelsorgerliche Begleitung aller Altersgruppen und Unterstützung der Mitarbeiter.

Acht Wochenstunden Religionsunterricht sind in Absprache mit dem Presbyterium und dem Schulamt zu erteilen.

Die genaue Aufgabenverteilung zwischen den Inhabern der zwei Pfarrstellen in der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt wird in Absprache der Pfarrer mit dem Presbyterium geregelt, wobei die Begabungen der Bewerberin oder des Bewerbers berücksichtigt werden.

Für die Pfarrerin oder den Pfarrer steht eine Dienstwohnung in der Größe von zirka 136 m^2 in der ehemaligen Schule zur Verfügung.

Bewerbungen mögen bitte bis zum 16. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B., Ferdinand-Porsche-Ring 4, 2700 Wiener Neustadt, gerichtet werden.

Weitere Auskünfte erteilen gerne: Kurator Mag. Manfred Pfeiffer, Tel. 0699-188 77 362, und Pfarrer Wolfgang Salzer, Tel. 0699-188 77 361.

Homepage: www.auferstehungskirche-wrn.net

E-Mail: pfarramt@auferstehungskirche-wrn.net

31. Zl. GD 410; 180/2011 vom 31. Jänner 2011

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen wird per 1. September 2011 ausgeschrieben.

Wir sind:

- eine Pfarrgemeinde mit etwa 1200 evangelischen Christinnen und Christen aus Traiskirchen, Trumau und Oberwaltersdorf sowie aus dem weiteren Umfeld Traiskirchens,
- eine aufgeschlossene Gemeinde mit einem sehr engagierten und motivierten Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie verantwortungsvollen Gremien (Presbyterium und Gemeindevertretung).

Wir erwarten:

- ein hohes Maß an Engagement, Fantasie und Freude,
- teamorientierte Zusammenarbeit mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- die Gestaltung und Durchführung regelmäßiger Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen in Traiskirchen, fallweise in Trumau sowie der Amtshandlungen. Der Gottesdienst als Zentrum des Gemeindelebens soll in vielfältiger Form gestaltet und gefördert werden. Zur Unterstützung sind in der Gemeinde zwei Lektoren tätig. Außerdem ist für Büroarbeiten eine geringfügig Beschäftigte (fünf Wochenstunden) angestellt.
- die seelsorgerliche Betreuung Hilfesuchender in der Gemeinde sowie Hausbesuche der Evangelischen in der Pfarrgemeinde.
- die sorgfältige Führung des Pfarramtes (Kirchenbeitrag wird von einem ehrenamtlichen Mitarbeiter betreut).

- Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Arbeit mit Kindern, Hilfe beim Aufbau der Jugendarbeit sowie die Erteilung des Konfirmandenunterrichts.
- ökumenische Aufgeschlossenheit und Bereitschaft zur Fortführung bzw. Intensivierung der Kontakte.
- den Weiterbestand der guten Kontakte zu den benachbarten evangelischen Pfarrgemeinden und fallweise gemeinsame Aktivitäten mit diesen.
- die Erteilung von Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden.

Wir bieten:

- ein an die 1913 erbaute Jugendstilkirche angebautes Pfarrhaus. Wohnfläche 124 m² (geräumiges Wohn-Esszimmer, Küche, Bad, WC, drei Schlaf-/Kinderzimmer und großes Vorzimmer), zentralbeheizt (neue Gasheizung 2007), mit Terrasse und Garten. Das Pfarrhaus wurde 1981 erbaut und im Jahr 2000 saniert. Die Pfarrkanzlei befindet sich im Pfarrhaus.
- ein schönes Gemeindezentrum direkt neben dem Pfarrhaus (nur durch eigenen Eingang zu betreten).

Kirche und Pfarrhaus sind drei Gehminuten von der „Badner-Bahn“ entfernt. Sie verkehrt im ¼-Stundentakt und führt einerseits nach Wien und in der Gegenrichtung nach Baden (Kurort mit regem kulturellem Leben).

Auch über den Autobahnanschluss Traiskirchen sind Wien oder Wiener Neustadt rasch zu erreichen.

Bewerbungen bitte bis spätestens 15. Mai 2011 an das Evangelische Pfarramt A. u. H. B. Traiskirchen, Otto-Glöckel-Straße 16, 2514 Traiskirchen, E-Mail: traiskirchen @gmx.at.

Auskünfte erteilen gerne: Kurator Dieter Konrad, Tel. (02252) 240 50, Kurator-Stv. Helmut Strauss, Tel. (02252) 240 51, sowie Administrator Superintendent Mag. Paul Weiland, Tel. (02742) 733 11.

32. Zl. S 6; 214/2011 vom 3. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Stelle eines/einer Krankenhauspfarrers/Krankenhauspfarrerin im AKH Wien in Kombination mit der 50-%-Stelle eines/einer Krankenhauspfarrers/Krankenhauspfarrerin in der Krankenanstalt Rudolfstiftung Wien

Die zwei 50-%-Stellen einer Krankenhauspfarrerin/eines Krankenhauspfarrers der Superintendenz Wien für das AKH und die Krankenanstalt Rudolfstiftung werden hiermit ausgeschrieben. Die beiden Stellen können kombiniert werden. Es ist aber auch eine Bewerbung auf eine der beiden 50-%-Stellen möglich.

Erwartet wird von der/dem Seelsorger/Seelsorgerin im Rahmen der jeweiligen 50-%-Stelle vor allem die Betreuung der evangelischen Patienten und Patientinnen sowie deren Angehörigen vor Ort, die Begleitung und die Unterstützung der ehrenamtlichen SeelsorgerInnen vor Ort, die Fähigkeit und der Wille zu ökumenischer und gegebenenfalls interreligiöser Zusammenarbeit und die Kooperation mit anderen Berufsgruppen im jeweiligen Krankenhaus.

Die Zusammenarbeit mit den KollegInnen der Krankenhausseelsorge der Diözese wird vorausgesetzt. Die aktive Beteiligung an der Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen KrankenhausseelsorgerInnen hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

Das AKH Wien:

ist eine Universitätsklinik mit 2200 Betten. Der evangelischen Seelsorge stehen ein gut ausgestattetes Büro und eine eigene Kapelle zur Verfügung.

Im Speziellen wird von einer Seelsorgerin/einem Seelsorger erwartet:

- ❖ Zusammenarbeit mit der Amtsinhaberin der bereits besetzten 50-%-Teilstelle,
- ❖ das Feiern von regelmäßigen Gottesdiensten, derzeit Sonntag Abend 19.00 Uhr in der Evangelischen Kapelle im AKH,
- ❖ über die ökumenische Zusammenarbeit hinaus die Zusammenarbeit im interreligiösen Team mit den VertreterInnen der jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften, welche zum Qualitätsmerkmal der Krankenhausseelsorge im AKH geworden ist,
- ❖ Kompetenz in der Erwachsenenbildung für Bildungsveranstaltungen und Ausstellungen,
- ❖ Mitarbeit am Angebot „Ort der Erinnerung“ (für früh verstorbene Kinder) in der Evangelischen Kapelle und an den zum Ort als Begleitangebot zu entwickelnden Angeboten der Trauerbegleitung und -arbeit.

Die Rudolfstiftung:

ist ein Krankenhaus mit zirka 800 Betten. Ein eigenes Büro ist in der Rudolfstiftung vorhanden, neue Andachtsräumlichkeiten sind in Planung.

Zu den wesentlichen spezifischen Aufgabenbereichen gehören:

- ❖ eine kontinuierliche Präsenz der evangelischen Seelsorge wieder zu sichern und zu stärken und die Vernetzung der Krankenhausseelsorge mit der Pflege und den ärztlichen Diensten weiterzuführen,
- ❖ eine Vernetzung mit dem Projekt „MALVE“, eine interdisziplinäre Veranstaltungsreihe für Krebskranke und Angehörige,
- ❖ die Kooperation mit dem Patientenbesuchsdienst,
- ❖ ein Konzept für die Gestaltung und Nutzung des Christlichen Andachtsraumes in die Ökumene einzubringen und wachsam eine zukünftige interreligiöse Zusammenarbeit vorzubereiten.

Eine KSA-Ausbildung ist Anstellungsvoraussetzung. Falls nicht vorhanden, muss diese innerhalb der ersten zwei Dienstjahre nachgeholt werden.

Der Wohnungskostenbeitrag ist für die Wiener Krankenhausseelsorge einheitlich geregelt.

Bei der Wohnungssuche sind wir gerne behilflich.

Nähere Auskünfte erteilen:

Superintendent Mag. Hansjörg Lein, Tel. 0699-188 77 701,

Senior Mag. Michael Wolf, Tel. 0699-188 77 746.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis 31. März 2011 an den Superintendentialausschuss A. B. Wien, Hamburgerstraße 3, 1050 Wien, oder an die E-Mail-Adresse: wien@evang.at.

Die Bestellung erfolgt auf Grund der Wahl durch den Superintendentialausschuss Wien. Der Dienst soll am 1. September 2011 angetreten werden.

33. Zl. GD 355; 238/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Donaustadt

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Donaustadt wird hiermit zur Besetzung zum 1. September 2011 in Folge der Beendigung der Dienstzuteilung des bisherigen Amtsinhabers ausgeschrieben.

Die Besetzung erfolgt durch Wahl der Gemeinde.

Die Pfarrgemeinde hat 3430 Seelen und umfasst $^{2}/_{3}$ des 22. Wiener Gemeindebezirks — ab der Siebenbürgerstraße und das Gebiet der politischen Gemeinde Groß-Enzersdorf.

Der 22. Wiener Gemeindebezirk ist ein typischer Stadtrandbezirk, bestimmt von weitläufigen Wohnhausanlagen und vielen Einfamilienhaussiedlungen. Der Bezirk, und somit auch die Pfarrgemeinde, ist durch groß angelegte Neubauten (z. B. Asperner Flugfeld) im Wachsen begriffen.

Weiters bietet der Bezirk viele Ausflugsgebiete — Donauinsel, Lobau usw.

Im Bezirk befinden sich viele Volksschulen und Neue Mittelschulen (WMS), zwei Berufsschulen, fünf allgemeinbildende höhere Schulen (davon ein Evang. Gymnasium), eine berufsbildende höhere Schule und die Vienna International School.

Wir bieten/haben:

- Eine weitere Pfarrstelle, die besetzt ist.
- Sowie zwei LektorInnen, die regelmäßig Predigtdienst haben und in der Gemeinde mitarbeiten.
- Eine hauptamtlich angestellte (Teilzeit-)Gemeindesekretärin für den Kanzleidienst und einen Küster (Teilzeit).
- Den Religionsunterricht an Pflichtschulen erteilen ReligionslehrerInnen.
- Für die Kinder- und Jugendarbeit stehen eine Jugendreferentin (Teilzeit) und ehrenamtliche MitarbeiterInnen zur Verfügung.
- Die Pfarrgemeinde unterhält einen eigenen Kindergarten, der vom Evangelischen Hilfswerk betrieben wird.
- Eine im Gemeindezentrum gelegene Dienstwohnung im Ausmaß von 115 m^2 (vier Zimmer, ein Kabinett, Küche, Bad, WC) sowie ein Privatkeller, weiters besteht die Möglichkeit den schönen Pfarrgemeindegarten mit zu benützen.

Wir erwarten:

- Leitung des Pfarramtes.
- Die Bereitschaft mit der wachsenden Gemeinde (viele Neubaugebiete) neue Wege in die Zukunft zu beschreiten.
- Teamarbeit mit der weiteren Pfarrerin, den LektorInnen, dem Presbyterium und der Gemeindevertretung sowie den haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.
- Besonderes Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit — 20% der Gemeindeglieder sind Kinder und Jugendliche.
- Mitarbeit in der lebendigen Ökumene mit den im Bezirk vorhandenen, mehreren christlichen Pfarrgemeinden.

Gottesdienste sind jeden Sonn- und Feiertag in der Bekenntniskirche und wenige Male in der r.-k. Pfarrkirche in Groß-Enzersdorf und im Pensionistenheim Tamariske zu feiern. Dazu kommen Zusatzgottesdienste zu Weihnachten, Schulanfang und Schulende in auf dem Gemeindegebiet befindlichen Schulen. Kinder- und Familiengottesdienste feiern wir regelmäßig.

Erteilung des Religionsunterrichtes (das Pflichtstundenausmaß beträgt acht Wochenstunden), KonfirmandInnenunterricht, Abhaltung von Bibelstunden, Seelsorge und Erwachsenenbildung.

Die Aufteilung der Aufgaben wird durch die Gemeindeordnung und die Amtsaufträge erledigt.

Die Bewerbungen sind **bis zum 8. Mai 2011** an die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Donaustadt, Erzherzog-Karl-Straße 145, 1220 Wien, zu richten.

Auskünfte erteilen gerne Kurator Bernd Zimmermann, 1220 Wien, Tel. (01) 282 25 67, Pfarrerin Mag. Verena M. Groh, 1220 Wien, Tel. 0699-188 77 758 und Kurator-Stellvertreter Ing. Roland Weng, 1220 Wien, Tel. 0699-188 77 008.

34. Zl. GD 340; 303/2011 vom 15. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

und

Ausschreibung (zweite) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

Das selbstbewusste und einsatzbereite Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße sucht für die Pfarrgemeinde zum ehest möglichen Termin, spätestens jedoch zum 1. September 2011, zwei Pfarrerinnen bzw. Pfarrer.

Einen Pfarrer/eine Pfarrerin für die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle und einen Pfarrer/eine Pfarrerin für die weitere, nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle. Es können sich auch Ehepaare diese Stellen teilen.

Die Pfarrgemeinde hat rund 3000 Mitglieder. Gottesdienste werden an allen Sonn- und fast allen Feiertagen in der Evangelischen Pauluskirche gefeiert. Einmal im Monat feiern wir in der Pauluskirche einen Abendgottesdienst und einen Gottesdienst im Seniorenheim Würzlerstraße des 3. Bezirkes.

Das Pflichtstundenausmaß beträgt pro Pfarrstelle jeweils acht Wochenstunden. Die Zuteilung der Schulen erfolgt durch die zuständige Fachinspektorin.

Die Wohnungen müssen durch die Pfarrgemeinde angemietet werden. Dies geschieht in Absprache mit den Pfarrerinnen/den Pfarrern.

Folgende Kennzeichen machen unser Profil aus:

Unsere Gottesdienste werden von allen Generationen besucht. Auch das so genannte Mittelalter ist vertreten.

Dazu kommt als Besonderheit die kulturelle und nationale Durchmischung: Menschen aus mehreren Kontinenten und vielen Nationalitäten nehmen aktiv am Gemeindeleben teil.

Da viele Berufsmusikerinnen und Berufsmusiker ihre Gaben einbringen, hat sich bei uns ein reiches musikalisches Leben entwickelt, wie z. B. auch das jährliche, von Kindern und Erwachsenen durchgeführte Weihnachtsmusical.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist der Kindergarten mit derzeit drei vollbesetzten Gruppen, den wir 2008 renoviert und ausgebaut haben.

In unserem durch viele Kreise und Gruppen genutzten neu (2010) renovierten und modern ausgestatteten Gemeindsaal gibt es noch Möglichkeiten für neue Ideen und Aktivitäten.

Anregungen und Initiativen werden vom Presbyterium gerne aufgenommen und gemeinsam überlegt und durchgeführt.

Die jährliche Predigtreihe und regelmäßige Angebote der Erwachsenenbildung interessieren auch Menschen, die nicht Mitglieder unserer Gemeinde sind.

Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen engagiert sich ein großer Kreis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verschiedensten Arbeitsbereichen. Diese arbeiten selbstständig, wünschen sich aber auch Anleitung und Begleitung.

Bewerberinnen und Bewerber sollten Freude an Zusammenarbeit mit Haupt- und Ehrenamtlichen mitbringen, bereit sein Neues auszuprobieren und Bewährtes weiter zu führen.

Zwei kleine Ordenspitäler liegen auf dem Gebiet der Pfarrgemeinde und werden von uns betreut. Das Schwerpunktkrankenhaus Rudolfstiftung wird, wie auch das Hospiz, von der Wiener Krankenhausseelsorge betreut. Es bestehen aber auch in diese Häuser Kontakte.

Besonderes Engagement wünschen wir uns in folgenden Bereichen:

— Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,
— Begleitung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
— notwendige Managementqualitäten zur Führung eines Kleinbetriebs mit bis zu zehn Angestellten.

Die Aufteilung der Arbeitsbereiche geschieht entsprechend der Gemeindeordnung in Absprache der PfarrerInnen und in Übereinstimmung mit dem Presbyterium.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis 6. Mai 2011 an:

Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße z. H. Kuratorin Karin Koller, Sebastianplatz 4, 1030 Wien, pauluskirche@evang.at.

Auskünfte erteilt: Kuratorin Ing. Karin Koller, Tel. 0680-1160757.

35. Zl. GD 197 a; 239/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Christuskirche

Die Pfarrgemeinde wurde 1967 errichtet und die Christuskirche am 23. Mai 1968 durch Bischof Gerhard May eingeweiht. Nun wird die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle zur Besetzung zum 1. September 2011 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde befindet sich im Osten der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörther See im ständig wachsenden Stadtteil Welzenegg und umfasst ungefähr 2800 Gemeindemitglieder. Zur Pfarrgemeinde gehören die politischen Gemeinden Ebenthal, Grafenstein, Magdalensberg, Maria Saal, Poggersdorf und die in der näheren Umgebung befindlichen Predigtstationen Grafenstein, wo einmal im Jahr ein Gottesdienst erwünscht ist, und Deinsdorf mit dem Wunsch nach drei jährlichen Gottesdiensten.

Auf dem Areal von etwa 3000 m^2 der Pfarrgemeinde befinden sich das Pfarrhaus mit einer Wohnung mit Balkon von zirka 126 m^2 und ein Pfarramtstrakt, der Kirche, Gemeindesaal und Pfarrhaus verbindet. Ein Glockenturm wurde 2006 errichtet, und in den folgenden Jahren wurde der Kirchenvorplatz flächenmäßig verdoppelt, eine neue Auffahrt sowie eine neue Außenanlage gestaltet. Eine mit 30 Wochenstunden beschäftigte Pfarrsekretärin ist im Büro tätig.

Die Pfarrgemeinde erwartet bzw. wünscht sich neben den bekannten Aufgaben eines/er amtsführenden Pfarrer/in die Durchführung innovativer Gottesdienste. Besonderer Wert wird auf Impulse im Kinder- und Jugendbereich gelegt, zumal auf dem Nachbarareal ein Heim der Diakonie mit zwei Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche vor zwei Jahren eingeweiht wurde. Die Gottesdienste und Planung dazu wären in Zusammenarbeit mit den fünf Lektor/innen sowie Religionslehrer/innen der Gemeinde zu gestalten. Dazu käme auch noch der Religionsunterricht in festzulegendem Ausmaß an Schulen. Darüber hinaus wünscht sich die Pfarrgemeinde, dass in fantasievoller Weise Familienarbeit neu gestaltet wird. Im Altersheim in der Steingasse wäre monatlich eine Andacht mit den Bewohnern zu feiern. Auch die Pflege guter ökumenischer Kontakte, die seit Jahren mit den Nachbargemeinden bestehen, ist der Pfarrgemeinde wichtig und sollte womöglich ausgebaut werden. Die Integration ständig Neuzuziehender in diesem Stadtteil und die gelebte Teamfähigkeit für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen sind für uns von großer Wichtigkeit.

Ein aufgeschlossenes und einsatzfreudiges Presbyterium/Gemeindvertretung sowie zahlreiche Mitarbeiter/innen freuen sich auf Ihre baldige Bewerbung und ersuchen Sie, diese bis zum 12. März 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Christuskirche Klagenfurt, Paul-Gerhardt-Straße 17, 9020 Klagenfurt, zu senden.

Weitere Auskünfte geben Ihnen gerne der Kurator Dr. Wolfgang Morascher, Tel. 0699-188 77 212 oder 0664-46 270 24, E-Mail: w.g.morascher@aon.at bzw. Pfarrer Mag. Johannes Hülser, Tel. (0463) 433 48 bzw. 0664-9657216, E-Mail: christuskirche-klagenfurt@chello.at

36. Zl. GD 149; 242/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach (mit der Tochtergemeinde Puch) wird hiermit zur Besetzung ab 1. September 2011 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde hat nicht ganz 2000 Mitglieder (etwa 1500 in Fresach mit seinen Ortsteilen und etwa 500 in Puch) und erstreckt sich im Drautal vom Stadtrand Villachs über die Hänge des Mirnocks bis in die Nähe des Millstätter Sees. Fresach und Puch sind Toleranzgemeinden. Davon zeugt das in seiner Ursprünglichkeit erhaltene und als Diözesanmuseum genutzte alte Bethaus, das zum Mittelpunkt einer Landesausstellung im Jahr 2011 werden soll. Sitz des Pfarramtes ist Fresach (etwa 700 m hoch gelegen) mit der großen, hellen Kirche von 1951 und dem geräumigen Pfarrhaus, in dem auch Büroräume und ein Gemeindesaal mit Teeküche untergebracht sind.

Die Dienstwohnung im 1. und 2. Stock umfasst fünf Zimmer, Wohnküche, zwei Bäder und große Flure (etwa 180 m^2 Wohnfläche). Ein Nebengebäude bietet Abstellraum und einen Autounterstand.

Die zentrale Hackschnitzelheizung erwärmt das gesamte Gebäude. Die Wohnqualität — gerade auch durch die besonders reizvolle gebirgige Umgebung — ist hoch.

Die Pfarrerin/der Pfarrer wird unterstützt von einem aktiven Presbyterium, mehreren Lektoren und Organisten, umsichtiger Küsterfamilien, KB-Mitarbeitern, einer Religionslehrerin, die auch mit dem Jugendpresbyter im Konfirmanden-Unterricht mitwirkt, und etlichen ehrenamtlichen Mitarbeitern, z. B. für Kindergottesdienst, Jugendarbeit, Frauenkreis . . .

Das ökumenische Klima ist hervorragend.

Die Gemeinde freut sich u. a. über folgende Aktivitäten der Pfarrerin/des Pfarrers:

— Sonntägliche Gottesdienste (außer am 5. So. im Monat) an drei Predigtorten (nicht überall an jedem Sonntag!).
— Eingehende Seelsorge bei Amtshandlungen und durch Besuche in der gesamten Gemeinde (auch mit Hausabendmahls- und Hausaussegnungsfeiern).
— Förderung und Begleitung der Kinder-, Jugend- und Konfirmandenarbeit, sowie der Frauenarbeit, Bibelkreise und der regelmäßigen ökumenischen Runde.
— Religionsunterricht nach Absprache mit dem Schulamt im üblichen Ausmaß von acht Wochenstunden, wobei es Überlegungen gibt, das Stundenausmaß deutlich zu reduzieren zugunsten einer Mitarbeit im neuen Diözesanmuseums- und Veranstaltungszentrum.
— Gedeihliche Zusammenarbeit mit den Gemeindegremien, den Gemeinden und Pfarrern der Umgebung, sowie mit den röm.-kath. Schwestergemeinden.
— Verantwortung für die Verwaltung der Pfarrgemeinde unter Mithilfe tüchtiger, ehrenamtlicher Mitarbeiter.
— Ideenreiche Offenheit für die Anliegen der ursprünglich großteils bäuerlich geprägten Gemeindeglieder und für die Weiterentwicklung der traditionellen Gemeindestrukturen und des Gottesdienstes, sowie für eine zeitgemäße, klare und überzeugende Verkündigung des Wortes Gottes.

Nähere Auskünfte werden gerne erteilt:
Im Pfarramt Fresach, Tel. (04245) 48 14 oder
E-Mail: evpfarramt.fresach@aon.at

Die Gemeinde und ihre Gremien sind gespannt auf jede Anfrage und schließlich auf Ihre Bewerbung bis 31. März 2011 an das Presbyterium der Evangelische Pfarrgemeinde Fresach, Dorfplatz 48, 9712 Fresach.

37. Zl. GD 297; 244/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trebesing in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trebesing im Liesertal, eine der ersten Toleranzgemeinden Kärntens, wird zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde in ihrer ländlichen Struktur, zwischen der Bezirksstadt Spittal an der Drau und der historischen Stadt Gmünd liegend, hat zirka 900 Gemeindeglieder und bildet die Mehrheit der Bürger der Gemeinde Trebesing.

Zu den Aufgaben der Pfarrstelle gehören:

Feier der Gottesdienste in Trebesing an allen Sonn- und Feiertagen sowie

in der Predigtstelle Altersberg (St.-Georgs-Kirche) einmal im Monat.

Seelsorgerliche Betreuung der Gemeindeglieder.

Begleitung und Unterstützung der MitarbeiterInnen.

Erteilung des Religionsunterrichtes im Ausmaß von 14 Wochenstunden an Pflicht- und weiterführenden Schulen.

Kirche und Pfarrhaus, verbunden mit dem neuen Gemeindesaal und einem schönen Pfarrgarten, bilden eine harmonische Einheit. Für die Pfarrfamilie steht ein geräumiges Pfarrhaus (vier Zimmer und eine eingerichtete Küche) und eine Garage zur Verfügung.

Die Gemeinde hat viele ehrenamtliche Mitarbeiter in der Kinder-, Jugend- und Frauenarbeit. Gute Zusammenarbeit mit den Nachbarpfarren und auch ein konstruktives ökumenisches Miteinander ist gegeben.

Wir freuen uns auf einen neuen Pfarrer oder eine neue Pfarrerin, welcher bzw. welche unsere Gemeinde seelsorgerlich begleitet.

Auskünfte und Anfragen können erteilt werden durch den Kurator Hans Burgstaller, Altersberg 13, 9852 Trebesing, Tel. (04732) 4565, oder durch den Administrator Pfarrer Mag. Wilfried Schey, Rudersdorf 12, 9702 Ferndorf, Tel. (04245) 2364 oder 0699-18877215.

Bewerbungen werden bis 15. Mai 2011 erbeten.

38. Zl. GD 316; 248/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weißbriach-Weißensee

Nach der provisorischen Versorgung der Pfarrstelle durch einen Pfarramtskandidaten wird die Stelle mit 1. September 2011 zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Die Toleranzgemeinde liegt mitten in den Gailtaler Alpen und ist geprägt von Fremdenverkehr, Kleingewerbe und Landwirtschaft. Sie umfasst das Gebiet der beiden politischen Gemeinden Gitschtal (Bezirk Hermagor) und Weißensee (Bezirk Spittal an der Drau), verbunden durch den 1077 m hohen Kreuzbergsattel. Der Ort Weißbriach und die Tochtergemeinde Weißensee umfassen etwa 75 bis 80%, der Ortsteil St. Lorenzen im Gitschtal etwa 25% der Bevölkerung. In Weißbriach und in Techendorf am Weißensee befinden sich die beiden neugotischen Kirchen.

Die 1450 Gemeindeglieder (880 im Gitschtal, 570 am Weißensee) freuen sich auf einen neuen Seelsorger bzw. eine neue Seelsorgerin.

Gottesdienste sind zu feiern an Sonn- und Feiertagen in Weißbriach um 9.00 Uhr, von Oktober bis Mai in Techendorf 14-täglich um 10.30 Uhr. Urlaubsseelsorger wirken am Weißensee von Juni bis September, in Weißbriach einen Monat im Sommer. Mit jenen am Weißensee sind nach Möglichkeit einmal monatlich ein Kanzeltausch und die Almgottesdienste abzusprechen.

Eine Lektorin und zwei Lektoren helfen gerne. Bibelstunden werden im Winterhalbjahr in der Diaspora 14-täglich erwartet, die Bibelwoche ist gut eingeführt und wird zusammen mit den Nachbarpfarrern gestaltet.

Das Pflichtausmaß im Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden.

Engagierte Mitarbeiterinnen halten während des Schuljahres parallel zu den Gottesdiensten an den drei Orten Kindergottesdienst. In Weißbriach besteht ein Kirchenchor, am Weißensee gestalten abwechselnd zwei Chöre die Festgottesdienste. Vier Organisten wechseln sich ab, gute Zusammenarbeit besteht mit den Leitern der Musikschulen Hermagor und Greifenburg.

In Weißbriach besteht ein kleiner Frauenkreis, der zu Vorträgen einlädt und ab und zu einen Kirchenkaffee bestreitet. Am Weißensee sorgen dafür Presbyterinnen bzw. Presbyter und die Brauchtumsgruppe. Ausbaufähig ist die Arbeit mit konfirmierten Jugendlichen, Hausbesuche sind erwünscht.

Hauptschule und höhere Schulen befinden sich in 12 km Entfernung in der Bezirksstadt Hermagor und sind mit Schülerbussen gut erreichbar.

Das Pfarrhaus in Weißbriach wurde 1967/68 neu errichtet, es bietet eine 120 m^2 große Wohnung, angeschlossen sind Kanzlei und Pfarrsaal. Alle Gebäude wurden in den letzten Jahren renoviert.

Ein gutes Verhältnis besteht zu den politischen Gemeinden, zum „Christlichen Missionsverein“ in Hermagor (Gnadauer Verband) und zur röm.-kath. Nachbargemeinde.

Beide Presbyterien freuen sich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bewerbungen sind bis 5. Mai 2011 zu richten an:

E-Mail: weißbriach.evang@aon.at;

Kuratoren:

SR Kurt Stattmann, 9622 Weißbriach 34, Tel. (04286) 456;

Josef Fian, Oberdorf 68, 9762 Weißensee, Tel. 0664-9941962.

39. Zl. GD 101; 249/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Admont

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Admont, eingebettet in die wunderschöne Landschaft des unteren steirischen Ennstales, schreibt ihre 75-%-Gemeindepfarrstelle zum 1. September 2011 aus. Mit einer zusätzlichen 25-%-Lehrverpflichtung (elf Wochenstunden vorwiegend an höheren Schulen) ergibt das eine ganze Stelle. Unsere Pfarrgemeinde erstreckt sich über zwölf politische Gemeinden im Umkreis von etwa 50 km mit den beiden Zentren Liezen und Admont. Die Auferstehungskirche mit Pfarrhaus und frisch renoviertem Gemeindezentrum steht in Liezen, die Bekennerkirche steht in Admont und hat eine Küsterwohnung und einen Gemeindesaal. Die Mitgliederzahl unserer Gemeinden beläuft sich auf rund 880.

Was erwarten wir:

- Freude an ihrer Tätigkeit.
- Gewissenhafte Amtsführung.
- Regelmäßige Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen je in Admont und Liezen sowie Betreuung der beiden Predigtstellen in Weißenbach bei Liezen und Weißenbach an der Enns.
- Monatliche Andachten in den Pflegeheimen in Liezen und Admont.
- Krankenbesuche im Landeskrankenhaus Rottenmann.
- Kontaktpflege und Begleitung der Gemeindemitglieder.
- Gute Zusammenarbeit mit den benachbarten Pfarrern.
- Gute Zusammenarbeit mit den katholischen Amtsbrüdern im Sinne der Ökumene.
- Teilnahme und Repräsentation am öffentlichen Leben.
- Aktive Zusammenarbeit mit den Schulen.

Wir haben anzubieten:

- Eine Pfarrerwohnung im Ausmaß von 130 m² mit Grünanlagen in ruhiger Lage beim evangelischen Gemeindezentrum in Liezen, das erst kürzlich neu gestaltet wurde.
- Engagierte ehrenamtliche MitarbeiterInnen.
- Ein Lektor und eine Lektorin.
- Zwei Organistinnen.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungen bis 30. April 2011 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Admont, Friedau 2, 8940 Liezen, E-Mail: evang.admont@utanet.at

Kontaktpersonen:
Pfarrer Mag. Johannes Hanek, Tel. (03612) 222 21 bzw. 0699-188 77 626.
Kuratorin Martha Pesec-Foltin, Tel. (03612) 233 04.

40. Zl. GD 208; 251/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Leibnitz

An der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Leibnitz kommt hiermit die Pfarrstelle zum Dienstantritt mit 1. September 2011 zur Ausschreibung.

Wir suchen eine/einen einsatzfreudige/n und teamorientierte/n Pfarrer/in und laden herzlich zur Bewerbung ein!

Die Pfarrgemeinde A. B. Leibnitz umfasst rund 1100 evangelische Christen/innen im politischen Bezirk Leibnitz.

Das Zentrum bildet die evangelische Kirche in Leibnitz, welche von dem berühmten Architekten Otto Bartning in den Jahren 1910 bis 1911 als Frühwerk und als Muster für Kirchen in der Diaspora geplant und erbaut wurde. Das Gotteshaus steht unter Denkmalschutz.

Darüber hinaus wird die Predigtstelle in Hengsberg in der seit 1933 bestehenden Christuskapelle von Leibnitz aus mitbetreut.

Die Bezirkshauptstadt Leibnitz bildet das Zentrum der bekannten Erholungsregion Südsteiermark mit einem vielfältigen eigenen Kulturangebot. In Leibnitz befinden sich alle Schultypen, die Landeshauptstadt Graz mit ihrem umfangreichen Universitäts- und Kulturleben ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht zu erreichen.

Dem/r neuen Pfarrer/in stehen ein aktives aufgeschlossenes Presbyterium sowie ein engagiertes Team von Gemeindevertretern zur Seite, welche ehrenamtlich viele Aktivitäten für das Gemeindeleben mitgestalten.

Die mit der Pfarrstelle verbundene Lehrverpflichtung teilt sich auf in derzeit sieben Wochenstunden am Leibnitzer Gymnasium sowie zwei Wochenstunden an der HTL Kaindorf.

Gottesdienste sollen in vielfältiger Form in Leibnitz und Hengsberg abgehalten werden.

Teamorientierte und kollegiale Zusammenarbeit und Unterstützung aller ehrenamtlichen Mitarbeiter in diversen Arbeitskreisen und Aktivitätengruppen ist unbedingt erwünscht.

Ab März 2011 tritt die Pfarrgemeinde dem neu geschaffenen Kirchenbeitragsverband Steiermark-Süd bei.

Die speziellen Aufgaben und Schwerpunkte werden in einem gemeinsam zu erstellenden Amtsauftrag geregelt.

Seitens der Pfarrgemeinde wurde 2010 das Pfarrhaus einer Generalrenovierung unterzogen. Die erneuerte Dienstwohnung im ersten und zweiten Obergeschoss mit zirka 166 m² steht zur Verfügung, welche auch die Mitbenützung eines schönen Gartens, eines Autoabstellplatzes sowie eines Garagenplatzes mit umfasst. Der Keller kann ebenfalls mitbenutzt werden.

Im Erdgeschoss des Pfarrhauses befinden sich die Räumlichkeiten für die Gemeindeaktivitäten, einschließlich der Pfarrkanzlei. Die Kanzlei wird durch eine angestellte Kraft unterstützt.

Das Pfarrhaus und die Kirche bilden als integrierte Einheit das Evangelische Zentrum Leibnitz.

Die Pfarrgemeinde verfügt über zwei Eigenfriedhöfe.

Für die musikalische Begleitung der Gottesdienste, sowohl in Leibnitz als auch in Hengsberg, steht ein Pool von Musikern zur Verfügung.

Wir suchen eine/einen Pfarrer/in mit viel Engagement und Freude an ihrer/seiner Arbeit und Ideen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung und bitten diese bis vier Wochen nach dem Ausgabedatum dieses Amtsblattes an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. in Leibnitz, Assmanngasse 1, 8430 Leibnitz, zu richten. Auskünfte erteilt gerne der Kurator-Stellvertreter Dr. Gerhard Petrowitsch unter Tel. (03452) 828 37.

41. Zl. Sup 9; 253/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (erste) einer 50-%-Teilstelle der Anstaltsseelsorge in Graz

Im Bereich der Grazer Anstaltsseelsorge gibt es vier halbe Pfarrstellen, von denen nun eine zur Ausschreibung gelangt.

Diese halbe Stelle im Landeskrankenhaus/Universitätsklinikum muss ausgeschrieben werden, da der derzeitige Stelleninhaber bereits seit zwölf Jahren tätig ist.

Die Besetzung erfolgt durch Wahl durch den Grazer Anstaltsseelsorgeausschuss. Eine Kombination mit anderen Teilpfarrstellen im Raum Graz ist möglich.

Die Anstaltsseelsorge in Graz ist durch eine eigene Verbandsgemeindeordnung geregelt.

Im Speziellen erwarten sich die Verbandsgemeinden der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz die seelsorgerliche Betreuung der Menschen im Landeskrankenhaus/Universitätsklinikum Graz, vorwiegend der Evangelischen, in Absprache mit dem Amtsinhaber der zweiten 50-%-Teilstelle im Landeskrankenhaus/Universitätsklinikum.

Im Wechsel mit den anderen Grazer AnstaltsseelsorgerInnen übernehmen Sie auch Gottesdienste in Grazer Altersheimen (insbesondere in der Nibelungengasse) etwa einmal monatlich. Weitere Mitarbeit in den Grazer Verbandsgemeinden wird erwartet.

Als fachliche Voraussetzung erwartet der Ausschuss der Grazer Anstaltsseelsorge von den Bewerbern eine abgeschlossene Ausbildung in CPT/KSA, bei Nichterfüllung dieser Voraussetzung aber die Bereitschaft, eine entsprechende Ausbildung innerhalb von 18 Monaten nach Dienstbeginn zu absolvieren. Bei der Auswahl der in Frage kommenden Ausbildungsstätten, die sowohl in Österreich als auch in Deutschland sind, geben wir gerne Hilfestellung.

Der Anstaltsseelsorgeausschuss stellt eine Dienstwohnung zur Verfügung bzw. mietet eine entsprechende an.

Der Dienstantritt ist mit 1. September 2011 festgesetzt.

Für nähere Auskünfte stehen gerne zur Verfügung:

Der Vorsitzende der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz, Dr. Günther Bitzer-Gavornik, Schillerstraße 6, 8010 Graz, Tel. 0664-1822773, E-Mail: bitzer-gavornik@institut-impuls.at sowie Superintendent Mag. Hermann Miklas, Kaiser-Josef-Platz 9, 8010 Graz, Tel. (0316) 32 14 47. E-Mail: miklas-stmk@evang.at.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte Dr. Bitzer-Gavornik.

Das Ende der Bewerbungsfrist ist 31. März 2011.

42. Zl. GD 383; 254/2011 vom 8. Feber 2011

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach wird hiermit zur Neubesetzung ab 1. September 2011 ausgeschrieben.

Trofaiach hat rund 8500 Einwohner, ist eine Wohnstadt und liegt in einem reizvollen, weitläufigen Talkessel. AHS, BHS und die Montanuniversität befinden sich im 10 km entfernten Leoben und Eisenerz (25 km entfernt).

Die Pfarrgemeinde weist 1240 Gemeindeglieder auf, hat zur Zeit keine Predigtstation bzw. Tochtergemeinde zu betreuen und umfasst das Gemeindegebiet von Trofaiach, St.-Peter-Freienstein, Hafning, Gai, Traboch und Vordernberg — ein Einzugsgebiet von zirka 15.000 Menschen.

Zu unserem evangelischen Gemeindezentrum, das mitten in der Stadt liegt, gehören ein 7000 qm großer Park, das Schloss Stibichhofen mit Kirche, Pfarrkanzlei, Jugendheim und dem an die Stadtgemeinde verpachteten Heimatmuseum und ein Bungalow, der die Pfarrerwohnung (ebenerdig, 130 qm, sechs Zimmer, Küche, Bad) und Gemeinderäume, Teeküche und Kellerräume (Untergeschoss) enthält.

Zwei Lektoren unterstützen die Pfarrerin/den Pfarrer bei Amtshandlungen.

Monatlich einmal findet ein Gottesdienst im Seniorenheim Verbena in Trofaiach statt.

Religionsunterricht ist im Ausmaß von acht Wochenstunden am BRG Leoben zu erteilen. Den Religionsunterricht an Pflichtschulen erteilt eine engagierte Religionslehrerin.

Gemeindemitglieder lassen sich für die Mitarbeit bei Sommerfesten, Kinderbibelwochen, Fest- und Familiengottesdiensten und bei projektbezogenen Aktivitäten mit und für Kinder motivieren. Chor, Sommerfreizeitenteam, Frauenkreis und Besuchsdienst sind ein fester Bestandteil des Gemeindelebens.

Wir suchen eine Pfarrerin/einen Pfarrer, die/der unsere Gemeinde mit Freude leitet. Sie/Er sollte in erster Linie Seelsorgerin/Seelsorger sein, aber auch Kompetenzen im administrativen Bereich einbringen. Zur Bewältigung und Unterstützung ist eine Kanzleikraft geringfügig angestellt.

Wir erwarten von Ihnen Führungsqualität und die Fähigkeit zu delegieren.

Das Jugendheim, das viel zur positiven Finanzlage beiträgt, wird zur Zeit ehrenamtlich betreut.

Unser Presbyterium freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der zukünftigen Pfarrerin/dem zukünftigen Pfarrer.

Bewerbungen sind bis zum 15. April 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach, Rebenburggase 2, 8793 Trofaiach, zu richten.

Auskünfte erteilen gerne: Administrator Senior Pfarrer Mag. Wolfgang Schneider, Grabenfeldstraße 4, 8600 Bruck an der Mur, Tel. (03862) 511 32, bruck-mur@evang.at und Kurator Ing. Michael Pasterny, Kunigundenweg 12, 8700 Leoben, Tel. (03842) 260 16, pasterny@imp-pasterny.at.

43. Zl. GD 322; 258/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weppersdorf in Kombination mit einer 50-%-Diözesanpfarrstelle für Konfirmandenarbeit

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weppersdorf wird zur Besetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Zur Evangelischen Pfarrgemeinde Weppersdorf gehören rund 620 Gemeindeglieder. Ein Großteil davon ist direkt in Weppersdorf beheimatet. Die Bevölkerung des Ortes Weppersdorf ist zu etwa 60% evangelisch. In einem Umkreis von 20 km leben in der Diaspora etwa 100 evangelische Gemeindeglieder.

Weppersdorf liegt eingebettet in einer hügeligen Landschaft mit viel Wald, Wiesen und Feldern. Ein umfangreiches Radwegenetz, schöne Spazier- und Wanderwege, Freibäder und Naturbadeteiche laden zur (Nah-)Erholung ein.

In der Umgebung befinden sich zahlreiche Weinbaugemeinden und die kinderfreundliche Therme Lutzmannsburg (in zirka 20 Autominuten erreichbar).

In 12 km Entfernung liegt der Bezirksvorort Oberpullendorf, in 19 km die Stadt Mattersburg, in einer Entfernung von rund 90 Kilometern Wien.

Weppersdorf ist durch ein dichtes Netz an öffentlichen Bussen an alle größeren Städte gut angebunden. Auf diesem Weg sind die meisten Schulen der Umgebung (Neue Mittelschulen, Gymnasien, HAK, HTL, Fachhochschulen) gut erreichbar. Der Ort selbst verfügt über einen Kindergarten und eine Volksschule.

Apotheke, praktische Ärztin und Zahnarzt sind vor Ort angesiedelt. Ein Sozial- und Pflegekompetenzzentrum bietet Seniorinnen und Senioren, die nicht mehr allein leben können, Heimat und Betreuung.

Trafik, Drogeriefachmarkt, Lebensmittelmärkte, Post und Bank machen das Dorf zu einer lebenswerten Oase. Zur Erledigung der regelmäßigen Einkäufe kann man auf das Auto verzichten.

Traditionen werden hier noch gepflegt. Verschiedene, zum Teil evangelische Vereine laden zum Mitwirken und Mitgestalten des dörflichen Lebens ein.

Unsere Pfarrerin/unser Pfarrer soll sich folgendermaßen in die Gemeinde einbringen:

Die seelsorgerliche Begleitung der Gemeindeglieder liegt ihr/ihm am Herzen.

Der Ausbau des Gemeindelebens wird gefördert, gefordert und aktiv mitgestaltet.

In der Begleitung und Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigt sie/er Teamfähigkeit.

Die Gottesdienste in unserer Bekenntniskirche werden sowohl den Traditionen verpflichtet, als auch innovativ gestaltet.

Religionsunterricht im Ausmaß von vier Wochenstunden nach Absprache mit dem Schulamt wird als Investition in die Zukunft unserer Gemeinde gesehen und entsprechend gestaltet.

Die Begleitung von Kindern, Jugend und Senioren soll, angepasst an die Bedürfnisse, wahrgenommen werden.

Leitung der Pfarrkanzlei und Mitarbeit bei administrativen Tätigkeiten werden als selbstverständlicher Teil der Arbeit betrachtet.

Zusammenarbeit in der Region wird aktiv angestrebt.

Die gute ökumenische Zusammenarbeit wird weiter gefördert.

Ihre/Seine Kommunikationsfreude ermöglicht stressfreie Repräsentation der Pfarrgemeinde in der Öffentlichkeit.

Unsere Pfarrerin/unser Pfarrer findet bei uns:

Ein denkmalgeschütztes Pfarrhaus, das durch einen neuen Zubau zu einem wohnlichen und großzügigen Heim umgestaltet wird (etwa 150 m^2 Wohnfläche); es liegt umgeben von Hof und Garten in unmittelbarer Nähe zur Kirche.

Ein ansprechendes Gemeindezentrum in der angrenzenden alten evangelischen Schule, das für viele Aktivitäten genützt wird.

Sehr engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine Lektorin.

Eine Leiterin für die Jungschargruppe.

MitarbeiterInnen zur Gestaltung der monatlichen Seniorennachmittage.

Einen gemischten Chor und die Blasmusikkapelle Weppersdorf, die viele Feiern mitgestalten.

Dörfliches Leben: wo noch jeder jeden kennt und man sich um ein Miteinander bemüht.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis spätestens 15. Mai 2011 an das Evangelische Pfarramt, Hauptstraße 117, 7331 Weppersdorf. Zur Beantwortung weiterer Fragen stehen Pfarrer Mag. Stephan Strohriegel, Tel. 0699-188 78 115, E-Mail: weppersdorf@evang.at, oder Kuratorin Silvia Schey, Tel. 0650-500 6 480, gerne zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!

44. Zl. SUP 2; 259/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (erste) einer diözesanen 50-%-Teilpfarrstelle für Konfirmandenarbeit

Die Evangelische Diözese A. B. Burgenland bringt eine 50-%-Teilpfarrstelle für Konfirmandenarbeit in Verbindung mit einer 50-%-Gemeindepfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weppersdorf zur Besetzung mit 1. September 2011 zur Ausschreibung.

Die Evangelische Diözese A. B. Burgenland beabsichtigt die Erstellung und Umsetzung eines diözesanen Projektes für Konfirmandenarbeit. Die Erkenntnisse der internationalen Arbeitsgruppe für Konfirmandenarbeit (International study on Confirmation) und die Erfahrungen der Pfarrerinnen und Pfarrer in der evangelischen Diözese Burgenland sollen zu einer Neupositionierung der Konfirmandenarbeit in den Pfarrgemeinden der Diözese führen. Konfirmandenarbeit soll dabei ein wesentlicher Teil des Gemeindeaufbaus sein. Modelle der Konfirmandenarbeit in anderen europäischen Ländern, vor allem in Finnland, haben gezeigt, dass Konfirmandenarbeit für den Gemeindeaufbau einen wesentlichen Beitrag bringen kann.

Das erste Arbeitsjahr ist für die Erstellung eines Konzeptes vorgesehen, ab dem zweiten Arbeitsjahr ist dann die Umsetzung vorgesehen.

Wir erwarten:

Freude an der Arbeit mit Konfirmanden und deren Eltern.

Zusammenarbeit mit den Pfarrerinnen und Pfarrern der Diözese.

Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Konfirmandenarbeit der Gemeinden.

Zusammenarbeit mit der Evangelischen Jugend Burgenland.

Die Evangelische Diözese Burgenland bietet für diese Arbeit ein Zeitbudget einer halben Pfarrstelle und auch ein Finanzbudget. Wohnung und Gemeindeanbindung sind durch die 50-%-Teilpfarrstelle in Weppersdorf gegeben.

Anfragen richten Sie bitte an Sup.-Kurator Gerd Zetter, Tel. 0699-18877102, oder an Superintendent Manfred Koch, Tel. 0699-18877101.

Bewerbungen sind bis 15. Mai 2011 an die Evangelische Superintendentur Burgenland, Bergstraße 16, 7000 Eisenstadt, zu richten.

45. Zl. GD 304, GD 304 a; 261/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der gemeinsamen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Unterschützen und A. B. Bad Tatzmannsdorf

Die gemeinsame Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Unterschützen und A. B. Bad Tatzmannsdorf wird hiermit zur Besetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Beide selbstständigen Gemeinden umfassen zusammen zirka 850 Gemeindeglieder und liegen im südlichen Burgenland in der Nähe von Oberwart.

Die Gemeinden wünschen sich die engagierte Wahrnehmung aller bisherigen Bereiche der Gemeindearbeit, vor allem der Kinder- und Jugendarbeit.

In Bad Tatzmannsdorf ist die Arbeit im Rahmen der Kurseelsorge ein wesentlicher Bestandteil, in Form von Andachten, Seelsorgeangeboten und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Gemeindegruppen in beiden Orten sind zu begleiten und in ihrer Arbeit zu stützen. Gottesdienst ist in beiden Kirchen (Unterschützen und Bad Tatzmannsdorf) an allen Sonn- und Feiertagen zu feiern. Im Juli und August werden die Gottesdienste sowohl in Unterschützen und Bad Tatzmannsdorf von den jeweiligen Kurseelsorgern gehalten.

Zu den pfarramtlichen Aufgaben gehört weiterhin die Leitung der Krankenhausseelsorge im LKH Oberwart, insbesondere die Betreuung der Besuchsdienstarbeit im Bezirk und Organisation bzw. Durchführung der wöchentlich stattfindenden Krankenhausgottesdienste in Zusammenarbeit mit den Pfarrerinnen und Pfarrern des Bezirkes Oberwart, sowie der Kontakt zu Verwaltung, zur ärztlichen Leitung und zur Pflegeleitung dieser Krankenanstalt.

Darüber hinaus ist mit der Pfarrstelle die Verpflichtung zur Erteilung von Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden verbunden.

Das Pfarrhaus für beide Gemeinden steht in Unterschützen und bietet eine Dienstwohnung (vier Zimmer, Küche, Vorraum, Bad, WC, etwa 120 Quadratmeter), die Pfarrkanzlei, Gemeindesaal, Keller, Garage usw. mit umliegendem großem Garten.

Zur Unterstützung und zum gemeinsamen Dienst stehen dem Pfarrer zwei Lektoren, zwei Organisten und mehrere andere ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen zur Seite.

Bewerbungen sind bis 15. April 2011 an die Presbyterien der beiden Pfarrgemeinden A. B. Bad Tatzmannsdorf und A. B. Unterschützen, A-7400 Unterschützen 2, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilen Ihnen Kurator Wilfried Neubauer, Tel. 0680-12524511 für Bad Tatzmannsdorf, und Kuratorin Annemarie Perner, Tel. 0664-5219480 für Unterschützen.

46. Zl. GD 250; 264/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pöttelsdorf

Mit 1. September 2011 wird die Stelle zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Wir sind

- eine rund 1670 evangelische Gemeindeglieder zählende Toleranzgemeinde zirka 15 km südlich der Landeshauptstadt Eisenstadt. Die Pfarrgemeinde Pöttelsdorf umfasst 16 politische Gemeinden, das sind zwei Drittel des Bezirkes Mattersburg.
- eine Gemeinde mit vier verantwortungsbewussten und engagierten Gremien: Pfarrgemeinde Pöttelsdorf, Muttergemeinde Pöttelsdorf, Tochtergemeinde Bad Sauerbrunn, Tochtergemeinde Walbersdorf und zahlreichen, ehrenamtlich aktiven Frauen und Männern. Zur Unterstützung des Pfarrers/der Pfarrerin stehen der Gemeinde vier Lektorinnen zur Verfügung.
- Zu den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen zählt eine Sekretärin im Pfarrgemeindebüro (zehn Stunden/Woche).

Wir erwarten

- regelmäßige Gottesdienste an den Sonn- und Feiertagen und seelsorgerliche Begleitung der Gemeinde.
- die Begleitung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- eine gute Zusammenarbeit mit den zahlreichen Schulen. Das Pflichtausmaß im Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden am Gymnasium in Mattersburg. Zwei Religionslehrerinnen sind an den Pflichtschulen tätig.
- die Fortführung der guten Kontakte zur Ökumene und die Kontaktpflege mit den politischen Gemeinden.

Wir bieten

- Ein großes Pfarrhaus (sechs Zimmer) das 1991 gebaut wurde und einen direkten Zugang zum Pfarrgemeinde-Sekretariat und Besprechungszimmer hat. Alle Gebäude der Pfarrgemeinde wurden in den letzten Jahren saniert.

Alle Gemeindeglieder der Pfarrgemeinde freuen sich auf eine neue Pfarrerin/einen neuen Pfarrer.

Bewerbungen sind bis 15. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Pöttelsdorf, Hauptstraße 46, 7023 Pöttelsdorf, zu richten.

Nähere Auskunft erteilen ihnen gerne:
Kuratorin Susanna Hackl
Tel. (02626) 679 83 oder 0664-4511180
E-Mail: sh.hackl@aon.at

Administrator
Pfarrer Mag. Jakob Kruse
Tel. 0699-18877119
E-Mail: evang.Loipersbach@aon.at

47. Zl. GD 257; 265/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rechnitz in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Rechnitz schreibt hiermit die Pfarrstelle zur Besetzung mit 1. September

2011 aus, die sich aus einer 50-%-Gemeindepfarrstelle und aus einer halben Lehrverpflichtung zusammensetzt. (4+10 Wochenstunden). Der Unterricht ist an Schulen der Region zu halten, die Organisation des RU ist mit dem Schulamt der Diözese abzusprechen.

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Rechnitz und die Tochtergemeinde Markt Neuhodis haben insgesamt 760 Gemeindeglieder, das sind rund 20% der Bevölkerung.

Rechnitz liegt am Fuße des Geschriebensteins im Südburgenland an der Grenze zu Ungarn und ist von Szombathely nur 20 km entfernt, bis zum Bezirksvorort Oberwart sind es 25 km.

Die Umgebung des Naturparks Geschriebenstein, der Badesee und die Weingegend sowie der Blick in die Weite der ungarischen Tiefebene bieten Raum für Erholung und Meditation.

Kindergarten, Volksschule, Neue Mittelschule, Musikschule, praktische Ärzte und Zahnarzt, sowie diverse Einkaufsmöglichkeiten sind im Ort vorhanden.

Allgemeine höhere und berufsbildende Schulen gibt es in Oberwart, Oberschützen und Pinkafeld. Das Landeskrankenhaus in Oberwart ist in rund 15 bis 20 Minuten mit dem Auto erreichbar.

Ein teilweise neu erbautes bzw. neu renoviertes Pfarrhaus (152 m^2) mit Garten; sehr engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter — sechs LektorInnen; eine Teilzeitsekretärin, Jugendgästehaus (Verein „Haus der Evangelischen Jugend im Burgenland“); stehen zur Verfügung. Im Jugendgästehaus ist der Sitz der Evangelischen Jugend Burgenland. Hier wohnt und arbeitet der Jugendreferent.

Wir erwarten:

- Die seelsorgerliche Betreuung der Gemeindeglieder,
- den Ausbau des Gemeindelebens,
- Förderung und Begleitung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- die Feier bzw. die Organisation der Gottesdienste in der Pfarrkirche und in Markt Neuhodis,
- Religionsunterricht im Ausmaß von 14 Wochenstunden nach Absprache mit dem Schulamt der Diözese,
- Mitarbeit bzw. Organisation der Kinder- und Jugendarbeit,
- Leitung der Pfarrkanzlei und Mitarbeit bei administrativen Tätigkeiten,
- die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Region,
- die Bereitschaft zur ökumenischen Zusammenarbeit,
- die Repräsentation der Pfarrgemeinde in der Öffentlichkeit.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 15. Mai 2011 an das

Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rechnitz,
Hochstraße 1,
7471 Rechnitz.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:
Kurator: Josef Reiter, Tel. 0664-400 25 52.
Administrator: Pfarrer Mag. Carsten Merker-Bojarra, Tel. 0699-188 77 134.

48. Zl. GD 126, GD 242; 266/2011 vom 9. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Deutsch Jahrndorf und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Nickelsdorf

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Deutsch Jahrndorf und A. B. Nickelsdorf wird hiermit laut ABl. 11./12. 2010 vom 20. 12. 2010, 192. Zl. G 14; 2371/2010 vom 17. 11. 2010 zur Besetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde Deutsch Jahrndorf zählt 330 Gemeindemitglieder, die überwiegend in Deutsch Jahrndorf wohnen. Als Diaspora gehören die Gemeinden Pama, Kittsee und Edelstal mit dazu.

Die Pfarrgemeinde Nickelsdorf zählt 705 Mitglieder, die alle in Nickelsdorf wohnen. Das gemeinsame Pfarramt beider Gemeinden liegt in Nickelsdorf.

Von den Bewerbern auf die Pfarrstelle erwarten die Gemeinden:

- Eine glaubwürdige und engagierte Verkündigung von Gottes Wort.
- Die Feier von Gottesdiensten an allen Sonn- und Feiertagen in den Kirchen von Deutsch Jahrndorf und Nickelsdorf sowie einmal im Monat im Pflegeheim Kittsee.
- Konfirmandenarbeit und Organisation des Kindergottesdienstes, der von engagierten Mitarbeiterinnen getragen wird.
- Regelmäßige Geburtstagsbesuche, wöchentlicher Besuch im Krankenhaus Kittsee.
- Die Gemeinden erwarten eine gute Zusammenarbeit mit den Presbyterien, den Gemeindevertretungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- Vierteljährliche Herausgabe eines Gemeindebriefes und Mitarbeit bei der Aktualisierung der Pfarrgemeindehomepage.
- Selbstständige und zuverlässige Erledigung der Verwaltungsaufgaben in Zusammenarbeit mit den Presbyterien.
- Erteilung des Religionsunterrichtes im Ausmaß von acht Wochenstunden in Absprache mit dem Schulamt der Diözese.

Wir bieten:

- Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Pfarrgemeinde.
- Das Pfarrhaus im Ausmaß von zirka 130 qm ist vom Gemeindehaus getrennt und steht dem Pfarrer allein zur Verfügung. Das Büro befindet sich im Gemeindehaus.
- Ein Kindergarten und die Volksschule sind vor Ort. Die höheren Schulen liegen zirka 25 km entfernt in Neusiedl am See. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit beiden Kommunalgemeinden.
- In beiden Gemeinden werden momentan Lektoren ausgebildet, sodass von hier in Zukunft eine zusätzliche Unterstützung kommen wird.

Für Anfragen stehen die beiden Kuratoren zur Verfügung.

Wir freuen uns über Bewerbungen bis zum 31. Mai 2011 an

Kurator Hofbauer	Kuratorin Christine Perschy
Mittlere Hauptstraße 52	Am Sportplatz 5/1/2
2425 Nickelsdorf	2423 Deutsch Jahrndorf
Tel. (02146) 2392	Tel. 0680-2379829

49. Zl. GD 288, GD 218; 273/2011 vom 10. Feber 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle des Gemeindeverbandes der Evangelischen Pfarrgemeinden A. B. Stoob und Lutzmannsburg

Mit der Pensionierung des derzeitigen Pfarrers mit 31. August 2011 wird die Stelle per 1. September 2011 zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Wir sind

- ein Pfarrgemeindeverband, bestehend aus der Pfarrgemeinde Lutzmannsburg und der Pfarrgemeinde Stoob. Der Pfarrgemeindeverband gliedert sich in zwei 50-%-Pfarrstellen. Die Pfarrgemeinde Lutzmannsburg hat zirka 420 Gemeindeglieder, das sind rund 60% der Ortsbevölkerung. In Lutzmannsburg gibt es eine Kirche und ein Gemeindezentrum. Die Pfarrgemeinde Stoob hat zirka 800 Gemeindeglieder, das sind rund 50% der Ortsbevölkerung. In Stoob gibt es eine Kirche, ein neu gestaltetes Gemeindezentrum und in unmittelbarer Nähe der Kirche das Pfarrhaus. Zur Pfarrgemeinde Stoob gehört auch die Tochtergemeinde Oberloisdorf mit zirka 75 Gemeindegliedern und einer eigenen Kirche. Zu Stoob gehört weiters die Predigtstelle im Bezirksvorort Oberpullendorf und die seelsorgerliche Betreuung im Landeskrankenhaus Oberpullendorf.
- Die Lehrverpflichtung an den höheren Schulen umfasst acht Wochenstunden.
- Die Wohnung des Pfarrers befindet sich in Stoob.
- Die Gemeinden liegen im mittleren Burgenland, im Umkreis von zirka 15 km befinden sich zwei weitere evangelische Pfarrgemeinden.
- Die Rotwein- und Thermengemeinde Lutzmannsburg ist eine aufstrebende Tourismusgemeinde mit ungefähr 250.000 jährlichen Nächtigungen und 480.000 Tagesgästen im Jahr und liegt direkt an der ungarischen Grenze. Sie bietet umfangreiche Freizeit- und Sportmöglichkeiten (Familientherme, Golfplatz, Klettergarten usw.).
- Die Marktgemeinde Stoob ist eine bekannte Töpfergemeinde, hier befindet sich österreichweit die einzige Fachschule für Keramik und Ofenbau, weiters ein Kindergarten, eine Volksschule sowie eine „Neue Mittelschule". Der Nachbarort Oberpullendorf (Bezirksvorort, 2 km entfernt) bietet mittlere und höhere Schulen, ein Krankenhaus, Apotheke und eine gute ärztliche Versorgung (Allgemeinmedizin/diverse Fachärzte).
- Die Bundeshauptstadt Wien (Entfernung zirka 90 km) ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und/oder die Schnellstraße/Autobahn sehr gut erreichbar. Die Einkaufszentren Eisenstadt, Oberwart und Wiener Neustadt sind zirka 50 km entfernt und ebenfalls gut an das öffentliche Verkehrsnetz und Schnellstraßen/Autobahnen angebunden.

Wir wünschen:

- regelmäßige Abhaltung und Organisation von Gottesdiensten an Sonn- und Feiertagen in den Pfarrgemeinden.
- Seelsorge an den Gemeindegliedern.
- Durchführung der Konfirmandenarbeit und Unterstützung der Jugendarbeit.
- Weiterpflege der guten ökumenischen Kontakte und gute Zusammenarbeit mit den politischen Gemeinden.
- Bereitschaft zur regionalen Zusammenarbeit.

Wir bieten:

- ein engagiertes Mitarbeiterteam in verschiedenen Arbeitsbereichen (Kindergottesdienst/Kinderkreis, Weltgebetstag, Chöre);
- verschiedene von der Gemeindevertretung organisierte gesellschaftliche Zusammenkünfte im Kirchenjahr (Erntedank/Advent usw.);
- die Chöre gestalten in den jeweiligen Pfarrgemeinden die diversen Festgottesdienste musikalisch mit und veranstalten alljährlich Adventkonzerte.
- Der/m Pfarrer/in steht ein Pfarrhaus (Einfamilienhaus mit zirka 140 m^2 Wohnfläche und großzügigem Garten) in verkehrsberuhigter Lage zur Verfügung.
- Zur Unterstützung der/s Pfarrer/in/s stehen Lektoren zur Verfügung.

In beiden Pfarrgemeinden freut sich ein engagiertes Mitarbeiterteam auf die Zusammenarbeit mit der/m neuen Pfarrer/in.

Die Pfarrgemeinden freuen sich auf eine neue Pfarrerin/einen neuen Pfarrer und bitten Sie, Ihre Bewerbung bis 31. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde Stoob zu richten:

Evangelisches Pfarramt A. B. Stoob, Hauptstraße 144, 7344 Stoob, Tel. und Fax (02612) 434 91, E-Mail: evang.stoob@aon.at

Nähere Auskünfte erteilt Ihnen gerne:

Kurator Hans Peter Tröscher, Tel. 0664-73910555,
Kurator RegR Manfred Knahr, Tel. 0664-5028141.

50. Zl. GD 398; 362/2011 vom 21. Feber 2011

E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Jenbach

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Jenbach, Martin-Luther-Platz 1, 6200 Jenbach, ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: jenbach@evang.at

Kundmachung des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

51. Zl. HB 01; 363/2011 vom 21. Feber 2011

Evangelische Kirche H. B. Seelenstandsbericht 2010

	Wien-Innere Stadt	Wien-Süd	Wien-West	Ober-wart	Linz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Bludenz	Gesamt
Mitglieder H. B.	2.847	1.322	983	1.452	533	176	62	136	188	7.699
Mitglieder B.A.					97	2.214	1.572	1.605	699	6.187
Gesamt	2.847	1.322	983	1.452	630	2.390	1.634	1.741	887	13.886
Eintritte	4	4	9	5	8	6	2	1	1	40
Austritte	40	24	19	3	4	66	44	37	9	246
Getaufte	26	9	9	15	8	13	14	15	8	117
Todesfälle	28	11	2	21	5	17	21	6	3	114
Zuzüge nd Inla	43	44	33	4	6	10	35	57	9	241
Wegzüge Inland	58	20	39	—	3	6	29	81	7	243
Zuzüge Ausland	26	—	—	—	—	161	12		1	200
Wegzüge Ausland	20	9	17	—	—	48	254		4	352
Wahlgemeindezuzüge	11	—	3	3	—	—	—		—	17
Wahlgemeindeabgänge	3	—	5	—	—	—	—		—	8
KonfirmandInnen	17	9	5	13	—	15	9	18	7	93
Getraute	11	2	—	2	—	3	4		2	24
Bestattete	27	8	11	21	—	17	19	6	8	117

Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Oberkirchenrat

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Kirchliche Mitteilungen

†

Der Herr über Leben und Tod hat Frau

Hermine BECKER

geborene Titz, geboren am 21. Mai 1920, Ehefrau von Pfarrer i. R. Mag. Heinz Becker, am Mittwoch, dem 16. Feber 2011, in Wien im 91. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

(Zl. P 768; 334/2011 vom 17. Feber 2011.)

†

Der Herr über Leben und Tod hat Frau

Dkfm. Erna Mathilde NIEDERWIMMER

geb. Grimme, geboren am 22. Dezember 1927, Gattin des Theologieprofessors em. Dr. Kurt Niederwimmer, am Montag, dem 7. Feber 2011, in Wien im 84. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

(Zl. P 0975; 380/2011 vom 22. Feber 2011.)

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Das Evangelische Kirchenamt A. B.

sucht zum ehest möglichen Eintritt

eine/n Sekretär/in.

Bewerbungsvoraussetzungen:
Mehrjährige Berufserfahrung insbesondere in der Sekretariatsorganisation, EDV-Kenntnisse (MS-Office), Grundkenntnisse in Stenografie, ausgezeichnete Deutschkenntnisse, Englisch wünschenswert.

Arbeitsbereiche:
Sekretariat für den juristischen Oberkirchenrat und in der Rechtsabteilung des Evangelischen Kirchenamtes A. B., Verwaltungstätigkeit.
Leistungsgerechte Entlohnung nach Qualifikation und kirchlichem Gehaltsschema.

Ihre Bewerbung mit Lebenslauf senden Sie bitte ehest möglich an Oberkirchenrat Dr. Raoul Kneucker, Evangelisches Zentrum, Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, oder vorzugsweise per E-Mail an r.kneucker@evang.at

Für weitere Informationen zur Ausschreibung steht Ihnen Herr Dr. Günter Reimeir, Kirchenrat für juristische Angelegenheiten, unter 0699-18877006 zur Verfügung.

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 30. März 2011 | 3. Stück

52. Gemeindevertretungswahlen 2011: Aktuelle Fragen

53. Aufruf zur Baukollekte zum Ostersonntag, 24. April 2011

54. Kollektenaufruf für das Konfirmationsfest 2011

55. Bestellung von Mag.[a] Ingrid Bachler zur Fachinspektorin für Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Oberösterreich

56. Mindestgehälterverordnung 2011

57. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Dezember 2010 mit Vergleichszahlen aus 2009 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

58. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Christuskirche — Berichtigung zu ABl. Nr. 35/2011

59. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf

60. Bestellung von Mag. Hans Hubmer zum Pfarrer der Krankenhausseelsorgestelle Bad Ischl – Gmunden – Vöcklabruck

61. Zuteilung von Mag. Tatjana Hochhauser als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Peggau

62. Homepage der Stelle Kirchliche Partnerschaft

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

52. Zl. GD 001; 568/2011 vom 21. März 2011

Gemeindevertretungswahlen 2011: Aktuelle Fragen

Im Zuge der Vorbereitung der im Oktober 2011 stattfindenden Gemeindevertretungswahlen sind zwei Fragen aufgetreten, die bestimmt einige Pfarrgemeinden betreffen. Die nachfolgenden Erläuterungen sollen als Ergänzung des „Leitfadens für die Gemeindevertretungswahlen 2011" dienen, der bereits allen Pfarrgemeinden zugegangen ist.

1. Befangenheit von weltlichen EhegattInnen geistlicher AmtsträgerInnen

Laut Art. 17 Abs. 2 KV dürfen EhegattInnen, LebensgefährtInnen und eingetragene LebenspartnerInnen der Gemeindevertretung, der Gemeindeversammlung und dem Gemeindeforum angehören.

Dies gilt (im Unterschied zu der im „Leitfaden für die Gemeindevertretungswahlen 2011" auf Seite 34 veröffentlichten früheren Auslegung der Kirchlichen Verfahrensordnung) auch für die weltlichen EhegattInnen geistlicher AmtsträgerInnen. Jedoch ist bei dieser Personengruppe auf die Einhaltung der Befangenheitsregeln genau zu achten!

Befangenheit der weltlichen Ehegattin bzw. des weltlichen Ehegatten des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin liegt vor, wenn der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin der Pfarrgemeinde bzw. Teilgemeinde an der Sache selbst beteiligt ist.

So kann z. B. bei der Genehmigung der Rechnungsabschlüsse Befangenheit der weltlichen Ehegattin bzw. des weltlichen Ehegatten eintreten.

Beschlüsse der Gemeindevertretung sind bei Nichtbeachtung der Befangenheitsregeln rechtswidrig!

2. Wahlberechtigung bei mehreren Wahltagen

Stichtag für die Wahlberechtigung bei den Gemeindevertretungswahlen ist der Wahltag. Wer am Wahltag das 14. Lebensjahr vollendet hat und konfirmiert ist, ist aktiv wahlberechtigt. Wer am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist passiv wahlberechtigt.

Bei mehreren Wahltagen gilt als Stichtag für die Altersvollendung jeweils der letzte Wahltermin, d. h. wer am letzten Wahltermin das 14. bzw. 18. Lebensjahr vollendet, ist bei der Gemeindevertretungswahl aktiv bzw. passiv wahlberechtigt und ins Verzeichnis der Wahlberechtigten aufzunehmen. Es wird empfohlen, diesen betroffenen Personen mitzuteilen, dass sie erst an jenem Wahltermin wählen sollen, an dem sie das 14. bzw. 18. Lebensjahr vollendet haben. Sollten sie bereits an einem früheren Wahltermin wählen wollen, ist ihnen die Wahl jedoch nicht zu verweigern!

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

53. Zl. KOL 05; 366/2011 vom 22. Feber 2011

Aufruf zur Baukollekte zum Ostersonntag, 24. April 2011

Die heutige Kollekte wird zu gleichen Teilen für eine steirische und eine niederösterreichische Gemeinde erbeten.

Liebe Schwestern und Brüder,

Zum Osterfest grüßt Sie ganz herzlich die Evangelische Pfarrgemeinde **Stainach** aus dem Ennstal.

Die Evangelische Kirche Stainach wurde 1954 als schlichter Saalbau konzipiert. Auf Grund mehrerer Faktoren entspricht sie heute — im 21. Jahrhundert — absolut nicht mehr den Vorstellungen einer einladenden Kirche. So ist der winzige Eingangsbereich weder zur Begrüßung noch zu kurzen Gesprächen beim Abschied geeignet.

Außerdem ist der Kirchenraum zweigeteilt. Unter der Empore befindet sich ein Sitzungsraum, der bei Bedarf auch für Gottesdienstbesucher/innen geöffnet werden kann. Von dort ist der Blick in den Altarraum allerdings nur eingeschränkt möglich. Vor allem aber leidet die Akustik unter dieser Raumaufteilung: Geistliche Konzerte etwa sind nicht möglich. Da im Haupttrakt der Kirche außerdem ein Mittelgang fehlt, wurde die Kirche bisher für Trauungen nicht in Anspruch genommen.

Im Blick auf ein lebendiges und einladendes Zeugnis der Liebe Gottes in Jesus Christus haben wir uns deshalb entschlossen, die Kirche zu einem ansprechenden Gesamtkirchenraum umzubauen. Berücksichtigt wurden insbesondere liturgische und künstlerische Belange, ebenso Raumklima und Akustik. Um die Kirche heller und freundlicher zu gestalten, wurden neue Fenster eingebaut. Und der Eingangsbereich wurde um ein verglastes Foyer mit Barriere freiem Zugang vergrößert.

Als kleine evangelische Diasporagemeinde mit weniger als 600 Gemeindegliedern bitten wir Sie sehr herzlich um Ihre Hilfe. Die heutige Baukollekte ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung unseres Projektes.

Die Hälfte der Kollekte kommt heuer dem Projekt „Lebensraum“ der Pfarrgemeinde **Stockerau** zu Gute. Unsere Gemeinde ist ein lebendiger, offener Ort der Begegnung für unterschiedliche Menschen. Die Räume platzen aber aus allen Nähten!

„Lebensraum schaffen“ bedeutet in Stockerau konkret:

- die Kirche innen den liturgischen Bedürfnissen (z. B. Volksaltar) anzupassen und die Geschichte der Kirche (ehem. Synagoge!) stärker zu betonen,
- die Heizung auf umweltverträglichere Pellets und Solar umzustellen, die Räume zu dämmen,
- den Gemeindesaal samt WC und Büro neu zu bauen (Dämmwerte!) und deutlich zu vergrößern.

Die Finanzierung des Projektes mit Gesamtkosten von mehr als 1,3 Mio. € muss fast ausschließlich über Eigenleistungen und Spenden erfolgen.

Daher unsere Bitte:

Helfen Sie uns,

. . . evangelischer Offenheit und Weite Raum zu geben.
. . . Familien, Kindern und Jugendlichen Platz zu schenken.
. . . einen Teil der jüdischen Geschichte zu erhalten.
. . . das gesellschaftliche Engagement der Pfarrgemeinde zu unterstützen.

Die Verantwortlichen beider Gemeinden bedanken sich herzlich für die Unterstützung und wünschen allen Gebern Gottes Segen.

54. Zl. KOL 10; 440/2011 vom 1. März 2011

Kollektenaufruf für das Konfirmationsfest 2011

Liebe Gemeinde!

Die heutige Kollekte erbitten wir zur Unterstützung der vielfältigen Aufgaben und Projekte der Evangelischen Jugend Österreich.

Die Kirche hat der Evangelischen Jugend die Aufgabe übertragen, Kinder und Jugendliche um das Evangelium von Jesus Christus zu sammeln, sie in Glaubens- und Lebensfragen zu begleiten und Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen sollen, zu verantwortungsvollen und selbstbewussten Menschen heranzuwachsen. In der Jahreslosung ruft uns der Apostel Paulus dazu auf, das Böse mit Gutem zu überwinden. Das braucht die Orientierung an Jesus Christus. Das braucht aber auch Freiräume, in denen sich Kinder und Jugendliche ausprobieren können, um zu verantwortungsvollen Menschen heranzuwachsen.

Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden der Evangelischen Jugend Österreich schaffen jedes Jahr neu Räume, in denen sich Kinder und Jugendliche zu starken Persönlichkeiten entwickeln können.

Die Evangelische Jugend in Österreich

- organisiert Fahrten zum Kirchentag,
- unterstützt den Jugendtag Schladming,
- finanziert die Arbeit des Arbeitskreises Kindergottesdienst,
- finanziert die Projektgruppe Jungschar,
- veranstaltet regionale sowie österreichweite Projekte für Kinder und Jugendliche,
- veranstaltet Freizeiten für Kinder und Jugendliche,
- sorgt für die Fortbildung ihrer Mitarbeitenden.

Mit ihrer Spende helft Ihr, die Konfirmanden, und helfen Sie, die Erwachsenen, der Evangelischen Jugend Österreich ihren Auftrag zu erfüllen, damit die Kinder, Jugendlichen und MitarbeiterInnen auch aus ihrer/eurer Pfarrgemeinde sich begegnen können, im Glauben wachsen und durch das Evangelium zu einem verantwortlichen Leben mit Jesus Christus eingeladen und befähigt werden.

Die Evangelische Jugend dankt Ihnen herzlich für Ihre großzügige Unterstützung.

55. Zl. P 1755; 397/2011 vom 23. Feber 2011

Bestellung von Mag.[a] Ingrid Bachler zur Fachinspektorin für Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Oberösterreich

Mit Beschluss des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. vom 12. Oktober 2010, der dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur am 8. Dezember 2010 (Zahl: P 1755; 2541/10) mitgeteilt wurde, wird Frau **Mag.[a] Ingrid Bachler** mit Wirkung vom 1. Oktober 2011 zur Fachinspektorin für den Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Oberösterreich bestellt.

56. Zl. G 16; 569/2011 vom 21. März 2011

Mindestgehälterverordnung 2011

Die Synodalausschüsse A. B. und H. B. haben im Umlauf dem Antrag des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. — im Einvernehmen mit der Vertretung der Mitarbeiter/innen — zugestimmt, folgende Änderung der Mindestgehälterverordnung nach der Dienstnehmerordnung 2003 ab 1. Jänner 2011 (Mindestgehälterverordnung 2011), beginnend bei der ersten Stufe in jeder Gruppe der derzeitigen Mindestgehälterverordnung 2010 die Ist- und Soll-Gehälter um 1,5% zu erhöhen und linear, fortgeschrieben bis zur obersten Stufe, die 1,1% erhält, anzuheben.

Ab 1. Jänner 2011 lauten daher die für 2011 gültigen Tabellen des § 4 der Mindestgehälter-Verordnung wie folgt:

Für die **Qualifikationsgruppe I:**

(Hausarbeiter, Raumpfleger, Hauswarte, Portiere, KüsterInnen und sonstige angelernte Dienste)

Jahr	Biennium	EURO	Relative Erhöhung
0– 2	1	1.267,96	1,50%
3– 4	2	1.280,01	1,48%
5– 6	3	1.291,98	1,45%
7– 8	4	1.303,94	1,43%
9–10	5	1.315,79	1,41%
11–12	6	1.328,06	1,39%
13–14	7	1.340,02	1,36%
15–16	8	1.352,08	1,34%
17–18	9	1.363,95	1,32%
19–20	10	1.376,21	1,30%
21–22	11	1.388,06	1,28%
23–24	12	1.400,24	1,26%
25–26	13	1.412,09	1,24%
27–28	14	1.424,05	1,22%
29–30	15	1.436,11	1,21%
31–32	16	1.448,17	1,19%
33–34	17	1.460,23	1,17%
35–36	18	1.472,30	1,15%
37–38	19	1.484,25	1,13%
39–40	20	1.496,32	1,12%
41–42	21	1.508,27	1,10%

Für die **Qualifikationsgruppe II:**

(angelernte Bürokräfte für einfache Arbeiten nach Vorgaben, Mitarbeiter in Registratur, im Postexpedit, als Telefonist)

Jahr	Biennium	EURO	Relative Erhöhung
0– 2	1	1.316,98	1,50%
3– 4	2	1.338,57	1,47%
5– 6	3	1.360,04	1,45%
7– 8	4	1.381,62	1,43%
9–10	5	1.402,99	1,40%
11–12	6	1.424,47	1,38%
13–14	7	1.445,95	1,36%
15–16	8	1.467,22	1,34%
17–18	9	1.488,91	1,32%
19–20	10	1.511,40	1,30%
21–22	11	1.531,76	1,28%
23–24	12	1.553,02	1,26%
25–26	13	1.574,51	1,24%
27–28	14	1.596,18	1,22%
29–30	15	1.618,07	1,20%
31–32	16	1.640,77	1,19%
33–34	17	1.663,99	1,17%
35–36	18	1.687,61	1,15%
37–38	19	1.712,26	1,13%
39–40	20	1.736,39	1,12%
41–42	21	1.761,14	1,10%

Für die **Qualifikationsgruppe III:**

(Bürokräfte mit Ausbildung z. B. für das selbstständige EDV-mäßige Erstellen von Texten, Layout, Tabellen, Kontierung, sekretariell-administrative Unterstützung Terminkoordination, Korrespondenz usw. Kirchenbeitragsbeauftragte für kleine Gemeinden (bis zirka 2500 Mitglieder)

Jahr	Biennium	EURO	Relative Erhöhung
0– 2	1	1.366,22	1,50%
3– 4	2	1.394,01	1,47%
5– 6	3	1.421,80	1,45%
7– 8	4	1.449,38	1,42%
9–10	5	1.477,07	1,40%
11–12	6	1.504,75	1,38%
13–14	7	1.532,53	1,36%
15–16	8	1.560,33	1,34%
17–18	9	1.587,90	1,32%
19–20	10	1.615,90	1,30%
21–22	11	1.645,43	1,28%
23–24	12	1.675,68	1,26%
25–26	13	1.706,75	1,24%
27–28	14	1.738,12	1,22%
29–30	15	1.769,81	1,20%
31–32	16	1.801,60	1,18%

33–34	17	1.833,70	1,16%
35–36	18	1.865,79	1,15%
37–38	19	1.897,67	1,13%
39–40	20	1.929,66	1,12%
41–42	21	1.961,66	1,10%

Für die **Qualifikationsgruppe IV:**

Assistenten für leitende Amtsträger (z. B. Superintendenten, Oberkirchenräte, Kirchenräte), Sachbearbeiter mit selbstständigem Aufgabenbereich (z. B. Gemeindepädagogen, Jugendreferenten, Kirchenbeitragsreferenten für große Pfarrgemeinden oder Gemeindeverbände (mit mehr als zirka 2500 Mitgliedern), Gehaltsverrechner, Buchhalter bis Rohbilanz)

Für die Qualifikationsgruppe IV ist maßgebend, dass die spezifische Qualifikationsaneignung für diese Tätigkeit üblicherweise innerhalb eines halben Jahres erfolgen kann, entsprechende schulische Vorbildung vorausgesetzt.

Jahr	Biennium	EURO	Relative Erhöhung
0– 2	1	1.519,43	1,50%
3– 4	2	1.551,74	1,48%
5– 6	3	1.584,04	1,46%
7– 8	4	1.616,65	1,44%
9–10	5	1.651,22	1,42%
11–12	6	1.686,40	1,40%
13–14	7	1.723,33	1,38%
15–16	8	1.759,95	1,37%
17–18	9	1.811,90	1,34%
19–20	10	1.864,88	1,32%
21–22	11	1.934,32	1,29%
23–24	12	2.004,07	1,26%
25–26	13	2.073,61	1,24%
27–28	14	2.142,85	1,21%
29–30	15	2.212,58	1,19%
31–32	16	2.282,24	1,17%
33–34	17	2.352,19	1,15%
35–36	18	2.421,42	1,13%
37–38	19	2.491,48	1,12%
39–40	20	2.560,81	1,10%

Für die **Qualifikationsgruppe V:**

spezialisierte Sachbearbeiter mit besonderer Verantwortung (z. B. selbstständige Projektbetreuer, Jugendreferenten mit zertifizierter Spezialausbildung, Bilanzbuchhalter, EDV-Administratoren und EDV-Systembetreuer, KB-Beauftragte für die Superintendenz, bzw. die Gesamtgemeinde)

Für die Einreihung in die Qualifikationsgruppe V ist maßgebend, dass für die Qualifikation üblicherweise eine berufsbildende Matura und/oder eine längere bzw. zumindest halbjährige Einarbeitszeit erforderlich ist.

Jahr	Biennium	EURO	Relative Erhöhung
0– 2	1	1.839,13	1,50%
3– 4	2	1.878,62	1,48%
5– 6	3	1.918,10	1,46%
7– 8	4	1.957,96	1,44%
9–10	5	2.000,21	1,42%
11–12	6	2.043,22	1,40%
13–14	7	2.088,36	1,38%
15–16	8	2.133,11	1,36%
17–18	9	2.196,62	1,34%
19–20	10	2.261,37	1,32%
21–22	11	2.346,24	1,29%
23–24	12	2.431,50	1,26%
25–26	13	2.516,50	1,24%
27–28	14	2.601,13	1,21%
29–30	15	2.686,38	1,19%
31–32	16	2.771,49	1,17%
33–34	17	2.857,00	1,15%
35–36	18	2.941,63	1,13%
37–38	19	3.027,25	1,12%
39–40	20	3.112,00	1,10%

57. Zl. KB 06; 412/2011 vom 8. März 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Dezember 2010 mit Vergleichszahlen aus 2009 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2010	2009
	Euro	
Burgenland	2,585.113,44	2,518.727,11
Kärnten	3,051.066,49	2,920.768,79
Niederösterreich	2,587.151,15	2,440.407,61
Oberösterreich	3,717.696,75	3,689.055,35
Salzburg-Tirol	2,303.546,12	2,140.937,64
Steiermark	3,078.047,49	3,064.058,42
Wien	4,324.194,40	4,697.903,37
	21,646.815,84	**21,471.858,29**

Steigerung 2010 gegenüber 2009: 0,81% (21,471.858,29)

Steigerung 2010 gegenüber 2008: 1,42% (21,344.702,01)

58. Zl. GD 197 a; 547/2011 vom 17. März 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Christuskirche — Berichtigung zu ABl. Nr. 35/2011

In Korrektur zur Publikation in ABl. Nr. 35/2011 wird mitgeteilt, dass die Bewerbungen auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klagenfurt-Christuskirche nicht bis zum 12. März 2011 sondern bis zum **18. April 2011** an das Presbyterium der Evangelischen Christuskirche-Klagenfurt, Paul-Gerhardt-Straße 17, 9020 Klagenfurt, zu richten sind.

59. Zl. GD 354; 438/2011 vom 1. März 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf wird hiermit zur Besetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Die **Besetzung** erfolgt durch **Wahl.**

Die **Bewerbungsfrist** endet am **3. Mai 2011.**

Wir sind:

- die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf, eine offene und sehr lebendige Gemeinde.
- eine Großstadtgemeinde mit etwa 3500 Gemeindegliedern. Sie umfasst große Teile des 21. Wiener Gemeindebezirkes, in NÖ den Gerichtsbezirk Wolkersdorf, sowie im Gerichtsbezirk Wien-Umgebung die Ortschaft Kapellerfeld.
- gemeinsam mit den anderen Wiener Pfarrgemeinden nördlich der Donau an Überlegungen zur Regionalisierung beteiligt.
- eine Gemeinde mit drei Pfarrstellen. Neben der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle sind eine weitere sowie eine Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung eingerichtet. Beide Pfarrstellen sind derzeit besetzt. Eine Lektorin, zwei Lektoren, eine Gemeindepädagogin, eine Sekretärin und über 150 engagierte, teilweise sehr selbstständig arbeitende, ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen freuen sich auf die Zusammenarbeit.

Wir suchen einen Menschen,

- der engagiert, fantasievoll und offen ist,
- der die Leitung des Pfarramtes und der Amtsgeschäfte, in Zusammenarbeit mit dem Kurator, übernimmt.
- der teamfähig ist und dem der kollegiale Umgang in der Zusammenarbeit mit Haupt- und Ehrenamtlichen ein Anliegen ist.
- der mit Freude vielfältige Gottesdienste an den Sonn- und Feiertagen in der Weisselgasse und jeweils einmal monatlich in Wolkersdorf und Neu-Stammersdorf; bzw. 4 x im Jahr in Kapellerfeld feiert. Die Aufteilung der Gottesdienste erfolgt in Abstimmung mit den Pfarrerkolleg/-innen und Lektor/-innen.
- der die Teams in Kinder-, Konfirmand/-innen- und Jugendarbeit unterstützen und in ihnen mitarbeiten will.
- dem die diakonische Arbeit unserer Pfarrgemeinde (insbesondere Geburtstagsbesuche, Krankenhaus, Pensionistenheime, Diakoniekreis, Seelsorge . . .) ein wichtiges Anliegen und Aufgabengebiet ist.
- dem die ökumenische Zusammenarbeit am Herzen liegt.
- der nach der Aufgabenteilung arbeitet, die durch die Gemeindeordnung geregelt und im Einvernehmen mit den Beteiligten und dem Presbyterium erstellt wird.
- der acht Wochenstunden an höheren Schulen Religionsunterricht erteilt.

Wir bieten:

- ein Gemeindezentrum in der Weisselgasse: Kirche, Pfarrkanzlei, Kindergarten, Jugendkeller und einige kleine Gemeinderäume.
- eine Predigtstation in Kapellerfeld mit einer kleinen Kirche.

- eine Predigtstation in Wolkersdorf mit Gottesdienstmöglichkeit in der Hauptschule.
- eine Predigtstelle in Neu-Stammersdorf im röm.-katholischen Gemeindezentrum St. Cyrill und Method.

Bei Bedarf wird für die/den neu gewählte/n Pfarrer/-in eine der Anforderungen der Dienstwohnungsverordnung entsprechende Dienstwohnung angemietet. Im Falle einer vorhandenen eigenen Wohnung zahlt die Pfarrgemeinde dem Inhaber/der Inhaberin der Pfarrstelle einen Wohnungsunterstützungszuschuss gemäß § 64 OdgA.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung bis **3. Mai 2011** an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf und Ihre persönliche Vorstellung in der Sitzung der Gemeindevertretung am 11. Mai 2011 um 18.00 Uhr.

Das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf,
A-1210 Wien, Weisselgasse 1,
Tel. (01) 278 13 31, Fax: DW 18
E-Mail: evang.floridsdorf@aon.at
Website: http://evang-floridsdorf.at

Nähere Auskünfte geben Ihnen gerne
Kurator Ing. Günter Köber und Pfarrer Mag. András Vető.

60. Zl. P 1449; 497/2011 vom 10. März 2011

Bestellung von Mag. Hans Hubmer zum Pfarrer der Krankenhausseelsorgestelle Bad Ischl – Gmunden – Vöcklabruck

Mag. Hans Hubmer wurde gemäß KV Art. 23 Abs. 1 und § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Krankenhausseelsorgestelle Bad Ischl – Gmunden – Vöcklabruck bestellt und mit Wirkung vom 1. November 2010 in diesem Amt bestätigt.

61. Zl. P 2234; 358/2011 vom 21. Feber 2011

Zuteilung von Mag. Tatjana Hochhauser als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Peggau

Mag. Tatjana Hochhauser wurde gemäß § 7 Abs. 1 und 2 OdgA mit Wirkung vom 1. März 2011 Lehrpfarrerin Mag. Karin Engele als Lehrvikarin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Peggau zur Dienstleistung zugeteilt.

62. Zl. A 03 a; 556/2011 vom 18. März 2011

Homepage der Stelle Kirchliche Partnerschaft

Die seit 1. Jänner 2011 eingerichtete Stelle **Kirchliche Partnerschaft** (Partnerschaft der Evangelischen Kirche A. u. H. B. mit der Presbyterian Church of Ghana) ist ab sofort unter nachstehender Homepage zu erreichen:

www.evang.at/ghana

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 2. Mai 2011 | 4. Stück

63. Kirchenverfassung; Verfügung mit einstweiliger Geltung

64. Gemeindevertretungswahlen 2011: Aktuelle Fragen

65. Kollektenaufruf der Evangelischen Frauenarbeit in Österreich für den Sonntag Jubilate — 15. Mai 2011

66. Kollektenaufruf zum Sonntag Kantate, 22. Mai 2011, für Kirchenmusik

67. Kirchenmusik — Kernliederliste (Anlage Flyer)

68. Vereinbarung über die Japanische Evangelische Gemeinde in Wien; Änderung

69. Wiederbestellung von Mag. Marco Uschmann zum Dienst eines Pfarrers für Öffentlichkeitsarbeit

70. Verabschiedung aus einem kirchlichen Dienst

71. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis März 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

72. Rücktritt von Landeskurator HR Dr. Horst Lattinger

73. Wiederwahl von MMag. Hermann Miklas zum Superintendenten der Evangelischen Superintendenz A. B. Steiermark

74. Wahl der Superintendentin/des Superintendenten der Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol

75. Evangelische Superintendenz A. B. Wien: Nachwahl des Stellvertreters der Superintendentialkuratorin

76. Evangelische Pfarrgemeinde A. und H. B. Mistelbach; Wechsel der Superintendenz

77. Ausschreibung (zweite) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach

78. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle „Gefängnisseelsorge“ (50 Prozent) und „Diasporaseelsorge“ (50 Prozent) in der Diözese A. B. Niederösterreich

79. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klosterneuburg

80. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bad Vöslau

81. Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk

82. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rutzenmoos

83. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Kitzbühel

84. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach

85. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf

86. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz

87. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle des Evangelischen Gemeindeverbandes Feldbach — Bad Radkersburg

88. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Liesing

89. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle an der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Alsergrund MESSIASKAPELLE

90. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Christuskirche

91. Einberufung der Synode H. B.

Motivenbericht

Kirchenverfassung; Verfügung mit einstweiliger Geltung

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

Verordnung des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

63. Zl. G 09; 854/2011 vom 11. April 2011

Kirchenverfassung; Verfügung mit einstweiliger Geltung

Mit Zustimmung des Synodalausschusses A. B. vom 31. März 2011 wird die Kirchenverfassung mit

Verfügung mit einstweiliger Geltung

(Motivenbericht siehe Seite 69)

wie folgt ergänzt:

Artikel 92 KV:

Dem Absatz 2 ist anzufügen:

„Scheidet der Landeskurator oder die Landeskuratorin vor Ablauf der Amtsperiode aus dem Amt, hat der Synodalausschuss A. B. die Wahl eines Landeskurators oder einer Landeskuratorin für den Rest der Amtsperiode unverzüglich in die Wege zu leiten; falls der Landeskurator oder die Landeskuratorin innerhalb des letzten vollen Jahres der Amtsperiode aus dem Amt scheidet, entfällt die Nachwahl. Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin (Artikel 94 Abs 1) übernimmt alle Rechte und Pflichten des Amtes; Artikel 94 Abs 2 findet im Bedarfsfalle Anwendung. Dafür ist die Zustimmung des Synodalausschusses A. B. einzuholen."

Artikel 93 KV:

Dem Artikel 93 ist als Absatz 8 anzufügen:

„Scheidet ein weltlicher Oberkirchenrat oder eine weltliche Oberkirchenrätin vor Ablauf der Amtsperiode aus dem Amt, hat der Synodalausschuss A. B. die Wahl eines weltlichen Oberkirchenrates oder einer weltlichen Oberkirchenrätin für den Rest der Amtsperiode unverzüglich in die Wege zu leiten; falls der weltliche Oberkirchenrat oder die weltliche Oberkirchenrätin innerhalb des letzten vollen Jahres der Amtsperiode aus dem Amt scheidet, entfällt die Nachwahl, wenn ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin gewählt worden war. Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin übernimmt alle Rechte und Pflichten des Amtes; Artikel 94 Abs 2 findet im Bedarfsfalle Anwendung. Dafür ist die Zustimmung des Synodalausschusses A. B. einzuholen."

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

64. Zl. GD 001; 888/2011 vom 15. April 2011

Gemeindevertretungswahlen 2011: Aktuelle Fragen

1. Kooptierung von ExpertInnen in die Gemeindevertretung

Gemäß Art. 39 Abs. 1 Z. 13 KV gehört zum Wirkungskreis der Gemeindevertretung

„die Wahl von bis zu drei von der Gemeindevertretung berufenen, insbesondere fachlich qualifizierten Mitgliedern der Pfarrgemeinde, die alle Voraussetzungen für die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung erfüllen."

Die Kooptierung (Ergänzungswahl) von höchstens drei ExpertInnen ist

a) erst nach erfolgter Konstituierung der neu gewählten Gemeindevertretung möglich und
b) auch während der gesamten Funktionsperiode der Gemeindevertretung zulässig.
c) Die Kooptierung führt die neu gewählte Gemeindevertretung durch.

Es können nur jene Personen in die Gemeindevertretung kooptiert werden, die die Voraussetzungen für die passive Wahlberechtigung (siehe „Leitfaden für die Gemeindevertretungswahlen 2011", Seite 10) erfüllen. Die gemäß Art. 39 Abs. 1 Z. 13 KV von der Gemeindevertretung berufenen Mitglieder der Pfarrgemeinde, d. h. die kooptierten ExpertInnen, gehören laut Art. 35 Abs. 1 Z. 5 KV kraft ihres Amtes und somit zusätzlich der Gemeindevertretung an und sind zu unterscheiden von jenen GemeindevertreterInnen, die bei den Gemeindevertretungswahlen von den Mitgliedern der Pfarr- oder Teilgemeinde gewählt wurden. Die Anzahl der in der Gemeindeordnung oder von der Gemeindevertretung festgelegten GemeindevertreterInnen wird durch diese kooptierten ExpertInnen nicht berührt. Sie sind in der Gemeindevertretung stimmberechtigt.

2. Weitere fachlich qualifizierte Mitglieder der Pfarr- und Teilgemeinde

Unabhängig von Punkt 1 sind fachlich qualifizierte Mitglieder der Pfarr- und Teilgemeinde, die laut Art. 39 Abs. 2 KV zur Berichterstattung und Beratung bloß beigezogen werden. Sie werden nicht in die Gemeindevertretung gewählt, gehören nicht der Gemeindevertretung an und sind daher in der Gemeindevertretung nicht stimmberechtigt.

3. Berufung von Mitgliedern der Pfarrgemeinde in die Gemeindevertretung

Scheiden im Laufe der Funktionsperiode der Gemeindevertretung gewählte GemeindevertreterInnen aus der Gemeindevertretung aus, sollten die leeren Plätze in der Gemeindevertretung wieder aufgefüllt werden. Anstelle der früheren Regelung, dass gewählte Ersatzleute nachrücken, werden leere Plätze in der Gemeindevertretung nun durch die Berufung von passiv wahlberechtigten Mitgliedern der Pfarrgemeinde in die Gemeindevertretung aufgefüllt. Die Berufung erfolgt durch die Gemeindevertretung. Der Beschluss erfordert 2/3-Mehrheit.

Die in Art. 34 Abs. 2 KV festgelegte Mindestgrenze bezüglich der Anzahl von GemeindevertreterInnen in der Gemeindevertretung darauf auf keinen Fall unterschritten werden! In diesem Fall muss die Gemeindevertretung

durch einen Beschluss mit 2/3-Mehrheit passiv wahlberechtigte Mitglieder der Pfarrgemeinde in der entsprechenden Anzahl in die Gemeindevertretung berufen. (Art. 34 Abs. 5 KV)

Es ist zu beachten, dass die Anzahl der derart berufenen Mitglieder der Gemeindevertretung insgesamt nicht mehr als ein Drittel der GemeindevertreterInnen beträgt. (Art. 34 Abs. 5 KV)

4. Nachwahl von GemeindevertreterInnen

Übersteigt jedoch die Anzahl der Berufenen ein Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung, so muss eine Nachwahl durch die Mitglieder der Pfarrgemeinde nach den Regeln der Gemeindevertretungswahlen durchgeführt werden. (Art. 34 Abs. 5 KV)

Pfarrgemeinden über 1000 Mitglieder:

Mindestgrenze 20,
Obergrenze 50 GemeindeverteterInnen

Gewählte GemeindevertreterInnen	Ausgeschiedene GemeindevertreterInnen	Berufung/Wahl
25	6	Berufung (6 x 3 = 18)
26	7	Berufung
27	8	Berufung
28	9	Berufung (9 x 3 = 27)
29	10	Wahl (10 x 3 = 30)

Wenn aus einer Gemeindevertretung, die laut Gemeindeordnung 29 GemeindevertreterInnen umfassen muss, 10 Personen ausscheiden (die Mindestgrenze wird unterschritten!) und daher 10 freie Plätze wiederbesetzt werden müssen, ist eine Nachwahl durch die Mitglieder der Pfarrgemeinde durchzuführen, da die Anzahl der Berufenen ein Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung überschreiten würde.

Pfarrgemeinden unter 1000 Mitglieder:

Mindestgrenze 12,
Obergrenze 25 GemeindevertreterInnen

Gewählte GemeindevertreterInnen	Ausgeschiedene GemeindevertreterInnen	Berufung/Wahl
13	2	Berufung (2 x 3 = 6)
14	3	Berufung
15	4	Berufung
16	5	Berufung (5 x 3 = 15)
17	6	Wahl (6 x 3 = 18)

Wenn aus einer Gemeindevertretung, die laut Gemeindeordnung 17 GemeindevertreterInnen umfassen muss, 6 Personen ausscheiden (die Mindestgrenze wird unterschritten!) und daher 6 freie Plätze wiederbesetzt werden müssen, ist eine Nachwahl durch die Mitglieder der Pfarrgemeinde durchzuführen, da die Anzahl der Berufenen ein Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung überschreiten würde.

5. Bestellung und Bestätigung von LektorInnen der Pfarrgemeinde

Der Vorgang der Bestellung und Bestätigung von LektorInnen der Pfarrgemeinde hat nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Gemeindevertretungswahl, wie es fälschlicherweise im „Leitfaden für die Gemeindevertretungswahlen 2011“ vermerkt wurde, stattzufinden, sondern innerhalb von sechs Monaten, da die Amtszeit eines Lektors/einer Lektorin bis zu einem halben Jahr nach Ende der jeweiligen Amtsperiode des Presbyteriums einer Pfarrgemeinde gilt (§ 5 Z. 3 Lektorenordnung). Es wird jedoch angesichts der Befassung verschiedener Gremien in diesem Zusammenhang und auch im Sinne der betroffenen LektorInnen empfohlen, dass die Berufung des Lektors/der Lektorin durch das neu gewählte Pfarrgemeindepresbyterium nicht erst gegen Ende der Amtszeit des Lektors/der Lektorin erfolgt.

HINWEIS: Auf der Homepage www.evang.at/kirche/wahlen/aktuelles/ finden Sie demnächst den aktualisierten und ergänzten „Leitfaden für die Gemeindevertretungswahlen 2011“ (2. Auflage)!

65. Zl. KOL 07; 830/2011 vom 7. April 2011

Kollektenaufruf der Evangelischen Frauenarbeit in Österreich für den Sonntag Jubilate — 15. Mai 2011

2011 hat die Evangelische Kirche in Österreich — angeregt durch das europäische Jahr der Freiwilligenarbeit — zum **„Jahr des Ehrenamtes“** erklärt.

Die Evangelische Frauenarbeit in Österreich lebt seit ihrer Gründung vor über 70 Jahren von der Arbeit und dem Engagement der Ehrenamtlichen. Wir wissen: Für viele Frauen steht die Sorge um andere — Kinder, Eltern, Partner, Verwandte und auch das Wohl der Kirche oft mehr im Mittelpunkt ihres Lebens als die Sorge um sich selbst.

Dass sich Frauen aber selbst ernst nehmen lernen, ihre Bedürfnisse nicht immer hinter den Wünschen und Bedürfnissen anderer zurückstecken, dafür setzt sich die Evangelische Frauenarbeit in Österreich ein. Sie fördert auf verschiedenen Ebenen Mitarbeiterinnen in unseren evangelischen Gemeinden:

- bei Österreich weiten Konferenzen, diözesanen Frauentagen und Multiplikatorinnentreffen,
- durch Angebot und Förderung von Kursen der „Freiwilligen-Akademie“ — von Projektmanagement bis Persönlichkeitsentwicklung,
- durch die Mitarbeit in der Gleichstellungskommission unserer Kirchen und die Stärkung von Frauen in kirchlichen Gremien,
- in der Publikation der Zeitschrift *efa,* wo Themen aus Alltag und Theologie aufgenommen und praktische Anregungen für Frauengruppen angeboten werden,
- im Sichtbarmachen der ehrenamtlichen Arbeit, die auch in unseren Kirchen immer noch mehrheitlich von Frauen geleistet und deren Umfang unterschätzt wird.

> Kompetenz von Frauen ist gefragt. Im Jahr 2011 werden wir mit einer zweijährigen Aus- und Fortbildung für Leiterinnen von Frauenkreisen beginnen und diese Kompetenzen ausbauen.

Bitte unterstützen Sie heute am Sonntag Jubilate mit Ihrer Kollekte die Arbeit der Frauen in unserer Kirche.
Vielen Dank!

Evangelische Frauenarbeit in Österreich, 1180 Wien, Blumengasse 4/6
Tel. (01) 408 96 05 — frauenarbeit.oe@evang.at
Bankverbindung: PSK 7277.544, BLZ 60.000

66. Zl. KOL 26; 861/2011 vom 13. April 2011

Kollektenaufruf zum Sonntag Kantate, 22. Mai 2011, für Kirchenmusik

„Eine qualitätvolle und vielgestaltige Kirchenmusik ist als ein wesentliches Kennzeichen der evangelischen Kirche in ihrer missionarischen und kulturellen Bedeutung für die Zukunft kaum zu überschätzen“ — so formuliert es das von der Generalsynode letzten Herbst angenommene Grundsatzpapier „Kirche lebt und liebt Musik“. Zugleich ermutigt die Synode „alle Presbyterien, verstärkt auf qualitätvolle Aus-, Fort- und Weiterbildung der Kirchenmusiker und Kirchenmusikerinnen zu achten.“

Viele solcher Angebote wurden und werden durch Ihre Gaben ermöglicht:

- Weiterbildungen wie z. B. die Werkwoche für Kirchenmusik, aktuell auch verstärkt im Bereich populärer Musikstile und Singen mit Kindern,
- Förderung des Singens, z. B. durch Familiensingfreizeit, Chortreffen, Förderung von Kindersinggruppen, Ausstattung mit Literatur usw.,
- Unterstützungen für Einzelprojekte, Musik in Gottesdiensten u. a.,
- Vernetzungen, Austausch, Informationsangebote, Anschaffung von Fachliteratur usw.

Dafür danken wir herzlich und bitten um Ihre Unterstützung der weiteren Arbeit des Amtes für Kirchenmusik und des Verbandes für Kirchenmusik in Österreich (VEKÖ) ganz im Sinne des Synodenpapiers:

- Profil zeigen/Qualität wollen,
- Pluralität zulassen und fördern,
- Traditionen pflegen,
- Menschen einladen/Gemeinschaft stärken,
- Begabungen fördern — Ehrenamtliche stärken.

Ein großer Dank gilt den Gemeinden, die mit ihrer heutigen Gabe diese Arbeit ermöglichen und unterstützen.

Landeskantor Mag. Krampe

67. Zl. A 13; 866/2011 vom 13. April 2011

Kirchenmusik — Kernliederliste (Anlage Flyer)

Das gemeinsame Singen im Gottesdienst und darüber hinaus ist ein großer Schatz der Evangelischen Kirchen. Die Vereinzelung in unterschiedlichste Musik- und Hörmilieus erschwert aber zunehmend diese Gemeinsamkeit. Die Generalsynode vom Herbst 2010 empfiehlt eine Kernliederliste, die dazu beitragen möge, einen Grundbestand an vertrauten Liedern, in die alle gemeinsam einstimmen können, zu sichern. Wir hoffen damit für die verschiedensten Bereiche der Gemeindearbeit eine hilfreiche Empfehlung von Liedern an die Hand geben zu können.

Weitere Flyer können bestellt werden beim:
Amt für Kirchenmusik, Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien; Mail: r.pontus@evang.at

68. Zl. GD 422; 43/2011 vom 13. Jänner 2011

Vereinbarung über die Japanische Evangelische Gemeinde in Wien; Änderung

Laut den Beschlüssen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. am 3. November 2009 und der Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung vom 31. März 2011 und Zustimmung der Japan Antioch Mission wird die Vereinbarung über die Japanische Evangelische Gemeinde in Wien (Amtsblatt Nr. 227/2002) in Punkt 2 wie folgt geändert:

2. Für die *Japanische Evangelische Gemeinde Wien* sowie für die aus Japan stammenden oder japanisch sprechenden Mitglieder der Gemeinde gilt die kirchliche Rechtsordnung der Evangelischen Kirche A. und H. B. mit Ausnahme der Kirchenbeitrags- und Finanzausgleichsordnung (KbFaO).

2. The legal provisions of the Evangelical Church in Austria with the exception of the by-laws concerning the church rate and financial compensation (Kirchenbeitrags- und Finanzausgleichsordnung, KbFaO) apply to the Japanese Evangelical Congregation in Vienna and its members who come from Japan or speak Japanese.

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

69. Zl. P 2001; 669/2011 vom 4. April 2011

Wiederbestellung von Mag. Marco Uschmann zum Dienst eines Pfarrers für Öffentlichkeitsarbeit

Mag. Marco Uschmann wird gemäß Art. 23 Abs. 4 KV bzw. OdgA § 31 Abs. 2 zum Dienst eines Pfarrers für Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Kirche in Österreich wiederbestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2017 in diesem Amt bestätigt.

Beschluss der 3. Session der 12. Synode A. B.

70. Zl. SYN 2; 442/2011 vom 1. März 2011

Verabschiedung aus einem kirchlichen Dienst

Nachtrag: Beschluss der 3. Session der 12. Synode A. B.

Die Synode hat mit einer 2/3 Mehrheit folgende Liturgie zur Verabschiedung aus einem kirchlichen Dienst angenommen:

VERABSCHIEDUNG AUS EINEM KIRCHLICHEN DIENST

Diese Liturgie kann für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Neben- und Ehrenamt, aber auch im Hauptamt gebraucht werden.

ÜBERSICHT

ERÖFFNUNG UND ANRUFUNG
Musik [zum Einzug]
Gruß und Begrüßung
Anrufungen
Tagesgebet

VERKÜNDIGUNG UND BEKENNTNIS
Schriftlesungen und Gesänge
Predigt
Gesang — Musik — Stille
Glaubensbekenntnis
Votum und Anrede
Gebet
[Liedstrophe]
Entpflichtung
Segensgebet
Segnung
[Überreichung eines Zeichens des Dankes]

Fortsetzung nach Liturgie I oder II

LITURGIE

ERÖFFNUNG UND ANRUFUNG

Während der Musik zum Eingang ziehen Pfarrer/Pfarrerin, Presbyterium und die oder der zu Verabschiedende ein. Bei der Verabschiedung eines Presbyteriums soll auf jeden Fall ein Einzug stattfinden.

- GRUSS UND BEGRÜSSUNG

Nach dem liturgischen Gruß zu Beginn des Gottesdienstes gilt ein besonderer Gruß der zu verabschiedenden Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter, und die Gemeinde wird mit freien Worten auf den Abschied in diesem Gottesdienst vorbereitet.

Es folgen Anrufungen und Tagesgebet.

VERKÜNDIGUNG UND BEKENNTNIS

Nach Schriftlesungen und Gesängen, Predigt, Lied – Musik – Stille und dem Glaubensbekenntnis (Liturgie I) bzw. Predigt und Lied (Liturgie II) tritt die Pfarrerin/der Pfarrer zum Altar. Die/Der Abschiednehmende wird von einigen Mitgliedern des Presbyteriums und/oder Gemeindegliedern, mit denen sie/er zusammengearbeitet hat, ebenfalls zum Altar begleitet. Sie stellen sich dort im Halbkreis auf.

• VOTUM UND ANREDE

Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserm Vater,
und dem Herrn Jesus Christus.
oder ein anderer apostolischer Gruß

Ehrenamtliche (z. B. aus dem Presbyterium) und/oder Pfarrerin/Pfarrer:
Liebe/Lieber N. N.,
es ist heute . . . Jahre her, dass du/Sie die Aufgabe als (Funktionsbezeichnung) **übernommen hast/haben.**

Mit persönlichen Worten soll nun an den Anfang erinnert werden, und der Weg mit einigen Stationen und Erfahrungen von damals bis heute soll in den Blick kommen. Die Anrede erfolgt auf jeden Fall situationsbezogen mit freien Worten, z. B.:

Es war eine reiche Zeit mit dir/Ihnen. Wir haben viel miteinander erlebt und voneinander gelernt.
Es folgen ausgewählte Beispiele.

Im Namen des Presbyteriums danke ich dir/Ihnen dafür, dass du/Sie einen Teil deiner/Ihrer Lebenszeit, Begabung und Kraft unserer Pfarrgemeinde (unserer Kirche) **geschenkt hast/haben.**
Dadurch ist unsere Gemeinde auch von dir/Ihnen mit geprägt worden.

Es ist gut, ehrenamtlich Verantwortung
für eine gewisse Zeit zu übernehmen,
immer wieder einmal zu prüfen,
ob die über-nommene Aufgabe noch zu leisten ist,
und dann auch Abschied von dieser Arbeit zu nehmen.

Nun ist die Zeit gekommen,
Abschied von dieser Arbeit
zu nehmen.

Ein Abschied macht frei, aber Abschied kann auch schmerzen. Wir wollen heute beides im Blick haben. Manches möchten wir am liebsten festhalten, manches Schwierige vergessen.

Gott hilft uns, anzunehmen und loszulassen. Gott trägt uns durch den Abschied hindurch. Zu ihm lasst uns beten:

• GEBET

Barmherziger Gott,
[du bist bei uns am Anfang und am Ende;]
Wenn wir dich rufen, hörst du uns.
Wenn wir stumm sind, sprichst du zu uns.
Was uns weh tut, nimmst du sanft in deine Hand.
Jeden Tag aufs Neue stärkst du unsere Herzen.
So können wir füreinander da sein und als deine Gemeinde dir dienen,
durch Jesus Christus, deinen Sohn.

oder:

Gütiger Gott, du segnest uns im Auf und Ab der Zeit.
Du lässt Gutes wachsen in unserer Mitte.
Du achtest auch auf das, was im Verborgenen geschieht.
Du öffnest unsere Augen für die Weite des Himmels und
weckst Hoffnung auf dich, wenn wir Ausschau halten nach unserem Weg.
Bleibe bei uns — alle Tage und in Ewigkeit.

oder:

Treuer Gott,
du beschenkst deine Gemeinde mit vielen guten Gaben
und weckst in uns die Bereitschaft, dir damit zu dienen und einander zu helfen.
Wir danken dir für alles, was du durch N. N. in unserer Mitte gewirkt hast,
und für die Gemeinschaft, in der das geschehen ist.
Nun bitten wir: Lass sie/ihn spüren,
wie viel [Freude und Dankbarkeit] ihr/sein Einsatz gebracht hat.
Weil du barmherzig bist, hilfst du ihr/ihm, mit sich selbst barmherzig zu sein,
wenn ihr/ihm Fehler oder Unterlassungen einfallen.
Vergib uns, was wir gegenüber N. N. versäumt haben.
[Gott, wir bitten dich für ihre/seine Familie/Partnerin/ihren/seinen Partner/ihre/seine Freunde/Freundinnen:
Lass die Geduld und Zeit, die sie für das Ehrenamt von N. N. aufgebracht haben,
im gemeinsamen Leben Früchte tragen.]

Gib ihr/ihm nun Kraft und frischen Mut für alles, was auf sie/ihn zukommt.
Schenke ihr/ihm weiterhin gute Erfahrungen
Mit dir und den Menschen in der Gemeinde.

Gott, wir bitten dich für uns alle:
Bleibe bei uns in den Abschieden unseres Lebens
und segne uns den neuen Anfang,
den du gibst in Jesus Christus, jetzt und alle Zeit und in Ewigkeit.

Gemeinde: Amen.

- [LIEDSTROPHE]

- ENTPFLICHTUNG

N. N., heute endet dein Dienst als
(Funktionsbezeichnung)
in unserer Gemeinde/Kirche.

Die Gemeinde entbindet dich von dem Auftrag
und allen damit verbundenen Aufgaben
und Pflichten.

[Davon bist du nun frei.]

Wir danken dir.

[Gott segne, was du in seinem Namen getan hast.
Er wende zum Guten, was nicht gelungen ist,
und vollende, was du begonnen hast.

Sein Friede sei mit dir.]

N. N., heute endet Ihr Dienst als
(Funktionsbezeichnung)
in unserer Gemeinde/Kirche.

Die Gemeinde entbindet Sie von dem Auftrag
und allen damit verbundenen Aufgaben
und Pflichten.

[Davon sind Sie nun frei.]

Wir danken Ihnen.

[Gott segne, was Sie in seinem Namen getan haben.
Er wende zum Guten, was nicht gelungen ist,
und vollende, was Sie begonnen haben.

Sein Friede sei mit Ihnen.]

- SEGNUNG

Die assistierenden haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen nacheinander einen biblischen Zuspruch oder Segenswünsche in freien Worten. Zum Schluss spricht die Pfarrerin/der Pfarrer einen Segen — je nach Wunsch des/der Verabschiedeten — mit Handauflegung durch eine/einen oder alle:

Gott helfe dir loszulassen, was loszulassen ist.
Gott bewahre in dir die guten und die beschwerlichen Erfahrungen deines Dienstes.
Gott begleite dich auf dem Weg, der vor dir liegt, und lasse dein Vertrauen wachsen.
So segne dich der barmherzige Gott, + der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

oder (besonders, wenn Ehepartnerin/-partner in der Segnung einbezogen wird):

Unser Gott segne dich/euch den Blick zurück und den Schritt nach vorn.
Er bewahre in dir/euch die Erfahrungen an diesem Ort.
Gott begleite dich/euch auf dem Weg, der vor dir/euch liegt,
und lasse dein/euer Vertrauen zu ihm wachsen.
So segne dich/euch der barmherzige Gott,
+ der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

Verabschiedete/Verabschiedeter und Assistierende: Amen.

- [ÜBERREICHUNG EINES ZEICHENS DES DANKES]

Die oder der Vorsitzende des Presbyteriums überreicht ein Geschenk als Zeichen des Dankes der Gemeinde und der Erinnerung an die Arbeit an diesem Ort, falls nicht anschließend ein besonderer Empfang im Gemeindehaus bzw. Gemeindesaal vorgesehen ist, bei dem dann auch Grußworte und weitere Erinnerungen ihren Platz haben.

Danach gehen alle zu ihren Plätzen zurück. Die Gemeinde singt ein Lied (z. B. EG 395).

Der Gottesdienst wird nach der Liturgie I oder II fortgeführt.

- SEGNUNG

Die assistierenden haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen nacheinander einen biblischen Zuspruch oder Segenswünsche in freien Worten. Zum Schluss spricht die Pfarrerin/der Pfarrer einen Segen — je nach Wunsch des/der Verabschiedeten — mit Handauflegung durch eine/einen oder alle:

Gott helfe dir loszulassen, was loszulassen ist.
Gott bewahre in dir die guten und die beschwerlichen Erfahrungen deines Dienstes.
Gott begleite dich auf dem Weg, der vor dir liegt, und lasse dein Vertrauen wachsen.
So segne dich der barmherzige Gott, + der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

oder (besonders, wenn Ehepartnerin/-partner in der Segnung einbezogen wird):

Unser Gott segne dich/euch den Blick zurück und den Schritt nach vorn.
Er bewahre in dir/euch die Erfahrungen an diesem Ort.
Gott begleite dich/euch auf dem Weg, der vor dir/euch liegt,
und lasse dein/euer Vertrauen zu ihm wachsen.
So segne dich/euch der barmherzige Gott,
+ der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

Verabschiedete/Verabschiedeter und Assistierende: Amen.

- [ÜBERREICHUNG EINES ZEICHENS DES DANKES]

Die oder der Vorsitzende des Presbyteriums überreicht ein Geschenk als Zeichen des Dankes der Gemeinde und der Erinnerung an die Arbeit an diesem Ort, falls nicht anschließend ein besonderer Empfang im Gemeindehaus bzw. Gemeindesaal vorgesehen ist, bei dem dann auch Grußworte und weitere Erinnerungen ihren Platz haben.

Danach gehen alle zu ihren Plätzen zurück. Die Gemeinde singt ein Lied (z. B. EG 395).

Der Gottesdienst wird nach der Liturgie I oder II fortgeführt.

71. Zl. KB 06; 905/2011 vom 29. April 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis März 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	123.450,82	103.646,15
Kärnten	142.647,32	125.443,79
Niederösterreich . .	258.166,83	255.922,05
Oberösterreich . . .	279.126,85	192.642,78
Salzburg-Tirol . . .	165.645,69	104.413,14
Steiermark	347.483,66	307.681,06
Wien	1,061.831,52	945.755,50
	2,378.352,69	**2,035.504,47**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 16,84% (2,035.504,47)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 19,40% (1,991.874,41)

Für die KB-Statistik werden die auf den Konten der Evangelischen Kirche A. B. eingelangten Kirchenbeiträge berücksichtigt. Davon abweichend wurden bis Ende 2010 die vom Wiener Verband eingehobenen Kirchenbeiträge bereits mit der Gutschrift auf einem Konto des Wiener Verbands berücksichtigt.

Diese Abweichung wurde ab 2011 beseitigt und zur besseren Vergleichbarkeit die Vorjahresdaten angepasst.

72. Zl. PRÄS 02 a; 853/2011 vom 12. April 2011

Rücktritt von Landeskurator HR Dr. Horst Lattinger

Landeskurator HR Dr. Horst Lattinger ist aus gesundheitlichen Gründen mit Wirkung vom 31. März 2011 von seinem Amt als Landeskurator zurückgetreten. Seine Nachfolgerin im Amt des Landeskurators bzw. der Landeskuratorin ist die bisherige Landeskurator-Stellvertreterin Gerhild Herrgesell.

73. Zl. P 1343; 926/2011 vom 27. April 2011

Wiederwahl von MMag. Hermann Miklas zum Superintendenten der Evangelischen Superintendenz A. B. Steiermark

Die Superintendentialversammlung der Evangelischen Superintendenz A. B. Steiermark hat am 19. März 2011 gemäß Artikel 63 KV MMag. Hermann Miklas zum Superintendenten wiedergewählt. Anfechtungen der Wahl erfolgten nicht. Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. hat die Wahl bestätigt. Herr MMag. Hermann Miklas wird per 1. September 2011 die zweite Periode seines Dienstes antreten.

74. Zl. SUP 05; 923/2011 vom 27. April 2011

Wahl der Superintendentin/des Superintendenten der Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol

Zufolge des von Superintendentin Mag. Luise Müller zum 1. September 2012 beabsichtigten Pensionsantritts ist in der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol mit 1. September 2012 das Amt der Superintendentin/des Superintendenten neu zu besetzen. Der Superintendentialausschuss der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol hat den Termin für die Wahl des Superintendenten/der Superintendentin der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol mit

Samstag, 12. November 2011, Beginn 9.30 Uhr,
in der Auferstehungskirche der Evangelischen
Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Süd,
Dr.-Adolf-Altmann-Straße 10, 5020 Salzburg,

festgesetzt.

Gemäß § 31 Abs 4 der Wahlordnung, ABl. Nr. 243/1992 in der geltenden Fassung und im Hinblick auf den Wahltermin beginnt die für die Einreichung von Zweiervorschlägen durch die Pfarrgemeinde-Presbyterien der Superintendenz beim Bischof vorgesehene Frist am 20. August 2011 und endet am 17. September 2011. Dem Bischof steht seinerseits das Recht zu, einen Zweiervorschlag hinzuzufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Sitz der Superintendentur der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol, Rennweg 13, 6020 Innsbruck, ist und sich am Ort der Superintendentur eine Dienstwohnung für die Superintendentin/den Superintendenten im Ausmaß von 146 m² befindet. Für Anfragen steht Dr. Eckart Fussenegger, Superintendentialkurator, unter Tel. (0662) 88 13 67, oder E-Mail e.fussenegger@fhanwaelte.at zur Verfügung.

75. Zl. SUP 07; 894/2011 vom 15. April 2011

Evangelische Superintendenz A. B. Wien: Nachwahl des Stellvertreters der Superintendentialkuratorin

Die Superintendentialversammlung der Evangelischen Superintendenz A. B. Wien hat am 9. April 2011 nach dem Rücktritt von RA Mag. Ewald Scheucher

Herrn Kurator Dkfm. Harald Lyon,
Hietzinger Hauptstraße 152–154/6/1, 1130 Wien

zum Stellvertreter der Superintendentialkuratorin nachgewählt.

76. Zl. GD 225; 915/2011 vom 26. April 2011

Evangelische Pfarrgemeinde A. und H. B. Mistelbach; Wechsel der Superintendenz

Dem Antrag der Evangelischen Pfarrgemeinde A. und H. B. Mistelbach vom 23. September 2010 auf Wechsel von der Superintendenz A. B. Wien zur Superintendenz A. B. Niederösterreich haben die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung zugestimmt und dies gemäß § 5 des Bundesgesetzes über Äußere Angelegenheiten der Evangelischen Kirche (Protestantengesetz) dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur angezeigt. Von diesem ist schriftlich bestätigt worden, dass die Anzeige am 23. Feber 2011 eingelangt und unter der Zahl GZ BMUKK-6.900/0003-KA/b/2011, registriert worden ist. Mit diesem Tage ist somit der Wechsel der Superintendenz rechtswirksam geworden.

77. Zl. GD 305; 553/2011 vom 18. März 2011

Ausschreibung (zweite) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach

Die Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach schreibt hiermit die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle zur Wahl aus.

Die Pfarrgemeinde Villach zählt etwa 5100 Mitglieder und umfasst den Großteil der Stadt Villach und die Gebiete zwischen Fürnitz und Maria Elend im Rosental.

In Zusammenarbeit mit den weiteren Pfarrern erwartet die Pfarrgemeinde:

- Die Feier von Gottesdiensten an Sonn- und Feiertagen in der Kirche im Stadtpark Villach, regelmäßig in den Außenstationen, sowie in Senioren- und Pflegeheimen.
- Die Durchführung von Amtshandlungen, die auf Grund der Größe der Pfarrgemeinde einen wesentlichen Arbeitsbereich ausmachen.
- Mitarbeit in der Konfirmandenarbeit, wofür die Begabung und Freude an der Arbeit mit großen Gruppen hilfreich ist.
- Die Setzung eigener Schwerpunkte nach den Bedürfnissen der Pfarrgemeinde und den eigenen Begabungen.
- Team- und Kommunikationsfähigkeit. Die Gemeinde erwartet eine gute Zusammenarbeit mit dem Presbyterium, der Gemeindevertretung, den weiteren Pfarrern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- Erteilung des Religionsunterrichtes im Ausmaß von acht Wochenstunden.

Wir bieten:

- Ein Team bestehend aus dem amtsführenden Pfarrer und einem Pfarrer mit voller Lehrverpflichtung.
- Ein eingespieltes hauptamtliches Team im Pfarramt, bestehend aus drei Mitarbeiterinnen in Sekretariat und Kirchenbeitrag, sowie einer Küsterin.
- Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Pfarrgemeinde. Ein Jugendreferent begleitet die Jugend- und Kinderarbeit der Pfarrgemeinde mit einem Team aus jugendlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- Eine professionelle Arbeitsumgebung mit einer guten Infrastruktur, welche die Vorbereitung und Durchführung auch aufwändiger Projekte ermöglicht bzw. erleichtert.
- Eine Dienstwohnung im Pfarrhaus (zirka 110 qm), welche eine gute Wohnqualität in ruhiger zentraler Lage bietet.

Wir freuen uns über Bewerbungen bis zum 20. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach, W.-Hohenheim-Straße 3, 9500 Villach, z. H. Kurator Dr. Eberhard Kohlmayr bzw. e.kohlmayr@aon.at.

78. Zl. S 11; 599/2011 vom 28. März 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle „Gefängnisseelsorge“ (50 Prozent) und „Diasporaseelsorge“ (50 Prozent) in der Diözese A. B. Niederösterreich

Die Evangelische Superintendentur A. B. Niederösterreich schreibt zur Besetzung mit 1. September 2011 die Pfarrstelle zur Betreuung von evangelischen Gefangenen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Justizanstalten der Diözese Niederösterreich (50 Prozent) sowie für Diasporaseelsorge (ebenfalls 50 Prozent) aus. Eine getrennte Besetzung ist möglich.

Schwerpunkte der Tätigkeit der Gefängnispfarrstelle

Die Arbeit in der Gefängnisseelsorge ist schwerpunktmäßig in den Justizanstalten Stein und Göllersdorf zu leisten, in den übrigen Justizanstalten Krems, St. Pölten, Sonnberg, Korneuburg, Hirtenberg, Wiener Neustadt, Gerasdorf und Schwarzau sind die dort tätigen nebenamtlichen Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu begleiten und zu betreuen.

Aufbau, Begleitung, Fortbildung und Betreuung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Justizanstalten auf dem Gebiet der Diözese Niederösterreich ist besonderes Augenmerk zu widmen.

Hauptdienstort ist die Justizanstalt Stein. Sowohl bei der seelsorgerlichen Betreuung als auch bei der Feier der Gottesdienste hat der/die Amtsinhaber/in die Zusammenarbeit mit dem/der jeweiligen Ortspfarrer/in zu pflegen.

Schwerpunkte der Tätigkeit der Diasporapfarrstelle sind:

Theologische Weiterbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seelsorgerlichen Arbeitsbereichen der Diözese Niederösterreich.

Begleitung von projektbezogenem Gemeindeaufbau.

Vorübergehender Einsatz in Krankheits- oder anderen Notfällen in der Gemeindearbeit und im Religionsunterricht in extremen Diasporagebieten.

Die Arbeitsschwerpunkte werden in Absprache mit dem Superintendentialausschuss gesetzt. Die Pfarrstelle ist der Evangelischen Superintendentur der Diözese A. B. Niederösterreich zugeordnet. Eine Dienstwohnung ist nicht vorhanden, die Wohnungskosten (in ortsüblicher Höhe) werden von der Superintendentur ersetzt.

Falls Sie an dieser innovativen und herausfordernden Arbeit Interesse haben, nehmen Sie bitte Kontakt mit Superintendent Mag. Paul Weiland, Julius-Raab-Promenade 18, 3100 St. Pölten, Tel. (02742) 733 11 oder 0699-1 88 77 301, E-Mail: noe@evang.at, auf.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 30. Mai 2011 an die Evangelische Superintendentur, Julius-Raab-Promenade 18, 3100 St. Pölten.

79. Zl. GD 360; 617/2011 vom 28. März 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Klosterneuburg

Präambel:

Nach Ablauf der zwölfjährigen Amtszeit ist gemäß Synodenbeschluss die Pfarrstelle zum Dienstantritt per 1. September 2012 neu zu besetzen.

Beschreibung der Pfarrstelle:

Die Evangelische Pfarrgemeinde Klosterneuburg umfasst das Gebiet der Stadtgemeinde Klosterneuburg inklusive der Ortsteile Weidling, Weidlingbach, Kierling, Maria Gugging, Kritzendorf und Höflein. Zur Betreuung gehören auch das Krankenhaus, Altenwohn- und Pflegeheime, das Rehab-Zentrum Weißer Hof mit zirka 2000 Betten sowie Schulen (VS, HS, BG/BRG und HBLA für Obst- und Weinbau).

Die Gemeinde zählt rund 1880 Seelen.

Es stehen zur Verfügung

das Pfarrhaus mit einer Dienstwohnung im 1. Stock, die Pfarrkanzlei, ein Gemeindesaal, drei Räume für Besprechungen und kleinere Veranstaltungen, eine Teeküche sowie ein großer Garten mit Abstellplatz für zwei Autos.

Die Gottesdienste und sonstige kulturelle Veranstaltungen finden in der 1995 erbauten Kirche statt, die Platz für maximal 150 Personen bietet, über Empore mit Orgel verfügt und durch einen Vorplatz mit dem unter Denkmalschutz stehenden Pfarrhaus verbunden ist.

In der Gemeinde sind drei Lektoren und eine Lektorin tätig, es bestehen verschiedene Arbeitskreise (Senioren, Chor, Alternativgottesdienst-Team, KiGo-Team usw.)

Weitere Informationen über das Gemeindeleben sind auch der homepage *www.evang-klosterneuburg.at* zu entnehmen.

Aufgaben:

Vorbereitung und Durchführung der Gottesdienste.

Erledigung aller üblichen Amtshandlungen wie Taufen, Hochzeiten, Beerdigungen, Konfirmationen.

Koordination und Mitgestaltung der verschiedenen Arbeitskreise.

Erledigung aller administrativen Arbeiten (wobei eine Kanzleikraft einmal wöchentlich ganztägig zur Verfügung steht).

Gute Kontakte zur Superintendentur und zur Kirchenleitung sowie zu den evangelischen Nachbargemeinden.

Seelsorgerliche Betreuung der örtlichen Pfadfindergruppe, der Freiwilligen Feuerwehr und Polizei.

Förderung der Ökumene durch Kontakte zu den katholischen Pfarrgemeinden vor Ort.

Öffentlichkeitsarbeit durch Kontakte zur Stadtgemeinde sowie zur Lokalpresse, Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung und Koordination von kirchlichen und kulturellen Veranstaltungen.

Religionsunterricht in den Schulen (Gymnasium, Obst- und Weinbauschule).

Seelsorgerliche Betreuung von Krankenhaus, Altenwohn- und Pflegeheimen sowie des Rehab-Zentrums.

Auf Grund der umfangreichen Aufgaben soll der Bewerber/die Bewerberin langjährige Erfahrung in der Führung einer Pfarrstelle haben.

Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer/Pfarrerin, der/die zusammen mit dem Ehepartner aktiv das Gemeindeleben initiativ, verständnisvoll, im ökumenischen Geist und kooperativ mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen leitet. Die Evangelische Gemeinde Klosterneuburg will offen und einladend sein und geistliche und kulturelle Eigenständigkeit in der vom Stift Klosterneuburg geprägten Stadt bewahren.

Schriftliche Bewerbungen sind bis 31. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Franz-Rumpler-Straße 14, 3400 Klosterneuburg, zu Handen Frau Kurator Dr. Christine Zippel, zu richten.

80. Zl. GD 308; 816/2011 vom 5. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bad Vöslau

Wegen Ablaufs der zwölfjährigen Amtsperiode des derzeitigen Stelleninhabers muss die Pfarrstelle — mit Dienstantritt 1. September 2012 — ausgeschrieben werden.

Die zirka 2200 Gemeindemitglieder umfassende Pfarrgemeinde erwartet von ihrer Pfarrerin/ihrem Pfarrer:

a) Regelmäßige Gottesdienste in Bad Vöslau, Leobersdorf und Teesdorf, sowie in den beiden Seniorenheimen in Bad Vöslau;
b) die Vorbereitung und Durchführung der seit Jahren üblichen, gut besuchten Familiengottesdienste;
c) auf den Religionsunterricht im Rahmen des Pflichtstundenausmaßes wird großer Wert gelegt;
d) intensive Seelsorge an den Gemeindemitgliedern aller Altersstufen;
e) Pflege der Jugendarbeit — vor allem unter den Konfirmanden und nachkonfirmierten Jugendlichen;
f) regelmäßige Besuchsdienste bei alten Menschen und zu besonderen Anlässen; die seelsorgerliche Betreuung der Senioren zweier Seniorenheime am Ort;

g) Besuchsdienst bei kranken Gemeindemitgliedern in den nahe gelegenen Krankenhäusern von Baden und Wiener Neustadt;
h) Offenheit für kirchenmusikalische Aktivitäten und Erwachsenenbildung;
i) Ökumenische Zusammenarbeit auf allen derzeit möglichen Gebieten.

Der Pfarrerin/dem Pfarrer stehen zur Seite:

1. zwei für Kanzleiarbeit und Kirchenbeitrag mit 20 Wochenstunden fixangestellte Sekretärinnen;
2. eine Religionslehrerin und ein Religionslehrer;
3. ehrenamtliche Mitarbeiter für:
   Kindergottesdienste
   Lektorendienst (4)
   Kirchenmusik (2 Organisten).

Der Pfarrerin/dem Pfarrer wird geboten:

Wohnung im Pfarrhaus mit sechs Zimmern, Küche, Terrasse, Veranda, Nebenräume und Garten.

Bewerbungen richten Sie bitte bis 31. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Bad Vöslau, Raulestraße 3–5, 2540 Bad Vöslau.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Kurator Erwin Reichstädter, Tel. 0664-1446719.

81. Zl. GD 393; 613/2011 vom 28. März 2011

Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk sucht per 1. September 2011 eine/n einsatzfreudige/n, teamorientierte/n Pfarrer/in, der/dem die Verkündigung des Evangeliums für unsere heutige Zeit ein Herzensanliegen ist.

Wir sind eine zirka 1500 Seelen zählende Gemeinde im Übergangsbereich von städtischer und ländlicher Bevölkerung (10 km östlich von Wels), das Gemeindegebiet umfasst die politischen Gemeinden Marchtrenk und Weißkirchen an der Traun.

In unserer Gemeinde gibt es viele Gruppen und Gremien (Gemeindevertretung, Presbyterium) mit zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern (Kindergottesdienst, Jungschar, Jugendkreis und Konfirmandenkreis, Seniorenkreis, Gesangsgruppen und Musikern für Orgel und Bands, Bibelstunde, Kirchenbeitragsstelle und Büro-Kanzlei [zehn und sechs Wochenstunden], Bauausschuss, Krankenbesuchs-Dienst usw.), denen eine teamorientierte Zusammenarbeit ein besonderes Anliegen ist.

Wir hoffen auf eine/n theologisch versierte/n Pfarrer/in, die/der Freude an ihrer/seiner Arbeit hat, insbesondere an der Verkündigung des Wortes Gottes, der Seelsorge und dem Erreichen von Menschen.

Im Besonderen denken wir an:

— Seelsorge in allen Altersbereichen und damit zusammenhängend Hausbesuche und zum Teil Krankenbesuche;
— Schulung, Zurüstung und Begleitung der Mitarbeiter;
— Gottesdienstgestaltung, auch gemeinsam mit den Gemeindegliedern und Gemeinde-Mitarbeitern;
— Fortführung der guten ökumenischen Kontakte an beiden Orten und mit der politischen Öffentlichkeit;
— gute Zusammenarbeit in unserem Arbeitskreis Gemeinde-Entwicklung;
— Religionsstunden im Ausmaß acht Wochenstunden.

Der/dem Bewerber/in steht eine Dienstwohnung mit etwa 100 qm zur Verfügung (fünf Räumen, plus Küche, WC und Vorzimmer), dazu zwei Kellerräume sowie ein zirka 400 qm großer Gartenbereich und eine eigene Garage.

Es besteht ein sehr gutes Einvernehmen im Presbyterium; wir freuen uns auf das gemeinsame Tragen der Aufgaben und der Verantwortung für unsere Gemeinde.

Bewerbungen richten Sie bitte bis zum 30. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde Marchtrenk zu Handen von Kurator Dipl.-Ing. Markus Nöttling, Bahnhofstraße 27, 4614 Marchtrenk.

Nähere Auskünfte erteilt Ihnen gerne:

Markus Nöttling, E-Mail: m.noettling@noettling-lj.at oder Tel. 0676-89 75 65-777.

82. Zl. GD 265; 614/2011 vom 28. März 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rutzenmoos

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Rutzenmoos muss gemäß Beschluss der Synode A. B. in Innsbruck 1999 zur Besetzung ab **1. September 2012** ausgeschrieben werden.

Wir sind:

1. eine rund 1550 evangelische Seelen zählende ländliche Toleranzgemeinde. Kirche und Pfarrhaus befinden sich in Rutzenmoos neben dem Evangelischen Museum.
2. eine Gemeinde mit verantwortungsbewussten Gremien (Gemeindevertretung, Presbyterium) und zahlreichen ehrenamtlichen aktiven Frauen und Männern, denen eine teamorientierte Zusammenarbeit mit dem/r Pfarrer/-in ein besonderes Anliegen ist.
3. eine Gemeinde, die hohen Wert auf Kinder- und Jugendarbeit legt und daher einen Jugendreferenten vom Missionswerk Neues Leben sowie eine Gemeindepädagogin engagiert hat. Auch die Erwachsenenbildung und Seniorenarbeit ist uns ein großes Anliegen.
4. eine Gemeinde, die einen Evangelischen Kindergarten mit acht Dienstnehmerinnen führt.

Wir erwarten:

1. eine/n Pfarrer/in mit Freude an seiner/ihrer Arbeit, dem/der eine biblische Verkündigung ein Herzensanliegen ist, dem/der ein missionarisches Anliegen

hat und die Gemeindeglieder in ihren verschiedenen Lebensphasen durch das Wort Gottes und Gebet begleitet.

2. Gottesdienst an jeden Sonn- und Feiertagen in der Kirche in Rutzenmoos sowie in der Predigtstelle in Attnang-Puchheim. Außerdem monatlicher Gottesdienst im Alten- und Pflegeheim Attnang-Puchheim, sowie die Durchführung der Kasualien. Unterstützung der monatlichen Lobpreisabende.
3. Betreuung und Unterweisung der Konfirmanden.
4. Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden.
5. Haus- und Krankenbesuche, Besuche im Bezirksaltenheim Attnang-Puchheim, Abhaltung von Passionsandachten, Durchführung von Winterbibelstunden in zahlreichen Bauernhäusern.
6. Gute Zusammenarbeit mit dem Jugendreferenten, Gemeindepädagogin sowie den ehrenamtlichen Mitarbeitern in den verschiedensten Gruppen und Kreisen.
7. Fortführung der guten Kontakte der Ökumene sowie Kontaktpflege mit der politischen Öffentlichkeit.

Wir bieten:

1. eine große Dienstwohnung im Pfarrhaus mit Gartenbenutzung sowie eigener Garage.
2. Hilfe und Unterstützung durch Presbyterium, drei Lektoren, Gemeindepädagogin, Jugendreferenten sowie zahlreiche Mitarbeiter.
3. Gute bestehende Struktur an Gruppen und Kreisen (Bildungswerk, Frauen-, Kinder-, Jugend- und Seniorenkreise, Mutter-Kind-Kreis, Hauskreise, Kirchenchor, Posaunenchor, Organisten, Lobpreisband, Gebetskreis) die von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Teams geleitet werden.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis spätestens 15. Juni 2011 an das Evangelische Pfarramt A. B. Rutzenmoos Nr. 3, 4845 Rutzenmoos.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:
Pfarrer Mag. Martin Rößler — Tel. (07672) 233 14,
Kuratorin Christine Kröpfel — Tel. (07672) 283 07.

83. Zl. GD 195; 603/2011 vom 28. März 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Kitzbühel

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Kitzbühel wird hiermit zur Besetzung ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde erstreckt sich auf den politischen Bezirk Kitzbühel mit Ausnahme der Gemeinden Hopfgarten, Kössen und Schwendt. Das Gemeindegebiet umfasst zirka 1000 km^2 mit derzeit 1133 Gemeindegliedern. In der Sommer- und Wintersaison erhöht sich diese Zahl durch die Gäste.

Gottesdienste sind an Sonn- und Feiertagen in der Christuskirche Kitzbühel mit der Gemeinde zu feiern, einmal monatlich in den Altenwohnheimen in Kitzbühel und St. Johann in Tirol. Während der Sommer- und Wintermonate sind zusätzlich Außenstellen zu betreuen. UrlaubsseelsorgerInnen werden vom Außenamt der EKD dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

Religionsunterricht ist an allgemein bildenden Pflichtschulen und höheren Schulen im Ausmaß von acht Wochenstunden zu halten. Zu betreuen sind PatientInnen im Krankenhaus St. Johann in Tirol.

Die Pfarrgemeinde ist diakonisch aktiv. Das Presbyterium, eine in zwölfstündigem Ausmaß beschäftigte Sacharbeiterin im Gemeindebüro und aufgeschlossene Ehrenamtliche engagieren sich in allen Gemeindebereichen.

Wir erwarten eine Pfarrerin oder einen Pfarrer, die/der die bestehenden Arbeiten weiterführt und die Gemeindeglieder zu sammeln und zur Mitarbeit anzuregen versteht.

Dem Pfarrer/der Pfarrerin steht eine abgeschlossene Wohnung im Obergeschoss des Pfarrhauses, bestehend aus fünf Räumen, nebst Küche und Bad, sowie einem Vorraum und einem großen Balkon zur Verfügung. Eine Garage und ein Gemeindeauto sind vorhanden. Zwischen Kirche und Pfarrhaus liegt ein Wiesengrundstück, das der Pfarrgemeinde gehört und gerne genützt werden kann.

Bewerbungen sind bis 1. Juli 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Kitzbühel zu richten, Ölberg 6, 6370 Kitzbühel, Tel. und Fax (05356) 644 04, E-Mail: kitzbuehel@evang.at.

Nähere Auskünfte erteilt Pfarrerin Mag. G. Hendrich, Tel. 0699-18877577, und Kurator Ing. P. Zimmermann, Tel. (05352) 614 51 oder 0676-885087014.

84. Zl. GD 398; 850/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Jenbach-Unterinntal wird für die Besetzung ab 1. September 2012 neu ausgeschrieben, da der derzeit diensthabende Pfarrer seit 14 Jahren im Amt ist.

Die Evangelische Pfarrgemeinde hat zirka 1150 Mitglieder, sie erstreckt sich über zirka fünfzig politische Gemeinden im Inntal von Wiesing bis Volders und schließt das Zillertal sowie das Achental mit ein.

Das Zentrum der Gemeinde bildet die 1964 erbaute Erlöserkirche in Jenbach mit zirka 120 Sitzplätzen. Ein Gemeindezentrum, welches einen Gemeindesaal, Büroräume, Sanitärbereich und die Dienstwohnung des Pfarrers enthält, ist unmittelbar angeschlossen.

Weitere Gebäude, die der Gemeinde gehören bzw. zur Verfügung stehen, sind auch die 1977 erbaute Christuskirche in Wattens sowie ein Gemeindezentrum in Schwaz mit Gottesdienstraum, Jugendräumen und einer Wohnung für Urlaubsseelsorger und die Evangelische Heiligkreuzkapelle in Pertisau.

Folgende Aufgaben sind mit der Pfarrstelle verbunden:

- Gottesdienste in Wattens und Jenbach an jedem Sonntag (Ausnahme: 1. Sonntag im Monat nur in Jenbach).
- Während der Sommermonate Gottesdienste in Mayrhofen, Fügen, Pertisau und zu besonderen Anlässen in Schwaz und Vorderlanersbach, wobei Unterstützung durch Lektoren und ggf. Urlaubsseelsorger erfolgt.
- Religionsunterricht in den höheren Schulen im Ausmaß von acht bis zehn Stunden.
- Gewinnung und Begleitung von Mitarbeitern und Lektoren.
- Seelsorgerliche Betreuung einzelner Gemeindeglieder nach Erfordernis.
- Seelsorgerliche Begleitung und Betreuung der Gemeindekreise.
- Geistliche und organisatorische Betreuung des Jugendteams (Jugendkreis, Jugendbibelrunde, Jungschar).
- Geistliche Betreuung evangelischer Christen im Krankenhaus Schwaz und in den Seniorenheimen.
- Verwaltung, Organisation und Leitung der Pfarrgemeinde in Übereinstimmung mit dem Presbyterium.
- Fortführung und Vertiefung der ökumenischen Kontakte.
- Repräsentative Aufgaben im öffentlichen Leben.

Dem Pfarrer/der Pfarrerin stehen für die Ausübung der Tätigkeit zur Verfügung:

- Dienstwohnung im Pfarrhaus Jenbach (110 m², fünf Zimmer) mit Garten und Doppelgarage,
  für die Wohnung ist der vorgesehene Sachbezugswert der Bemessungsgrundlage zuzurechnen.
- Gemeindebüro und Arbeitsbüro.
- Sekretärin (halbtags).
- Ein engagiertes Team von Mitarbeitern, darunter fünf aktive Lektoren.
- Alle Gebäude sind in einem guten baulichen Zustand.

Bitte richten Sie ihre Bewerbungen bis zum 31. Mai 2011 an das Presbyterium der Evangelische Pfarrgemeinde Jenbach

z. H. Kurator Dipl.-Ing. Helmut Hiden,
Swarovskistraße 18 a, 6130 Schwaz,
Tel. 0664-625 6329,
E-Mail: h.hiden@gmx.net

85. Zl. GD 155; 534/2011 vom 16. März 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf

Hiermit wird die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Gleisdorf zur Besetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde ist seit 11 Jahren selbstständig und verfügt nach der im Dezember 2010 erfolgten Evaluierung durch den Superintendentialausschuss der Diözese Steiermark über eine 50-%-Teilpfarrstelle. Sie hat 489 Gemeindeglieder und umfasst im Wesentlichen den Gerichtsbezirk Gleisdorf, insgesamt 21 politische Gemeinden im südlichen Bezirk Weiz auf einem Gebiet von zirka 310 km². Die Entfernung nach Graz beträgt 25 km, und die S-Bahn- und Busverbindungen in die Landeshauptstadt sind ausgezeichnet. Zurzeit werden in der Gleisdorfer Christuskirche 14-täglich Gottesdienste gefeiert. Dazu kommt einmal im Monat ein ökumenischer Gottesdienst im 9 km entfernten Sinabelkirchen. Für die geistliche Arbeit stehen zwei Lektorinnen, eine davon mit Sakramentsberechtigung, zur Verfügung.

Religionsunterricht ist im Ausmaß von vier Wochenstunden im BG/BRG Gleisdorf zu halten. Für den Religionsunterricht an den Pflichtschulen steht eine sehr engagierte Religionslehrerin zur Seite. Die Gemeinde und das Presbyterium bieten ihrer Pfarrerin oder ihrem Pfarrer eine gute und tatkräftige Zusammenarbeit an. Erwünscht werden Verständnis für die Probleme der in der Oststeiermark extremen Diaspora und die Bereitschaft, das ökumenische Klima in Gleisdorf zu fördern.

Die ungefähr 83 m² große Dienstwohnung liegt im Obergeschoss des Pfarrhauses, einem vor zehn Jahren umfassend renovierten Bau aus der späteren Gründerzeit. Im Erdgeschoss und im Keller des Hauses, das in einem großen Pfarrgarten steht, befindet sich das Pfarrzentrum mit je zwei Büro- und Veranstaltungsräumen.

Hingewiesen werden soll auf die Kombinationsmöglichkeit mit der 50-%-Teilpfarrstelle in der 15 km entfernten Bezirkshauptstadt Weiz, die gleichzeitig zur Besetzung ausgeschrieben wird. Beide Teilpfarrstellen werden zum Ausschreibungszeitpunkt im Rahmen eines Versuchsprojektes von einem gemeinsamen Gemeindepfarrer versorgt.

Bewerbungen werden bis 31. Mai 2011 erbeten an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf, Dr.-Martin-Luther-Gasse 3, 8200 Gleisdorf, Tel. (03112) 2217, Fax (03112) 22175. Die E-Mailadresse der Pfarrgemeinde lautet: evang.gleisdorf@aon.at.

Für Auskünfte steht Kurator Dipl.-Ing. Manfred Höfer gerne zur Verfügung. Tel. (03112) 2248, E-Mail: manfred.hoefer@inode.at.

86. Zl. GD 319; 535/2011 vom 16. März 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz schreibt ihre 50-%-Teilpfarrstelle zur Neubesetzung aus. Als Ergänzung ist die 50-%-Teilpfarrstelle in der 15 km entfernten Stadt Gleisdorf möglich.

Wir sind eine Pfarrgemeinde mit derzeit 420 Gemeindegliedern in der nördlichen Hälfte des Bezirks Weiz. Neben den Pflichtschulen gibt es in Weiz ein Gymnasium, ein Bundesschulzentrum mit Handelsakademie, höherer technischer Bundeslehranstalt und höherer Lehranstalt für

wirtschaftliche Berufe. In Birkfeld befindet sich ein Oberstufengymnasium. Das Pflichtstundenausmaß beträgt vier Wochenstunden, die an den höheren Schulen zu erteilen sind.

In der Gemeinde arbeiten mit dem Pfarrer ein aktives Presbyterium, eine Lektorin und eine interessiert teilnehmende Gemeindevertretung.

Gottesdienste finden an jedem zweiten und vierten Sonntag des Monats statt. Fallweise werden ökumenische Gottesdienste, auch in anderen Orten unseres Zuständigkeitsgebietes angeboten. In unserem „Kirchencafé“ im Anschluss an die Gottesdienste zeigt sich die intensive Verbundenheit unserer Gottesdienstgemeinde.

Es gibt in vielen Bereichen eine gute, ökumenische Zusammenarbeit.

Wir freuen uns auf BewerberInnen, die auch gern zu den Menschen unterwegs sind. Ihre Begeisterung an Verkündigung, Seelsorge, Begegnung mit Menschen und dem Einbringen neuer Ideen ist uns sehr willkommen. Für die Neuplanung unseres Pfarrzentrums wünschen wir uns interessierte Mitgestaltung und Begleitung.

Die Bereitstellung einer geeigneten Wohnung in Weiz ist nach Wunsch der Bewerberin bzw. des Bewerbers vom Presbyterium vorgesehen.

Sicherlich möchten Sie über uns und unsere Gemeinde weitere Informationen. Für Auskünfte stehen Ihnen Pfarrer Karlheinz Böhmer, Tel. 0664-114 1702 und Kuratorin Brigitte Luschnigg, Tel. 0660-7622110, gern zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, die Sie, bitte, bis spätestens 31. Mai 2011 an das Presbyterium der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz, Gustav-Adolf-Platz 1, 8160 Weiz, richten.

87. Zl. GD 143, GD 254; 839/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle des Evangelischen Gemeindeverbandes Feldbach — Bad Radkersburg

Der Evangelische Gemeindeverband Feldbach — Bad Radkersburg schreibt seine 100-%-Gemeindepfarrstelle mit dem 1. September 2011 aus.

Die Pfarrgemeinde umfasst den politischen Bezirk Feldbach in der Oststeiermark und zählt derzeit 570 Gemeindeglieder. Neben der Feldbacher Christuskirche, in der zweimal im Monat Gottesdienste gefeiert werden, gibt es noch zwei Predigtstellen in Fehring (Christuskirche) und in Bad Gleichenberg (Heilandskirche). Drei engagierte Lektoren unterstützen den/die Pfarrer/in im Dienst der Verkündigung.

Die Pfarrgemeinde Bad Radkersburg umfasst den südlichen Nachbarbezirk Radkersburg und zählt derzeit 350 Gemeindeglieder. Ihr geistliches Zentrum bildet die Christuskirche von Bad Radkersburg, in der im Blick auf die zahlreichen Kurgäste jeden Sonntag Gottesdienst gefeiert wird. Eine Predigtstation befindet sich in Mureck (in der r.-k. Patrizikapelle). Auch hier unterstützen drei engagierte Lektor/innen den/die Pfarrer/in im Dienst der Verkündigung.

Wichtig ist beiden Gemeinden eine einfühlsame, abwechslungsreiche, der Diasporasituation angemessene Gottesdienstgestaltung sowie die Betreuung der evangelischen Glaubensgeschwister insbesondere im dem Pfarrhaus benachbarten Landeskrankenhaus Feldbach, dem Landeskrankenhaus Bad Radkersburg und in diversen Senioreneinrichtungen. Der Dienst der Lektor/innen ermöglicht dem Pfarrer/der Pfarrerin gelegentlich auch ein freies Wochenende. In den Sommermonaten (Juli und August) werden die Gottesdienste in Bad Radkersburg und Mureck teilweise von Urlaubsseelsorgern aus Deutschland durchgeführt.

In beiden Gemeinden freuen sich engagierte Presbyterien auf eine gute Zusammenarbeit. In administrativen Belangen wird der/die Pfarrer/in sowohl durch Ehrenamtliche wie durch (im geringfügigen Ausmaß) Angestellte tatkräftig unterstützt.

Der kürzlich nach ökologischen Gesichtspunkten renovierte Wohnsitz der künftigen Pfarrerin/des künftigen Pfarrers (mit Pelletsheizung) befindet sich im Pfarrhaus Feldbach. Die Wohnung umfasst vier Zimmer, Küche, Bad und Nebenräume und misst 120 m^2. Dazu gehören auch ein kleiner Garten sowie eine Garage.

Bitte richten Sie Ihre (gleichlautenden) Bewerbungen bis 31. Mai 2011 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B., Langgasse 49, 8490 Bad Radkersburg — sowie Evangelische Pfarrgemeinde A. B., Ottokar-Kernstock-Straße 9, 8330 Feldbach. Die beiden Gemeinden bilden laut Gemeindeverbandsordnung einen gemeinsamen Wahlkörper.

Nähere Auskünfte erteilen gerne: Die derzeitige Pfarramtskandidatin Mag. Fleur Pohl, Tel. 0699-188 77 674, und der derzeitige Administrator Superintendent MMag. Hermann Miklas, Tel. 0699-188 77 601. — Für Feldbach weiters Kuratorin Elisabeth Lechner, Tel. (03152) 3208, und für Bad Radkersburg Kurator Oskar Gomilschak, Tel. (03476) 407 79, und Lektor Walter Somer, Tel. 0699-15037874.

88. Zl. GD 357; 566/2011 vom 21. März 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Liesing

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Liesing wird — nach Beendigung der Amtsperiode der derzeitigen Stelleninhaberin im August 2012 — hiermit ausgeschrieben und im Herbst 2011 durch Wahl besetzt.

Die Gemeinde erwartet eine Pfarrerin bzw. einen Pfarrer, die bzw. der sich den Herausforderungen einer Kirche der Großstadt stellt. Die Gemeinde umfasst den 23. und Teile des 12. und 13. Wiener Gemeindebezirkes mit ungefähr 3900 Gemeindegliedern. Unsere Gemeinde zeichnet

sich aus durch ein vielfältiges, lebendiges Gemeindeleben und eine engagierte Mitarbeiterschaft.

Die Gemeindeordnung regelt grundsätzlich die Zusammenarbeit der beiden Pfarrer bzw. Pfarrerinnen, auf jeden Fall ist Teamfähigkeit eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit dem weiteren Pfarrer, dem Presbyterium, der Gemeindevertretung, den LektorInnen, dem Pfarrer im Ehrenamt sowie den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. In der Pfarrgemeinde arbeiten derzeit hauptamtlich eine Pfarramtssekretärin (30 Std.) und eine Gemeindepädagogin (10 Std.).

Im Besonderen erwarten wir uns von unserer Pfarrerin bzw. unserem Pfarrer, Begleitung der MitarbeiterInnen, offene Zusammenarbeit mit den Gemeindegremien, den benachbarten Pfarrgemeinden sowie mit den röm.-kath. Schwestergemeinden. Weiters ist Religionsunterricht im vorgesehenen Ausmaß zu erteilen.

Eine Dienstwohnung wird bei Bedarf im 23. Wiener Gemeindebezirk zur Verfügung gestellt bzw. ein Wohnungskostenzuschuss geleistet.

Anfragen und Bewerbungen sind bis 31. Mai an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Liesing, Dr.-Andreas-Zailer-Gasse 3, 1230 Wien, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Kurator Mag. Christian Kikuta, Tel. 0699-10490500,
E-Mail: kikuta@evang-liesing.at.

89. Zl. GD 420; 665/2011 vom 4. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle an der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Alsergrund MESSIAS-KAPELLE

Wegen Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Alsergrund MESSIASKAPELLE mit 1. September 2012 zur Wahl ausgeschrieben.

Die Wahl des Pfarrers/der Pfarrerin findet im Zuge der Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Bewerbungen richten Sie bis zum 30. Mai 2011 an das Presbyterium, Seegasse 16, 1090 Wien.

Die Pfarrgemeinde umfasst knapp 1700 Gemeindemitglieder im 9. Wiener Gemeindebezirk. Die Gottesdienste finden in der MESSIASKAPELLE, Seegasse 16, 1090 Wien, statt.

Die Verpflichtung zum Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden.

Die Dienstwohnung befindet sich im Hause Seegasse 16 und umfasst 130 m^2; ein Autoabstellplatz befindet sich in der näheren Umgebung.

Über das lebendige Gemeindeleben kann man sich unter www.meka.at informieren.

Für weitere Auskünfte stehen Kuratorin Mag. Tanja Dietrich-Hübner, Tel. 0664-88649025, oder Pfarrer Mag. Harald Geschl, Tel. (01) 310 99-31 zur Verfügung.

90. Zl. GD 344; 840/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Christuskirche

Wegen Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit wird die Pfarrstelle Wien-Favoriten-Christuskirche hiermit zur Besetzung zum 1. September 2012 ausgeschrieben. Die Besetzung erfolgt durch Wahl der Gemeinde.

Die Pfarrgemeinde hat 2345 Gemeindeglieder und umfasst Teile des 10. und des 23. Bezirkes.

Die Kirche und das Pfarrhaus liegen auf dem Evangelischen Friedhof Matzleinsdorf. Die öffentliche Verkehrsanbindung ist durch Schnellbahn, Straßenbahn und Bus gewährleistet. Die Kirche liegt am äußersten Rand des Gemeindegebietes direkt an der Triester Straße und in der Nähe des neu entstehenden Zentralbahnhofes. Dies bedingt eine nicht zu unterschätzende Lärmbelästigung.

Wir bieten:

Eine Kirche aus dem 19. Jahrhundert (Historismus).

Eine 104 m^2 große Wohnung mit gut isolierten Fenstern.

Pfarrgarten rund um das Pfarrhaus.

Eine Lektorin und ein Lektor mit Abendmahlsverwaltung, die regelmäßig Predigtdienst haben und in der Gemeinde mitarbeiten.

Eine hauptamtlich angestellte Teilzeit-Gemeindesekretärin.

Verschiedene Kreise und Gruppen (Frauenkreis, Chor, Bastelkreis, Hauskreis).

Das erste ökumenische Pilgerzentrum in Wien.

Wir erwarten:

Leitung des Pfarramtes.

Innovative Ideen zum Gemeindewachstum.

Mitarbeit in der gewachsenen Ökumene im Bezirk.

Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit.

Teamarbeit mit den Hauptamtlichen, dem Presbyterium und der Gemeindevertretung.

Gottesdienste an jedem Sonn- und Feiertag in der Christuskirche und einmal im Monat einen Abendgottesdienst in der r.-k. Gemeinde am Tesarekplatz, dazu kommen Gottesdienste in zwei Pensionistenheimen und regelmäßige Schulgottesdienste.

Erteilung des Religionsunterrichts im Pflichtstundenausmaß von acht Stunden.

Konfirmanden-Unterricht.

Gestaltung von Bibelstunden, Seelsorge und Erwachsenenbildung.

Die Bewerbungen sind bis zum 30. Juni 2011 an die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Christuskirche, Triester Straße 1, 1100 Wien, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilen:
Senior Dr. Michael Wolf, Tel. 0699-18877747, und
Kuratorin Gerda Supitar, Tel. 0699-19138573.

Kundmachung des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

91. Zl. HB 01; 927/2011 vom 27. April 2011

Einberufung der Synode H. B.

Über Beschluss des Synodalausschusses H. B. am 31. März 2011 beruft der Evangelische Oberkirchenrat H. B. die

6. Session der 15. Synode
der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich

am Montag, 24. Oktober 2011, 9:00 Uhr und am Dienstag, 25. Oktober 2011, von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr in Oberwart ein.

Evangelische Kirche H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat H. B.

Mag. Lauri Hätönen
Vorsitzender der Synode H. B.

LSI Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Vorsitzender des OKR H. B.

Motivenbericht

Kirchenverfassung;
Verfügung mit einstweiliger Geltung

Der Rücktritt des bisherigen Landeskurators, Herrn HR Dr. Horst Lattinger, kurz vor dem Ende seiner Amtsperiode machte diese Überlegungen zu einer Gesetzesänderung erforderlich. Der Rücktritt ist zugleich Anlass für eine generelle, auch in Zukunft erforderlich erscheinende Regelung. Da es nicht sinnvoll erscheint, für eine kurze Zeit bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode einen neuen Landeskurator bzw. eine neue Landeskuratorin zu wählen, zumal eine gut in die kirchlichen Belange eingearbeitete Stellvertreterin ohnehin vorhanden ist, beschloss der Synodalausschuss A. B. in seiner Sitzung am 31. März 2011, auf die Ausschreibung der Wahl eines neuen Landeskurators bzw. einer neuen Landeskuratorin zu verzichten und die vorliegende Änderung der Kirchenverfassung mit einer Verfügung mit einstweiliger Geltung in Kraft zu setzen.

Wenn daher der Landeskurator bzw. die Landeskuratorin, der bzw. die einen gewählten Stellvertreter bzw. eine gewählte Stellvertreterin besitzen muss (Art. 94 Abs. 1 KV), im letzten vollen Kalenderjahr aus seinem bzw. ihrem Amt ausscheidet, ist auf Grund dieser neuen gesetzlichen Regelung eine Nachwahl des Landeskurators bzw. der Landeskuratorin nicht erforderlich.

Die gleiche Regelung ist analog auf die weltlichen Oberkirchenräte bzw. Oberkirchenrätinnen anzuwenden. Wenn ein weltlicher Oberkirchenrat bzw. eine weltliche Oberkirchenrätin im letzten vollen Kalenderjahr aus seinem bzw. ihrem Amt ausscheidet, entfällt die Nachwahl, sofern ein Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin gewählt wurde (Art. 94 Abs. 2 KV). Wurde kein Stellvertreter bzw. keine Stellvertreterin gewählt, ist eine Nachwahl jedoch unbedingt erforderlich.

Eine Änderung der Wahlordnung ist nicht erforderlich.

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 31. Mai 2011 | 5. Stück

92. Kollektenaufruf zum Sonntag der Weltmission 2011 — Sonntag Trinitatis (19. Juni 2011)

93. Kollektenaufruf für den 1. Sonntag nach Trinitatis, 26. Juni 2011

94. Fristen zur Abgabe von Berichten an die Synode A. B. und Generalsynode

95. Kommission für die Befähigungsprüfung zur aushilfsweisen und befristeten Erteilung des Religionsunterrichtes an Pflichtschulen in der Diözese Burgenland

96. Ausschreibung der Stelle einer Vizerektorin/eines Vizerektors der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems

97. Bestellung von Dipl. Päd. Andrea Postmann zur Fachinspektorin für Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden Pflichtschulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Burgenland

98. Respektvoller Umgang von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

99. Leistungsstipendium des Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfondsfonds

100. Kirchenmusik — Kernliederliste (Anlage Flyer); Ergänzung zu ABl. Nr. 67/2011

101. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis April 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

102. Evangelische Superintendenz A. B. Kärnten und Osttirol: Wahl der Superintendentialkuratorin

103. Amtsprüfung vom 2. Mai 2011

104. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hütteldorf, Hadersdorf und Hacking

105. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Gnadenkirche

106. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Innere Stadt

107. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Linz-Dornach

108. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gallneukirchen

109. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Zurndorf

110. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Siget in der Wart in Kombination mit einer 50-%-Diözesanpfarrstelle für übergemeindliche Arbeit

111. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg

112. Ausschreibung (erste) der dritten Pfarrstelle (Tochtergemeinde Liebenau) der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche

113. Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach

114. Bestellung von Mag. András Vető zum Pfarrer auf die Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf

115. Bestellung von Herrn Karl Weinberger zum Pfarrer in der Krankenhausseelsorge der Superintendenz Wien

116. E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam

117. Homepage der Evangelischen Krankenhausseelsorge in Österreich

118. E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Neubau/Fünfhaus

Kirchliche Mitteilung

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

92. Zl. KOL 03; 956/2011 vom 2. Mai 2011

Kollektenaufruf zum Sonntag der Weltmission 2011 — Sonntag Trinitatis (19. Juni 2011)

Im Namen des **Evangelischen Arbeitskreises für Weltmission** grüße ich Sie ganz herzlich an diesem österreichweiten Sonntag der Weltmission, der in diesem Jahr auch unter dem Motto: „Gemeinsam sind wir mehr" steht. Das gemeinsame Feiern, Singen und Beten mit unseren Partnerkirchen in Ghana, Kamerun und Sudan sind sichtbares Zeichen dafür, dass unsere Kirche den weltweiten Horizont nicht nur im Blick behält, sondern auch an den Sorgen und Hoffnungen unserer Partnerkirchen Anteil nimmt!

Im Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung nimmt auch der Evangelische Arbeitskreis für Weltmission gemeinsam mit engagierten Partner/innen und Mitarbeiter/innen in Afrika den Missionsauftrag, die Teilnahme an der Missio Dei, wahr.

Aktuell werden Programme in **Ghana** zur theologischen Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter/innen, Stipendienprogramme zur Ausbildung junger Menschen — vor allem junge Frauen, den Ausbau der Schule in Dorrmaa Ahenkro zu einer Hebammenschule, Dorfentwicklungsprojekte und die Fertigstellung des Kindergartens in Asakraka gefördert. In **Kamerun** unterstützen wir Projekte der Frauenarbeit und des Krankenhauses in Manyemen und ein Projekt zur Beratung, Betreuung und medizinischen Behandlung von Aidskranken. Im **Sudan,** vor allem im **Südsudan,** unterstützen wir vor allem Projekte der Frauenarbeit, die der Versöhnung und dem Frieden zwischen den Völkern dienen. In **Österreich** intensivieren wir durch unsere neue Mitarbeiterin Désirée Bauerstatter die Vortragstätigkeit zu aktuellen Fragen der Weltmission.

Durch ihre Gabe an diesem Sonntag der Weltmission tragen Sie dazu bei, weniger privilegierten Menschen in den Ländern unserer Partnerkirchen ein Leben in Auferstehungshoffnung und Würde zu ermöglichen.

Der EAWM ist zur Durchführung seiner Arbeit auch in diesem Jahr besonders auf Spenden und zusätzliche Kollekten angewiesen, um die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können.

Mit ihren Gaben helfen sie uns helfen!

Wir danken herzlich für alle Gaben und Gebete für die Arbeit des EAWM und seiner Partner in Afrika!

Mag. Manfred Golda, Pfarrer i. R.
Obmann des EAWM

93. Zl. KOL 13; 1235/2011 vom 19. Mai 2011

Kollektenaufruf für den 1. Sonntag nach Trinitatis, 26. Juni 2011

Die heutige Kollekte ist bestimmt für die SAAT — die Evangelische Zeitung in Österreich.

Mit Juni ist nun fast alles neu bei der Evangelischen Zeitung für Österreich: die neue SAAT hat nun 20 Seiten und erscheint einmal im Monat. Aber nicht nur das Erscheinungsbild ist neu, auch im Inneren der Zeitung hat sich einiges verändert:

So fragen wir jetzt bei der einen oder anderen Geschichte genauer nach und liefern den Leserinnen und Lesern Hintergründe etwa von einer umfassenden Kirchenrenovierung oder gleich dem Neubau einer ganzen Kirche. In jeder SAAT gibt es ab jetzt ein großes Schwerpunktthema, so betrachten wir in der Juniausgabe das Pfingstfest von unterschiedlichen Seiten. Die neue SAAT bietet jetzt auch Filmtipps, Rätsel und Rezepte — kochen Sie mit der SAAT wie die Menschen in der Bibel. Mehr sei an dieser Stelle aber nicht verraten. Selbstverständlich haben wir altbewährtes in der Zeitung belassen: die Auslegung eines Bibeltextes finden Sie nach wie vor, ebenso theologische Beiträge und Meditationen. Auch erfahren Sie weiterhin aus der SAAT, woher der neue Pfarrer aus der Nachbargemeinde kommt oder wie die Konfirmation in anderen Gemeinden gefeiert wurde. Weil aber die Abonnements die Herstellungskosten der SAAT nicht alleine tragen und zahlreiche Exemplare sozialen Einrichtungen, wie etwa der Krankenhaus- oder der Gefangenenseelsorge kostenlos zur Verfügung gestellt werden, ist der Presseverband als Herausgeber der SAAT auf Ihre Hilfe angewiesen. Daher bitten wir sie am heutigen 1. Sonntag nach Trinitatis um Ihre Kollekte. Damit Sie auch weiterhin über die Kirche bei uns lesen können. In den Evangelischen Seiten des Lebens — jetzt in der neuen SAAT.

Vielen Dank.

94. Zl. SYN 01; 1016/2011 vom 10. Mai 2011

Fristen zur Abgabe von Berichten an die Synode A. B. und Generalsynode

Synode A. B.:

- Evang. Oberkirchenrat A. B.
- Obleute sämtlicher Ausschüsse der Synode A. B.
- Finanzkommission A. B.
- Revisionssenat der Evang. Kirche A. u. H. B. in Österreich
- Beauftragter für Datenschutz

Generalsynode:

- Evang. Oberkirchenrat A. u. H. B.
- Evang. Oberkirchenrat H. B.
- Obleute sämtlicher Ausschüsse der Generalsynode
- Finanzkommission
- Gleichstellungskommission
- Medienkommission
- Museumskommission
- Kommission für Bildungsarbeit der Generalsynode

- Kommission für Europafragen der Generalsynode
- Revisionssenat der Evang. Kirche A. u. H. B. in Österreich
- Beauftragter für Datenschutz

—·—·—·—·—·—·—

Bis **22. Juni 2011** sind dem Präsidenten der Synode A. B. und der Generalsynode, Herrn Dr. Peter Krömer, zu Handen des Synodenbüros im Evangelischen Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, synodenbuero@evang.at, bekannt zu geben, ob von den genannten Ausschüssen und Kommissionen Anträge an die 8. Session der 13. Synode A. B. bzw. an die 6. Session der XIII. Generalsynode gestellt werden.

Die schriftlichen Arbeitsberichte, Anträge und Vorlagen/Worte der genannten Ausschüsse und Kommissionen sind bis **spätestens 9. September 2011** im Evangelischen Kirchenamt A. B., Synodenbüro, Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, abzugeben.

Selbstständige Anträge gemäß § 7 Abs. 3 Geschäftsordnung der Synode A. B. bzw. § 7 Abs. 3 Geschäftsordnung der Generalsynode haben bis **spätestens 9. September 2011** im Kirchenamt einzulangen.

Als Versandtermin der Unterlagen an die Synodalen ist der **20. September 2011** geplant.

Für Berichte, die nach dem vom Präsidenten festgesetzten Termin im Kirchenamt einlangen, kann nicht garantiert werden, dass sie rechtzeitig den Synodalen zugeleitet werden können.

—·—·—·—·—·—·—

Kirchliche Werke und sonstige Einrichtungen der Evangelischen Kirche werden eingeladen, bis **spätestens 9. September 2011** allfällige Berichte an die Synode A. B. bzw. die Generalsynode zu schicken.

95. Zl. A 20; 979/2011 vom 3. Mai 2011

Kommission für die Befähigungsprüfung zur aushilfsweisen und befristeten Erteilung des Religionsunterrichtes an Pflichtschulen in der Diözese Burgenland

Die Prüfungskommission laut § 16 Abs. 1 RUO 2008 (Amtsblatt 99/2008) und § 7 Prüfungsordnung (Amtsblatt 202/2008) setzt sich wie folgt zusammen:

Superintendent Mag. Manfred Koch
Senior Dr. Herbert Rampler
Fachinspektorin Andrea Postmann
Fachinspektor Mag. Wilfried Zetter
Pfarrer Mag. Frank Lissy-Honegger
RL Renate Kast
RL Gabriele Hribernig

96. Zl. RU 08; 1275/2011 vom 25. Mai 2011

Ausschreibung der Stelle einer Vizerektorin/eines Vizerektors der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems

Der Hochschulrat der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems schreibt gemäß §§ 10 und 12 Statut der KPH Wien/Krems folgende Stelle mit 1. September 2011 aus:

Vizerektorin/Vizerektor
der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems

für folgende Bereiche:

- Aus-, Fort- und Weiterbildung von evangelischen ReligionslehrerInnen,
- Koordination der Aus-Fort-und Weiterbildung von ReligionslehrerInnen der Orthodoxen, der Altkatholischen und der Orientalisch-Orthodoxen Kirchen,
- Forschung und Kooperation mit dem tertiären Bildungssektor für die gesamte Hochschule gemäß § 10 HochschulG,
- Kooperation im interkonfessionellen und im interreligiösen Bereich.

Die Vizerektorin/der Vizerektor wird zunächst für eine Funktionsperiode von zwei Studienjahren bestellt und allenfalls mit der Leitung eines Institutes betraut.

Gesucht wird eine dynamische Persönlichkeit mit deutlicher und engagierter Verwurzelung in ihrer/seiner Kirche. Da in dieser Hochschule vier christliche Kirchen kooperieren, sind auch eine ökumenische Grundhaltung sowie eine soziale und integrative Fähigkeit und eine ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit unabdingbar. Kompetenz und Sensibilität für dieses Feld der Kooperation, der Koordination mehrerer Standorte und Wissen um staatskirchenrechtliche Vorgaben dieses ökumenischen Projekts, das in dieser Form in Europa einmalig ist, werden erwartet. Einbringung der religiös-ethisch-philosophischen Dimension von Bildung in die LehrerInnenaus-, -fort- und -weiterbildung sowie die besondere Berücksichtigung der Religionspädagogik sollen selbstverständlich sein.

Angesichts der Aufgaben in der Forschung und der erwartenden Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen werden ein mit dem Doktorat abgeschlossenes Universitätsstudium, die Fähigkeit zur verantwortlichen Mitarbeit im Rektorat einer Pädagogischen Hochschule, eine mehrjährige Erfahrung in der Lehre, ein klarer Kompetenzschwerpunkt im Bereich der LehrerInnenaus-, -fort- oder -weiterbildung bzw. der berufsfeldbezogenen Forschung sowie Erfahrung in der internationalen Bildungskooperation vorausgesetzt. Als selbstverständlich wird neben guten EDV-Kenntnissen auch Vertrautheit mit den Entwicklungen im Rahmen des Hochschulgesetzes 2005 erwartet.

Um Herausforderungen des sich rasch verändernden Hochschulumfeldes (z. B. der PädagogInnenbildung Neu) produktiv zu nutzen, sind strategische Fähigkeiten und Erfahrung in der Entwicklung und Neustrukturierung von Organisationen unerlässlich. Nachweis wissenschaftlicher Tätigkeit sowie Knowhow im Feld des Change-Manage-

ments und des Visionären Managements sind wünschenswert. Erfahrungen in der professionellen Abwicklung von Projekten und in der Gestaltung von Teamarbeit werden als wertvoll erachtet. Dazu soll ein grundlegendes Verständnis für gesellschaftliche Entwicklungen mit ihrer Bedeutung für pädagogische Grundaufgaben, aber auch neu sich eröffnende Aufgaben im Umfeld der Pädagogik und der Religionspädagogik kommen.

Die Bestellung erfolgt auf Grund eines strukturierten Erstgesprächs an einem zu vereinbarenden Termin und einem Hearing am 4. Juli 2011. Die Einladung mit genauer Uhrzeit geht den BewerberInnen zu.

Ende der Bewerbungsfrist ist der 24. Juni 2011.

Die Bewerbung ist mit den entsprechenden Bewerbungsunterlagen, denen jedenfalls eine Darlegung der Vorstellung der Bewerberin/des Bewerbers über die künftige Tätigkeit in dieser Funktion sowie ein Nachweis der kirchlichen Beheimatung anzuschließen sind, zu richten an:

Evangelischer Oberkirchenrat A. B. und H. B.
z. H. Bischof Prof. Dr. Michael Bünker
Severin-Schreiber-Gasse 3
1180 Wien

Für **Rückfragen** wenden Sie sich bitte an Dr. Birgit Moser-Zoundjiekpon (b.moser@edw.or.at bzw. 01-51552-3509).

97. Zl. RU 06; 1002/2011 vom 6. Mai 2011

Bestellung von Dipl. Päd. Andrea Postmann zur Fachinspektorin für Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden Pflichtschulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Burgenland

Mit Beschluss des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. vom 12. April 2011, der dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur am 26. April 2011 (Zahl: RU 06; 899/11) mitgeteilt wurde, wird Frau **Dipl. Päd. Andrea Postmann** mit Wirkung vom 1. September 2011 zur Fachinspektorin für den Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden Pflichtschulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Burgenland bestellt.

98. Zl. AW 26; 1268/2011 vom 24. Mai 2011

Der nachstehende Verhaltenskodex unter dem Titel „Respektvoller Umgang von Männern und Fauen am Arbeitsplatz“ bildet einen Bestandteil aller bestehenden und zukünftigen Dienstverträge, alle bereits Angestellten sind in geeigneter Weise davon zu informieren. Der hiermit im Amtsblatt verlautbarte Text wurde von der Gleichstellungskommission der Evangelischen Kirchen A. und H. B. erarbeitet, in der Folge vom Rechts- und Verfassungsausschuss, von der Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Evangelischen Kirche (nach OdVM) sowie vom Oberkirchenrat A. und H. B. befürwortet und beschlossen.

Respektvoller Umgang von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

Vorwort:

Die Evangelischen Kirchen A. B. und H. B. in allen ihren Gliederungen leiten als Arbeitgeberinnen ihre Leitlinien für das Alltagsverhalten aus christlichen Grundprinzipien ab. Diese sind vor allem die Achtung der Menschenwürde, die Wertschätzung jedes einzelnen Menschen und eine offene Kommunikation. Ziel ist ein Arbeitsklima, das von hoher gegenseitiger Wertschätzung, durchgängiger Information und partnerschaftlichem Verhalten am Arbeitsplatz geprägt ist.

Die Evangelische Kirche verpflichtet sich auf allen Ebenen ein partnerschaftliches und wertschätzendes Klima zu fördern, indem alles unterbunden wird, was unnötige dauerhafte Belastungen bewirkt.

Betroffene sollen durch diese Vereinbarung geschützt und ermutigt werden, die Störungen zu benennen und zu stoppen. Die offene konstruktive Aussage wird als bestes Mittel gegen das Eskalieren von Konflikten und das Entstehen von Mobbing anerkannt.

Die vorliegende Vereinbarung umfasst sowohl das Verhältnis zwischen den DienstnehmerInnen untereinander als auch das Verhältnis zwischen DienstnehmerInnen und Vorgesetzten und DienstnehmerInnen und KlientInnen, mit denen im Rahmen der täglichen Arbeit in Kontakt getreten wird.

Grundsätze:

Zur Zielsetzung der Evangelischen Kirche gehört es, Rahmenbedingungen zu schaffen und aufrecht zu erhalten, durch welche Übergriffe, Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung und sexueller Missbrauch verhindert werden können. Von den MitarbeiterInnen wird verlangt, dass sie zu einem Arbeitsklima beitragen, das von Teamgeist, gegenseitem Verständnis und Respekt geprägt ist. Es wird von allen MitarbeiterInnen erwartet, dass ihr persönliches und berufliches Auftreten stets diesen Anforderungen entspricht.

Jede/r MitarbeiterIn ist verpflichtet, an einem positiven Arbeitsklima mitzuwirken. Hierzu gehört vor allem, die Würde des anderen zu achten und alles zu unterlassen, was den anderen verletzen würde.

Verhaltenskodex:

Jede/r MitarbeiterIn ist verpflichtet, oben genannte Grundsätze einzuhalten und die Würde jedes/r Einzelnen zu achten. Jeder Übergriff, Missbrauch, jede Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung oder sexueller Missbrauch stellt eine Dienstpflichtverletzung dar und zieht arbeitsrechtliche und bei strafrechtlicher Relevanz auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich.

Hat eine MitarbeiterIn Grund zur Annahme, dass einer der oben genannten Tatbestände vorliegt, hat sie/er dies sofort an zuständiger Stelle (Vorgesetzte/r, MitarbeiterInnenvertretung, Gleichstellungsbeauftragte) zu melden. In Absprache mit der/dem Betroffenen werden weitere Schritte überlegt und eingeleitet.

Vertraulichkeit:

Über alle Informationen und Vorkommnisse, persönliche Daten und Gespräche ist absolutes Stillschweigen gegenüber Dritten zu bewahren. Durch ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Betroffenen können Daten usw. an namentlich benannte Personen freigegeben werden.

Interventionspflicht — Beschwerderecht:

Vorgesetzte sind verpflichtet, bei Verdacht von Übergriffen, Diskriminierung, Mobbing, sexueller Belästigung oder Missbrauch einzuschreiten und entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Betroffene MitarbeiterInnen der Evangelischen Kirche können sich an folgende Stellen wenden:

- Gleichstellungsbeauftragte
- Gleichstellungskommission
- Weißer Ring

Begriffsbestimmungen:

1. Übergriff:

Ein Übergriff liegt vor, wenn gegenüber gleichgestellten oder gegenüber abhängigen Menschen physische körperliche Gewalt, psychischer Druck, gefährliche Drohung oder Nötigung angewendet wird und diese Maßnahme nicht dem Schutz der eigenen Person oder dem Schutz anderer Personen gilt.

2. Missbrauch:

Missbrauch liegt dann vor, wenn vorsätzlich Befugnisse aus einem Abhängigkeits- oder Autoritätsverhältnisses durch Handlungen oder Aussprechen von Drohungen missbraucht werden, sodass dem anderen eine freie Willensentscheidung nicht mehr möglich ist.

3. Mobbing:

Unter Mobbing versteht man eine konfliktbelastete Kommunikation unter MitarbeiterInnen oder unter MitarbeiterInnen und Vorgesetzten, bei der die angegriffene Person unterlegen ist und während längerer Zeit mit dem Ziel und/oder dem Effekt sie direkt oder indirekt auszugrenzen direkt oder indirekt angegriffen wird, wie beispielsweise das absichtliche Zurückhalten von arbeitsnotwendigen Informationen, verletzende Behandlung, Agression oder Beschimpfung.

4. Diskriminierung:

Diskriminierung ist jede Art von Benachteiligung, Nichtbeachtung, Ausschluss oder Ungleichbehandlung von einzelnen Menschen oder Gruppen auf Grund ihres Geschlechtes, ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihres Alters oder einer Behinderung.

5. Sexuelle Belästigung:

Sexuelle Belästigung liegt vor, wenn ein der sexuellen Sphäre zugehöriges Verhalten gesetzt wird, das die Würde einer Person beeinträchtigt, und von der betroffenen Person abgelehnt wird (beispielsweise unerwünschter Körperkontakt, anzügliche Bemerkungen oder Witze, Aufforderungen zu sexuellen Handlungen und Verhaltensweisen, die strafrechtlich zu ahnden sind, herabwürdigende Gesten und Verhaltensweisen).

6. Sexueller Missbrauch:

Von sexuellem Missbrauch spricht man dann, wenn Abhängigkeitsverhältnisse missbraucht werden, um Abhängige dazu zu bewegen, an irgendeiner Form sexueller Aktivität teilzunehmen, und zwar unabhängig davon, ob der/die Betroffene sich des Geschehens bewusst ist, diesem zustimmt oder nicht.

99. Zl. LK 53; 991/2011 vom 4. Mai 2011

Leistungsstipendium des Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfondsfonds

Der Vergabeausschuss des Dr.-Wilhelm-Dantine-Stipendiums beschloss in seiner Sitzung am 15. April 2011, dass für das Studienjahr 2011/2012

Herr stud. theol. Bernhard Kirchmeier

das Leistungsstipendium erhalten wird.

Das Stipendium wird wiederum für ein Studienjahr (zehn Monate) gegeben und wird ab Oktober bis einschließlich Juli 2012 in monatlichen Raten zu € 500,— ausbezahlt. Die Übergabe findet im Rahmen des Semesterschlussgottesdienstes am 16. Juni 2011, 20.00 Uhr, im Studierendenheim Wilhelm-Dantine-Haus statt.

100. Zl. A 13; 1076/2011 vom 16. Mai 2011

Kirchenmusik — Kernliederliste (Anlage Flyer); Ergänzung zu ABl. Nr. 67/2011

Versehentlich wurde der im letzten Amtsblatt angekündigte Flyer „Kernlieder“ nicht beigelegt. Er liegt jetzt dieser Ausgabe bei. Weitere Flyer können bestellt werden beim: Amt für Kirchenmusik, Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien; Mail: r.pontus@evang.at.

101. Zl. KB 06; 1281/2011 vom 26. Mai 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis April 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	239.120,43	277.807,41
Kärnten	619.392,34	464.648,77
Niederösterreich . .	714.788,85	692.048,18
Oberösterreich . . .	764.054,01	709.902,85
Salzburg-Tirol . . .	833.450,47	412.873,62
Steiermark	916.991,71	882.540,84
Wien	1,356.499,19	1,259.484,42
	5,444.297,—	**4,699.306,09**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 15,85% (4,699.306,09)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 19,46% (4,557.363,70)

Für die KB-Statistik werden die auf den Konten der Evangelischen Kirche A. B. eingelangten Kirchenbeiträge berücksichtigt. Davon abweichend wurden bis Ende 2010 die vom Wiener Verband eingehobenen Kirchenbeiträge bereits mit der Gutschrift auf einem Konto des Wiener Verbands berücksichtigt.

Diese Abweichung wurde ab 2011 beseitigt und zur besseren Vergleichbarkeit die Vorjahresdaten angepasst.

102. Zl. SUP 01; 1003/2011 vom 5. Mai 2011

Evangelische Superintendenz A. B. Kärnten und Osttirol: Wahl der Superintendentialkuratorin

Die Superintendentialversammlung der Evangelischen Superintendenz A. B. Kärnten und Osttirol hat am 9. April 2011

Frau Helli Thelesklaf,
Jenig 5, 9631 Rattendorf

zur neuen Superintendentialkuratorin gewählt.

103. Zl. A 17; 976/2011 vom 3. Mai 2011

Amtsprüfung vom 2. Mai 2011

Nachstehende Lehrvikarin, Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten haben durch die vor der Prüfungskommission des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. am 2. Mai 2011 abgelegte Amtsprüfung die Befähigung zur Ausübung des geistlichen Amtes und die Lehrbefähigung für die Erteilung des Evangelischen Religionsunterrichtes (§ 12 Abs. 5 OdgA) erlangt:

MMag. Mariusz BRYL
Mag. Stefan GRAUWALD
Mag. Iris HAIDVOGEL
Mag. Angelika PETRITSCH
Mag. Fleur POHL
MMag. Patrick TODJERAS
Mag. Barbara WEDAM
Mag. Dietmar WEIKL
Mag. David ZEZULA

104. Zl. GD 381; 843/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hütteldorf, Hadersdorf und Hacking

Wegen des Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Hütteldorf, Hadersdorf und Hacking hiermit zur Besetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben. Die Besetzung erfolgt durch Wahl im Zuge der Wahlen zur Gemeindevertretung. Bewerbungen richten Sie bitte bis zum 31. Juli 2011 an das Presbyterium, Freyenthurmgasse 20, 1140 Wien.

Die Pfarrgemeinde umfasst rund 1500 Gemeindeglieder in einem Gebiet von knapp 30 km^2 am westlichen Stadtrand von Wien. Alle Gottesdienste finden in der 1967/1968 errichteten und 2010/2011 behindertengerecht sanierten Trinitatiskirche statt. Zwei Lektoren stehen dem Pfarrer/der Pfarrerin zur Seite. Die Pfarrgemeindearbeit ist eng verbunden mit der Gustav-Adolf-Arbeit des Wiener Zweigvereins und vollumfänglich mit der Herausgabe des Kinderbriefes und der administrativen Abwicklung der jährlichen, österreichweiten Kinder- und Schülersammlung. In die Pfarramtsarbeit integriert ist die Evangelische Blinden- und Sehbehindertenseelsorge für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Die Trinitatiskirche ist Teil eines Gemeindezentrums mit rund 600 m^2 Gebäudefläche auf 2000 m^2 Grund, Hanglage.

Die Verpflichtung zum Religionsunterricht sind acht Wochenstunden.

Die Dienstwohnung befindet sich im Gemeindezentrum (120 m^2) inklusive eines Garagenplatzes. Für Jugendarbeit, Pfarrkanzleiarbeit und Reinigungsdienste sind teilzeitangestellte Mitarbeiter im Dienst.

Die Gemeinde profitiert von einer Vielzahl gut besuchter Kreise.

Das Presbyterium erwartet sich eine engagierte, erfahrene, spirituell festgegründete, teamfähige Persönlichkeit als Bewerber/in.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen gerne Kurator Gerhart Maier (Tel. 0699-18878780) oder Pfarrer Lic. Hartmut Schlener (Tel. 0699-18877775) zur Verfügung.

105. Zl. GD 344 a; 845/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Gnadenkirche

Wegen Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Gnadenkirche **zur Besetzung zum 1. September 2012 ausgeschrieben.**

Die Pfarrgemeinde ist eine überschaubare Großstadtgemeinde mit größeren Neubaugebieten und umfasst den nördlichsten Teil des 10. Wiener Gemeindebezirkes.

Das Pfarrzentrum liegt für die 1280 Gemeindeglieder günstig in unmittelbarer Nähe des Reumannplatzes, einem Verkehrsknotenpunkt für U-Bahn, Straßenbahn- und Autobuslinien.

Vom Pfarrer oder von der Pfarrerin wird Einfühlungsvermögen und Tatkraft erwartet. Durch die Stärkung des Glaubenslebens der Gemeindeglieder soll auch deren Bereitschaft zum Engagement in unserer Zeit geweckt werden.

Religionsunterricht ist im üblichen Ausmaß von acht Wochenstunden zu erteilen.

Die Gemeindevertreter und Mitarbeiter sind für verschiedene Arbeitsformen aufgeschlossen.

Kirche, Pfarramt und eine Dienstwohnung sind im Haus Herndlgasse 24, 1100 Wien.

Bewerbungen sind bis zum **30. Juni 2011** an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Gnadenkirche, Herndlgasse 24, 1100 Wien, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilt gerne Kuratorin Brigitte Paris, Tel. (01) 953 07 57, oder Pfarrer Mag. Thomas Dopplinger, Tel. 0699-188 77 735.

106. Zl. GD 338; 879/2011 vom 14. April 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Innere Stadt

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Wien-Innere Stadt wird wegen des Ablaufs der derzeitigen zwölfjährigen Amtsperiode der Inhaberin (§ 26 Abs. 2 Ordnung des geistlichen Amtes) hiermit ausgeschrieben und ab 1. September 2012 durch Wahl besetzt.

Die Gemeinde erwartet eine Pfarrerin bzw. einen Pfarrer, die bzw. der sich mit Freude den Herausforderungen einer Kirche im Zentrum der Großstadt stellt. Die Gemeinde umfasst den 1., 4. und 8. Wiener Gemeindebezirk mit ungefähr 3200 Gemeindegliedern. Die Lutherische Stadtkirche zeichnet sich durch ein vielfältiges Gemeindeleben und eine engagierte Mitarbeiterschaft aus.

Die Gemeindeordnung regelt grundsätzlich die Zusammenarbeit der beiden Pfarrer bzw. Pfarrerinnen, jedenfalls sind berufliche Erfahrung und Teamfähigkeit Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit dem nicht-amtsführenden Pfarrer, dem Presbyterium sowie den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. Im Verhältnis zu allen Gemeindegliedern sind Diskussionsbereitschaft und Verständnis gegenüber unterschiedlichen Standpunkten sowie die Bereitschaft, auch im diakonischen Bereich mitzuarbeiten, wünschenswert.

Im Besonderen erwarten wir von einer Bewerberin bzw. einem Bewerber langjährige Erfahrung in der Amtsführung einer Großstadtgemeinde. Wir schätzen Offenheit und Flexibilität im Verhältnis zu anderen Religionen, Konfessionen und Kulturen und Engagement im Dialog von Kunst und Kirche. Außerdem ist Religionsunterricht im vorgesehenen Ausmaß zu erteilen.

Eine Dienstwohnung im Ausmaß von 190 m^2 steht im Pfarrhaus zur Verfügung.

Anfragen und Bewerbungen sind bis 30. Juni 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Innere Stadt, Dorotheergasse 18, 1010 Wien, zu richten.

Auskünfte erteilt Ihnen gerne Kurator Prof. Dr. Ernst Istler unter der Adresse e.istler@gmx.at.

107. Zl. GD 415; 856/2011 vom 12. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Linz-Dornach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Linz-Dornach wird hiermit laut Novelle OdgA im ABl. 11./12. 2010 vom 20. 12. 2010 (192. Zl. G 14; 2371/2010 vom 17. November 2010) zur Besetzung/Wiederbesetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben. Die Stelle wird durch Wahl besetzt.

Das Gemeindegebiet umfasst die Wohngebiete Dornach, Auhof und Katzbach im Stadtgebiet von Linz und die Nachbarorte Steyregg, Luftenberg, Langenstein und St. Georgen an der Gusen. Die Gemeinde zählt etwa 830 Gemeindeglieder.

Auf dem Gemeindegebiet liegen die Johannes-Kepler-Universität Linz und das Evangelische Studentenheim „Dietrich Bonhoeffer".

Am „Heinrich-Gleissner"-Bundesschulzentrum gibt es drei höhere Schulen, (HAK, HLW, Gymnasium), ebenfalls auf dem Gemeindegebiet liegt eine höhere Landwirtschaftsschule am Elmberg sowie ein Seniorenwohnheim und ein Seniorenzentrum. Das Pflichtstunden-Ausmaß an Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden.

Die Aufgaben des Pfarrers/der Pfarrerin umfassen im Wesentlichen die Feier von Gottesdiensten an Sonn- und Feiertagen im Gemeindezentrum, fallweise auch Gottesdienste in Steyregg oder Luftenberg, ebenfalls die Feier von Schulgottesdiensten und ökumenischen Schüler-Gottesdiensten im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht.

Regelmäßige Familiengottesdienste und Feste, im Team vorbereitet, sind ebenfalls üblich und sollen fortgeführt werden.

Jährlich sind mindestens zehn Presbytersitzungen und zwei Gemeindevertretersitzungen zu leiten.

Wir erwarten die gewissenhafte Durchführung von Amtshandlungen, Hausbesuchen, Matrikenführung, Konfirmandenarbeit, Begleitung der Kinder- und Jugendarbeit und Unterstützung der MitarbeiterInnen. Mit den in der Gemeinde tätigen drei Lektoren wird eine gute Zusammenarbeit und Abstimmung erwartet, ebenso mit den beiden Mitarbeiterinnen im Büro.

Dem Pfarrer/der Pfarrerin zur Seite stehen außer den Lektoren viele Gemeindeglieder, die zur Mitarbeit bereit sind: neben den sonntäglichen Gottesdiensten finden regelmäßig Kindergottesdienste statt, es gibt eine Frauenrunde, einen Meditationskreis, Bibelstunde und einen ökumenischen Gesprächskreis.

Da die Gemeinde im Jahr 2010 den neuen „Urnengarten Versöhnungskirche“ in Betrieb genommen hat, eine Urnenbegräbnis-Stätte an der Rückseite der Kirche, wurde dem Pfarrer auch die Funktion des „Friedhofs-Verantwortlichen“ mit Presbyteriums-Beschluss übertragen.

Bereitschaft im Rahmen der Linzer Krankenhausseelsorge im Krankenhaus-Not-Dienst mitzuarbeiten, (Bereitschaftsdienst zirka drei bis vier Wochen im Jahr) wie auch redaktionelle Arbeit beim eigenen Gemeindeblatt „Kreuz und Quer“ und beim „Linzer Kirchenboten“ wird vorausgesetzt. Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Linzer Gemeinden und Pfarrern/Pfarrerinnen sollte ebenso vorhanden sein wie der Wille, die guten ökumenischen Kontakte und Verbindungen zur römisch-katholischen Nachbarpfarre Heiliger Geist zu pflegen und fortzuführen.

Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Fortführung der vielfältigen musikalischen Arbeit (Chorleitung, Musik in den Gottesdiensten) und das Weiterführen der blühenden Bildungswerk-Arbeit in der Gemeinde mit zirka zwölf Veranstaltungen im Jahr.

Die Gemeinde besitzt ein im Jahr 1997 fertiggestelltes Gemeindezentrum, bestehend aus der Versöhnungskirche, einem Gemeindesaal, einem Kindergottesdienstraum, einem Jugendraum und Nebenräumen für Kanzlei und Pfarrbüro.

Die Pfarrwohnung ist zirka 110 m² groß.

Nähere Auskünfte erteilen gerne Kurator Ing. Heinz Puchberger, Mengerstraße 7, 4040 Linz, Tel. (0732) 25 12 28, oder Pfarrer Galter, Tel. 0650-7508891. Informationen auch auf www.evgem-dornach.org oder unter evgem-dornach@gmx.net

Bewerbungen sind bis 30. Juni 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Gemeinde A. B. Linz-Dornach, J.-W.-Klein-Straße 10, 4040 Linz, zu richten.

108. Zl. GD 154; 1049/2011 vom 13. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gallneukirchen

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gallneukirchen muss gemäß Beschluss der Synode A. B. zur Besetzung ab **1. September 2012** ausgeschrieben werden.

Die Wahl des Pfarrers/der Pfarrerin findet im Zuge der Wahlen zur Gemeindevertretung 2011 statt. **Bewerbungen** richten Sie **bis zum 15. Juli 2011** an das Presbyterium, Hauptstraße 1, 4210 Gallneukirchen.

Beschreibung der Pfarrstelle:

Die Evangelische Pfarrgemeinde Gallneukirchen erstreckt sich im unteren Mühlviertel zwischen dem Haselgaben bis zur Landesgrenze zu Niederösterreich bzw. im Norden zur Staatsgrenze zu Tschechien über ein Gebiet von 1200 km². Sie umfasst damit den gesamten politischen Bezirk Freistadt sowie Teile der Bezirke Urfahr-Umgebung und Perg mit 39 politischen Gemeinden. Sie zählt derzeit zirka 1450 Mitglieder.

Der Sitz des Pfarramtes mit Kirche und Pfarrhaus ist in der Stadt Gallneukirchen gelegen, zirka 15 km nordöstlich von Linz. Das aus der Pfarrgemeinde hervorgegangene Evangelische Diakoniewerk ist seit 1964 eigenständig — seine Präsenz vor Ort, die gemeinsame Geschichte und die vielgestaltigen Beziehungen zwischen Gemeinde und Diakonie prägen bis heute ebenso wesentlich das Leben der Pfarrgemeinde wie die Ökumene in der Region.

Predigtstellen sind derzeit in Gallneukirchen (sonn- und feiertags) bzw. in Bad Leonfelden, Freistadt und Weikersdorf (jeweils 1x im Monat und zu besonderen Feiertagen) eingerichtet. Im Pfarrgebiet befinden sich zahlreiche allgemein- bzw. berufsbildende höhere und mittlere Schulen und Ausbildungseinrichtungen (Bad Leonfelden, Freistadt, Hagenberg, Gallneukirchen u. a.), das Landeskrankenhaus Freistadt sowie mehrere Altenwohn- und Pflegeheime.

Aufgaben im Rahmen der Pfarrstelle:

- Vorbereitung, Durchführung, Koordinierung von Gottesdiensten, Andachten und Amtshandlungen,
- Religionsunterricht in verschiedenen Schulen im Pflichtstundenausmaß (acht Stunden),
- Begleitung der Konfirmandinnen und Konfirmanden,
- Einfühlsame Seelsorge an Gemeindemitgliedern aller Altersstufen,
- Zusammenarbeit mit allen ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- konstruktive Zusammenarbeit mit dem Diakoniewerk,
- Initiative und Kreativität im Raum der Ökumene,
- Förderung bestehender Projekte in und im Umfeld der Gemeinde (Diakonie, Musik usw.),
- Entwicklung und Umsetzung von Ideen für eine zukunftsfähige, offene, dialogbereite Pfarrgemeinde.

Wir bieten im Rahmen der Pfarrstelle:

- Die Möglichkeit zur Beteiligung und Mitwirkung an der Weiterentwicklung unseres Gemeindemodelles *„Freundliche Gemeinde“* in fünf Bereichen: Glaube und Leben, Gemeindepädagogik für alle Altersstufen, Bildung und Öffentlichkeit, Diakonie, Ökonomie.
- Ein motiviertes und buntes Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Tätigkeitsfeldern.
- Fachliche Unterstützung durch geringfügig angestellte MitarbeiterInnen in den Bereichen Sekretariat, Küsterdienst, Hausmeister, Friedhofspflege, Jugendarbeit.

- Eine große Dienstwohnung im Pfarrhaus mit Gartenbenutzung und Garage.

Nähere Auskünfte erteilen Kurator Mag. Rudolf Sotz — Telefon (07942) 738 74,

bzw. Kurator-Stellvertreterin Ilse Hauser — Telefon (07235) 610 18.

109. Zl. GD 336; 886/2011 vom 15. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Zurndorf

Die Evangelische Pfarrgemeinde Zurndorf im nördlichen Burgenland ist mit 1. September 2012 neu zu besetzen.

Zur Pfarrgemeinde gehören neben Zurndorf die Orte Gattendorf, Neudorf bei Parndorf, Parndorf und Potzneusiedl.

Insgesamt gehören 1045 Evangelische zur Gemeinde, die zum überwiegenden Teil in Zurndorf ansässig sind.

Das Pfarrhaus an der Hauptstraße ist 1992—94 neu erbaut worden.

Räumlich durch den Hof getrennt befinden sich ein Sitzungsraum mit Teeküche, Büro und Kanzlei gegenüber der Pfarrwohnung mit vier Zimmern und allen Nebenräumen. Der Dachboden kann ausgebaut werden.

Der Dienstwohnungswert beträgt derzeit € 371,23 (zirka 115 m^2).

Die Gemeinde verfügt über die Toleranzkirche, an die ein Gemeindesaal mit Küche und Behinderten-WC angebaut ist. (Toleranzsaal, 2000 bis 2002 komplett renoviert).

Auch die Kirche wurde 2007 bis 2011 innen und außen renoviert.

Der Zugang zu Kirche und Toleranzsaal ist barrierefrei!

In der 24 km entfernten Bezirkshauptstadt Neusiedl am See sind alle höheren Schulen vorhanden, das Landeskrankenhaus liegt im 12 km entfernten Kittsee. Die Verkehrsverbindungen nach Wien (A 4 und Ostbahn, ~ 70 km) sind sehr gut.

Die Gemeinde erwartet von ihrem Pfarrer/ihrer Pfarrerin die Abhaltung der Gottesdienste, Andachten und Amtshandlungen, die Organisation der Kindergottesdienste, des Konfirmandenunterrichtes und die Beratung der MitarbeiterInnen, die Anregung und Leitung der Gemeindearbeit in allen gebotenen Formen sowie Seelsorge und Hausbesuche in Zurndorf und in der zur Gemeinde gehörenden Diaspora.

Im Amtsauftrag verankert ist auch die Zusammenarbeit mit der Pfarrgemeinde Gols, die einen Gottesdienst im Monat in Tadten, sowie einen Gottesdienst im Monat in Neusiedl am See vorsieht. Diese Gottesdienste in den Tochtergemeinden von Gols erfolgen in Absprache mit der amtsführenden Pfarrerin bzw. dem Pfarrer von Gols.

Ebenso gehört die Betreuung des Diakoniezentrums Gols (Pflegeheim) zu den Aufgaben der Pfarrerin/des Pfarrers von Zurndorf.

Dort sollen wöchentlich Gottesdienste abgehalten bzw. organisiert werden (in der Regel dreimal evangelischer, einmal r.-k. Gottesdienst im Monat).

Die evangelischen HeimbewohnerInnen sollen regelmäßig besucht werden und der Kontakt mit der Heimleitung und dem Personal sowie den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen gepflegt werden.

Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden ist am Pannoneum Neusiedl am See (höhere Lehranstalt für Wirtschaft und Tourismus) zu erteilen, sofern der RU an der Volks- und Hauptschule in Zurndorf durch Religionspädagoginnen gewährleistet ist.

Es wird erwartet, dass der Pfarrer/die Pfarrerin in kollegialer Weise mit den Nachbargemeinden Gols und Nickelsdorf-Deutsch Jahrndorf zusammenarbeitet und — nach Neigung und Fähigkeiten — auch übergemeindliche Aufgaben übernimmt, die gerade in diesem Bezirk in besonderem Maße gegeben sind.

Es wird erhofft, dass die ökumenischen Kontakte in der Gemeinde und Region sowie Kontakte zur Evangelischen Kirche der Nachbarländer Ungarn und Slowakei weiterhin gepflegt und gefördert werden.

Wir bitten, die Bewerbungen bis spätestens 30. Juni 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Zurndorf zu richten.

Adresse:
Obere Hauptstraße 30, 2424 Zurndorf,
Tel.+Fax: (02147) 22 50,
E-Mail: zurndorf.evang@gmx.at

Nähere Auskünfte erteilen gerne:

Kurator Johann Zechmeister
Mobil: 0699-11064918

Pfarrerin Silvia Nittnaus
Mobil: 0699-188 77 137

110. Zl. GD 291; 887/2011 vom 15. April 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Siget in der Wart in Kombination mit einer 50-%-Diözesanpfarrstelle für übergemeindliche Arbeit

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Siget in der Wart wird auf Grund des Auslaufens der zwölfjährigen Amtsperiode, zur Besetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben.

Siget ist die einzige ungarische evangelische Gemeinde A. B. im Burgenland.

Zu der Evangelischen Pfarrgemeinde Siget mit der Tochtergemeinde Jabing gehören 331 Gemeindeglieder. Davon 245 in Siget (zu 85% evangelisch), 80 in Jabing und sechs Evangelische im Ortsteil Spitzzicken.

Siget in der Wart liegt an der B 63, 25 km von der ungarischen Grenze und 7 km vom Bezirksvorort Oberwart, die „Metropole“ des Südburgenlandes.

In Oberwart befinden sich alle höheren Schulen:

HAK/HAS, NMS, das Zweisprachige Bundesgymnasium ZBG, und in einem Umkreis von zirka 20 km weitere Schulen wie die HTL in Pinkafeld, das Evangelische Oberstufenrealgymnasium EORG und das BSSM/BORG in Oberschützen.

In Siget ist derzeit eine zweiklassige Volksschule.

Unsere Erwartungen:

— Sonn- und Feiertagsgottesdienste in Siget, vorwiegend ungarisch oder zweisprachig.
Somit sind (sehr) gute Ungarisch-Kenntnisse in Sprache und Schrift unbedingt erforderlich.
— Regelmäßige Gottesdienste und Andachten in der Tochtergemeinde — nur deutsch.
— Ausbau des Gemeindelebens, Betreuung der Mitarbeiter und seelsorgerliche Begleitung der Gemeindeglieder.
— Gestaltung der besonderen Gottesdienste wie Familiengottesdienst, Gemeindefest, musikalische Andachten.
— Leitung des Frauenchores, Betreuung des Frauenkreises.
— Regionale Zusammenarbeit mit dem Burgenländisch-Ungarischen Kulturverein, Pflege der ökumenischen Kontakte, Repräsentation der Pfarrgemeinde, weitere gute Zusammenarbeit mit der politischen Gemeinde Rotenturm an der Pinka.
— Administrative Arbeit in der Pfarrkanzlei.
— Religionsunterricht an höheren Schulen, nach den kirchengesetzlichen Bestimmungen.

Was wir bieten können:

— Ein Pfarrhaus (bewohnbar aber derzeit renovierungsbedürftig) mit einer Wohnfläche von 115 qm. Im Haus (nicht in der Wohnung) ist ein Büro. Dazu gehört ein großer Pfarrgarten.
— Eine neu renovierte Kirche und einen schönen Gemeindesaal.
— Einen Frauenkreis und einen Frauenchor, gut motivierbare Mitarbeiter, nicht im Sinne von Delegation sondern rege Zusammenarbeit.
— Ein dörfliches Leben, wo man an Abenden noch „die Ruhe hört“, wo jeder jeden kennt und man sich um ein Miteinander bemüht.

Die zweite 50-%-Teilstelle ist in Verbindung mit übergemeindlicher Arbeit, im Auftrag des Superintendenten bzw. des Superintendentialausschusses, im Bereich der kategorialen Seelsorge (Polizei, Feuerwehr, Krisenintervention, Notfallseelsorge), Diakonie und Kontakte mit den Evangelischen Kirchen in Ungarn und Rumänien.

Richten sie bitte Ihre Bewerbung bis spätestens 15. August 2011 an das Evangelische Pfarramt A. B. 7501 Siget in der Wart Nr. 79.

Für weitere Auskunft stehen gerne zur Verfügung:

Pfarrer Mag. Otto Mesmer, Tel. 0664-4 75 65 35,
Kurator Dipl.-Ing. Dr. Josef Plank, Tel. (03352) 325 67,
Kurator-Stv. Hans Miklos, Tel. 0664-3 38 06 39,
E-Mail: evab.siget@evang.at.

111. Zl. GD 309; 1013/2011 vom 9. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg wird hiermit ausgeschrieben. Sie ist durch erfolgte Evaluierung als eine 75-%-Gemeinde- und eine 25-%-Schulpfarrstelle definiert. Die Besetzung erfolgt durch Wahl. Dienstantritt ist der 1. September 2011.

Wir sind:

- eine offene und lebendige Pfarrgemeinde mit zirka 770 Gemeindegliedern.
- Die Pfarrgemeinde umfasst den politischen Bezirk Voitsberg und besteht seit 1924.
- Der politische Bezirk Voitsberg liegt in der landschaftlich reizvollen Weststeiermark — Heimat der Lipizzaner, Beginn der Schilcher-Weinstraße.
- Es bestehen gute Kontakte zu den Evangelischen Pfarrgemeinden in Graz und Stainz-Deutschlandsberg sowie ausgezeichnete ökumenische Kontakte.
- Die Evangelischen der Gemeinde leben in den großen Städten des Bezirkes — Voitsberg, Köflach und Bärnbach — und in der Diaspora verstreut.
- Wir sind eine aufgeschlossene Gemeinde mit einem engagierten MitarbeiterInnenteam und verantwortungsvollen Gremien (Gemeindevertretung, Presbyterium).
- Der Sitz des Pfarramtes ist das evangelische Gemeindezentrum (Pfarrhaus und Kirche) in Voitsberg. Die Kirche wurde 2010 umfassend renoviert und im Zuge dessen mit einer Fußbodenheizung versehen.

Wir erwarten:

- Geschwisterliche Zusammenarbeit der Pfarrerin/des Pfarrers mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/inne/n in der Pfarrgemeinde (Religionslehrerin).
- Inhaltliche und seelsorgerliche Begleitung der Mitarbeiter/innen.
- Regelmäßige Besuche der Evangelischen in der Pfarrgemeinde.
- Betreuung der evangelischen Patient/inn/en im LKH Voitsberg sowie der Bewohner/innen in den Pflege- und Altenheimen des Bezirkes.
- Feier der Gottesdienste an den Sonn- und Feiertagen in Voitsberg.
- Ökumenische Aufgeschlossenheit.
- Fortführung der guten öffentlichen Kontakte.
- Den Ausbau der Familien- und Kinderarbeit mit der nachfolgenden Generation.
- Erteilung des Religionsunterrichts an den höheren Schulen und den Pflichtschulen im Ausmaß von elf Wochenstunden.

Wir bieten:

- Eine Dienstwohnung im 1. Stock des Pfarrhauses im Ausmaß von 121 m^2, bestehend aus vier Zimmern, neuer Küche, Bad/WC und Vorraum, zusätzlich Kellerabteil und Garage. Das gesamte Pfarrhaus ist an die Fernwärme angeschlossen. Dem Evangelischen

Gemeindezentrum ist ein großer Garten angeschlossen, der selbstverständlich zur Mitbenützung zur Verfügung steht.
- Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen für die Kinderarbeit und den Kirchenbeitrag.
- Ein Lektor, der bei der Gottesdienstgestaltung und Durchführung mitarbeitet.
- Alle Schultypen sind im Bezirk Voitsberg erreichbar; die Landeshauptstadt Graz ist nur 30 km entfernt.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung bis zum 30. Juni 2011. Wir bitten, diese an das Presbyterium der **Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg, Bahnhofstraße 12, 8570 Voitsberg,** zu richten.

Nähere Auskünfte geben Ihnen gerne Kuratorin Roswitha Großauer, Tel. 0699-18877636, und Pfarrerin Mag. Daniela Kern, Tel. (03142) 223 67 bzw. 0699-18877635.

112. Zl. GD 164; 1053/2011 vom 13. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der dritten Pfarrstelle (Tochtergemeinde Liebenau) der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche

Wegen Ablaufs der zwölfjährigen Amtszeit wird die dritte Pfarrstelle der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche, welche der Tochtergemeinde Liebenau zugeordnet ist, zur Besetzung zum 1. September 2012 ausgeschrieben.

Die Tochtergemeinde Liebenau umfasst den Grazer Bezirk Liebenau, einen Teil der Stadtbezirke St. Peter (Raaba), sowie die im Südosten angrenzenden Siedlungsgebiete des Bezirkes Graz-Umgebung mit zirka 1500 Gemeindeglieder. Das Gemeindezentrum mit Büroräumen, Gemeindesaal, Kinderraum, Pfarrgarten und Pfarrerdienstwohnung liegt in der Raiffeisenstraße 166 in Graz-Liebenau.

Die Tochtergemeinde Liebenau hat eine eigenständige Gemeindeleitung und -arbeit. Das Matriken- und Kirchenbeitragswesen wird von der Pfarrgemeinde geführt.

Die Tochtergemeinde erwartet neben den in Kirchenverfassung und OdgA festgelegten Pflichten engagierte Zusammenarbeit mit den Gemeindegliedern und Kooperationsbereitschaft mit den Gremien und MitarbeiterInnen der Pfarrgemeinde sowie die Fortführung der intensiven ökumenischen Zusammenarbeit mit den r.-k. Nachbargemeinden.

Die Betreuung und Begleitung von Kinderarbeit (KinderSommerWoche, TrippTrapp . . .).

Des weiteren sollen Kulturveranstaltungen, die im Rahmen des „dezentralen Kulturzentrums Liebenau“ stattfinden, weiterhin initiiert und durchgeführt werden.

Die Tochtergemeinde feiert Gottesdienste und Familiengottesdienste an Sonn- und Feiertagen in der Erlöserkirche in Liebenau sowie derzeit zehnmal im Jahr in der Predigtstation Laßnitzhöhe und zweimal im Jahr in der Predigtstation Pachern. Es ist geplant die Gottesdienste in den Umlandgemeinden zu intensivieren.

Kindergottesdienste und Krabbelgottesdienste („Tripp Trapp“, 1x im Monat) die parallel zum Sonntagsgottesdienst stattfinden werden von der Gemeindepädagogin und einem MitarbeiterInnen-Team getragen.

In der Tochtergemeinde arbeiten derzeit vier LektorInnen, eine Gemeindepädagogin (20 Wochenstunden), eine Sekretärin (22 Wochenstunden) und viele engagierte Gemeindeglieder.

In der Pfarrgemeinde Heilandskirche ist der/die PfarrerIn für den Bereich Jugendarbeit verantwortlich. Dies bedeutet z. B. die Mitarbeit in der Konfiarbeit, im offenen Jugendzentrum Domino sowie bei Freizeiten.

Mit der Pfarrstelle verbunden ist die Erteilung von **Religionsunterricht** im Ausmaß von acht Wochenstunden.

Wir bieten eine Pfarrerwohnung im Erdgeschoss des Pfarrhauses mit zirka 93 m². Sie umfasst vier Zimmer, Küche, Bad und Nebenräume und zusätzlich eine Terrasse mit 42 m² sowie ein Kellerabteil mit 12 m². Angeschlossen ist das Büro mit zwei Räumen. Im ersten Stock des Pfarrhauses befindet sich ein Besprechungszimmer. Ein Carport der Gemeinde kann gemietet werden. Die Nutzung des großen Pfarrgartens steht dem Pfarrer zu und kann in Einzelfällen durch Gemeindeveranstaltungen eingeschränkt sein.

Bewerbungen sind bis 30. Juli 2011 (Datum des Poststempels) an das Presbyterium der Tochtergemeinde Erlöserkirche, Raiffeisenstraße 166, 8041 Graz, erbeten.

Weiter Auskünfte geben gerne der Kurator der Tochtergemeinde Dipl.-Ing. Robert Finsterbusch, Tel. (0316) 47 24 81, E-Mail: robert.finsterbusch@tugraz.at oder evang-graz-liebenau@aon.at und die amtsführende Pfarrerin der Pfarrgemeinde Mag. Ulrike Frank-Schlamberger, Tel. (0316) 82 75 28 14, E-Mail: frank-schlamberger@heilandskirche.st.

Homepage:
www.evang-graz-liebenau.at, www.heilandskirche.st.

113. Zl. GD 225; 1304/2011 vom 31. Mai 2011

Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach wird hiermit zur Neubesetzung mit 1. September 2011 ausgeschrieben.

Wir sind:

Eine Pfarrgemeinde mit zirka 950 Seelen. In der Muttergemeinde Mistelbach mit der Elisabethkirche feiern wir jeden 1. und 3. Sonntag Gottesdienste. In der Tochtergemeinde Laa an der Thaya finden die Gottesdienste in der Christuskirche jeden 2. und 4. Sonntag statt.

Zur Unterstützung des Pfarrers/der Pfarrerin stehen eine Lektorin in Mistelbach und ein Lektor in Laa an der Thaya zur Verfügung. Zwei Organisten wechseln sich im Einsatz ab. Unser Gemeindegebiet umfasst in etwa den

Bezirk Mistelbach, Teile des Bezirks Hollabrunn und den nördlichen Teil des Bezirks Gänserndorf.

Wir erwarten von Ihnen:

Wahrnehmung der regelmäßigen Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen und der erforderlichen Amtshandlungen sowie die seelsorgliche Begleitung der Gemeinde und Hilfe beim Aufbau der Kinder- und Jugendarbeit.

Begleitung und wertschätzender Umgang mit haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

Eine gute Zusammenarbeit mit den zahlreichen Schulen. Das Pflichtstundenausmaß im Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden am Gymnasium Laa an der Thaya und im Bundesschulzentrum Mistelbach. Für den Religionsunterricht an den Pflichtschulen und berufsbildenden Pflichtschulen stehen zwei Religionslehrerinnen zur Verfügung.

Zusammenarbeit mit unserem Besucherteam im Krankenhaus Mistelbach.

In unserer 1600 km^2 großen Pfarrgemeinde sind Hausbesuche bei unseren zerstreut lebenden Gemeindemitgliedern sehr erwünscht und notwendig.

Weiterführung der bestehenden guten ökumenischen Kontakte und Kontaktpflege zu den öffentlichen Gemeinden und Einrichtungen.

Wir bieten:

Wohnung im Pfarrhaus (drei Zimmer, Küche, Bad, WC, gr. Vorraum im Erdgeschoß, drei Zimmer, Dusche, WC und begehbarer Schrank im Dachgeschoß), Fernwärme zentralbeheizt, Terrasse in den Gemeindegarten mündend, ruhige Lage! Zentral gelegen! Kirchennähe!

Eine geringfügig beschäftigte Pfarrsekretärin, ein Büro samt den nötigen technischen Geräten, sowie einen Gemeinderaum, eine Küche und ein WC im Keller.

Weitere Informationen, insbesondere auch über aktuelle Aktivitäten, sind auf unserer Homepage unter www.evang-mistelbach.at abrufbar.

Bewerbungen sind bis 20. Juni 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach, Hugo-Riedl-Straße 13, 2130 Mistelbach, E-Mail: evang.mistel@aon.at zu richten.

Auskünfte erteilen: Pfarrer Mag. Willi Thaler, Tel. 0699-188 77 731, und Kuratorin Monika Keintzel, Tel. 0699-188 77 349.

114. Zl. P 1946; 948/2011 vom 29. April 2011

Bestellung von Mag. András Vető zum Pfarrer auf die Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf

Mag. András Vető wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA bzw. unter Bedachtnahme auf § 28 Abs. 5 WahlO zum Pfarrer auf die Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Floridsdorf gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

115. Zl. P 2276; 965/2011 vom 2. Mai 2011

Bestellung von Herrn Karl Weinberger zum Pfarrer in der Krankenhausseelsorge der Superintendenz Wien

Karl Weinberger wurde gemäß § 109 Abs. 1 KV alt zum Pfarrer in der Krankenhausseelsorge der Superintendenz Wien im Krankenhaus Hietzing-Rosenhügel (KHR) und im Geriatriezentrum am Wienerwald (GZW) im Umfang einer 100-%-Pfarrstelle bestellt. Durch den Rückgang der Anzahl von Patientinnen und Patienten im GZW und die bevorstehende Standortauflösung desselben, kommt mit Wirkung vom 1. September 2011 das SMZ-Süd-Kaiser-Franz-Josef-Spital mit dem Geriatriezentrum Favoriten zu dieser Pfarrstelle hinzu.

116. Zl. GD 402; 1029/2011 vom 11. Mai 2011

E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Timelkam ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: pfarramt@evang-timelkam.at

Die Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Timelkam lautet:

Homepage: http://evang-timelkam.at

117. Zl. S 06; 1036/2011 vom 12. Mai 2011

Homepage der Evangelischen Krankenhausseelsorge in Österreich

Die Adressen der Homepage der Evangelischen Krankenhausseelsorge in Österreich lauten:

Homepage: http://krankenhausseelsorge.evang.at

und

Homepage: http://www.evang.at/krankenhausseelsorge

118. Zl. GD 342; 1050/2011 vom 13. Mai 2011

E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Neubau/Fünfhaus

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Neubau/Fünfhaus ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: evang.neubau@aon.at

Die Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Neubau/Fünfhaus lautet:

Homepage: http://www.evang7.at

RUHESTAND

Mit 1. Juli 2010 trat

Pfarrerin Mag. Johanetta Reuss

in den Ruhestand.

Johanetta Reuss wurde am 29. Juni 1957 als Tochter von Marie-Luise und Dipl.-Ing. Heinrich IV. Reuss in Wien geboren. Sie besuchte die Volksschule in Ernstbrunn, die höhere Schule in St. Veit an der Glan und in Mistelbach, wo sie im Jahr 1976 die Reifeprüfung ablegte. Sie studierte evangelische Theologie in Wien, Göttingen und München. Schon während ihrer Studienzeit war sie in vielfältigen kirchlichen Handlungsfeldern tätig, neben Kinder- und Konfirmandenarbeit in Wiener Gemeinden ist vor allem die Besuchstätigkeit im Rahmen der Johanniter-Hilfsgemeinschaft zu nennen, die sie nach eigenem Bekunden sehr gerne gemacht hat, wollte sie doch Krankenhausseelsorgerin werden. Nach zwei Jahren Vikariat in Lutzmannsburg bestand sie am 27. Juni 1985 das Examen pro ministerio mit dem Gesamtergebnis „sehr gut". Am 8. September 1985 wurde Mag. Johanetta Reuss von Superintendent Dr. Gustav Reingrabner zum geistlichen Amt ordiniert. Neben ihrer ersten Pfarrstelle, die sie in Lutzmannsburg übernommen hat, widmete sie sich durch ein Gaststudium an der Universität Halle/Saale dem Thema „Gemeinschaft beim jungen Zinzendorf". Während ihres Pfarrdienstes in Lutzmannsburg fiel auch die Grenzöffnung mit Ungarn. Mit großem Einsatz widmete sie sich der Tausenden von Flüchtlingen aus der damaligen DDR, sodass sich auch Jahrzehnte später sich Menschen an ihr damaliges Engagement erinnerten. Nach einem Sabbatjahr (1990) wechselte sie in den Dienst der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Dort war sie für mehrere Gemeinden und als „Bildungsbeauftragte" auch für die nach der Wende möglich gewordene Wiedereinführung des Religionsunterrichts an den Schulen verantwortlich. Ein Stück weit war die Tätigkeit in der Gemeinde Urbach (Propstei Nordhausen) ein Anknüpfen an den alten familiären Traditionen. Noch ihr Großvater lebte während der Sommermonate auf dem in der Nähe gelegenen Schloss Köstritz. Geprägt von lutherisch-pietistischem Geist hatte er das Schloss zu einem Zentrum bekenntnistreuer evangelischer Christen und Christinnen gemacht, die sich nicht durch den Ungeist des Nationalsozialismus vereinnahmen ließen. Weitere Schwerpunkte ihrer Tätigkeit waren die Aus- und Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter/innen, insbesondere von Lehrern/innen, und die erfolgreiche Restaurierung von Kirchbauten und Pfarrhäusern.

1999 kehrte Johanetta Reuss nach Österreich und in den Dienst der Evangelischen Kirche A. B. zurück. Sie wurde zur amtsführenden Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde Wien-Liesing gewählt und mit Wirkung vom 1. September 1999 bestellt. Gemeinsam mit Pfarrerin Mag. Gabriele Lang-Czedik wurde sie am 19. September 1999 durch Superintendent Mag. Werner Horn ins Amt eingeführt. Ab 1. September 2002 war sie als Pfarrerin von Liesing nicht mehr im Religionsunterricht, sondern in der Krankenhausseelsorge tätig.

Ab 4. November 2003 wurde sie zum Dienst einer Pfarrerin auf die 50-%-Gefängnisseelsorgepfarrstelle der Diözesen Wien und Niederösterreich bestellt. Zur selben Zeit übernahm sie auch die Aufgabe einer Krankenhausseelsorgerin (im Ausmaß von 50%) in Wien. Johanetta Reuss hat, verwurzelt in einer guten lutherischen Tradition, ihren Dienst als Geistliche überzeugend gestaltet. Sie verstand es, ihre Weltoffenheit und weiten Erfahrungen, ihre theologische Grundausrichtung als Pfarrerin nahe bei den Menschen zu leben und umzusetzen. Gerade in der traditionsbewussten burgenländischen Toleranzgemeinde Lutzmannsburg gelang es ihr als einer der ersten amtsführenden Pfarrerinnen unserer Kirche, durch ihr eigenes Leben und Wirken große Zustimmung zur völligen Gleichberechtigung der Frauen in den kirchlichen Diensten zu erlangen. Besonders während ihrer Tätigkeit in Urbach stellte sie ihre organisatorischen Talente und auch ihre Leitungskompetenz eindrücklich unter Beweis. Eine besondere Stärke war ihr in der Seelsorge gegeben, die sie schwerpunktartig von den ersten noch ehrenamtlichen Tätigkeiten bis zur letzten Pfarrstelle begleitet hat. Leider war sie in den letzten Jahren durch Krankheit belastet und oft am Ausüben ihres Dienstes gehindert. So sei ihr im Namen der Evangelischen Kirche A. B. von Herzen für ihren Dienst gedankt. Die Bitte um Gottes Geleit und Segen gehen auf dem Übergang in einen neuen Lebensabschnitt mit ihr.

(Zl. P 1567; 1296/2011 vom 27. Mai 2011.)

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 30. Juni 2011 | 6. Stück

119. Kollektenaufruf für den 6. Sonntag nach Trinitatis, 31. Juli 2011
120. Kollektenaufruf für den 10. Sonntag nach Trinitatis — Israelsonntag 28. August 2011
121. Empfohlene Kollekte: 3. Sonntag im September 2011 für den Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfonds
122. Prüfungskommission für die Amtsprüfung (Examen pro ministerio)
123. Termin für die mündliche Amtsprüfung (Examen pro ministerio) 2012
124. Ansuchen um Zulassung zur Amtsprüfung im April 2012
125. Themen für die Hausarbeiten der Amtsprüfung im April 2012
126. Evangelischer Waisenversorgungsverein Wien
127. Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Steyr — Anerkennung als evangelisch-kirchlichen Verein
128. Anträge und Ansuchen um Zuschüsse, Subventionsansuchen
129. Neue Taufagende für die Evangelische Kirche A. B. in Österreich
130. Evangelische Lektorenarbeit — Lektorentermine
131. Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung; Ergänzung von ABl. Nr. 11/2011
132. Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Ungarisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich
133. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt und Brigittenau
134. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf
135. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols
136. Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols
137. Ausschreibung (erste) der Krankenhaus-Pfarrstelle in Linz
138. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Stadl-Paura
139. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Ischl
140. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen
141. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gastein
142. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Purkersdorf
143. Bestellung von Mag. Gerda Pfandl zur Hochschulpfarrerin für Wien und für die Evangelische Hochschulgemeinde in Österreich
144. Zuteilung von MMMag. Janine Werneck-Reich als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels
145. E-Mail-Adresse von Präsident Rechtsanwalt Dr. Peter Krömer
146. Faxnummer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Vöcklabruck
147. Änderung der Anschrift der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Markt Allhau
Kirchliche Mitteilungen

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

119. Zl. A 05; 1479/2011 vom 16. Juni 2011

Kollektenaufruf für den 6. Sonntag nach Trinitatis, 31. Juli 2011

Liebe Schwestern und Brüder!

Wir sagen Ihnen und Gott herzlichen Dank dafür, dass bei der empfohlenen Kollekte 2010 mehr als 10.000 € für Evangelisation und Gemeindeaufbau gespendet wurde. Das war Weihnachten mitten im Sommer!

Heuer arbeiten wir intensiv an der Vorbereitung der Gemeindevertretungswahlen. Unser Ziel dabei ist, die Gemeinden bei der Durchführung zu unterstützen, und alles zu tun, dass diese Wahlen ein guter, wichtiger Schritt der Gemeinde auf dem Weg in die Zukunft werden. Dem dienen die Materialien, die wir auf www.evang.at/wahlen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus haben wir eine Menge Tools und Erfahrung in der Werkzeugkiste, mit denen wir die Startphase nach den Wahlen begleiten wollen. Unser Team steht bereit!

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

Damit — und mit vielem mehr — arbeiten wir dafür, dass Menschen neu beginnen Gott zu vertrauen, in unseren Gemeinden Heimat und Aufgabe finden und unsere Kirche wieder wachsen kann!

Wir hoffen und bitten darum, dass Sie uns mit Ihrer Spende unterstützen!

Fritz Neubacher
Rektor des Werks für Evangelisation und Gemeindeaufbau

120. Zl. KOL 12; 1398/2011 vom 9. Juni 2011

Kollektenaufruf für den 10. Sonntag nach Trinitatis — Israelsonntag 28. August 2011

Der 10. Sonntag nach Trinitatis hat die Beziehung der Christen zum Volk Israel zum Thema. An diesem Tag bitten wir Sie sehr herzlich um Ihre Kollekte für den Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Der Koordinierungsausschuss unterstützt unsere Kirche in der praktischen Umsetzung der Synodenerklärung von 1998 „Zeit zur Umkehr — Die Evangelischen Kirchen in Österreich und die Juden". Dieses programmatische Wort hält fest, dass der jüdische Glaube Quelle und Wurzel unseres Bekenntnisses zu Jesus Christus ist. In der Präambel unserer Kirchenverfassung bekennt unsere Kirche „die bleibende Erwählung Israels als Gottes Volk". Mit ihm zusammen sind wir unterwegs zur Vollendung in Gott.

Der Koordinierungsausschuss fördert die Begegnung mit dem Judentum durch ein vielfältiges Bildungsangebot wie Kurse, Tagungen, Führungen und die Zeitschrift Dialog-DuSiach.

In Wien-Leopoldstadt bietet der Koordinierungsausschuss in einer öffentlichen Bibliothek eine umfassende Sammlung von Materialien und Veröffentlichungen zum christlich-jüdischen Dialog. Sie können auch eine Wanderausstellung für die Gemeindearbeit entlehnen. Auf der Website www.christenundjuden.org finden Sie reichhaltige Hintergrundinformationen zur christlich-jüdischen Zusammenarbeit und aktuelle Veranstaltungstermine aus ganz Österreich.

Die Kollekte des heutigen Israelsonntages ist für diese einzige österreichweite Organisation bestimmt, in der Christen und Christinnen verschiedener Konfessionen mit Juden und Jüdinnen seit Jahrzehnten partnerschaftlich zusammen arbeiten.

Danke, dass Sie dieses Anliegen mit Ihrer Spende unterstützen!

Dr. Markus Himmelbauer
(Geschäftsführer Koordinierungsausschuss)

Pfarrer Mag. Roland Werneck
(Gesamtkirchlicher Beauftragter für das christlich-jüdische Gespräch)

121. Zl. KOL 31; 1476/2011 vom 16. Juni 2011

Empfohlene Kollekte: 3. Sonntag im September 2011 für den Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfonds

In wenigen Tagen beginnt an der Evangelisch-Theologischen Fakultät sowie an den anderen Universitäten und Fach-Hochschulen wieder der Studienbetrieb.

Mit Freude und Dankbarkeit können wir Jahr für Jahr feststellen, dass sich junge Menschen entschließen, eine universitäre Ausbildung im Blick auf einen Dienst in unserer Kirche zu beginnen, sei es im Pfarramt oder Religionsunterricht oder in einer diakonischen Einrichtung.

Durch den Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfonds wird, ganz im Sinne des Namensgebers, Professor Wilhelm Dantine, TheologiestudentInnen ein kostengünstiges Wohnen im Studentenheim unserer Kirche ermöglicht. Darüber hinaus werden Studierende der Kirchlich-Pädagogischen Hochschule und auch anderer Fachrichtungen gefördert. Vikare und Vikarinnen erhalten zum Beginn und zum Ende ihrer praktischen Ausbildung zum Pfarramt nochmals ein Büchergeld, das ebenfalls aus diesem Fonds gespeist wird.

Die Dankesbriefe der Studierenden sind berührend zu lesen und zeigen, dass manche junge Menschen, besonders jene mit kleinen Kindern, auf Unterstützung von uns allen angewiesen sind.

Diesen Dank gebe ich gerne an Sie alle weiter und bitte auch in diesem Jahr wieder um Ihre Unterstützung für den Dr.-Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfonds. Gott segne Ihre Gabe.

Dr. Hannelore Reiner
Oberkirchenrätin für Ausbildung und Personal

122. Zl. A 17; 1449/2011 vom 14. Juni 2011

Prüfungskommission für die Amtsprüfung (Examen pro ministerio)

Der Evangelische Oberkirchenrat A. u. H. B. gibt hiermit die Zusammensetzung der Prüfungskommission nach § 3 Verordnung für die Amtsprüfung (Amtsblatt Juni 2005) bekannt.

Vorsitzende:

Bischof Dr. Michael Bünker
LSI Mag. Thomas Hennefeld

Prüfer:

OKR Dr. Hannelore Reiner
(Predigt, Gottesdienst, Amtshandlungen)

Ersatzleute:

Pfr. Dr. Ines Knoll

Sup. Mag. Hermann Miklas
(Seelsorge, Beratung, Gespräch)

Pfr. Mag. Johanna Uljas-Lutz

OKR SC i. R. Dr. Raoul Kneucker
(Gemeindeleitung und Kirchenrecht)

Univ.-Prof. MR Dr. Karl W. Schwarz

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Körtner
(Ökumene, Mission, Diakonie)

Dir. Mag. Barbara Heyse-Schaefer

OKR Mag. Karl Schiefermair
(Religionspädagogik und Erwachsenenbildung)

Univ.-Prof. Dr. Robert Schelander

Univ.-Prof. MR Dr. Karl W. Schwarz
(Österreichische Kirchengeschichte)

Univ.-Prof. DDr. Rudolf Leeb

Dr. Hannelore Reiner
Oberkirchenrätin

123. Zl. A 17; 1447/2011 vom 14. Juni 2011

Termin für die mündliche Amtsprüfung (Examen pro ministerio) 2012

Die mündliche Amtsprüfung 2012 findet am Montag, dem 30. April 2012, ab 8.30 Uhr im Evangelischen Zentrum, Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien, statt.

124. Zl. A 17; 1448/2011 vom 14. Juni 2011

Ansuchen um Zulassung zur Amtsprüfung im April 2012

Gemäß § 4 der Verordnung für die Amtsprüfung (Amtsblatt Juni 2005) ergeht hiermit an die PfarramtskandidatInnen, die die Amtsprüfung im Schuljahr 2011/2012 abzulegen beabsichtigen, die Aufforderung, bis zum 1. Oktober 2011 schriftlich und über den Dienstweg beim Evangelischen Oberkirchenrat A. u. H. B. um Zulassung anzusuchen.

Ein ausgeführter Gottesdienst inklusive Predigt ist dem Gesuch um Zulassung zur Amtsprüfung beizulegen und darf nicht älter als vier Monate sein.

125. Zl. A 17; 1450/2011 vom 14. Juni 2011

Themen für die Hausarbeiten der Amtsprüfung im April 2012

Nach § 5 Abs. 3 (Amtsblatt Juni 2005) Verordnung für die Amtsprüfung veröffentlicht der Evangelische Oberkirchenrat A. u. H. B. die Hausarbeitsthemen für die Amtsprüfung 2012:

Prüfungsgebiet 1:

10 Jahre Evangelisches Gottesdienstbuch
Erfahrungen, Nutzen und Probleme bei dessen Anwendung in der österreichischen Gottesdienstgestaltung.

Prüfungsgebiet 2:

„Wenn aus dem Kasual- ein Seelsorgegespräch wird".

Prüfungsgebiet 5:

„Aufgaben und Chancen evangelischer Privatschulen".

Prüfungsgebiet 6:

a) Die Evangelische Kirche im ersten Nachkriegsjahrzehnt im Spiegel der „SAAT".

b) Die Evangelische Kirche in den 60-er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Theologiegeschichtliche, gemeindegeschichtliche, soziologische und politische Aspekte.

Jede Hausarbeit (auch die Ausarbeitung des Gottesdienstes) ist mit dem eigenhändig unterschriebenen Zusatz: „Selbst verfasst" zu versehen.

126. Zl. VER 41; 1433/2011 vom 14. Juni 2011

Evangelischer Waisenversorgungsverein Wien

In der Generalversammlung vom 27. Mai 2011 und der Vorstandssitzung vom 30. Mai 2011 sind folgende Funktionäre (z. T. wieder-)gewählt worden:

Funktion	Name
Obmann	Dr. Siegfried TAGESEN
Obmann Stv.	Senior Mag. Gerhard KRÖMER
Schriftführer	Dipl.-Ing. Susanne DRAXLER
Schriftführer Stv.	Eva FISCHER
Rechnungsführer	Robert WAGENKNECHT
Rechnungsführer Stv.	Helmut SCHAGER
weitere Vorstandsmitglieder	Dr. Otto DIETRICH jun. Stefan KUNRATH Dipl.-Ing. Christoph THETTER

127. Zl. VER 72; 1465/2011 vom 15. Juni 2011

Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Steyr — Anerkennung als evangelisch-kirchlichen Verein

Der Oberkirchenrat A. und H. B. hat in seiner Sitzung vom 7. Juni 2011 den Verein „Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Steyr" als evangelisch-kirchlichen Verein anerkannt und die Statuten in der vorgelegten Fassung genehmigt (Bescheid vom 15. Juni 2011). Der Verein ist im Zentralen Vereinsregister zu ZVR-Zahl 416508302 erfasst.

128. Zl. LK 022; 1517/2011 vom 20. Juni 2011

Anträge und Ansuchen um Zuschüsse, Subventionsansuchen

Unter Hinweis auf die Subventionsrichtlinien (Subv-VO 1999, ABl. Nr. 226/1999, 52/2006 und 211/2007) wird daran erinnert, dass Ansuchen um Zuschüsse und Subventionen aus dem Haushalt der Evangelischen Kirche A. und H. B. sowie der Evangelischen Kirche A. B. für das Rechnungsjahr 2012 ordnungsgemäß belegt

ausnahmslos bis spätestens 31. Juli 2011

im Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, eingelangt sein müssen. Ansuchen, die an andere Stellen gerichtet worden sind und deshalb nach dem festgesetzten Termin im Kirchenamt A. B. einlangen, können ausnahmslos nicht behandelt werden. Den Ansuchen sind alle laut den Bestimmungen der Subv-VO 1999 erforderlichen Unterlagen und Nachweise beizuschließen.

Ausdrücklich wird auf § 18 KVO hingewiesen, wonach die Haushaltspläne Dienstpostenpläne sowie Angaben über beabsichtigte Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu enthalten haben und den Rechnungsabschlüssen Ausweise über das unbewegliche und bewegliche Vermögen einschließlich der Anlagen beizufügen sind.

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

129. Zl. SYN 2; 1381/2011 vom 8. Juni 2011

Neue Taufagende für die Evangelische Kirche A. B. in Österreich

Auf der 7. Session der 13. Synode A. B. wurde wie folgt mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen:

Die bisherige Agende bleibt in Geltung. Die neu vorgelegte Agende wird für drei Jahre an die PfarrerInnen und Gemeinden zur Erprobung gegeben.

1. *Die Taufagende der Evangelischen Kirche in Österreich gemäß Beschluss der Synode A. B. vom 20. November 1984 bleibt weiter in Kraft.*
2. *Die Taufagende „Die Taufe als Weg“ wird bis 31. Dezember 2014 zur Erprobung in Kraft gesetzt.*
3. *Die Presbyterien und Superintendentialausschüsse A. B. werden aufgefordert, ihre Erfahrungen bis 31. Dezember 2013 dem Evangelischen Oberkirchenrat A. B. und dem Ausschuss für Gottesdienst und Kirchenmusik mitzuteilen.*

Ab Sommer 2011 kann die neue Taufagende in digitaler Version den Evangelischen Gemeinden A. B. zur Verfügung gestellt werden, ab Herbst 2011 ist eine Bereitstellung in Druckversion vorgesehen.

Dr. Peter Krömer
Präsident der Synode A. B.

Dipl.-Ing. Mag. Hans Hecht
Schriftführer der Synode A. B.

130. Zl. S 15; 1269/2011 vom 24. Mai 2011

Evangelische Lektorenarbeit — Lektorentermine

a) Die E-Mail-Adresse für die gesamtösterreichische Lektorentagung lautet:
lektoren@evang.at

b) Der nächste Sakramentskurs der Österreichischen Lektorenarbeit findet vom 21. bis 22. Oktober 2011 im Volksbildungsheim Schloss Martin in Graz statt.
Anmeldeformulare sind bei den diözesanen Lektorenleitern erhältlich und bis zum 20. September 2011 an den gesamtösterreichischen Lektorenleiter zu senden.

c) Die Internationale Lektorentagung findet vom 23. bis 25. September 2011 auf dem Liebfrauenberg im Elsass statt und steht unter dem Thema: Grundlinien der „dramaturgischen Homiletik“.
Interessenten mögen sich beim heurigen Leiter der österreichischen Delegation, Herrn Pfarrer Dipl.-Ing. Mag. Hans Hecht, melden: ev.pfarramt.lienz@aon.at

131. Zl. LK 4; 1527/2011 vom 21. Juni 2011

Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung; Ergänzung von ABl. Nr. 11/2011

Mit dem Bundesgesetzblatt vom Dezember 2010, Teil I, sind unter der Nr. 111 weiters folgende Ansätze des Vertragsbedienstetengesetzes des Bundes mit Wirkung vom 1. Jänner 2011 geändert worden:

In § 22 Abs. 2 wird in der Tabelle der Betrag „148,9 €“ durch den Betrag „150,4 €“ und der Betrag „189,1 €“ durch den Betrag „191,0 €“ ersetzt.

Die Tabelle in § 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Entlohnungsstufe	Entlohnungsgruppe l ph	l 1	l 2a 2	l 2a 1	l 2b 1	l 3
	Euro					
1	2382,80	2156,50	1963,70	1837,30	1681,—	1513,30
2	2382,80	2225,80	2022,10	1891,30	1711,30	1538,80
3	2382,80	2295,20	2080,40	1945,60	1743,20	1563,50
4	2581,10	2372,20	2138,90	2000,10	1775,50	1588,80
5	2779,90	2538,80	2197,—	2054,30	1809,40	1614,10
6	2978,60	2713,70	2316,20	2165,10	1897,30	1653,40
7	3178,—	2888,70	2458,60	2279,90	1986,90	1714,10
8	3378,40	3058,10	2600,40	2393,30	2076,10	1779,10
9	3579,60	3234,30	2764,10	2523,70	2164,80	1846,50
10	3781,20	3415,50	2927,80	2654,70	2253,80	1915,—

11	3982,80	3575,70	3093,90	2787,20	2342,10	1984,30
12	4185,70	3750,90	3260,70	2918,80	2463,90	2052,20
13	4387,40	3926,10	3426,80	3051,70	2585,90	2121,70
14	4589,40	4101,50	3593,40	3185,20	2707,40	2191,20
15	4791,70	4276,80	3760,—	3318,30	2828,90	2285,90
16	5073,30	4446,70	3907,80	3434,40	2936,40	2380,50
17	5341,30	4668,30	4063,60	3558,10	3049,—	2473,90
18	5609,60	4668,30	4229,10	3690,10	3170,20	2567,80
19	5876,60	5000,20	4380,70	3809,70	3280,40	2661,60

132. Zl. GD 423; 1467/2011 vom 15. Juni 2011

Ausschreibung (erste) der 50-%-Teilpfarrstelle der Ungarisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich

Die 50-%-Teilpfarrstelle der Ungarisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich wird wegen des Ablaufs der Zuteilungsperiode der Inhaberin hiermit ausgeschrieben und ab 1. September 2011 durch Wahl besetzt.

Die Ungarisch-Evangelische Gemeinde A. B. ist eine Personalgemeinde in der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich. Das Gebiet der Gemeinde ist das Gesamtgebiet Österreichs, konzentriert sich aber auf die Großräume Wien und Graz. Die Gottesdienste werden in Wien in der Kapelle der Auferstehungskirche (Lindengasse), in Graz in der Heilandskirche und gelegentlich in anderen Städten Österreichs gefeiert. Unsere Besonderheit ist, dass wir ein zusätzliches Angebot in der ungarischen Muttersprache anbieten, insofern erwarten wir ausgezeichnete Ungarisch- und Deutschkenntnisse.

Die Gemeinde erwartet eine Pfarrerin bzw. einen Pfarrer, die bzw. der sich den Herausforderungen einer kleinen Diasporagemeinde stellt. Viel Eigeninitiative, besondere Flexibilität, Kommunikations- und Teamfähigkeit sind zu dieser Arbeit erforderlich. Wir erwarten Initiativen, unser Gemeindeleben weiterzuentwickeln, seelsorgerliche und diakonische Aktivitäten, die Redaktion der Gemeindezeitung „Gemeinsam für andere“ (erscheint sechs bis acht Mal pro Jahr), Teilnahme am Leben der ungarischsprachigen Pfadfindergruppe und der „Ungarischen Schule“, sowie aktive ökumenische Zusammenarbeit mit anderen ungarischsprachigen Gemeinden hier in Österreich. Wichtig sind für uns die Kontakte und die Zusammenarbeit mit anderen evangelischen Gemeinden in Österreich, mit der Evangelischen Kirche in Österreich und mit der Ungarischen Evangelischen Kirche. Wir schätzen die Teilnahme im Leben der ungarischsprachigen Zivilvereine und die Repräsentation unserer Gemeinde auf kirchlicher und gesellschaftlicher Ebene.

Die Ungarische Gemeinde A. B. kann keine gesonderte Dienstwohnung anbieten, eine Dienstwohnmöglichkeit im Ausmaß von 60 m^2 steht im Gemeindezentrum, das sich im 6. Bezirk in Wien befindet, zur Verfügung.

Anfragen und Bewerbungen sind bis 31. Juli 2011 an das Presbyterium der Ungarisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich, Capistrangasse 2/15, 1060 Wien, zu richten. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne unser Kurator Dipl.-Ing. Rudolf Andorka: andorka@aon.at, Tel. 0650-402-4047.

133. Zl. GD 339; 844/2011 vom 11. April 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt und Brigittenau

Wegen Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit der derzeitigen Stelleninhaberin ist gemäß Synodenbeschluss die Pfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung der Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt und Brigittenau mit Dienstantritt per 1. September 2012 neu auszuschreiben.

Die Besetzung erfolgt durch Wahl der Gemeinde.

Beschreibung der Pfarrstelle und Aufgaben:

Die Pfarrgemeinde umfasst zirka 4000 Gemeindeglieder, das Gebiet der Pfarrgemeinde erstreckt sich über die beiden Bezirke 2 (Leopoldstadt) und 20 (Brigittenau).

Neben der ausgeschriebenen Pfarrstelle bestehen in der Pfarrgemeinde zwei weitere 100-%-Pfarrstellen.

Die Unterrichtsstunden sind in Absprache mit dem Schulamt an den AHS und BHS innerhalb der evangelischen Diözese A. B. Wien zu erbringen.

Die Pfarrgemeinde erwartet neben der Unterrichtstätigkeit die aktive Teilnahme am Gemeindeleben, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Pfarrer/-innen der Pfarrgemeinde, die regelmäßige (zirka zehnmal im Jahr) Gestaltung von Gottesdiensten und die Beteiligung in der Urlaubsvertretung in den Hauptferien in einem Ausmaß von bis zu zwei Wochen in Absprache mit den anderen Pfarrer/-innen. Die Übernahme von Amtshandlungen ist erwünscht.

Die Pfarrgemeinde zahlt dem Inhaber/der Inhaberin der Pfarrstelle einen Wohnungsunterstützungszuschuss gemäß § 64 OdgA, da für diese Pfarrstelle keine Dienstwohnung vorhanden ist.

Das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Leopoldstadt und Brigittenau freut sich auf alle Bewerbungen, die bis spätestens 1. Oktober 2011 im Pfarramt (Am Tabor 5, 1020 Wien) einlangen. Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Pfarrer Mag. Willi Thaler, Tel. 0699-188 777 31, und Kuratorin Gerlinde Barton, Tel. (01) 332 60 03, zur Verfügung.

134. Zl. GD 138; 1254/2011 vom 23. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf im südlichen Burgenland wird hiermit zur Besetzung ab dem 1. September 2012 ausgeschrieben.

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf liegt im politischen Bezirk Jennersdorf. Sie besteht aus der Evangelischen Muttergemeinde A. B. Eltendorf, aus den Evangelischen Tochtergemeinden A. B. Heiligenkreuz im Lafnitztal, Königsdorf, Neustift bei Güssing, Poppendorf, Zahling. Die Gemeinde zählt zur Zeit zirka 1300 Seelen.

Im Besonderen erwartet die Pfarrgemeinde von Ihnen, dass Sie für die regelmäßige Feier der Gottesdienste in Eltendorf, sowie einmal im Monat in den Tochtergemeinden Heiligenkreuz im Lafnitztal und Neustift bei Güssing und fallweise in Königsdorf und Zahling Sorge tragen. Ferner wird die seelsorgerliche Betreuung und Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Arbeitsbereichen Kindergottesdienst, Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Bildung, Frauen sowie des Frauensingkreises erwartet, ebenso Haus- und Krankenbesuche und die Durchführung der Konfirmandenarbeit.

Vorausgesetzt wird auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Evangelischen Pfarrämtern der Region und Offenheit für die Ökumene.

Religionsunterricht ist im Ausmaß von acht Wochenstunden zu halten.

Das Pfarrhaus befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Kirche inmitten eines großen Gartens. Der Wohnbereich erstreckt sich auf zwei Etagen (1. Stock und Dachausbau), das darunterliegende Erdgeschoss wird ausschließlich für Gemeindeaktivitäten genutzt (Büro, Besprechungszimmer, Archiv, Küche . . .).

Bewerbungen sind bis 30. August 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf zu richten. Der Kurator, Ing. Josef Pfeiffer, Tel. (03325) 26 26 oder 0664-114 64 90), ist zu weiteren Auskünften gerne bereit.

135. Zl. GD 366; 1266/2011 vom 24. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols

Diese Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols ist mit 1. September 2012 neu zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch Wahl. Die Wahl findet bereits am 23. und am 31. Oktober 2011 statt.

Wer wir sind:

Die Pfarrgemeinde Gols liegt rund 60 km südöstlich von Wien in unmittelbarer Nähe des Neusiedler Sees. Mit 3430 Pfarrgemeindegliedern ist sie die größte Evangelische Pfarrgemeinde des Burgenlandes. 2660 Evangelische leben in Gols, die anderen verteilen sich auf die Tochtergemeinden Tadten (110 Pfarrgemeindeglieder) im Seewinkel und der Bezirkshauptstadt Neusiedl am See (660 Pfarrgemeindeglieder).

Gottesdienste werden an allen Sonn- und Feiertagen in der Evangelischen Kirche in Gols und in Neusiedl gefeiert und in der Tochtergemeinde Tadten zweimal pro Monat (1. und 3. So.) und an kirchlichen Feiertagen wie auch zu besonderen Anlässen gefeiert.

Die Tochtergemeinde Neusiedl am See wird derzeit von Pfarrer MMag. Walter Dienesch (Pfarrer im Schuldienst) betreut. Ein Sonntagsgottesdienst in Tadten, ein Sonntagsgottesdienst in Neusiedl am See und die Organisation der Gottesdienste im örtlichen Diakoniezentrum sind im Amtsauftrag der Zurndorfer Pfarrerin/des Pfarrers festgelegt.

Der Religionsunterricht ist im Ausmaß von derzeit acht Wochenstunden im Pannoneum (Wirtschafts- und Tourismusschulen) in Neusiedl am See zu halten.

Als hauptamtliche Mitarbeiterin gibt es eine Sekretärin im Pfarrgemeindebüro mit einem Beschäftigungsausmaß von derzeit 25 Wochenstunden.

Was wir erwarten:

Wir suchen eine/n engagierte/n PfarrerIn, die/der

- einen seelsorgerlichen und wertschätzenden Umgang mit allen pflegt,
- Menschen begeistern kann und offen für Neues ist,
- Gestaltungsfreude und Lust zur Innovation mitbringt,
- teamfähig ist und kontaktfreudig auf Menschen zugeht,
- kollegiale Zusammenarbeit schätzt,
- gründlich theologische Arbeit leisten möchte,
- Freude an der Begleitung von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen hat,
- den Gottesdienst als Zentrum der Gemeinde in vielfältiger Form gestaltet und fördert,
- Hausbesuche zu verschiedenen Anlässen in Gols und in der Diaspora gerne durchführt,
- die Pfarramtsgeschäfte mit Sorgfalt erledigt (die Kirchenbeitragsangelegenheiten werden von einer Kirchenbeitragskommission betreut),
- die Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unterstützt sowie den KonfirmandInnen-Unterricht erteilt,
- ökumenisch aufgeschlossen ist,
- die bestehenden guten Kontakte zu den Evangelischen Nachbargemeinden weiter pflegt,
- die Gemeinde bei vielen öffentlichen Anlässen vertritt.

Wir bieten:

Eine Dienstwohnung steht im ersten Stock des Pfarrhauses mit 130 m^2 (Vorzimmer, Küche mit Abstellraum, Bad, WC, Wohnzimmer, Esszimmer, Schlafzimmer und zwei Kinderzimmer) samt einem kleinen Garten und einer Garage in unmittelbarer Nähe, zur Verfügung.

Im Untergeschoß des Hauses befinden sich das Büro für die/den PfarrerIn, die Amtsräume, ein Besprechungsraum (max. zwölf Personen) sowie eine kleine Gästewohnung.

Für Gemeindeaktivitäten steht neben dem Kirchengebäude ein großräumiges Gemeindezentrum in räumlicher Nähe zu Pfarramt und Kirche zur Verfügung.

Im Juli und August werden die Gottesdienste von Urlaubsseelsorgern der EKD übernommen.

Zahlreiche MitarbeiterInnen nehmen verschiedene seelsorgliche und organisatorische Aufgaben eigenständig wahr.

Ein buntes Gemeindeleben mit unterschiedlichsten

Angeboten für verschiedene Altersgruppen sowie eine große Zahl von engagierten MitarbeiterInnen ist bereits etabliert.

Wir bitten, die Bewerbungen bis spätestens 30. Juli 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols, zu richten. Adresse: Dr.-Martin-Luther-Platz 1, 7122 Gols, Fax-Nr. (02173) 22 94 DW 4, E-Mail: gols.evang@bnet.at

Nähere Auskünfte erteilen Ihnen gerne
Kurator Matthias Riepl
Mobil: 0664-1500127

Kurator-Stv. Karl Kast
Mobil: 0676-7354467

Pfarramtskandidatin Iris Haidvogel
Mobil: 0699-18877116

Bitte beachten Sie auch weitere Informationen auf unserer Homepage: www.evang.at/gols

136. Zl. GD 366; 1267/2011 vom 24. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gols schreibt hiermit die nicht mit der Amtsführung verbundene 50-%-Teilpfarrstelle zur Neubesetzung mit 1. Dezember 2011 durch Wahl aus. Die Wahl findet am 23. und am 31. Oktober 2011 statt.

Wer wir sind:

Die Pfarrgemeinde Gols liegt rund 60 km südöstlich von Wien in unmittelbarer Nähe des Neusiedler Sees. Mit 3430 Pfarrgemeindegliedern ist sie die größte Evangelische Pfarrgemeinde des Burgenlandes. 2660 Evangelische leben in Gols, die anderen verteilen sich auf die Tochtergemeinden Tadten (110 Pfarrgemeindeglieder) im Seewinkel und der Bezirkshauptstadt Neusiedl am See (660 Pfarrgemeindeglieder).

Gottesdienste werden an allen Sonn- und Feiertagen in der Evangelischen Kirche in Gols und in Neusiedl gefeiert und in der Tochtergemeinde Tadten zweimal pro Monat (1. und 3. So.) und an kirchlichen Feiertagen wie auch zu besonderen Anlässen.

Die amtsführende Pfarrstelle in Gols hat momentan Pfarrer Mag. Ingrid Tschank inne. Die Tochtergemeinde Neusiedl am See wird derzeit von Pfarrer MMag. Walter Dienesch (Pfarrer im Schuldienst) betreut. Ein Sonntagsgottesdienst in Neusiedl am See und die Organisation der Gottesdienste im örtlichen Diakoniezentrum sind im Amtsauftrag der Zurndorfer Pfarrerin/des Pfarrers festgelegt.

Der Religionsunterricht ist im Ausmaß von fünf Wochenstunden im Pannoneum (Wirtschafts- und Tourismusschulen) in Neusiedl am See zu halten.

Als hauptamtliche Mitarbeiterin gibt es eine Sekretärin im Pfarrgemeindebüro mit einem Beschäftigungsausmaß von derzeit 25 Wochenstunden.

Was wir erwarten:

Wir suchen eine/n engagierte/n PfarrerIn, die/der

- einen seelsorgerlichen und wertschätzenden Umgang mit allen pflegt,
- Menschen begeistern kann und offen für Neues ist,
- Gestaltungsfreude und Lust zur Innovation mitbringt,
- teamfähig ist und kontaktfreudig auf Menschen zugeht,
- kollegiale Zusammenarbeit schätzt,
- gründlich theologische Arbeit leisten möchte,
- Freude an der Begleitung von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen hat,
- den Gottesdienst als Zentrum der Gemeinde in vielfältiger Form gestaltet und fördert,
- ökumenisch aufgeschlossen ist,
- die bestehenden guten Kontakte zu den evangelischen Nachbargemeinden weiter pflegt.

Die 50-%-Stelle soll überwiegend folgende Bereiche abdecken:

- Das Feiern von zwei Gottesdiensten pro Monat, worin ein Abendgottesdienst mit innovativer Gestaltung eingeschlossen ist,
- Wiedereinführung und Leitung von Kinderbibeltagen und Aufbau eines Teams von Ehrenamtlichen,
- Leitung der KonfirmandInnenarbeit im Pfarramtsteam,
- Angebote für die Jugendlichen nach ihrer Konfirmation,
- Weiterführung des Bibelkreises und Mitarbeit in der gemeindlichen Frauenarbeit,
- Schaffung eines niederschwelligen Angebotes für Zugezogene, neu Eingetretene und am Evangelischen Glauben Interessierte in regionaler Zusammenarbeit,
- Das Feiern einer Andacht pro Monat im Diakoniezentrum Gols.

Wir bieten:

Die Gemeinde wird gemäß der Kirchenverfassung den Dienstwohnungsanspruch erfüllen. Eine entsprechende Dienstwohnung steht nicht zur Verfügung.

Im Untergeschoß des Pfarrhauses befinden sich das Büro für die PfarrerInnen, die Amtsräume, ein Besprechungsraum (max. zwölf Personen) sowie eine kleine Gästewohnung.

Für Gemeindeaktivitäten steht ein großräumiges Gemeindezentrum in räumlicher Nähe zu Pfarramt und Kirche zur Verfügung.

Im Juli und August werden die Gottesdienste von Urlaubsseelsorgern der EKD übernommen.

Zahlreiche MitarbeiterInnen nehmen verschiedene seelsorgliche und organisatorische Aufgaben eigenständig wahr.

Ein buntes Gemeindeleben mit unterschiedlichsten Angeboten für verschiedene Altersgruppen sowie eine große Zahl von engagierten MitarbeiterInnen ist bereits etabliert.

Wir bitten, die Bewerbungen bis spätestens 30. Juli 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols zu richten. Adresse: Dr.-Martin-Luther-Platz 1, 7122 Gols, Tel. (02173) 22 94, Fax DW 4, E-Mail: gols.evang@bnet.at

Nähere Auskünfte erteilen Ihnen gerne
Kurator Matthias Riepl
Mobil: 0664-1500127
Kurator-Stv. Dipl.-Ing. Karl Kast
Mobil: 0676-7354467
Pfarrerin Mag. Ingrid Tschank
Mobil: 0699-18877117

Bitte beachten Sie auch weitere Informationen auf unserer Homepage: www.evang.at/gols

137. Zl. S 6; 1255/2011 vom 23. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der Krankenhaus-Pfarrstelle in Linz

Die Krankenhaus-Pfarrstelle für Linz wird nach Ablauf von zwölf Jahren zum 1. September 2012 ausgeschrieben. Die Bestellung erfolgt durch den Superintendentialausschuss von Oberösterreich auf Vorschlag des Krankenhausseelsorgeausschusses.

Aufgaben:

- Die seelsorgerliche Begleitung der vorwiegend evangelischen Patienten und Patientinnen, ggf. deren Angehörigen, von acht Krankenhäusern in Linz unter der Mitarbeit von ehrenamtlichen Krankenhausseelsorgern/Krankenhausseelsorgerinnen. Die Feier von Gottesdiensten in den Krankenhauskapellen und das Angebot von Krankensegnungen und Abendmahlsfeiern im Patientenzimmer.
- Wahrnehmung der Interessen der Evangelischen Kirche gegenüber den Krankenhäusern und Sorge tragen für einen verantwortlichen Umgang mit dem Recht, die evangelischen Patientinnen und Patienten zu besuchen sowie deren Recht auf Datenschutz.
- Als amtsführender Pfarrer/amtsführende Pfarrerin die Seelsorge in den Linzer Krankenhäusern mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Krankenhausseelsorgern/Krankenhausseelsorgerinnen zu koordinieren.
- Ausbildung der ehrenamtlichen Krankenhausseelsorger/Krankenhausseelsorgerinnen durch den jährlichen ökumenischen Ausbildungslehrgang (ABL).
- Führung der ehrenamtlichen Krankenhausseelsorger/Krankenhausseelsorgerinnen durch pastorale Begleitung, regelmäßige Treffen, Studientage, Ausflüge und dem Angebot von Fortbildungen.
- Zusammenarbeit mit den Linzer Gemeindepfarrern/Gemeindepfarrerinnen durch Übernahme von Amtshandlungen, die in Zusammenhang mit der Begleitung von Patienten und Patientinnen stehen.
- Geschwisterliche ökumenische Zusammenarbeit mit der röm.-kath. Krankenhauspastoral der Diözese Linz durch ökumenische Dienstbesprechungen mit den verschiedenen Seelsorgeteams in den Krankenhäusern, Feiern von ökumenischen Gottesdiensten sowie Besprechung und inhaltliche Weiterarbeit an den Belangen der Krankenhausseelsorge mit dem Referenten/der Referentin der röm.-kath. Krankenhauspastoral.
- Öffentlichkeitsarbeit.
- Rufbereitschaft halten und diese organisieren.
- Teilnahme an der Jahrestagung der AEKÖ und an regelmäßiger Supervision.

In der „Ordnung für die Krankenhausseelsorgestelle in Linz“ von 2004 wird die Struktur näher beschrieben.

„Zu den Voraussetzungen einer Bewerbung auf eine Krankenhauspfarrstelle gehört der Nachweis einer entsprechenden Qualifikation bzw. die Bereitschaft, nach Übertragung der Stelle innerhalb von zwei Jahren an der entsprechenden seelsorgerlichen Ausbildung teilzunehmen.“ (§ 4 a Richtlinie für die Krankenhausseelsorge in der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich.)

Die im Krankenhausseelsorge-Ausschuss vertretenen Gemeinden von Linz und Umgebung verpflichten sich, eine Dienstwohnung in Linz zur Verfügung zu stellen.

Bewerbungen sind bis zum 31. Oktober 2011 an die Vorsitzende des Krankenhausseelsorge-Ausschusses, Frau Gerti Jaquemar, Amselgang 32, 4040 Linz, zu richten.

Auskünfte erteilen: Gertrud Jaquemar, jaquemar@aon.at, Tel. (0732) 22 10 56, Senior Mag. Friedrich Rössler, pfarramt@evangelische-kirche-steyr.at.

138. Zl. GD 399; 1256/2011 vom 23. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Stadl-Paura

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Stadl-Paura/Vorchdorf wird hiermit zur Besetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben.

Die **Besetzung** erfolgt durch Wahl.

Die **Bewerbungsfrist** endet am 30. Juli 2011.

Wir sind:

Die Muttergemeinde Stadl-Paura mit der Trinitatiskirche, gelegen an der schönen Traun, mit 705 Seelen, die sich über 12 politische Gemeinden verteilen, der Großteil davon lebt in Stadl-Paura und Umgebung. Der Leitspruch unserer Gemeinde lautet **„Wo Gottes Liebe spürbar wird“.**

Die Bezirksstädte Vöcklabruck und Wels sind in jeweils 15 Minuten erreichbar.

Die Tochtergemeinde Vorchdorf, 13 km entfernt, hat 439 Seelen, die großteils in der Nähe der Heilandskirche leben. Vorchdorf liegt an der Westautobahn A 1, am nördlichen Rand des Salzkammerguts, mit Panoramablick auf die Alpen.

Wir wünschen und erwarten uns von Ihnen:

— Den Blick dafür zu haben, welches Potenzial in unserer Gemeinde liegt und dieses zu aktivieren, durch Leitungskompetenz, Begleitung und Motivation der Mitarbeiter/innen.
— Mit Freude, Fleiß und mit Verantwortungsbewusstsein Bewährtes fortsetzen und mit belebenden Impulsen Neues zu wagen, mit einem guten Zugang zu Jung und Alt.
— Gottesdienste sind an Sonn- und Feiertagen in Stadl-Paura und Vorchdorf zu halten, dazu einmal im Monat in Fischlham.
— Die Erteilung von Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden, vorwiegend an höheren Schulen.

Wir bieten Ihnen:

Der Pfarrer oder die Pfarrerin erfährt Unterstützung durch unsere engagierten Ehrenamtlichen:

Bei einem Großteil der Verwaltungsarbeit, bei Haus- und Krankenbesuchen, in der Konfirmanden- und Jugendarbeit sowie in den zahlreichen Kreisen. Lobpreisabende und Abendgottesdienste werden ebenso wie die Erstellung der Pfarrbriefe von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen getragen. Für die Gestaltung der Gottesdienste stehen auch Lektoren zur Verfügung.

In Stadl-Paura befindet sich das geräumige und ruhiggelegene Pfarrhaus, das thermisch saniert wurde, mit Dienstwohnung (83 m^2), Büro, einem Garten und Garage.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung. Diese richten Sie bitte bis spätestens 30. Juli 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Stadl-Paura, Kirchengasse 1, A-4651 Stadl-Paura.

Auskünfte erteilen gerne **Helmut Haller,** Kurator der Muttergemeinde Stadl-Paura, unter Tel. 0650-8116544,

und **Johann Ohler,** Kurator der Tochtergemeinde Vorchdorf, unter Tel. 0699-1199 1815.

139. Zl. GD 115; 1265/2011 vom 24. Mai 2011

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Ischl

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Ischl wird zur Besetzung ab 1. September 2012 neu ausgeschrieben, da die zwölfjährige Amtsperiode des derzeitigen Amtsinhabers endet.

Die Pfarrgemeinde Bad Ischl besteht aus 1378 Mitgliedern und umfasst die Stadt Bad Ischl sowie die Gemeinden am Wolfgangsee Strobl, St. Gilgen und St. Wolfgang.

In der Kurstadt Bad Ischl befinden sich zahlreiche Kranken-, Pflege- und Tourismuseinrichtungen, vier höhere Schulen und ein ausgeprägtes Kulturangebot. Im Gemeindeteil St. Wolfgang gibt es eine eigene Kirche als Predigtstelle, wo im Sommer Urlaubsseelsorge angeboten wird.

Die Pfarrgemeinde erwartet sich eine/n teamorientierte/n und ökumenisch gesinnte/n Pfarrer/in, der/die großen Wert auf eine sich ergänzende Zusammenarbeit mit dem weiteren Pfarrer der Gemeinde und den teilzeitbeschäftigten und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen legt.

Ein besonderes Anliegen ist das Erreichen von Menschen, die der Kirche fern stehen durch alternative, musikalische, künstlerische und Generationen-verbindende Angebote und Gottesdienste. Von dem/der Bewerber/in wird deshalb einerseits Liebe zum Evangelium und Wertschätzung der Tradition erwartet, sowie andererseits Respekt und Einfühlungsvermögen für den weltoffenen, intellektuellen und spirituell suchenden Menschen der Gegenwart.

Gottesdienste sind jeden Sonntag in Bad Ischl, in St. Wolfgang (von Mai bis Oktober und zu den kirchlichen Festen) sowie in den Sommermonaten in St. Gilgen in Absprache mit dem weiteren Pfarrer zu halten.

Das Pflichtstundenausmaß für den Religionsunterricht an höheren Schulen beträgt acht Wochenstunden. Allerdings sind laut Gemeindeordnung gemeinsam mit dem weiteren Pfarrer 22 Wochenstunden in Aufteilung nach Arbeitsgebieten zu leisten. Das sind derzeit 13 WS am BG Bad Ischl und an der HBLA Ried/St. Wolfgang für diese Pfarrstelle.

Die Geschäftsführung der Pfarrgemeinde ist mit dieser Pfarrstelle verbunden, kann aber nach einer Periode von drei Jahren im Einvernehmen mit dem Presbyterium und dem Kollegen im Pfarramt gewechselt werden.

Neben dem weiteren Pfarrer steht eine Teilzeit-Mitarbeiterin für musikalische und künstlerische Projekte zur Verfügung, mehrere geringfügig und ehrenamtlich beschäftigte Mitarbeiter im Büro und Gemeinde, eine Lektorin, zwei teilbeschäftigte Religionslehrer, ein Krankenhausseelsorger im LKH Bad Ischl sowie freiwillige Helfer.

Weitere Aufgaben sind der Konfirmandenunterricht, die seelsorgerliche Betreuung insbesondere der Diasporagebiete um den Wolfgangsee, die Pflege und aktive Gestaltung ökumenischer Beziehungen auf dem Gemeindegebiet, die seelsorgerliche Betreuung der Kranken- und Kureinrichtungen in Absprache mit dem Kollegen im Pfarramt sowie die Aufrechterhaltung der Urlaubsseelsorge am Wolfgangsee mit Unterstützung durch Urlaubspfarrer in den Sommermonaten.

Die Dienstwohnung im 1. Stock des Pfarrhauses umfasst 115 m^2, vier Zimmer, Wohnküche, Bad und Balkon. Die Gemeindekanzlei, Gemeindesaal und Jugendraum befinden sich im Parterre des Hauses, sowie ein Arbeitszimmer im 2. Stock. Ein großer Garten, der gern für Gemeindeveranstaltungen genutzt wird und eine Garage sind vorhanden.

Bewerbungen sind zu richten bis zum 31. Juli 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Ischl, Bahnhofstraße 5, 4820 Bad Ischl.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Pfarrer Mag. Dankfried Kirsch, Tel. (06132) 232 25-2
Pfarrer Mag. Martin Sailer, Tel. 0699-18877478
Kurator-Stv. Leopold Schiendorfer, Tel. (06132) 279 04

140. Zl. GD 405; 1495/2011 vom 20. Juni 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen und St. Johann im Pongau wird hiermit zur Besetzung per 1. September 2011 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde hat 645 Mitglieder verteilt auf die politischen Gemeinden Werfen, Werfenweng, Bischofshofen, Mühlbach am Hochkönig, St. Johann im Pongau, Wagrain, Kleinarl, Großarl, Hüttschlag, Hüttau, St. Martin am Tennengebirge. Bischofshofen mit 240, St. Johann im Pongau mit 180 und Mühlbach am Hochkönig mit 45 Gemeindemitgliedern bilden die Zentren.

Im Pfarrzentrum Bischofshofen befindet sich der Betsaal und die Dienstwohnung, die im 1. und 2. Stock 145 qm umfasst.

Zur besonderen Aufgabe des Pfarrers/der Pfarrerin gehören neben den gesetzlich definierten Aufgaben die Feier von 14-täglichen Gottesdiensten in Bischofshofen und St. Johann im Pongau und einmal monatlich in Mühlbach am Hochkönig.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt stellt die Erteilung des Religionsunterrichts an den sieben höheren Schulen des Gemeindegebiets dar (Bischofshofen: Missionsgymnasium Kreuzberg, BAKiPäd und Tourismusschule sowie in St. Johann im Pongau: Elisabethinum, HAK, HTL und BG-BRG-BORG). Das Pflichtstundenmaß beträgt elf Stunden.

Mit der Nachbargemeinde Gastein wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit gewünscht. Mögliche Bereiche dafür sind z. B. die Tourismus- bzw. Krankenhausseelsorge.

Eine Lektorin mit Sakramentsverwaltung unterstützt den Pfarrer/die Pfarrerin durch die selbstständige Abhaltung von Meditationsgottesdiensten.

Bewerbungen bis zum 31. Juli 2011 sind zu richten an das Presbyterium Bischofshofen-St. Johann, Gasteiner Straße 12, 5500 Bischofshofen. Auskünfte werden erteilt durch: Kurator Peter Brückner: Tel. 0664-3403930 oder: peterbrueckner@a1net

141. Zl. GD 113; 1496/2011 vom 20. Juni 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gastein

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gastein wird hiermit zur Neubesetzung mit **1. September 2011** ausgeschrieben.

Unsere 1960 selbstständig gewordene Pfarrgemeinde zählt 614 Gemeindeglieder und umfasst das Gebiet der politischen Gemeinden Bad Gastein, Bad Hofgastein, Dorfgastein in der Tourismusregion Gasteiner Tal, sowie die Gemeinden Lend, Goldegg, St. Veit im Pongau und Schwarzach im Pongau im Salzachtal.

Gottesdienste finden sonntäglich in der Christophoruskirche zu Bad Gastein und in der Heilskirche zu Bad Hofgastein sowie am 2. und letzten Sonntag im Monat (außer Juli und August) in der Kapelle des Seniorenzentrums in Schwarzach im Pongau statt.

Erwartet wird die Feier der Gottesdienste und Amtshandlungen, die seelsorgerliche Betreuung durch Hausbesuche sowie Krankenhausbesuche im Krankenhaus Schwarzach und in der Landeskrankenanstalt St. Veit im Pongau und Besuche der Gemeindeglieder, die in den Seniorenwohnheimen im Pfarrgemeindegebiet leben.

Ein Lektor mit der Befugnis zur Sakramentsverwaltung ist bereit, in regelmäßigen Zeitabständen und bei Bedarf Gottesdienste zu übernehmen. Für die Monate Juli und August werden UrlaubsseelsorgerInnen auf die traditionsreiche Stelle in den Weltkurorten im Gasteiner Tal entsandt.

Für die Konfirmanden-, Kinder- und Jugendarbeit stehen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen zur Verfügung, die sich mit Engagement und Erfahrung einbringen können.

Mit der Nachbargemeinde Bischofshofen-St. Johann wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit gewünscht. Mögliche Bereiche dafür sind z. B. die Tourismus- bzw. Krankenhausseelsorge.

Im Pfarrgemeindegebiet sind diese Schultypen vorhanden: Pflichtschulen, Polytechnische Schule, Bundesoberstufengymnasium, Tourismusschule. Religionsunterricht ist im Pflichtausmaß von elf Wochenstunden zu erteilen.

Am Sitz des Pfarramtes neben der Heilskirche in Bad Hofgastein mit Pfarrbüro und Gemeindesaal im Erdgeschoss befindet sich im Obergeschoss die Pfarrwohnung.

Die Dienstwohnung bietet eine Wohnfläche von rund 110 qm mit vier Zimmern, Küche, Bad, zwei Nasszellen, Wirtschaftsraum, Balkon. Eine Garage ist ebenfalls verfügbar. Pfarrhaus und Heilskirche in Bad Hofgastein wurden 2009 bis 2010 aufwändig und hochwertig unter Einbeziehung wärmedämmender Maßnahmen saniert und renoviert.

Bewerbungen sind an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gastein, Martin-Lodinger-Straße 5, 5630 Bad Hofgastein, E-Mail: evangel.gastein@aon.at bis **31. Juli 2011** zu richten. Auskünfte erteilt: Kurator Dietmar Magler, E-Mail: dietmar.magler@aon.at

142. Zl. GD 348; 1523/2011 vom 21. Juni 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Purkersdorf

Wegen Ablaufes der zwölfjährigen Amtszeit wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Purkersdorf mit Dienstantritt 1. September 2012 zur Wahl ausge-

schrieben. Die Wahl des Pfarrers/der Pfarrerin findet im Zuge der Wahlen zur Gemeindevertretung im Oktober 2011 statt.

Die Pfarrgemeinde umfasst über 1690 Gemeindemitglieder und liegt entlang der Westbahnstrecke westlich von Wien. Sie umfasst drei gleichwertige Zentren: Purkersdorf, Pressbaum und Eichgraben, mit jeweils eigener Kirche. Gottesdienst wird in jedem Gemeindeteil vierzehntäglich gefeiert.

Das Pflichtstundenausmaß für Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden; auf Wunsch sind mehr Unterrichtsstunden möglich.

In der Gemeinde arbeiten eine Sekretärin (zwölf Wochenstunden), zwei Lektoren und zahlreiche weitere ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Wohnung in Purkersdorf in der Größe von 125 m^2 (vier Zimmer), Büro, Terrasse sowie ein Garten für die Familie stehen zur Verfügung.

Bewerbungen sind bis zum 31. August 2011 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Purkersdorf, Wintergasse 13–15, 3002 Purkersdorf, zu richten.

Mehr Information auf unserer Webseite:
http://members.aon.at/evangpurk/

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:
Kurator Dr. Gerhard Wratschko, Tel. 0699-18877 344,
und Pfarrer Mag. Dietmar Kreuz, Tel. 0699-18877 341.

143. Zl. P 1742; 1226/2011 vom 19. Mai 2011

Bestellung von Mag. Gerda Pfandl zur Hochschulpfarrerin für Wien und für die Evangelische Hochschulgemeinde in Österreich

Mag. Gerda Pfandl wurde gemäß § 7 Abs. 4 OdEHG zur Hochschulpfarrerin für Wien (80%) und für die Evangelische Hochschulgemeinde in Österreich (20%) mit Wirkung vom 1. September 2011 gewählt. Die Amtsdauer beträgt sechs Jahre.

144. Zl. P 2294; 1279/2011 vom 25. Mai 2011

Zuteilung von MMMag. Janine Werneck-Reich als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels

MMMag. Janine Werneck-Reich wird gemäß § 11 Abs. 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Mag. Josef Prinz als Mentor zur Dienstleistung als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels zugeteilt.

145. Zl. SYN 01; 1481/2011 vom 17. Juni 2011

E-Mail-Adresse von Präsident Rechtsanwalt Dr. Peter Krömer

Die neue E-Mail-Adresse von Präsident Rechtsanwalt Dr. Peter Krömer, Riemerplatz 1, 3100 St. Pölten, lautet:

E-Mail: kroemer@kanzlei-kroemer.at

146. Zl. GD 306; 1344/2011 vom 6. Juni 2011

Faxnummer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Vöcklabruck

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Vöcklabruck ist ab sofort unter nachstehender Faxnummer erreichbar:

Fax: (07672) 902 19.

147. Zl. GD 221; 1347/2011 vom 6. Juni 2011

Änderung der Anschrift der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Markt Allhau

Die neue Anschrift der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Markt Allhau lautet:

Kirchengasse 3
7411 Markt Allhau

Kirchliche Mitteilungen

RUHESTAND

Mit 1. Dezember 2010 trat

Pfarrer
Univ.-Prof. Mag. Dr. h. c. Ernst Wilhelm Hofhansl

in den Ruhestand.

Ernst Wilhelm Hofhansl wurde am 18. März 1945 als Sohn des Wilhelm Hofhansl und der Elfriede, geb. Windschek in Mödling geboren. Er wurde am 10. Mai 1959 in Pressbaum von Dr. Walter Stöckl konfirmiert.

Nach dem Schulbesuch in Wien maturierte er am 3. Juni 1964. Während des Präsenzdienstes an der Jägerschule in Saalfelden reifte in ihm der Entschluss, den Beruf eines Pfarrers anzustreben. Ab 1965 studierte er an der Evangelisch-Theologischen Fakultät, schon während des Studiums legte er die Religionslehrerprüfung ab und war im geistlichen Dienst in den Gemeinden Purkersdorf, Pressbaum und Eichgraben tätig. Nach dem Examen pro candidatura wurde er Assistent am Institut für praktische Theologie bei Prof. Dr. Fritz Zerbst.

Sein Lehrvikariat führte ihn in den Elsass, wo er zusätzlich am Ökumenischen Institut des Lutherischen Weltbundes in Straßburg tätig war. Dort wurde er am 28. März 1972 in der St. Magdalenenkirche in Ingwiller zum geistlichen Amt ordiniert. Nach dem Examen pro ministerio (1977) begann Ernst Hofhansl seine Tätigkeit als Inspektor des evangelischen Theologen- und Pädagogenheimes in

der Blumengasse. In den ersten Jahren oblag ihm neben der Leitung des Theologenheimes auch noch die Tätigkeit als Assistent am Institut für praktische Theologie.

1984 wurde er für weitere sechs Jahre zum Studieninspektor bestellt und übte dieses Amt bis zum 31. August 1990 aus. Ab 1. September 1990 wurde Ernst Hofhansl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. in Neunkirchen bestellt.

Ernst Hofhansl hat schon während seiner Studienzeit Religionsunterricht erteilt, eine Tätigkeit, die auch für seine Jahre als Pfarrer in der Gemeinde von besonderer Bedeutung für ihn gewesen ist. Als Studieninspektor des Theologenheims administrierte er die Evangelische Pfarrgemeinde Hetzendorf (1981 bis 1983) und als Pfarrer von Neunkirchen die Nachbargemeinde Ternitz.

Ernst Hofhansl war seit 1958 engagiert in der Jugendarbeit. Seine große berufliche Bandbreite zeigt sich auch in seiner Tätigkeit als Militärpfarrer im Nebenamt (ab 1980). Besondere Verdienste erwarb sich Ernst Hofhansl durch die Leitung der Lektorenarbeit, zuerst für Wien und Niederösterreich (ab 1983) und ab 1998 für den Gesamtbereich der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich. Er hat sich um die Neuordnung der Lektorenarbeit große Verdienste erworben.

Von 1985 bis 1992 war er als Lehrer an der Evangelischen Frauenschule für kirchlichen und sozialen Dienst, bzw. der Evangelischen Religionspädagogischen Akademie tätig.

Er hat in der Kirche eine Reihe von zusätzlichen Tätigkeiten ausgeübt. So war er Mitglied des Revisionssenates, der Prüfungskommissionen für Pfarrhelfer/-innen und Pfarrer/-innen, im Kuratorium des Predigerseminars, im Fakultätskollegium und Institutskonferenz und in verschiedenen weiteren Funktionen. Seine geistliche Heimat ist die Evangelische Michaelsbruderschaft, die durch seinen Konfirmator Dr. Walter Stöckl für ihn bestimmend wurde. In der Bruderschaft übte er lange Jahre das Amt des Ältesten im Konvent Österreich aus.

Ernst Hofhansl hat stets über die Grenzen Österreichs und der österreichischen Kirche hinausgeblickt, besonders nach Siebenbürgen konnte er tiefe Verbindungen aufbauen. Er war Lehrbeauftragter in Hermannstadt/Sibiu und setzte sich für vielfältige Kooperationen zwischen den Kirchen in Österreich und in Siebenbürgen ein. Besonders die Unterstützung, die nach 1989 für die Menschen in Siebenbürgen notwendig war, war ihm ein großes Anliegen. 1998 wurde er am Protestantisch-Theologischen Institut in Klausenburg/Cluj mit der Verleihung des Doktor honoris causa ausgezeichnet, die Ehrenpromotion fand am 30. Oktober 1998 statt. 2005 verlieh ihm der Bundespräsident den Berufstitel „Universitätsprofessor“ und im Jahr 2010 die Stadt Neunkirchen die Ehrenbürgerschaft, als ein Zeichen der Anerkennung für sein über den Bereich der Pfarrgemeinde hinausreichendes Wirken im Sinne der Mahnung des Propheten Jeremia: „Suchet der Stadt Bestes“.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag erschien in den Wiener Beiträgen für Theologie und Gemeinde die Festschrift: „Neunkirchen — ein Ort zwischen Hermannstadt, Berneuchen und Jerusalem“ (herausgegeben von Karl W. Schwarz). Die Autoren und Autorinnen dieses Bandes, ihre konfessionelle und geografische Beheimatung und die thematische Weite der Beiträge spiegelt etwas von den weitgespannten Interessen und Herzensanliegen von Ernst Hofhansl.

Seine langjährige Tätigkeit, die reichen Erfahrungen, die geistliche Kompetenz und die theologischen Interessen hat Ernst Hofhansl in einer Reihe von Publikationen veröffentlicht.

Die Evangelische Kirche A. B. in Österreich dankt Ernst Hofhansl für sein engagiertes Wirken, für die Begleitung der Theologiestudierenden und der Bewohner und Bewohnerinnen im Theologenheim (heute Wilhelm-Dantine-Haus). Er hat Generationen von Lektoren und Lektorinnen ausgebildet und durch seine theologische Kompetenz und seine herzliche Art, die auch den guten Streit und kräftigen Humor beinhaltet, geprägt.

Ernst Hofhansl ist seit 1967 mit Eve Marguerite, geb. Guerrier verheiratet. Ihm und seiner Frau wünscht die Evangelische Kirche an den Kindern Andreas (1968), Katharina (1971) und Hanna (1972) sowie den Enkelkindern viel Freude und Gottes Segen für die Zukunft.

(Zl. P 1322; 1594/2011 vom 27. Juni 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. Dezember 2010 trat

Militär-Senior Dr. Herbert Rainer Pelikan

in den Ruhestand.

Herbert Rainer Pelikan wurde am 17. September 1945 in Gmunden als Sohn des Herbert Anton Norbert Pelikan und der Pia, geb. Hosp geboren.

Nach seiner Schulzeit, die er mit der Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg 1966 abschloss, begann er das Studium der Theologie und Germanistik an der Universität Wien, das er mit seiner Promotion zum Dr. theol. am 4. Juli 1979 beendete. Seine Dissertation mit dem Titel „Die Frömmigkeit Dietrich Bonhoeffers: Dokumentarische Einzeldarstellungen, Entwicklung und Grundlinie“ ist auch im Druck erschienen. Im Anschluss erwarb er sich besondere Kenntnisse durch praktische Tätigkeit und weiterführende Studien in Psychiatrie und Psychotherapie, die er mit der Ausbildung für Logotherapie und Existenzanalyse 1983 abschließen konnte.

Ab 1. September 1987 begann Herbert Pelikan seine Tätigkeit in der Evangelischen Kirche als Lehrvikar in Bruck an der Mur und Salzburg. Das Ausbildungsdienstverhältnis beendete er durch den positiven Abschluss des Examen pro ministerio im Jahr 1989, am 20. Oktober 1991 wurde er in Salzburg (Christuskirche) ordiniert.

Herbert Pelikan war von 1972 bis 1986 als Assistent an der Lehrkanzel für Kirchengeschichte/Institut für Kirchengeschichte, kirchliche Kunst und christliche Archäologie der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien tätig. Während dieser Zeit engagierte er sich auch als Vertreter der Assistenten/-innen, Dozenten/-innen und Lektoren/-innen der Fakultät und nahm diese Vertretung auch im Senat der Universität Wien wahr.

Sein Wunsch, Militärseelsorger zu werden war durch sein Herkommen aus einer alten österreichischen Offiziersfamilie bedingt und wurde durch eine mehrjährige Einarbeitungszeit in die Militärseelsorge vorbereitet. Mit Entschließung des Bundespräsidenten vom 19. Jänner 1990 wurde Herbert Pelikan auf die Planstelle eines Militäroberpfarrers berufen und dem Standort des Korps Kommando II in Salzburg zugewiesen. Seine Amtseinführung als Militärdekan (seit 1991) fand am 20. Oktober 1991 gemeinsam mit seiner Ordination ins geistliche Amt statt. In seiner Tätigkeit erwarb er sich reiche Erfahrungen insbesondere durch Auslandseinsätze im Rahmen der UNO, Dienste und theoretische Kompetenzen im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU und der Religionswissenschaft.

Herbert Pelikan hat in seiner Tätigkeit als Militärseelsorger besonderen Wert auf die seiner Überzeugung entsprechende eigene Kultur des österreichischen Bundesheeres gelegt. Daraus resultierte eine profilierte Ausgestaltung des Amtes, die manchmal auch zu Kritik und Konflikten führte.

Auf Grund der Umstrukturierung im Österreichischen Bundesheer wurde Herbert Pelikan ab 2006 der leitende evangelische Militärpfarrer beim Streitkräfteführungskommando in Salzburg. Der Bundespräsident hat ihm 2010 die Verwendungsbezeichnung „Militär-Senior“ (Brigadier) verliehen.

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. bedankt sich für die langjährige Tätigkeit und wünscht für den Ruhestand alles Gute und Gottes Segen.

(Zl. P 1353; 1593/2011 vom 27. Juni 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. Dezember 2010 trat

Pfarrer Mag. Norbert Helmut Engele

in den Ruhestand.

Norbert Helmut Engele wurde am 17. November 1945 in Graz als Sohn des Norbert Karl Engele und der Hermine Amalia, geb. Loibnegger geboren, er wurde getauft und konfirmiert in der Heilandskirche in Graz.

Nach seinem Schulbesuch in seiner Heimatstadt absolvierte er eine Lehre und war als Werkzeugmacher tätig.

1964/1965 absolvierte er ein Diakonisches Jahr in Bethel/Bielefeld, dort arbeitete er in der Westfälischen Diakonieanstalt Nazareth und war im Pflegedienst eingesetzt.

Seine diakonischen Fähigkeiten und sein Einsatz für die gute Zusammenarbeit mit den anderen Mitarbeitenden wurde ihm durch ein Zeugnis bescheinigt.

Er begann 1966 mit dem Studium am Evangelisch-Lutherischen Missions- und Diasporaseminar in Neuendettelsau. Dieses Studium hat er im Jahr 1973 erfolgreich beendet und von November 1973 an seine Tätigkeit als Lehrvikar in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz, linkes Murufer, aufgenommen.

Seine Heimatgemeinde war ihm sowohl durch die ehrenamtliche Mitarbeit in der Evangelischen Jugend wie auch durch ein Gemeindepraktikum, welches er während seines Studiums im Herbst 1972 absolvierte, wohl vertraut.

Sein Mentor und Lehrpfarrer Senior Dr. Gerhard Gerhold hat ihn begleitet und ihm höchste persönliche und fachliche Fähigkeiten bescheinigt.

Im Juni 1975 legte Norbert Engele das Examen pro ministerio mit sehr gutem Erfolg ab und wurde am 13. Juli 1975 in der Heilandskirche ordiniert.

Im selben Jahr bewarb sich Norbert Engele um die Pfarrstelle der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz und wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 in diesem Amt bestellt.

Seine Bereitschaft zur ständigen Fortbildung hat er durch ein Studium der Fachrichtung Psychologie — Soziologie an der Universität Graz eindrücklich unter Beweis gestellt. So war er in der Zeit seines Pfarrdienstes an verschiedenen Einrichtungen und Anstalten in Graz, bzw. der Steiermark tätig, darunter insbesondere durch die Seelsorge für evangelische Häftlinge im Landesgericht und der Strafanstalt Karlau, der Krankenhausseelsorge am Landeskrankenhaus und den Universitätskliniken.

Der letzte Amtsauftrag wies ihm die Seelsorge an den Kranken im Landesnervenkrankenhaus Sigmund Freud, in der Justizanstalt Jakomini, der Justizanstalt Karlau sowie der Evangelischen im Haus der Barmherzigkeit und nicht zuletzt die Betreuung der Schubhäftlinge im Polizeianhaltezentrum Graz zu.

Norbert Engele hat in seiner Tätigkeit als Pfarrer die besonders herausfordernde und auch belastende Seelsorge an Kranken und Gefangenen wahrgenommen. Seine Erfahrungen und seine Fortbildung ließen ihn diese Tätigkeiten in höchst professioneller Weise ausüben, so dass er zu einem anerkannten Experten im Bereich der kategorialen Seelsorge unserer Kirche geworden ist.

Obwohl seine Tätigkeit nicht mit der Erteilung von Religionsunterricht verbunden war, übernahm er im Ausmaß von einigen Wochenstunden auch diese Aufgabe und war auch bereit, als Administrator in der pfarrerlosen Gemeinde Weiz zu wirken.

Kraft für seine anspruchsvolle Tätigkeit gaben ihm immer wieder Urlaubsreisen, die ihn in Weltgegenden führten, die weit hinter dem Horizont des gängigen Tourismus liegen.

Besonders verdient machte sich Norbert Engele als Obmann des Vereins Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Österreich, eine Funktion, die er bis 1998 ausübte. In seine Wirkungszeit fiel die Neuorganisation des früheren „Pfarrervereins“, der heute als Kollektivvertragspartner eine wirkungsvolle Vertretung der Anliegen der Pfarrer und Pfarrerinnen darstellt.

Norbert Engele ist Vater einer Tochter (Esther, geb. 1978) und verheiratet mit Pfarrerin Mag[a]. Karin Engele.

Namens der Evangelischen Kirche sei Norbert Engele für seine engagierte und kompetente Tätigkeit herzlich gedankt. In seinen Ruhestand begleiten ihn die besten Glücks- und Segenswünsche.

(Zl. P 1377; 1578/2011 vom 27. Juni 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. Jänner 2011 trat

Pfarrer Siegfried Reinhard Lewin

in den Ruhestand.

Siegfried Reinhard Lewin wurde am 21. Dezember 1948 als Sohn von Reinhard Lewin und Christine, geb. Burckhardt in Gaildorf (BRD) geboren.

Im Jänner 1949 wurde er getauft und im März 1963 in Allmersbach, wo er auch die Volksschule besuchte, konfirmiert.

Nach der Handelsschule in Backnang absolvierte Siegfried Lewin die Ausbildung zum Industriekaufmann und war bis 1969 in einem renommierten Elektrizitätsunternehmen im Fachgebiet Trägerfrequenztechnik tätig.

Von 1970 bis 1974 besuchte er die Evangelische Missionsschule der Bahnauer Bruderschaft in Unterweissach, woran sich mehrere Aufbauausbildungen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg angeschlossen haben. Das Abschlusskolloquium zum zweiten kirchlichen Ausbildungsabschluss absolvierte er am 12. Dezember 1980 in Ludwigsburg.

Nach Absolvierung des Kurses für Pfarrhelfer und der Zusatzprüfung für Religionslehrende ohne Reifeprüfung im Jahr 1985 begann Siegfried Lewin seinen Dienst in der Evangelischen Kirche in Österreich. Die Pfarrhelferprüfung, welche er im Jahr 1987 ablegte, war die Grundlage für seine Ordination ins geistliche Amt, die am 25. Oktober 1987 durch Superintendent Mag. Paul Pellar in Villach durchgeführt wurde.

Siegfried Lewin war bereits vor seiner Übernahme in den Dienst der Evangelischen Kirche in Österreich kirchlich tätig, und zwar von 1974 bis 1979 als Gemeindediakon in der Evangelischen Kirchengemeinde Gerstetten, wo sein Arbeitsschwerpunkt in der Betreuung von alten Menschen und im Besuchsdienst lag. Dazu kam ein monatlicher Gottesdienst und die leitende Mitarbeit in der Jugendarbeit.

Von 1979 bis 1984 wirkte er als Gemeindediakon in der Evangelischen Kirchengemeinde Waldachtal-Tumlingen im Dekanat Freudenstadt. Dort gehörte es auch zu seinen Aufgaben, Religionsunterricht (im Ausmaß von acht Wochenstunden) zu erteilen. Über alle seine Tätigkeiten wurden ihm sehr gute Zeugnisse ausgestellt.

Im Jahr 1984 stellte sich Siegfried Lewin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Dornbach vor und wurde mit Wirkung vom 1. September 1984 vom Evangelischen Oberkirchenrat — vorerst in einem provisorischen Dienst als Pfarrhelfer übernommen und zur Dienstleistung der Gemeinde Dornbach zugeteilt.

Im Jahr 1988 bewarb sich Siegfried Lewin um die Pfarrstelle der Pfarrgemeinde Dornbach und wurde im selben Jahr zum Pfarrer gewählt. In dieser Funktion hatte er Gottesdienste an jedem Sonn- und Feiertag in Fischertratten und in der Predigtstelle Gmünd zu halten, zu dem Religionsunterricht an Pflichtschulen im Ausmaß von zehn Wochenstunden und alle weiteren Tätigkeiten, die in einer Toleranzgemeinde anfallen. Seine Amtseinführung fand am 19. Juni 1988 statt.

Siegfried Lewin administrierte die Nachbargemeinde Trebesing von 1996 bis 1999 und wiederum ab dem Jahr 2000.

Bereits 1975 schloss er die Ehe mit Renate Lore, geb. Hermann, die ihn als Pfarrfrau in seinem Dienst begleitete und unterstützte. Dem Paar wurden vier Kinder geboren, Christina (1976), Heidi (1978), Matthias (1981) und Martin (1989).

Siegfried Lewin hat sich in die Verhältnisse in einer Kärntner Toleranzgemeinde mit viel Liebe und Engagement eingearbeitet und so die Herzen der Gemeindemitglieder gewonnen. Der Abschied von ihm ist vielen nicht leicht gefallen.

Namens der Evangelischen Kirche sei ihm für sein langjähriges, treues und hingebungsvolles Wirken von Herzen gedankt. Für den Ruhestand begleiten ihn die besten Glück- und Segenswünsche.

(Zl. P 1714; 1588/2011 vom 27. Juni 2011.)

†

Der Herr über Leben und Tod hat Herrn

Pfarrer i. R. Mag. Horst LIEBERICH

geboren am 11. Oktober 1932 in Wien, am Mittwoch, dem 1. Juni 2011, im 79. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

Für seinen Dienst in unserer Kirche danken wir Gott und drücken seiner Familie unsere Anteilnahme aus.

Die Würdigung des Lebens und Wirkens von Pfarrer i. R. Mag. Horst Lieberich findet sich im Amtsblatt 1991 auf Seite 102 anlässlich seines Übertritts in den Ruhestand.

(Zl. P 942; 1341/2011 vom 6. Juni 2011.)

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 31. August 2011 | 7./8. Stück

148. Kollektenaufruf für zwischenkirchliche Hilfe am 11. September 2011
149. Kollektenaufruf zum Erntedankfest 2011
150. Änderung der Regelung in Bezug auf unbezahlte Religionsstunden
151. Gleichstellungskommission — Änderungen in der Zusammensetzung
152. Bildungskommission
153. Bildungsarbeit
154. Übereinkommen zwischen den evangelischen Kirchen in Österreich; Ergänzung und Wiederverlautbarung
155. Öffentlichkeitsrecht für evangelische Schulen; Mitteilungen
156. Ausschreibung (erste) der diözesanen 25-%-Teilpfarrstelle einer Hochschulpfarrerin/eines Hochschulpfarrers für Wien, Schwerpunkt Fachhochschulen
157. Ordination von Mag. Fleur Pohl
158. Kirchenmusikalische D-Prüfung
159. Kirchenmusikalische D-Prüfung
160. Kirchenmusikalische D-Prüfung
161. Verein „Missionsgemeinschaft der Fackelträger — Tauernhof Schladming“
162. Urlaubsseelsorge
163. Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. und H. B. für das Jahr 2010
164. Jahresabschluss der Hermann und Therese Pfaffschen Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. für das Jahr 2010
165. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Mai 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
166. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Juni 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
167. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Eisenstadt/Neufeld an der Leitha
168. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wiedweg
169. Wiederbestellung von Dr. Thomas Dasek zum Dienst eines Pressepfarrers
170. Wiederbestellung von Dr. Thomas Pitters zum Pfarrer der Projektpfarrstelle Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen und Linz-Innere Stadt
171. Wiederbestellung von Mag. Herwig Hohenberger zum Pfarrer der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz (50-%-Teilpfarrstelle)
172. Bestellung von Senior Mag. Bernhard Petersen zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels

ERÖFFNUNGSGOTTESDIENST

für die **8. Session der 13. SYNODE A. B.**
sowie für die **6. Session der XIII. GENERALSYNODE**

am Sonntag, dem **23. Oktober 2011,** um **15.00 Uhr,**
in der Kirche der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Leibnitz,
Assmanngasse 1, 8430 Leibnitz.

Die Beratungen der Synode A. B. beginnen am **23. Oktober 2011** um **18.00 Uhr,** die Beratungen der Generalsynode beginnen am **25. Oktober 2011** um **14.00 Uhr.**

(Zl. SYN 01; 1715/2011 vom 5. Juli 2011.)

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

173. Bestellung von MMag. Mariusz Bryl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weißbriach/ Weissensee

174. Bestellung von Markus Fellinger auf die Gefängnis- und Diasporapfarrstelle der Evangelischen Diözese A. B. Niederösterreich

175. Bestellung von Mag. Hans Spiegl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach

176. Bestellung von Mag. Ing. Gregor Schwimbersky zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring

177. Bestellung von Mag. Daniela Schwimbersky zur Pfarrerin auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring

178. Bestellung von Mag. Peter Mömken zum Pfarrer für Dienstleistungen in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt

179. Zuteilung von Mag. Karin Jungreithmayer als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Militärseelsorge in Österreich

180. Zuteilung von Mag. Benjamin Battenberg als Pfarramtskandidat der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Schwechat

181. Zuteilung von Mag. Ella-Maria Boba als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Währing und der Finnisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich

182. Zuteilung von MMag. Alexandra Battenberg als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Simmering

183. Zuteilung von Mag. Anne-Sofie Neumann als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg

184. Zuteilung von Matthias Weigold Mth als Lehrvikar der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf

185. Zuteilung von Mag. Diemut Wessiak als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Steyr

186. Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn: Namensänderung

187. E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Scharten

188. E-Mail-Adresse und Fax-Nr. der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Döbling

189. Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. B. für das Jahr 2010

190. Kollektenplan für das Kirchenjahr 2011/2012

191. Kollektenergebnisse 2010

Kirchliche Mitteilungen

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

148. Zl. KOL 04; 1801/2011 vom 7. Juli 2011

Kollektenaufruf für zwischenkirchliche Hilfe am 11. September 2011

Die Lutherische Kirche in Ungarn betreibt in Budapest das Heim „Sarepta“, eine Einrichtung für schwer-, mehrfach behinderte Jugendliche und Erwachsene. Leiter des Hauses ist Pfarrer András Sztojanovics.

Von der schier unerträglichen räumlichen Enge des alten Hauses konnte sich die österreichische Kirchenleitung bei einem Besuch im Feber 2009 überzeugen. Dass sich in dieser Umgebung der Umgang mit den Bewohnern so herzlich und wohltuend gestaltet, war für die Besucher eine überraschende Bereicherung.

Nur ein Neubau könnte den BewohnerInnen entsprechende Entfaltungsmöglichkeiten geben.

Der Evangelische Oberkirchenrat bittet dafür herzlich um ihre Kollekte, damit eine großzügige Spende es der Lutherischen Kirche in Ungarn ermöglicht, „den Mehltopf nicht leer und den Ölkrug nicht versiegen zu lassen“ (1. Könige 17, 14).

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

149. Zl. KOL 09; 1689/2011 vom 4. Juli 2011

Kollektenaufruf zum Erntedankfest 2011

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Spenderinnen und Spendern für die Kollekte des Vorjahres sehr herzlich bedanken. Mit Ihrer Hilfe hatten mehr als 700 Jugendliche in Israel und Palästina die Chance, ZeugInnen für ein friedliches Zusammenleben kennen zu lernen. Auch der Diakonieverein Burgenland kann nun dank des neuen Fahrzeuges seine pflegebedürftigen KlientInnen besser erreichen und die jährlich über 200.000 Kilometer Fahrstrecke leichter bewältigen!

Dieses Jahr bittet die Diakonie um Unterstützung für ein Hilfsprojekt im Kosovo und für die Evangelische Schule Karlsplatz in Wien.

In der Kleinstadt Fushe im Kosovo leben Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in bitterer Armut. Die Diakonie Auslandshilfe unterstützt bereits seit Anfang der 2000-er Jahre diese stark benachteiligte Bevölkerungsgruppe mit speziell auf deren Bedürfnisse abgestimmten Bildungsakitivitäten. Dazu gehört zum Beispiel auch eine warme Mahlzeit, damit sich die SchülerInnen auf den Unterricht konzentrieren können. Das Angebot richtet sich an schulpflichtige Kinder und an Frauen. Roma, Ashkali und Ägypter zählen im Kosovo zu jenen Gruppen mit dem

geringsten Bildungsniveau. Dabei zählt Bildung zu den grundlegenden Menschenrechten und ist eine zentrale Voraussetzung dafür, sich gesellschaftlich integrieren zu können. Sie ist der erste Schritt zur Befähigung der ethnischen Minderheiten, Eigenverantwortung zu übernehmen und an politischen Prozessen teilnehmen zu können. Im Herbst 2011 werden 450 Kinder und Jugendliche an den ausdifferenzierten Bildungsangeboten teilnehmen, um den Kreislauf von Armut und Ausgrenzung zu durchbrechen.

Ziel des Projektes ist es, Kinder und Jugendliche soweit zu fördern, dass sie ebenso am Schulunterricht teilnehmen können wie ihre gleichaltrigen MitschülerInnen aus der Mehrheitsgesellschaft.

Theophil von Hansen erbaute 1861 die Evangelische Schule Karlsplatz. Das ehrwürdige Gebäude hält den heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit leider nicht stand. Aus Anlass der 150-Jahr-Feier der Schule bitten wir daher um Unterstützung bei der Errichtung eines rollstuhlgerechten Eingangs und eines Treppenliftes, damit in Zukunft auch Kinder mit Gehbehinderungen die Schule besuchen können.

Die Diakonie bittet um Abkündigung im Erntedankgottesdienst und bedankt sich schon jetzt für Ihre Hilfe!

150. Zl. RU 01; 1800/2011 vom 7. Juli 2011

Änderung der Regelung in Bezug auf unbezahlte Religionsstunden

Auf Antrag des Oberkirchenrates A. u. H. B. haben die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung am 30. Juni 2011 beschlossen, das Entgelt für eine nicht von der öffentlichen Hand bezahlten Religionsstunde pro Unterrichtsjahr ab September 2008 valorisiert anhand der Mindestgehälter-Verordnung zu erhöhen.

Stichtag für die jeweilige Valorisierung ist der Schuljahresbeginn im September.

Sämtliche anderen Regelungen laut Amtsblatt 107/2005 (Zl. RU 01; 2169/2005) bleiben in Kraft.

Mit 1. September 2011 beträgt daher das Entgelt für eine unbezahlte Wochenstunde Religionsunterricht für das Schuljahr 2011/12 € 422,36.

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

151. Zl. SYN 21; 1716/2011 vom 5. Juli 2011

Gleichstellungskommission — Änderungen in der Zusammensetzung

Die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung haben am 30. Juni 2011 folgende Änderungen in der Zusammensetzung der Gleichstellungskommission beschlossen:

ARGE Evangelischer Bildungswerke:

Dr. Kirsten **Beuth** (statt bisher Mag. Waltraut Kovacic).

ARGE ReligionslehrerInnen:

Dipl.-Päd. Monika **Hofbauer** (statt bisher ROL Dipl.-Päd. Liane Fuchs).

Dr. Peter Krömer
Vorsitzender
der gemeinsamen Sitzung
der Synodalausschüsse

OStR Prof. Mag. Gerd Zetter
Schriftführer

152. Zl. SYN 16; 1717/2011 vom 5. Juli 2011

Bildungskommission

Die Synodalausschüsse A. B. und H. B. haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 30. Juni 2011 nach dem Ausscheiden von Frau Mag. Waltraut Kovacic Frau **Dr. Kirsten Beuth** als ihre Nachfolgerin in der Bildungskommission bestellt.

Dr. Peter Krömer
Vorsitzender
der gemeinsamen Sitzung
der Synodalausschüsse

OStR Prof. Mag. Gerd Zetter
Schriftführer

153. Zl. SYN 16; 1988/2011 vom 22. August 2011

Bildungsarbeit

Ansuchen um Subvention durch die Bildungskommission der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. u. H. B. sind bis zum **13. Feber 2012** einzureichen.

Bevorzugt gefördert werden ***methodisch-kreative*** bzw. ***künstlerisch-innovative*** Projekte in der Regel bis maximal 70% der Projektgesamtkosten bzw. bis zu einer Höhe von maximal € 2000. Bei der Antragstellung sind das Grundsatzpapier (siehe ABl. vom 20. Dezember 2001) und der Kriterienkatalog (ABl. vom 31. Jänner 2003) der Bildungskommission zu beachten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass ausdrücklich als evangelische Bildungseinrichtungen deklarierte AntragstellerInnen bevorzugt berücksichtigt werden und nicht etwa Institutionen, in deren Wirkungsbereich z. B. bestimmte Formen von Weiterbildung für ehrenamtliche MitarbeiterInnen ohnehin fallen. Als standardisiertes Formblatt steht unter www.evang.at in der Rubrik *intern* unter *Texte* in *Listen und Formulare* ein Formular zum Download zur Verfügung, das in seiner neuen Form (verfügbar ab 1. September 2011) zu verwenden ist. Zu beachten ist insbesondere auch die Rubrik *Art/Form der Veranstaltung* und die Zuordnung zu einem der unten angeführten *Schwerpunktthemen.*

Die Abrechnungen der 2011 unterstützten Projekte sind ebenfalls bis zum 13. Feber 2012 an das Kirchenamt z. H.

Frau Andrea Philipp zu senden. Wünschenswert ist auch eine Kontaktnahme mit den in den Zusagen übermittelten Paten/Patinnen der jeweiligen Projekte.

Berücksichtigt werden im Jahr 2012 Veranstaltungen zu folgenden in der Bildungskommission festgesetzten Jahresschwerpunkten:

„An Kunst wachsen — Pädagogische Vermittlung und persönliche Auseinandersetzung mit Literatur, Musik und Darstellende Kunst."

„Dialogfähigkeit stärken — Erwerb von Kompetenzen für interreligiöse und interkulturelle Begegnungen und Gewaltprävention."

„Menschengerechtes Wirtschaften — Stärkung gesellschaftlicher Urteilsfähigkeit."

154. Zl. FK 05; 2039/2011 vom 23. August 2011

Übereinkommen zwischen den evangelischen Kirchen in Österreich; Ergänzung und Wiederverlautbarung

Die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung haben am 30. Juni 2011 den Verhandlungsergebnissen zwischen dem Oberkirchenrat A. und H. B. und der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich betreffend Ergänzungen des im Folgenden verlautbarten Übereinkommens, insbesondere hinsichtlich geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen, zugestimmt; gleichzeitig wird das Übereinkommen wieder verlautbart:

Übereinkommen zwischen der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich und der Evangelischen Kirche A. B. und H. B. in Österreich

Auf Grund der Erklärung der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zwischen der Evangelischen Kirche A. B., der Evangelischen Kirche H. B. und der Evangelisch-methodistischen Kirche, feierlich besiegelt am 25. November 1990, sowie der gemeinsamen Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa" und lang geübter Praxis wird übereinstimmend erklärt:

I. Religionsunterricht

§ 1

Schüler und Schülerinnen, die der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich angehören, nehmen mit allen Rechten und Pflichten am evangelischen Religionsunterricht teil. Die Evangelisch-methodistische Kirche erklärt, dass sie den evangelischen Religionsunterricht als methodistischen Religionsunterricht anerkennt, womit aus ihrer Sicht die Erfüllung des § 1 Abs. 1 Religionsunterrichtsgesetz 1949 i. d. g. F. (RU-G) gegeben ist. Die Evangelisch-methodistische Kirche erklärt ausdrücklich, dass sie in diesen Fällen die ihr aus § 1 Abs. 1 RU-G erwachsenen Rechte an die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich abtritt.

§ 2

Das Zusammenwirken der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B. im Religionsunterricht wird durch die Evangelische Kirche A. und H. B. und deren Organe durchgeführt. Im Folgenden sind jene Punkte geregelt, die zur Umsetzung der Grundsatzerklärung der Evangelisch-methodistischen Kirche ein Zusammenwirken zwischen der Evangelisch-methodistischen Kirche und der Evangelischen Kirche A. und H. B. erfordern.

(1) Die Evangelische Kirche A. und H. B. übernimmt alle Aufgaben, die der Evangelisch-methodistischen Kirche aus § 2 RU-G erwachsen.

(2) Die Evangelisch-methodistische Kirche erklärt, dass sie die Erklärung der Befähigung und Ermächtigung zur Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts durch die Evangelische Kirche A. und H. B. anerkennt. Eine weitere gesonderte Beauftragung der ReligionslehrerInnen von Seiten der Evangelisch-methodistischen Kirche ist nicht notwendig.

(3) Bei der Erstellung von Lehrplänen und Lehrbüchern sowie bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von ReligionslehrerInnen ist die Evangelisch-methodistische Kirche in angemessener Form einzubeziehen.

(4) Im evangelischen Religionsunterricht ist der Bekenntnisstand der methodistischen SchülerInnen zu berücksichtigen, die Lehre der Evangelisch-methodistischen Kirche zu unterrichten und der Unterricht im ökumenischen Verständnis zu gestalten.

(5) Die Schulämter der Evangelischen Kirche A. und H. B. melden die am evangelischen Religionsunterricht teilnehmenden SchülerInnen, die der Evangelisch-methodistischen Kirche angehören, an die Superintendentur der Evangelisch-methodistischen Kirche.

(6) Die Notengebung erfolgt durch den/die ReligionslehrerIn.

II. Geistliche AmtsträgerInnen

§ 3

Auf Grund der gemeinsamen Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa" und der damit verbundenen gegenseitigen Anerkennung der Ämter wird vereinbart:

(1) Zumindest einmal im Jahr wird eine gemeinsame Tagung der Pfarrerinnen und Pfarrer der evangelischen Kirchen durchgeführt.

(2) Nach Vereinbarung der jeweiligen Kirchenleitungen können geistliche AmtsträgerInnen zum befristeten Dienst in einer anderen Kirche der Kirchengemeinschaft entsendet und von dieser auf eine Pfarrstelle zugeteilt werden.

(3) Diese PfarrerInnen werden mit der Entsendung ins Dienstverhältnis der Kirche übernommen, in der sie Dienst tun.

(4) Sie bleiben Pfarrer/innen der entsendenden Kirche und werden nach Ablauf des befristeten Dienstes wieder in den Dienst der entsendenden Kirche übernommen.

Für die
Evangelische Kirche
A. B. und H. B.:

Dr. Michael Bünker
Bischof der
Evanglischen Kirche A. B.
in Österreich

Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent der
Evangelischen Kirche H. B.
in Österreich

Für die
Evangelisch-methodistische
Kirche:

Pfarrer Lothar Pöll
Superintendent der
Evangelisch-methodistischen
Kirche in Österreich

155. Zl. SCH 01; 2041/2011 vom 24. August 2011

Öffentlichkeitsrecht für evangelische Schulen; Mitteilungen

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hat das Öffentlichkeitsrecht an folgende evangelische Schulen verliehen:

1. der Montessorischule de La Tour — Private Evangelische Hauptschule für ganzheitliches Lernen, 9521 Treffen;
2. der Montessorischule de La Tour — Private Evangelische Volksschule für ganzheitliches Lernen, 9521 Treffen;
3. der Sondererziehungsschule de La Tour — Private Evangelische Sondererziehungsschule, 9020 Klagenfurt;
4. den Schulen für Sozialbetreuungsberufe des Diakoniewerkes Gallneukirchen
   a) mit dem Schwerpunkt Behindertenbegleitung, 4910 Ried,
   b) mit den Schwerpunkten Altenarbeit, Behindertenarbeit und Behindertenbegleitung, 4210 Gallneukirchen.

Veröffentlicht im Verordnungsblatt der Bundesministerien für Unterricht, Kunst und Kultur/Wissenschaft und Forschung, 19/2011 vom 1. 4. 2011.

R. Kneucker
Oberkirchenrat

156. Zl. VER 26; 1634/2011 vom 30. Juni 2011

Ausschreibung (erste) der diözesanen 25-%-Teilpfarrstelle einer Hochschulpfarrerin/eines Hochschulpfarrers für Wien, Schwerpunkt Fachhochschulen

Die Stelle der Hochschulpfarrerin/des Hochschulpfarrers für Wien, Schwerpunkt Fachhochschulen wird hiermit entsprechend der Ordnung der Evangelischen Hochschulgemeinde, insbesondere § 7, zur ehestmöglichen Besetzung ausgeschrieben.

Wir wünschen und erwarten:

- Mut, Elan und Kreativität, um die Hochschulseelsorge an den Fachhochschulen in Wien zu etablieren.
- Seelsorgerliche Kompetenz in der Begleitung junger Erwachsener.
- Freude am Feiern von regelmäßigen Gottesdiensten und am theologischen Diskurs.
- Aufgeschlossenheit gegenüber elektronisch-sozialen Netzwerken.
- Aktives Zugehen auf die Rektorate der Universitäten und Fachhochschulen zwecks Ermöglichung von Aktivitäten an diesen universitären Einrichtungen.
- Pflege von Kontakten zu kirchlichen und öffentlichen Stellen.
- Mitarbeit in der EHG in Österreich.
- Teamorientierte Zusammenarbeit mit der Hochschulpfarrerin in Wien, Schwerpunkt Universitäten.
- Offenheit im ökumenischen und interreligiösen Dialog.

Eine Dienstwohnung ist nicht vorhanden, ein Wohnungskostenzuschuss im Ausmaß von 25% der für diözesane Stellen in Wien üblichen Pauschale wird bezahlt.

Bewerbungen sind bis 30. September 2011 an die Evangelische Superintendentur A. B. Wien, Hamburgerstraße 3, 1050 Wien, zu richten. Nähere Auskünfte erteilen Superintendent Mag. Hansjörg Lein (Tel. 0699-188 77 701) und Hochschulpfarrerin Mag. Gerda Pfandl (Tel. 0699-188 77 860).

157. Zl. P 2140; 1510/2011 vom 20. Juni 2011

Ordination von Mag. Fleur Pohl

Mag. Fleur Pohl wurde am 29. Mai 2011 in der Christuskirche in Bad Radkersburg durch Superintendent MMag. Hermann Miklas unter Assistenz von Pfarrer Mag. Paul Nitsche, Pfarrer Mag. Manfred Perko und Pfarrerin Mag. Anne Strid ordiniert.

158. Zl. A 13; 1511/2011 vom 20. Juni 2011

Kirchenmusikalische D-Prüfung

Armin Rittenschober hat vor der kirchenmusikalischen Prüfungskommission des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. am 3. Juni 2011 die kirchenmusikalische D-Prüfung mit Auszeichnung bestanden.

159. Zl. A 13; 1514/2011 vom 20. Juni 2011

Kirchenmusikalische D-Prüfung

Brigitte Weber-Axmann hat vor der kirchenmusikalischen Prüfungskommission des Evangelischen Oberkir-

chenrates A. u. H. B. am 3. Juni 2011 die kirchenmusikalische D-Prüfung mit Auszeichnung bestanden.

160. Zl. A 13; 1516/2011 vom 20. Juni 2011

Kirchenmusikalische D-Prüfung

Gotelint Teufel hat vor der kirchenmusikalischen Prüfungskommission des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. am 3. Juni 2011 die kirchenmusikalische D-Prüfung mit Auszeichnung bestanden.

161. Zl. VER 35; 1788/2011 vom 7. Juli 2011

Verein „Missionsgemeinschaft der Fackelträger — Tauernhof Schladming“

In der Vorstandssitzung und Vollversammlung vom 28. Juni 2011 ist folgender Vorstand neu gewählt worden:

Funktion	Name
Vorsitzender	Senior Mag. Pfr. Gerhard KRÖMER
Stellvertretender Vorsitzender	Hans Peter ROYER
Kassier	Mag. Siegfried STEINER
Kassier-Stellvertreter	Gunther KIENE
Schriftführer	Martin BUCHSTEINER
Schriftführer-Stellvertreter	Siegfried STEINER

162. Zl. S 10; 1543/2011 vom 22. Juni 2011

Urlaubsseelsorge

Winter 2011/2012

Bis Mitte Oktober 2011 mögen alle gewünschten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Urlaubsseelsorge für den Winter 2011/2012 an den Evangelischen Oberkirchenrat A. u. H. B. (Bischof) gemeldet werden (also vor allem Neuerrichtungen von Stellen für die Urlaubsseelsorge, Auflassung entbehrlich gewordener Stellen, Änderung der Termine).

Wenn keine Meldung erfolgt, wird die Ausschreibung für den Winter 2011/2012 in derselben Weise wie für den Winter 2010/2011 vorgenommen werden.

Sommer 2012

In gleicher Weise wie oben mögen die Meldungen für den Sommer 2012 bis Ende Oktober 2011 eingereicht werden.

163. Zl. LK 022; 2044/2011 vom 24. August 2011

Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. und H. B. für das Jahr 2010

Gemäß § 1 Abs. 3 Z. 6 ABl-G verlautbart die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich auf Grund der Beschlussfassung und Verabschiedung des Jahresabschlusses 2010 durch die Synodalausschüsse A. B. und H. B., nach Anhörung der Finanzkommission der Generalsynode den

Jahresabschluss
der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich
zum 31. Dezember 2010

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich
Bericht über den Jahresabschluss 2010

AKTIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	0,00	151,76
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten sowie Einbauten in fremden Gebäuden	111.661,96	126.253,81
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.043,99	8.916,71
	124.705,95	135.170,52
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	1,670.586,45	1,628.803,22
	1,795.292,40	**1,764.125,50**
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegenüber kirchlichen Einrichtungen	123.237,69	128.491,39
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	26.531,10	34.463,92
	149.768,79	162.955,31
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	547.405,33	518.365,36
	679.174,12	**681.320,67**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**582,53**	**534,63**
Summe AKTIVA	**2,493.049,05**	**2,445.980,80**

PASSIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. Eigenkapital		
I. Kapital	2,081.059,46	2,014.759,11
II. Gewinnrücklagen		
1. zweckgebundene Rücklagen	14.543,98	14.543,98
	2,095.603,44	**2,029.303,09**
B. Investitionszuschüsse	**9.084,05**	**12.717,70**
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	**0**	**1.020,00**
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	251.161,84	268.035,15
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.437,29	27.729,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber kirchlichen Einrichtungen	48.978,04	58.531,16
4. sonstige Verbindlichkeiten	55.784,39	46.811,15
davon aus Steuern	907,86	450,19
	388.361,56	**401.106,68**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**1.833,33**
Summe PASSIVA	**2,493.049,05**	**2,445.980,80**
Eventualverbindlichkeiten	**0,00**	**380.000,00**

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich

Bericht über den Jahresabschluss 2010

Gewinn- und Verlustrechnung — gesamt

	2010 IST	2009 IST
1. sonstige betriebliche Erträge		
a) Zuschüsse und Subventionen	4,431.763	4,723.150
b) Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen	3.634	3.634
c) übrige	27.087	41.222
	4,462.483	**4,768.006**
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	6.756	13.163
b) Sonstige Sozialaufwendungen	27.492	29.605
	34.247	**42.768**
3. Abschreibungen	**21.900**	**22.302**
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) übrige		
Aufwendungen für kirchliche Einrichtungen	4,028.807	4,236.100
Aufwendungen für Ämter, Werke u. Einrichtungen	108.553	114.865
Mitgliedsbeiträge	828	12.631
Instandhaltungen	6.289	6.207
Betriebskosten	90.109	90.052
Transportaufwand	131	165
Reise- und Fahrtaufwand	25.182	29.113
Nachrichtenaufwand	17.291	22.566
Aus- und Weiterbildung	23.065	19.990
kirchliche Druckwerke, Bücher und Zeitschriften	22.663	27.460
Büro und Verwaltungsaufwand	2.431	3.270
Spesen des Geldverkehrs	3.752	3.661
Rechts- und Beratungsaufwand	3.974	10.394
Abschreibung von Forderungen	700	6
Schadensfälle	237	0
diverse betriebliche Aufwendungen	104.146	129.485
Kursverluste auf sonstige betriebliche Aufwendungen	–14	131
Skontoerträge auf sonstige betriebliche Aufwendungen	–23	–16
	4,438.122	**4,706.080**
5. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z. 1 bis 4)	**–31.785**	**–3.144**
6. Erträge aus anderen Wertpapieren	**96.558**	**113.007**
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**4.030**	**14.406**
8. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	**–1.200**	**0**
9. Aufwendungen aus Finanzanlagen	**0**	**0**
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**1.277**	**1.382**
11. Finanzerfolg (Zwischensumme aus Z. 6 bis 10)	**98.111**	**126.031**
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**66.326**	**122.887**
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**25**	**71**
14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**66.300**	**122.817**
15. Jahresgewinn/Jahresverlust	**66.300**	**122.817**

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich, Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs. 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

Verantwortung des Oberkirchenrates für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich ist für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen kirchlicher Rechnungslegung vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen kirchlicher Rechnungslegung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der „Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich“ zum 31. Dezember 2010 sowie deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Wien, am 23. Mai 2011

IB Interbilanz Hübner
Wirtschaftsprüfung GmbH

Mag. Andreas Röthlin
Wirtschaftsprüfer

MMag. Roland Teufel
Steuerberater

Der Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich kann von allen Evangelischen sowohl beim Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, als auch bei jeder Evangelischen Superintendentur A. B. sowie Evangelischen Oberkirchenrat H. B. während der üblichen Amtsstunden eingesehen werden.

Dr. Peter Krömer — Johannes Eichinger

164. Zl. LK 022; 2045/2011 vom 24. August 2011

Jahresabschluss der Hermann und Therese Pfaffschen Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. für das Jahr 2010

Gemäß § 1 Abs. 3 Z. 6 ABl-G verlautbart die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich auf Grund der Beschlussfassung und Verabschiedung des Jahresabschlusses 2010 durch die Synodalausschüsse A. B. und H. B., nach Anhörung der Finanzkommission der Generalsynode den

Jahresabschluss der Hermann und Therese Pfaffschen Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. zum 31. Dezember 2010

Hermann und Therese Pfaffsche Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B.

BILANZ zum 31. Dezember 2010

AKTIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke	1,02	1,02
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.265,84	2.546,67
	2.266,86	**2.547,69**
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.227,43	0,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	71.056,66	46.221,22
	76.284,09	**46.221,22**
Summe AKTIVA	**78.550,95**	**48.768,91**

PASSIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. Eigenkapital		
I. Kapital	**4.656,34**	**– 26.082,56**
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	**1.000,00**	**575,00**
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	142,20	878,72
2. Verbindlichkeiten gegenüber kirchlichen Einrichtungen	60.000,00	70.000,00
3. sonstige Verbindlichkeiten	12.752,41	3.397,75
davon aus Steuern	2.541,96	650,52
	72.894,61	**74.276,47**
Summe PASSIVA	**78.550,95**	**48.768,91**

Hermann und Therese Pfaffsche Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B.

Gewinn- und Verlustrechnung 1. 1. 2010 bis 31. 12. 2010

	2010	2009
1. Stiftungserlöse	**36.000,00**	**36.000,00**
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) übrige	**8.856,18**	**968,54**
3. Aufwendungen für bezogene Leistungen		
a) Betriebskosten	5.039,37	5.669,97
b) Fremdleistungen	2.901,33	8.655,98
	7.940,70	**14.325,95**
4. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	**280,83**	**180,83**
5. sonstige betreibliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	277,25	277,25
b) übrige		
Versicherungen	618,31	625,11
Spesen des Geldverkehrs	554,68	569,29
Rechts- und Beratungsaufwand	1.896,75	1.223,00
	3.069,74	2.417,40
	3.346,99	**2.694,65**
6. Zwischensumme aus Z. 1 bis 5 (Betriebserfolg)	**33.287,66**	**19.767,11**
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**257,20**	**554,57**
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**2.741,67**	**4.170,59**
9. Zwischensumme aus Z. 7 bis 8 (Finanzerfolg)	**–2.484,47**	**–3.616,02**
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**30.803,19**	**16.151,09**
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**64,29**	**138,65**
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**30.738,90**	**16.012,44**
13. Jahresgewinn/-verlust	**30.738,90**	**16.012,44**

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

Hermann und Therese Pfaffsche Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs. 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Stiftung und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

Verantwortung des Oberkirchenrates der „Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich“ für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Der Oberkirchenrat der „Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich“ ist für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichti-

gung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Stiftung von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Stiftung abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der vom Oberkirchenrat der „Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich“ vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen kirchlicher Rechnungslegung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Hermann und Therese Pfaffschen Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. zum 31. Dezember 2010 sowie deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Wien, am 23. Mai 2011

IB Interbilanz Hübner
Wirtschaftsprüfung GmbH

Mag. Andreas Röthlin
Wirtschaftsprüfer

MMag. Roland Teufel
Steuerberater

Der Jahresabschluss der Evangelischen Hermann und Therese Pfaffschen Stiftung für bedürftige Angehörige der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich kann von allen Evangelischen sowohl beim Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, als auch bei jeder Evangelischen Superintendentur A. B. sowie Evangelischen Oberkirchenrat H. B. während der üblichen Amtsstunden eingesehen werden.

Dr. Peter Krömer — Johannes Eichinger

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

165. Zl. KB 06; 1632/2011 vom 29. Juni 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Mai 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	628.141,29	521.255,33
Kärnten	1,180.206,40	849.745,—
Niederösterreich	1,364.878,86	1,135.711,56
Oberösterreich	1,495.913,83	1,445.339,15
Salzburg-Tirol	1,311.890,64	1,065.641,90
Steiermark	1,383.769,15	1,404.268,80
Wien	1,549.999,39	1,463.480,35
	8,914.799,56	**7,885.442,09**

Steigerung 2011 gegenüber 2010:

13,05% (7,885.442,09)

Steigerung 2011 gegenüber 2009:

19,42% (7,465.100,94)

Für die KB-Statistik werden die auf den Konten der Evangelischen Kirche A. B. eingelangten Kirchenbeiträge berücksichtigt. Davon abweichend wurden bis Ende 2010 die vom Wiener Verband eingehobenen Kirchenbeiträge bereits mit der Gutschrift auf einem Konto des Wiener Verbands berücksichtigt.

Diese Abweichung wurde ab 2011 beseitigt und zur besseren Vergleichbarkeit die Vorjahresdaten angepasst.

166. Zl. KB 06; 1927/2011 vom 27. Juli 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Juni 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	1,079.279,95	859.310,77
Kärnten	1,620.523,02	1,255.967,70
Niederösterreich . .	1,590.271,27	1,441.555,34
Oberösterreich . . .	2,286.626,10	1,947.546,20
Salzburg-Tirol . . .	1,535.005,39	1,381.658,46
Steiermark	1,800.270,57	1,830.537,22
Wien	1,744.862,88	1,639.249,36
	11,656.839,18	**10,355.825,05**

Steigerung 2011 gegenüber 2010:
12,56% (10,355.825,05)

Steigerung 2011 gegenüber 2009:
17,47% (9,923.503,49)

167. Zl. GD 136; 1673/2011 vom 4. Juli 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Eisenstadt/Neufeld an der Leitha

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Eisenstadt/Neufeld an der Leitha wird hiermit gemäß ABl. 11/12 2010 Nr. 192 zur Besetzung mit 1. September 2012 neu ausgeschrieben.

Wir sind:

— Eine wachsende Gemeinde in der Landeshauptstadt Eisenstadt, zu der 18 politische Gemeinden im Bezirk sowie die Stadtgemeinden Neufeld und Purbach gehören. Derzeit leben auf unserem Gemeindegebiet 1468 Evangelische, ungefähr die Hälfte davon in Eisenstadt.
— Viele Zuzüge und Wegzüge kennzeichnen unsere Gemeinde, darunter viele junge Familien.
— Eisenstadt als Landeshauptstadt verfügt über alle Ämter, Schulen (neben Pflichtschulen auch AHS, BHS, PH, Fachhochschule), ein Krankenhaus usw. Außerdem bietet die Stadt vielfältige kulturelle Angebote.

Wir erwarten:

— die begonnenen Wege in der Gemeindearbeit mit Freude und Engagement weiterzugehen und neue Impulse zu setzen,
— Begleitung und Unterstützung der MitarbeiterInnen sowie eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Presbyterium und der Gemeindevertretung,
— die Vertretung der Pfarrgemeinde in der Öffentlichkeit und die Weiterführung der guten ökumenischen Kontakte,
— die seelsorgerliche Begleitung der Gemeindeglieder und überzeugende Verkündigung des Wortes Gottes in traditionellen und innovativen Gottesdiensten sowohl in der Auferstehungskirche in Eisenstadt als auch in der Kirche in Neufeld,
— Betreuung der Evangelischen unserer Gemeinde auch in den Pflegeheimen und im Krankenhaus,
— Hausbesuche auch in der Diaspora in Zusammenhang mit den Ortskontaktpersonen,
— Religionsunterricht im üblichen Ausmaß von acht Stunden an einer höheren Schule (in Absprache mit dem Schulamt der Diözese),
— Erteilung des Konfirmandenunterrichtes,
— Zusammenarbeit mit den Religionslehrern der Pflichtschulen,
— besonderes Augenmerk auf Gottesdienstangebote für Kinder und Jugendliche,
— die gewissenhafte Leitung der Pfarrkanzlei bzw. die Erfüllung der administrativen Aufgaben in Zusammenarbeit mit einer angestellten Sekretärin bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitern,
— die Fortführung der Bildungsarbeit, die sich in verschiedenen Veranstaltungen niederschlägt,
— die Herausgabe des Gemeindebriefes und die Mitarbeit an der Homepage.

Wir bieten:

— eine 120 m^2 große Wohnung im 1. und 2. Stock des Pfarrhauses (fünf Zimmer, Küche, zwei Bäder),
— Garage,
— Pfarrgarten an der historischen Stadtmauer,
— Büro und Besprechungszimmer mit adäquater Ausstattung im Erdgeschoß,
— Unterstützung durch Lektoren, Organisten und Religionslehrerinnen,
— Mitarbeiter, die in verschiedenen Bereichen der Pfarrgemeinde tätig sind.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 15. Jänner 2012 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde Eisenstadt/Neufeld an der Leitha, St.-Rochus-Straße 1, 7000 Eisenstadt.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an: Kuratorin Mag. Christa Grabenhofer, Tel. 0676-9668293, (02682) 635 28, E-Mail: chr.grabenhofer@gmx.at

168. Zl. GD 323; 1989/2011 vom 22. August 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wiedweg

Die 75-%-Gemeindepfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wiedweg mit der Tochtergemeinde Bad Kleinkirchheim wird hiermit zur Besetzung zum 1. Jänner 2012 ausgeschrieben.

Zur Mutter- und Tochtergemeinde gehören 850 Gemeindemitglieder. Ab 1. Jänner 2012 wird die Pfarrgemeinde Wiedweg-Bad Kleinkirchheim heißen.

Die Pfarrgemeinde liegt in Kärnten mitten in den Nockbergen und hat auf ihrem Gemeindegebiet vier Urlaubsorte: Falkert, Turracher Höhe, Bad Kleinkirchheim und St. Oswald. Daher kommen im Sommer und Winter sehr viele Gäste nicht nur zum Schi fahren und Wandern, sondern auch um Golf zu spielen und in den beiden Thermalbädern in Bad Kleinkirchheim zu entspannen. Die Tourismusseelsorge hat deswegen einen wichtigen Stellenwert in der Gemeindearbeit.

Gottesdienste sind am zweiten und vierten Sonntag um 9.00 Uhr in der evangelischen Kirche Wiedweg, am ersten, dritten und fünften Sonntag um 10.30 Uhr in der evangelischen Kirche Bad Kleinkirchheim. Im Juli, August und September sind in Bad Kleinkirchheim jeden Sonntag Gottesdienste. Eine Predigtstation ist auf der Turracher Höhe. Dort ist in der Sommer- und Wintersaison alle 14 Tage um 17.00 Uhr ein evangelischer Gottesdienst in der Christophorus-Bergkirche. In den Sommermonaten Juli und August helfen Urlaubsseelsorger mit.

Im Gemeindegebiet sind zwei Volksschulen und eine Hauptschule. Der evangelische Religionsunterricht an diesen Schulen wird von ReligionslehrerInnen durchgeführt. Der Pflichtumfang im Religionsunterricht beinhaltet eine erhöhte Lehrverpflichtung von insgesamt elf Stunden, so dass diese Pfarrstelle eine 100-%-Pfarrstelle wird.

Wir bieten:

- engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- zwei Organisten,
- eine hauptamtliche Mitarbeiterin für den Kirchenbeitrag,
- zwei schöne Kirchen,
- eine geräumige 172 m² große Pfarrwohnung in dem denkmalgeschützten Pfarrhaus aus Holz gegenüber der Wiedweger Kirche mit Garage und Pfarrgarten,
- Gemeindezentrum und Kanzlei im Pfarrhaus,
- eine wunderschöne und gesunde Natur.

Wir erwarten u. a.

a) für die Gemeindearbeit:
   - regelmäßige Gottesdienste und Andachten an Sonn- und Feiertagen,
   - Amtshandlungen,
   - Kinderarbeit,
   - Konfirmandenunterricht,
   - Haus- und Krankenbesuche,
   - gewissenhafte Amtsführung,
   - gute Zusammenarbeit mit den benachbarten Pfarrgemeinden,
   - gute Zusammenarbeit mir der kath. Kirche im Sinne der Ökumene,
   - Teilnahme und Repräsentation am öffentlichen Leben.

b) für die Tourismusseelsorge
   - Berggottesdienste im Sommer in Bad Kleinkirchheim und am Falkertsee,
   - Andachten für SchifahrerInnen im Winter,
   - Kontakte zu Hotels, Thermen und Tourismusverbänden,
   - Wanderungen mit Gästen,
   - Amtshandlungen mit Gästen.

c) für den Religionsunterricht:
   - Durchführung des Religionsunterrichtes und verpflichtende Teilnahme an Konferenzen und Schulveranstaltungen,
   - aktive Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort.

Bitte richten sie ihre Bewerbungen bis 30. September 2011 an die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wiedweg, Wiedweg 12, 9564 Patergassen.

Kontaktpersonen bei Rückfragen sind:

- Pfarrer Uwe Träger, Tel. 0664-922 66 89, E-Mail: psalm 150@aon.at;
- Maria Buchholzer, Kuratorin der Muttergemeinde Wiedweg, Tel. 0650-428 44 82;
- Dr. Volker Pulverer, Kurator der Tochtergemeinde Bad Kleinkirchheim, Tel. 0664-931 45 52.

169. Zl. P 1747; 2026/2011 vom 23. August 2011

Wiederbestellung von Dr. Thomas Dasek zum Dienst eines Pressepfarrers

Dr. Thomas Dasek wurde gemäß Art. 23 Abs. 4 KV bzw. OdgA § 31 Abs. 2 zum Dienst eines Pressepfarrers der Evangelischen Kirche in Österreich wiederbestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2017 in diesem Amt bestätigt.

170. Zl. P 1895; 2028/2011 vom 23. August 2011

Wiederbestellung von Dr. Thomas Pitters zum Pfarrer der Projektpfarrstelle Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen und Linz-Innere Stadt

Dr. Thomas Pitters wurde gemäß § 1 Abs. 2 Proj.VO zum Pfarrer der Projektpfarrstelle Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen und Linz-Innere Stadt wiederbestellt und mit Wirkung vom 1. Oktober 2011 befristet bis 31. August 2016 in diesem Amt bestätigt.

171. Zl. P 1417; 2030/2011 vom 23. August 2011

Wiederbestellung von Mag. Herwig Hohenberger zum Pfarrer der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz (50-%-Teilpfarrstelle)

Mag. Herwig Hohenberger wurde gemäß Art. 23 Abs. 1 KV zum Pfarrer der Evangelischen Anstaltsseelsorge in Graz (50-%-Teilpfarrstelle) wiedergewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

172. Zl. P 1554; 495/2011 vom 10. März 2011

Bestellung von Senior Mag. Bernhard Petersen zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels

Senior Mag. Bernhard Petersen wurde gemäß § 31 Abs. 2 OdgA zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels beauftragt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

173. Zl. P 2312; 1833/2011 vom 12. Juli 2011

Bestellung von MMag. Mariusz Bryl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weißbriach/Weissensee

MMag. Mariusz Bryl wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Weißbriach/Weissensee bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

174. Zl. P 1120; 1835/2011 vom 12. Juli 2011

Bestellung von Markus Fellinger auf die Gefängnis- und Diasporapfarrstelle der Evangelischen Diözese A. B. Niederösterreich

Markus Fellinger wurde als Pastor der Evangelisch-methodistischen Kirche zum Dienst eines Pfarrers der Evangelischen Kirche A. B. auf die Gefängnispfarrstelle (50 Prozent) und Diasporapfarrstelle (30 Prozent) der Evangelischen Diözese A. B. Niederösterreich zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2016 in diesem Amt bestätigt.

175. Zl. P 1675 a; 1942/2011 vom 29. Juli 2011

Bestellung von Mag. Hans Spiegl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach

Mag. Hans Spiegl wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 2 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Mistelbach bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

176. Zl. P 2095; 1882/2011 vom 18. Juli 2011

Bestellung von Mag. Ing. Gregor Schwimbersky zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring

Mag. Ing. Gregor Schwimbersky wurde gemäß § 31 Abs. 2 OdgA zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring beauftragt und mit Wirkung vom 1. August 2011 in diesem Amt bestätigt.

177. Zl. P 2078; 1884/2011 vom 18. Juli 2011

Bestellung von Mag. Daniela Schwimbersky zur Pfarrerin auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring

Mag. Daniela Schwimbersky wurde gemäß § 31 Abs. 2 OdgA zur Pfarrerin auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Ottakring beauftragt und mit Wirkung vom 1. August 2011 in diesem Amt bestätigt.

178. Zl. P 1550; 1940/2011 vom 29. Juli 2011

Bestellung von Mag. Peter Mömken zum Pfarrer für Dienstleistungen in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt

Mag. Peter Mömken wurde gemäß § 32 OdgA zum Pfarrer für Dienstleistungen in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt und in den Pensionistenheimen der Region zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2011 in diesem Amt bestätigt.

179. Zl. P 2166; 1542/2011 vom 22. Juni 2011

Zuteilung von Mag. Karin Jungreithmayer als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Militärseelsorge in Österreich

Mag. Karin Jungreithmayer wird gemäß § 11 Abs. 2 OdgA als Pfarramtskandidatin mit Wirkung vom 1. September 2011 bis 31. August 2012 dem Streitkräfteführungskommando für die Militärkommanden Salzburg, Tirol und Vorarlberg unter der Verantwortung von MilDekan Mag. Johannes Dopplinger als Mentor zur Dienstleistung zugeteilt.

180. Zl. P 2177; 1903/2011 vom 20. Juli 2011

Zuteilung von Mag. Benjamin Battenberg als Pfarramtskandidat der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Schwechat

Mag. Benjamin Battenberg wurde gemäß § 11 Abs. 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Senior Mag. Hans-Jürgen Deml als Mentor zur Dienstleistung als Pfarramtskandidat der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Schwechat zugeteilt.

181. Zl. P 2332; 1904/2011 vom 20. Juli 2011

Zuteilung von Mag. Ella-Maria Boba als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Währing und der Finnisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich

Mag. Ella-Maria Boba wurde gemäß § 11 Abs. 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Mag. Johanna Uljas-Lutz als Mentorin zur Dienstleistung als Pfarramtskandidatin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Währing zu 50% und der Finnisch-Evangelischen Gemeinde A. B. in Österreich zugeteilt.

182. Zl. P 2315; 1887/2011 vom 19. Juli 2011

Zuteilung von MMag. Alexandra Battenberg als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Simmering

MMag. Alexandra Battenberg wurde gemäß § 7 Abs. 1 und 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Lehrpfarrer Mag. Sepp Lagger als Lehrvikarin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Simmering zur Dienstleistung zugeteilt.

183. Zl. P 2069; 1888/2011 vom 19. Juli 2011

Zuteilung von Mag. Anne-Sofie Neumann als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg

Mag. Anne-Sofie Neumann wurde gemäß § 7 Abs. 1 und 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Lehrpfarrerin Mag. Anna Elisabeth Peterson als Lehrvikarin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Korneuburg zur Dienstleistung zugeteilt.

184. Zl. P 2070; 1890/2011 vom 19. Juli 2011

Zuteilung von Matthias Weigold Mth als Lehrvikar der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf

Matthias Weigold Mth wurde gemäß § 7 Abs. 1 und 2 OdgA mit Wirkung vom 1. September 2011 Lehrpfarrerin Mag. Ulrike Frank-Schlamberger als Lehrvikarin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-Heilandskirche und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf zur Dienstleistung zugeteilt.

185. Zl. P 2073; 1892/2011 vom 19. Juli 2011

Zuteilung von Mag. Diemut Wessiak als Lehrvikarin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Steyr

Mag. Diemut Wessiak wurde gemäß § 7 Abs. 1 und 2 OdgA mit Wirkung vom 26. September 2011 Lehrpfarrer Senior Mag. Friedrich Rößler als Lehrvikarin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Steyr zur Dienstleistung zugeteilt.

186. Zl. GD 153; 1664/2011 vom 1. Juli 2011

Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn: Namensänderung

Mit Bescheid des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. vom 3. Mai 2011 wurde die Bezeichnung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn geändert in:

Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben.

187. Zl. GD 274; 1841/2011 vom 13. Juli 2011

E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Scharten

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Scharten ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: evang.scharten@a1.net

188. Zl. GD 394; 1901/2011 vom 20. Juli 2011

E-Mail-Adresse und Fax-Nr. der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Döbling

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wien-Döbling ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse

E-Mail: pfarramt@weinbergkirche.at

und unter nachstehender Faxnummer

Fax: 0720-34 60 30

zu erreichen.

189. Zl. LK 022; 2043/2011 vom 24. August 2011

Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. B. für das Jahr 2010

Gemäß § 1 Abs. 3 Z. 6 ABl-G verlautbart die Evangelische Kirche A. B. in Österreich auf Grund der Beschlussfassung und Verabschiedung des Jahresabschlusses 2010 durch den Synodalausschuss A. B. nach Anhörung der Finanzkommission der Synode A. B. den

Jahresabschluss
der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich
zum 31. Dezember 2010

BILANZ

AKTIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	40.912,53	89.032,37
2. Geleistete Anzahlungen	20.000,00	0
	60.912,53	89.032,37
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	2,370.988,21	2,421.956,48
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	88.045,43	119.299,97
	2,479.033,64	2,541.256,45
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	9,108.747,75	7,936.434,87
	11,628.693,92	**10,566.723,69**
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegenüber kirchlichen Einrichtungen	3,578.083,43	3,175.914,63
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	430.304,86	378.363,05
	4,008.388,29	3,554.277,68
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5,552.677,55	5,328.584,52
	9,561.065,84	**8,882.862,20**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**68.928,75**	**90.133,15**
Summe AKTIVA	**21,258.688,51**	**19,539.719,04**

BILANZ

PASSIVA	31. 12. 2010	31. 12. 2009
A. negatives Eigenkapital		
I. Kapital	–27,042.200,00	–28,836.689,60
II. Gewinnrücklagen		
1. ordnungsgemäße Rücklagen	1,167.313,49	1,153.425,05
2. zweckgebunden Rücklagen	369.638,00	420.579,78
	1,536.951,49	1,574.004,83
	–25,505.248,51	**–27,262.684,77**
B. Investitionszuschüsse	**54.251,69**	**63.483,36**
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	5,806.971,46	5,801.017,15
2. Rückstellungen für Pensionen	37,298.850,97	38,746.890,45
3. sonstige Rückstellungen	1,605.335,87	194.244,71
	44,711.158,30	**44,742.152,31**
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	75.380,72	85.081,45
2. Verbindlichkeiten gegenüber kirchlichen Einrichtungen	910.961,82	1,023.441,64
3. sonstige Verbindlichkeiten	952.570,57	881.617,38
	1,938.913,11	**1,990.140,47**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**59.613,92**	**6.627,67**
Summe PASSIVA	**21,258.688,51**	**19,539.719,04**

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Bericht über den Jahresabschluss 2010
Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009
1. Einnahmen aus Kirchenbeiträgen und RU		
a) Netto-Kirchenbeiträge	14,336.559,57	14,218.033,71
b) Religionsunterrichts-Vergütung	3,793.253,48	3,890.753,17
c) Bundeszuschuss	3,099.940,40	3,077.101,62
	21,229.753,45	**21,185.888,50**
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	2.000,00
b) Zuschüsse und Subventionen	20.199,13	16.348,25
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.953,45	0
d) übrige	1,107.346,38	602.301,31
	1,131.498,96	**620.649,56**
3. Personalaufwand		
a) Löhne	80.398,28	75.951,16
b) Gehälter	12,551.792,80	12,446.427,46
c) Aufwendungen für Abfertigungen	462.482,15	1,348.170,88
d) Aufwendungen für Altersversorgung	1,202.094,04	5,462.401,95
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	3,031.096,25	2,984.837,55
f) Sonstige Sozialaufwendungen	283.265,77	292.324,64
	17,611.129,29	**22,610.113,64**
4. Abschreibungen	**166.176,92**	**198.743,11**
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) übrige		
Aufwendungen des Kirchenamts, PS, LNK und BS	224.589,03	238.676,34
kirchliche Liegenschaften	65.771,10	86.430,60
kirchliche Druckwerke	96.441,97	104.276,31
Synode, Generalsynode und Sitzungen	53.513,56	86.922,13
sonstige Ausgaben	289.865,12	257.011,17
Aufwand aufgrund übernommener Verpflichtungen	23.842,51	13.032,29
Zuschüsse	2,470.838,65	1,077.483,89
Bildungsaufwendungen	90.893,35	65.512,20
Reise- und Fahrtaufwand	171.876,48	175.564,32
Lizenzgebühren	17.100,00	17.100,00
Rechts- und Beratungsaufwand	67.888,09	73.081,52
diverse betriebliche Aufwendungen	50.000,00	924,31
Skontoerträge auf sonstige betriebliche Aufwendungen	–916,75	–450,81
	3,621.703,11	**2,195.564,27**
6. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z. 1 bis 5)	**962.243,09**	**–3,197.882,96**
7. Erträge aus anderen Wertpapieren	**550.137,90**	**816.218,34**
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**303.478,90**	**149.239,37**
9. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	**5.342,40**	**25.246,74**
10. Aufwendungen aus Finanzanlagen	**0**	**0**
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**1,51**	**236,90**
12. Finanzerfolg (Zwischensumme aus Z. 7 bis 11)	**858.957,69**	**990.467,55**
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1,821.200,78**	**–2,207.415,41**
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**12.822,74**	**28.557,38**
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**1,808.378,04**	**–2,235.972,79**
16. Auflösung von Gewinnrücklagen	**0**	**0**
17. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	**13.888,44**	**44.296,00**
18. Jahresgewinn/Jahresverlust	**1,794.489,60**	**–2,280.268,79**

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

Evangelischen Kirche A. B. in Österreich,
Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs. 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

Verantwortung des Oberkirchenrates für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich ist für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen kirchlicher Rechnungslegung vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen kirchlicher Rechnungslegung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich zum 31. Dezember 2010 sowie deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 23. Mai 2011

IB Interbilanz Hübner
Wirtschaftsprüfung GmbH

Mag. Andreas Röthlin
Wirtschaftsprüfer

MMag. Roland Teufel
Steuerberater

Der Jahresabschluss der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich kann von allen Evangelischen sowohl beim Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, als auch bei jeder Evangelischen Superintendentur A. B. während der üblichen Amtsstunden eingesehen werden.

Dr. Peter Krömer

Johannes Eichinger

190. Zl. KOL 02; 1665/2011 vom 1. Juli 2011

Kollektenplan für das Kirchenjahr 2011/2012

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. hat den unten wiedergegebenen Kollektenplan für das Kirchenjahr 2011/2012 erstellt. Der Synodalausschuss A. B. hat die Pflichtkollekten für die Kirche A. B. für verbindlich erklärt.

4. 12. 2011	2. Sonntag im Advent	Studentenheim Wilhelm-Dantine-Haus	**Pflichtkollekte**
5. 2. 2012	Septuagesimae	Evangelischer Bund in Österreich	Empf. Kollekte
4. 3. 2012	Reminiszere	Ökumene	Empf. Kollekte
18. 3. 2012	Laetare	Evangelische Schulen	**Pflichtkollekte**
8. 4. 2012	Ostersonntag	Baukollekte	**Pflichtkollekte**
29. 4. 2012	Jubilate	Evangelische Frauenarbeit	**Pflichtkollekte**
6. 5. 2012	Kantate	Kirchenmusik	**Pflichtkollekte**
	Konfirmation	Evangelische Jugend	**Pflichtkollekte**
3. 6. 2012	Trinitatis	Weltmission	**Pflichtkollekte**
10. 6. 2012	1. Sonntag nach Trinitatis	Presseverband	Empf. Kollekte
15. 7. 2012	6. Sonntag nach Trinitatis	Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau	Empf. Kollekte
12. 8. 2012	10. Sonntag nach Trinitatis	Dienst an Israel	Empf. Kollekte
26. 8. 2012	12. Sonntag nach Trinitatis	Zwischenkirchliche Hilfe	**Pflichtkollekte**
16. 9. 2012	3. Sonntag im September	Wilhelm-Dantine-Stipendienfonds	Empf. Kollekte
	Erntedank	Diakonie Österreich	**Pflichtkollekte**
21. 10. 2012	3. Sonntag im Oktober	Österreichische Bibelgesellschaft	**Pflichtkollekte**
	Reformationsfest	Gustav-Adolf-Verein	**Pflichtkollekte**
11. 11. 2012	Drittletzter Sonntag im Kirchenjahr	Martin-Luther-Bund	Empf. Kollekte

1. Alle Empfänger/innen von Kollekten werden gebeten, die Kollektenaufrufe **spätestens zwei Monate** vor dem entsprechenden Termin an den Evangelischen Oberkirchenrat A. B. zu übersenden.

2. Da die Konfirmation in den Gemeinden an verschiedenen Tagen gefeiert, der Reformationsgottesdienst manchmal nicht am 31. Oktober abgehalten wird und das Erntedankfest an verschiedenen Sonntagen stattfindet, ist zu diesen Pflichtkollekten kein Datum gesetzt. Pflichtkollekten sind auch diejenigen Kollekten, die zum angegebenen Sonntag bzw. Anlass in Predigtstellen und Predigtstationen gesammelt werden.

Die Kollekte des Reformations-Festgottesdienstes ist immer die des Hauptgottesdienstes und nicht die des Schülergottesdienstes. **Auch die anderen Pflichtkollekten betreffen stets die gesamte Kollekte des Hauptgottesdienstes.**

3. Damit der Kollektenplan auch während des Urlaubes des Pfarrers/der Pfarrerin eingehalten werden kann, bitten wir, die Vertretung und besonders die Urlaubsseelsorger/innen eingehend über die Kollekten in dieser Zeit zu informieren, damit sie in nachdrücklicher Weise abgekündigt werden können.

4. Alle Pflichtkollekten und die empfohlenen Kollekten sind direkt an das Kirchenamt der Evangelischen Kirche A. B. abzuführen und das Kirchenamt A. B. ist beauftragt, nicht abgeführte Kollekten einzumahnen.

191. Zl. KOL 02; 1972/2011 vom 9. August 2011

Kollektenergebnisse 2010

Superintendenz A. B. Burgenland

Gemeinde	Pflichtkollekten: Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
Bad Tatzmannsdorf	78,80	156,17	107,40		194,70	119,20	45,30	248,12
Bernstein	88,90	93,20	54,70	101,80	185,87	109,10	47,80	284,20
Deutsch Jahrndorf	66,60	99,73	50,20	49,70	31,82	99,50		152,70
Deutsch Kaltenbrunn	56,50	225,81	85,20	55,90	399,12	92,37	75,—	147,20
Eisenstadt/ Neufeld an der Leitha	128,53	223,—	67,45	80,34	99,67	66,90	51,32	92,26
Eltendorf	86,61	268,87	85,97	38,50	423,62	116,20		383,65
Gols	138,57	442,90	148,80	274,10	517,41	224,60	100,50	
Großpetersdorf	151,15	216,50	76,56	82,90	566,27	45,70	88,97	318,24
Holzschlag	43,20	170,—	97,—	74,20	339,50	48,—	108,50	137,—
Kobersdorf	241,79	356,14	132,20	194,80	443,17	116,19	125,96	483,78
Kukmirn	76,52	233,53	134,50	55,60	515,44	28,40	67,84	109,20
Loipersbach	102,10	128,88	82,81	138,90	402,54	106,20	143,30	95,60
Lutzmannsburg	60,60	226,—	55,40	30,—	196,—	36,—	59,80	276,30
Markt Allhau	203,70	478,75	127,59	175,10	431,26	205,—	177,90	620,59
Mörbisch am See	149,55	252,50	142,22	142,10	402,15	194,51	186,95	307,21
Neuhaus am Klausenbach	43,—	78,60	34,90	59,90	168,50	45,10	56,30	101,40
Nickelsdorf	63,20	133,80	70,—	113,—	163,37	85,80	84,60	285,37
Oberschützen	134,25	417,50	79,50	209,81	468,02	124,10	230,30	428,50
Oberwart	91,80	246,70	78,—	114,80	365,82	68,81	108,10	
Pinkafeld	165,40	282,30	132,86	102,20	542,32	91,63	101,35	270,35
Pöttelsdorf	77,35	237,45	72,50	131,90	376,74	64,70	64,80	247,15
Rechnitz	121,35	179,—	140,20	158,42	317,50	113,50	62,31	109,81
Rust	95,—	320,—	75,—	138,91	298,21	189,—	181,—	265,84
Siget in der Wart	62,40	125,60	55,60	72,—	247,—	36,80	42,50	146,80
Stadtschlaining	85,—	158,—	200,—	72,40	271,10	80,90	12,—	133,40
Stoob	148,30	164,40	82,30	130,40	275,60	84,10	81,20	261,10
Unterschützen	35,40	93,30	54,70	117,50	117,50	117,50	52,70	202,—
Weppersdorf	53,30	98,20	76,60	43,20	467,60	31,70	24,30	168,30
Zurndorf	67,—	228,—	66,10	103,20	224,60	72,10	74,50	110,50
	2.915,87	**6.334,83**	**2.666,26**	**3.061,58**	**9.452,42**	**2.813,61**	**2.455,10**	**6.386,57**

Superintendenz A. B. Kärnten

Agoritschach-Arnoldstein	139,78	93,—	37,—	58,50	350,—	92,10	43,70	175,—
Althofen			36,50	26,40	100,—	33,—		
Arriach	43,50	210,95	68,19	43,34	368,49	47,90	74,—	145,75
Bad Bleiberg	45,50	49,37	58,99	55,95	132,—	40,30		34,74
Dornbach	86,80	218,40	50,60	52,65	287,40	112,70	46,60	195,80
Eisentratten	64,50	131,90	48,50	24,90	308,53	62,—	165,80	403,21
Feffernitz	107,70	190,60	279,70	123,80	203,80	84,70	92,10	290,90
Feld am See	75,35	227,33	105,46	64,70	306,14	32,10	46,30	166,35
Ferndorf	30,90	50,90	67,1	94,30	200,60	62,30	41,—	61,28
Fresach	61,10	290,60	46,40	138,—	315,10	165,80	26,50	294,20
Gnesau	83,33	119,80	54,10		204,77	66,80	37,51	146,63
Hermagor	236,31	511,47	111,10	325,50	843,29	223,13	258,01	604,69
Klagenfurt-Johanneskirche	295,05	264,06	175,90	241,98	1.117,96	164,97	75,24	490,52
Klagenfurt-Ost	98,90	215,32	82,85	93,80	422,75	71,44	45,50	187,80
Lienz	136,84	216,44	105,50	60,60	185,62	17,37	90,53	177,44
Pörtschach am Wörther See	40,—	84,50	25,20	77,20	248,85	65,—	42,20	66,39
Radenthein	79,70	130,82	43,—	52,03	440,29	48,33	26,70	134,02
St. Ruprecht bei Villach	43,30	227,93	171,10	95,32	593,66	159,17	39,90	304,84

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
121,85	158,77	71,80	53,30	78,28	38,26	58,55	87,22	75,55	109,85	1.803,12
44,80	321,90	38,70				145,20				1.516,17
66,20	156,10	38,80								811,35
60,01	148,70	113,40	114,50	88,30	34,64	51,—	104,44	61,70	99,45	2.013,24
153,49	325,46	37,38	84,77	76,93	61,91	60,—	87,62	94,52	80,03	1.871,58
123,80	364,86	72,13	82,80	82,90		161,80		67,71	98,40	2.457,82
205,80	805,55	80,—								2.938,23
56,30	286,—	132,80		193,70			116,—		72,90	2.403,99
52,—	174,—	57,—	199,—	128,—			74,60	38,80	80,—	1.820,80
236,44	445,76	128,70	153,62	220,34	213,99	188,90		94,26	123,22	3.899,26
62,10	141,80	27,50	59,60	104,80	56,30	42,70	29,50	52,40	36,50	1.834,23
80,93	151,41	69,10				166,52				1.668,29
94,—	231,10	30,—	45,30	38,50	58,—	44,10	76,15	67,10	36,50	1.660,85
472,—	373,88	166,70	169,70	219,60	99,74	173,77	174,60	132,60	132,20	4.534,68
132,72	311,13	241,63							188,30	2.650,97
33,—	183,57	55,50								859,77
105,73	201,09	88,50								1.394,46
56,28	360,10	106,90	123,10	123,27	79,—	62,80	91,30	76,77	127,90	3.299,40
275,40	431,67	65,20	87,78	125,10	65,30	105,24	49,69	99,62	60,11	2.439,14
84,50	284,98	79,20								2.137,09
40,70	237,80	52,55	50,—	60,20	115,—	68,20	47,80	85,40	65,—	2.095,24
79,—	188,97	94,60						147,40	71,80	1.783,86
72,38	411,30	80,—						215,52		2.342,16
36,—	130,20	46,—							168,—	1.168,90
66,21	218,70	100,60								1.398,31
153,70	256,30	66,90	95,30	84,80	86,20	78,90	81,60	96,70	85,10	2.312,90
20,10	116,—	16,80								943,50
67,20	133,50	29,50				21,70		25,30		1.240,40
64,—	194,40	64,—	79,30						76,90	1.424,60
3.116,64	**7.745,—**	**2.251,89**	**1.398,07**	**1.624,72**	**908,34**	**1.429,38**	**1.020,52**	**1.431,35**	**1.712,16**	
37,30	177,82	58,17			42,—					1.304,37
	259,—	39,10								494,—
32,68	193,11	53,65	22,30	41,90	23,62	24,90	46,20		27,40	1.467,88
39,20	70,75								526,80	
24,85	104,20	51,70							34,—	1.265,70
38,80	132,80	40,60							36,78	1.458,32
131,90	129,60	143,90	61,05	59,40	225,80	54,60	77,90	172,40	43,30	2.473,15
73,86	80,—	70,—	36,36	60,32	85,01	39,40		49,20	68,66	1.586,54
	55,20	63,90	45,60		6,20	70,70	31,87		55,40	937,25
37,82	924,70	36,80		50,80	39,10	25,50	53,10	33,20	38,50	2.577,22
44,60	147,52									905,06
473,47	565,60								231,—	4.383,57
114,17	714,—	333,23	125,30	135,69	94,46	151,12	116,91	151,33	175,30	4.937,19
61,87	234,54	98,—	72,—	71,89	127,70	45,70	57,20	89,90	101,45	2.178,61
151,80	252,37	75,90	39,50	106,60	80,—	159,80	100,—	149,80	50,60	2.156,71
130,20	75,70								855,24	
58,86	176,01	89,84	46,57	38,80	22,50	71,30		21,60	62,53	1.542,90
84,53	353,68	171,93								2.245,36

Fortsetzung Superintendenz A. B. Kärnten

Gemeinde	Pflichtkollekten: Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
St. Veit an der Glan		112,—	74,—	330,20	492,80	60,20	52,—	67,—
Spittal an der Drau	168,29	213,50	79,—	206,40	290,59	112,50	409,30	357,69
Trebesing	78,10	213,40	99,70	209,70	335,—	155,40	68,—	260,—
Treßdorf	71,04	481,35	96,47	215,09	425,—		83,68	
Tschöran	60,—	93,70	59,16	66,60	180,40	57,20	39,80	196,30
Unterhaus	94,25	172,78	111,02		352,30	95,40	73,08	299,57
Velden am Wörther See	40,—	156,98	70,50	63,50	123,27	32,50	104,77	162,69
Villach	94,27	215,—	117,42	84,01	339,83	152,50	128,89	145,87
Villach-Nord	80,20	241,56	50,40	97,21	181,39	95,80	88,90	106,84
Völkermarkt	43,—	243,60	56,10	36,81	161,40	93,70	106,40	162,90
Waiern	170,82	267,86	107,95	37,63	482,95	143,86	89,48	522,56
Weißbriach	51,42	369,60	85,96		376,96	331,27		194,58
Wiedweg	22,—	71,90			198,—	30,—	46,70	192,65
Wolfsberg	52,50	69,86	36,—	30,90	206,22	56,80	34,—	72,50
Zlan	91,24	160,63	120,—	61,06	196,—		63,99	130,—
	2.785,69	**6.317,11**	**2.730,87**	**3.068,08**	**10.971,36**	**2.966,24**	**2.540,58**	**6.750,71**

Superintendenz A. B. Niederösterreich

Amstetten	147,—	435,43	120,30	144,70	498,18		167,—	300,90
Baden	74,40	409,37	91,62	87,42	309,97	61,15	69,50	396,23
Bad Vöslau	61,20	172,29	50,50	196,—	631,24	115,50		314,96
Berndorf	34,—	219,40	36,—	73,60	283,88	33,50	97,50	53,—
Bruck an der Leitha		162,99	71,50	79,20	223,50	32,60	40,—	
Gloggnitz	56,90	63,20	46,20	49,30	105,90	105,90	50,20	155,80
Gmünd	22,80	62,20	19,40	20,—	204,50	43,—	7,60	78,—
Horn	25,—	86,40	19,70	56,20	97,—	19,10	16,70	39,86
Klosterneuburg	386,50	323,—	157,15	240,—	121,—		153,61	394,50
Korneuburg	62,10	145,50	160,—	122,—	390,42	120,—		215,60
Krems an der Donau	102,50	239,47	106,34	126,—	232,—		89,61	137,86
Melk-Scheibbs	56,—	382,—	50,—	165,20	278,64	35,—	130,—	520,26
Mitterbach	32,—	100,—	38,30	50,—	55,—	30,—	51,50	280,—
Mödling	431,82	662,44	295,—	284,21	569,35	585,99	179,70	545,88
Naßwald	26,10	64,60	15,40	19,—	90,50	22,—	17,20	154,20
Neunkirchen	88,—	250,—	110,—	164,19	220,—	110,—	261,50	130,—
Perchtoldsdorf	144,—	192,—	58,—	118,—	407,50	76,—	68,50	187,—
Purkersdorf				86,91				
St. Aegyd am Neuwalde	60,—	67,50	35,20	30,—	95,54			244,66
St. Pölten	352,86	545,54	260,81	222,—	428,52	177,20	163,—	454,10
Stockerau	199,10	201,58	68,60		374,98	64,60	76,80	160,—
Strasshof-Marchfeld	17,—	151,65	31,—	35,50	203,50	29,—	33,—	89,39
Ternitz	35,80	236,05	25,—	40,01	118,60	10,50	5,50	112,50
Traiskirchen	90,01	160,58	132,50	69,70	274,53	48,62	76,90	168,40
Tulln	82,50	313,25	64,90	98,72	448,50	55,50	71,70	
Wiener Neustadt	217,40	172,20	153,51	144,45	506,33	174,52	67,90	237,64
	2.804,99	**5.818,64**	**2.216,93**	**2.722,31**	**7.169,08**	**1.949,68**	**1.894,92**	**5.370,74**

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
90,—	210,—	68,85	45,20	103,—	32,70	32,—	46,—	46,—	89,70	1.951,65
							DIREKT			
71,10	371,92	179,33	59,42	115,63	187,40	179,42	57,50	109,45	124,07	3.235,01
24,77	240,—								1.684,07	
90,45	329,50	88,80						322,57		2.203,95
65,80	147,20	75,90								1.042,06
						DIREKT				
81,70	223,33	58,96				117,08				1.562,39
42,70	314,64	42,70	53,38	58,19	77,—	101,92	69,30	65,—		1.579,04
187,49	294,52	90,72		112,81	91,30					2.054,63
81,24	212,37								103,27	1.339,18
48,77	217,50	111,82								1.282,—
110,71	305,90	136,18	77,95	122,40	65,62	55,71	109,30	152,31		2.959,19
75,10	224,64					214,08				1.923,61
101,—	41,94	69,70				44,80	42,—	33,—		893,69
35,90	150,01	55,32	29,50	46,50	30,20	20,40	49,30	37,80	45,60	1.059,31
34,50	97,06	79,17								1.033,65
2.677,14	**8.027,13**	**2.384,17**	**714,13**	**1.123,93**	**1.230,61**	**1.291,35**	**799,08**	**1.433,56**	**1.287,56**	
						DIREKT	DIREKT			
						117,08	57,50			
143,30	259,38	88,—							75,—	2.379,19
121,63	352,06	89,90								2.063,25
100,—	181,20	183,70	169,60	38,50	65,—			137,60	174,07	2.591,36
61,—	114,—								1.005,88	
69,35	241,83	99,20	83,50	24,—	51,80		46,50		77,10	1.303,07
73,20	195,40	42,20	63,80						78,20	1.086,20
75,—	67,50	7,60								607,60
	271,40	15,80	25,30						15,60	688,06
						DIREKT				
164,20	397,52	107,06			136,67	309,—				2.581,21
91,65	308,54	117,40		82,75	90,50	81,89	74,—		136,—	2.198,35
108,50	226,93	109,60	76,44	171,80	62,19				71,55	1.860,79
219,10	414,50	66,—	138,90		56,—				184,—	2.695,60
73,30	220,—	23,—	50,—	30,—	27,—	35,—	40,—	33,70	20,—	1.188,80
405,07	682,23	193,75	364,80	280,40	269,95		162,90	316,51		6.230,—
23,10										432,10
88,60	135,86	80,—	73,20	130,—			90,—		62,—	1.993,35
139,—	225,—	117,—	81,—	89,50	84,70		80,50		237,40	2.305,10
		112,—								198,91
33,30	177,—	67,20	41,30						42,—	893,70
283,30	691,40	280,88	178,—							4.037,61
94,24	113,71	117,34								1.470,95
40,—	123,—	106,—								859,04
32,60	85,92	13,40	25,82	30,40	58,—	28,60	47,10		41,—	946,80
50,82	239,01	104,50		55,87	76,54				92,36	1.640,34
16,70	294,23	60,90			33,90			151,—	48,90	1.740,70
148,80	227,—	147,15	105,60						227,—	2.529,50
2.655,76	**6.244,62**	**2.349,58**	**1.477,26**	**933,22**	**1.012,25**	**145,49**	**541,—**	**638,81**	**1.582,18**	
						DIREKT				
						309,—				

Superintendenz A. B. Oberösterreich

Gemeinde	Pflichtkollekten							
	Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
Attersee	197,27	433,26	180,70	168,57	89,80	250,35	136,60	362,—
Bad Goisern	169,—	521,34	192,24	239,44	901,49	125,82	171,92	537,90
Bad Hall	60,95	197,—	82,60	61,30	93,25	43,95	37,05	145,55
Bad Ischl	35,42	44,90	72,03	49,93	72,03	25,12	19,90	49,74
Braunau am Inn	79,20	133,—	44,21	98,50	301,09	46,86	54,30	312,90
Eferding	166,90	99,77	69,67	124,85	227,24	104,—	101,85	364,—
Enns	53,20	85,42	53,—	72,—	221,70	60,—	27,10	170,70
Gallneukirchen	120,65	221,86	131,19	593,09	493,89	126,60	88,59	312,18
Gmunden	388,69	452,60	101,02	380,94	760,87	263,28	329,60	513,67
Gosau	62,40	315,85	90,62	104,10	251,—	101,90	30,40	147,02
Hallstatt	30,—	93,40	49,—	25,70		77,40	87,60	152,30
Kirchdorf an der Krems	30,—	57,50	25,—	128,—	77,42	75,—	116,—	238,20
Lenzing-Kammer	107,51	235,62	90,54	67,60	319,69	123,75	72,35	324,65
Leonding	58,—	138,81	97,20	89,50	283,03	135,34	11,—	45,—
Linz-Dornach		231,40	75,30	83,10	247,05	108,15	111,12	76,36
Linz-Innere Stadt	186,85	472,21	173,68	194,80	559,06	399,71	92,99	480,94
Linz-Süd	76,—	250,50	90,28	94,50	92,47	38,33	49,—	176,88
Linz-Südwest	167,—	242,50	197,40	179,60	198,—		94,—	189,50
Linz-Urfahr	224,90	236,50	204,80	186,20	436,—	266,58	192,—	135,—
Marchtrenk	66,32	161,14	55,51	76,56	98,40	126,07	52,82	122,19
Mattighofen	81,38	190,77	85,72	53,99	278,53		48,50	146,81
Neukematen	219,10	556,11	201,—	206,06	426,59	213,90	159,65	525,80
Neukematen								
Ried im Innkreis	20,—	17,50	30,—	19,67	56,37		16,—	79,40
Rutzenmoos	225,30	398,10	180,30	138,96	287,60	249,—	166,30	378,10
Schärding	75,30	170,39	46,56	82,21	267,20	51,04	43,—	
Scharten	240,70	249,80	68,10	157,35	133,79	85,50	38,40	445,85
Schwanenstadt	37,30	173,50	42,—	36,—	70,—	77,80	32,60	110,50
Stadl-Paura	56,32	249,90	62,47	69,95	166,61	63,21	76,85	57,24
Stadl-Paura								
Steyr		103,80	73,70	41,60	278,21	102,97	24,20	129,40
Thening	126,13	172,26	68,57	92,06	495,54	92,85	168,68	352,36
Timelkam	55,—	99,—	118,—	43,—	118,—	30,—	60,—	95,—
Traun	108,92	184,94	133,80	99,55	286,12	152,10	63,40	297,33
Vöcklabruck	142,03	377,99	144,—	180,30	457,12	136,—	89,15	258,86
Wallern an der Trattnach	231,—	876,—	300,—	247,—	460,—	175,—	322,—	695,—
Wels	132,—	527,30	215,78	362,25	405,97	227,30	99,—	488,40
	4.030,74	**8.971,94**	**3.845,99**	**4.848,23**	**9.911,13**	**4.154,88**	**3.283,92**	**8.916,73**

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
195,80	459,93	146,20	89,95	120,90	100,85	587,31	253,60	94,84	75,76	3.943,69
167,95	590,93	153,64	168,63	190,24	198,30	221,57	194,44	195,76	165,50	5.106,11
30,40	105,45	110,30	81,95	83,65	63,67	95,—	36,40	76,15	67,80	1.472,42
9,02	92,62	86,59		27,70		27,55	50,45	45,65	113,30	821,95
71,73	124,67	71,—	22,20	39,40	31,—		19,60	22,—	30,90	1.502,56
52,45	320,94	52,75	62,60		79,18	89,16	120,95	41,55	68,88	2.146,74
128,60	119,60	40,—		25,30		48,—			29,71	1.134,33
121,83	337,27	280,87	152,90	82,53	150,73	97,54	128,45	220,22	258,72	3.919,11
238,96	513,87	330,30	30,—	37,20	21,90	241,—	23,50	296,76	186,—	5.110,16
74,40	284,68	112,70	50,61	47,20	53,90	49,—	124,92	115,32	86,60	2.102,62
49,60	313,70	88,50	67,90	70,50	49,80	93,45	61,—	59,20	47,70	1.416,75
41,—	306,—	28,50	53,70		32,—	150,—	191,61	34,65	120,—	1.704,58
154,57	224,05	73,27		72,24						1.865,84
80,90	173,—	203,80	74,50	84,90	23,50		33,—	193,31	96,60	1.821,39
73,34	48,—		98,50	75,40	109,90	93,—	34,50	62,98	79,20	1.607,30
	456,97	119,40	119,80	148,65	137,70	141,47	181,05	192,98	106,82	4.165,08
57,50	65,10	66,30	62,40	54,50	76,67	46,22	72,70	78,37	153,—	1.600,72
317,—		143,30		66,70	38,—		74,—	34,—	71,50	2.012,50
289,55	411,05	318,40			125,46					3.026,44
96,06	129,72	34,93	59,65		71,01	101,95	155,90	69,63	62,30	1.540,16
52,45	78,70	45,13	58,40		42,90				42,34	1.205,62
240,20	445,10	296,30	209,—	234,—		278,10	201,55	270,90	193,—	4.876,36
						DIREKT 250,—				
25,—	81,—	18,87								363,81
217,40	357,85	187,—	190,55	175,55	168,85	146,75	179,60	232,45	179,95	4.059,61
66,30	72,—	45,50				28,50				948,—
101,70	186,02	119,10				194,50	120,42		74,50	2.215,73
43,10	179,90	42,—	29,70		40,80	39,40	63,90		38,80	1.057,30
55,10	66,23	100,66	46,30			81,70	31,50	22,60	21,80	1.228,44
						DIREKT 53,70				
141,87	184,43	23,20				42,—		37,—		1.182,38
						DIREKT				
136,75	108,24	47,72				164,31				1.861,16
30,—	90,—	55,—	45,—	46,—	60,—	35,—	30,—	39,—	90,—	1.138,—
82,02	284,20	102,06	75,70	129,20	128,20	318,—	144,40	160,38	128,44	2.878,76
146,70	386,48	160,35	123,50	230,06	97,50	124,60	105,50	143,30	112,80	3.416,24
1.116,—	550,—	159,50	250,—	170,—	108,70	420,—	247,—	150,—	200,—	6.677,20
172,01	417,31	300,54	137,93	76,73	65,80	263,21	157,02	136,63	153,44	4.338,62
4.877,26	**8.565,01**	**4.163,68**	**2.361,37**	**2.288,55**	**2.076,32**	**4.053,98**	**3.036,96**	**3.025,63**	**3.055,36**	
						DIREKT 468,01				

Superintendenz A. B. Salzburg-Tirol

Gemeinde	Pflichtkollekten: Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
Bischofshofen-St. Johann im Pongau	29,20	97,35		42,40	66,03			19,—
Gastein	36,08	79,80	40,98	53,50	207,45	50,66	21,60	33,30
Hallein	196,40	253,35	47,40	214,51	242,50	77,50	49,40	361,08
Saalfelden	20,50	109,30	11,—	96,—	282,58		32,90	157,80
Salzburg-Christuskirche	433,57	322,25	174,04	178,24	1.429,19	182,91	81,40	383,53
Salzburg, Nördlicher Flachgau	144,—	310,70	35,—	123,30	210,—	30,—	55,—	215,90
Salzburg-Süd	206,97	354,96	348,73	193,90	572,36	175,22	153,—	393,87
Salzburg-West	60,90	100,26	15,20	205,—	339,15	42,11	68,20	107,07
Zell am See	126,20	180,45	109,31	83,90	224,66	76,60	134,90	48,70
	1.253,82	**1.808,42**	**781,66**	**1.190,75**	**3.573,92**	**635,—**	**596,40**	**1.720,25**
Innsbruck-Christuskirche	135,05	623,97	181,28	297,36	449,41	222,66	167,52	325,61
Innsbruck-Ost	110,47	266,19	151,90	146,60	350,77	73,71	70,37	544,91
Jenbach	180,25	237,20	91,90	54,—	270,58	122,51	348,59	400,90
Kitzbühel	65,20	280,76	55,—	50,—	366,—	68,13	71,30	92,35
Kufstein	77,70	173,55	43,73	99,50	241,16	48,40	228,57	294,43
Oberinntal	21,—	153,50	30,—	60,44	210,—	54,80	72,40	101,—
Reutte	33,50	192,25	15,—	42,90	179,40	87,50	120,74	78,—
	623,17	**1.927,42**	**568,81**	**750,80**	**2.067,32**	**677,71**	**1.079,49**	**1.837,20**
Summen Salzburg-Tirol	**1.876,99**	**3.735,84**	**1.350,47**	**1.941,55**	**5.641,24**	**1.312,71**	**1.675,89**	**3.557,45**

Superintendenz A. B. Steiermark

Admont (Liezen)		72,—	44,43	52,81	177,49	40,50		124,60
Bad Aussee	47,50	106,80	48,20	43,90	93,20	27,—	75,—	83,90
Bad Radkersburg	45,—	67,—	25,—	16,—	41,50	35,—	50,60	111,22
Bruck an der Mur	109,20	158,—	107,—	89,—	280,84	162,13	38,10	146,01
Eisenerz	20,—	44,50	15,50	15,—	15,—	14,50	16,90	16,50
Feldbach	26,60	58,—	33,71	46,70		31,60	17,70	49,50
Fürstenfeld	47,40	243,79	119,24	93,30	87,07	122,80	85,68	114,50
Gaishorn	77,60	74,95	42,75	23,10	181,90	17,50	30,80	106,25
Gleisdorf		55,90		39,68	151,90			72,50
Graz-Eggenberg	86,30	114,61	109,80	111,—	189,87	117,40	171,50	197,86
Graz, Heilandskirche	516,51	644,10	459,22	320,09	2.079,70	256,64	420,72	277,10
Graz-Nord	82,10	212,—	195,70	101,20	503,45		106,50	187,50
Graz, rechtes Murufer	170,30	243,10	194,—	195,30	381,76	504,68	97,50	147,69
Gröbming	133,62	232,22	144,51	167,—	245,45	127,54	116,85	171,21
Hartberg	133,—	135,—	92,—	82,—	185,—	51,20	80,—	134,70
Judenburg	34,70	71,55	30,—	40,50	105,70	31,—	37,10	38,70
Kapfenberg	20,—	152,—	13,20	277,—	250,—	9,50	21,50	72,40
Kindberg	13,20	30,70	18,10	18,10	166,85	32,50		45,30
Knittelfeld	36,20	103,10	67,—	38,40	334,98	51,70	42,60	50,90
Leibnitz	158,—	117,50	44,—	143,—	353,—	78,20	41,70	146,50
Leoben	27,67	150,85	66,61	93,99	249,82	99,10	86,77	201,73
Mürzzuschlag	20,30	54,—	31,70	25,50	85,—		32,—	
Murau-Lungau	44,50	133,80	75,50	33,—			153,62	
Peggau	261,40	200,53	151,40	81,67	340,01	103,35	71,—	430,—
Ramsau am Dachstein	235,50	544,08	202,78	254,12	419,14	153,45	147,59	1.018,44
Rottenmann		72,40	32,20		109,43	90,32		

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
	59,48	72,10								385,56
62,50	92,02	39,—								716,89
88,01	398,75	130,04	63,30	79,90	86,70	103,55	85,46	82,30	107,25	2.667,40
221,05	203,30	82,46								1.216,89
99,80	837,83	169,35	59,—		70,95	71,91	64,92	53,68	56,—	4.668,57
19,50	190,—	119,50								1.452,90
249,81	382,90	194,80	66,53	125,61		74,88	73,81	77,75	76,28	3.721,38
88,10	472,02	50,—				75,40	41,10	62,32	59,08	1.785,91
96,85	261,94	83,23				117,20	165,19		52,80	1.761,93
925,62	**2.898,24**	**940,48**	**188,83**	**205,51**	**157,65**	**442,94**	**430,48**	**276,05**	**351,41**	
336,36	540,—	309,20							267,20	3.855,62
226,13	473,69	116,30					116,40	227,37		2.874,81
128,69	226,10	134,94	70,16	38,11	55,40	47,70	53,—	36,—	131,40	2.627,43
88,95	127,60	48,30								1.313,59
50,05	215,21	89,87							55,—	1.617,17
34,20	107,50	108,10								952,94
140,90	61,—	29,—				101,94				1.082,13
1.005,28	**1.751,10**	**835,71**	**70,16**	**38,11**	**55,40**	**149,64**	**169,40**	**263,37**	**453,60**	
1.930,90	**4.649,34**	**1.776,19**	**258,99**	**243,62**	**213,05**	**592,58**	**599,88**	**539,42**	**805,01**	
46,—	175,60				42,70	43,19	32,20			851,52
60,70	123,95	46,—								756,15
44,—		36,—							66,—	537,32
75,93	182,79	98,—								1.447,—
15,—	18,50	21,—	20,—	10,—				16,—	14,70	273,10
28,20	89,—	27,—								408,01
	123,07	44,—			34,70				40,75	1.156,30
44,82		173,31								772,98
28,—	128,70	47,—							29,—	552,68
						DIREKT				
189,65	350,34	120,70		83,04	168,40	136,40		104,51	140,61	2.255,59
331,01	1.100,61	352,14	312,35	308,86	169,60	189,02	170,68	335,42	294,10	8.537,87
						DIREKT				
105,40	219,70	89,50				57,—			162,30	1.965,35
195,40		139,10	68,—	134,50	98,56	59,70	81,20	40,70	126,—	2.877,49
147,99	370,41	111,30	150,—	136,10	108,65	180,—	146,50	143,10	95,80	2.928,25
57,—	170,80	135,—								1.255,70
33,—	48,40	48,50								519,15
12,50	112,70	69,60	70,—	13,90	42,10	14,—	8,80	122,—	100,70	1.381,90
	107,—	27,40								459,15
54,15	60,—	38,20								877,23
	114,65									1.196,55
48,80	256,70	56,—	14,70	75,67		19,05	21,64	19,80	25,20	1.514,10
60,40	112,—	34,—								454,90
79,40	253,31	144,05								917,18
95,55	560,—	80,—	38,80	48,80	20,—	76,20	72,50	52,30	32,—	2.715,51
289,58	538,50	241,70	180,44		109,34	187,27	277,78	295,60	206,55	5.301,86
86,15	263,10	47,—	7,—	47,20				40,20	26,10	821,10

Fortsetzung Superintendenz A. B. Steiermark

Gemeinde	Pflichtkollekten: Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
Schladming	326,65	804,64	336,34	198,53	543,—	518,02	289,20	454,19
Stainach-Irdning	68,70	109,50	57,50	45,—	69,20	40,—	104,—	64,90
Stainz-Deutschlandsberg	50,—	115,—	33,60	20,10	218,65	19,22	28,50	72,—
Trofaiach	61,60	111,30	83,40	39,—	111,—	101,20	42,10	141,60
Voitsberg	45,03	177,46	44,83	25,10	130,48	103,71	47,90	139,79
Wald am Schoberpass	121,—	83,20	163,63			156,75	48,20	246,40
Weiz	79,75	83,62	41,50	35,—	107,—	107,—	38,—	114,20
	3.099,33	**5.577,20**	**3.124,35**	**2.764,09**	**8.207,39**	**3.203,51**	**2.539,63**	**5.178,09**

Superintendenz A. B. Wien

Wien-Innere Stadt	372,74	629,87	430,39	757,49	877,23	370,51	306,56	605,09
Wien-Leopoldstadt und Brigittenau	46,10	163,—	95,70	89,—	324,10	64,50	98,—	76,60
Wien-Landstraße	155,40	208,23	107,06	162,90	262,50	105,36	59,85	273,10
Wien-Gumpendorf	139,20	124,59	229,42	129,10	536,61	120,99	62,50	403,11
Wien-Neubau-Fünfhaus	41,—	59,—	44,30	140,—	201,65	39,—	65,63	101,—
Wien-Alsergrund	220,—	196,68	182,20	88,56	261,30	275,40	139,80	128,15
Wien-Favoriten-Christuskirche	156,25	115,—	91,87	105,89	296,68	130,—	97,16	146,38
Wien-Favoriten-Gnadenkirche	96,80	220,20	221,90	170,40	269,60	237,20	157,20	274,40
Wien-Favoriten-Thomaskirche	111,80	182,60	48,60	117,90	301,10	117,80	82,70	149,10
Wien-Simmering	72,—	159,80	249,31	88,—	584,92	86,—	42,—	240,52
Wien-Hetzendorf	168,—	161,70	77,30	131,60		78,—	97,—	274,57
Wien-Lainz	97,88	251,20	80,70	69,90	143,—	110,32	72,61	86,50
Wien-Hietzing	86,50	157,80	82,96	78,89	233,05	93,50	107,—	225,81
Wien-Hütteldorf	97,—	169,80	127,81	83,90	134,70	86,—	74,—	78,56
Wien-Ottakring	286,93	317,48	189,69	88,90	685,33	107,60	120,40	204,88
Wien-Währing	187,40	190,60	172,—	134,63	592,43			471,50
Wien-Döbling	304,70	399,21	159,03	321,06	951,04	142,60	98,59	330,10
Wien-Floridsdorf	158,04	189,30	109,90	57,48	403,10	284,70	82,10	198,40
Wien-Leopoldau	56,—	64,20	53,10	43,—	139,55	27,—	66,50	86,—
Wien-Donaustadt	117,60	380,77	120,56	123,92	248,04	144,—	64,10	150,—
Kaisermühlen und Kagran	21,—	37,—	15,—			360,29		
Wien-Liesing	210,61	393,05	314,23	250,90	604,49	166,20	153,92	365,90
Mistelbach	20,—	135,—	17,—		123,—		47,36	156,50
Schwechat	127,80	146,50	41,—	79,—	301,10	42,—	43,—	181,30
	3.350,75	**5.052,58**	**3.261,03**	**3.312,42**	**8.474,52**	**3.188,97**	**2.137,98**	**5.207,47**

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
305,27	470,87	96,50								4.343,21
50,50	134,10	53,50								796,90
3,90	235,40	78,70							37,90	912,97
	134,03	67,20						45,—	47,20	984,63
18,52	166,23			61,80				62,57	40,45	1.063,87
	218,50									1.037,68
40,20	137,—	76,—							54,—	913,27
2.547,02	**6.975,96**	**2.598,40**	**861,29**	**919,87**	**794,05**	**768,43**	**811,30**	**1.277,20**	**1.539,36**	
						DIREKT 193,40				
994,15	1.500,18									6.844,21
120,10	242,80	76,50	75,20	82,70			95,60		34,—	1.683,90
56,19	215,44		108,50	128,80			116,—	135,70	232,78	2.327,81
82,46	301,70	187,50		118,19	134,50		50,50	189,60		2.809,97
			DIREKT							
62,80	620,—	48,—	41,20							1.422,38
128,15	244,73	286,43								2.151,40
117,57	474,12	99,—		150,—	48,20	46,40			142,—	2.216,52
199,30	185,80	178,60								2.211,40
46,50	202,41	83,80				95,20			172,50	1.712,01
177,44	346,36	123,50	70,50	119,50	127,—		52,—	69,—	74,50	2.682,35
77,06	180,20	91,90	77,60						85,40	1.500,33
132,90	242,60	74,—		116,51	56,60	107,80	78,—	116,40	281,20	2.118,12
93,—	209,—	59,85								1.427,36
104,60	159,41	72,60	84,—	78,50	136,40	82,81	47,70	130,32	86,86	1.834,97
115,—	435,90	154,52								2.706,63
	350,—						149,75			2.248,31
316,20	814,45	181,40	211,50	194,—	133,50	164,—	143,—	215,50	226,40	5.306,28
37,—	239,90	103,02								1.862,94
17,—	75,10	30,60								658,05
	319,60	85,62	80,01						145,17	1.979,39
	63,—		45,—					31,—		572,29
283,07	816,96	351,—								3.910,33
	178,—									676,86
52,—	267,10	42,13				162,50		142,40		1.627,83
3.212,49	**8.684,76**	**2.329,97**	**752,31**	**988,20**	**636,20**	**658,71**	**732,55**	**1.029,92**	**1.480,81**	
			DIREKT 41,20							

Zusammenstellung

Superintendenz	Pflichtkollekten							
	Evang. Schulen *14. 3. 2010*	Baukollekte *4. 4. 2010*	Evang. Frauenarbeit *25. 4. 2010*	Kirchenmusik *2. 5. 2010*	Evang. Jugend *Konfirmation*	Weltmission *30. 5. 2010*	Zwischenkirchl. Hilfe *22. 8. 2010*	Diakonie Österreich *Erntedankfest*
Burgenland . . .	2.915,87	6.334,83	2.666,26	3.061,58	9.452,42	2.813,61	2.455,10	6.386,57
Kärnten	2.785,69	6.317,11	2.730,87	3.068,08	10.971,36	2.966,24	2.540,58	6.750,71
Niederösterreich .	2.804,99	5.818,64	2.216,93	2.722,31	7.169,08	1.949,68	1.894,92	5.370,74
Oberösterreich . .	4.030,74	8.971,94	3.845,99	4.848,23	9.911,13	4.154,88	3.283,92	8.916,73
Salzburg-Tirol . .	1.876,99	3.735,84	1.350,47	1.941,55	5.641,24	1.312,71	1.675,89	3.557,45
Steiermark . . .	3.099,33	5.577,20	3.124,35	2.764,09	8.207,39	3.203,51	2.539,63	5.178,09
Wien	3.350,75	5.052,58	3.261,03	3.312,42	8.474,52	3.188,97	2.137,98	5.207,47
	20.864,36	**41.808,14**	**19.195,90**	**21.718,26**	**59.827,14**	**19.589,60**	**16.528,02**	**41.367,76**

Kirchliche Mitteilungen

†

Der Herr über Leben und Tod hat

Oberkirchenrätin
Kuratorin Helene HORVATH

am Mittwoch, dem 27. Juli 2011, im 57. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

Helene Horvath wurde am 5. März 1955 in Oberwart als Tochter von Josef und Ilus Fülöp geboren. Nach dem Schulbesuch in Oberwart und Graz, wo sie auch maturierte, absolvierte sie das Studium an der Berufspädagogischen Lehranstalt. 1976 begann sie an der HBLA Güssing zu unterrichten. 1977 heiratete sie Ing. Johann Horvath. Mit ihm hatte sie drei Töchter, Julia, Ester und Johanna. 1992 verunglückte ihr Mann tödlich.

Helene Horvath wurde 1994 in die Gemeindevertretung und zur Kuratorstellvertreterin der reformierten Pfarrgemeinde Oberwart gewählt. Von 2000 bis zu ihrer Erkrankung im Frühjahr 2011 war sie Kuratorin der Gemeinde. Über die Gemeinde hinaus übernahm sie mehrere Funktionen in der reformierten Landeskirche. Sie war Mitglied der Synode, wurde 2002 in den Synodalausschuss H. B. gewählt und wurde somit weltliches Mitglied des Oberkirchenrates H. B. Weiters gehörte sie dem Leitungsausschuss des Frauenforums H. B. und der Gleichstellungskommission an. Im Jahr 2004 nahm sie als Delegierte der Kirche H. B. an der Vollversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra, Ghana, teil.

Für ihren Dienst in unserer Kirche danken wir Gott und drücken ihrer Familie unsere Anteilnahme aus.

(Zl. HB 01; 2003/2011 vom 22. August 2011.)

Der Herr über Leben und Tod hat Herrn

Fachinspektor i. R.
HR Prof. Pfarrer Mag. Johannes Karl SPITZER

am 19. August 2011 nach kurzer, schwerer Krankheit zu sich in die Ewigkeit berufen.

Johannes Spitzer wurde am 24. Jänner 1948 in Wien geboren, maturierte am BG und BRG Wien XVI 1966, studierte in Neuendettelsau und an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien und beendete am 1. Juli 1974 mit dem Examen pro candidatura erfolgreich sein Studium.

Das Lehrvikariat absolvierte Johannes Spitzer in Stockerau. Nach der kirchlichen Amtsprüfung wurde er am 27. Juni 1976 in Wien-Simmering ordiniert. Am 1. April 1974 begann er seinen Dienst als Militärseelsorger und hat

Empfohlene Kollekten

Österr. Bibelgesellschaft *17. 10. 2010*	Gustav-Adolf-Verein *Reformationsfest*	W.-Dantine-Haus (Theologenheim) *5. 12. 2010*	Evangelischer Bund *31. 1. 2010*	Ökumene *28. 2. 2010*	Presseverband *6. 6. 2010*	Werk f. Evang. u. Gemeindeaufbau *11. 7. 2010*	Dienst an Israel *8. 8. 2010*	Dr.-W.-Dantine-Stipendienfonds *19. 9. 2010*	Martin-Luther-Bund *7. 11. 2010*	SUMMEN
3.116,64	7.745,—	2.251,89	1.398,07	1.624,72	908,34	1.429,38	1.020,52	1.431,35	1.712,16	58.724,31
2.677,14	8.027,13	2.384,17	714,13	1.123,93	1.230,61	1.291,35	799,08	1.433,56	1.287,56	59.099,30
						DIREKT 117,08	DIREKT 57,50			
2.655,76	6.244,62	2.349,58	1.477,26	933,22	1.012,25	145,49	541,—	638,81	1.582,18	47.527,46
						DIREKT 309,—				
4.877,26	8.565,01	4.163,68	2.361,37	2.288,55	2.076,32	4.053,98	3.036,96	3.025,63	3.055,36	85.467,68
						DIREKT 468,01				
1.930,90	4.649,34	1.776,19	258,99	243,62	213,05	592,58	599,88	539,42	805,01	32.701,12
2.547,02	6.975,96	2.598,40	861,29	919,87	794,05	768,43	811,30	1.277,20	1.539,36	52.786,47
						DIREKT 193,40				
3.212,49	8.684,76	2.329,97	752,31	988,20	636,20	658,71	732,55	1.029,92	1.480,81	54.491,64
			DIREKT 41,20							
21.017,21	**50.891,82**	**17.853,88**	**7.823,42**	**8.122,11**	**6.870,82**	**8.939,92**	**7.541,29**	**9.375,89**	**11.462,44**	**390.797,98**
			DIREKT 41,20			**DIREKT 1.087,49**	**DIREKT 57,50**			

dabei bis 1978 wesentlich mitgeholfen, die Militärseelsorge im Bereich des Militärkommandos Niederösterreich aufzubauen. 1985 wurde er zum Militäroberpfarrer ernannt.

1981 begann er seinen Dienst als Pfarrer im Schuldienst in der Evangelischen Pfarrgemeinde Villach. Bereits ein Jahr später übernahm Johannes Spitzer die Sektenberatung für die Diözese Kärnten/Osttirol. 1992 wurde er Leiter des Sektenreferates der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich. Am 13. Feber 1993 hat er Ulrike, geb. Heinisch geheiratet. Zwei Kinder wurden geboren: Martin Karl 1994 und Hanna Maria 1996.

Am 1. September 1999 wurde Johannes Spitzer zum Fachinspektor für den evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen bestellt. Dieses Amt hat er bis zu seiner Pensionierung 2010 engagiert und pflichtbewusst ausgeübt.

Superintendent Sauer schreibt: „In seiner vielfältigen und engagierten Tätigkeit als Seelsorger, Prediger und Religionslehrer war für Johannes Spitzer die Bildung ein besonderes Herzensanliegen. Aus seiner tiefen lutherischen Überzeugung, sollte der wachsame und kritische Geist nicht nur bei der Jugend, sondern auch bei allen andern Kirchen- und Gemeindegliedern gefördert und geschärft werden."

Für alles Wirken, für allen Einsatz des Frühverstorbenen spricht die Evangelische Kirche in Österreich Dank und Würdigung aus.

Unsere Anteilnahme und Fürbitte gelten vor allem seiner Frau Ulrike und den beiden Kindern.

(Zl. P 1393; 2007/2011 vom 22. August 2011.)

Der Herr über Leben und Tod hat Frau

Dorothea GIENGER

geboren am 28. Dezember 1923, langjährige Leiterin der Evangelischen Frauenarbeit in Kärnten, am Mittwoch, dem 17. August 2011, in Treffen/Villach im 88. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

(Zl. P 566; 2040/2011 vom 24. August 2011.)

Der Herr über Leben und Tod hat Frau

Elisabeth FLIEGENSCHNEE

geborene Nitsch, geboren am 22. Jänner 1922 in Level, Ungarn, Witwe von Pfarrer Friedrich Wilhelm Fliegenschnee, am Donnerstag, dem 18. August 2011 in Wien im 90. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

(Zl. P 1055 a; 2001/2011 vom 22. August 2011.)

AUSSCHREIBUNG DER STELLE
einer Jugendpfarrerin/eines Jugendpfarrers
bzw. einer Jugendreferentin/eines Jugendreferenten
in der Diözese Niederösterreich

Beschäftigungsart: Vollzeit
Dienstort: St. Pölten

Die Evangelische Jugend Niederösterreich sucht eine(n) NachfolgerIn für den langjährig in diesem Bereich tätigen Jugendreferenten. Die Anstellung kann als DiözesanjugendpfarrerIn oder JugendreferentIn erfolgen.

Diese(r) ist für die Koordination der Jugendarbeit in der Diözese Niederösterreich zuständig. Die Aufgaben umfassen u. a. die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Unterstützung der Gemeinden bei Jugendprojekten, die Durchführung der diözesanen (Sport)Veranstaltungen und Freizeiten, Vermittlung bei Konflikten, Mitarbeit in den entsprechenden diözesanen Gremien und auf bundesweiter Ebene, Bürotätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stelle ist die einzige hauptamtliche Stelle der EJNÖ. Die Inhaberin/der Inhaber wird von einem ehrenamtlichen Team unterstützt. Die Stelle ist auf sechs Jahre befristet; Wiederwahl möglich.

Erforderliche Qualifikationen:

Abgeschlossene fachtheologische Ausbildung und Ordination ins Pfarramt (JugendpfarrerIn).
Abgeschlossene Ausbildung an der Evangelischen Religionspädagogischen Akademie oder vergleichbare Ausbildung(en) mit theologischem und pädagogischem Schwerpunkt (JugendreferentIn).

Wir bieten:

— Entlohnung nach gültigem Kollektivvertrag für geistliche Amtsträger bzw. kirchlicher Mindestgehälterverordnung Stufe V für Jugendreferenten/innen,
— Wohnkostenbeitrag,
— Fahrtkostenersatz gemäß amtlichem Kilometergeld,
— Büro- und Lagerräumlichkeiten in der Superintendentur im Zentrum von St. Pölten.

Wenn Sie Interesse haben, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bestehend aus Anschreiben, tabellarischem Lebenslauf und Kopien der relevanten Zeugnisse bis spätestens 17. Oktober 2011 an:

Evangelische Jugend Niederösterreich
z. H. Diözesanjugendleitung
Julius-Raab-Promenade
3100 St. Pölten
Tel. (02742) 733 11

(Zl. JG 01; 2012/2011 vom 22. August 2011.)

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 30. September 2011 | 9. Stück

192. Abgabenänderungsgesetz 2011: Absetzbetrag/ Kirchenbeitrag

193. Wahlen in die Gemeindevertretung — aktuelle Fragen (Ergänzung des „Leitfadens für die Gemeindevertretungswahlen 2011“)

194. Kollektenaufruf für den „Bibelsonntag 2011“ am Sonntag, dem 16. Oktober 2011

195. Reformationskollekte — Oktober 2011, Gustav-Adolf-Verein

196. Kollektenaufruf Martin-Luther-Bund in Österreich 2011

197. Termin für den 1. Teil des Examen pro ministerio im Fach Religionspädagogik und Erwachsenenbildung

198. Ordination von Mag. Iris Haidvogel

199. Ordination von Mag. David Zezula

200. Ordination von Mag. Stefan Grauwald

201. Österreichischer Nationalfeiertag — 26. Oktober 2011

202. Kollektivvertrag 2011: Hinterlegung

203. Kollektivvertrag 2011

204. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Juli 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

205. Bestellung von Mag. Daniela Kern zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach

206. Bestellung von Mag. Dietmar Weikl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen

207. Bestellung von Dipl. päd. Karlheinz Böhmer zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach

208. Bestellung von Mag. Michael Lattinger zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen

209. Bestellung von Mag. Arno Preis zum Pfarrer auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle im Allgemeinen Krankenhaus Wien sowie auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle für die Krankenanstalt Rudolfstiftung

210. Bestellung von Mag. Fleur Kant zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg

211. Bestellung von Mag. Roland Werneck zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 75-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels

212. E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols

192. Zl. KB 01; 2305/2011 vom 21. September 2011

Abgabenänderungsgesetz 2011: Absetzbetrag/Kirchenbeitrag

Zur Information

Das Abgabenänderungsetz 2011, BGBl. I 76/2011 vom 1. 8. 2011 hat den Absetzbetrag für verpflichtende Beiträge an Kirchen- und Religionsgesellschaften, die in Österreich gesetzlich anerkannt sind, bis zu € 400,— jährlich erhöht. Diese Änderung gilt ab dem Veranlagungsjahr 2012. Die neuen Bestimmungen zu Spenden und freiwilligen Zuwendungen gelten für jene nach dem 31. 12. 2011.

Die Kirchenbeitragsreferenten und Kirchenbeitragsreferentinnen der Evangelischen Kirche in Österreich werden für ihre Tätigkeit auf diese gesetzliche Neuerung hingewiesen.

193. Zl. GD 001; 2273/2011 vom 19. September 2011

Wahlen in die Gemeindevertretung — aktuelle Fragen (Ergänzung des „Leitfadens für die Gemeindevertretungswahlen 2011“)

In diesem Amtsblatt-Eintrag finden sich wissenswerte Informationen, die die weitere Vorgangsweise nach dem Feststehen der endgültigen Ergebnisse bei den Gemeindevertretungswahlen betreffen; sie wurden von einzelnen Pfarrgemeinden erwünscht.

1. Konstituierung der neuen Gemeindevertretung

- Die konstituierende Sitzung der neu gewählten Gemeindevertretung muss gemäß Artikel 36 Abs. 2 KV innerhalb von sechs Wochen nach der Gemeindevertretungswahl bzw. nach dem letzten Wahltermin der Gemeindevertretungswahl stattfinden; sie wird vom Vorsitzenden der bisherigen, d. h. derzeitigen Gemeindevertretung einberufen.
- Auf Grund der für die Gemeindevertretungswahlen 2011 festgelegten Fristen werden somit die konstituierenden Sitzungen in den Pfarrgemeinden bis spätestens 18. Dezember 2011 stattfinden (= 6 Wochen nach dem 6. November 2011).
- Bitte beachten Sie aber, dass Sie auf jeden Fall die Frist einer möglichen Wahlanfechtung (das sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses) abzuwarten haben! Es ist somit nicht zulässig, die konstituierende Sitzung bereits innerhalb der Frist der möglichen Wahlanfechtung abzuhalten.
- Alle gewählten Mitglieder der neuen Gemeindevertretung sowie auch alle jene Mitglieder der Gemeindevertretung, die kraft ihres Amtes der neuen Gemeindevertretung (siehe Artikel 35 Abs. 1 KV) angehören, müssen vom Vorsitzenden der bisherigen Gemeindevertretung eingeladen werden.
- Die Einladung zur konstituierenden Sitzung hat laut § 3 Abs. 2 KVO mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstermin schriftlich unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung allen Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzugehen.
- In der konstituierenden Sitzung finden die Angelobung der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Konstituierung des Vertretungskörpers statt.
- Bei der Angelobung haben ausnahmslos alle Mitglieder der Gemeindevertretung (die gewählten Mitglieder ebenso wie jene, die kraft ihres Amtes der Gemeindevertretung angehören) in die Hand des amtsführenden Pfarrers bzw. der amtsführenden Pfarrerin folgendes Gelöbnis abzulegen:

  „Ich gelobe vor Gott, bei meinem Wirken als Gemeindevertreter die innere und äußere Wohlfahrt dieser Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu wahren und darauf zu achten, dass die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus.“

2. Vorsitzführung in der neu konstituierten Gemeindevertretung

- In der konstituierenden Sitzung der neuen Gemeindevertretung findet meistens auch die Wahl des neuen Presbyteriums statt, da zu den Aufgaben der Gemeindevertretung gehört, aus ihrer Mitte die Mitglieder des Presbyteriums zu wählen. (Artikel 42 Abs. 2 KV)
- Den Vorsitz in der neu konstituierten Gemeindevertretung führt bis zur Konstituierung des neuen Presbyteriums aus zwei Gründen noch der Vorsitzende der bisherigen Gemeindevertretung.
  - Zum Einen, da Artikel 10 Abs. 11 KV festlegt: „Wer in einem Organ der Kirche eine Funktion übernommen hat, für die in der Wahl eine bestimmte Zeit festgelegt worden ist, hat dieses Amt auch darüber hinaus bis zur rechtskräftig erfolgten Neuwahl zu führen, sofern die persönliche Eignung dafür weiter gegeben ist.“
  - Zum Anderen bestimmt Artikel 38 Abs. 1 KV Folgendes: „Der oder die Vorsitzende des Presbyteriums (Art. 43) ist zugleich der oder die Vorsitzende der Gemeindevertretung und des Gemeindeforums (Art. 33 Abs. 2), sofern die Gemeindeordnung nichts anderes vorsieht.“ Aus diesem Grund kann Artikel 43 Abs. 1 KV nicht gelten, da die Mitglieder des neuen Presbyteriums noch gar nicht gewählt wurden.

3. Wahl des neuen Presbyteriums nach den Gemeindevertretungswahlen

Die Wahl des Presbyteriums nach den Gemeindevertretungswahlen erfolgt meistens in der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung. Die Kirchenverfassung schreibt vor, dass das Presbyterium aus dem Kreis der Gemeindevertretung gewählt wird (Artikel 42 Abs. 2 KV). Da hier zwingend eine Wahl vorgeschrieben ist, ist es nicht möglich, dass diejenigen GemeindevertreterInnen, die bei der Gemeindevertretungswahl die meisten Stimmen erhalten haben, automatisch auch das Presbyterium bilden!

Wahlvorschlag: Die Mitglieder der Gemeindevertretung schlagen die KandidatInnen vor oder können sich selbst bereit erklären, für das Amt eines Presbyters bzw. einer Presbyterin zu kandidieren. Der Wahlvorschlag muss mindestens so viele Personen umfassen, wie Plätze im Presbyterium zu besetzen sind.

Wahl: Um das geheime Wahlrecht zu gewährleisten, erfolgt die Wahl mittels Stimmzettel, auf denen höchstens so viele Personen angekreuzt werden können, wie Plätze im Presbyterium zu besetzen sind. Das Ausfüllen der Stimmzettel muss nicht zwingend in einer Wahlkabine stattfinden, jedoch müssen die WählerInnen UNBEOBACHTET ihre Stimmzettel ausfüllen können. Keinesfalls ist es allerdings möglich, die PresbyterInnen durch offene Zustim-

mungsbekundung wie z. B. Applaus (per acclamationem) zu wählen. Eine solche Wahl müsste angefochten werden, alle Beschlüsse eines derart gewählten Presbyteriums wären ungültig und könnten aufgehoben werden!

Wahlprotokoll: Über die Wahl des Presbyteriums ist ein Wahlprotokoll zu führen.

Wahlausschuss: Der Wahlausschuss hat wie bei den Gemeindevertretungswahlen aus mindestens drei Personen zu bestehen, die einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende wählen.

Gültigkeit der Wahl:

Die Wahl ist gültig,

- wenn die Sitzung der Gemeindevertretung beschlussfähig ist, d. h. wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind (§ 3 Abs. 1 KVO),
- wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt haben, und
- wenn mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen gültig ist. (§ 2 WahlO)

Ein Kandidat bzw. eine Kandidatin ist nur dann gültig gewählt, wenn mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf ihn bzw. sie entfallen. Die Auszählung der Stimmen erfolgt wie im folgenden Beispiel beschrieben:

Beispiel: 26 GemeindevertreterInnen sollen acht PresbyterInnen wählen, zehn Personen stellen sich als KandidatInnen zur Verfügung

KandidatInnen:	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
Angekreuzt:	15	12	26	25	17	9	11	21	23	13

Abgegebene gültige Stimmen: 172
172 dividiert durch 8 (= wählbare Kandidaten) = 21,5
21,5 dividiert durch 2 = 10,75 (= Hälfte)

Ergebnis: Gewählt sind in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen jene KandidatInnen, die mindestens elf Stimmen erhalten haben. Da nur 8 Plätze im Presbyterium zur Verfügung stehen, ist KandidatIn G trotz überhälftiger Mehrheit NICHT gewählt! KandidatIn F hat nicht genügend Stimmen erhalten.

Bitte beachten Sie: § 23 Abs. 3 der Wahlordnung (relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen) betrifft die österreichweiten Wahlen in die Gemeindevertretung, § 3 Abs. 2 der Wahlordnung (überhälftige Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen) betrifft die Wahlen innerhalb der Gemeindevertretung.

4. Vorsitzführung im neu gewählten Presbyterium

- Nach der Wahl der PresbyterInnen hat sich das neu gebildete Presbyterium zu konstituieren.
- Nach der Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Presbyteriums übernimmt das an Jahren älteste Mitglied des Presbyteriums den Vorsitz und prüft grundsätzlich, ob eine Gemeindeordnung vorliegt oder nicht.
- Gibt es eine Gemeindordnung, so ist diese dahingehend zu überprüfen, ob ein Vorsitzender/eine Vorsitzende des Presbyteriums gewählt werden muss oder ob der Kurator/die Kuratorin auch der/die Vorsitzende des Presbyteriums ist.
- Ist in der Gemeindeordnung festgelegt, dass der Vorsitz im Presbyterium und in der Gemeindevertretung dem Kurator oder der Kuratorin übertragen wird, wird gemäß Artikel 43 Abs. 2 KV unter dem Vorsitz des an Jahren ältesten Mitglieds des Presbyteriums die Wahl des Kurators/der Kuratorin durchgeführt.
- Ist in der Gemeindeordnung jedoch festgelegt, dass weder der amtsführende Pfarrer/die amtsführende Pfarrerin noch der Kurator/die Kuratorin den Vorsitz im Presbyterium und in der Gemeindevertretung führen, sondern eine dritte Person, wird gemäß Artikel 43 Abs. 1 KV unter dem Vorsitz des an Jahren ältesten Mitglieds des Presbyteriums die Wahl des/der Vorsitzenden des Presbyteriums sowie eines oder zweier StellvertreterInnen durchgeführt.
- Gibt es keine Gemeindeordnung, obliegt dem amtsführenden Pfarrer bzw. der amtsführenden Pfarrerin kraft seines bzw. ihres Amtes die Vorsitzführung im Presbyterium und in der Gemeindevertretung (Artikel 32 Abs. 3 KV).
- In der Evangelischen Kirche H. B. führt gemäß Artikel 43 Abs. 3 KV den Vorsitz der Kurator oder die Kuratorin, in dessen oder deren Vertretung der Kuratorstellvertreter oder die Stellvertreterin, bei dessen Verhinderung oder bis zur Neuwahl des Vorsitzes das an Jahren älteste Mitglied des Presbyteriums.

5. Wahl der Funktionen im Presbyterium

- Der Vorsitzende des Presbyteriums führt die Wahl der Funktionen im Presbyterium durch.
- Die einzelnen Funktionen im Presbyterium werden ebenfalls mittels Stimmzettel gewählt, wobei bei der Wahl genau feststehen muss, für welche Funktion im Presbyterium die PresbyterInnen kandidieren (Artikel 45 Abs. 1 KV)! Es ist somit nicht zulässig, dass jene Person, die bei der PresbyterInnenwahl die meisten Stimmen erhalten hat (in unserem Beispiel Kandidat C), automatisch Kurator/Kuratorin der Pfarrgemeinde wird.

6. Funktionsperiode der neuen Vertretungskörper (Gemeindevertretung, Presbyterium)

Die Funktionsperiode der neu gewählten Gemeindevertretungen und Presbyterien beginnt am 1. Jänner 2012, unabhängig vom Datum ihrer Konstituierung, die noch im Jahr 2011 erfolgen wird. Dadurch wird gewährleistet, dass das neu gewählte Presbyterium bereits mit 1. Jänner 2012 funktionsfähig ist. Trotz Konstituierung der neuen Vertretungskörper bleiben folglich die bisherige Gemeindevertretung und das bisherige Presbyterium noch bis einschließlich 31. Dezember 2011 im Amt.

U. Pichal R. Kneucker

194. Zl. KOL 25; 1759/2011 vom 6. Juli 2011

Kollektenaufruf für den „Bibelsonntag 2011“ am Sonntag, dem 16. Oktober 2011

Mit dem herzlichen Dank an alle evangelischen Gemeinden für die Kollekte am Bibelsonntag des Vorjahres ist zugleich die Bitte verbunden um Unterstützung der vielfältigen bibelmissionarischen Arbeit der Österreichischen Bibelgesellschaft auch im Jahr 2011.

Die Bibel ist das Fundament unseres evangelischen Glaubens. Ihre Stimme wach zu halten in der Kirche und darüber hinaus, lebendige und ansprechende Zugänge zur Begegnung mit der Bibel und ihrer Botschaft für die verschiedenen Altersgruppen zu erschließen, ist der bleibende Auftrag der Bibelgesellschaft. Diese vielfältige und herausfordernde Arbeit der Bibelgesellschaft ist nur dank der Unterstützung durch Kollekten und Spenden überhaupt möglich.

In ganz Österreich bietet die Bibelgesellschaft den Gemeinden Vorträge, Gemeindeseminare, Bibeltage und Bibelwochen ebenso wie Bibelausstellungen an. Die Bibelgesellschaft ist der Partner zu Fragen rund um das Thema Bibel.

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Gefangenenseelsorge ermöglicht die Bibelgesellschaft, dass Häftlinge kostenlose Bibelausgaben in ihren jeweiligen Sprachen erhalten. Die kostenlose Bibelverbreitung unter Flüchtlingen und Schubhäftlingen in ganz Österreich ist zu einem umfangreichen und sich immer mehr ausweitenden Dauerprojekt geworden. Hier ist die Bibelgesellschaft anerkannter Partner für Flüchtlingsbetreuungsorganisationen und offizielle Stellen. Bibelausgaben in Sprachen aller Kontinente sind laufend gefragt, dazu Broschüren mit Bibeltexten, die auf die Situation der Flüchtlinge abgestimmt sind.

Und natürlich ist die Arbeit im Bibelzentrum am Museumsquartier in Wien zu erwähnen. Schulklassen und Gemeindegruppen finden sich hier ein, um kompetent und lebendig etwas über die Bibel und ihre frohe Botschaft zu erfahren. Dass wir auch Fernstehende, Touristen und Passanten neugierig machen können auf die Bibel im Rahmen von Ausstellungen und Veranstaltungen, erfüllt uns mit Dankbarkeit.

Mit der Kollekte am heutigen Bibelsonntag tragen Sie dazu bei, dass die bibelmissionarische Arbeit der Bibelgesellschaft auch in Zukunft gesichert ist und Menschen in den Gemeinden und darüber hinaus, vor allem aber junge Menschen, einen Zugang zur Bibel erhalten, der ihnen ganz neue Wege zum Leben weist!

Herzlich danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung der Arbeit der Bibelgesellschaft!

Dr. Jutta Henner
Direktorin Österreichische Bibelgesellschaft

195. Zl. KOL 08; 2138/2011 vom 7. September 2011

Reformationskollekte — Oktober 2011, Gustav-Adolf-Verein

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Evangelische in Österreich!

Die Kollekte des Reformationsfestes hat der Vorstand des Gustav-Adolf-Vereins für die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf bestimmt.

Die Evangelische Pfarrgemeinde Eltendorf liegt im politischen Bezirk Jennersdorf, dem südlichsten des Burgenlandes. Sie besteht aus der Evangelischen Muttergemeinde Eltendorf, aus den Evangelischen Tochtergemeinden Heiligenkreuz im Lafnitztal, Königsdorf, Neustift bei Güssing, Poppendorf und Zahling. Die Gemeinde zählt zur Zeit zirka 1300 Seelen.

Die Evangelische Pfarrgemeinde Eltendorf hat im Herbst 2009 eine umfassende Sanierung und Renovierung ihres Pfarrhauses durchführen müssen. Dabei wurde ein neuer Eingangsbereich geschaffen, das Büro wurde in den Kindergottesdienstraum verlegt und der restliche Gemeindesaal geteilt in ein Archiv und ein Besprechungszimmer. Weiters wurde das Haus, das mehr als 200 Jahre alt ist, wärmegedämmt, neu eingedeckt und auch der Dachbereich isoliert. Alle Fenster des Hauses wurden ausgetauscht. Eine neue Pelletsheizung wurde installiert und das Warmwasser wird in Zukunft mit Solarenergie bereitet werden. Diese Arbeiten sind mittlerweile alle abgeschlossen worden.

In einer zweiten Bauphase, die im Herbst 2011 begonnen werden soll, wird an das Pfarrhaus der nun fehlende Gemeindesaal mit Nebenräumen angebaut und eine von außen zugängige, behindertengerechte WC-Anlage errichtet. Die Gesamtkosten für das Renovierungs- und Zubauprojekt des Pfarrhauses in Eltendorf werden zirka € 500.000,— betragen. Die Pfarrgemeinde wird selbstverständlich alle möglichen Subventionen der Öffentlichen Hand in Anspruch nehmen. Doch leider reichen auch diese Mittel nicht aus, das Gesamtprojekt zu finanzieren.

Die Pfarrgemeinde Eltendorf erbittet daher herzlich Ihre Kollektengabe für das Renovierungs- und Zubauvorhaben. Vielen Dank für Ihre Gaben zum Reformationstag.

Presbyterium und Pfarrer
der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eltendorf

196. Zl. KOL 28; 2228/2011 vom 13. September 2011

Kollektenaufruf Martin-Luther-Bund in Österreich 2011

Liebe Schwestern und Brüder!

Der Martin-Luther-Bund als evangelisch-kirchlicher Verein fördert die Ausbildung künftiger Pfarrer und Pfarrerinnen, Gemeindepädagogen und Gemeindepädagoginnen sowie Lektoren und Lektorinnen durch theologische Tagungen, Stipendien, Vermittlung von Fachliteratur und durch Beschaffung der Talare. Er hilft den Gemeinden bei

der Anschaffung von Paramenten, Tauf- und Abendmahlsgeräten und Inneneinrichtungsgegenständen für kirchliche Räume und unterstützt sie bei notwendig gewordenen Renovierungsarbeiten ihrer Kirchen und Gemeindezentren.

Der Martin-Luther-Bund in Österreich dankt auch den Gemeinden für die Kollekte 2010. Mit Ihrer Hilfe konnte evangelischen Pfarrgemeinden in Österreich bei verschiedenen Projekten geholfen werden. Vikare/Vikarinnen und Lektoren/Lektorinnen in der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich wurden unterstützt.

Mit der Kollekte sollen in Österreich Pfarrgemeinden unterstützt werden. In Zusammenarbeit mit unserer Zentralstelle in Erlangen werden auch unsere Partnerkirchen in Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn unterstützt.

Die Diasporagabe 2011 ist für das Projekt „Brot und Hoffnung“ in der Evang.-Luth. Kirche in Ungarn vorgesehen: Mit Ihren Spenden will der Martin-Luther-Bund im Jahr 2011 das Engagement der ungarischen Schwesterkirche in einem wirtschaftlichen schwachen Gebiet des Landes mit hoher Arbeitslosigkeit unterstützen.

Wir bitten Sie daher ganz herzlich, unsere Arbeit auch in diesem Jahr durch Ihren Kollektenbeitrag zu ermöglichen und danken für Ihre Kollekte und Spenden.

Weitere Informationen: www.martin-luther-bund.de

Ihr Mag. D. Pál Fónyad, Bundesobmann

197. Zl. A 17; 2183/2011 vom 8. Juni 2011

Termin für den 1. Teil des Examen pro ministerio im Fach Religionspädagogik und Erwachsenenbildung

Die mündliche Prüfung im Fach Religionspädagogik und Erwachsenenbildung 2012 findet Montag, den 25. Juni 2012, ab 9.00 Uhr im Evangelischen Zentrum, Severin-Schreiber-Gasse 1–3, 1180 Wien, statt.

198. Zl. P 2144; 1606/2011 vom 28. Juni 2011

Ordination von Mag. Iris Haidvogel

Mag. Iris Haidvogel wurde am 26. Juni 2011 in der Evangelischen Kirche in Gols durch Oberkirchenrat Mag. Karl Schiefermair unter Assistenz von Pfarrerin Mag. Hannah Hofmeister und Pfarrer Mag. Werner Geißelbrecht ordiniert.

199. Zl. P 2203; 2277/2011 vom 19. September 2011

Ordination von Mag. David Zezula

Mag. David Zezula wurde am 11. September 2011 in der Evangelischen Kirche in Schladming durch Senior Mag. Gerhard Krömer unter Assistenz von Pfarrer Mag. Martin Schlor und Pfarrer MMag. Patrick Todjeras ordiniert.

200. Zl. P 2107; 2308/2011 vom 22. September 2011

Ordination von Mag. Stefan Grauwald

Mag. Stefan Grauwald wurde am 3. Juli 2011 in der Evangelischen Lukaskirche in Leonding durch Superintendent Dr. Gerold Lehner unter Assistenz von Pfarrer Mag. Siegfried Kolck-Thudt und Pfarrer Mag. Martin Madrutter ordiniert.

201. Zl. A 07; 2284/2011 vom 19. September 2011

Österreichischer Nationalfeiertag — 26. Oktober 2011

An alle Pfarrgemeinden wird hiermit die Bitte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur weitergegeben, die Bedeutung des Tages durch eine entsprechende Beflaggung der Kirchen und kirchlichen Gebäude hervorzuheben und im Rahmen der an diesem Feiertag oder am vorausgehenden Sonntag stattfindenden Gottesdienste in den Predigten in geeigneter Weise auf den Nationalfeiertag hinzuweisen und auch im Gebet unserer österreichischen Heimat zu gedenken.

202. Zl. LK 019; 1928/2011 vom 30. August 2011

Kollektivvertrag 2011: Hinterlegung

Der Kollektivvertrag 2011 wurde beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hinterlegt und registriert (Registerzahl KV 366/2011; Katasterzahl XXIV/98/19) und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung am 9. September 2011 kundgemacht.

203. Zl. LK 019; 2248/2011 vom 14. September 2011

Kollektivvertrag 2011

abgeschlossen zwischen dem **Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B., dem Evangelischen Oberkirchenrat A. B. und dem Evangelischen Oberkirchenrat H. B.** als Kirchenleitungen und Dienstgeber gemäß der Verfassung der Evangelischen Kirche in Österreich und dem Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, mit Ermächtigung der Synodalausschüsse A. B. und H. B., einerseits

und dem **Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer** als der vom Bundeseinigungsamt am 17. Jänner 1996 unter Zl. 11/BEA/1996-1 gemäß § 4 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974 i. g. F. anerkannten Freiwilligen Berufsvereinigung der Dienstnehmer andererseits

schließen folgenden Kollektivvertrag, gültig für das Kalenderjahr 2011:

Teil I

Gehaltsordnung

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Die Gehaltsordnung regelt die Ansprüche der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche in Österreich, die in einem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B., zur Evangelischen Kirche H. B., ferner zu einem Werk der Kirche, zu evangelisch-kirchlichen Vereinen, kirchlichen Stiftungen und Anstalten in Österreich stehen, letztere soweit deren Rechtsträger sich diesem Kollektivvertrag anschließen oder angeschlossen haben.

(2) Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gilt diese Gehaltsordnung auch für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen.

1. Das Gehalt

§ 2

Das Gehalt besteht aus
1. dem Grundgehalt und
2. den Zulagen.

§ 3

(1) Das Grundgehalt wird durch das Gehaltsschema „Alt“ und „Neu“ bestimmt.

(2) Das Gehaltsschema „neu“ gilt für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ab 1. Jänner 2005 neu eintreten, sowie jene geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die sich zum Stichtag 31. Dezember 2004 in den Gehaltsstufen 1 bis 6 befanden und für jene, die mit Einzelerklärung in das Gehaltsschema „neu“ übertreten. Das Gehaltsschema „alt“ gilt für alle übrigen geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen.

(3) Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen erhalten den für das befristete Ausbildungsdienstverhältnis festgesetzten Bezug.

(4) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Wartestand gelten die in § 14 getroffenen Regelungen.

(5) Die Bestimmungen der §§ 1, 3, 17 und 18 finden für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen sinngemäße Anwendung.

(6) Die gemäß § 46 Abs. 3 Ordnung des geistlichen Amtes kirchengesetzlich festgelegte Abtretungsverpflichtung ist von diesem Kollektivvertrag nicht berührt, sie ist von jedem geistlichen Amtsträger und jeder geistlichen Amtsträgerin selbst zu erfüllen.

(7) Die Gehaltsstufe geistlicher Amtsträger und geistlicher Amtsträgerinnen richtet sich nach den zurückgelegten bzw. angerechneten Dienstjahren. Im Gehaltsschema „alt“ wird nach zwei Dienstjahren und im Gehaltsschema „neu“ nach fünf Dienstjahren die nächste Gehaltsstufe erreicht. Bei der Berechnung dieser Zeiträume sind die in Teilbeschäftigung verbrachten Dienstzeiten bei einer Beschäftigung von mindestens der Hälfte der Vollbeschäftigung zur Gänze, sonst zur Hälfte anzurechnen.

§ 4

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Dienst **der Evangelischen Kirche A. B.** in Österreich, deren Werke und Einrichtungen sowie jenen der Evangelischen Kirche A. und H. B.:

Gehaltsschema

Alt		**Neu**	
Stufe	€	Stufe	€
1	2.185,—	1	2.282,—
2	2.185,—	2	2.468,—
3	2.185,—	3	2.656,—
4	2.201,—	4	2.841,—
5	2.275,—	5	3.029,—
6	2.406,—	6	3.216,—
7	2.534,—	7	3.401,—
8	2.665,—	8	3.590,—
9	2.792,—		
10	2.924,—		
11	3.053,—		
12	3.183,—		
13	3.313,—		
14	3.433,—		
15	3.547,—		
16	3.655,—		
17	3.770,—		
18	3.924,—		

Ausbildungsdienstverhältnis:	€
Lehrvikar/in 1. Jahr	1.701,—
Lehrvikar/in 2. Jahr	1.756,—
Pfarramtskandidat/in	2.035,—

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen in der Kirche A. B. mit € 51,20 pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

§ 5

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Dienst der **Evangelischen Kirche H. B.** in Österreich:

Gehaltsschema

Alt		**Neu**	
Stufe	€	Stufe	€
1	2.157,—	1	2.317,—
2	2.157,—	2	2.508,—
3	2.157,—	3	2.697,—
4	2.212,—	4	2.886,—
5	2.288,—	5	3.078,—
6	2.420,—	6	3.268,—
7	2.550,—	7	3.457,—
8	2.681,—	8	3.646,—
9	2.812,—		

10	2.943,—
11	3.075,—
12	3.206,—
13	3.337,—
14	3.459,—
15	3.574,—
16	3.683,—
17	3.799,—
18	3.954,—

Ausbildungsdienstverhältnis:	€
Lehrvikar/in 1. Jahr	1.727,—
Lehrvikar/in 2. Jahr	1.782,—
Pfarramtskandidat/in	2.065,—

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird mit € 58,— pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

(3) Die Umstellungszulage erhalten diejenigen Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die beim Wechsel vom „Gehaltschema alt“ auf das „Gehaltschema neu“, und damit vom Pensionsanspruch gemäß Abschnitt A „alt“ zum Pensionsanspruch gemäß Abschnitt B „neu“ des Kollektivvertrages, den Differenzbetrag nicht an das Pensionsinstitut (PI) überweisen lassen, sondern als Teil ihres Gehaltes ausbezahlt erhalten.

(4) Bei einem Wechsel des kirchlichen Dienstgebers/der kirchlichen Dienstgeberin gilt ab dem Tage des Dienstantritts die entsprechende Gehaltstabelle.

§ 6

(1) Außer den monatlichen Bezügen gebührt dem geistlichen Amtsträger und der geistlichen Amtsträgerin für jedes Kalenderhalbjahr eine Sonderzahlung. Die Höhe richtet sich nach dem Grundgehalt, gegebenenfalls plus „Religionsunterricht-Nebenbeschäftigung“ (welche im Monat der Auszahlung zustehen), sowie dem Durchschnitt (sechs Monate) sämtlicher Zulagen. Steht der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin während des Kalenderhalbjahres, für das ihm oder ihr die Sonderzahlung gebührt, nicht ununterbrochen im Genuss des vollen Monatsbezuges, so gebührt ihm bzw. ihr aus der Sonderzahlung nur der entsprechende Teil. Die für das erste Kalenderhalbjahr gebührende Sonderzahlung ist am 31. Mai, die für das zweite Kalenderhalbjahr am 30. November auszubezahlen.

(2) Teilzeitbeschäftigte erhalten den ihrem Beschäftigungsausmaß entsprechenden Teil der ihnen nach der Gehaltsordnung gebührenden Bezüge.

(3) Zur Erzielung einer einheitlichen Auszahlung hat jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin den bezugsauszahlenden Stellen für den Religionsunterricht als Zahlstelle das entsprechende Konto dem Kirchenamt A. B. bzw. der Kirchenkanzlei H. B. zu benennen.

(4) Für Mehrleistungen über die volle Lehrverpflichtung hinaus gilt der letzte Satz des § 4 Abs 2 bzw. § 5 Abs 2 entsprechend.

(5) Entgelte für Zusatzleistungen im Rahmen des Religionsunterrichts, wie z. B. für die Betreuung von Fachbereichsarbeiten, Prüfungstaxen und ähnliches, sind dem Berechtigten oder der Berechtigten weiterzugeben.

2. Zulagen

§ 7

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen haben Anspruch auf Zulagen nach den folgenden Bestimmungen.

(2) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe sind mit dem Grundgehalt als Monatsbezug auszubezahlen.

(3) Für die Bemessung von außerordentlichen Zuschussleistungen bleiben die Zulagen gemäß §§ 6 bis 10 sowie Aufwandsentschädigungen außer Betracht.

§ 8

K i n d e r z u l a g e

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten oder Pfarramtskandidatinnen, ihre Witwen und Witwer haben Anspruch auf Kinderzulage.

(2) Die Kinderzulage gebührt für

a) minderjährige Kinder,

b) für volljährige Kinder, solange ein Anspruch auf Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) besteht.

(3) Im Sinne des Abs 2 sind Kinder

a) leibliche Nachkommen,

b) Wahlkinder,

c) Stiefkinder,

d) Pflegekinder gemäß §§ 186 und 186 a ABGB.

(4) Anspruch auf Kinderzulage für ein Kind gemäß Abs 2 hat jener geistliche Amtsträger und jene geistliche Amtsträgerin, zu dessen oder deren Haushalt das Kind gehört bzw. der oder die für das Kind unterhaltspflichtig ist.

(5) Ein geistlicher Amtsträger und eine geistliche Amtsträgerin, zu dessen oder deren Haushalt das Kind zwar nicht gehört, der oder die jedoch die Unterhaltskosten für das Kind überwiegend trägt, hat dann Anspruch auf Kinderzulage, wenn kein anderer geistlicher Amtsträger oder keine andere geistliche Amtsträgerin oder eine andere Person gemäß Abs 4 anspruchsberechtigt ist.

(6) Für ein Kind hat nur eine Person Anspruch auf die Kinderzulage. Gehört ein Kind zum gemeinsamen Haushalt der Eltern, so hat die Mutter Anspruch auf die Kinderzulage. Der Verzicht zugunsten des anderen Elternteils ist zulässig. Er ist schriftlich zu erklären und kann jederzeit widerrufen werden.

(7) Die Auszahlung der Kinderzulage für volljährige Kinder erfolgt nur nach Vorlage der vom zuständigen Finanzamt ausgestellten „Mitteilung über den Bezug der Familienbeihilfe“ oder eine an deren Stelle tretende Mittei-

lung. Die in dieser Mitteilung angeführte Frist für die Gewährung der Familienbeihilfe ist für den Anspruch auf Kinderzulage maßgeblich.

(8) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche A. B. und H. B. beträgt die Kinderzulage ab dem 1. Jänner 2011 monatlich für jedes Kind € 52,50 monatlich. Für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen beträgt die Kinderzulage ab 1. Jänner 2011 für jedes Kind € 84,— monatlich. Bei Dienstverhältnissen unter 50% wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

(9) Die Kinderzulage wird nur auf Antrag zuerkannt, und zwar vom Beginn des Monats an, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden. Mit Ablauf des Bezuges der Familienbeihilfe erlischt der Anspruch auf Kinderzulage, sofern nicht vorher die weitere Anspruchsberechtigung (Abs 11) nachgewiesen wird.

(10) Zu Unrecht bezogene Kinderzulagen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

(11) In Ausnahmefällen kann über begründeten Antrag durch den Oberkirchenrat A. B. bzw. H. B. maximal bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres die Kinderzulage gewährt oder weiter gewährt werden, auch wenn die staatliche Familienbeihilfe nicht mehr gewährt wird.

§ 9

Ausbildungsbeihilfe

(1) Zusätzlich zur Kinderzulage haben geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen, ihre Witwen und Witwer für ein Kind gemäß § 8 Abs 2 und 3 Anspruch auf eine Ausbildungsbeihilfe. Der Anspruch auf Ausbildungsbeihilfe setzt voraus:

a) den bestehenden Anspruch auf Kinderzulage;
b) die Schul- und Berufsausbildung des Kindes außerhalb des Wohnsitzes des gemeinsamen Haushalts der Eltern bzw. des Hauptwohnsitzes jenes Elternteils, zu dem das Kind gehört, wenn und weil keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit am Hauptwohnsitz besteht, und
c) das Kind in einem Schülerheim, Studentenheim, Mietwohnung usw. wohnen muss.

(2) Die Ausbildungsbeihilfe wird nur auf Antrag zuerkannt. Dem Antrag sind die Originalrechnungen des Schülerheimes, Studentenheimes, der Mietwohnung usw. beizulegen. Die Ausbildungsbeihilfe wird befristet vom Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden, bis zum Ende des Kalenderjahres, das der Antragstellung folgt, zuerkannt.

(3) Eine Verlängerung der Zuerkennung ist zulässig und jeweils gemäß Abs 2 zu beantragen. Nachträgliche Anträge auf Auszahlung einer Ausbildungsbeihilfe dürfen innerhalb einer Verjährungsfrist von drei Jahren rückwirkend gestellt werden. Dabei wird auf jenen Monat zurück gerechnet, in welchem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt wurden bzw. die bezugsändernde Tatsache (§ 16) vorlag.

(4) Die Ausbildungsbeihilfe beträgt ab dem 1. Jänner 2011 monatlich für jedes Kind € 161,70. Bei Dienstverhältnissen unter 50% wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

(5) Zu Unrecht bezogene Ausbildungsbeihilfen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

§ 10

Trennungszulage

(1) Einem geistlichen Amtsträger oder einer geistlichen Amtsträgerin gebührt für die Zeit der Trennung von seiner bzw. ihrer Familie oder von der oder den im Haushalt lebenden Person/Personen eine Trennungszulage von € 3,63 pro Tag, die mit dem Monatsbezug zwölf mal p. a. bzw. aliquot ausbezahlt wird, wenn er oder sie zur Ausübung seines oder ihres Amtes für mehr als einen Monat seinen oder ihren ordentlichen Wohnsitz verlassen und einen neuen Wohnsitz begründen muss, ohne dass eine Übersiedlung der Familie oder der im Haushalt lebenden Personen erwartet werden kann, weil eine Dienstwohnung nicht zur Verfügung steht oder eine Übersiedlung nicht zumutbar ist.

(2) Der Anspruch auf Trennungszulage erlischt, wenn eine Übersiedlung des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin möglich, zumutbar oder aus der Interessenlage der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B. wünschenswert ist.

§ 11

Administrationszulage

Für die Administration einer Pfarrgemeinde gebührt dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin entsprechend der Administrationszulagenverordnung pro Monat eine Administrationszulage. Das Ausmaß wird bei Übertragung der Administration festgelegt, die Vergütung beträgt € 51,70 pro Einheit.

§ 12

Funktionszulagen

(1)

a) Im Gehaltsschema alt:

Senioren und Seniorinnen, Superintendenten und Superintendentinnen, geistliche Oberkirchenräte und geistliche Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, der Bischof oder die Bischöfin erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion nicht ruhegenussfähige Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. in der Gehaltsstufe 10 gemäß Gehaltsschema „alt“ orientiert,

und zwar erhalten:

Senioren und Seniorinnen	6,33 Prozent
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen	20,18 Prozent

der Landessuperintendent/ die Landessuperintendentin	17,50 Prozent
der Bischof/die Bischöfin	40,36 Prozent

dieses Betrages.

b) Im Gehaltsschema neu:

Senioren und Seniorinnen, Superintendenten und Superintendentinnen, geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent/die Landessuperintendentin, der Bischof/die Bischöfin erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers und geistlichen Amtsträgerin der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. in der Gehaltsstufe 5 gemäß Gehaltsschema „neu“ orientiert,

und zwar erhalten:

Senioren und Seniorinnen	6,11 Prozent
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen	19,48 Prozent
der Landessuperintendent/ die Landessuperintendentin	16,73 Prozent
der Bischof/die Bischöfin	38,96 Prozent

dieses Betrages.

(2) Ist ein Superintendent oder eine Superintendentin, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, ein geistlicher Oberkirchenrat oder eine geistliche Oberkirchenrätin, der Bischof oder die Bischöfin länger als vier Wochen verhindert, seine oder ihre Funktion auszuüben, ruht ab dem ersten Tag der fünften Woche sein oder ihr Anspruch auf Funktionszulage. Ab dem Beginn der fünften Woche der Verhinderung gebührt dem oder der Vertretenden für die Zeit der Vertretung die Funktionszulage des oder der Vertretenen.

(3) Die Pfarrer und Pfarrerinnen im Amt für Hörfunk und Fernsehen sowie im Presseamt der Evangelischen Kirche A. und H. B. erhalten für die Dauer der Ausübung dieses Amtes eine Funktionszulage in der Höhe der gemäß Abs 1 (a) bzw. Abs 1 (b) für Senioren oder Seniorinnen festgesetzten Zulage. Diese Regelung gilt nicht für Nach- oder Neubesetzungen der Stellen im Amt für Hörfunk und Fernsehen bzw. Presseamt.

(4) Die Verpflichtung zur Leistung der mit Abs 1, 2 und 3 festgelegten Zulagen erlischt mit Ablauf der Amtsdauer der Funktion des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin.

3. Auslagenersatz

§ 13

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen haben gegenüber dem Dienstgeber/der Dienstgeberin Anspruch auf Ersatz ihrer durch den Dienst hervorgerufenen Auslagen, soweit sie nicht von Dritten zu tragen oder zu übernehmen sind.

(2) Für Dienstverrichtungen nicht hauptamtlicher Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen im Bereich des Bundesheeres sind Reisekostensätze und Taggelder wie für Sitzungen synodaler Ausschüsse auszubezahlen.

(3) Der Wohnungsunterstützungszuschuss im Sinne des § 1 der Verordnung Wohnungsunterstützungszuschüsse und Wohnungsbeiträge (gemäß § 64 OdgA; ABl. Nr. 223/2008) beträgt € 350,— pro Monat. Für den Fall einer erforderlichen Selbstanmietung kann ein höherer Betrag zwischen dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin und der zur Auszahlung verpflichteten Stelle bis zu € 700,— vereinbart werden.

4. Wartestandsbezug

§ 14

(1) Dem geistlichen Amtsträger und der geistlichen Amtsträgerin im Wartestand gebührt für die auf die rechtskräftige Versetzung in den Wartestand folgenden drei Monate das volle Gehalt. Er oder sie verliert jedoch einen etwa bestehenden Anspruch auf eine Dienstwohnung.

(2) Bei Vorliegen besonders zu berücksichtigender Umstände kann der Oberkirchenrat A. B. oder H. B. die Frist gemäß Abs 1 bis zu einem Jahr verlängern.

(3) In den Fällen der Art 64 Abs 2, 91 Abs 3 und 93 Abs 6 der Kirchenverfassung ist auf Antrag des betreffenden geistlichen Amtsträgers oder der betreffenden geistlichen Amtsträgerin die Frist bis zu einem Jahr zu verlängern.

(4) Der Wartestandsbezug beträgt 80 Prozent des Grundgehaltes.

(5) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe werden, solange die Voraussetzungen dafür gegeben sind, im vollen Ausmaß ausbezahlt.

(6) Auslagenersätze gemäß § 13 werden mit dem Zeitpunkt der Versetzung in den Wartestand eingestellt.

(7) Ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin, der oder die gemäß § 69 Abs 3 Ordnung des geistlichen Amtes in den Wartestand versetzt worden ist, erhält keinen Wartestandsbezug.

5. Auszahlung der Bezüge

§ 15

Das Gehalt gemäß §§ 4, 5 und 6, sowie die Zulagen gemäß §§ 7 bis 12 und der Auslagenersatz gemäß § 13 sind monatlich im Nachhinein auszuzahlen. Bei geistlichen Amtsträgern oder Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Auszahlung der Bezüge zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, wird diese bei Austritt bzw. bei Beendigung des aktiven Dienstes in Abzug gebracht.

6. Bezugsänderungen

§ 16

(1) Bezugsänderungen werden mit dem Ersten desjenigen Monats wirksam, der der bezugsändernden Tatsache folgt. Allfällige Übergenüsse, welche durch eine verspätete Anzeige entstanden sind, hat die bezugsauszahlende Stelle im Abzugswege einzubringen.

(2) Soweit die Bezugsänderung der Auszahlungsstelle nachgewiesen wird, sind verspätete Anträge, Anzeigen u. ä. im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren zu berücksichtigen. Dabei wird auf jenen Monat abgestellt, in welchem die Voraussetzung für den Anspruch erfüllt wurde bzw. die bezugsändernde Tatsache (§ 9) vorlag. In gleicher Weise werden Übergenüsse im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren behandelt.

7. Fortzahlung des Entgelts bei Dienstverhinderung

§ 17

Bei angezeigtem oder nachgewiesenem Eintritt folgender Ereignisse besteht Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes:

bei eigener Eheschließung bzw. bei Verpartnerung nach EPG	3 Arbeitstage
bei Eheschließung bzw. Verpartnerung der Geschwister	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den die kirchliche oder standesamtliche Trauung fällt)
bei Eheschließung bzw. Verpartnerung eigener Kinder	1 Arbeitstag
bei Geburt eines eigenen Kindes	3 Arbeitstage
beim Tod des Ehegatten/der Ehegattin bzw. des/der eingetragenen Partners/ Partnerin nach EPG oder einer im gemeinsamen Haushalt lebenden Person	3 Arbeitstage
beim Tod der Eltern	2 Arbeitstage
beim Tod des eigenen Kindes, auch wenn das Kind mit dem Dienstnehmer oder der Dienstnehmerin nicht im gemeinsamen Haushalt gelebt hat,	3 Arbeitstage
beim Tod von Geschwistern, Schwieger- und Großeltern	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den das Begräbnis fällt)
bei Wechsel der Hauptwohnung (Mittelpunkt des Lebensinteresses), wenn ein eigener Haushalt geführt wird	2 Arbeitstage

Erfolgen diese Ereignisse außerhalb des Wohnortes des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin, so ist für die Hin- und Rückfahrt die erforderliche Freizeit — in der Regel bis zu einem Arbeitstag — zusätzlich zu gewähren.

8. Erlöschen und Ruhen des Gehaltsanspruches

§ 18

(1) Der Anspruch auf das Gehalt erlischt:

1. mit dem Tode;
2. mit dem Verlust des geistlichen Amtes;
3. mit Beendigung des Dienstverhältnisses.

(2) Der Anspruch auf das Gehalt ruht:

1. bei vereinbarter Karenz für die Dauer des Karenzurlaubes; Karenzzeiten bis zu zwei Jahren im Laufe der gesamten Dienstzeit sind für die Vorrückung anzurechnen.
2. solange der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin eine nicht genehmigte Berufstätigkeit ausübt.

9. Abfertigungsanspruch

§ 19

(1) Für Ansprüche geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen gelten § 23 und § 23 a Angestelltengesetz (AngG), jedoch mit Ausnahme des § 23 Abs 2.

(2) Für alle Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die ab und nach dem 1. Jänner 2003 erstmals in den kirchlichen Dienst getreten sind bzw. das Dienstverhältnis begonnen haben, gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz.

(3) Abfertigungen von Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sowie Leistungen aus der Mitarbeitervorsorge aus Dienstverhältnissen mit Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sind an den kirchlichen Dienstgeber oder an die kirchliche Dienstgeberin abzuführen. Ausgenommen hievon sind Dienstverhältnisse mit der Evangelischen Kirche in Österreich, die ab bzw. nach dem 1. Jänner 2003 abgeschlossen wurden, während das Dienstverhältnis mit der Schulbehörde schon vor dem 1. Jänner 2003 begonnen hat und fortdauert. In einem solchen Fall erhalten letztere jene Abfertigung abzüglich eines allfälligen Kostenersatzes, der als Beitrag angefallen wäre, wenn die beiden Dienstverhältnisse gleichzeitig begonnen hätten.

(4) Endet das Dienstverhältnis, weil der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin über eigenen Wunsch in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen wird oder wurde, gilt das Dienstverhältnis als über Wunsch des Dienstnehmers bzw. der Dienstnehmerin aufgelöst und es besteht kein Abfertigungsanspruch.

(5) Wird das Dienstverhältnis über den Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, ab dem ein Anspruch auf die Alterspension nach ASVG gegeben wäre, mindestens jedoch nach Vollendung des 65. Lebensjahres, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch pro Jahr um ein halbes Monatsgehalt. Wird das Dienstverhältnis für einen kürzeren Zeitraum als ein Jahr fortgesetzt, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch aliquot.

(6) Die Hälfte der Abfertigung wird binnen acht Tagen nach Beendigung des Dienstverhältnisses, die zweite Hälfte einschließlich allfälliger Sonderzahlungen in gleichen monatlichen Raten innerhalb des Abfertigungszeitraumes ausgezahlt. Während des Abfertigungszeitraumes ruht die kirchliche Zuschusspension (für Dienstnehmer oder Dienstnehmerinnen im System der Abfertigung „alt“). Der Abfertigungszeitraum ist die Anzahl der Monate, die sich aus § 23 Abs 1 AngG und § 19 Abs 5 dieses Kollektivver-

trages je nach Dauer des Dienstverhältnisses als Vielfaches der Entgelts ergeben.

10. Zusatzkrankenfürsorge

§ 20

(1) Die in einem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche in Österreich stehenden geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen sind für die Dauer des Dienstverhältnisses Mitglieder der kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge. Aus dieser Mitgliedschaft entsteht die Anspruchsberechtiung auf Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge auch für deren Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern (EPG), soferne diese nicht selbst Mitglieder der Zusatzkrankenfürsorge sind oder waren, sowie für deren unterhaltsberechtigten Kindern. Die Anspruchsberechtigung gemäß Zusatzkrankenfürsorge besteht auch im Ruhestand, solange ein Anspruch auf Pensionsleistung aus dem Kollektivvertrag besteht, sowie für Witwen oder Witwer, für Waisen sowie für Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften (EPG).

(2) Mit dem erstmaligen Antritt eines Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich vor Vollendung des 40. Lebensjahres besteht ein voller Anspruch auf die Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge entsprechend dem Leistungskatalog. Im Falle des Dienstantritts nach Vollendung des 40. Lebensjahres hat der Dienstnehmer/die Dienstnehmerin die Möglichkeit, zwischen einem Abschlag auf die Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge oder einer Ausgleichzahlung zu wählen.

a) Für jedes beim Dienstantritt über das 40. hinaus vollendete Lebensjahr werden 5,04% Abschlag wirksam. Die Ermittlung des summierten Abschlages in Prozent erfolgt auf Monatsbasis (0,42% pro Monat). Der Abschlag wirkt auf alle Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge, auch für die gemäß Abs 1 anspruchsberechtigten Personen, und zwar dauerhaft bis zum Verlust der Mitgliedschaft.

b) Bei Wahl der Ausgleichszahlung erfolgt die Ausgleichzahlung in Höhe von € 552,— für jedes beim Dienstantritt über das 40. hinaus vollendete Lebensjahres; es entsteht ein voller Anspruch auf Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge. Die Ausgleichszahlung wird auf Monatsbasis (€ 46,— pro Monat) berechnet.

c) Sowohl der Abschlag als auch die Höhe der Ausgleichszahlung werden alle drei Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst.

(3) Durch Beendigung des Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich, ausgenommen im Falle des Pensionsantrittes gemäß Abs 9, endet auch die Mitgliedschaft dieses Dienstnehmers oder dieser Dienstnehmerin in der Zusatzkrankenfürsorge. Mit der Wiederaufnahme eines Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich entsteht erneut eine Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. Geschieht dies nach Vollendung des 40. Lebensjahres werden — entsprechend Abs 2 — entweder Abschläge wirksam oder es werden Ausgleichzahlungen abhängig von der Dauer der Unterbrechung der Mitgliedschaft vorgesehen berechnet auf Basis der Unterbrechung, die nach dem vollendeten 40. Lebensjahr eingetreten ist.

(4) Wird die Gehaltszahlung an Mitglieder der Zusatzkrankenfürsorge im Fall von Karenzierungen oder Freistellungen auf die ein allgemeiner gesetzlicher Anspruch (z. B. Elternkarenz) oder ein kirchenrechtlicher Anspruch (z. B. Bildungskarenz) besteht, unterbrochen, bleibt der volle Leistungsanspruch aufrecht. Wird die Gehaltszahlung im Fall von frei vereinbarten Freistellungen bzw. unbezahltem Urlaub in einem Durchrechnungszeitraum von fünf Jahren mehr als sechs Monate unterbrochen, endet die Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. Mit Wiederaufnahme der entgeltlichen Tätigkeit entsteht erneut eine Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. In diesem Fall werden — entsprechend Abs 2 — entweder Abschläge wirksam oder es werden Ausgleichzahlungen vorgesehen, abhängig von der über die sechs Monate hinausgehenden Dauer der Unterbrechung der Mitgliedschaft im Durchrechnungszeitraum, berechnet auf Basis der Unterbrechung, die nach dem vollendeten 40. Lebensjahr eingetreten ist.

(5) Die Zusatzkrankenfürsorge erbringt die im Leistungskatalog aufgeführten Leistungen.

(6) Der Leistungskatalog wird vom VEPPÖ-Vorstand nach Rücksprache mit dem OKR A. und H. B. festgelegt und als Anhang zum Kollektivvertrag veröffentlicht.

(7) Ist für eine Leistung der zuständige Sozialversicherungsträger nach ASVG in Anspruch zu nehmen und leistungspflichtig, so ist vor Inanspruchnahme der Zusatzkrankenfürsorge die Leistung beim Sozialversicherungsträger zu beantragen und ihre Gewährung oder Nichtgewährung für Zwecke der Zusatzkrankenfürsorge nachzuweisen. Ohne dieses Vorgehen erbringt die Zusatzkrankenfürsorge keine Leistung.

(8) Die Entscheidung betreffend Zahlungen über die im Leistungskatalog der Zusatzkrankenfürsorge festgelegten Leistungen hinaus übertragen die Kollektivvertragspartner einer vierköpfigen Gemischten Kommission, die im Verhältnis 1 : 1 von jedem Kollektivvertragspartner zu besetzen ist.

(9) a) Geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen im Ruhestand haben ihre Zugehörigkeit zur Zusatzkrankenfürsorge zu erklären. Der Beitrag zur Zusatzkrankenfürsorge beträgt 2% des jährlichen Ruhegehalts, jedoch mindestens € 850,— im Jahr 2011. Der Betrag von € 850,— erhöht sich jährlich zum 1. Jänner um jeweils 2%, erstmals am 1. Jänner 2011. Bei einem Austritt ist ein erneuter Eintritt nicht mehr möglich.

b) Der Jahresbeitrag zur Zusatzkrankenfürsorge für Witwen oder Witwer bzw. Hinterbliebene nach EPG beträgt 2% des jährlichen Ruhegehalts, jedoch mindestens 60% des Betrages gemäß Z 1 im Jahr 2011.

Der Jahresbetrag beträgt in den Folgejahren

2012 mindestens 68% der Z 1
2013 mindestens 76% der Z 1

2014 mindestens 84% der Z 1
2015 mindestens 92% der Z 1
2016 sodann 100% der Z 1.

c) Der Jahresbeitrag gemäß Z 1 bzw. Z 2 darf nicht höher als 2% der Gehaltsstufe 8 des Gehaltsschemas „neu“ betragen.

d) Die Bezieher und Bezieherinnen einer Waisenpension sind in der Zusatzkrankenfürsorge beitragsfrei versichert.

(10) Für den Übergang auf das Jahr 2011 gilt:

a) Die Abs 2, 3 und 9 treten mit Verlautbarung dieses Kollektivvertrages 2011 in Kraft.

b) Der Stichtag zur Ermittlung der Dauer von Unterbrechungen der Mitgliedschaft entsprechend Abs 4 ist der Tag der Verlautbarung dieses Kollektivvertrages.

c) Mitgliedschaften von Personen, die derzeit in keinem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche in Österreich stehen, bleiben aufrecht.

Teil II

Pensionsregelungen

§ 21

Grundsatzbestimmung

(1) Die folgenden Bestimmungen des Abschnittes **A** des Teils II des Kollektivvertrages gelten für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die vor dem 1. Jänner 1998 in ein definitives Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind, ausgenommen jene Personen, die von den Regelungen des Abs 3 erfasst sind. Für alle Ansprüche geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen gilt hinsichtlich der kirchlichen Zuschusspension ausdrücklich der Vorbehalt, dass die Verpflichtung zur Leistung dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers/der kirchlichen Dienstgeberin derart verschlechtert hat, dass ihm oder ihr die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin gemäß Abschnitt **A** hat monatlich 1,5 Prozent an das Pensionsinstitut für Verkehr und öffentliche Einrichtungen, 1030 Wien, Untere Weißgerberstraße 37, zu leisten. Von der Kirche A. B. und der Kirche H. B. werden sechs Prozent des Gehalts an das Pensionsinstitut abgeführt. Die Leistungen der Kirche A. B. und der Kirche H. B. an das Pensionsinstitut werden auf das Ruhegehalt gemäß § 23 angerechnet. Die Satzung des Pensionsinstitutes gilt insofern als Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(3) Für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind oder für die das neue Gehaltsschema gilt, finden die Bestimmungen des Abschnittes **B** des Teils II dieses Kollektivvertrages Anwendung.

Abschnitt A

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 22

(1) Nach Vollendung einer für das Ruhegehalt anzurechnenden Dienstzeit von zehn Jahren hat ein geistlicher Amtsträger und eine geistliche Amtsträgerin im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch auf Ruhegehalt. Für das Ruhegehalt anzurechnende Dienstzeiten sind all jene Zeiträume, in denen der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin oder der Dienstgeber oder die Dienstgeberin Beiträge an die kirchliche Pensionsvorsorgekasse geleistet hat oder und ihm Überweisungsbeträge nach bundesrechtlichen Vorschriften oder von anderen Evangelischen Kirchen des Auslandes zugekommen sind.

(2) Vor Vollendung von zehn anrechenbaren Dienstjahren haben die geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen nur dann Anspruch auf Ruhegehalt, wenn sie wegen einer in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zugezogenen Krankheit dauernd dienstunfähig geworden sind und die Dienstunfähigkeit vom Sozialversicherungsträger festgestellt wurde. Das Ruhegehalt ist in diesem Falle so zu bemessen, als ob sie zehn anrechenbare Dienstjahre zurückgelegt hätten.

(3) Jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin kann bis zur Zuerkennung der Zuschusspension die Rückzahlung von bereits geleisteten Beträgen ohne Anrechnung von Zinsen verlangen.

(4) Wird ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin infolge eines in Ausübung seines oder ihres Dienstes erlittenen, mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden und ohne sein Verschulden eingetretenen Unfalles (Dienstunfall) dienstunfähig, so werden ihm bzw. ihr zu seiner oder ihrer anrechenbaren Dienstzeit zehn Jahre für die Bemessung des Ruhegehalts unter den nachstehenden Voraussetzungen zugerechnet:

1. Es muss durch eine vom Sozialversicherungsträger durchgeführte amtsärztliche Untersuchung nachgewiesen sein, dass die Dienstunfähigkeit ausschließlich auf den Dienstunfall zurückzuführen ist;
2. die Dienstunfähigkeit muss innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten sein;
3. der Anspruch auf die begünstigende Ruhegehaltsberechnung muss innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Dienstunfähigkeit beim Oberkirchenrat A. B. oder beim Oberkirchenrat H. B. geltend gemacht werden.

(5) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ihr Amt freiwillig niederlegen, um einen freien kirchlichen Dienst zu übernehmen, bleibt der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewahrt, wenn sie oder ihr Dienstgeber oder beide gemeinsam einen monatlichen Pensionsbeitrag von zehn Prozent des jeweiligen Bruttohöchstgehaltes eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin (Gehaltsschema „alt“) ohne Kinderzulage und Ausbildungsbeihilfe leisten, wobei die errechneten Beträge auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufzurunden sind. Der Anspruch erlischt mit

der Nichtzahlung des Pensionsbeitrages durch mindestens sechs Monate, wenn einer schriftlichen Mahnung des Oberkirchenrates A. B. bzw. des Oberkirchenrates H. B. durch eingeschriebenen Brief nicht innerhalb von 30 Tagen Folge geleistet wird und wenn der Oberkirchenrat A. B. bzw. der Oberkirchenrat H. B. das Erlöschen der Ansprüche festgestellt hat. Bei Erlöschen des Anspruches sind die bereits geleisteten Beiträge unverzinst zurückzuzahlen.

2. Die Höhe des Ruhegehalts

§ 23

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei zehn anrechenbaren Dienstjahren 52% der ruhegehaltsfähigen Geldbezüge und erhöht sich mit der Zurücklegung je eines weiteren Jahres um 1,5%, jedoch höchstens auf 80%.

(2) Grundlage für die Bemessung des Ruhegehalts ist die jeweils letzte Gehaltsstufe, die der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin erreichte. Die Bemessungsgrundlage ist ab dem Jahr 2002 mit einem Faktor von 1,01 zu vervielfachen.

(3) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, die während ihres Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche A. B. oder der Evangelischen Kirche H. B. teilzeitbeschäftigt waren, ist für die Berechnung der Höhe des Ruhegehaltes das Verhältnis der Gehaltssumme bei Vollbeschäftigung zur Gehaltssumme auf Grund der tatsächlichen Beschäftigungszeiten und der tatsächlichen Vorrückungen heranzuziehen. Dieser Berechnung ist die zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses geltende Gehaltstabelle zugrunde zu legen. Der auf Grund der Berechnung nach Abs 1 ermittelte Hundertsatz ist durch die Verhältniszahl der Gehaltssummen zu dividieren.

(4) Selbstständige oder unselbstständige Erwerbseinkünfte, Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter, die aus Zeiten resultieren, die auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit angerechnet wurden, sind auf das Ruhegehalt anzurechnen.

(5) Auf das Ruhegehalt sind weiters Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter anzurechnen, die der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin für jene Zeiten seiner bzw. ihrer Pensionsversicherung erhalten, bei denen dieser Pensionsversicherungsbeitrag auf den kirchlichen Pensionsvorsorgebeitrag des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin angerechnet wurde.

(6) Der Zuschuss errechnet sich aus der Differenz zwischen Ruhegehalt und den Leistungen Dritter gemäß Abs. 4 und 5.

(7) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 65. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin, so ist die Zuschussleistung nach Abs 6 mit dem Abschlagsfaktor bei Berufsunfähigkeit oder Frühpensionierung zu vermindern. Der Frühpensions- bzw. Berufsunfähigkeitsabschlagsfaktor beträgt 0,417% für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 65. Geburtstag liegt. Dieser Abschlagsfaktor darf maximal 25% betragen.

(8) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 60. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin, so ist der Abschlagsfaktor gemäß Abs 7 für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 60. Geburtstag liegt, um 0,417% zu kürzen. Diese Reduktion darf nicht geringer als Null Prozent sein.

(9) Die Bestimmungen der Abs 7 und 8 gelten nicht in den Fällen der § 22 Abs 4 und im Falle des Todes während des aktiven Dienstes.

(10) Das kirchliche Ruhegehalt wird grundsätzlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG angepasst. Die Anpassung des kirchlichen Ruhegehalts in einem Jahr erfolgt jedoch nur in dem Ausmaß, wonach die Summe aus kirchlicher Zuschusspension und Eigenpension nach dem ASVG in diesem Jahr nicht größer als das höchst mögliche aktuelle kirchliche Ruhegehalt gemäß § 23 Abs 1 Kollektivvertrag ist. Die Anpassung des kirchlichen Bezuges für Witwen, Witwer oder Hinterbliebene nach EPG in einem Jahr erfolgt jedoch nur in dem Ausmaß, mit dem die Summe aus dem kirchlichen und dem ASVG-Bezug — sofern dieser ASVG-Witwen-Witwerbezug auf Grund einer Eigenpension des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin gebührt — in diesem Jahr nicht größer als der höchst mögliche aktuelle Bezug für Hinterbliebene gemäß § 25 Kollektivvertrag ist.

Die Hinterbliebenenversorgung

Die Hinterbliebenenversorgung ergibt sich aus den nachfolgenden Bestimmungen für Witwen oder Witwer, für Waisen und für Hinterbliebene einer eingetragenen Partnerschaft.

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 24

(1) 1. Witwen oder Witwer geistlicher Amtsträger und geistlicher Amtsträgerinnen haben Anspruch auf einen Witwen- bzw. Witwerbezug, sofern die Ehe vor der Beendigung des Dienstverhältnisses geschlossen wurde, und zwar unter der Bedingung, dass die Ehe mindestens zwei Jahre vor dem Tode des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin geschlossen wurde, und falls die Eheschließung nach dem 50. Lebensjahr des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin erfolgte, der Altersunterschied zwischen den Ehegatten nicht mehr als 20 Jahre beträgt. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

2. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe wird der Witwen- bzw. Witwerbezug dann gewährt, wenn aus dieser Ehe ein Kind geboren wurde, das im Zeitpunkt des Todes des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin am Leben gewesen ist, oder aber die Witwe zur Zeit des Todes des Ehegatten schwanger war und das nachträglich lebend geborene Kind als ehelich zu gelten hat.

3. Witwen- bzw. Witwerversorgung gebührt auf Antrag auch dem Ehegatten oder der Ehegattin, dessen oder deren Ehe mit dem in der kirchlichen Pensionsvorsorge Versicherten für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist, wenn ihm oder ihr der geistliche Amtsträger

bzw. die geistliche Amtsträgerin bis zur Zeit seines oder ihres Todes Unterhalt oder einen Unterhaltsbeitrag auf Grund eines gerichtlichen Urteils, eines gerichtlichen Vergleiches oder einer bei Auflösung der Ehe eingegangenen schriftlichen Verpflichtung zu leisten hatte, letztere wenn sie hinsichtlich des Datums und der Fertigung gerichtlich oder notariell beglaubigt ist. Hat die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin nur einen befristeten Anspruch auf Unterhaltsleistung gehabt, so besteht der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung längstens bis zum Ablauf der Frist. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

4. Die Hinterbliebenenversorgung darf die Unterhaltsleistung nicht übersteigen, auf die die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger/die geistliche Amtsträgerin an seinem oder ihrem Sterbetag Anspruch gehabt hat.

5. Die Hinterbliebenenversorgung und die Versorgung des früheren Ehepartners oder der früheren Ehepartnerin dürfen zusammen jenen Betrag nicht übersteigen, auf den der verstorbene geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin Anspruch gehabt hat. Die Versorgung des früheren Ehepartners oder der früheren Ehepartnerin ist erforderlichenfalls entsprechend zu kürzen. Die Witwen- bzw. Witwerversorgung mehrerer früherer Ehepartner ist im gleichen Verhältnis zu kürzen.

6. Für die kirchliche Zuschusspension für Witwen und Witwer sind für die Abfertigung bei Wiederverehelichung oder das Wiederaufleben der Anwartschaft bei erneuter Witwen- oder Witwerschaft bzw. Scheidung die Bestimmungen des § 265 ASVG anzuwenden. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

(2) 1. Kinder eines verstorbenen geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin haben Anspruch auf einen Waisenbezug, wenn der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin am Sterbetag ein Ruhegehalt bezieht oder Anspruch auf Ruhegehalt hätte.

2. Der Waisenbezug gebührt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

3. Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, gebührt auf Antrag ein Waisenbezug,

a) wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder infolge einer schweren Krankheit dauernd außerstande sind, sich ihren Unterhalt selbst zu verschaffen;

b) wenn sie in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen oder sich einem ordentlichen Studium widmen, bis zur Beendigung der Ausbildung bzw. des Studiums, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres.

(3) Ein jährlicher Waisenbezug für minderjährige und unversorgte Waisen eines verwitweten Vikars oder einer verwitweten Vikarin, wenn sie keinerlei sonstiges Einkommen beziehen, das ihre Versorgung und Erziehung gewährleistet, kann vom Oberkirchenrat A. B. oder vom Oberkirchenrat H. B. nach freiem Ermessen festgesetzt werden.

2. Die Höhe

§ 25

(1) Der Hinterbliebenenbezug beträgt 60% der Zuschussleistung gemäß § 23 Abs 6.

(2) Zur Vermeidung von Härtefällen kann der Evangelische Oberkirchenrat A. B. bzw. der Evangelische Oberkirchenrat H. B. den Witwen-, Witwer- und Waisenbezug von einer höheren Gehaltsstufe aus festsetzen und berechnen oder eine außerordentliche Einmalzahlung gewähren. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

(3) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfen werden, solange die Voraussetzungen für ihre Gewährung gegeben sind, in vollem Ausmaß ausgezahlt. Sollte eine Witwe bzw. ein Witwer die nötigen Aufwendungen für die Erziehung der aus der Ehe mit dem verstorbenen geistlichen Amtsträger/der geistlichen Amtsträgerin stammenden Kinder nicht bestreiten können, so hat der Oberkirchenrat A. B. oder der Oberkirchenrat H. B. im Einvernehmen mit dem Synodalausschuss A. B. oder dem Synodalausschuss H. B. für die Dauer der besonderen Bedürftigkeit eine weitere Zuwendung bis zur Höhe eines Waisenbezuges zu gewähren.

(4) Der Waisenbezug beträgt für Vollwaisen 40%, für Halbwaisen 25% des Ruhegehaltes, auf den der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin im Zeitpunkt des Ablebens Anspruch hatte oder gehabt hätte.

(5) Die Gesamtsumme der Hinterbliebenenbezüge darf nicht höher sein als der Ruhebezug des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin. Innerhalb dieses Höchstausmaßes sind die Anteile der einzelnen Anspruchsberechtigten verhältnismäßig festzusetzen.

(6) Insoweit Pensions- oder Ruhebezüge von Dritten auf ein Ruhegehalt des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin anrechenbar waren oder gewesen wären, trifft dies auch für Hinterbliebenenbezüge zu.

§ 26

(1) Hinsichtlich der Zuschusspension wird gemäß §§ 8 und 9 Betriebspensionsgesetz der Vorbehalt vereinbart, dass die Verpflichtung zur Leistung der Zuschusspension durch die Kirche als ehemaliger Dienstgeberin dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage derart verschlechtert hat, dass die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Die kirchliche Zuschusspension ist der Differenzbetrag zwischen der ASVG-Pension, der Deutschen Rente und den Zahlungen (Ruhegenuss) des Pensionsinstitutes und dem nach § 23 vorliegenden Steigerungsprozentsatz bis auf höchstens 80% der Bemessungsgrundlage.

(3) Wurden Pensionszeiten individuell nachgekauft und ergibt sich dadurch ein höherer ASVG-Pensionsanspruch, so ist bei der Berechnung der kirchlichen Zuschusspension von jener ASVG-Pension auszugehen, die ohne Berücksichtigung der nachgekauften Versicherungszeiten ausbezahlt worden wäre. Bei der Berechnung des Differenzbetrages gemäß § 26 Abs 2 Kollektivvertrag dürfen daher die

sich durch den Nachkauf ergebenden höheren Pensionszahlungen nicht berücksichtigt werden.

§ 27

Verstirbt der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin im Ruhestand unter Hinterlassung einer Witwe/eines Witwers, eines/einer eingetragenen Partners/Partnerin oder nach dem Sozialversicherungsrecht anspruchsberechtigter Kinder, die noch einen Unterhaltsanspruch gegen den Verstorbenen/die Verstorbene haben, ist für die Dauer von drei Monaten nach dem Tode des/der Betreffenden noch die volle Pension weiterzuzahlen; der jeweilige Hinterbliebenenbezug setzt erst mit dem vierten auf das Ableben folgenden Monat ein.

3. Fälligkeiten und Auszahlung der Pensionen

§ 28

(1) Die gesetzlichen Vorgaben des ASVG sind, die Auszahlung betreffend, auch bei der Auszahlung der kirchlichen Zuschusspension anzuwenden. Insbesondere die einschlägigen §§ 105 (Pensions[Renten]sonderzahlungen) und 563 Abs 3 und 4 (Vorschussleistungen). Das analoge Vorgehen schließt verschiedene Fälligkeiten und daraus resultierende rechtliche Differenzen aus.

(2) Die Pension setzt sich aus der Pension nach den bundesgesetzlichen Regelungen, nach anderen gleichartigen internationalen Bestimmungen, insbesondere der EG-Verordnung 1408/1971, sowie aus den Zahlungen des Pensionsinstitutes und der kirchlichen Zuschusspension zusammen.

(3) Die Pension ist monatlich im Nachhinein fällig. Im April und September ist je eine Sonderzahlung fällig. Die Höhe der Sonderzahlung gebührt in der Höhe der für den Monat April bzw. September ausgezahlten laufenden Pension. Das Aliquotierungsprinzip entfällt. Jeder, der für April eine Pension erhält, erhält auch die April-Sonderzahlung, jeder, der für September eine Pension erhält, erhält auch die September-Sonderzahlung. Die Sonderzahlungen sind zum 1. Mai und zum 1. Oktober auszuzahlen.

(4) Bei Pensionisten und Pensionistinnen der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Zahlungen zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, gilt diese Nettovorschusszahlung als für den Sterbemonat erbrachte Leistung. Sie wird im Sterbemonat versteuert.

(5) Bezieher oder Bezieherinnen einer Hinterbliebenenpension als Rechtsnachfolger/n eines Pensionisten oder einer Pensionistin, dessen oder deren Anspruch vor dem 1. Jänner 1997 anfiel, erhalten eine Vorschusszahlung in der Höhe der erstmalig zur Auszahlung gelangenden Hinterbliebenenpension, spätestens am Ersten des Kalendermonats, der dem Tod des Pensionsempfängers bzw. der Pensionsempfängerin folgt. Der § 23 ist für die Vorauszahlung außer acht zu lassen. Basis für die Vorschusszahlung ist die Hinterbliebenenpension, auf die nach diesem Zeitraum Anspruch besteht. Zu Vorschusszahlungen, die spätestens am 1. Mai oder 1. Oktober fällig sind, gebührt eine Sonderzahlung. Die Versteuerung erfolgt gemeinsam mit der ersten Pensionszahlung, entweder als laufende Leistung oder als Sonderzahlung mit festen Sätzen.

(6) Bei Pensionsfällen, die nach dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, gilt das Aliquotierungsprinzip, d. h., dass der auf den Tod folgende Tag der Beginn der Pensionsleistung für den Rechtsnachfolger bzw. für die Rechtsnachfolgerin ist. Hier sind keine Vorschusszahlungen zu leisten. Bei den Sonderzahlungen gilt der für den Monat April und September anfallende laufende Bezug als Basis und ist in gleicher Höhe als Sonderzahlung auszuzahlen.

§ 29

(1) Die von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und/oder der Bundesversicherungsanstalt Berlin oder anderen Sozialversicherungsträgern an geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen im Ruhestand ab 1. August 1996 erbrachten oder zu erbringenden Leistungen sind auf die nach früheren kirchlichen Rechtsvorschriften zu erbringenden Leistungen anzurechnen, d. h. die kirchlichen Pensionen verringern sich betragsmäßig um jenen Betrag, den die Leistungen von Pensionsversicherungsanstalten (Sozialversicherungsträger) des Inlandes, des Auslandes und/oder ausländischer Kirchen erbringen.

(2) Erhält ein geistlicher Amtsträger bzw. eine geistliche Amtsträgerin schon vor dem 31. Juli 1996 neben den kirchlichen Pensionsbeiträgen oder geleisteter Sozialversicherungsbeiträge schon bisher eine Pension eines Sozialversicherungsträgers, ist ihm oder ihr bzw. seinen oder ihren Hinterbliebenen der durch die Neuregelung eintretende wirtschaftliche Ausfall zu ersetzen.

(3) Soweit Funktionsentschädigungen bisher als Zulagen pensionsfähig waren oder solche Zulagen bereits jetzt mit Berechnungsgrundlage der Pension wären, entfällt die Ruhegenussfähigkeit nur in dem Umfang, als aktive Dienstzeiten des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin nach dem 1. August 1996 zurückgelegt wurden (Aliquotierungsprinzip).

(4) Die aus der Gehaltsumstellung auf Zahlung im Nachhinein resultierenden Veränderungen gelten hinsichtlich der aktuellen Dienst- und Pensionsverhältnisse mit der Maßgabe, dass die jeweils gegen Monatsende erfolgenden Gehalts-/Pensions-/Bezugsanweisungen als für den Monat der Anweisung erbracht gelten.

Abschnitt B

§ 30

(1) Die Kollektivvertragspartner vereinbaren, dass die Zuschussleistungen zur ASVG-Pension für alle nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommenen oder übernommenen oder in das neue Gehaltsschema umgestiegenen geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, weiters für Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen durch Beitritt der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B. zum Pensionsinstitut für Verkehr und öffentliche Einrichtungen, 1030 Wien, Untere Weißgerberstraße

37, im Folgenden kurz Pensionsinstitut, entsprechend der ab und nach dem 1. Jänner 2000 jeweils geltenden Satzung dieses Instituts von diesem erbracht werden. Diese Satzung des Pensionsinstituts gilt insofern als Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(2) Die Evangelische Kirche A. B. und die Evangelische Kirche H. B. verpflichten sich, zur Deckung der Leistungen des Pensionsinstituts sechs Prozent des Gehalts des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin, des Lehrvikars bzw. Lehrvikarin, des Pfarramtskandidaten bzw. der Pfarramtskandidatin ab dem 1. Jänner 2000 monatlich an das Pensionsinstitut zu leisten.

(3) Jeder geistliche Amtsträger bzw. jede geistliche Amtsträgerin, Lehrvikar und Lehrvikarin, Pfarramtskandidat und Pfarramtskandidatin, der/die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B. bzw. zur Evangelischen Kirche H. B. aufgenommen oder übernommen worden ist, hat monatlich 1,5% des Gehaltes an das Pensionsinstitut zu leisten.

(4) Für den Gehaltsbestandteil Funktionszulage beträgt der Dienstnehmeranteil 6%. Jeder Dienstnehmer oder jede Dienstnehmerin kann bei Eintritt der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. in das Pensionsinstitut sich zur Leistung eines höheren Beitrages gemäß der Satzung des Pensionsinstituts verpflichten.

(5) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines geistlichen Amtsträgers bzw. einer geistlichen Amtsträgerin, eines Lehrvikars oder einer Lehrvikarin, eines Pfarramtskandidaten oder einer Pfarramtskandidatin aus dem Dienst der Evangelischen Kirche in Österreich gelten für die Leistungsansprüche die betreffenden Bestimmungen der Satzung des Pensionsinstituts.

Teil III

Evangelischer
Versorgungs- und Unterstützungsverein
(EVU)

§ 31

Die Evangelische Kirche A. B. wird entsprechend dem Zahlungsplan in Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2000, die Kirche H. B. gemäß Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2002 die dort ausgewiesenen Beiträge an den Evangelischen Versorgungs- und Unterstützungsverein leisten.

Anlage 1

LEISTUNGSKATALOG DER KIRCHLICHEN ZUSATZKRANKENFÜRSORGE

Die kirchliche Zusatzkrankenfürsorge erbringt nachstehende Leistungen, wenn die Belege bei sonstigem Verfall des Anspruches bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eingereicht werden und die Leistungsansprüche gegenüber den Sozialversicherungsträgern vorher geltend gemacht und von den eingereichten Belegen in Abzug gebracht wurden:

Selbstbehalt der Spitalskostenzusatzkrankenversicherung – Generali

Wer vor dem 1. Jänner 2009 der Gruppen-Zusatzversicherung freiwillig beigetreten ist, für den gilt:

Im Spitalsaufenthaltsfall werden für Pensionisten und Pensionistinnen und deren anspruchsberechtigte Angehörige 90%, für Aktive und deren anspruchsberechtigte Angehörige 70% des Selbstbehalts der Spitalskostenzusatzkrankenversicherung ersetzt, jedoch höchstens € 1.450,— je Spitalsaufenthalt.

Selbstbehalt bei Krankenhausaufenthalt

Die vom Spital rückverrechnete Haushaltsersparnis, Angehörigenprozente der allgemeinen Klasse, werden zu 80% ersetzt.

Brillen

- Augengläser, Gläserfassungen und Haftschalen mit ärztlicher Verordnung werden zu 80%, jedoch zusammen höchstens mit € 550,— alle 2 Jahre pro Person ersetzt.
- Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen an Augengläsern, Gläserfassungen und Haftschalen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens mit € 250,— pro Person und Jahr.

Zahnarztkosten

Prothesen-Neuherstellungen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

• Totale Prothese	€ 300,—
• Kunststoffplatte	€ 80,—
• Metallgerüst	€ 450,—
• Krone	€ 450,—
• Vollmetall-Klammerzahnkrone	€ 180,—
• Zahn, Kl., Sauger bei Kat. Pl.	€ 5,—
• Zahn bei MG-Prothese	€ 10,—

Zahnärztliche Zahnimplantate

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.400,—
max. 4 Implantate pro Person während der gesamten Versicherungszeit.

Kieferorthopädische Behandlungen

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.200,—
wenn von der GKK befürwortet und anteilig bezahlt.
Zahnspangen werden einmal pro Person zu 80%, höchstens aber mit € 1.200,— für die gesamte kieferorthopädische Behandlung ersetzt. Darunter ist die Anschaffung und die weitergehende Behandlung, also die Verstellung der Zahnspangen zu verstehen.

Zahnersatz-Reparaturen

Reparaturen an Kunststoffprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

a) Sprung, Bruch, Wiederbefestigung	€ 15,—
b) Zahn oder Klammer neu	€ 20,—

c) 2 Leistungen a, b od. a + b € 30,—
d) mehr als 2 Leistungen € 40,—
e) totale Unterfütterung, direkt/ totale Unterfütterung, indirekt € 40,—

Reparaturen an Metallgerüstprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

x) Anlöten v. Retention, Klammer, Aufr. € 40,—
y) 2 Leistungen x, y; Bügelreparatur € 50,—
z) mehr als 2 Leistungen € 55,—

Reparaturen an kieferorthopädischen Apparaten
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

1. Sprung, Bruch, Drahtelementersatz € 18,—
2. Unterfütterung oder Erweiterung € 20,—
3. Labialbogenreparatur, Dehnschraubenersatz € 30,—

Zahnärztliche Mundhygiene

80% des Selbstbehaltes, jedoch höchstens € 60,— pro Jahr und Person.

Kurkostenbeitrag

- Für vom Sozialversicherungsträger bewilligte Kuren werden maximal 80% des Selbstbehaltes der Aufenthaltskosten am Kurort, jedoch pro Kur höchstens € 650,— vergütet.

Rezeptgebühr

Rezeptgebühren werden nur mehr zu 80% ersetzt, wenn eine Rechnung, die den Namen der Person, auf die das Rezept ausgestellt wurde, samt der Anzahl der verordneten Rezepte und deren bezahlten Betrag bei der Verrechnungsstelle vorgelegt werden.

- Die durch Gesetz festgelegte Höhe der Rezeptgebühr zu 80%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 400,— beträgt.
- ärztlich verschriebene Medikamente, die weniger als die durch Gesetz festgelegte Rezeptgebühr kosten, zu 80%;
- ärztlich verschriebene Medikamente und ärztlich verschriebene homöopathische Präparate, die von der GKK nicht bewilligt werden, zu 50%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 300,— beträgt.
- Teststreifen für Diabetiker zu 80% pro Person und Jahr, maximal € 180,—.

Begräbniskostenbeitrag

- Der Begräbniskostenbeitrag beträgt beim Tode eines Mitglieds, eines seiner Familienangehörigen bzw. einer in seinem Haushalt lebenden Person höchstens € 1.500,—.
- Der Begräbniskostenbeitrag wird ausbezahlt:
  a) beim Tode eines verheirateten Mitgliedes bzw. eines eingetragenen Partners gemäß EPG an dessen hinterbliebenen Ehegatten bzw. Partner,
  b) beim Tode eines Witwers oder einer Witwe oder eines Waisengeldbeziehers an die Familienangehörigen, welche nachweislich für die Kosten der Bestattung aufgekommen sind,
  c) beim Tode eines Familienangehörigen eines Mitgliedes bzw. einer in seinem Haushalt lebenden Person an das Mitglied.
- Hinterlässt ein Mitglied keine Familienangehörigen oder keine in seinem Haushalt lebende Personen, erhalten diejenigen, welche die Begräbniskosten nachweislich bezahlt haben, den Begräbniskostenbeitrag ausbezahlt.

Psychotherapeutische Behandlung

- Bei ärztlich verordneter Psychotherapie (therapeutische Diagnosen und Behandlungen), welche von TherapeutInnen durchgeführt wird, die nach dem österreichischen Psychotherapiegesetz zur selbstständigen Ausübung der Psychotherapie berechtigt sind, werden 80% des Selbstbehaltes, jedoch maximal € 35,— je Therapieeinheit ersetzt. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 800,—.

Hinweis: Die Liste der anerkannten Therapeuten und Therapeutinnen ist auf www.psyonline.at zugänglich.

Physiotherapien

- Bei ärztlich verordneter Physiotherapie, physikalischer Therapie o. ä. werden 80% der Kosten, jedoch maximal € 30,— je Therapieeinheit vergütet. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 750,—.

Impfungen

- Impfstoff und Impfungen für FSME, Tetanus, Grippe, Hepatitis A und B, Polio und HPV sowie die für diese Impfungen unmittelbar notwendigen Vor- und Nachuntersuchungen (z. B. Laborkosten, Titerbestimmungen) werden zu 80% ersetzt.

Hörbehelfe

- Ärztlich verordnete Hörbehelfe werden zu 80% ersetzt, maximal € 1.500,— pro Person, alle drei Jahre.
- Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens € 750,— pro Person und Jahr.

Heilbehelfe

- Ärztlich verordnete Heilbehelfe werden zu 80%, max. € 200,— pro Person und Jahr vergütet.
- Ärztlich verordnete Heilgymnastik wird zu 80%, max. € 30,— pro Einheit vergütet, aber max. € 300,— pro Person und Jahr.

Facharztkosten

- Fachärztliche Untersuchungen bei Gynäkologen und Urologen werden, auch wenn sie von Wahlärzten

vorgenommen werden, zu 50%, höchstens aber mit € 70,— pro Ordinationsbesuch refundiert.

Außerordentliche Kosten

- In besonders begründeten Fällen kann ein Ansuchen auf Erbringung zusätzlicher Leistungen an die Gemischte Kommission gestellt werden. Eine Berufung gegen die Entscheidung dieses Gremiums ist nicht möglich.

Inkrafttreten

Diese Änderungen treten mit 1. Jänner 2011 in Kraft.

Wien, am 1. Juli 2011

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat A. B.

Bischof	Landeskuratorin
Dr. Michael Bünker	Dipl.-Päd. Gerhild Herrgesell
Vorsitzender	Vorsitzenderstellvertreterin

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat A. u. H. B.

Bischof	Landessuperintendent
Dr. Michael Bünker	Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Vorsitzender	Vorsitzenderstellvertreter

Evangelische Kirche H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat H. B.

Pfarrer

Mag. Thomas Hennefeld	Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Landessuperintendent	Wirtschaftlicher Oberkirchenrat

Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Österreich

Pfarrer	Pfarrer
Dr. Stefan Schumann	Mag. Harald Kluge
Obmann	Vorstandsmitglied

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

204. Zl. KB 06; 2116/2011 vom 6. September 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Juli 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	1,486.039,05	1,183.938,17
Kärnten	1,956.228,49	1,680.419,25
Niederösterreich	1,804.620,40	1,673.743,69
Oberösterreich	2,672.716,75	2,362.225,79
Salzburg-Tirol	1,749.963,37	1,525.975,51
Steiermark	2,118.704,84	2,052.771,54
Wien	2,447.785,74	2,328.128,40
	14,236.058,64	**12,807.202,35**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 11,16% (12,807.202,35)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 12,71% (12,631.188,82)

205. Zl. P 2101; 2088/2011 vom 30. August 2011

Bestellung von Mag. Daniela Kern zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach

Mag. Daniela Kern wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Trofaiach bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

206. Zl. P 2139; 2131/2011 vom 6. September 2011

Bestellung von Mag. Dietmar Weikl zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen

Mag. Dietmar Weikl wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 2 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Traiskirchen gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

207. Zl. P 2262; 2176/2011 vom 7. September 2011

Bestellung von Dipl. päd. Karlheinz Böhmer zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach

Dipl. päd. Karlheinz Böhmer wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 2 OdgA zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

208. Zl. P 1908; 2195/2011 vom 8. September 2011

Bestellung von Mag. Michael Lattinger zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen

Mag. Michael Lattinger wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Neunkirchen gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

209. Zl. P 1370; 2281/2011 vom 19. September 2011

Bestellung von Mag. Arno Preis zum Pfarrer auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle im Allgemeinen Krankenhaus Wien sowie auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle für die Krankenanstalt Rudolfstiftung

Mag. Arno Preis wurde gemäß § 32 Abs. 1 OdgA zum Pfarrer auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle im Allgemeinen Krankenhaus Wien sowie auf die 50-%-Krankenhauspfarrstelle für die Krankenanstalt Rudolfstiftung bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

210. Zl. P 2140; 2304/2011 vom 21. September 2011

Bestellung von Mag. Fleur Kant zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg

Mag. Fleur Kant wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Voitsberg bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

211. Zl. P 1605; 2313/2011 vom 22. September 2011

Bestellung von Mag. Roland Werneck zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 75-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels

Mag. Roland Werneck wurde gemäß § 31 Abs. 1 und 2 OdgA zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene 75-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wels zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2012 in diesem Amt bestätigt.

212. Zl. GD 366; 2080/2011 vom 5. September 2011

E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gols

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gols ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse

E-Mail: gols.evang@bnet.at

zu erreichen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 28. Oktober 2011 | 10. Stück

213. Thema: Nebenbeschäftigung
214. Kollektenaufruf für den 2. Sonntag im Advent — Wilhelm-Dantine-Haus
215. Ordination von MMag. Patrick Todjeras
216. Ordination von MMag. Mariusz Bryl
217. Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B.
218. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis August 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
219. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Perchtoldsdorf
220. Bestellung von Mag. Monika Solymár zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Ungarischen Gemeinde A. B. in Österreich
221. Bestellung von Mag. Klaus Niederwimmer zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau
222. Bestellung von Mag. Dietmar Orendi zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau
223. Bestellung von Dipl. theol. Alexandra Klatt auf die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz
224. Bestellung von Mag. Carsten Merker-Bojarra zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Tatzmannsdorf und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Unterschützen
225. Predigttexte Kirchenjahr 2011/2012
226. Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.
227. Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen der Evangelischen Kirche H. B.

Kirchliche Mitteilungen

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

213. Zl. P 0001; 2569/2011 vom 18. Oktober 2011

Thema: Nebenbeschäftigung

Aus aktuellem Anlass wird in Erinnerung gerufen:

Betrifft: Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen

Die Übernahme jeder nichtkirchlichen, nebenberuflichen Tätigkeit, gleichviel ob sie ehrenamtlich oder gegen Entlohnung oder Gewinnbeteiligung erfolgt, ist an die Zustimmung des zuständigen Superintendenten bzw. des Landessuperintendenten gebunden. Superintendenten bedürfen zur Übernahme einer solchen Tätigkeit der Zustimmung des Oberkirchenrates A. B., Mitglieder des Oberkirchenrates A. B. bzw. des Oberkirchenrates H. B. der Zustimmung des Synodalausschusses A. B. bzw. H. B. Die Zustimmung kann, wenn es notwendig erscheint, mit Bescheid jederzeit widerrufen werden. Falls die Führung eines kirchlichen Nebenamtes zur Vernachlässigung der Amtspflichten führt, muss z. B. das Nebenamt auf Anordnung der übergeordneten kirchlichen Stelle niedergelegt werden.

Betrifft: Weltliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Nebenbeschäftigungen, die nicht dienstlich erfolgen, sind insofern gestattet, als sie die dienstlichen Verpflichtungen und Interessen nicht beeinträchtigen und nicht zum Arbeitszeit- bzw. Arbeitsruhegesetz im Widerspruch stehen.

Die beabsichtigte Aufnahme einer Nebenbeschäftigung ist dem Dienstgeber schriftlich mitzuteilen; ihm steht das Recht zu, die Nebenbeschäftigung innerhalb von vierzehn Tagen nach Anhörung der Mitarbeitervertretung zu untersagen, wenn sie die Interessen des Dienstes beeinträchtigt.

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

214. Zl. KOL 16; 2568/2011 vom 17. Oktober 2011

Kollektenaufruf für den 2. Sonntag im Advent — Wilhelm-Dantine-Haus

Die erste Kollekte des neuen Kirchenjahres erbitten wir auch dieses Jahr wieder für das Evangelische Studenten- und Studentinnenheim „Wilhelm-Dantine-Haus“ in Wien.

Es ist ein wichtiger Beitrag und eine notwendige Hilfestellung für die Ausbildung Ihrer zukünftigen Pfarrerinnen und Pfarrer, Gemeindepädagoginnen und Gemeindepädagogen, sowie für Studierende aller Fachrichtungen aus Ihren Gemeinden und setzt ein bedeutendes evangelisches Lebenszeichen im großstädtisch-studentischen Umfeld.

Mit Ihrer Hilfe gelingt es immer wieder, die Zimmer selbst und vor allem die technischen Ausstattungen auf einen aktuellen Stand zu halten. Herzlichen Dank für Ihre jahrelange Unterstützung!

Derzeit stehen wie immer bei einem alten Haus, kleine und große Reparaturen an. Daneben benötigen die Küchen neue technische Geräte und die Bibliothek ist weiter aktuell zu halten.

So bitten wir Sie auch in diesem Jahr um die Kollekte Ihrer Gemeinde, um notwendige Arbeiten erledigen und so dieses Haus weiter in seiner einzigartigen Atmosphäre erhalten zu können.

In den Ferien steht unser Haus — nach Maßgabe freier Zimmer natürlich — nach wie vor allen Menschen, also auch Ihnen, als Unterkunft zur Verfügung. So könnten Sie sich bei einem Aufenthalt in Wien persönlich davon überzeugen, wohin Ihre Kollekten fließen.

215. Zl. P 2186; 2368/2011 vom 3. Oktober 2011

Ordination von MMag. Patrick Todjeras

MMag. Patrick Todjeras wurde am 25. September 2011 in der Evangelischen Friedenskirche Marchtrenk durch Bischof Dr. Michael Bünker unter Assistenz von Pfarrer Mag. Friedrich Neubacher, Pfarrer Mag. Jakob Kruse und Rektor Pfarrer Dr. Gerhard Harkam ordiniert.

216. Zl. P 2312; 2404/2011 vom 4. Oktober 2011

Ordination von MMag. Mariusz Bryl

MMag. Mariusz Bryl wurde am 19. Juni 2011 in der Evangelischen Kirche in Weißbriach durch Superintendent Mag. Manfred Sauer unter Assistenz von Pfarrer Mag. Lutz Lehmann und Pfarrer Mag. Martin Eickhoff ordiniert.

217. Zl. G 05; 2446/2011 vom 6. Oktober 2011

Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B.

Organisation/Einrichtung		Delegiert/Beauftragt
Albert-Schweitzer-Haus Betriebsgesellschaft		Erwin Schranz
Amt für Evangelische Kirchenmusik		Matthias Krampe Lydia Burchhardt
	Prüfungsvorsitz	Michael Bünker
Medienkommission		Thomas Hennefeld Michael Bünker
Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Bildungswerke (AEBW)		Karl Schiefermair
Arbeitsgemeinschaft für Ökumenisches Liedgut (AÖL)		Werner Horn
Brot für die Welt		Karl Schiefermair
	Kooperationsrat	Klaus Heußler
Polizeiseelsorge **Gesamtleitung**		Julian Sartorius
Landesleiter	Burgenland	Otto Mesmer
	Kärnten/Osttirol	Michael Matiasek
	Niederösterreich	Jörg Klaus Lusche
	Oberösterreich	Johannes Dopplinger
	Salzburg	Adam Faugel
	Tirol	N. N.
	Steiermark	Erich Klein
	Wien	Stefan Kunrath
	Vorarlberg	N. N.

Organisation/Einrichtung	Delegiert/Beauftragt
Gefangenenseelsorge	Matthias Geist
Johanniterorden	Paul Weiland
Männerarbeit	Karl Schiefermair
Bundeskanzleramt	
KommAustria — Publizistikförderungsbeirat	Thomas Dasek Paul Wuthe (Stv.)
Kunstbeirat	Matthias Krampe Stefan Schumann (Stv.)
Volksgruppenbeirat	Otto Mesmer Balázs Németh
Gesellschaftlicher Beirat — Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau	Dr. Udo Jesionek
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	
Schulbuchaktion	Marco Uschmann
Diakonie Österreich	Karl Schiefermair
EU Europäische Union	Raoul Kneucker
Evangelische Akademie Wien	Karl Schiefermair
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit (EAEZ)	Karl Schiefermair
Evangelische Frauenarbeit (EFA)	Hannelore Reiner
Evangelische Jugend (ejö)	Klaus Köglberger
Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)	
Arbeitskreis für Konfessionskunde in Europa	Michael Bünker Paul Weiland
ARGE Missionarische Dienste	Fritz Neubacher Klaus Heine
Urlaubsseelsorge	Michael Bünker
Catholica Konferenz	Michael Bünker
Bildungs-, Erziehungs-, Schulreferentenkonferenz (BESRK)	Karl Schiefermair
Evangelischer Missionsrat (EMR)	Karl Schiefermair
Kirchlich Pädagogische Hochschule	Michael Bünker Raoul Kneucker
Evangelisches Referat für Sekten- und Weltanschauungsfragen (ERSW)	
Koordination	Edith Schiemel
Burgenland	Evelyn Bürbaumer
Kärnten/Osttirol	N. N.
Niederösterreich	Siegfried Kolck-Thudt
Oberösterreich	Wilhelm Todter
Salzburg-Tirol	N. N.
Steiermark	Andreas Gripentrog, Gerhild Herrgesell
Wien	Edith Schiemel
Vorarlberg	N. N.
Evangelisch-theologische Fakultät	
Gespräche OKR — Fakultät	Michael Bünker
Diplomprüfungen	Hannelore Reiner
Österreichischer Familienbund	Heike Wolf
Plattform evangelischer Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen	Karl Schiefermair
UNESCO	Gerhild Herrgesell

Ex-offo Ämter

Organisation/Einrichtung	Delegiert/Beauftragt
Gustav-Adolf-Verein	
Vorstand	Michael Bünker

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

218. Zl. KB 06; 2350/2011 vom 29. September 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis August 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	1,716.065,91	1,496.855,48
Kärnten	2,209.045,28	1,937.355,33
Niederösterreich . .	1,929.166,35	1,837.037,87
Oberösterreich . . .	2,861.436,07	2,649.384,70
Salzburg-Tirol . . .	1,855.953,51	1,627.727,78
Steiermark	2,249.097,89	2,213.855,58
Wien	2,981.305,71	2,845.905,96
	15,802.070,72	**14,608.122,70**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 8,17% (14,608.122,70)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 10,14% (14,347.611,27)

219. Zl. GD 359; 2318/2011 vom 22. September 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Perchtoldsdorf

Wegen Übertritts in den Ruhestand des derzeitigen Amtsinhabers wird die Pfarrstelle — mit Dienstantritt **1. September 2012 —** ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde A. B. Perchtoldsdorf umfasst die politischen Gemeinden Perchtoldsdorf, Breitenfurt, Laab im Walde und Kaltenleutgeben mit insgesamt 1435 Seelen.

Wir erwarten:

- Feier von Gottesdiensten (jeden Sonntag in Perchtoldsdorf, einmal im Monat in Breitenfurt, fallweise im Landespensionistenheim Perchtoldsdorf), sowie die Durchführung von Bibelstunden;
- seelsorgerliche Betreuung der Gemeindeglieder, insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner des Landespensionistenheims Perchtoldsdorf (Beatrixheim), des Caritasheims St. Bernadette in Breitenfurt und wöchentlicher Besuch der Patientinnen und Patienten aus unserer Gemeinde im Landeskrankenhaus Mödling;
- Durchführung des Religionsunterrichts im Ausmaß von mindestens acht Wochenstunden am BG+BRG Perchtoldsdorf sowie Zusammenarbeit mit allen Schulen;
- besondere Freude am Umgang mit Menschen aller Altersgruppen, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen;
- Bereitschaft, Neuzuzüge in wachsenden Wohngebieten zu betreuen;
- Förderung der Erwachsenenbildung, fallweise in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden;
- Weiterführung des erfolgreichen ökumenischen Miteinanders mit der katholischen Schwesterkirche;
- Teilnahme und Mitwirken am öffentlichen Leben.

Wir bieten:

- eine Dienstwohnung (Einfamilienhaus) mit fünf Zimmern (zirka 130 m^2 Wohnfläche), einer Garage und einem Garten in einer attraktiven Wohnlage neben Kirche und Gemeindezentrum (Pfarramt und Büroräume befinden sich im Gemeindezentrum);
- Mitarbeit einer Lektorin und eines Lektors;
- eine Sekretärin im Beschäftigungsausmaß von 15 WSt;
- engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Alle Schultypen sind im Ort bzw. in nächster Nähe vorhanden.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis 12. Feber 2012 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Perchtoldsdorf, Wenzel-Frey-Gasse 2, 2380 Perchtoldsdorf.

Nähere Auskünfte erteilt Kurator Arch. Dipl.-Ing. Hannes Toifel, Hochstraße 14, 2380 Perchtoldsdorf, office@toifel.at, Telefon (01) 865 43 32, www.evang-perchtoldsdorf.at.

220. Zl. P 2251; 2330/2011 vom 26. September 2011

Bestellung von Mag. Monika Solymár zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Ungarischen Gemeinde A. B. in Österreich

Mag. Monika Solymár wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA zur Pfarrerin auf die 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Ungarischen Gemeinde A. B. in Österreich gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

221. Zl. P 1506; 2386/2011 vom 3. Oktober 2011

Bestellung von Mag. Klaus Niederwimmer zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau

Mag. Klaus Niederwimmer wurde gemäß § 31 Abs. 2 OdgA zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

222. Zl. P 1961; 2384/2011 vom 3. Oktober 2011

Bestellung von Mag. Dietmar Orendi zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau

Mag. Dietmar Orendi wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg Nördlicher Flachgau bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

223. Zl. P 2076; 2468/2011 vom 10. Oktober 2011

Bestellung von Dipl. theol. Alexandra Klatt auf die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz

Dipl. theol. Alexandra Klatt wurde gemäß § 33 OdgA der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz zugeteilt und mit Wirkung vom 1. Oktober 2011 befristet bis 31. August 2012 in diesem Amt bestätigt.

224. Zl. P 2155; 2388/2011 vom 3. Oktober 2011

Bestellung von Mag. Carsten Merker-Bojarra zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Tatzmannsdorf und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Unterschützen

Mag. Carsten Merker-Bojarra wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bad Tatzmannsdorf und der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Unterschützen gewählt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

225. Zl. A 40; 2296/2011 vom 21. September 2011

Predigttexte Kirchenjahr 2011/2012

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. empfiehlt für das neue Kirchenjahr die Predigttexte nach der lutherischen Ordnung, beginnend mit dem 1. Adventsonntag am 27. November 2011, die Reihe IV. Die Texte zu den einzelnen Sonn- und Festtagen finden Sie wieder im Kalender „Glaube und Heimat“, im „Evangelischen Gesangbuch“ und in geringfügiger Veränderung auch im „Evangelischen Gottesdienstbuch“. Dort finden Sie auch Hinweise für einzelne Gedenktage.

---

226. Zl. G 05; 2445/2011 vom 6. Oktober 2011

Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

Organisation/Einrichtung	Delegiert/Beauftragt
Bundeskanzleramt	
Volksgruppenbeirat	Otto Mesmer
Christlich-jüdisches Gespräch	
(Beauftragte in den Diözesen)	
Koordination	Roland Werneck
Burgenland	N. N.
Kärnten/Osttirol	N. N.
Niederösterreich	Barbara Rauchwarter
Oberösterreich	Günter Merz
Salzburg	Susanne Lechner-Masser
Tirol	Peter Ziermann
Steiermark	Sabine Maurer
Wien	N. N.
Evangelischer Arbeitskreis für Weltmission (EAWM)	Karl Schiefermair
Evangelisches Hilfswerk	
Vertretung im Kuratorium	Karl Schiefermair

Organisation/Einrichtung	Delegiert/Beauftragt
Evangelisches Schulwerk	
Vertretung im Aufsichtsrat	Karl Schiefermair
Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)	Michael Bünker
Südosteuropagruppe	Hans Hubmer
Gemischte evangelisch-katholische Kommission	Michael Bünker
Burgenland	Herbert Rampler
Kärnten/Osttirol	Michael Guttner
Niederösterreich	Paul Weiland
Oberösterreich	Gerold Lehner
Salzburg und Tirol	Luise Müller
Steiermark	Hermann Miklas
Wien	Hansjörg Lein
Gesamtverband für Kindergottesdienst in der EKD	Andrea Petritsch
Islam-Beauftragte	
Burgenland	N. N.
Kärnten/Osttirol	Renate Sauer
Niederösterreich	Andreas Hankemeier
Oberösterreich	N. N.
Salzburg und Tirol	Julius Hanak
Steiermark	Inge Frei
Wien	Waltraut Kovacic
Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)	
Zentralausschuss	Thomas Hennefeld
Church & Society	Verena Taylor
Finanzkommission	Michael Bubik
Koordinierungsgruppe Supervision	Hannelore Reiner
Lektoren/Lektorinnen	Hannelore Reiner Friedrich Rößler
Diözesanleiter	*Lt. Meldung Sup. Ausschuss*
Lutherische Europäische Kommission für Kirche und Judentum (LEKKJ)	Roland Werneck
Lutherischer Weltbund LWB	
Rat	Paul Weiland (Adviser)
Beobachter des LWB am UNO-Standort Wien	Michael Bünker Raoul Kneucker
Kommunikationsausschuss der lutherischen Minderheitskirchen in Europa (KALME)	Marco Uschmann
Lutherisches Nationalkomitee	Michael Bünker
Notfallseelsorge Stab	Herwig Sturm Karl Schiefermair Martin Vogel Gerhard Harkam
Landesleiter	
Burgenland	Otto Mesmer
Kärnten/Osttirol	Friedrich v. Scharrel
Niederösterreich	Birgit Schiller
Oberösterreich	Wolfgang Pachernegg
Salzburg	Dietmar Orendi
Tirol	Richard Rotter
Steiermark	N. N.
Wien	N. N.
Vorarlberg	N. N.

Organisation/Einrichtung		Delegiert/Beauftragt
Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ)		Michael Bünker Michael Guttner Hansjörg Lein Barbara Rauchwarter Hannelore Reiner Paul Weiland
Österreichische Bibelgesellschaft		Karl Schiefermair Erna Moder Werner Strnadt Michael Bünker Paul Weiland (Präsident) Heike Wolf
Pfadfinder in Österreich		Wolfgang König (Bundeskurat)
Predigerseminar	Kuratorium	Michael Bünker (Vorsitz) Hannelore Reiner
Pro Christ	Beauftragung	Gerhard Krömer
Recreatio		Dietrich Bodenstein
Seelsorge für Homosexuelle		
	Burgenland	N. N.
	Kärnten/Osttirol	Lydia Burchhardt
	Niederösterreich	Markus Fellinger
	Oberösterreich	Ingrid Bachler
	Salzburg-Tirol	Peter Gabriel
	Steiermark	Herwig Hohenberger
	Wien	Gerda Pfandl
Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche A. B.		
	Koordination	Johann-Georg Haditsch
	Burgenland	Silke Dantine
	Kärnten/Osttirol	Norman Tendis
	Niederösterreich	Inge-Irene Janda
	Oberösterreich	N. N.
	Salzburg-Tirol	Werner Schwarz
	Steiermark	Johann-Georg Haditsch
	Wien	Mechthild Eschhaus
	Mitarbeit und Engagement im Bereich der Schöpfungsverantwortung	Mechthild Eschhaus
Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche Deutschlands VELKD		
	Bischofskonferenz	Michael Bünker
	Liturgische Konferenz	Hannelore Reiner
	Liturgischer Ausschuss der VELKD	Lydia Burchhardt
Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens		Norman Tendis

Ex offo Ämter

Amt und Gemeinde	Michael Bünker (Herausgeber)
Martin-Luther-Bund	Michael Bünker (Vorstand)
Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau	Michael Bünker (Vorstand)

Kundmachung des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

227. Zl. G 05; 2447/2011 vom 6. Oktober 2011

Delegationen, Vertretungen und Beauftragungen der Evangelischen Kirche H. B.

Organisation/Einrichtung	Delegiert/Beauftragt
Bundeskanzleramt	
Volksgruppenbeirat	Balázs Németh
Evangelischer Arbeitskreis für Weltmission (EAWM)	N. N.
Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)	Thomas Hennefeld
Südosteuropagruppe	Thomas Hennefeld
Gemischte evangelisch-katholische Kommission	Ulrich Körtner Erika Tuppy
Konferenz der Kirchen am Rhein	Wolfgang Olschbaur
Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit	
(Ansprechpartner)	Thomas Hennefeld
Notfallseelsorge (Vorarlberg)	N. N.
Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ)	Erika Tuppy Thomas Hennefeld Peter Karner
Österreichische Bibelgesellschaft	
Vorstand	N. N.
Vollversammlung	Thomas Hennefeld Johannes Wittich
Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WRK)	Thomas Hennefeld
Seelsorge für Homosexuelle	Gisela Ebmer
Ungarischer Seelsorgedienst H. B.	Monika Karvansky

RUHESTAND

Mit 1. September 2011 trat

Pfarrer Dr. Christoph Weist

in den Ruhestand.

Christoph Weist wurde am 22. November 1944 als Kind des Pfarrers Dr. Hellmut Weist und der Marianne Weist, geb. Mandel, in Bad Salzbrunn (Kreis Waldenburg) Schlesien, geboren. Die Familie floh während der letzten Kriegsmonate und ließ sich in Württemberg nieder.

Ab 1951 besuchte Christoph Weist die Grundschule in Stuttgart, von 1955 bis 1965 das Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart, wo er auch die Reifeprüfung ablegte.

Schon während seiner Schulzeit fiel Christoph Weist durch seine Aufgeschlossenheit und liebenswürdige Bescheidenheit auf. Er engagierte sich früh in seiner Kirche. Ab 1965 studierte Christoph Weist evangelische Theologie in Tübingen, Hamburg und Wien. Im Juni 1970 legte er die 1. evangelisch-theologische Dienstprüfung (Examen pro candidatura) ab und begann bei Univ.-Prof. Dr. Gottfried Fitzer in Wien mit seinem Doktoratsstudium, das er durch die Promotion im Jahr 1972 abschloss. Das Thema seiner Dissertation lautet: „Wer ist dieser Menschensohn? Die Geschichte der Exegese zum Menschensohn-Begriff". Die Begeisterung für die wissenschaftliche Theologie blieb ihm während seiner gesamten Berufstätigkeit erhalten. Nach seinem Lehrvikariat, das er in den Gemeinden Korneuburg und Wien-Favoriten absolvierte, legte Christoph Weist im Jänner 1974 die Amtsprüfung (Examen pro ministerio) in Wien ab und wurde am 24. Feber 1974 ordiniert. Von 1974 bis 1979 war Christoph Weist Pfarrer in Wien-Favoriten Gnadenkirche, von 1979 bis 1986 Pfarrer in Stoob im Burgenland. Mit 1. August 1986 wurde er zum Leiter des Amtes für Hörfunk und Fernsehen bestellt. Zu seinen Aufgaben gehörte die Wahrnehmung der kirchlichen Verkündigung im Auftrag der Evangelischen Kirche bei allen Einrichtungen des Hörfunk und Fernsehens, insbesondere durch Zusammenarbeit mit dem ORF und die Begleitung der kirchlichen Hörfunk- und Fernsehsendungen. In dieser Aufgabe hatte Christoph Weist vielfältige journalistische Aufgaben wahrzunehmen, die er mit großer theologischer Kompetenz und journalistischem Sachverstand erfüllt hat. Im Rahmen des Presseamtes der Evangelischen Kirche A. u. H. B. war er als stellvertretender Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes und als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Amt und Gemeinde" tätig. Für die Kirchenzeitung „Die Saat" übernahm er zuletzt für einige Jahre die Aufgabe eines Chefredakteurs.

Christoph Weist ist mit Adelinde Irmgard Weist, geb. Werderitsch verheiratet (Eheschließung am 4. August 1973). Zusammen mit seiner Frau unternahm er etliche SAAT-Lesereisen, bei denen er stets als belesener und versierter Reiseleiter fungierte.

Im Namen der Evangelischen Kirche bedankt sich der Evangelische Oberkirchenrat bei Christoph Weist für sein langjähriges und herausragendes Wirken für die Präsenz der Evangelischen Kirche in den Medien und seinen Beitrag für die Fähigkeit der Kirche, sich den Herausforderungen der Mediengesellschaft zu stellen.

Zu seinem Übertritt in den Ruhestand wünscht der Evangelische Oberkirchenrat alles Gute und Gottes Segen für den neuen Lebensabschnitt.

(Zl. P 1340; 2452/2011 vom 7. Oktober 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. September 2011 trat

Pfarrer Mag. Peter Buchholzer

in den Ruhestand.

Peter Buchholzer wurde am 27. August 1946 in Hermannstadt/Sibiu als Sohn von Friedrich Wilhelm und Hildegard Buchholzer geboren.

In Hermannstadt besuchte er die Schule und legte im Juni 1964 die Matura ab.

Evangelische Theologie studierte er am Protestantisch-Theologischen Institut in Hermannstadt von 1964 bis 1968. In diesem Jahr schloss er sein Studium mit der Diplomprüfung und der theologischen Lizenzprüfung in Klausenburg/Cluj ab.

1968 war Peter Buchholzer Vikar in Passbusch (Kreis Bistritz) und legte darauf die Pfarrbefähigungsprüfung 1969 in Hermannstadt ab, wo er im selben Jahr ordiniert wurde. 1978 verließ die Familie Rumänien und ließ sich vorerst in der Bundesrepublik Deutschland nieder. Peter Buchholzer hatte 1970 Hildegard, geb. Schuster, geheiratet, den beiden wurden zwei Kinder geboren, Ingo (1973) und Sven (1976).

Peter Buchholzer war von 1969 bis 1973 Pfarrer in seiner Vikariatsgemeinde Passbusch und von 1973 bis April 1978 Pfarrer in Petersdorf/Oberneudorf und verschiedenen anderen Gemeinden des Kreises Bistritz. Nach Nostrifikation seines Theologiestudiums und der Ablegung der Ergänzungsprüfungen aus österreichischer Kirchengeschichte, Kirchenkunde und Kirchenrecht beschloss der Evangelische Oberkirchenrat in Wien 1978, Peter Buchholzer in ein zunächst provisorisches Dienstverhältnis zu übernehmen. Er begann seinen Dienst in der Evangelischen Pfarrgemeinde Wien-Floridsdorf, die in ihrer damaligen Tochtergemeinde Wien-Leopoldau eine große Zahl von Evangelischen aus Siebenbürgen als Mitglieder hatte.

1980 wurde er zum Pfarrer in Schärding bestellt, wo er bis zum Jahr 1986 wirkte. In diesem Jahr wurde Peter Buchholzer Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde Salzburg Nördlicher Flachgau und in dieses Amt am 25. Jänner 1987 in der Johannes-Honterus-Kirche in Elixhausen eingeführt.

Der Evangelische Oberkirchenrat dankt ihm im Namen der Evangelischen Kirche in Österreich für seinen langjährigen und treuen Dienst und wünscht ihm für die kommenden Lebensjahre alles Gute und Gottes Segen.

(Zl. P 1533; 2455/2011 vom 7. Oktober 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. September 2011 trat

Pfarrer Mag. Wolfgang Rudolf Klietmann

in den Ruhestand.

Wolfgang Rudolf Klietmann wurde am 26. Oktober 1947 in Linz an der Donau als Sohn von Pfarrer Ernst Alfred Klietmann und Dr. Luise Klietmann, geb. Schandl, geboren.

Nach der Volksschulzeit in Graz und Baden besuchte er die Mittelschule in Gmunden und Wels, wo er 1966 die Reifeprüfung ablegte. Schon während der Mittelschulzeit, angeregt durch das Vorbild seines Vaters, dachte er daran, Pfarrer zu werden. So begann er mit dem Studium der Evangelischen Theologie und engagierte sich in der Jugendarbeit der Kreuzfahrer und im Kindergottesdienst. Schon als Student hat er dann und wann seinen Vater bei Andachten und Gottesdiensten vertreten.

Das „Examen pro candidatura“ legte er im Jahr 1972 ab und trat ins Ausbildungsdienstverhältnis ein. Sein Lehrvikariat absolvierte er von 1972 bis 1974 in St. Pölten. Im Jänner 1974 legte er das Examen pro ministerio (Amtsprüfung) ab und wurde am 24. Feber des selben Jahres (gemeinsam mit Dr. Christoph Weist) in der Gnadenkirche in Wien-Favoriten ordiniert. Am 24. März 1974 wurde er zum Pfarrer von Graz-Eggenberg gewählt, wo er elf Jahre lang wirkte. Im Jahr 1985 wurde Wolfgang Klietmann zum Pfarrer von Traun mit Sitz in Haid bestellt. Schon ein Jahr später bewarb er sich um die Pfarrstelle in Stoob, wo er im März 1986 zum Pfarrer gewählt und mit 1. Juli 1987 bestellt wurde.

Seit dem Jahr 2001 übernahm er auch die seelsorgerliche Verantwortung in der Pfarrgemeinde Lutzmannsburg, wo er zuvor schon als Administrator tätig war.

Wolfgang Klietmann ist seit 1980 mit Evelyn Friederike, geb. Godau, verheiratet. Drei Kinder erfüllten das Familienleben, Evamaria (1981), Raphael Samuel (1982) und Johannes (1983).

Der Evangelische Oberkirchenrat dankt ihm im Namen der Evangelischen Kirche für seinen treuen Dienst und wünscht für den kommenden Lebensabschnitt alles Gute und Gottes Segen.

(Zl. P 1336; 2456/2011 vom 7. Oktober 2011.)

RUHESTAND

Mit 1. Oktober 2011 trat

Hofrat Pfarrer Mag. Volker Petri

in den Ruhestand.

Volker Petri wurde am 11. Juli 1947 als Sohn des Arztes Dr. Hans-Paul Petri und der Maria-Zita Petri in Heltau (Cisnadie), Kreis Hermannstadt/Sibiu geboren.

Er besuchte die Schulen in Hermannstadt und begann sein Theologiestudium am Vereinigten Protestantisch-Theologischen Institut in Klausenburg/Cluj. Dort erwarb er das Diplom über die theologische Lizenzprüfung am 17. Juni 1969. Nach seiner Vikariatszeit legte er die Pfarrbefähigungsprüfung in Hermannstadt ab. Volker Petri wurde am 5. November 1969 ordiniert.

Er war acht Jahre lang Pfarrer in Hunedoara, wo er durch sein Engagement, seine Einsatzbereitschaft und Fleiß aufgefallen ist.

Ende 1976 erhielt er die Ausreisegenehmigung und übersiedelte nach Franken, um seiner dort lebenden verwitweten Mutter nahe zu sein. Später fasste er den Beschluss, um Übernahme in den Dienst der Evangelischen Kirche in Österreich anzusuchen. Nach der Nostrifizierung seines Hochschulstudiums und dem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft war der Weg dazu frei.

Im Jahr 1977 wurde Volker Petri in ein provisorisches Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B. in Österreich übernommen und mit Wirkung vom 1. September 1977 zur Dienstleistung der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Lenzing-Kammer zugeteilt. Die Amtseinführung erfolgte am 30. April 1978.

Volker Petri versah seinen Dienst in Lenzing bis 2002, in diesem Jahr übernahm er das Amt eines Fachinspektors für den Evangelischen Religionsunterricht an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Bereich der Evangelischen Superintendenz A. B. Oberösterreich.

Volker Petri war über seine beruflichen Aufgaben hinaus in verschiedenen Bereichen engagiert tätig, er war Militärseelsorger der Reserve und seit 1996 Bundesobmann der Landmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Österreich. Das Vertrauen in ihn kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass er im Jahr 2000 zum Senior in Oberösterreich gewählt wurde und mehr als zehn Jahre lang im Vorstand des VEPPÖ für die Interessen der Pfarrer und Pfarrerinnen eingetreten ist. Ebenso wurde er mit dem Amtstitel „Hofrat“ ausgezeichnet.

Volker Petri ist verheiratet mit Edda Saline, geb. Wagner. Die beiden haben zwei Kinder, Christine Marie (geb. 1976) und Michael Günther (geb. 1979).

Im Namen der Evangelischen Kirche bedankt sich der Evangelische Oberkirchenrat für das engagierte und vielfältige Wirken von Volker Petri. Er hat sich besonders darum verdient gemacht, den Evangelischen aus Siebenbürgen, die in Österreich eine neue Heimat gefunden haben, auch in unserer Evangelischen Kirche ein Zuhause zu geben.

Für den neuen Lebensabschnitt wünscht ihm der Evangelische Oberkirchenrat alles Gute und Gottes Segen.

(Zl. P 1486; 2454/2011 vom 7. Oktober 2011.)

†

Hofrat Prof.
Dipl.-Ing. Dr. Walther BECK
(2. Juni 1923—21. September 2011)

„Wandelt in allen Wegen, die euch der Herr, euer Gott, geboten hat, damit ihr leben könnt."
(5. Mose 5, 35) Losungstext zum 21. 9. 2011

Am 21. September 2011 ist Hofrat Prof. Dipl.-Ing. Dr. Walther Beck im 89. Lebensjahr in Linz verstorben.

Walther Beck war studierter Pathophysiologe und Biologe. Er entstammte einer eingesessenen und weit verzweigten evangelischen Familie. Walther Beck war jahrelang Kurator in Linz-Innere Stadt und bis zuletzt in der Gemeindevertretung engagiert. Er hat sich in dieser Funktion besonders für die Weiterentwicklung der Diakonie in Linz verdient gemacht. Gesamtkirchlich engagierte sich Beck bereits seit den 1970-er Jahren als stellvertretender Synodaler, ab 1980 war er Mitglied der Synode und Generalsynode sowie bis 1999 Mitglied des Rechts- und Verfassungsausschusses und der Gesangbuchkommission. Im Mai 1990 wählte ihn die Synode zum weltlichen Oberkirchenrat. In dieser Funktion gehörte er bis 1995 der evangelisch-lutherischen Kirchenleitung an.

Der Trauergottesdienst zur Verabschiedung fand am Freitag, 30. September, um 14.00 Uhr in der Martin-Luther-Kirche in Linz statt.

Die Evangelische Kirche trauert um einen hervorragenden ehrenamtlichen Mitarbeiter und spricht allen, die um ihn trauern, vor allem seiner Witwe und den Kindern, ihre Anteilnahme aus.

(Zl. Präs 02 a; 2448/2011 vom 6. Oktober 2011.)

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

A M T S B L A T T

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 | Ausgegeben am 21. Dezember 2011 | 11./12. Stück

AMTSBLATT NACH DER SYNODE A. B. UND GENERALSYNODE

Resolution der 6. Session der XIII. Generalsynode

229. Zl. SYN 01 b; 2666/2011 vom 7. November 2011

Resolution der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H. B. betreffend Solidarität mit den koptischen Christen

RESOLUTION

Die Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich unterstützt folgende Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich:

„Solidarität mit den koptischen Christen“

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich ist zutiefst betroffen über die jüngsten Ausbrüche von Gewalt gegen koptische Christen in Ägypten. Er beklagt die Unverhältnismäßigkeit der Gewalt der staatlichen Organe und sieht darin das Menschenrecht auf Religionsfreiheit mit Füßen getreten. Die Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich gedenken der Opfer und ihrer Angehörigen und bekunden ihre Solidarität mit den koptischen Brüdern und Schwestern.

Leibnitz, am 25. Oktober 2011

Prof. Mag. Heinrich Benz
1. Vizepräsident

Dr. Peter Krömer
Präsident

Mag. Michael Guttner
2. Vizepräsident

Bildungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden Sie unter www.okr-evang.at, Rubrik Ehrenamtlichenbildung.

Die Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.
und des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B.
sowie die MitarbeiterInnen des Evangelischen Zentrums
wünschen allen Leserinnen und Lesern

ein gesegnetes friedliches Weihnachtsfest
sowie Glück und Gesundheit im neuen Jahr

229. Resolution der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H. B. betreffend Solidarität mit den koptischen Christen
230. Mindestgehälter-Verordnung — Gehaltserhöhung für weltliche MitarbeiterInnen ab 1. Jänner 2012
231. Kirchenverfassung — Novelle 2011
232. Ordnung des geistlichen Amtes (OdgA), Novelle 2011
233. Kirchliche Verfahrensordnung (KVO), Novelle 2011
234. Wahlordnung (WahlO), Novelle 2011
235. Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich, Novelle 2011
236. Kirchenverfassung: Verfügung mit einstweiliger Geltung — Genehmigung durch die Generalsynode
237. Ordnung der Stadtdiakonie Wien: Verfügung mit einstweiliger Geltung — Genehmigung durch die Generalsynode
238. Novellierung der Ordnung der Evangelischen Hochschulgemeinde
239. Wahl in den Religionspädagogischen Ausschuss
240. Wahl in den Ausschuss für Diakonie und Soziale Fragen
241. Wahl in den Ausbildungsausschuss
242. Wahl in den Nominierungsausschuss
243. Wahl in den Revisionssenat
244. Kirchenbeitragsverordnung zu § 14 Abs. 2 KbFaO
245. Kollektenaufruf für den Sonntag Septuagesimae, 5. Feber 2012 — Evangelischer Bund in Österreich
246. Bildungsarbeit
247. Ordination von Mag. Dietmar Weikl
248. Frist 31. Jänner 2012 für die Belegvorlage 2011
249. Winterurlaubsseelsorge 2011/2012
250. Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich für das Jahr 2012
251. Wahl in den Ausbildungsausschuss
252. Wahl in den Nominierungsausschuss
253. Wahl in den Synodalausschuss A. B.
254. Verfügung mit einstweiliger Geltung zu Art 122 Abs 3 Kirchenverfassung
255. Kirchenbeitragsverordnung zu § 28 KbFaO
256. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis September 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
257. Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Oktober 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren
258. Empfehlung des Synodalausschusses A. B. zur Kirchenbeitragsvorschreibung 2012
259. Wahl von Mag. Olivier Dantine zum Superintendenten
260. Amtszeitverlängerung: Feststellung
261. SuperintendentialkuratorIn der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol — Ausschreibung der Wahl
262. Evangelische Tochtergemeinden A. B. Bergwerk und Neustift: Zusammenlegung
263. Evangelische Tochtergemeinde A. B. Bad Kleinkirchheim und Evangelische Muttergemeinde A. B. Wiedweg: Zusammenlegung
264. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Linz-Südwest (Johanneskirche)
265. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach-Nord
266. Ausschreibung (erste) einer Projektpfarrstelle im Werk E+G im Ausmaß von sechs Wochenstunden
267. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gosau
268. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gröbming
269. Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben
270. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Horn
271. Bestellung von Mag. Angelika Petritsch zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt
272. Bestellung von Mag. Robert Eberhardt zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach
273. Bestellung von MMag. Patrick Todjeras zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk
274. Bestellung von Mag. Thomas Fresia zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße
275. Bestellung von Mag. Anja Fresia zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße
276. Bestellung von Mag. Johannes Hanek zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding
277. Bestellung von Mag. Susanne Lechner-Masser zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen-St. Johann im Pongau
278. E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Tschöran
279. Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach
280. E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Jugend Salzburg-Tirol
281. Nachtragshaushalt für das Geschäftsjahr 2011 für die Landesausstellung Fresach
282. Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich für das Jahr 2012
283. Evangelische Kirche H. B.: Beschlüsse der 6. Session der 15. Synode H. B. am 24. Oktober 2011 — Änderung OdgA § 33 Abs. 2
284. Evangelische Kirche H. B. — Wahlergebnisse
285. Ordination von Mag.[a] Barbara Wedam
286. Zuteilung von Mag.[a] Barbara Wedam als ordinierte Vikarin der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Feldkirch
287. Krisenintervention und Notfallseelsorge Vorarlberg
288. Jahresabschluss der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2010

Motivenberichte
Kirchenverfassung — Novelle 2011
Kirchliche Verfahrensordnung (KVO), Novelle 2011
Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich, Novelle 2011

230. Zl. G 16; 2851/2011 vom 6. Dezember 2011

Mindestgehälter-Verordnung — Gehaltserhöhung für weltliche MitarbeiterInnen ab 1. Jänner 2012

Nach Vorgesprächen mit der Vertretung der MitarbeiterInnen, nach Beratungen im Oberkirchenrat A. und H. B. und in den Synodalausschüssen A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung am 1. Dezember 2011 werden alle kirchlichen Stellen und Einrichtungen, die Dienstgeber der nach der Dienstordnung eingestellten DienstnehmerInnen sind, davon informiert, dass in Aussicht genommen ist, die Ist-Gehälter in allen Stufen der Gruppen der Mindestgehälter-Verordnung um 2,8%, die Soll-Gehälter in allen Gruppen ab der 1. Stufe um 3,2% verlaufend bis 2,8% in der höchsten Gehaltsstufe zu erhöhen.

Stellungnahmen dazu können bis zum 13. Jänner 2012 an den Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B. gerichtet werden.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Michael Bünker
Bischof

Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Kirchengesetze A. u. H. B.

231. Zl. G 09; 2760/2011 vom 2. Dezember 2011

Kirchenverfassung — Novelle 2011

(Motivenbericht siehe Seite 295)

Die Synode A. B. hat in ihrer 8. Session der 13. Gesetzgebungsperiode, die Generalsynode hat in ihrer 6. Session der XIII. Gesetzgebungsperiode die folgenden Änderungen der Kirchenverfassung beschlossen, den Auftrag zur Endredaktion, insbesondere im Sinne der gendergerechten Sprache, und den Auftrag zur Wiederverlautbarung der gesamten Kirchenverfassung erteilt. Es haben zu lauten:

Art 13 (2) Kirchliche Organe sind

Z. 1. für die Pfarrgemeinde: die Gemeindevertretung bzw. die Gemeindeversammlung und das Gemeindeforum; ferner das Presbyterium; für Gemeindeverbände als Körperschaften öffentlichen Rechts die Verbandsausschüsse.

Erläuterung: Obwohl seinem Wesen nach kein beschließendes Organ, ist das Gemeindeforum dennoch ein Organ im Sinne des Protestantengesetzes 1961 und daher anzuführen.

Z. 2. für die Superintendenz: die Superintendentialversammlung und der Superintendentialausschuss;

Z. 3. für die Evangelische Kirche A. B. (Evangelisch-Lutherische Kirche) und für die Evangelische Kirche H. B. (Evangelisch-Reformierte Kirche): Die Synode A. B. bzw. H. B.; das Kirchenpresbyterium A. B. bzw. H. B.; ferner der Oberkirchenrat A. B. bzw. H. B., der Rechts- und Verfassungsausschuss und der Finanzausschuss hinsichtlich der Erlassung einstweiliger Verfügungen;

Z. 4. für die Evangelische Kirche A. und H. B.: die Generalsynode, die Kirchenpresbyterien A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung sowie der Oberkirchenrat A. und H. B.

Erläuterung: Zum Begriff „Kirchenpresbyterium" siehe die Ausführungen im Motivenbericht (A).

Z. 5. für die Werke, die evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen der Evangelischen Kirche in Österreich: die in ihrer Ordnung jeweils dazu berufenen Organe.

Z. 6. die Disziplinarsenate I. und II. Instanz sowie

Z. 7. der Revisionssenat.

(3) Die Mitglieder der Disziplinarsenate und des Revisionssenates sind in der Ausübung ihres Amtes selbstständig, unabhängig und weisungsfrei.

(4) Die Tätigkeit der Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams ist jenen kirchlichen Organen zuzurechnen, die sie eingesetzt haben.

(5) Gemeindeverbände zwischen den Pfarrgemeinden A. B., zwischen den Pfarrgemeinden H. B. sowie zwischen Pfarrgemeinden A. B. und H. B. sind zulässig; sie sind zu fördern. Pfarrgemeinden H. B. können mit Superintendenzen A. B. innerkirchlich verbindliche Vereinbarungen treffen.

(6) Der Oberkirchenrat A. und H. B. ist Kirchenleitung im Sinne des § 7 Protestantengesetz 1961; davon sind Agenden, vor allem bekenntnisrelevante Agenden, die jeweils der Oberkirchenrat A. B. bzw. H. B. wahrzunehmen hat, ausgenommen. Der Oberkirchenrat A. und H. B. vertritt die Evangelische Kirche in Österreich gegenüber den staatlichen Behörden, erstattet in den dafür vorgesehenen Begutachtungsverfahren die Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes, der Länder und Gemeinden; er nimmt an innerstaatlichen Beratungsvorgängen für Maßnahmen und Vorschriften der Europäischen Union teil.

Erläuterung: Als Beispiele für die genannten Ausnahmen sind liturgische Fragen im Rahmen des Denkmalschutzes zu nennen („ius liturgicum") oder Meldungen an Behörden im Sinne des Protestantengesetzes.

Art 14 (1) Alle kirchlichen Organe haben das Recht und die Pflicht, ihre Aufgaben im Rahmen der Kirchenverfassung, der Kirchengesetze und der sonstigen kirchenrechtlichen Regelungen zu gestalten und durchzuführen. Es sind dies alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse ihrer kirchlichen Körperschaft gelegen und geeignet sind, durch sie innerhalb ihres Wirkungsbereiches besorgt zu werden.

Erläuterungen: Die bisher bestehende Formulierung legte nahe, dass es sich in Art 14 Abs. 1 erster Satz um „Autonomie" handle; dies ist rechtlich bei Organen nie vorgesehen, sondern betrifft die Institution, die durch Organe handelt, insoweit als ihr, insbesondere als einer kirchlichen Körperschaft öffentlichen Rechts, Selbstbestimmung eingeräumt wird.

VI. Die kirchlichen Vertretungskörper

1. Allgemeine Bestimmungen

Art 16 (1) Die kirchlichen Vertretungskörper verfahren nach der Verfahrensordnung der Evangelischen Kirche (KVO), sofern sie nicht in ihrer Geschäftsordnung, Gemeindeordnung und dgl. davon abweichende Regelungen getroffen haben.

(2) Für das Verfahren der Synoden, der Generalsynode, der Kirchenpresbyterien und aller ihrer Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams haben die Synoden, für das Verfahren der Superintendentialversammlungen haben diese für sich selbst, Geschäftsordnungen zu erlassen.

Erläuterung: Die Geschäftsordnungen, Gemeindeordnungen, usw. haben die Bestimmungen der Kirchenverfassung und der Kirchengesetze durchzuführen. Sie haben in Zukunft vor allem Bestimmungen über gemeinsame Sitzungen der Kirchenorgane A. B. und H. B. zu enthalten. Bezüglich des Vorsitzes bei gemeinsamen Sitzungen u. a. siehe Art 74 Abs. 3 usw.

(5) Auf kirchenleitende geistliche Stellen sind akademisch gebildete geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen zu wählen.

Art 18 (3) Dem Oberkirchenrat A. B. darf nicht angehören, wer Mitglied des Präsidiums der Synode bzw. eines Superintendentialausschusses ist.

Art 19 (1) Mit einem öffentlich kirchlichen Dienst (Art 20 Abs 1), ausgenommen die Kirchenmusiker und Kirchenmusikerinnen, ist die Übernahme und Ausübung eines politischen Mandates auf europäischer, auf Bundes- oder Landesebene, auf Gemeindeebene das Bürgermeisteramt, in Wien auch eine leitende politische Tätigkeit auf Bezirksebene, unvereinbar; davon ist die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Gemeindevertretung, im Gemeindeforum und in der Superintendentialversammlung nicht berührt.

Erläuterung: Da politische Funktionäre nicht durch die Entsendungsvorgänge aus den Presbyterien in kirchliche Stellen gewählt werden können, bezieht sich die Vorschrift auch auf berufene Mitglieder (siehe z. B. Art 53 Abs 1 Z 9).

Art 20 (1) Die Tätigkeit der Mitglieder der kirchlichen Organe und die Ausübung eines geistlichen Amtes, einschließlich der Arbeit als Lektor oder Lektorin, als Religionslehrer oder Religionslehrerin, als Diakon oder Diakonin, als Gemeindepädagoge oder Gemeindepädagogin und als Kirchenmusiker oder Kirchenmusikerin, sind öffentlich kirchliche Dienste.

(2) Zur Erfüllung von anderen Aufgaben in der Pfarrgemeinde kann das Presbyterium weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen berufen. Die Aufgaben der Berufenen sind festzulegen und schriftlich zu dokumentieren, sofern nicht ein Dienstvertrag auszufertigen ist (Art 46 Abs 3 Z 6, Art 61 Abs 2 lit a Z 9).

(3) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zu einem öffentlich-kirchlichen Dienst berufen sind, erfüllen ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit dem und unter der Verantwortung des Presbyteriums der Pfarrgemeinde. Sie sind in einem Gemeindegottesdienst in ihr Amt einzuführen. Für andere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entscheidet das Presbyterium, in welcher Form ihre Einführung erfolgen soll.

Erläuterung: siehe Art. 46 Abs 1 und Abs 3 KV; daraus folgt, dass das Presbyterium als Ganzes für alle geistlichen und administrativen Angelegenheiten zuständig und verantwortlich ist. Der Pfarrer oder die Pfarrerin sind Teil des Presbyteriums.

(4) Für Personen in öffentlich kirchlichen Diensten gilt die Verpflichtung der Evangelischen Kirche in Österreich, die kirchliche Amtsverschwiegenheit und das Beichtgeheimnis zu schützen.

Erläuterung: Diese Vorschrift richtet sich an die Kirche, dafür zu sorgen, dass der Schutz innerkirchlich und in der Öffentlichkeit gewährt wird und gewährt bleibt. Das Protestantengesetz 1961 enthält eine Schutzbestimmung für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen; sie gilt es, in Zukunft zu wahren, wie die Schutzregelungen in anderen Gesetzen (z. B. im Strafprozessrecht). Der Schutz ist noch nicht vollständig, z. B. für andere Personen im öffentlich kirchlichen Dienst. Der Theologische Ausschuss der Synode A. B. bzw. der Generalsynode hat in den Vorberatungen angeregt, über Fragen der Amtsverschwiegenheit und des Beichtgeheimnisses eine gesonderte, allgemeine Diskussion zu führen, die u. U. zu neuen Initiativen betreffend das staatliche Recht führen kann.

(5) Die Berufung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen kann vom berufenden Organ oder von den berufenden Organen widerrufen werden, soweit nicht Sonderregelungen bestehen. Die Abberufung ist zu begründen.

Erläuterung: Es ist prinzipiell festzuhalten, dass in der Evangelischen Kirche in Österreich zu jedem Wahl- oder Berufungsakt auch der contrarius actus verankert sein muss. In einigen Kirchengesetzen ist es festgelegt, in vielen Fällen nicht. Der Superintendent/die Superintendentin und der Landessuperintendent/die Landessuperintendentin sind berufende oder mitberufende Organe und daher nicht mehr ausdrücklich und/oder allein zu nennen (siehe Abs 2).

(6) Die ehrenamtliche Tätigkeit ist durch Kirchengesetze näher zu regeln.

Erläuterung: Dies ist durch die Ehrenamtsordnung 2010 (siehe Amtsblatt 195/2010) erfolgt. Die Regelung für hauptamtliche und nebenamtliche, für Vollzeit- oder Teilzeit-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen findet sich in Abs 2.

(7) *entfällt.*

(8) *entfällt.*

Art 35 (1) Kraft ihres Amtes gehören der Gemeindevertretung an:

Z. 1. der amtsführende Pfarrer oder die amtsführende Pfarrerin bzw. der Administrator oder die Administratorin während der Erledigung einer Pfarrstelle;

Z. 2. alle sonst zur geistlichen Versorgung der Pfarrgemeinde bestellten geistlichen Amtsträger oder geistlichen Amtsträgerinnen;

Z. 3. die zur geistlichen Versorgung einer Pfarrgemeinde zugeteilten geistlichen Amtsträger oder Amtsträgerinnen, Pfarramtskandidaten oder Pfarramtskandidatinnen;

Z. 4. der im Sprengel der Pfarrgemeinde bestellte Religionslehrer oder die bestellte Religionslehrerin, falls mehr als ein Religionslehrer oder eine Religionslehrerin bestellt sind, ein aus ihrer Mitte durch das Presbyterium zu berufender Vertreter oder zu berufende Vertreterin; für den Fall, dass sich unter den gewählten Gemeindevertretern oder Gemeindevertreterinnen bereits ein im Sprengel der Pfarrgemeinde bestellter Religionslehrer oder bestellte Religionslehrerin befindet, entfällt das Erfordernis der Berufung eines weiteren Religionslehrers oder einer weiteren Religionslehrerin.

Z. 5. die gemäß Art. 39 Z. 13 berufenen Gemeindevertreter oder Gemeindevertreterinnen;

in der Evangelischen Kirche A. B. ferner

Z. 6. geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen, die in einem Werk der Kirche Dienst als Geistliche auf Grund einer schriftlichen, vom Superintendentialausschuss genehmigten Vereinbarung mit dem Presbyterium ausüben;

Z. 7. im Ehrenamt Ordinierte für die Zeit, in der sie zu einem Dienst in der Pfarrgemeinde beauftragt worden sind, längstens jedoch bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres. Der zuständige Superintendentialausschuss kann auf Antrag der Gemeindevertretung Ausnahmen zur Altersbegrenzung genehmigen.

Art 43 (1) Sofern die Gemeindeordnung nichts anderes vorsieht, übernimmt in der ersten Sitzung das an Jahren älteste Mitglied den Vorsitz, konstituiert das Presbyterium und führt die Geschäfte des Vorsitzendes bis zur erfolgten Wahl des oder der Vorsitzenden oder des Kurators oder der Kuratorin; es leitet die Wahl der Stellvertreter oder Stellvertreterinnen des oder der Vorsitzenden bzw. des Kurators oder der Kuratorin.

Erläuterung: Siehe beispielsweise Art 32 Abs 3 Z 3.

(2) In der Evangelischen Kirche A. B. kann in der Gemeindeordnung bestimmt werden, dass der Vorsitz dem Kurator oder der Kuratorin, bei seiner Verhinderung dem Kuratorstellvertreter oder der Stellvertreterin bzw. vor deren Wahl dem an Jahren ältesten Mitglied des Presbyteriums übertragen wird. Von der Führung des Vorsitzes unberührt ist die Vertretung der Pfarrgemeinde nach außen gemäß Art. 22 Abs. 1.

Art 46 (3) Das Presbyterium ist verantwortlich für die Verwaltung aller Angelegenheiten der Pfarrgemeinde, soweit sie nicht dem Pfarramt übertragen oder der Gemeindevertretung vorbehalten sind, ferner für den Vollzug der Anordnungen der übergeordneten Stellen und die rechtliche Vertretung der Pfarrgemeinde. Insbesondere ist von ihm wahrzunehmen:

Z. 1. die Aufstellung des Haushaltsplanes, der dem zuständigen Superintendentialausschuss bzw. dem Oberkirchenrat H. B. zur Kenntnisnahme vorzulegen ist;

Z. 2. die von der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B. übertragene Verantwortung für die Einhebung der Kirchenbeiträge und die Mitwirkung bei der Einhebung der Kirchenbeiträge und Gemeindeumlagen;

Z. 3. die Sorge um die genaue Erfüllung aller von der Pfarr- und Teilgemeinde übernommenen Zahlungsverpflichtungen;

Z. 4. die Vorlage des Jahresberichtes und des von der Gemeindevertretung geprüften und genehmigten Rechnungsabschlusses an die Superintendentur und an den Oberkirchenrat A. B. bzw. den Oberkirchenrat H. B. bis 31. März eines jeden Jahres, sofern vom Superintendentialausschuss bzw. vom Oberkirchenrat H. B. nicht ein früherer Termin festgesetzt worden ist;

Z. 5. die Anlage der Barvermögen entsprechend den vom zuständigen Oberkirchenrat gemäß Art. 88 Abs. 1 Z. 5 bzw. Art. 98 Abs. 3 Z. 5 erlassenen allgemeinen Verwaltungsordnungen für kirchliches Vermögen jeder Art;

Z. 6. die Anstellung und die Kündigung oder Entlassung von Angestellten der Pfarr- und Teilgemeinde; wobei die abzuschließenden Dienstverträge zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des zuständigen Superintendentialausschusses bzw. des Oberkirchenrates H. B. bedürfen;

Z. 7. die Entscheidung über die Berufung weiterer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, den Widerruf und gegebenenfalls über die Einführung in das Amt (Art. 20 Abs. 2 und 6);

Z. 8. die Sorge für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Pfarr- und Teilgemeinde;

Z. 9. die Verwaltung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Pfarr- und Teilgemeinde, des Stiftungs- und Zweckvermögens, samt der Versicherung dieser Werte;

Z. 10. Entscheidungen über Veranstaltungen der Pfarr- und Teilgemeinde;

Z. 11. die Führung eines Verzeichnisses über den gesamten Besitz der Pfarr- und Teilgemeinde,

Z. 12. die Überlassung von Kirchengebäuden für nicht dem Gottesdienst der Pfarr- und Teilgemeinde dienende Zwecke, vorausgesetzt dass diese mit dem Wesen der Kirche und der Würde des Gotteshauses vereinbar sind;

Z. 13. die Verantwortung für die sichere Aufbewahrung und gute Ordnung des Pfarrarchivs.

IX. Die Superintendenz A. B.

Erläuterung: Die folgenden Abschnitte IX. bis XI. der Kirchenverfassung sind schon weitgehend durch die Reform des Jahres 2010, siehe ABl. Nr. 188/2010, erneuert worden. Insoweit werden keine neuen Veränderungen vorgeschlagen. Anpassungen sind erforderlich.

1. Allgemeine Bestimmungen

Art 50 (1) Jede Pfarrgemeinde innerhalb der Evangelischen Kirche A. B. muss einer Superintendenz zugehören.

(2) Eine neuerrichtete Pfarrgemeinde ist jener Superintendenz einzugliedern, welcher die Mehrheit ihrer Gemeindeglieder bisher angehörte, soweit nicht der Bekenntnisstand oder andere wichtige Gründe eine andere Eingliederung erfordern.

(3) Die Zugehörigkeit einer neuerrichteten Pfarrgemeinde A. und H. B. zur Kirche A. B. und damit zu einer Superintendenz wird durch den Bekenntnisstand der Mehrheit der Gemeindeglieder bestimmt.

Art 51 (1) Die Errichtung neuer und die Auflösung bestehender Superintendenzen erfolgt über Antrag der zuständigen Superintendentialversammlung durch Beschluss des Kirchenpresbyteriums A. B.

(2) Der Antrag auf Errichtung einer neuen Superintendenz kann auch von den Presbyterien der Pfarrgemeinden gestellt werden, die sich zu einer neuen Superintendenz zusammenschließen wollen.

Art 52 (1) Die Gebietsänderungen von Superintendenzen durch Ein- oder Ausgliederung einzelner Pfarr- oder Teilgemeinden erfolgt durch das Kirchenpresbyterium A. B. Hiezu bedarf es eines Antrags aller beteiligten Pfarrgemeinden und der Stellungnahme der beteiligten Superintendentialausschüsse oder eines Antrags eines dieser Superintendentialausschüsse.

(2) Die Grenzen der Superintendenzen sollen sich mit dem Gebiet der Bundesländer decken.

2. Die Superintendentialversammlung

2.1 Zusammensetzung

Art 53 (1) Der Superintendentialversammlung gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

Z. 1. der Superintendent oder die Superintendentin;

Z. 2. der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin;

Z. 3. für jede Pfarrgemeinde je ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete des geistlichen und des weltlichen Standes, die das Presbyterium aus den ihr angehörenden geistlichen Amtsträgern oder Amtsträgerinnen bzw. aus den wahlfähigen Mitgliedern der Pfarrgemeinde wählt, sofern diese für wenigstens eine Amtsperiode lang Mitglied eines Presbyteriums sind oder bereits waren;

Z. 4. die weiteren Abgeordneten gemäß Abs. 4;

Z. 5. wenn in der Superintendenz eine Evangelisch-theologische Fakultät besteht, ein aus dem Kreis der an ihr lehrenden Universitätsprofessoren oder Universitätsprofessorinnen der Theologie, entsendet von der Evangelisch-theologischen Fakultät;

Z. 6. in Superintendenzen mit evangelischen Schulen je ein Vertreter oder eine Vertreterin jedes Schulerhalters;

Z. 7. ein nichtordinierter, angestellter Vertreter oder eine nichtordinierte, angestellte Vertreterin der Religionslehrer oder Religionslehrerinnen an allgemeinbildenden und an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen; ein nichtordinierter, angestellter Vertreter oder eine nichtordinierte, angestellte Vertreterin der Religionslehrer und Religionslehrerinnen an Pflichtschulen.

Erläuterung: Siehe Wahlordnung betreffend die Wahl dieser Vertreter und Vertreterinnen. Die Funktion erlischt nicht bei Karenz, sondern wenn der Vertreter oder die Vertreterin nicht mehr vollzeit- oder teilzeitangestellt oder tätig ist.

Z. 8. bis zu drei von der Superintendentialversammlung berufene, insbesondere fachlich qualifizierte Mitglieder der Superintendenz, die alle Voraussetzungen für die Wählbarkeit in eine Gemeindevertretung erfüllen müssen.

(2) Die Mitglieder des Oberkirchenrates A. B. sind berechtigt, ohne Stimmrecht an den Superintendentialversammlungen teilzunehmen.

(3) Als nicht stimmberechtigte Mitglieder gehören der Superintendentialversammlung an, sofern sie nicht bereits stimmberechtigte Abgeordnete sind,

Z. 1. die Vertreter oder Vertreterinnen von Pfarrgemeinden gemäß Art. 25, die in der Superintendenz ihren Sitz haben;

Z. 2. die Anstalts- und Hochschulseelsorger und -seelsorgerinnen;

Z. 3. die Fachinspektoren oder Fachinspektorinnen für den Religionsunterricht;

Z. 4. ein Vertreter oder eine Vertreterin jedes Rechtsträgers/jeder Rechtsträgerin der Diakonie Österreich, von dem Einrichtungen in der Superintendenz geführt werden;

Z. 5. je ein Vertreter oder eine Vertreterin der Evangelischen Jugend, der Frauenarbeit und der Kirchenmusik sowie ein Beauftragter oder eine Beauftragte für die Weltmission;.

Z. 6. der oder die Zuständige für die Militärseelsorge; bei einer Zuständigkeit über die Grenzen einer

Superintendenz hat eine Festlegung für eine der Superintendenzen zu erfolgen;

Z. 7. Synodale der Superintendenz, die nicht Mitglieder der Superintendentialversammlung sind.

(4) Die Superintendentialversammlung kann in der Superintendentialordnung die Zahl der stimmberechtigten geistlichen und weltlichen Abgeordneten über das in Abs. 1 vorgesehene Ausmaß erhöhen. Die Gesamtzahl der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen darf die der weltlichen nicht übersteigen.

(5) Die Mitglieder gemäß Abs. 3 haben in allen sie betreffenden Angelegenheiten das Recht, Anträge zu stellen.

(6) Werden in der Superintendentialversammlung Angelegenheiten des Religionsunterrichtes, der Jugend- und Erziehungsarbeit, der außerschulischen Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung, der Frauenarbeit, der Diakonie, der Kirchenmusik und der Weltmission behandelt, sind Vertreter oder Vertreterinnen der zuständigen Stellen oder Einrichtungen dieser Bereiche jedenfalls zu hören.

(7) Jedes Mitglied der Superintendentialversammlung hat der Pfarrgemeinde bzw. der Einrichtung, von der es in die Superintendentialversammlung gewählt bzw. entsandt worden ist, regelmäßig über seine Tätigkeit und insbesondere die Tätigkeit der Superintendentialversammlung zu berichten.

Art 54 Zu weltlichen Abgeordneten gemäß Art. 53 Abs. 1 Z. 4 und 5 sowie Abs. 4 sind nicht wählbar, wer zur Superintendenz, der Evangelischen Kirche A. B. oder der Evangelischen Kirche A. und H. B. in einem Dienstverhältnis oder einem sonstigen finanziellen Abhängigkeitsverhältnis steht.

2.2 Aufgaben

Art 55 (1) Die Superintendentialversammlung wählt:

Z. 1. den Superintendenten oder die Superintendentin;

ferner, jedoch für ihre Amtsperiode aus dem Kreis der Mitglieder der Superintendentialversammlung:

Z. 2. zwei Superintendentenstellvertreter oder -stellvertreterinnen bzw. mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums A. B. einen weiteren Superintendentenstellvertreter oder eine weitere Superintendentenstellvertreterin; sie tragen die Amtsbezeichnung Senior oder Seniorin;

Erläuterung: Im Begutachtungsverfahren wurde für die Bezeichnung „Senior/Seniorin“ der Name „Dekan/Dekanin“ vorgeschlagen. Der Grund liegt in der umgangssprachlichen Bedeutung des Wortes „Senior“. Auf Antrag des Theologischen Ausschusses der Generalsynode bzw. der Synode A. B. wird über die Bezeichnung „Senior“ später beraten werden.

Z. 3. den Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin, dessen oder deren zwei bzw. drei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen, entsprechend der Zahl der Seniorate;

Z. 4. weitere weltliche oder geistliche Mitglieder des Superintendentialausschusses (Art 60 Abs 1);

Z. 5. die Abgeordneten für die Synode und ihre Stellvertreter oder Stellvertreterinnen;

Z. 6. zwei Rechnungsprüfer oder Rechnungsprüferinnen;

Z. 7. bis zu drei, insbesondere fachlich qualifizierte Mitglieder der Superintendenz, die alle Voraussetzungen für die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung erfüllen müssen;

(2) Die Aufgaben der Superintendentialversammlung sind:

Z. 1. die Beratung über die Entwicklung und Lage des Lebens in der Superintendenz und den Pfarr- und Teilgemeinden auf Grund eines vom Superintendenten oder von der Superintendentin erstatteten Berichtes;

Z. 2. die Beschlussfassung über die Superintendentialordnung;

Z. 3. die Behandlung von Anträgen der Presbyterien und

Z. 4. des Superintendentialausschusses;

Z. 5. die Stellungnahme zu Vorlagen des Oberkirchenrates A. B. und H. B. sowie des Oberkirchenrates A. und H. B.;

Z. 6. die Beschlussfassung über Anträge aus der Mitte der Superintendentialversammlung selbst;

Z. 7. die Beschlussfassung über die Errichtung und Auflassung von Pfarrstellen;

Z. 8. die Festsetzung von Beiträgen der Pfarrgemeinden und von Kollekten;

Z. 9. die Genehmigung des Haushaltsplanes der Superintendenz;

Z. 10. die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse der Superintendenz einschließlich ihrer Anstalten, Stiftungen oder Zweckvermögen und die Entlastung des Superindentialausschusses;

Z. 11. die Beschlussfassung über Erwerb, Veräußerung oder dingliche Belastung von unbeweglichem Vermögen, sowie über den Abschluss von Bestandverträgen auf mehr als drei Jahre;

Z. 12. die Übernahme von Schuldverpflichtungen, deren Tilgung nicht innerhalb des Rechnungsjahres erfolgt;

Z. 13. die Beratung über Angelegenheiten der Kirchenverfassung und über Aufsichtsbeschwerden wegen Verletzung der den Mitgliedern der Evangelischen Kirche A. B. gewährleisteten Rechte;

Z. 14. die Kenntnisnahme der Berichte aus der Synode A. B. und der Generalsynode;

Z. 15. die Verhandlung über Aufsichtsbeschwerden gegen den Superintendenten bzw. die Superintendentin oder sonstige Mitglieder des Superintendentialausschusses und die Vorlage des Verhandlungsergebnisses zur Entscheidung an den zuständigen Oberkirchenrat.

(3) Die Beschlüsse gemäß Abs. 2 Z. 7, 11 und 12 bedürfen der Genehmigung des Oberkirchenrates A. B.

2.3 Besondere Verfahrensbestimmungen

Art 56 (1) Sofern die Superintendentialordnung nichts anderes bestimmt, führt den Vorsitz in der Superintendentialversammlung der Superintendent bzw. die Superintendentin, bei dessen Verhinderung der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin, bei dessen oder deren Verhinderung der dienstälteste Senior oder die dienstälteste Seniorin; ist auch dieser oder diese verhindert, der erste Stellvertreter oder die erste Stellvertreterin des Superintendentialkurators oder Superintendentialkuratorin.

(2) Die Superintendentialversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen, außerdem über Beschluss des Superintendentialausschusses, wenn die Einberufung insbesondere wegen der Wahl des Superintendenten oder Superintendentin oder wegen der Vorbereitung der Synode bzw. Generalsynode oder aus anderen wichtigen Gründen erforderlich erscheint; ferner wenn die Mehrheit der Presbyterien der Pfarrgemeinden die Einberufung verlangt.

(3) Die Einberufung der Superintendentialversammlung erfolgt durch den Superintendenten oder die Superintendentin; darüber ist der Oberkirchenrat A. B. zu informieren. Der Superintendent bzw. die Superintendentin hat die vom Superintendentialausschuss vorbereiteten Verhandlungsgegenstände tunlichst 30 Tage vor dem Beginn der Superintendantialversammlung allen ihren Mitgliedern bekanntzugeben.

Art 57 (1) Die Superintendentialversammlung wird mit einer Andacht eröffnet.

(2) Die Superintendentialversammlung wählt vor Beginn der Verhandlungen aus ihrer Mitte einen oder mehrere Schriftführer oder Schriftführerinnen.

(3) Der oder die Vorsitzende hat vor Beginn der Verhandlungen die Gültigkeit der Entsendung der Mitglieder zu prüfen, allenfalls bei gewählten Mitgliedern die Wahlberichte einzusehen. Im Zweifelsfalle hat darüber endgültig die Superintendentialversammlung zu entscheiden.

(4) Neu in die Superintendentialversammlung gewählte, bzw. entsandte Mitglieder haben in die Hand des Vorsitzenden folgendes Gelöbnis abzulegen:

„Ich gelobe vor Gott, bei meinem Wirken in der Superintendentialversammlung die innere und äußere Wohlfahrt der Superintendenz nach bestem Wissen und Gewissen zu wahren und darauf zu achten, dass die Kirchen in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus."

Art 58 (1) Für die Verhandlung in der Superintendentialversammlung gelten die folgenden Sonderbestimmungen; sie sind in die Geschäftsordnung aufzunehmen:

Z. 1. Anträge aus der Mitte der Superintendentialversammlung bedürfen der Unterstützung von mindestens einem Fünftel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

Z. 2. Beschlüsse über Änderung der Geschäftsordnung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

Z. 3. Anträge der Presbyterien und Vorschläge des Oberkirchenrates A. B. sind jedenfalls zu verhandeln.

Z. 4. Zur Vorberatung und Berichterstattung über Verhandlungsgegenstände können Arbeitsausschüsse gewählt werden.

Z. 5. Die Verhandlungsschrift über die Superintendentialversammlung ist dem Oberkirchenrat A. B. durch den Superintendenten oder die Superintendentin vorzulegen.

Z. 6. Der Superintendent oder die Superintendentin hat eine übersichtliche Zusammenstellung der Beschlüsse den Presbyterien der Superintendenz bekannt zu geben und kann sie den anderen Superintendenzen zur Kenntnis bringen.

(2) Ansonsten gelten die Bestimmungen der Kirchlichen Verfahrensordnung.

Art 59 (1) Für die Wahlen gelten folgende Sonderbestimmungen:

Z. 1. Wird eine Stelle im Superintendentialausschuss vor Ablauf der Funktionsperiode erledigt, so hat die Superintendentialversammlung in ihrer nächsten Sitzung eine Neuwahl für den Rest der Funktionsperiode durchzuführen.

Z. 2. Die Mitglieder des Superintendentialausschusses sollen tunlichst verschiedenen Gemeinden angehören.

Z. 3. Die Superintendentialkuratoren oder Superintendentialkuratorinnen scheiden mit ihrer Wahl aus den Presbyterien von Pfarrgemeinden aus, denen sie angehören.

(2) Im Übrigen gelten die Regelungen der Kirchlichen Wahlordnung.

3. Der Superintendentialausschuss

Art 60 (1) Der Superintendent oder die Superintendentin, seine oder ihre Stellvertreter oder Stellvertreterinnen, der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin, dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen und die weiteren weltlichen oder geistlichen Gewählten gemäß Art 55 Abs 1 Z 4 bilden den Superintendentialausschuss. Die Superintendentialordnung legt für ihre Amtsperiode die Zahl dieser Berufenen verbindlich fest. Einzelne Mitglieder des Superintendentialausschusses sollen nach Möglichkeit über wirtschaftliche, bauliche und/oder rechtliche Fachkenntnisse verfügen.

(2) Den Vorsitz im Superintendentialausschuss führt der Superintendent oder die Superintendentin, bei dessen oder deren Verhinderung der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin.

(3) Der Superintendentialausschuss verhandelt in der Regel am Sitz der Superintendentur; er kann auf schriftlichem Weg Beschlüsse fassen, soferne nicht ein Mitglied der schriftlichen Beschlussfassung widerspricht.

(4) Der Superintendentialausschuss ist vom Vorsitzenden bzw. von der Vorsitzenden einzuberufen, wenn dies von mindestens zwei Mitgliedern verlangt wird.

Art 61 (1) Der Superintendentialausschuss

a) hat die Beschlüsse der Superintendentialversammlung zu vollziehen oder ihren Vollzug zu veranlassen;

er kann in besonders begründeten Einzelfällen den zuständigen Oberkirchenrat anrufen und ersuchen, eine Erledigung für ihn vorzunehmen;

b) wirkt als Ansprechpartner für alle Fragen der Presbyterien oder Gemeindevertretungen der Pfarr- und Teilgemeinden in der Superintendenz;

c) übt die Aufsicht über die Pfarr- und Teilgemeinden aus.

(2) Zum Wirkungskreis des Superintendentialausschusses gehört insbesondere:

a) hinsichtlich der einzelnen Pfarr- und Teilgemeinden der Superintendenz:

Z. 1. die Einrichtung einer geeigneten Beratungs- und Kontrollstelle in der Superintendentialversammlung; das Einschreiten gegen Presbyterien und Gemeindevertretungen (Art. 40 und 47);

Z. 2. die Verhandlung und Schlichtung von Streitfällen zwischen Pfarrern und Pfarrerinnen, Lehrern und Lehrerinnen, Presbyterien und Gemeindevertretungen untereinander oder mit einzelnen Gemeindemitgliedern;

Z. 3. die Behandlung der die kirchliche Lebensordnung und Kirchenzucht betreffenden Angelegenheiten;

Z. 4. die Verhandlung über die Errichtung, Umwandlung oder Auflösung von Pfarr- und Teilgemeinden (Art. 26 und 30);

Z. 5. die Entscheidung über Umpfarrungen (Art. 27);

Z. 6. die Beschlussfassung über die Ausschreibung von Diözesankollekten;

Z. 7. die Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Pfarr- und Teilgemeinden und der Gemeindeverbände, ihrer Anstalten, Stiftungen und Zweckvermögen sowie über das Rechnungs- und Kassenwesen;

Z. 8. die Genehmigung, Begutachtung oder Reihung geplanter kirchlicher Baumaßnahmen unter Beachtung der Kirchlichen Bauordnung;

Z. 9. die Genehmigung von entgeltlichen Vereinbarungen mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Pfarrgemeinden;

Z. 10. die Aufsicht über die Einhebung der Kirchenbeiträge und die Bestellung eines Referenten oder einer Referentin für Kirchenbeitragsangelegenheiten aus seiner Mitte.

b) hinsichtlich der Superintendenz:

Z. 1. die Vorbereitung der Vorlagen für die Superintendentialversammlung und der Vollzug ihrer Beschlüsse (Art. 61);

Z. 2. die Führung der Superintendentialkasse;

Z. 3. die Verwaltung des Stammvermögens der Superintendenz und ihrer Anstalten sowie ihrer Stiftungs- und Zweckvermögen;

Z. 4. die Genehmigungen gemäß der Ordnung der Evangelischen Jugend;

Z. 5. die Zustimmung zur Besetzung von Stellen für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen für besondere Aufgaben im Bereich der Superintendenz, wie insbesondere Militärpfarrer und Militärpfarrerinnen, Fachinspektoren und Fachinspektorinnen;

Z. 6. die Festlegung zweier Arbeitszweige (ohne Rücksicht auf deren rechtliche Stellung oder Zuordnung), die auf Grund der Superintendentialordnung berechtigt sind, Vertreter und Vertreterinnen weltlichen Standes in die Superintendentialversammlung zu entsenden (Art. 53 Abs. 6).

c) hinsichtlich der Pfarrstellen:

Z. 1. die Beantragung der Veränderung bzw. Umwandlung von Pfarrstellen und Amtsaufträgen;

Z. 2. die Beschlussfassung über Zuteilungen und Bestellungen.

Erläuterung: Dies schließt die gegenläufigen Akte ein.

d) hinsichtlich der Geschäftsführung der Superintendenz: die Überwachung der Geschäftsführung: Der Superintendentialausschuss kann damit einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.

Art 62 (1) Mit Zustimmung der Superintendentialversammlung kann der Superintendentialausschuss ihm obliegende Verwaltungsgeschäfte zur Gänze oder für bestimmte Aufgaben einem oder einer, mehreren Geschäftsführern oder Geschäftsführerinnen übertragen, deren Aufgaben in einer Geschäftsordnung festzulegen sind. Der bzw. die Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen sind haupt- oder nebenamtlich tätig und müssen entsprechend qualifiziert sein. Sie nehmen an den Beratungen des Superintendentialausschusses und der Superintendentialversammlung ohne Stimme teil.

(2) Der Beschluss gemäß Abs. 1 über die Bestellung von Geschäftsführern oder Geschäftsführerinnen und die dazu abzuschließenden Verträge bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Oberkirchenrates A. B.

(3) Der Superintendentialausschuss und gegebenenfalls der bzw. die Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen haben der Superintendentialversammlung und dem Oberkirchenrat A. B. auf deren Verlangen Einsicht in seine Urkunden und Amtsschriften zu gewähren und Bericht zu erstatten.

4. Der Superintendent/die Superintendentin

Art 63 (1) Der Superintendent oder die Superintendentin wird von der Superintendentialversammlung mit Zweidrittelmehrheit für eine Funktionsperiode von zwölf Jahren gewählt, soferne nicht eine Amtszeitverlängerung gemäß Abs. 2 beschlossen wird. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Nach durchgeführter Wahl hat der Superintendentialkurator oder die Superintendentialkuratorin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der Gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der

Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

(3) Bei seinem bzw. ihrem Amtsantritt hat der oder die Gewählte auf die bisherigen Amtsstellen in und außerhalb der Evangelischen Kirche in Österreich zu verzichten.

(4) Der Superintendent oder die Superintendentin kann mit einer Pfarrgemeinde des Ortes, in dem sich der Sitz der Superintendentur befindet, im Einvernehmen mit dem Superintendentialausschuss, eine Vereinbarung abschließen, in welchem Ausmaß er oder sie sich in dieser Pfarrgemeinde zu Predigt oder Seelsorge verpflichtet. In diesem Fall erfolgt die Visitation der Pfarrgemeinde durch den Bischof oder die Bischöfin.

(5) Die Visitation der Pfarrgemeinde durch den Bischof oder die Bischöfin erfolgt auch dann, wenn der Superintendent oder die Superintendentin als Visitator oder Visitatorin befangen wäre.

Art 64 (1) Das Amt des Superintendenten oder der Superintendentin wird erledigt durch Zeitablauf, Beendigung des Dienstverhältnisses oder bei Eintritt von Unvereinbarkeiten gemäß Art. 19.

(2) Legt ein Superintendent oder eine Superintendentin aus Gründen, deren Stichhaltigkeit der Oberkirchenrat A. B. und die Superintendentialversammlung anerkennen müssen, sein oder ihr Amt freiwillig vor Vollendung der Dienstzeit nieder, so ist er oder sie, falls keine geeignete Pfarrstelle vorhanden und falls noch kein Anspruch auf Ruhegenuss gegeben ist, in den Wartestand zu versetzen.

(3) Der Superintendent oder die Superintendentin kann, wenn es das Wohl der Superintendenz oder der Evangelischen Kirche A. B. erfordert, auf Antrag oder mit Zustimmung der Superintendentialversammlung und des Kirchenpresbyteriums A. B. vom Oberkirchenrat A. B. abberufen werden. Die Bestimmungen des Abs. 2 gelten sinngemäß.

Art 65 (1) Dem Superintendenten oder der Superintendentin obliegt die geistliche Führung der Superintendenz. Er oder sie führt die Aufsicht über die kirchliche Ordnung der Superintendenz und die Vertretung und Verwaltung der Superintendenz in allen Fällen, die nicht ausdrücklich dem Superintendentialausschuss vorbehalten sind.

(2) Zum selbstständigen Wirkungskreis des Superintendenten bzw. der Superintendentin gehört außer den in anderen Bestimmungen angeführten Rechten und Pflichten insbesondere:

Z. 1. die Aufsicht über die schriftgemäße Verkündigung des Wortes Gottes, über die Sakramentsverwaltung und Einhaltung der liturgischen Ordnung der Kirche, die Verwendung der zugelassenen Lehrbücher und Gesangbücher sowie die Wahrung der bekenntnisgemäßen Grundlagen der Kirche;

Z. 2. die Aufsicht über das geistliche Leben in den Pfarr- und Teilgemeinden, über die Amtsführung der kirchlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen und der Angestellten der Pfarr- und Teilgemeinden sowie die Förderung des kirchlichen Lebens der Pfarr- und Teilgemeinden;

Z. 3. die Erlassung von Hirtenbriefen;

Z. 4. die Seelsorge an den Pfarrern und Pfarrerinnen sowie die Obsorge für deren wissenschaftliche und berufliche Fort- und Weiterbildung;

Z. 5. die Betreuung der Studierenden der Superintendenz, die sich dem Theologiestudium mit der Absicht widmen, in den Dienst der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich zu treten;

Z. 6. die Vorbereitung und Leitung der Pfarrkonferenzen und Rüstzeiten;

Z. 7. die Aufsicht und nötigenfalls die Entscheidung in Fragen der zweckmäßigen und gerechten Verteilung des Dienstes unter mehreren Geistlichen einer Pfarrgemeinde;

Z. 8. der geschwisterliche Ausgleich bei Unstimmigkeiten zwischen kirchlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen untereinander und anderen Gemeindegliedern;

Z. 9. die Erteilung der Erlaubnis zur Wortverkündigung und zur Sakramentsspendung (licentia concionandi) an ausgebildete Theologen und Theologinnen, die nicht in die Liste der zum Pfarramt Befähigten eingetragen sind; ferner die Aufsicht über die Lektoren und Lektorinnen und deren Beauftragung;

Z. 10. die Ordination und die Amtseinführung der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen;

Z. 11. die Einweihung von Kirchen, konfessionellen Schulen und sonstigen kirchlichen Gebäuden;

Z. 12. die Beurlaubung der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen und die Überprüfung der Vorsorge für die Führung des Pfarramtes während des Urlaubs oder der Krankheit eines Pfarrers bzw. einer Pfarrerin oder während der Erledigung einer Pfarrstelle;

Z. 13. die Erteilung der Altersnachsicht an Konfirmanden und Konfirmandinnen, die das 13. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und der Nachsicht für Trauungen in der geschlossenen Zeit, wo dies herkömmlich ist;

Z. 14. die Bestätigung der Lehrer und Lehrerinnen an evangelischen Pflichtschulen sowie der Leiter und Leiterinnen von Erziehungs- und Fürsorgeanstalten der Pfarrgemeinden;

Erläuterung: Alle anderen Ermächtigungen und Bestätigungen („vocatio“, im katholischen Kirchenrecht „missio canonica“ genannt) erteilt der Oberkirchenrat A. und H. B.

Z. 15. die Oberaufsicht über sämtliche evangelische Schulen sowie über den Religionsunterricht an sämtlichen Schulen der Superintendenz; wobei die unmittelbare Aufsicht an mittleren und höheren Schulen in ihrem Auftrag Fachinspektoren und Fachinspektorinnen ausüben;

Z. 16. die Aufsicht über die Verteilung der Religionsunterrichtsstunden in den Pfarr- und Tochtergemeinden sowie die Verteilung der Religionsunterrichtsstunden unter mehreren Geistlichen mehrerer Pfarrgemeinden;

Z. 17. die Beaufsichtigung des Matrikenwesens;

Z. 18. die Wahrung der Rechte der Evangelischen Kirche und den ihren Mitgliedern gewährleisteten Rechte, die Erhaltung des Friedens unter den Pfarrgemeinden der Superintendenz.

(3) Der Superintendent oder die Superintendentin ist berechtigt, sich im Einvernehmen mit seinen Stellvertretern oder Stellvertreterinnen bzw. mit ihren Stellvertretern oder Stellvertreterinnen bei einzelnen seiner oder ihrer Amtshandlungen durch einen anderen Pfarrer oder eine andere Pfarrerin seiner Superintendenz vertreten zu lassen, ist jedoch für die ordnungsgemäße Vornahme der Amtshandlungen verantwortlich.

(4) Der Superintendent oder die Superintendentin ist berechtigt, in allen Pfarrgemeinden der Superintendenz nach vorausgegangener Verständigung des amtsführenden Pfarrers oder der amtsführenden Pfarrerin Gottesdienst zu halten und Sakramente zu spenden.

5. Die Senioren und Seniorinnen

Art 66 (1) Die Senioren oder die Seniorinnen haben den Superintendenten oder die Superintendentin in seinen oder ihren Amtsgeschäften zu unterstützen. Ihr Wirkungskreis ist nach den Bedürfnissen der Superintendenz in der Superintendentialordnung zu bestimmen.

(2) Der dienstälteste Senior oder die dienstälteste Seniorin hat, soweit nicht anders bestimmt ist, den Superintendenten oder die Superintendentin bei dessen oder deren Verhinderung mit allen seinen bzw. ihren Rechten und Pflichten zu vertreten.

6. Die Visitation

Art 67 (1) Bei der Visitation der Pfarr- und Teilgemeinden der Superintendenz, in der Regel längstens alle zwölf Jahre, tunlichst in Begleitung des Superintendentialkurators oder der Superintendentialkuratorin, bei Bedarf von weiteren Mitgliedern des Superintendentialausschusses, hat sich der Superintendent oder die Superintendentin genaue Kenntnis zu verschaffen über den Stand des Pfarrgemeindelebens, insbesondere im Religionsunterricht an Schulen, in der Pflege der Kirchenmusik sowie in den diakonischen Einrichtungen der Superintendenz; ferner über die Amtsführung der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen und der Angestellten, über die Beachtung der Kirchenverfassung und der übrigen Kirchengesetze sowie der sonstigen Anordnungen der kirchlichen Stellen, über die Kanzleiführung und Vermögensgebarung der Pfarr- oder Teilgemeinde und über den Zustand der kirchlichen Gebäude.

(2) Der Superintendent oder die Superintendentin hat Wünsche und Beschwerden, die ihm oder ihr vorgebracht werden, entweder selbst zu erledigen oder an die sonst zuständige Stelle weiterzuleiten.

(3) Der Superintendent oder die Superintendentin hat über die Visitation jeder Pfarr- oder Teilgemeinde einen genauen Bericht an den Bischof oder die Bischöfin zu erstatten.

(4) Die Kosten der Visitation trägt die Superintendenz. Wird die Visitation von einer Pfarr- oder Teilgemeinde veranlasst, trägt diese die Kosten.

(5) Die Visitation der Superintendenz erfolgt durch den Bischof oder die Bischöfin, in Begleitung der Mitglieder des Oberkirchenrates A. B.

7. Die Superintendentur

Art 68 (1) Die Superintendentur führt die Geschäfte der Superintendenz. Sie wird vom Superintendenten oder von der Superintendentin geleitet.

(2) Der Sitz der Superintendentur ist über Antrag der Superintendentialversammlung vom Kirchenpresbyterium A. B. zu bestimmen. Umfasst eine Superintendenz ein Gebiet von mehr als einem Bundesland mit zwei in ihrem Gebiet liegenden Landeshauptstädten, kann in jedem Bundesland für dort zu führende Geschäfte eine Superintendentur errichtet werden.

X.
Werke, Gemeinschaften, Vereine, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Anstalten

Art 69 (1) Vereine, Anstalten, Stiftungen und Gesellschaften des Privatrechtes oder des öffentlichen Rechts können im Interesse der Evangelischen Kirche in Österreich kirchliche, diakonische oder mildtätige Aufgaben übernehmen oder übertragen erhalten. Ihnen kann auf Antrag die Führung einer der Bezeichnungen „evangelisch“, „evangelisch A. B.“, „evangelisch H. B.“, „evangelisch-lutherisch“, „evangelisch-reformiert“, „lutherisch“, „reformiert“ oder „protestantisch“ gestattet werden. Ohne diese Erlaubnis ist die Führung der genannten Bezeichnungen unzulässig und auf dem Rechtsweg zu untersagen.

(2) Mit der Zuerkennung einer in Abs 1 genannten Bezeichnungen bringt die Evangelische Kirche in Österreich gegenüber der Einrichtung und gegenüber den staatlichen Behörden zum Ausdruck, dass sie in der Tätigkeit der Einrichtung einen wichtigen Beitrag zum kirchlichen Leben sieht und dass sie durch den Beitrag der Einrichtung in ihrer eigenen Arbeit unterstützt wird.

(3) Die Zuerkennung der Bezeichnung kann jederzeit widerrufen werden, wenn die Kriterien der Zuerkennung nicht mehr vorliegen.

Art 70 (1) Werke, evangelisch-kirchliche Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen, die nach dem Recht der Evangelischen Kirche in Österreich errichtet werden, sind Körperschaften öffentlichen Rechts; sie sind als Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Österreich Unternehmen kraft Gesetzes. Sie stellen organisatorische Ausgliederungen der Evangelischen Kirche in Österreich dar, mit deren Hilfe kirchliche, insbesondere übergemeindliche, diakonische, missionarische, mildtätige Aufgaben, auch in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht, wahrgenommen werden.

(2) Mit der Errichtung bringt die Evangelische Kirche in Österreich zum Ausdruck, dass die Einrichtung unmittelbar und auf Dauer für sie selbst oder für eine ihrer Gliederungen tätig wird. Für die Einrichtungen hat der zuständige Oberkirchenrat auf der Grundlage von Vorschlägen

der Proponenten eine Ordnung zu entwerfen, welche Bestimmungen über den Arbeitsumfang, die Art der Führung und Verwaltung sowie über die gegenseitige Regelung des Verhältnisses und der wechselseitigen Zusammenarbeit zwischen der Landeskirche, ihren Gliederungen und dem betreffenden Werk zu enthalten hat. Diese Ordnung ist je nach der Einrichtung der Zugehörigkeit entweder der Generalsynode oder der Synode A. B. bzw. H. B. zur Genehmigung vorzulegen.

Erläuterung: Die evangelisch-kirchliche „Gemeinschaft" ist eine für das evangelische Kirchenrecht in Österreich neue Form der Vergemeinschaftung, obwohl bereits mehrere „Gemeinschaften" in diesem Sinne in Österreich bestehen und erfolgreich tätig sind. Auf die Muster dieser Form in einzelnen deutschen Landeskirchen sei ebenfalls verwiesen.

(3) Für Einrichtungen gemäß Abs 1 sind die staatlichen Gesetze für Unternehmen betreffend die organisatorische Ausgestaltung der juristischen Person, die Leitung und Betriebsführung, die Auflösung und das Liquidationsverfahren subsidiär anzuwenden. Insbesondere ist bei einer jährlichen Ein- und Ausgabenrechnung von über 350.000 Euro oder bei einer konsolidierten Bilanzsumme von über 1,5 Millionen Euro oder bei einer Zahl von über 20 vollzeitäquivalenten Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen eine qualifizierte, mit allen erforderlichen Haftungen ausgestattete Geschäftsführung einzusetzen und bei sonstiger persönlicher Haftung der Leitungsorgane Wirtschaftstreuhänderunternehmen zur Erstellung und Prüfung der Bilanz zu berufen.

(4) Einrichtungen gemäß Abs 1, die wirtschaftliche Aufgaben wahrnehmen, dürfen nur errichtet werden, wenn die nachhaltige wirtschaftliche Lebensfähigkeit bescheinigt werden kann. Ihre Auflösung hat zu erfolgen, wenn die Nachhaltigkeit nicht mehr gegeben oder nicht mehr anzunehmen ist. Mit dem Auflösungsbeschluss und der nachfolgenden Liquidation verliert die Einrichtung ihre Rechtspersönlichkeit; die zuständige kirchliche Stelle hat die staatliche Behörde über den Dienstweg des Oberkirchenrates A. und H. B. zu verständigen.

(5) Für Einrichtungen gemäß Abs 1 ist der jeweils zuständige Oberkirchenrat bzw. die für das Werk zuständige Gliederung der Evangelischen Kirche in Österreich das Aufsichtsorgan. Die Aufsicht betrifft die Prüfung der Rechtmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit der gesamten Geschäftstätigkeit des Werkes, der evangelisch-kirchlichen Gemeinschaft, der Anstalt oder Stiftung der Kirche. Aufsichtsmittel sind auf der Grundlage von Jahresberichten oder Meldungen insbesondere die Einschau in alle Daten und Unterlagen, die jederzeit und auf Verlangen sofort zu gewähren ist, ferner die Versiegelung der Unterlagen, die Einsetzung einer fachlich ausgewiesenen Person oder Organisation als Verwaltungskommissar zur Prüfung der Geschäftstätigkeit und der Vorbehalt des zuständigen Oberkirchenrates, bestimmte oder alle Geschäfte der Einrichtung der Kirche vorweg zu genehmigen. Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse A. B. und H. B., der Synoden bzw. der Generalsynode wird nicht berührt.

(6) Mitglieder der Oberkirchenräte A. B., H. B. und A. und H. B. dürfen in Werken, evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen keine Vorstands- oder Aufsichtsratsfunktion übernehmen, können jedoch ohne Stimmrecht mitwirken.

(7) Die Einrichtungen gemäß Abs 1 regeln und verwalten ihre Aufgaben selbstständig im Rahmen ihrer Ordnungen, im Rahmen der Kirchenverfassung, der Kirchengesetze und der sonstigen kirchenrechtlichen Regelungen. Eine wie immer geartete Haftung der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B. oder A. und H. B. ist ausgeschlossen.

(8) Hinsichtlich der Anerkennung als Werk der Evangelischen Kirche in Österreich oder einer ihrer Gliederungen als evangelisch-kirchliche Gemeinschaft, als Anstalt, oder Stiftung gilt Art 69 sinngemäß. Das Ansuchen ist bei der Generalsynode im Wege der zuständigen Superintendentur, des Oberkirchenrates A. B. bzw. H. B. bzw. A. und H. B. unter Anschluss der die Gründung und Führung regelnden Satzung oder einer Ordnung gemäß Art 70 Abs 1 einzubringen. Die Anerkennung durch die Verleihung einer Bezeichnung gemäß Art 69 Abs 2 kann unter den Voraussetzungen erfolgen, wie sie für die nach dem Recht der Evangelischen Kirche in Österreich geschaffenen Einrichtungen im Sinne des Art 70 Abs 1 genannt sind. Die Anerkennung kann jederzeit widerrufen werden, wenn der kirchliche Zweck nicht mehr erfüllt wird oder wenn die Tätigkeit das Wohl oder Ansehen der Evangelischen Kirche in Österreich schädigt. Die Anerkennung und der Widerruf sind mit Bescheid auszusprechen und im Amtsblatt zu verlautbaren.

Art 71 (1) Einrichtungen gemäß Art 69 und Art 70, die von der Evangelischen Kirche in Österreich finanziell unterstützt werden, unterliegen hinsichtlich dieser Unterstützung bzw. Förderung der Aufsicht der die Förderung gewährenden Gliederung der Evangelischen Kirche durch ihre Organe. Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse der Synode A. B. und H. B. bzw. der Generalsynode bleibt unberührt. Es entsteht oder besteht aus Anlass oder im Zusammenhang mit der Unterstützung und Förderung keine darüber hinausgehende Aufsichtspflicht, Haftung oder sonstige andere vermögensrechtliche Sicherungspflicht für die Evangelische Kirche oder eine ihrer Gliederungen.

(2) Einrichtungen gemäß Art 69 und Art 70 sind zu jährlichen Berichten über ihre Tätigkeit und ihre Finanzlage an den jeweils zuständigen Oberkirchenrat verpflichtet. Einrichtungen, die ausschließlich im Bereich einer Superintendenz tätig werden, sind zu Berichten an den jeweiligen Superintendentialausschuss verpflichtet. Sie haben Veränderungen in den Organen unverzüglich dem zuständigen Superintendenten oder Superintendentin und dem zuständigen Oberkirchenrat anzuzeigen. Sie haben rechtzeitig von wichtigen Prozessführungen, insbesondere vor Einbringung von Rechtsmitteln bei Höchstgerichten bzw. Gerichten der Europäischen Union den zuständigen Oberkirchenrat zu informieren.

(3) *entfällt.*

(4) *entfällt.*

(5) *entfällt.*

(6) *entfällt.*

(7) *entfällt.*

(8) *entfällt.*

(9) *entfällt.*

Art 72 (1) Für die Mitgliedseinrichtungen der „Diakonie Österreich“ kann der Oberkirchenrat A. und H. B. unter Berücksichtigung der Kriterien der Art 69 bis 72 mit der „Diakonie Österreich“ Ausnahmen vereinbaren. Der Oberkirchenrat A. und H. B. hat vor Abschluss solcher Vereinbarungen die Zustimmung des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Finanzausschusses einzuholen.

(2) Nähere Regelungen für die Einrichtungen gemäß Art 69 und Art 70, insbesondere über das Verfahren der Gründung, über die Kontrolle, die Auflösung und Liquidation sind durch Kirchengesetz zu treffen.

(3) *entfällt.*

(4) *entfällt.*

(5) *entfällt.*

(6) *entfällt.*

XI. Die Evangelisch-Lutherische Kirche
(Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses)
und
die Evangelisch-Reformierte Kirche
(Evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses)

1. Die Synoden

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Erläuterungen: Diese Stelle ist der passende Ort, um die neue Struktur der dritten Ebene, dem Modell B folgend, zusammenhängend zu erläutern:

- *Die Synode A. B., in gleicher Weise die Synode H. B., ist der kirchliche Gesetzgeber. Wie alle Gesetzgeber nach dem westlichen Verfassungsdenken hat die Synode noch weitere Aufgaben zu erfüllen; vor allem ist sie Wahlorgan.*
- *Wenn, wie in der Evangelischen Kirche, das Legalitätsprinzip herrscht, bedarf es der Durchführung der Kirchengesetze (insbesondere durch Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Maßnahmen verschiedener Art); dazu ist der Oberkirchenrat berufen. Er ist in Zukunft, mehr als früher, ein Exekutivorgan; er ist das operative Gremium, Kirchenleitung jedoch nicht mehr allgemein, sondern eingeschränkt im Sinne des Protestantengesetzes 1961 (pro foro externo). Er behält einige seiner Konsistorialagenden, ist aber nur mehr Aufsichtsorgan und nicht mehr Rechtsmittelinstanz.*
- *Der Synodalausschuss entfällt. Seine gegenwärtigen Agenden, die zum Teil nicht in der Kirchenverfassung verankert waren, und seine Zusammensetzung, die ursprünglich anders als heute gedacht war und praktiziert wurde, werden in Zukunft aufgeteilt: Einerseits auf die (ständigen) Ausschüsse der Synode, andererseits auf das Kirchenpresbyterium, u. U. auch dem Oberkirchenrat. Die Ausschüsse der Synode werden vollgültige Ausschüsse im Sinne der Synodenarbeit; sie werden der Synode zuarbeiten, ihre Vorlagen vorbereiten und daher auch während der Synodensession tagen. Sie werden Zustimmungs- und Antragsrechte erhalten, im Verzugsfall sogar einstweilige Verfügungen anstelle der Synode treffen können (in Rechtsfragen der Rechts- und Verfassungsausschuss, in theologischen Fragen der Theologische Ausschuss, in Finanzfragen der (neue) Finanzausschuss, bei Querschnittsmaterien zum Teil gemeinsam). Da die Synoden zweimal jährlich tagen werden, werden Fälle der einstweiligen Verfügung so gut wie entfallen. Die Zuständigkeiten des völlig neuen Organs „Kirchenpresbyterium“ hinsichtlich Anhörungen, Zustimmungen oder Ermächtigungen ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, folgt einer anderen Systemlogik.*
- *Der Oberkirchenrat und das neue Kirchenpresbyterium stehen nebeneinander, beide organisationsrechtlich unter der Synode. Sie sind ihr verantwortlich. Wenngleich also beide Durchführungs- und/oder Vorbereitungs- und Entscheidungsaufgaben zu übernehmen haben, sind es ganz unterschiedliche Aufgaben im neuen System der dritten Ebene.*
- *Das Kirchenpresbyterium wird Aufgaben erfüllen, die bisher in keinem Organ der Evangelischen Kirche gebündelt waren, nämlich Planung und Maßnahmen zur Entwicklung der Evangelischen Kirche in Österreich und in der GEKE. Solche Zuständigkeiten waren bisher zerstreut und/oder mehrfach angesiedelt. In diesem Sinne ist das Kirchenpresbyterium neben dem Oberkirchenrat ein zweites kirchenleitendes Organ, wenngleich nicht pro foro externo. Das Kirchenpresbyterium verbindet die drei Grundprinzipien evangelischer Kirchenverfassungen, nämlich das presbyterial-synodale und episkopale Element. In seiner Zusammensetzung, durch seinen Namen und durch seine Aufgaben wird deutlich, dass Kirche nach evangelischem Verständnis auch auf der dritten Ebene als Gemeinde gestaltet und geordnet wird. Das Kirchenpresbyterium versteht sich als Dienst, im Auftrag des Evangeliums, Verantwortung für die Gesamtkirche wahrzunehmen.*
- *Die Superintendentenkonferenz, in ihren drei Formationen, wird entfallen oder kann als Ausschuss oder Ad-hoc-Treffen des Kirchenpresbyteriums in Zukunft bestehen bleiben. Die Fachinspektoren/innen erhalten als ihre Plattform die Religionspädagogische Kommission der Synode/Generalsynode.*
  Termine werden eingespart; die Arbeit, die bisher an verschiedenen Orten nicht oder teilweise oder mehrfach erledigt wurde, wird fokussiert und an einer Stelle, nämlich im Kirchenpresbyterium, zusammengeführt.

- *Das Kirchenpresbyterium ist nicht der Synodalausschuss „alt", ersetzt ihn nicht und setzt ihn nicht fort. Es ist ein Organ der Exekutivebene, ein neues Organ im System. Gleichwohl ist es, wenn seine Zuständigkeiten berührt sind, zu hören oder um Zustimmung zu ersuchen. Es ist antragsberechtigt in der Synode. Wie bei allen grundlegenden Änderungen ist zu erwarten, dass viele das Kirchenpresbyterium als einen „neuen Synodalausschuss" verstehen, nicht aber als ein Organ, das die Entwicklung und die Zukunftsorientierung der Kirche in erster Linie verantwortet. Dafür sind am wenigsten die dem Kirchenpresbyterium eingeräumten Entscheidungskompetenzen relevant; vielmehr sind es Studien und Projekte, die Planungen und Entwicklungsmaßnahmen vorbereiten und grundlegen werden, ebenso die Grundsatzdebatten in theologischer, ökumenischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht (z. B. Bekenntnisfragen in der nationalen und internationalen Zusammenarbeit mit evangelischen und anderen christlichen Kirchen, Mitarbeit in internationalen Gremien, Finanzplanungen und die Erarbeitung von Stellenplänen, die auch während einer fünfjährigen Laufdauer mehrfach zu beraten und zu gestalten sein werden).*
- *Der Landeskurator/die Landeskuratorin entfällt. Das weltliche Pendant zum Bischof wird, systemlogisch berechtigt, der Präsident oder die Präsidentin der Synode A. B. Dieser neue Funktionär soll in Zukunft nicht (wie die Stellvertreter oder Stellvertreterinnen) aus der Mitte der Synode gewählt werden, sondern aus allen Mitgliedern der Evangelischen Kirche in Österreich. Als Vorsitzender der Synode A. B. wird er zusätzliche Aufgaben, insbesondere in der allgemeinen Öffentlichkeit, übernehmen müssen.*
  Obwohl überwiegend alte Bezeichnungen verwendet werden, haben die Organe und Funktionäre weitgehend neue Aufgaben und Systemfunktionen erhalten. Der Präsident oder die Präsidentin werden sich in Zukunft stärker in der Öffentlichkeit der Kirchen und der Politik und im Leben der Pfarrgemeinden engagieren. Der Oberkirchenrat ist neu gestaltet. Der Finanzausschuss wird alle bisherigen Ausschüsse für Budget und Wirtschaft ersetzen und umfassend tätig sein. Die Änderungen bedeuten eine Verwaltungsreform, die — wenn schon nicht viele Kosten — viele Termine und Verdoppelungen einsparen wird. Zum Teil tragen die Veränderungen auch jüngsten Entwicklungen Rechnung, wie z. B. die notwendige Einbindung der Superintendenten und der Superintendentialkuratoren in kirchenleitende Aufgaben und Maßnahmen.

Art 73 (1) Die „Evangelische Kirche A. B." bzw. die „Evangelisch-Lutherische Kirche", umfasst alle Superintendenzen A. B., deren Pfarrgemeinden, sowie die Werke, die evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen dieser Kirche.

(2) Die „Evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses" bzw. die „Evangelisch-Reformierte Kirche", kurz „Evangelische Kirche H. B.", umfasst alle Pfarrgemeinden H. B. und die Pfarrgemeinden A. und H. B. im Bundesland Vorarlberg sowie die Werke, evangelisch-kirchliche Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen dieser Kirche.

(3) Die Organe dieser Evangelischen Kirchen sind die Synoden, der Rechts- und Verfassungsausschuss, der Theologische Ausschuss und der Finanzausschuss, wenn sie verbindliche Beschlüsse fassen, die Kirchenpresbyterien und die Oberkirchenräte.

(4) Die Funktionsperiode der Synoden beginnt mit dem Zeitpunkt ihrer Konstituierung und endet mit dem Zeitpunkt der Konstituierung der neu gewählten Synoden.

(5) Die Mitglieder der Synoden werden auf sechs Jahre gewählt und können nach Ablauf ihrer Funktionsdauer wieder gewählt werden.

(6) Für jedes gewählte Mitglied ist ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu wählen, der oder die im Fall vorübergehender Verhinderung des gewählten Mitglieds dieses vertritt, ohne in der Synode das passive Wahlrecht zu erhalten.

(7) Scheidet ein Mitglied aus, ist für die restliche Dauer der Synode ein neues Mitglied zu wählen oder zu bestellen. Bis zur Neuwahl oder Bestellung nimmt der allfällige Stellvertreter oder die allfällige Stellvertreterin ohne passives Wahlrecht in der Synode die Funktion des oder der Ausgeschiedenen wahr.

Erläuterung: Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Stellvertreter oder die Stellvertreterin nominiert und gewählt werden kann.

(8) Jedes Mitglied der Synode hat seinem Organ, von dem es in die Synode gewählt bzw. entsandt worden ist, regelmäßig über seine Tätigkeit in der Synode zu berichten.

(9) Die Mitgliedschaft zur Synode erlischt auch vor Ablauf deren Amtsperiode

Z. 1. für gewählte und entsendete Mitglieder, wenn sie die Voraussetzungen ihrer Wählbarkeit verlieren.

Z. 2. wenn ein von der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien aus dem Kreis der an ihr lehrenden Universitätsprofessoren oder Universitätsprofessorinnen der Theologie A. B. bzw. H. B. entsendetes Mitglied diesem Personenkreis nicht mehr angehört.

Z. 3. wenn ein Vertreter oder eine Vertreterin der Religionslehrer und Religionslehrerinnen nicht mehr angestellt ist oder die Tätigkeit nicht mehr ausübt.

Erläuterung: Voraussetzung der Mitgliedschaft ist die Anstellung; Karenzierungen führen daher nicht zur Beendigung der Funktion.

Art 74 (1) Den Synoden obliegt die Gesetzgebung für ihre Kirche sowie die Beratung und Beschlussfassung über alle wichtigen Angelegenheiten der Gesamtkirche. Zu ihrem Wirkungskreis gehören insbesondere:

Z. 1. die Erlassung der Geschäftsordnung der Synode, ihrer Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams;

Z. 2. die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin (A. B.) bzw. des oder der Vorsitzenden (H. B.), sowie die Wahl der Stellvertreter bzw. der Stellvertreterinnen; Mitglieder der Oberkirchenräte sind für das Amt des Präsidiums bzw. des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden nicht wahlfähig;

Erläuterung: Siehe § 34 Wahlordnung.

Z. 3. die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter bzw. deren Stellvertreterinnen in Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams;

Z. 4. die Entscheidung über Fragen der kirchlichen Lehre und der gottesdienstlichen Ordnung;

Z. 5. die Beratung und Beschlussfassung über die nur diese Kirche betreffenden gesetzlichen Regelungen, einschließlich der Kirchenverfassung, insbesondere auch die Genehmigung von Verfügungen mit einstweiliger Geltung; die Beratung über Berichte betreffend die geistliche Entwicklung und den Zustand der Kirchen; die Stellungnahme zu Vorlagen des Oberkirchenrates;

Z. 6. die Beratung und Beschlussfassung über Anträge, die sie selbst betreffen, an die Generalsynode, insbesondere hinsichtlich der Kirchenverfassung und anderer landeskirchlicher Gesetze;

Z. 7. die Zulassung von Agenden, Gesangsbüchern, Bibel- und Katechismusausgaben; bei allen Maßnahmen und Entscheidungen über kirchenmusikalische Angelegenheiten sind Stellungnahmen der Fachkräfte, insbesondere des Landeskantors bzw. der Landeskantorin einzuholen;

Z. 8. die Beschlussfassung über Angelegenheiten der Art 69 bis 72;

Z. 9. die Erlassung von Richtlinien für die Subventionsvergabe und für die Finanzgebarung der Kirche im Allgemeinen;

Z. 10. die Beschlussfassung über die Haushaltspläne und die Rechnungsabschlüsse, die Bestellung der Abschlussprüfer; kommt ein Beschluss über den Haushalt des nächsten Jahres nicht zustande, wird für jeden Monat 1/12 des Vorjahreshaushaltes bereitgestellt;

Erläuterung: Zur Erstellung der Dokumente nach Z 10 ist der jeweils zuständige Oberkirchenrat berufen. Bei Abänderungen während der Beratungen der Synode ist vor der endgültigen Beschlussfassung der Finanzausschuss zu hören. Die Geschäftsordnung wird konkrete Regelungen treffen.

Z. 11. die Entscheidung über Aufsichtsbeschwerden gegen die Kirchenpresbyterien und die Oberkirchenräte oder deren Mitglieder.

Erläuterung: Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Oberkirchenräte und anderer Organe sind an den Revisionssenat zu richten, sofern nicht Sonderregelungen bestehen.

(2) Die Aufgaben gemäß Abs. 1 Z 10 werden in der Kirche H. B. über Auftrag der Synode H. B. vom Kontrollausschuss H. B. wahrgenommen.

(3) Wenn die Synoden zu gemeinsamer Beratung über gemeinsame Angelegenheiten zusammentreten, erfolgt die Abstimmung getrennt nach Synoden. Übereinstimmende Beschlüsse der Synode A. B. und H. B. gelten als Beschluss der Generalsynode. Die Geschäftsordnung der Generalsynode legt den Vorsitz bei gemeinsamen Beratungen fest.

(4) Die Synoden sind nicht berechtigt, das Bekenntnis ihrer Kirche zu ändern.

Art 75 (1) Die Synoden treten zusammen und verfahren nach den Bestimmungen der Kirchenverfassung und den von ihnen zu beschließenden Geschäftsordnungen. Sofern dort nichts Näheres bestimmt ist, gelten die Regelungen der Verfahrensordnung.

(2) Die von den Synoden gefassten allgemein verbindlichen Beschlüsse sind vom Oberkirchenrat A. und H. B. ohne Verzug im Amtsblatt für die Evangelische Kirche in Österreich zu verlautbaren und erlangen, wenn im Beschluss nichts anderes bestimmt ist, eine Woche nach der Verlautbarung rechtsverbindliche Kraft.

Erläuterung: Siehe das einschlägige Kirchengesetz.

(3) Davon sind Regelungen ausgenommen, auf die Art. 111 Abs. 6 Anwendung findet. Diese Regelungen treten erst nach Abschluss des Verfahrens gemäß Art. 111 Abs. 3 und 4 in Kraft.

(4) Verhandlungsschriften und sonstige Schriftstücke der Synoden, der Generalsynode und der Kirchenpresbyterien sind dem zuständigen Oberkirchenrat zur Aufbewahrung zu übergeben.

1.2 Die Synode A. B.

Art 76 (1) Mitglieder der Synode A. B. sind:

Z. 1. der Bischof oder die Bischöfin;

Z. 2. der Präsident oder die Präsidentin der Synode, der oder die mit Amtsantritt aus einem Presbyterium, aus einem Superintendentialausschuss oder aus einem Oberkirchenrat ausscheidet, falls er diesen kirchlichen Leitungsämtern angehört;

Z. 3. die Mitglieder des Oberkirchenrates A. B.;

Z. 4. die Superintendenten und Superintendentinnen, die Superintendentialkuratoren und Superintendentialkuratorinnen;

Z. 5. die von den Superintendentialversammlungen gewählten Abgeordneten;

Z. 6. bis zu drei von der Synode mit einfacher Mehrheit gewählte weitere Abgeordnete;

Z. 7. ein von der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien aus dem Kreis der an ihr lehrenden Universitätsprofessoren oder Universitätsprofessorinnen der Lutherischen Theologie entsendetes Mitglied;

Z. 8. je ein angestellter, nichtordinierter Vertreter oder eine angestellte, nichtordinierte Vertreterin der Religionslehrer und Religionslehrerinnen an allgemein bildenden und an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie ein angestellter, nichtordinierter Vertreter oder eine angestellte, nichtordinierte Vertreterin an Pflichtschulen;

Z. 9. ein Vertreter oder eine Vertreterin der „Diakonie Österreich“;

Z. 10. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Kirchenmusik entsendet vom Beirat für Kirchenmusik.

(2) Insgesamt darf die Zahl der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen die Zahl der weltlichen Mitglieder nicht übersteigen. Übersteigt die Zahl der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen die Zahl der weltlichen Mitglieder, ist der Präsident der Synode A. B. ermächtigt, geeignete Vorkehrungen für die Einhaltung der Bestimmung zu treffen.

Erläuterung: Damit ist klargestellt, dass die Zahl der weltlichen Mitglieder die Zahl der geistlichen überschreiten kann und wird.

(3) Von den Superintendentialversammlungen sind je zwei Abgeordnete geistlichen und weltlichen Standes zu wählen. Superintendenzen, die mehr als 40.000 Mitglieder zählen, entsenden je angefangene weitere 20.000 Mitglieder je ein weiteres Mitglied geistlichen und weltlichen Standes. Grundlage der Berechnung ist der vom Oberkirchenrat im Amtsblatt der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich in dem der Konstituierung der Synode vorangegangenen Jahr verlautbarte Seelenstandsbericht.

(4) Wählbar zu Mitgliedern geistlichen Standes sind gewählte bestellte bzw. zugeteilte Pfarrer und Pfarrerinnen der Superintendenz, zu Mitgliedern weltlichen Standes wahlfähige Mitglieder der Evangelischen Kirche A. B., die einem Presbyterium angehören oder mindestens eine Funktionsperiode angehört haben.

(5) Näheres bestimmen die Wahlordnung, die Geschäftsordnungen bzw. die Ordnungen der Werke und der evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen.

Art 77 (1) Zusätzlich zu den Aufgaben nach Art 74 gehören zum Aufgabenbereich der Lutherischen Synode

Z. 1. die Wahl des Bischofs oder der Bischöfin, des Präsidenten oder der Präsidentin aus den wahlfähigen Mitgliedern der Evangelischen Kirche A. B., die einem Presbyterium angehören oder mindestens eine Amtsperiode angehört haben; ferner die Wahl der Stellvertreter oder Stellvertreterinnen des Präsidenten oder der Präsidentin, die aus der Mitte der Synode A. B. gewählt werden; ferner die Wahl der Mitglieder des Oberkirchenrates (Art 86 Abs 2). Abberufungen dieser Mitglieder der Synode A. B. erfolgen nach den Vorschriften ihrer Wahl.

Z. 2. Aussprache über den Bericht des Bischofs oder der Bischöfin;

Z. 3. die Entlastung des Finanzausschusses und des Oberkirchenrates A. B.

(2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln ist erforderlich:

Z. 1. bei der Wahl des Bischofs oder der Bischöfin, des Präsidenten oder der Präsidentin;

Z. 2. bei der Abberufung des Bischofs oder der Bischöfin, des Präsidenten oder der Präsidentin, der Oberkirchenräte oder Oberkirchenrätinnen;

Z. 3. bei Beschlüssen zur Kirchenverfassung und Wahlordnung sowie bei Beschlüssen gemäß Art. 74 Abs. 1 Z. 1, 4 und 7;

Z. 4. die Zustimmung oder die Ablehnung des längerfristigen, d. h. zumindest fünfjährigen Stellenplanes der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B., der vom zuständigen Kirchenpresbyterium nach einem Entwurf des zuständigen Oberkirchenrates und nach Befassung des Finanzausschusses zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Erläuterungen:

a) Z 12 bedeutet ein Ja oder Nein zur Vorlage, bei Änderungen ist das Verfahren vom jeweiligen Stand quo ante an zu wiederholen.

b) Jeder Superintendenz werden Pfarrstellen/ Dienstposten zugewiesen, die in dieser vom Superintendentialausschuss den Pfarrgemeinden bzw. Einrichtungen zuzuteilen sind.

(3) In der Synode A. B. führt der Präsident oder die Präsidentin den Vorsitz. Er oder sie bilden mit den Stellvertretern oder den Stellvertreterinnen das Präsidium der Synode A. B.

(4) Das Präsidium beruft die Synode A. B ein. Sie tagt zweimal jährlich. Die Tagesordnung, den Ort und die Zeit der Sessionen legt das Präsidium der Synode nach Anhörung des Kirchenpresbyteriums fest. Die Konstituierung der Synode, die Segnung und Angelobung ihrer Mitglieder erfolgt durch den Bischof bzw. die Bischöfin, ebenso die Amtseinführung des Präsidenten oder der Präsidentin.

(5) In der Geschäftsordnung ist näher zu regeln, dass und in welcher Form die Ausschüsse der Synode während der Session der Synode zur Beratung zusammentreten können.

1.3 Die Synode H. B.

Art 78 (1) Mitglieder der Reformierten Synode (Synode H. B.) sind:

Z. 1. alle Pfarrer und Pfarrerinnen auf Pfarrstellen der einzelnen Pfarrgemeinden sowie die Presbyter und Presbyterinnen, die jedes Presbyterium aus seiner Mitte entsprechend der Anzahl der Pfarrstellen wählt;

Z. 2. ein von der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien aus dem Kreise der an ihr lehrenden Universitätsprofessoren oder Universitätsprofessorinnen der reformierten Theologie entsendetes Mitglied;

Z. 3. je ein Vertreter oder eine Vertreterin von dem im Bereich der Evangelischen Kirche H. B. tätigen Religionslehrern und Religionslehrerinnen namhaft gemachte Vertreter oder Vertreterinnen, nämlich an allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie an Pflichtschulen;

Erläuterung: Die konfessionelle Zuordnung ist nicht relevant, sondern die Tätigkeit im Bereich der Kirche H. B.

Z. 4. ein oder eine von den Diakonen und Diakoninnen der Reformierten Kirche namhaft gemachtes Mitglied.

(2) Die Mitgliedschaft zur Synode H. B. erlischt auch vor Ablauf ihrer Funktionsdauer, wenn ein Pfarrer oder eine Pfarrerin die Pfarrstelle nicht mehr innehat oder der Presbyter oder Presbyterin aus dem Presbyterium, das es wählte, ausscheidet.

Art 79 (1) Zum Wirkungskreis der Synode H. B. gehört insbesondere

Z. 1. die Wahl des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin;

Z. 2. die Wahl der sieben Mitglieder der Synode H. B. in der Generalsynode;

Z. 3. die Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin in den Jugendrat H. B.;

Z. 4. die Beratung über den Zustand und die Bedürfnisse der Pfarr- und Teilgemeinden der Evangelischen Kirche H. B. auf Grund eines vom Landessuperintendenten oder von der Landessuperintendentin erstatteten Berichtes, insbesondere mit Bezug auf Gottesdienst, Weltmission und Ökumene, Kirchenzucht, Schulwesen, Jugendarbeit, Diakonie und soziale Verantwortung, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und kulturelle Aktivitäten sowie die Sorge für Vertiefung und Ausbau des kirchlichen Lebens in den Pfarrgemeinden;

Z. 5. die Beschlussfassung über Anträge der Presbyterien sowie über Anträge aus der Mitte der Synode H. B., falls sie von mindestens drei anwesenden Mitgliedern unterstützt werden;

Z. 6. die Entscheidung über Berufungen gegen Entscheidungen des Oberkirchenrates H. B., soweit nicht der Revisionssenat zuständig ist;

Z. 7. die Beratung über Angelegenheiten der Kirchenverfassung und über Beschwerden wegen Verletzung der der Evangelischen Kirche H. B. und ihren Mitgliedern gewährleisteten Rechte;

Z. 8. die in Art. 74 und 97 Abs 10 festgelegten Aufgaben.

(2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln ist erforderlich bei der Wahl des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin und bei Beschlüssen über Bestimmungen der Kirchenverfassung bzw. der Wahlordnung.

(3) *entfällt.*

2. Das Kirchenpresbyterium A. B.

Erläuterung: siehe Motivenbericht (A)

Art 80 (1) Dem Kirchenpresbyterium A. B. gehören von amtswegen an:

Z. 1. der Bischof oder die Bischöfin;

Z. 2. der Präsident oder die Präsidentin der Synode A. B.;

Z. 3. die Oberkirchenräte oder Oberkirchenrätinnen A. B.;

Z. 4. die Superintendenten oder Superintendentinnen;

Z. 5. die Superintendentialkuratoren bzw. die Superintendentialkuratorinnen. Im Verhinderungsfall treten die entsprechenden Stellvertreter oder Stellvertreterinnen an die Stelle der Mitglieder des Kirchenpresbyteriums.

(2) Im Kirchenpresbyterium führen der Bischof oder die Bischöfin und der Präsident oder die Präsidentin unter gemeinsamer Verantwortung den Vorsitz im Wechsel.

(3) *entfällt.*

(4) *entfällt.*

(5) *entfällt.*

Art 81 (1) Das Kirchenpresbyterium A. B. trägt die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Evangelischen Kirche A. B. Es hat darauf zu achten, dass die Evangelische Kirche A. B. in allen ihren Gliederungen den ihr in den Lebensvollzügen (Art 1 Abs 1) anvertrauten Auftrag erfüllen kann. Es hat insbesondere die Aufgabe, die längerfristigen Planungen, die grundsätzlichen Entwicklungslinien der Evangelischen Kirche A. B. zu erarbeiten, zu beraten und der Synode A. B. zur Beschlussfassung vorzulegen; im Besonderen

Z. 1. die längerfristigen, zumindest fünfjährigen Stellenpläne für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Kirchenamt A. B.;

Z. 2. die Erarbeitung von Stellungnahmen zu grundsätzlichen religiösen, kirchlichen und gesellschaftlichen Fragen, insbesondere zwischen den Sessionen der Synode A. B.;

Z. 3. die Festlegung der Pflichtkollekten;

Z. 4. die Erarbeitung allgemeiner Grundsätze für die Ausbildung und Prüfung der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen;

Z. 5. die Vorschläge zu kirchlichen Feiertagen;

Z. 6. die grundsätzliche, theologisch begründete Regelung des Kircheneinn- und -austrittes.

(2) Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich das Kirchenpresbyterium insbesondere des Kirchenamtes A. B. oder externer Experten oder Expertinnen.

(3) Sofern es zur Umsetzung der Beschlüsse des Kirchenpresbyteriums der Erlassung von Kirchengesetzen bedarf, hat das Kirchenpresbyterium auf dem vorgesehenen Weg die Synode A. B. zu befassen und Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen; es ist in der Synode antragsberechtigt. Zur unmittelbaren Umsetzung der Beschlüsse ist das Kirchenamt unter Verantwortung des Oberkirchenrates A. B. verpflichtet. Das Kirchenpresbyterium kann das Kirchenamt A. B. oder den Oberkirchenrat mit bestimmten Angelegenheiten beauftragen.

(4) Das Kirchenpresbyterium tagt in der Regel viermal jährlich; Tagesordnung, Ort und Zeit der Sitzungen legen die Vorsitzenden im Einvernehmen mit den Mitgliedern gemeinsam fest. Beschlüsse auf schriftlichem Weg sind zulässig.

(5) Bei Sitzungen der Kirchenpresbyterien A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung führt der Präsident oder die Präsidentin A. B., in deren Vertretung der oder die Vorsitzende der Synode H. B. den Vorsitz.

(6) Zu außerordentlichen Sitzungen ist das Kirchenpresbyterium einzuberufen, wenn dies von mindestens vier Mitgliedern bzw. vom Oberkirchenrat beantragt wird.

(7) Näheres zum Verfahren der Kirchenpresbyterien bestimmen die Geschäftsordnung der Synode A. B., der Synode H. B. und der Generalsynode.

3. Das Kirchenpresbyterium H. B.

Art 82 (1) Dem Kirchenpresbyterium H. B. gehören der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Synode H. B. sowie zwei geistliche und zwei weltliche Abgeordnete an, welche die Synode H. B. aus ihrer Mitte wählt. Von den geistlichen Mitgliedern muss mindestens einer oder eine, von den weltlichen müssen beide die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

(2) Wählbar zum geistlichen Mitglied ins Kirchenpresbyterium ist jeder geistliche Amtsträger oder jede geistliche Amtsträgerin der Kirche H. B.

(3) Eines der weltlichen Mitglieder soll über Qualifikationen und Erfahrungen in wirtschaftlichen Belangen verfügen, ein anderes über solche juristischer Art.

4. Ausschüsse, Kommissionen, Projekte

Art 83 (1) Ausschüsse und Kommissionen werden von der Synode oder dem Kirchenpresbyterium auf die Dauer der Amtsperiode der Synode A. B. eingesetzt. Die Mitglieder der Ausschüsse werden aus der Mitte der jeweiligen Organe gewählt. Die ebenfalls von der Synode oder dem Kirchenpresbyterium zu wählenden Mitglieder der Kommissionen können dagegen maximal bis Zweidrittel nicht dem sie einsetzenden Organ angehören, die letztgenannten Mitglieder müssen aber dem Presbyterium einer Evangelischen Pfarrgemeinde angehören oder zumindest für die Zeitdauer einer Funktionsperiode angehört haben. Die Ausschüsse und Kommissionen haben die Beratungen der Synode oder des Kirchenpresbyteriums vorzubereiten und Beschlussvorlagen auszuarbeiten. Projektteams werden zeitlich befristet mit konkreten Arbeitszielen, Arbeitsmethoden und den zu erwartenden Ergebnissen von der Synode, dem Oberkirchenrat oder dem Kirchenpresbyterium eingerichtet und von dem sie einrichtenden Organ besetzt. Für die Mitglieder eines Projektteams besteht kein Erfordernis einer Mitgliedschaft in dem sie einsetzenden Organ, davon ausgenommen ist der Leiter bzw. die Leiterin des Projektteams, welche dem sie einsetzenden Organ angehören muss. Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams werden von dem sie einsetzenden Organ finanziert.

(2) Die Leitung der Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams obliegt jeweils einem Mitglied des sie einsetzenden Organs. Im Übrigen regeln die Wahlordnung und allenfalls die Geschäftsordnung die Besetzung, das Verfahren und die Aufgaben der Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams.

(3) Die Mitglieder der Oberkirchenräte sind berechtigt, an den Sitzungen der Ausschüsse, Kommissionen oder Projektteams ohne Stimmrecht teilzunehmen.

(4) Als ständige Ausschüsse sind von der Synode A. B. der Theologische Ausschuss, der Rechts- und Verfassungsausschuss, der Finanzausschuss, der Kontrollausschuss und der Nominierungsausschuss einzurichten. Der Bischof oder die Bischöfin ist von Amts wegen Mitglied des Theologischen Ausschusses und des Nominierungsausschusses, ein Mitglied des Präsidiums der Synode A. B. Mitglied des Finanzausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses.

(5) Die Synode kann nach Zweckmäßigkeit weitere Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams einrichten.

(6) Der Rechts- und Verfassungsausschuss, in theologischen Fragen gemeinsam mit dem Theologischen Ausschuss, ist ermächtigt, mit Zweitdrittelmehrheit namens der Synode A. B. Verfügungen mit einstweiliger Geltung über Antrag des Oberkirchenrates A. B. zu erlassen (Art 88); sie sind der nächsten Session der Synode A. B. zur Bestätigung oder Aufhebung vorzulegen. Der Finanzausschuss ist ermächtigt, jederzeit die Finanzlage der Evangelischen Kirche A. B. zu prüfen, allfällige Nachtragshaushalte über Antrag des Oberkirchenrates A. B. mit Zweidrittelmehrheit zu genehmigen, bei Gefahr im Verzug einzuschreiten und die zum Wohle der Evangelischen Kirche A. B. nötig erscheinenden Maßnahmen bei den zuständigen Organen anzuregen und insbesondere Sitzungen der Synode A. B., des Oberkirchenrates A. B. und des Kontrollausschusses einzuberufen.

(7) Über Antrag des Oberkirchenrates A. B. des Kirchenpresbyteriums A. B., der Ausschüsse und Kommissionen kann das Präsidium der Synode A. B. beschließen, dass in wichtigen Fällen Anträge vor deren Vorlage an die Synode A. B. bzw. Generalsynode den Presbyterien in der Evangelischen Kirche A. B. auch den Superintendentialausschüssen mitzuteilen sind.

(8) *entfällt.*

5. Die Kontrollausschüsse

Art 84 (1) Die Synoden A. B. und H. B. wählen für ihre Amtsdauer zur Prüfung der Rechnungsabschlüsse ihrer jeweiligen Kirchen Kontrollausschüsse, in der Regel aus ihrer Mitte.

(2) In den Kontrollausschuss der Synode A. B. können auch Personen gewählt werden, die einem Superintendentialausschuss angehören, in die Kontrollausschüsse der Synode H. B. können auch Personen gewählt werden, die einem Presbyterium angehören. Der oder die Vorsitzende der Synode H. B. gehört dem Vorsitz des Kontrollausschusses der Synode H. B. von Amts wegen an.

(3) Als Mitglied eines Kontrollausschusses ist nur wählbar, wer in der zu prüfenden Periode weder einem Kirchenpresbyterium oder einem Finanzausschuss noch einem Oberkirchenrat angehört hat.

(4) Den Kontrollausschüssen obliegt die Prüfung der gesamten Gebarung ihrer Kirchen sowie ihrer Werke, evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Stiftungen und Einrichtungen auf die Ordnungsmäßigkeit und auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Über das Ergebnis ihrer Prüfungen haben sie schriftlich der zuständigen Synode zu berichten. Der Kontrollausschuss A. B. hat dabei den Bericht eines beeideten Wirtschaftsprüfers zu berücksichtigen.

(5) Bei Gefahr im Verzug haben die Kontrollausschüsse

das Recht, die Einberufung der Synode A. B. bzw. der Synode H. B. zu verlangen.

(6) Der Oberkirchenrat A. B. bzw. der Oberkirchenrat H. B., alle mit der Vermögensverwaltung der Kirchen befassten Personen sowie die Verantwortlichen der Werke und Einrichtungen haben dem Kontrollausschuss alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

(7) Der Kontrollausschuss H. B. hat das Recht, jederzeit die Finanzgebarung seiner Kirche zu überprüfen. Der Haushaltsplan und der Rechnungsabschluss bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit seiner Genehmigung (Art. 74 Abs. 1 Z. 10).

6. Der Oberkirchenrat A. B. und H. B.

6.1 Allgemeine Bestimmungen

Art 85 (1) Die Mitglieder des Oberkirchenrates müssen die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt.

(2) Soweit in den folgenden Bestimmungen nichts anderes vorgesehen ist, verhandelt der Oberkirchenrat in Sitzungen; er ist nach ordnungsgemäßer Einberufung bei Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder beschlussfähig.

(3) Der Oberkirchenrat kann unter seiner Verantwortung Personen, die ihm nicht angehören, die Betreuung einzelner Arbeitsbereiche bzw. die Besorgung einzelner Aufgaben übertragen. Die Aufgaben des oder der Berufenen sind schriftlich festzuhalten, sofern nicht ein Dienstverhältnis begründet wird.

(4) Der Oberkirchenrat und jedes einzelne seiner Mitglieder sind der jeweils zuständigen Synode verantwortlich.

Art 86 (1) Ein Mitglied des Oberkirchenrates kann mit Zustimmung der Synode A. B. oder H. B. vor Ende der Amtsperiode, für die es gewählt wurde, auf seine Funktion verzichten.

(2) Ein Mitglied des Oberkirchenrates A. B. kann, wenn es das Wohl der Kirche erfordert, durch einen mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschluss der Synode abberufen werden.

6.2 Der Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche (Evangelische Kirche A. B.)

Art 87 (1) Der Oberkirchenrat A. B. hat seinen Sitz in Wien.

(2) Der Oberkirchenrat A. B. besteht aus sechs Mitgliedern. Der Bischof oder die Bischöfin gehören dem Oberkirchenrat von Amts wegen an, die weiteren Mitglieder wählt die Synode A. B. Zwei der zu wählenden Mitglieder haben dem geistlichen, drei dem weltlichen Stand anzugehören. Über Beschluss der Synode A. B. können für einzelne oder alle gewählten Oberkirchenräte bzw. Oberkirchenrätinnen stellvertretende Oberkirchenräte oder Oberkirchenrätinnen gewählt werden.

(3) *entfällt.*

Art 88 (1) Dem Oberkirchenrat A. B. obliegt die oberste Verwaltung der Evangelischen Kirche A. B; er führt die Aufträge der Synode A. B. und des Kirchenpresbyteriums durch, bereitet deren Sitzungen vor, vertritt die Evangelische Kirche A. B. nach außen und hat über die Beachtung und richtige Anwendung der Kirchenverfassung und der anderen kirchlichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe sowie der staatlichen Rechtsvorschriften innerhalb der Kirche A. B. zu wachen.

(2) Insbesondere gehören zu seinen Aufgaben

Z. 1. die Wahrung der Rechte der Kirche A. B. nach außen und des Friedens im Inneren;

Z. 2. der Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Kirchen und Religionsgesellschaften, Kirchenbünden und Vereinigungen von Kirchen mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums;

Z. 3. die Beantragung von Verfügungen mit einstweiliger Geltung durch die zuständigen kirchlichen Organe;

Z. 4. die Erlassung von Verordnungen zur Vollziehung von Kirchengesetzen und der sonst von der Synode A. B. gefassten Beschlüsse sowie die Überwachung ihrer Beachtung;

Z. 5. die Aufstellung einer allgemeinen Verwaltungsordnung für kirchliches Vermögen jeder Art sowie von Richtlinien für das Rechnungswesen der kirchlichen Stellen;

Z. 6. die Erarbeitung des Haushaltsplanes gemäß Art 74;

Z. 7. die Sorge um die genaue Erfüllung aller von der Kirche A. B. übernommenen Zahlungsverpflichtungen;

Z. 8. die Vorlage des gemäß Art. 84 Abs. 4 geprüften und bestätigten Rechnungsabschlusses an die Synode A. B.;

Z. 9. die Verwaltung des Vermögens und der laufenden Einkünfte der Kirche A. B. gemäß den vom Kirchenpresbyterium mit Zustimmung des Finanzausschusses beschlossenen Richtlinien;

Z. 10. die Verwaltung von Anstalts- und Zweckvermögen, die entweder der Kirche A. B. gehören oder dem Oberkirchenrat A. B. für besondere Kirchen- und Schulzwecke übertragen sind;

Z. 11. die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Pfarrgemeinden/Teilgemeinden und der Superintendenzen;

Z. 12. die Aufsicht über Werke, evangelisch-kirchliche Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen der Kirche A. B. und die Förderung der Zusammenarbeit aller Einrichtungen;

Z. 13. die oberste Aufsicht über die Einhebung von Kirchenbeiträgen;

Z. 14. die Sorge für die Erhaltung und Vermehrung der Stiftungen und Zweckvermögen der Kirche A. B. sowie neben den Pfarrgemeinden die Mitsorge für die Errichtung und Instandsetzung von Kirchen, Schulen und sonstigen kirchlichen Gebäuden;

Z. 15. die Empfehlung von Sammlungen mit Zustimmung des Finanzausschusses;

Z. 16. die Genehmigung der Entscheidungen über die Errichtung und Auflösung von Pfarrgemeinden und Tochtergemeinden mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums;

Z. 17. die Entscheidung über die Errichtung und Auflassung von auf drei Jahre befristeten Pfarrstellen und die zweimalige Verlängerung dieser Befristungen um je drei weitere Jahre, jeweils nach Anhören des zuständigen Superintendentialausschusses;

Z. 18. die Sorge für angemessene Gehälter, Ruhegehälter bzw. Zuschussleistungen zu Pensionen der geistlichen Amtsträger und geistlichen Amtsträgerinnen sowie für die ausreichende Versorgung ihrer Witwen, Witwer und Waisen, wofür mit Zustimmung der Synode A. B. ein Solidaritätsfonds einzurichten ist;

Z. 19. mit Ermächtigung durch das Kirchenpresbyterium A. B. der Abschluss von Vereinbarungen und Kollektivverträgen mit freiwilligen Berufsvereinigungen bzw. mit der Mitarbeitervertretung zur Regelung von Leistungen an Dienstnehmern oder Dienstnehmerinnen der Kirche mit Zustimmung des Finanzausschusses;

Z. 20. die Betreuung der Studierenden, die sich dem Theologiestudium mit der Absicht widmen, in den Dienst der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich zu treten;

Z. 21. die Verwaltung des Predigerseminars und die Erlassung einer Geschäftsordnung mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums;

Z. 22. die Beauftragung des Leiters oder der Leiterin für die Lektorenarbeit nach Anhörung der Leiterkonferenz mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums;

Z. 23. die Erlassung von Geschäftsordnungen für den Oberkirchenrat A. B., für das Kirchenamt A. B. und die allfälligen übrigen Amtsstellen nach Anhörung des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Finanzausschusses;

Z. 24. die letztinstanzliche Entscheidung in allen Verwaltungsangelegenheiten der Kirche A. B., soweit sie dem Oberkirchenrat A. B. in dieser Kirchenverfassung ausdrücklich zugewiesen sind;

Z. 25. die Verhängung von Ordnungsstrafen (Verwarnungen, Verweisen und angemessene Geldbußen) auch über kirchliche Körperschaften, über Amtsträger und Amtsträgerinnen wegen schuldhafter Säumnis in der Vollziehung erteilter Aufträge und die Auftragserteilung zur Erledigung rückständiger Amtsgeschäfte durch dritte Personen auf Kosten der säumigen Körperschaft oder der säumigen Amtsträger und Amtsträgerinnen;

Z. 26. die Erteilung von Urlauben an Superintendenten; ferner die Erteilung eines längeren Erholungsurlaubes an geistliche Amtsträger und geistliche Amtsträgerinnen über das gesetzliche Ausmaß hinaus.

(2) Hinsichtlich der Synode A. B. obliegen dem Oberkirchenrat A. B. folgende zusätzliche Aufgaben:

Z. 1. entfällt.

Z. 2. entfällt.

(Z 1. wie bisher Z 3.):

Z. 1. die Berichterstattung über den Zustand der Kirche und die wichtigsten Ereignisse seit der letzten Synode A. B. sowie über die Vollziehung ihrer Beschlüsse;

(Z 2. wie bisher Z 4.):

Z. 2. die Erteilung aller von der Synode A. B. gewünschten Auskünfte und die Vorlage der erforderlichen Geschäftsstücke.

(3) *entfällt.*

(3) wie bisher (4):

(3) Schriftstücke des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. ergehen unter der Bezeichnung: Evangelisch-Lutherische Kirche in Österreich (Evangelische Kirche A. B.), Evangelisch-Lutherischer Oberkirchenrat.

(4) In der vom Oberkirchenrat A. B. mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums zu erlassenden Geschäftsordnung kann festgelegt werden, dass bestimmte Aufgaben und Bereiche einzelnen Mitgliedern zugewiesen werden.

(5) Soweit die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt, erfolgt die Unterfertigung von Schriftstücken, jedenfalls von Bescheiden, Urkunden über Rechtsgeschäfte und Anzeigen nach dem Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, durch zwei Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. Allen kollektiv gezeichneten Schriftstücken ist das Amtssiegel beizusetzen.

(6) *entfällt.*

(7) *entfällt.*

7. Die Mitglieder des Oberkirchenrates A. B.

7.1 Der Bischof oder die Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche

Art 89 (1) Der Bischof oder die Bischöfin wird von der Synode A. B. mit Zweidrittelmehrheit für eine Funktionsperiode von zwölf Jahren gewählt, sofern die Synode A. B. nicht eine Amtszeitverlängerung gemäß Abs 2 beschließt. Wiederwahl ist zulässig. Wählbar zum Bischof oder zur Bischöfin sind akademisch ausgebildete geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die das vierzigste Lebensjahr vollendet haben.

(2) Nach durchgeführter Wahl hat der Präsident oder die Präsidentin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der Gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

(3) Die Einführung des oder der zum Bischof oder zur Bischöfin Gewählten in das Amt und die Abnahme des

Amtsgelöbnisses ist durch den Amtsvorgänger oder die Amtsvorgängerin oder, wenn dies nicht möglich ist, durch den dienstältesten Superintendenten oder die dienstälteste Superintendentin durchzuführen.

Art 90 (1) Dem Bischof oder der Bischöfin als erstem Pfarrer oder als erster Pfarrerin der Evangelischen Kirche A. B. obliegen alle Aufgaben der geistlichen Leitung. Im ständigen Blick auf die Einheit der Evangelischen Kirche in Österreich und ihre Leitung im Großen übt er oder sie insbesondere aus:

Z. 1. das Wächteramt darüber, dass das Evangelium lauter und rein verkündigt und die Sakramente recht verwaltet werden; er oder sie trägt Sorge dafür, dass die Einheit der Kirche gewahrt und ihre Ordnungen eingehalten werden; er oder sie hat darauf Bedacht zu nehmen, dass die Evangelische Kirche insgesamt und die einzelnen Pfarrgemeinden in christlicher Liebe tätig sind;

Z. 2. das Hirtenamt über alle Amtsträger und Amtsträgerinnen der Evangelische Kirche A. B. in Seelsorge, Beratung und Mahnung; die befristete Ermächtigung zur Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung an hauptamtlich Verkündende in evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Vereinen oder anderen Einrichtungen; die befristete Ermächtigung zur Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung an Theologen und Theologinnen in einer bestimmten Pfarrgemeinde vor Ablegung der Amtsprüfung; die Ordination von Kandidaten und Kandidatinnen sowie die Amtseinführung der Superintendenten und der Superintendentinnen;

Z. 3. das Amt der Verkündigung in Kirche und Öffentlichkeit; er oder sie hat das Recht zu Predigt, Sakramentsverwaltung und Amtshandlungen in allen Pfarrgemeinden und ist berufen, Hirtenbriefe zu erlassen; es obliegt ihm oder ihr die Verpflichtung, die Stimme der Evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen.

(2) Visitationen durch den Bischof oder die Bischöfin finden nach Maßgabe der Art. 63 Abs. 5, Art. 67 und Art. 114 Abs. 7 statt.

(3) Dem Bischof oder der Bischöfin ist über eigenen Vorschlag im Einvernehmen mit dem Superintendentialausschuss A. B. Wien und dem Presbyterium der betreffenden Pfarrgemeinde eine im Sprengel der Superintendenz A. B. Wien befindliche Evangelische Kirche zuzuweisen, in der er zur Ausübung aller Rechte eines Pfarrers oder einer Pfarrerin befugt ist.

(4) Der Bischof oder die Bischöfin ist berechtigt, sich in geistlichen Angelegenheiten im Einzelfall durch einen Oberkirchenrat oder eine Oberkirchenrätin, einen Superintendenten oder eine Superintendentin oder einen anderen geistlichen Amtsträger oder eine andere geistliche Amtsträgerin vertreten zu lassen; erfolgt die Vertretung nicht durch den örtlich zuständigen Superintendenten oder Superintendentin, ist dieser oder diese zu benachrichtigen. In allen übrigen Fällen kann sich der Bischof oder die Bischöfin durch ein anderes Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. oder des Präsidiums der Synode A. B. vertreten lassen.

(5) *entfällt.*

Art 91 (1) Wenn der Bischof oder die Bischöfin an der Ausübung seines oder ihres Amtes verhindert ist, vertritt ihn oder sie der oder die an Dienstjahren älteste geistliche Oberkirchenrat oder geistliche Oberkirchenrätin; wenn auch dieser oder diese verhindert ist, vertritt ihn oder sie ein weiterer geistlicher Oberkirchenrat oder eine weitere geistliche Oberkirchenrätin. Sind beide Vertreter oder Vertreterinnen des Bischofs oder der Bischöfin verhindert, vertritt ihn der Superintendent oder die Superintendentin der Superintendenz A. B. Wien, der bzw. die sich während dieser Zeit im Amte als Superintendent oder Superintendentin vertreten zu lassen hat.

(2) Das Amt des Bischofs oder der Bischöfin wird erledigt:

Z. 1. durch freiwillige Amtsniederlegung, die dem Oberkirchenrat A. B. und dem Kirchenpresbyterium anzuzeigen ist, wobei Art. 64 Abs. 2 entsprechend anzuwenden ist;

Z. 2. mit Ende des Kalenderjahres, in dem er oder sie in den Ruhestand tritt;

Z. 3. mit Ablauf der Funktionsperiode;

Z. 4. durch Beendigung des Dienstverhältnisses und Eintritt von Unvereinbarkeiten gemäß Art. 19.

(3) Der Bischof oder die Bischöfin kann, wenn das Wohl der Evangelischen Kirche diese Maßnahme erfordert, durch einen mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschluss der Synode A. B. abberufen werden (Art 77 Abs 1). Die Bestimmungen des Art. 64 Abs. 2 gelten entsprechend. Sollte zu diesem Zwecke die Einberufung einer außerordentlichen Tagung (Session) der Synode A. B. erforderlich sein, so erfolgt sie durch Beschluss des Präsidiums der Synode.

(4) Während der Erledigung des Bischofsamtes gilt Art. 91 Abs. 1 sinngemäß.

(5) Der Oberkirchenrat A. B. hat unverzüglich die Wahl des neuen Bischofs oder der neuen Bischöfin in die Wege zu leiten.

Der alte Abschnitt
5.2 Der Landeskurator/die Landeskuratorin entfällt,
der neue Abschnitt 5.2 als 7.2 lautet:

7.2 Die Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen

Art 93 (1) Die Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen werden von der Synode A. B. mit einfacher Stimmenmehrheit auf sechs Jahre, wenn sie weltlichen, auf zwölf Jahre, wenn sie geistlichen Standes sind, gewählt; unabhängig von einer Amtszeitverlängerung gemäß Abs. 2. Wiederwahl ist zulässig.

Erläuterung: Die Adjektive „geistlichen und weltlichen" entfallen generell. Die Parität zwischen geistlichen und weltlichen Vertretern ist dafür nicht der Grund, sondern die Tatsache, dass heute sowohl geistliche als auch weltliche Personen die geforderten Qualifikationen besitzen können.

(2) Wird ein Oberkirchenrat oder eine Oberkirchenrätin aus dem Kreise der geistlichen Amtsträger und Amts-

trägerinnen gewählt, hat der Präsident oder die Präsidentin unter Berücksichtigung des Amtsantrittes des oder der Gewählten festzustellen, zu welchem Lebensalter des oder der Gewählten die zwölfjährige Amtszeit endet. Endet die zwölfjährige Amtszeit nach Vollendung des 61. Lebensjahres des oder der gewählten, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes, ist die Amtszeit des oder der Gewählten kraft Gesetzes bis zu dessen oder deren Übertritt in den Ruhestand verlängert. Dies ist im Amtsblatt kundzumachen.

(3) Wählbar sind geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche A. B. bzw. Mitglieder der Evangelischen Kirche A. B. des weltlichen Standes. Geistliche und weltliche Mitglieder des Oberkirchenrates müssen mindestens 35 Jahre alt sein und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen; die Mitglieder des weltlichen Standes müssen dem Presbyterium einer Evangelischen Pfarrgemeinde angehören oder zumindest eine Funktionsperiode angehört haben, wenn sie einem Presbyterium aktuell angehören, sind sie frei, binnen Jahresfrist auszuscheiden.

(4) Mitglieder des geistlichen Standes haben bei ihrem Amtsantritt auf ihre bisherige Amtsstelle zu verzichten, Mitglieder des weltlichen Standes werden haupt- oder nebenamtlich oder ehrenamtlich tätig.

Erläuterung: Die Synode A. B. wird in Zukunft bei den Wahlvorgängen folgende (Vor)entscheidungen treffen müssen:

- *a. welche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen hauptamtlich, nebenamtlich oder*
- *b. ehrenamtlich zu bestellen sein könnten;*
- *c. und welche Anforderungen dafür gestellt werden sollten. Dabei wird sich die Synode A. B. von den jeweils erforderlichen Arbeitsbereichen des Oberkirchenrates in der folgenden Funktionsperiode leiten lassen (Art 81 Abs 1 Z 2). Als Beispiel:*
  - *Kirchenentwicklung, Projekte und Projektteams, PR, Fundraising*
  - *Mission, Diakonie, Werke, Gemeinschaften usw., Sonderseelsorgen*
  - *Personalverwaltung, -entwicklung und -fortbildung, Ehrenamtliche*
  - *Bildung, Schule, Religionsunterricht*
  - *Staatskirchenrechtliche und ökumenische Beziehungen, Internationales.*
- *d. Wirtschaftliche und rechtliche Fragen sind Querschnittsmaterien und Serviceleistungen; sie sollten in Zukunft von den dafür qualifizierten Kirchenräten wahrgenommen werden.*

(5) Für die Erledigung des Amtes eines Oberkirchenrates oder einer Oberkirchenrätin gelten, abgesehen vom Zeitablauf, der Eintritt von Unvereinbarkeiten gemäß Art. 19 und bei geistlichen Oberkirchenräten oder Oberkirchenrätinnen die Amtsniederlegung gemäß Art. 64 Abs. 2 sowie die Beendigung des Dienstverhältnisses.

(6) Scheidet ein weltlicher Oberkirchenrat oder eine weltliche Oberkirchenrätin vor Ablauf der Amtsperiode aus dem Amt, hat der Oberkirchenrat A. B. die Wahl eines weltlichen Oberkirchenrates oder einer weltlichen Oberkirchenrätin für den Rest der Amtsperiode unverzüglich in die Wege zu leiten; falls der weltliche Oberkirchenrat oder die weltliche Oberkirchenrätin innerhalb des letzten vollen Jahres der Amtsperiode aus dem Amt scheidet, entfällt die Nachwahl, wenn ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin gewählt worden war. Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin übernimmt alle Rechte und Pflichten des Amtes; Art 94 Abs 2 findet im Bedarfsfalle Anwendung. Dafür ist die Zustimmung des Kirchenpresbyteriums A. B. einzuholen.

Art 94 Für jeden der Oberkirchenräte oder Oberkirchenrätinnen kann ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin gewählt werden. Er oder sie vertritt den Oberkirchenrat oder die Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen bei Verhinderung oder Erledigung des Amtes. Stellvertreter und Stellvertreterinnen nehmen an den Verhandlungen des Oberkirchenrates mit beratender Stimme teil. Sie unterstützen das jeweilige Mitglied des Oberkirchenrates. Ihnen kann in der Geschäftsordnung des Oberkirchenrates A. B. ein eigener Arbeitsbereich zugewiesen werden.

8. Das Kirchenamt A. B.

Art 95 (1) Dem Kirchenamt A. B. obliegt die Besorgung der Aufgaben des Oberkirchenrates A. B. und des Oberkirchenrates A. und H. B. jeweils unter dessen Leitung und Weisung; ferner die kanzleimäßige Besorgung der Geschäfte des Revisionssenates und der Disziplinarsenate; sowie die kanzleimäßige Unterstützung des Präsidiums der Synode A. B. und der Generalsynode.

(2) In das Kirchenamt können bis zu vier geistliche oder weltliche fachlich qualifizierte, durch einschlägige Erfahrung ausgewiesene Personen als Leiter der festgelegten Verwaltungsbereiche berufen werden. Sie führen die Funktionsbezeichnung Kirchenrat bzw. Kirchenrätin.

Erläuterung: Wenn geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen zum Kirchenrat oder zur Kirchenrätin berufen werden, bedarf es ergänzender Regelungen durch Verordnungen des Oberkirchenrates oder durch Kirchengesetze (z. B. Religionsunterricht, Wohnung, Zulagen).

(3) Die Kirchenräte bzw. Kirchenrätinnen nehmen an den Sitzungen des Oberkirchenrates A. B und des Kirchenpresbyteriums ohne Stimmrecht teil.

(4) entfällt, siehe Art 81 Abs 1

Art 96 (1) Die Kirchenräte, die mit juristischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten befasst sind, müssen über eine einschlägige Berufsausbildung und über einschlägige Berufserfahrungen verfügen.

(2) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Oberkirchenrates A. B.

(3) *entfällt.*

(4) *entfällt.*

9. Der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche H. B. (Evangelisch-Reformierte Kirche)

Art 97 (1) Der Oberkirchenrat H. B. hat seinen Sitz in Wien.

(2) Dem Oberkirchenrat H. B. gehören an:

Z. 1. der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin;

Z. 2. die geistlichen Mitglieder des Kirchenpresbyteriums H. B.; sie führen die Amtsbezeichnung „Oberkirchenrat“;

Z. 3. die weltlichen Mitglieder des Kirchenpresbyteriums H. B.; sie führen die Amtsbezeichnung „Oberkirchenrat“.

(3) Bei seiner Konstituierung wählt der Evangelische Oberkirchenrat H. B. aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Soweit in den folgenden Bestimmungen nichts anderes angeordnet ist, verhandelt der Evangelische Oberkirchenrat H. B. in Sitzungen und ist nach ordnungsmäßiger Einberufung bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern beschlussfähig.

(4) In seiner Amtsführung sind der Evangelische Oberkirchenrat H. B. und jedes einzelne seiner Mitglieder der Synode H. B. verantwortlich.

(5) Schriftstücke des Evangelischen Oberkirchenrates H. B. ergehen unter der Bezeichnung: Evangelische Kirche H. B. (Evangelisch-Reformierte Kirche), Evangelischer Oberkirchenrat H. B.

(6) Soweit die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt, erfolgt die Unterfertigung von Schriftstücken, jedenfalls von Bescheiden, Urkunden über Rechtsgeschäfte und Anzeigen nach dem Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, durch zwei Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

(7) Allen kollektiv gezeichneten Schriftstücken ist das Amtssiegel beizusetzen.

(8) Jedes Mitglied des Oberkirchenrates H. B. führt sein Amt bis zum Amtsantritt des Neugewählten.

(9) Die Mitglieder des Oberkirchenrates H. B. üben ihr Amt neben- oder ehrenamtlich aus.

(10) Ein Mitglied des Oberkirchenrates H. B. kann durch einen mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschluss der Synode H. B. abberufen werden und wird damit gleichzeitig aus dem Kirchenpresbyterium abberufen.

Art 98 (1) Der Oberkirchenrat H. B. vertritt die Evangelische Kirche H. B. in Österreich nach außen und hat über die Beachtung und richtige Anwendung der Kirchenverfassung und der anderen kirchlichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe sowie der staatlichen Rechtsvorschriften innerhalb der Kirche H. B. zu wachen. Er führt die Aufsicht über die kirchliche Ordnung der Kirche H. B.

(2) Dem Oberkirchenrat H. B. obliegt es, die Stimme der Evangelischen Kirche H. B. in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen.

(3) Zum Wirkungskreis des Oberkirchenrates H. B. gehört insbesondere:

Z. 1. die Wahrung der Rechte der Kirche H. B. nach außen und des Friedens im Inneren;

Z. 2. der Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Kirchen und Religionsgesellschaften, Kirchenbünden und Vereinigungen von Kirchen;

Z. 3. die Erlassung von Verfügungen mit einstweiliger Geltung in Angelegenheiten, die sonst der Synode H. B. vorbehalten sind, wenn sie ohne Gefährdung oder Schädigung des Wohles der Kirche H. B. oder ihrer Glieder nicht bis zum Zusammentritt der Synode H. B. aufgeschoben werden können. Solche Verfügungen sind bei der nächsten Tagung (Session) der Synode H. B. zur Genehmigung vorzulegen; erhalten sie diese Genehmigung nicht, so treten sie außer Kraft;

Z. 4. die Erlassung von Verordnungen zur Vollziehung von Kirchengesetzen und der sonst von der Synode H. B. gefassten Beschlüsse sowie die Überwachung ihrer Beachtung;

Z. 5. die Aufstellung einer allgemeinen Verwaltungsordnung für kirchliches Vermögen jeder Art sowie von Richtlinien für das Rechnungswesen der kirchlichen Stellen;

Z. 6. die Erstellung und Vorlage des Haushaltsplanes mit Zustimmung des Kontrollausschusses;

Z. 7. die Sorge um die genaue Erfüllung aller von der Kirche H. B. übernommenen Zahlungsverpflichtungen;

Z. 8. die Vorlage des Rechnungsabschlusses an den Kontrollausschuss H. B.;

Z. 9. Beschlüsse des Oberkirchenrates über den Erwerb, die Veräußerung oder die dingliche Belastung von unbeweglichem Vermögen, sowie über den Abschluss von Bestandverträgen auf mehr als drei Jahre und schließlich über die Übernahme von Schuldverpflichtungen, deren Tilgung nicht innerhalb des Rechnungsjahres erfolgt, bedürfen der Genehmigung des Kontrollausschusses;

Z. 10. die Verwaltung des Vermögens und der laufenden Einkünfte der Kirche H. B. gemäß den nach Art. 74 Abs. 1 Z. 9 erlassenen Richtlinien. Soweit es sich um Vermögen der Kirche H. B. handelt, ist zur Beschlussfassung hierüber die Zustimmung des Kontrollausschusses H. B. erforderlich;

Z. 11. die Verwaltung von Anstalts- und Zweckvermögen, die entweder der Kirche H. B. gehören oder dem Oberkirchenrat H. B. für besondere Kirchen- und Schulzwecke übertragen sind;

Z. 12. die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Pfarrgemeinden;

Z. 13. die Beaufsichtigung der Werke, der evangelisch-kirchlichen Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen der Evangelischen Kirche H. B. und die Förderung der Zusammenarbeit der kirchlichen Einrichtungen;

Z. 14. die oberste Aufsicht über die Einhebung von Kirchenbeiträgen;

Z. 15. die Sorge für die Erhaltung und Vermehrung der Stiftungen und Zweckvermögen der Kirche H. B. sowie neben den Pfarrgemeinden die Mitsorge

für die Errichtung und Instandsetzung von Kirchen, Schulen und sonstigen kirchlichen Gebäuden;

Z. 16. die Entscheidung über die Errichtung und Auflösung von Pfarrgemeinden und Tochtergemeinden;

Z. 17. die Sorge für angemessene Gehälter, Ruhegehälter bzw. Zuschussleistungen zu Pensionen der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, der Angestellten der Kirche und der Pfarrgemeinden sowie für die ausreichende Versorgung ihrer Witwen, ihrer Witwer und Waisen;

Z. 18. der Abschluss von Vereinbarungen und Kollektivverträgen mit freiwilligen Berufsvereinigungen bzw. mit der Mitarbeitervertretung zur Regelung von Leistungen an Dienstnehmern oder Dienstnehmerinnen der Evangelischen Kirche H. B.;

Z. 19. die Betreuung der Studierenden, die sich dem Theologiestudium mit der Absicht widmen, in den Dienst der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich zu treten;

Z. 20. die Erlassung von Geschäftsordnungen für den Oberkirchenrat H. B., für die Kirchenkanzlei H. B. und die übrigen Amtsstellen;

Z. 21. die letztinstanzliche Entscheidung in allen Verwaltungsangelegenheiten der Kirche H. B., soweit sie dem Oberkirchenrat H. B. in dieser Kirchenverfassung ausdrücklich zugewiesen sind;

Z. 22. die Erteilung von Urlauben an Pfarrer und Pfarrerinnen, ferner die Erteilung eines längeren Erholungsurlaubes an geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen über das gesetzliche Ausmaß;

Z. 23. Wahl eines weltlichen Mitglieds und dessen Stellvertreters für den Oberkirchenrat A. und H. B.

(4) Hinsichtlich der Synode H. B. obliegen dem Evangelischen Oberkirchenrat H. B. folgende Aufgaben:

Z. 1. die Vorbereitung der Synode H. B., insbesondere durch Ausarbeitung eigener Anträge und Gesetzentwürfe und allenfalls durch Bearbeitung der von den Presbyterien eingebrachten Anträge sowie deren Vorlage an die Synode H. B.;

Z. 2. die Einberufung der Synode H. B.;

Z. 3. die Berichterstattung über den Zustand der Kirche und der Gemeinden, sowie die wichtigsten Ereignisse seit der letzten Synode H. B. und über die Vollziehung ihrer Beschlüsse;

Z. 4. die Erteilung aller von der Synode H. B. gewünschten Auskünfte und die Vorlage der erforderlichen Geschäftsstücke.

(5) *entfällt.*

9.1 Der Landessuperintendent

Art 99 (1) Wählbar zum Landessuperintendenten oder zur Landessuperintendentin ist jeder Pfarrer oder jede Pfarrerin österreichischer Staatsbürgerschaft der Evangelischen Kirche H. B., der oder die mindestens 35 Jahre alt ist.

(2) Der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin wird von der Synode H. B. mit Zweidrittelmehrheit auf sechs Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Die Einführung des oder der Gewählten in das Amt und die Abnahme des Amtsgelöbnisses ist durch den Vorsitzenden der Synode H. B., bei dessen Verhinderung durch seinen Stellvertreter oder seine Stellvertreterin durchzuführen.

(4) Das Amt des Landessuperintendenten wird nebenamtlich ausgeübt.

Art 100 (1) Dem Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin obliegt die geistliche Leitung der Evangelischen Kirche H. B. gemäß der Kirchenverfassung und der Kirchengesetze.

(2) Der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin führt die Aufsicht über die kirchliche Ordnung der Kirche H. B. Ihm oder ihr obliegt die Vertretung und Verwaltung der Kirche H. B., soweit hiefür nicht ausdrücklich der Oberkirchenrat H. B. zuständig ist.

(3) Er oder sie vertritt die Evangelische Kirche H. B. in Österreich im Oberkirchenrat A. und H. B. und in den Prüfungskommissionen.

(4) Der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin hat Wünsche und Beschwerden, die ihm vorgebracht werden, an den Oberkirchenrat H. B. zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls zur Entscheidung weiterzuleiten.

(5) Er oder sie hat über die Visitation jeder Gemeinde einen genauen Bericht an den Oberkirchenrat H. B. zu erstatten. Die Kosten der Visitation trägt die Kirche H. B., wird die Visitation von einer Pfarrgemeinde veranlasst, trägt diese die Kosten.

(6) Die Visitation der Pfarrgemeinde des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin erfolgt durch einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin.

(7) Zum Wirkungskreis des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin gehört außer den in anderen Bestimmungen angeführten Rechten und Pflichten insbesondere:

Z. 1. die Wahrung der in der Kirche und ihren Gliedern gewährleisteten Rechte und die Erhaltung des Friedens unter den Gemeinden der Kirche H. B.;

Z. 2. die Aufsicht über die Amtsführung der kirchlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen im Zusammenwirken mit dem Oberkirchenrat H. B.;

Z. 3. die Sorge für die wissenschaftliche und berufliche Fortbildung der Pfarrer und Pfarrerinnen;

Z. 4. die Betreuung der Studierenden, die sich dem Theologiestudium mit der Absicht widmen, in den Dienst der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich zu treten;

Z. 5. die Vorbereitung und Leitung der Pfarrkonferenzen;

Z. 6. die Aufsicht und nötigenfalls die Entscheidung in Fragen der zweckmäßigen und gerechten Verteilung des Dienstes, insbesondere die Verteilung der Religionsunterrichtsstunden unter mehreren geistlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen einer Pfarrgemeinde;

Z. 7. die Beaufsichtigung des Matrikenwesens;

Z. 8. der Ausgleich bei Unstimmigkeiten zwischen kirchlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen untereinander und anderen Gemeindegliedern;

Z. 9. die Erteilung der Erlaubnis zur Wortverkündigung und Sakramentsspendung (licentia concionandi) an ausgebildete Theologen, die nicht in die Liste der zum Pfarramt Befähigten eingetragen sind;

Z. 10. die Ordination und die Amtseinführung der geistlichen Amtsträger oder Amtsträgerin;

Z. 11. die Beurlaubung der Geistlichen und die Vorsorge für die Führung des Pfarramtes während des Urlaubs oder der Krankheit eines Pfarrers oder Pfarrerin während der Erledigung einer Pfarrstelle.

Art 101 (1) Im Falle der Verhinderung wird der Landessuperintendent oder Landessuperintendentin entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Oberkirchenrates H. B. durch ein geistliches Mitglied des Oberkirchenrates H. B. mit österreichischer Staatsbürgerschaft vertreten.

(2) Der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin ist berechtigt, sich im Einvernehmen mit seinen Stellvertretern oder Stellvertreterinnen in geistlichen Angelegenheiten durch einen anderen Pfarrer oder einer anderen Pfarrerin der Kirche H. B. vertreten zu lassen.

(3) In allen übrigen Angelegenheiten wird der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin von den weltlichen Mitgliedern des Oberkirchenrates H. B. vertreten bzw. im Einvernehmen mit ihnen von den weltlichen Mitgliedern der Synode H. B. und in besonders begründeten Fällen von jedem Mitglied der Evangelischen Kirche H. B.

(4) Der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin kann durch einen mit Zweidrittelmehrheit zu fassenden Beschluss der Synode H. B. abberufen werden.

Art 102 (1) Das Amt des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentinwird erledigt:

Z. 1. durch freiwillige Amtsniederlegung, die der Synode H. B. anzuzeigen ist und deren Genehmigung sie bedarf;

Z. 2. durch Ablauf der Amtszeit von sechs Jahren;

Z. 3. durch Beendigung des Dienstverhältnisses;

Z. 4. durch Eintritt von Unvereinbarkeiten gemäß Art. 19.

(2) Wird das Amt des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin vor dem Ende der Funktionsperiode der Synode H. B. erledigt, so hat der Oberkirchenrat H. B. unverzüglich die Wahl des neuen Landessuperintendenten oder der neuen Landessuperintendentin für die restliche Amtszeit des Vorgängers oder der Vorgängerin einzuleiten.

(3) Bis zur Wahl des neuen Landessuperintendenten oder der neuen Landessuperintendentin vertritt ihn oder sie das jeweilige dienstälteste geistliche Mitglied des Oberkirchenrates H. B.

10. Die Kirchenkanzlei H. B.

Art 103 (1) Der Kirchenkanzlei H. B. obliegt die verwaltungsmäßige Besorgung der Aufgaben des Evangelischen Oberkirchenrates H. B., ferner die kanzleimäßige Unterstützung des oder der Vorsitzenden der Synode H. B., deren Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams sowie der Ausschüsse der Generalsynode.

(2) Für die Kirchenkanzlei H. B. ist durch den Evangelischen Oberkirchenrat H. B. eine Geschäftsordnung zu erlassen. Diese hat insbesondere zu bestimmen:

Z. 1. in welchem Umfang die Kirchenkanzlei H. B. laufende Geschäfte des Evangelischen Oberkirchenrates H. B. selbstständig zu erledigen hat;

Z. 2. welche Befugnisse den einzelnen Mitgliedern des Evangelischen Oberkirchenrates H. B. gegenüber den ihnen besonders zur Dienstleistung zugewiesenen Angestellten zukommen;

Z. 3. in welcher Weise die kanzleimäßige Unterstützung des Vorsitzenden der Synode H. B. erfolgt.

(3) In der Kirchenkanzlei H. B. ist die Stelle eines Kirchenrates oder Kirchenrätin für die Leitung des Finanz- und Wirtschaftswesens der Kirche H. B. einzurichten.

(4) Weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kirchenkanzlei H. B. werden auf Grund eines von der Synode H. B. zu genehmigenden Stellenplanes vom Evangelischen Oberkirchenrat H. B. eingestellt.

Art 104 (1) Der Kirchenrat oder die Kirchenrätin muss in wirtschaftlichen und steuerlichen Belangen ausgebildet sein und über einschlägige Berufserfahrung verfügen.

(2) Die Bestellung erfolgt mit der Zustimmung des Kirchenpresbyteriums.

(3) Die besonderen Aufgaben des Kirchenrates oder der Kirchenrätin werden in der Geschäftsordnung des Oberkirchenrates H. B. geregelt.

XII. Die Evangelische Kirche A. und H. B. (Landeskirche)

Art 105 (1) In der Evangelischen Kirche A. und H. B. (Landeskirche) sind die Evangelisch-Lutherische Kirche (Kirche A. B.) und die Evangelisch-Reformierte Kirche (Kirche H. B.) zur Wahrung ihrer gemeinsamen Belange zusammengeschlossen.

(2) Die Organe der Landeskirche sind die Generalsynode, die Kirchenpresbyterien A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung, die Rechts- und Verfassungsausschüsse und die Finanzausschüsse in gemeinsamer Sitzung, sofern sie verbindliche Regelungen treffen, sowie der Evangelische Oberkirchenrat A. und H. B.

1. Die Generalsynode

Art 106 (1) Die Funktionsperiode der Generalsynode beträgt sechs Jahre. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt ihrer Konstituierung und endet mit dem Zeitpunkt der Konstituierung der neu gewählten Generalsynode.

(2) Die Generalsynode ist spätestens innerhalb eines Jahres nach der Wahl ihrer Mitglieder über Beschluss des Präsidiums vom Oberkirchenrat A. und H. B. in der Regel nach Wien einzuberufen.

(3) Sie ist über ihren Beschluss oder über den Beschluss des Präsidiums oder über Beschluss des Kirchenpresbyteriums in gemeinsamer Sitzung vom Oberkirchenrat A. u. H. B. zu weiteren Tagungen (Sessionen) einzuberufen. Bei Eröffnung jeder weiteren Tagung (Session) der Generalsynode innerhalb derselben Funktionsdauer werden die Arbeiten nach dem Stand fortgesetzt, in dem sie sich bei Ende der letzten Tagung (Session) befunden haben.

(4) Die Bestimmung des Art 76 Abs 2 gilt für die Zusammensetzung der Generalsynode. Für die Mitglieder der Generalsynode gilt die Berichtspflicht gemäß Art. 73 Abs. 8 entsprechend.

Art 107 (1) Die Tagung (Session) der Generalsynode, die erst nach der Konstituierung der Synoden A. B. und H. B. zu beginnen hat, wird vom Präsidenten oder der Präsidentin der Synode A. B. eröffnet.

(2) Unter seinem oder ihrem Vorsitz ist das Präsidium der Generalsynode zu konstituieren und zwei oder mehrere Schriftführer oder Schriftführerinnen zu bestellen.

(3) Das Präsidium der Generalsynode besteht aus dem Präsidenten oder der Präsidentin der Synode A. B., aus dessen oder deren ersten Stellvertreter oder Stellvertreterin, ferner aus einem, dafür von der Synode H. B. bestimmten weltlichen Mitglied der Synode H. B. Den Vorsitz führt der Präsident oder die Präsidentin, im Verhinderungsfall der gewählte Vertreter oder die gewählte Vertreterin der Synode H. B., und wenn dies nicht möglich ist, der erste Stellvertreter oder die erste Stellvertreterin der Synode A. B.

(4) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Generalsynode.

Art 108 (1) Die Generalsynode ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind.

(2) Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag als abgelehnt anzusehen.

(3) Eine Mehrheit von zwei Dritteln ist bei Beschlüssen über die Kirchenverfassung, die Wahlordnung (Art. 10 Abs. 8, 9), die Datenschutzordnung und die Geschäftsordnung erforderlich.

(4) Bei Abstimmungen der Generalsynode ist die Anzahl der Stimmen ohne Rücksicht auf die Angehörigkeit zu einer der beiden Bekenntnissynoden maßgebend.

Art 109 (1) Der Generalsynode gehören an:

Z. 1. die Mitglieder der Synode A. B.;

Z. 2. die sieben Mitglieder der Synode H. B., die diese aus ihrer Mitte wählt;

Z. 3. drei Vertreter oder Vertreterinnen von Arbeitszweigen der Landeskirche.

(2) Arbeitszweige gemäß Abs. 1 Z. 3 sind die Evangelische Jugend Österreichs, die Evangelische Frauenarbeit und die Weltmission.

(3) Jeweils für eine Amtsperiode der Generalsynode wird vom Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B. mit Zustimmung der Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung ein weiterer Arbeitszweig bestimmt, der zur Entsendung eines Vertreters oder einer Vertreterin in die Generalsynode berechtigt ist. Dieser Arbeitszweig ist gleichzeitig mit der Verständigung über die Benennung zur Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin in die Generalsynode und zur Bekanntgabe des Namens der Vertretung zu beauftragen. Im Fall des Ausscheidens des entsandten Vertreters oder der entsandten Vertreterin ist für die restliche Funktionsdauer eine Nachwahl durchzuführen.

Art 110 (1) Zum Wirkungskreis der Generalsynode gehört in Wahrnehmung der gemeinsamen Belange beider Kirchen insbesondere

Z. 1. die Erlassung einer Geschäftsordnung der Generalsynode;

Z. 2. die kirchliche Gesetzgebung, insbesondere betreffend die Kirchenverfassung sowie die Genehmigung von Verfügungen mit einstweiliger Geltung;

Z. 3. die Wahl der Mitglieder des Revisionssenates (Art 117 Abs 3) und der Disziplinarsenate I. und II. Instanz;

Z. 4. die Beratung des Berichts des Oberkirchenrates A. und H. B. über den Zustand der Landeskirche und die wichtigsten Ereignisse seit der letzten Generalsynode sowie über die Vollziehung ihrer Beschlüsse;

Z. 5. die Bestellung des Datenschutzbeauftragten der Landeskirche;

Z. 6. die Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden betreffend die Rechtsstellung der Landeskirche;

Z. 7. die Genehmigung der Haushaltspläne und der Rechnungsabschlüsse der Landeskirche. Diese Aufgaben werden über Auftrag der Generalsynode von den Synodalausschüssen wahrgenommen;

Z. 8. die Erlassung von Richtlinien für die Finanzgebarung der Landeskirche, insbesondere für das Kirchenbeitragswesen und hinsichtlich der Verwendung der landeskirchlichen Mittel, sowie die Festsetzung des nach der Seelenzahl prozentuell zu bestimmenden Anteiles jeder der beiden Kirchen an den Aufwendungen für landeskirchliche Bedürfnisse;

Z. 9. die Beschlussfassung über die Angelegenheiten nach Art 69 bis 72;

Z. 10. die Entscheidung über Aufsichtsbeschwerden gegen den Oberkirchenrat A. und H. B. oder dessen Mitglieder.

Erläuterung: Von den Aufsichtsbeschwerden sind Rechtsmittel zu unterscheiden, über die in Zukunft allein der Revisionssenat beschließt.

Z. 11. *entfällt.*

(2) Die Generalsynode ist nicht berechtigt, das Bekenntnis einer der beiden Kirchen zu ändern.

(3) Beschlüsse über Bestimmungen der Kirchenverfassung oder von Kirchengesetzen, die nur eine der beiden Kirchen betreffen, werden von der Synode dieser Kirche allein beraten und beschlossen.

Art 111 (1) Übereinstimmende Beschlüsse der Synoden über Bestimmungen der Kirchenverfassung oder über Kirchengesetze, haben die Wirkung von Beschlüssen der Generalsynode, sofern sie mit den für Beschlüsse der Generalsynode geltenden Erfordernissen in Bezug auf Anwesenheit und Mehrheit gefasst worden sind.

(2) Verlangt während der Beratungen über Bestimmungen der Kirchenverfassung oder der Kirchengesetze eine Mehrheit der Vertreter oder Vertreterinnen einer der beiden Evangelischen Kirchen in der Generalsynode, darüber gesondert in der Synode A. B. bzw. der Synode H. B. zu beraten und zu beschließen, ist die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt zunächst auszusetzen und vom Vorsitz der Generalsynode dem jeweils zuständigen Ausschuss und den Kirchenpresbyterien zu weiteren Beratungen zuzuweisen. Sie bereiten die neue Beschlussvorlage vor.

(3) Kommen in den Beratungen der Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung über Bestimmungen der Kirchenverfassung oder der Kirchengesetze einvernehmliche, jedoch getrennt abzustimmende Beschlüsse über einen Antrag an die Generalsynode zustande, hat über diese Anträge die Generalsynode zu beraten und zu beschließen. Bei diesen neuerlichen Beratungen über die Anträge der Kirchenpresbyterien kann ein Verlangen nach Abs. 2 nicht mehr gestellt werden. Jede Synode ist berechtigt, die in Betracht kommenden Bestimmungen für den Bereich ihrer Kirche zu erlassen. Diese Bestimmungen sind in der Kirchenverfassung oder in dem entsprechenden Kirchengesetz nebeneinander aufzunehmen.

(4) Kommen in der gemeinsamen Sitzung der Kirchenpresbyterien jedoch über die in Beratung bestehenden Bestimmungen der Kirchenverfassung oder der Kirchengesetze keine übereinstimmenden Beschlüsse in Richtung Antragstellung an die Generalsynode zustande, so ist dann jede Synode berechtigt, die in Betracht kommenden Bestimmungen für den Bereich ihrer Kirche zu erlassen. Diese Bestimmungen sind in der Kirchenverfassung oder in dem entsprechenden Kirchengesetz nebeneinander aufzunehmen.

(5) Ausgenommen von Abs. 4 sind die Bestimmungen, die zur Wahrung der gemeinsamen Belange eine gemeinsame Regelung erfordern, wie insbesondere die Vorschriften betreffend die Landeskirche.

(6) Werden von einer Kirche Regelungen getroffen, die der Oberkirchenrat oder das Kirchenpresbyterium der anderen Kirche als Bestimmung sieht, die gemeinsame Belange betrifft, hat das Verfahren gemäß Abs. 2 und 3 stattzufinden. Bis zu einer Beschlussfassung gemäß Abs. 1 oder Abs. 3 ist die Geltung der betroffenen Regelung auszusetzen und diese nicht im Amtsblatt zu veröffentlichen.

2. Ausschüsse, Kommissionen in gemeinsamer Sitzung

Art 112 (1) Wenn die Kirchenpresbyterien, die Ausschüsse, Kommissionen und Projektteams der Synode A. B. und der Synode H. B. zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung ihrer Agenden zusammentreten, wird der Vorsitz aus dem Kreise der Mitglieder gewählt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Generalsynode. Dabei ist zu berücksichtigen, dass weltliche Mitglieder den Vorsitz führen und dass die Abstimmung sinngemäß nach Art 111 erfolgt und jeweils die Mehrheit der Vertreter der Evangelischen Kirche zustimmen müssen. Die Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung können Ergebnisse der Ausschussberatungen in gemeinsamer Sitzung aufgreifen, bearbeiten oder ersetzen.

(2) Ständige Ausschüsse der Generalsynode sind der Theologische Ausschuss, der Rechts- und Verfassungsausschuss, der Nominierungsausschuss, ferner die Finanzausschüsse und die Kontrollausschüsse in gemeinsamer Sitzung. Für Fragen des Religionsunterrichts ist eine Religionspädagogische Kommission zu berufen, deren Mitglieder jedenfalls die Fachinspektoren und die Fachinspektorinnen für Religion bilden; Art 83 Abs 1 ist nicht anzuwenden. Mitglieder des Oberkirchenrates A. und H. B. sind berechtigt, ohne Stimmrecht an den Beratungen der Ausschüsse und Kommissionen in gemeinsamer Sitzung teilzunehmen.

(3) Die Kirchenpresbyterien sind gemäß Art. 111 mit dem Verlangen einer gesonderten Beratung von Bestimmungen der Kirchenverfassung oder der Kirchengesetze in der Synode A. B. bzw. H. B. zu befassen; sie haben darüber getrennt abzustimmen.

(4) Verfügungen mit einstweiliger Geltung in Angelegenheiten, die sonst der Generalsynode vorbehalten sind, und die ohne Gefährdung oder Schädigung des Wohles der Kirchen oder ihrer Mitglieder nicht bis zum Zusammentritt der Generalsynode aufgeschoben werden können, sind vom Oberkirchenrat A. und H. B. den Rechts- und Verfassungsausschüssen bzw. den Finanzausschüssen in gemeinsamer Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen; solche Verfügungen sind bei der nächsten Tagung (Session) der Generalsynode zur Genehmigung vorzulegen; erhalten sie diese Genehmigung nicht, so treten sie außer Kraft.

(5) Die Rechts- und Verfassungsausschüsse in gemeinsamer Sitzung beschließen, sofern nicht Art. 115 Abs. 2 anzuwenden ist, über den Übergang der Zuständigkeit auf Verlangen eines Mitglieds des Oberkirchenrates A. und H. B.

(6) Die Finanzausschüsse in gemeinsamer Sitzung haben das Recht, die Finanzgebarung zu überprüfen; sie sind zur Beschlussfassung über das Vermögen der Landeskirche, dessen Veräußerung oder dingliche Belastung berufen.

(7) Die Gleichstellungskommission ist durch Kirchengesetz zu regeln.

3. Die Kontrollausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung

Art 113 (1) Die Kontrollausschüsse gemäß Art. 84 treten zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammen. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Kontrollausschusses der Synode A. B. Als sein Stellvertreter fungiert der Vorsitzende des Kontrollausschusses der Synode H. B.

(2) Die Bestimmungen des Art. 84 Abs. 3 bis 5 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass der oder die Vorsitzende

der Synode H. B. den Kontrollausschüssen A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung nicht angehört.

4. Der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche A. und H. B.

Art 114 (1) Die Verwaltung der Evangelischen Kirche A. und H. B. obliegt dem Oberkirchenrat A. und H. B.; er hat seinen Sitz in Wien.

(2) Dem Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B. gehören an:

Z. 1. der Bischof oder die Bischöfin der Kirche A. B.;

Z. 2. die fünf gewählten Mitglieder des Oberkirchenrates A. B., ihre Stellvertreter oder Stellvertreterinnen im Verhinderungsfall;

Z. 3. der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, bei dessen oder deren Verhinderung sein oder ihr Stellvertreter bzw. Stellvertreterin;

Z. 4. ein weltlicher Oberkirchenrat oder eine weltliche Oberkirchenrätin H. B., bei dessen oder deren Verhinderung der Stellvertreter oder die Stellvertreterin.

Z. 5. *entfällt.*

(3) Der Oberkirchenrat beschließt auf Verlangen eines Mitglieds des Oberkirchenrates A. und H. B. über die Aufteilung der Zuständigkeiten der Oberkirchenräte A. B. bzw. H. B. und über seine eigene Zuständigkeit.

(4) Die Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B. müssen die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt.

(5) Den Vorsitz im Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B. führt der oder die Vorsitzende des Oberkirchenrates A. B., in seiner oder ihrer Vertretung der oder die Vorsitzende des Oberkirchenrates H. B. Die Regelung des Art. 94 ist sinngemäß anzuwenden.

(6) In seiner Amtsführung ist der Oberkirchenrat A. und H. B. der Generalsynode verantwortlich.

(7) Zusätzlich zu Abs 1 hat der Evangelische Oberkirchenrat A. und H. B. über die Beachtung und richtige Anwendung der Kirchenverfassung und der anderen kirchlichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe zu wachen. Zum Wirkungskreis des Oberkirchenrates A. und H. B. gehört insbesondere:

Z. 1. die Wahrung der Rechte und die Vertretung der Landeskirche nach außen, insbesondere in der Öffentlichkeit;

Z. 2. Vertretung der Landeskirche im Weltrat der Kirchen und gegenüber der Europäischen Union;

Z. 3. Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Kirchen und Religionsgesellschaften, Kirchenbünden und Vereinigungen von Kirchen, nach Anhörung des Theologischen Ausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses mit Zustimmung der Kirchenpresbyterien; die entsprechende Beauftragung bzw. Delegierung von qualifizierten Vertretern oder Vertreterinnen;

Z. 4. die Erlassung von Verordnungen zur Vollziehung der Kirchenverfassung und der anderen kirchlichen Gesetze, der sonst von der Generalsynode gefassten Beschlüsse sowie die Überwachung ihrer Beachtung;

Z. 5. die Wiederverlautbarung kirchlicher Rechtsvorschriften, soweit dies im Interesse der Rechtsübersichtlichkeit unerlässlich ist;

Z. 6. die Beantragung von Verfügungen mit einstweiliger Geltung durch das zuständige Kirchenpresbyterium bzw. durch die zuständigen Ausschüsse bzw. Kommissionen;

Z. 7. die Herausgabe des Amtsblatts der Evangelischen Kirche A. und H. B.;

Z. 8. die Erlassung der Geschäftsordnung für den Oberkirchenrat A. und H. B. mit Zustimmung der Rechts- und Verfassungsausschüsse und der Finanzausschüsse in gemeinsamer Sitzung;

Z. 9. der Verkehr mit den Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden;

Z. 10. die Begutachtung von Gesetzesentwürfen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union sowie Gutachten, Vorschläge und Berichte über Angelegenheiten, welche die Kirchen und Religionsgesellschaften im Allgemeinen oder den Wirkungsbereich der Evangelischen Kirche im Besonderen berühren;

Z. 11. mit Zustimmung der Kirchenpresbyterien und dem Finanzausschuss der Generalsynode, der Abschluss von Vereinbarungen und Kollektivverträgen mit freiwilligen Berufsvereinigungen bzw. mit der Mitarbeitervertretung zur Regelung von Leistungen an Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen einschließlich der Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in Werken und Einrichtungen der Kirche;

Z. 12. die Vorlage, Erstellung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes der Kirche A. und H. B. und ihrer Einrichtungen mit Zustimmung der Finanzausschüsse in gemeinsamer Sitzung;

Z. 13. die Sorge um die genaue Erfüllung aller von der Kirche A. und H. B. übernommenen Zahlungsverpflichtungen;

Z. 14. die Vorlage der geprüften und bestätigten Rechnungsabschlüsse der Kirche A. und H. B., ihrer Werke und Einrichtungen mit den Berichten beeideter Wirtschaftsprüfer an die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung;

Z. 15. die Verwaltung des Vermögens und der laufenden Einkünfte der Landeskirche nach den Richtlinien des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Finanzausschusses;

Z. 16. die Verwaltung von Anstalts-, Stiftungs- und Zweckvermögen, die entweder der Landeskirche gehören oder dem Oberkirchenrat A. und H. B. für besondere Kirchen- oder Schulzwecke übertragen sind;

Z. 17. die Errichtung und Besetzung von Pfarrstellen für besondere landeskirchliche Aufgaben und die Errichtung der Ordnungen dafür (Art. 23 Abs. 4 bis 6);

Z. 18. die Ordnung aller Angelegenheiten des Schul- und Unterrichtswesens sowie die Genehmigung der Errichtung und Auflassung von Schulen oder einzelnen Schulklassen sowie von Erziehungsanstalten;

Z. 19. die Gesamtaufsicht über den Religionsunterricht;

Z. 20. die Festsetzung der Vorschriften über die Befähigung und die Ermächtigung der Religionslehrer und der Religionslehrerinnen zur Erteilung des Religionsunterrichtes an Schulen aller Art („vocatio“);

Z. 21. nach Anhörung der Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung die Festsetzung der Vorschriften zur Prüfung der Religionslehrer und der Religionslehrerinnen an Pflichtschulen;

Z. 22. nach Anhörung der Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung die Beschlüsse über die Lehrpläne für den Religionsunterricht und die Zulassung von Religionslehrbüchern und anderen Unterrichtsmitteln unter Anhörung der Superintendenten und der Superintendentinnen, des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin, der Religionspädagogischen Kommission sowie von Sachverständigen;

Z. 23. die Bestellung der in den Kirchengesetzen vorgesehenen Prüfungskommissionen;

Z. 24. die Bestellung der Fachinspektoren und Fachinspektorinnen für den Religionsunterricht nach Anhörung der Religionspädagogischen Kommission auf Vorschlag des zuständigen Superintendenten oder der zuständigen Superintendentin, des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin;

Erläuterung: § 10 Religionsunterrichtsordnung 2008 ist zu beachten.

Z. 25. die Führung von Einrichtungen der Landeskirche zur Aus-, Fort- und Weiterbildung für Gemeindepädagogen und Gemeindepädagoginnen und Religionslehrer und Religionslehrerinnen;

Z. 26. die Führung und Verwaltung des Heimes für Studierende „Dr.-Wilhelm-Dantine-Haus“ und des Wilhelm-Dantine-Gedächtnisfonds;

Z. 27. die Entscheidung über die Zulassung als Kandidat oder Kandidatin für den Pfarrdienst und die Erfassung aller für den kirchlichen Dienst relevanten Daten der Kandidaten oder Kandidatinnen;

Erläuterung: Dies ist die rechtliche Grundlage der Datenbanken des Kirchenamtes A. und H. B. in Personalangelegenheiten; siehe § 47 OdgA.

Z. 28. die Ordnung des Matrikenwesens;

Z. 29. die Verwaltung des gemeinsamen Archivs der Landeskirche, der Kirche A. B. und der Kirche H. B.;

Z. 30. die Führung der Bibliothek der Landeskirche;

Z. 31. die Aufsicht über Werke evangelischer Kirchen, Gemeinschaften, Anstalten und Stiftungen, soweit sie Einrichtungen der Evangelischen Kirche A. und H. B. sind, und die Förderung der Zusammenarbeit der Einrichtungen;

Z. 32. die letztinstanzliche Entscheidung in allen Verwaltungsangelegenheiten der Landeskirche, soweit sie dem Oberkirchenrat A. und H. B. in dieser Kirchenverfassung ausdrücklich zugewiesen sind;

Z. 33. die Entscheidung in Streitfällen zwischen Pfarrgemeinden, die verschiedenen Kirchen angehören;

Z. 34. die Bestellung der Militärseelsorger oder Militärseelsorgerinnen und der Zivildienstbeauftragten im Einvernehmen mit den betroffenen (Militär) Superintendenten oder Superintendentinnen bzw. mit dem Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin;

Z. 35. die Bestellung des Leiters oder der Leiterin des evangelischen Militärseelsorgeamtes mit den Kirchenpresbyterien in gemeinsamer Sitzung.

(8) Die Visitation der Evangelischen Militärseelsorge und der Hochschulgemeinden obliegt dem Oberkirchenrat A. und H. B. durch seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter unter Beiziehung des Militärsuperintendenten oder der Militärsuperintendentin sowie des betroffenen Superintendenten oder der betroffenen Superintendentin.

(9) Hinsichtlich der dem Oberkirchenrat A. und H. B. obliegenden Aufgaben betreffend die Generalsynode sind die Bestimmungen des Art. 88 Abs. 2 sinngemäß anzuwenden.

(10) Der Oberkirchenrat A. und H. B. kann unter seiner Verantwortung Personen, die ihm nicht angehören, die Betreuung einzelner Arbeitsbereiche bzw. die Besorgung von Aufgaben übertragen. Die Aufgaben des bzw. der Berufenen sind festzulegen und schriftlich festzuhalten.

Art 115 (1) Der Evangelische Oberkirchenrat A. und H. B. verhandelt in der Regel in Sitzungen und ist bei Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern beschlussfähig. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

(2) Wenn ein in seinen Wirkungskreis fallender Verhandlungsgegenstand eine Bekenntnisfrage berührt, so geht auf Verlangen auch nur eines Mitgliedes die Zuständigkeit zur Beschlussfassung auf die Kirchenpresbyterien über. Zur Entscheidung darüber bedarf es der übereinstimmenden Beschlussfassung beider Kirchenpresbyterien.

Art 116 (1) Schriftstücke des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B. ergehen unter der Bezeichnung: Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich, Evangelischer Oberkirchenrat A. und H. B.

(2) Soweit die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt, erfolgt die Unterfertigung von Schriftstücken, jedenfalls von Bescheiden, Urkunden über Rechtsgeschäfte und Anzeigen nach dem Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche durch zwei Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B.

(3) Allen kollektiv gezeichneten Schriftstücken ist das Amtssiegel beizusetzen.

(4) Die verwaltungsmäßige Besorgung der Aufgaben des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B. obliegt dem Kirchenamt A. B. Die Kirche H. B. trägt zu dem erforderlichen Aufwand nach einem vom Finanzausschuss einvernehmlich festzusetzenden Schlüssel bei.

XIV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art 122 (1) Die Art 13, 14, 16, 18, 19, 20, 43, 46, 51, 52, 53 bis 115 Kirchenverfassung treten mit 1. Jänner 2012 in Kraft; jedoch werden die jeweiligen Vorschriften für die Organe der zweiten und dritten Gliederungsebene erst nach der Konstituierung dieser Organe wirksam.

(2) Die Synodalausschüsse A. B. bzw. H. B. sowie die Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung bleiben für die Beratung und Beschlussfassung der Rechnungsabschlüsse und der Haushaltspläne für das Jahr 2012 zuständig.

Art 123 Die Zuständigkeiten der Synodalausschüsse A. B., H. B. sowie A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung sind nach dem Grundsatz der Aufgabenverteilung auf die Kirchenpresbyterien und die Oberkirchenräte, nämlich Festlegung der Entwicklungslinien für die Evangelische Kirche in Österreich einerseits, für die Wahrnehmung der administrativen Angelegenheiten andererseits, zuzuordnen; insbesondere erhält die Zuständigkeiten in Art 23 Abs 4 und 6, Art 51 Abs 1, Art 52 Abs 1, Art 55 Abs 1 Z 2, Art 68 Abs 2, Art 86 Abs 1 und 2, Art 88 Abs 1 Z 2, Art 91 Abs 2 Z 1, Art 93 Abs 8, Art 97 Abs 10 der Kirchenverfassung, die Zuständigkeiten in § 16 Abs 2, § 17 Abs 2, § 23 Abs 2, § 26 Abs 3, § 29 Abs 1 und 2, § 46 Abs 4, § 61 Abs 5, § 75 Abs 3 Ordnung des geistlichen Amtes das Kirchenpresbyterium; die Zuständigkeiten in § 10 Z 3 Datenschutzordnung, § 81 Abs 1 Ordnung des geistlichen Amtes und § 35 Abs 10 Wahlordnung der jeweils zuständige Oberkirchenrat.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

232. Zl. G 14; 2735/2011 vom 16. November 2011

Ordnung des geistlichen Amtes (OdgA), Novelle 2011

Die Generalsynode hat in der 6. Session ihrer XIII. Gesetzgebungsperiode vom 25. bis 26. Oktober 2011 folgende Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesergänzungen beschlossen:

§ 33 (2) hat zu lauten:

Der Oberkirchenrat H. B. kann mit Zustimmung der Gemeindevertretung einen geistlichen Amtsträger/eine geistliche Amtsträgerin zuteilen, wenn eine bestehende Pfarrstelle, aus welchen Gründen auch immer, durch wenigstens sechs Monate unbesetzt ist. Die Zuteilung ist längstens bis zu drei Jahren befristet. Die Ausschreibung der Pfarrstelle ist spätestens mit diesem Zeitpunkt vorzunehmen.

§ 61 hat zu lauten:

(1) Geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen können zu Fortbildungszwecken oder für in kirchlichem Zusammenhang stehende oder kirchlichem Interesse dienende Tätigkeiten vom Dienst freigestellt werden.

(2) Die Dienstfreistellungen können bis zur Dauer von zwei Wochen innerhalb eines Jahres vom zuständigen Superintendenten oder von der zuständigen Superintendentin bzw. vom Landessuperintendenten oder von der Landessuperintendentin unter Verständigung des Presbyteriums bewilligt werden.

(3) Dienstfreistellungen für die Dauer von mehr als zwei Wochen können vom zuständigen Oberkirchenrat nach Anhörung des zuständigen Superintendenten oder der zuständigen Superintendentin bzw. des Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin und Presbyteriums bis zur Höchstdauer von drei Jahren unter Fortdauer des Dienstverhältnisses bewilligt werden.

(4) In besonders begründeten Einzelfällen kann der zuständige Oberkirchenrat die Dauer der Dienstfreistellung auch über die in Abs. 3 festgelegte Dauer hinaus bewilligen.

(5) Im Fall der Dienstfreistellung von mehr als vier Wochen ist die Zahlung des Gehalts einzustellen. Der zuständige Oberkirchenrat kann — im Fall der Dienstfreistellungen für mehr als drei Monate mit Zustimmung des zuständigen Synodalausschusses — die Weiterzahlung des ganzen Gehalts oder eines Teiles desselben oder die Erbringung sonstiger finanzieller Leistungen während dieser Zeit bewilligen.

(6) Regelungen über Sabbathzeiten, wonach geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen auf Antrag vom Dienst freigestellt werden können, sind hinsichtlich der dienstrechtlichen Bestimmungen durch Verordnung des Oberkirchenrates A. und H. B. zu treffen; sie bedarf zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Synodalausschüsse A. und H. B. in gemeinsamer Sitzung. Hinsichtlich der Leistungen werden die Regelungen in dem mit der freiwilligen Berufsvertretung (§ 83) abgeschlossenen Kollektivvertrag getroffen.

(7) Wird ein Sabbathjahr vom Oberkirchenrat A. B. bzw. H. B. ganz oder in Teilen genehmigt, kann mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin davon die Tätigkeit als Religionslehrer oder Religionslehrerin ganz oder teilweise ausgenommen werden.

(8) Ob und inwieweit Zeiträume nach Abs. 3 bis 5 auf das Dienstalter und die Vorrückung angerechnet werden, entscheidet der zuständige Oberkirchenrat im Einzelfall mit Bescheid. Wurde die Anrechnung nicht mit Bescheid angeordnet, ist dieser Zeitraum nicht anzurechnen.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

233. Zl. G 15; 2736/2011 vom 17. November 2011

Kirchliche Verfahrensordnung (KVO), Novelle 2011

Die Generalsynode hat in der 6. Session ihrer XIII. Gesetzgebungsperiode vom 25. bis 26. Oktober 2011 folgende Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesergänzungen beschlossen:

(Motivenbericht siehe Seite 298)

§ 4 (3) hat zu lauten: Bei Sitzungen der Synode und der Generalsynode, wenn diese über die Zustimmung zu verfassungsändernden Verfügungen mit einstweiliger Geltung zu beschließen haben, ist für die Beschlussfähigkeit die Anwesenheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder erforderlich.

§ 13 (4) hat zu lauten: Für die Oberkirchenräte A. B., H. B. sowie A. u. H. B. gelten die Bestimmungen der Art. 88 Abs. 6, Art. 97 Abs. 6 und 7 und Art. 116 Abs. 2 und 3 KV.

§ 41 (2) hat zu lauten: Wird der Bescheid der Partei nicht innerhalb dieser Frist zugestellt, so geht auf ihren schriftlichen Antrag die Zuständigkeit zur Entscheidung auf die sachlich in Betracht kommende Oberinstanz über. Im Falle von Berufungen von Parteien nach § 41 Abs 1 geht im Falle einer Säumigkeit des Oberkirchenrates die Zuständigkeit zur Entscheidung an den Revisionssenat über.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

234. Zl. G 10; 2737/2011 vom 17. November 2011

Wahlordnung (WahlO), Novelle 2011

Die Generalsynode hat in der 6. Session ihrer XIII. Gesetzgebungsperiode vom 25. bis 26. Oktober 2011 folgende Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesergänzungen beschlossen:

§ 33 (4) hat zu lauten: Der Präsident oder die Präsidentin der Synode A. B. hat zu prüfen, ob die Vorgeschlagenen wahlfähig sind und Erklärungen der Vorgeschlagenen einzuholen, sich der Wahl stellen zu wollen. Vorschläge ohne diese Erklärung sind ungültig. Der Oberkirchenrat ist verpflichtet, dem Präsidenten oder der Präsidentin der Synode alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Prüfung der Wahlfähigkeit benötigt werden.

Der Abschnitt „4.4 Landeskurator“ entfällt; der Abschnitt und § 34 haben zu lauten:

4.4. Präsident/Präsidentin der Synode A. B.

§ 34 (1) Wählbar zum Präsidenten oder zur Präsidentin der Synode A. B. ist jedes wahlfähige weltliche Mitglied der Evangelischen Kirche A. B., der oder die einem Presbyterium angehört oder mindestens einer Funktionsperiode angehört hat.

(2) Der Präsident oder die Präsidentin wird mit 2/3 Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen von der Synode A. B. gewählt. Die Wahlhandlung hat der Bischof oder die Bischöfin der Evangelischen Kirche A. B. zu leiten. Ist der Bischof oder die Bischöfin daran verhindert, hat das an Jahren älteste Mitglied der Synode A. B. die Wahlhandlung zu leiten.

(3) Der Wahltermin ist im Amtsblatt drei Monate vor der Wahl bekannt zu geben.

(4) Für die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin der Synode A. B. kann jede Superintendentialversammlung bis längstens vier Wochen vor Beginn der Session der Synode A. B. höchstens zwei Wahlvorschläge beim Bischof oder bei der Bischöfin einreichen. Der Nominierungsausschuss hat von sich aus in jedem Fall eine Nominierung für die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin dem Bischof oder der Bischöfin bis vier Wochen vor Beginn der Session der Synode A. B. bekannt zu geben. Jedes Mitglied der Synode A. B. kann bis vier Wochen vor Beginn der Session durch Initiativantrag Kandidaten oder Kandidatinnen beim Bischof oder bei der Bischöfin nominieren. Der Bischof oder die Bischöfin hat unverzüglich die Wahlfähigkeit aller vorgeschlagenen Personen zu prüfen und ihre Zustimmungserklärung einzuholen.

(5) Ist der zum Präsidenten oder die zur Präsidentin der Synode A. B. Gewählte Mitglied eines Presbyterium oder einer Superintendentialversammlung, so erlischt seine bzw. ihre Funktion als Mitglied dieses kirchlichen Organes mit der Annahme der Wahl.

(6) Den Vorgeschlagenen ist Gelegenheit zu geben, sich bei der Wahl vorzustellen und die an sie gerichteten Fragen zu beantworten.

(7) Die übrigen Bestimmungen der Wahlordnung bleiben unberührt.

§ 35 (10) hat zu lauten: Abweichend von den Fristen gemäß Abs. 1, 2, 3 und 9 können diese anders festgesetzt werden. Die dann festgesetzten Fristen sind mit der Ausschreibung gemäß Abs. 1 kundzumachen.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

235. Zl. JG 03; 2692/2011 vom 10. November 2011

Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich, Novelle 2011

Die Generalsynode hat auf ihrer 6. Session der XIII. Gesetzgebungsperiode am 25. Oktober 2011 die nachstehende Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich beschlossen.

(Motivenbericht siehe Seite 298)

Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich

GRUNDSÄTZLICHES

Zweck, Aufgaben und Mittel

§ 1. (1) Die Evangelische Jugend Österreich hat zum Ziel, Kinder und Jugendliche um das Evangelium von Jesus Christus zu sammeln, zu evangelischer Lebensgestaltung und damit zu diakonischem und missionarischem Dienst einzuladen und zu befähigen. Ihr ist die außerschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, deren Förderung und Vertretung aufgetragen (Art. 5 Abs 2 Kirchenverfassung und § 16 Abs 3 Protestantengesetz).

(2) Unter „Arbeit mit Kindern und Jugendlichen" im Sinne dieser Ordnung ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Förderung und Vertretung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verstehen. Diesen Zielen dient der unentbehrliche Hilfsbetrieb Burg Finstergrün als Kinder- und Jugendfreizeitheim.

(3) Die Evangelische Jugend Österreich ist ein Werk der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich, als solches kirchlich, gemeinnützig und mildtätig im Sinne der §§ 35 ff Bundesabgabenordnung. Das Werk ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Im Falle seiner Auflösung geht das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen über auf die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich zur Verwendung für Zwecke der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

(4) Zur Verfolgung des vorgenannten, sich auf Art. 5 Abs 2 Kirchenverfassung stützenden Zwecks ist die Evangelische Jugend Österreich als Körperschaft öffentlichen Rechts zu all jenen Handlungen befugt, die auch von der Evangelischen Kirche in Österreich bei der außerschulischen Jugendarbeit gesetzt werden könnten.

(5) Die zur Verfolgung des Zwecks erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

a) eine Basisfinanzierung der Evangelischen Kirche in Österreich,
b) Mittel der Bundes- und Landesjugendförderung,
c) sonstige kirchliche und öffentliche Subventionen,
d) Kollekten, Spenden, Vermächtnisse, Sponsorgelder u. ä.,
e) Kostenbeiträge bei Veranstaltungen der EJÖ,
f) Veröffentlichungen aller Art,
g) Einkünfte aus dem Vermögen der Einrichtungen des Werks.

(6) Die Evangelische Jugend Österreich regelt und verwaltet ihre Aufgaben selbstständig im Rahmen der Kirchenverfassung, der Kirchengesetze und der sonstigen kirchenrechtlichen Regelungen. Wenn diese Ordnung nichts anderes bestimmt, sind für das Verfahren die Kirchliche Verfahrensordnung, für Wahlen die Bestimmungen der Wahlordnung und hinsichtlich aller finanziellen Angelegenheiten die Richtlinien der Evangelischen Kirche für die Haushaltsführung anzuwenden.

Organisatorische Gliederung und Bezeichnungen

§ 2. (1) Organisatorisch ist die Evangelische Jugend Österreich gegliedert entsprechend

1. den Pfarrgemeinden bzw. den Verbänden von Pfarrgemeinden (Gemeindeebene),
2. den Superintendenzen A. B. (Diözesanebene),
3. der Reformierten Kirche (Evangelische Kirche H. B.) und
4. der Evangelischen Kirche A. und H. B. (Landeskirche).

(2) Die Bezeichnung der einzelnen Gliederungen erfolgt unter Beifügung des entsprechenden räumlichen Begriffes bzw. des Hinweises auf die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche H. B. oder eines weiteren unterscheidenden Begriffes.

(3) Für den Zusammenschluss einzelner Gliederungen sind übereinstimmende Beschlüsse der betroffenen Organe der Evangelischen Jugend Österreich sowie die Zustimmung der jeweils zuständigen Organe der Evangelischen Kirchen A. B., H. B. bzw. A. und H. B. erforderlich.

Rechtspersönlichkeit

§ 3. Rechtspersönlichkeit kommt den folgenden Gliederungen zu:

für die Superintendenzen A. B. bzw. die Reformierte Kirche (Evangelische Kirche H. B.)

1. der Evangelischen Jugend Burgenland,
2. der Evangelischen Jugend Kärnten und Osttirol,
3. der Evangelischen Jugend Niederösterreich,
4. der Evangelischen Jugend Oberösterreich,
5. der Evangelischen Jugend Salzburg und Tirol,
6. der Evangelischen Jugend Steiermark,
7. der Evangelischen Jugend Wien,
8. der Evangelischen Jugend H. B.,

für die Evangelische Kirche A. und H. B. (Landeskirche)

9. der Evangelischen Jugend Österreich,
10. der Evangelischen Jugend Burg Finstergrün.

Mitglieder

§ 4. *wie bisher.*

Die Organe der Evangelischen Jugend Österreich

§ 5. *wie bisher.*

Funktionsperiode

§ 6. (1) bis (3) *wie bisher.*

(4) Die Wahl bzw. Bestellung von Jugendpfarrern und Jugendpfarrerinnen, Jugendreferenten und Jugendreferentinnen, Organisationsreferenten und Organisationsreferentinnen sowie von Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen erfolgt jeweils längstens für eine Funktionsperiode von sechs Jahren. Sie führen ihr Amt bis zum Amtsantritt der jeweils neu Gewählten. Wiederwahl bzw. Wiederbestellung sind zulässig, bedürfen jedoch ab einer dritten Funktionsperiode der Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

Zeichnungsberechtigungen

§ 7. (1) *wie bisher.*

(2) Urkunden über Rechtsgeschäfte bedürfen in jedem Fall der Fertigung durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden oder deren bzw. dessen Stellvertreter oder Stellvertreterin und zweier anderer eigenberechtigter stimmberechtigten Mitglieder des jeweils zuständigen Organs. Die Geschäftsordnung für den geschäftsführenden Burgrat oder die geschäftsführende Burgrätin (§ 19) kann hiervon abweichende Zeichnungsberechtigungen festlegen.

(3) Zeichnungsberechtigungen für alle Organe werden vom Evangelischen Oberkirchenrat A. und H. B. unter Beisetzung des Amtssiegels bestätigt.

GEMEINDEEBENE

Der Gemeindejugendrat

§ 8. *wie bisher.*

DIÖZESANEBENE

Der Diözesanjugendrat

§ 9. (1) Dem Diözesanjugendrat (DJR) gehören an:

1. die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindejugendräte;
2. die Diözesanjugendpfarrerin oder der Diözesanjugendpfarrer bzw. die Diözesanjugendreferentin oder der Diözesanjugendreferent;

sowie mit beratender Stimme:

3. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Superintendenz, vom Superintendentialausschuss entsendet;
4. bis zu drei gemäß § 6 Abs. 3 Kooptierte;
5. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Hochschulgemeinde in der Superintendenz.

(2) bis (7) *wie bisher.*

Die Diözesanjugendleitung

§ 10. (1) Der Diözesanjugendleitung (DJL) gehören an:

1. als Vorsitzender die bzw. der Vorsitzende des DJR;
2. ihr bzw. sein Stellvertreter bzw. Stellvertreterin;
3. die gewählten Mitglieder der DJL;
4. die Diözesanjugendpfarrerin bzw. der Diözesanjugendpfarrer;
5. die Diözesanjugendreferentin bzw. der Diözesanjugendreferent sowie mit beratender Stimme:
6. die Vertreterin bzw. der Vertreter der Superintendenz;
7. bis zu drei kooptierte Mitglieder des DJR.

(2) Die DJL tritt wenigstens zweimal jährlich zusammen.

Aufgaben der Diözesanjugendleitung

§ 11. *wie bisher.*

EVANGELISCHE KIRCHE H. B.

Jugendrat H. B.

§ 12. (1) Dem Jugendrat H. B. (JR H. B.) gehören an:

1. die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindejugendräte H. B.;

ferner mit beratender Stimme

2. die Jugendpfarrerin oder der Jugendpfarrer H. B.;
3. die Jugendreferentin oder der Jugendreferent H. B.;
4. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Synode H. B.;
5. bis zu drei kooptierte Mitglieder.

(2) bis (6) *wie bisher.*

Die Jugendleitung H. B.

§ 13. (1) Der Jugendleitung gehören an:

1. als Vorsitzender die bzw. der Vorsitzende des Jugendrates H. B.;
2. ihr bzw. sein Stellvertreter bzw. Stellvertreterin;
3. die gemäß § 12 Abs. 2 Z. 3 gewählten Mitglieder;

sowie mit beratender Stimme:

4. die Jugendpfarrerin H. B. bzw. der Jugendpfarrer H. B;
5. die Jugendreferentinnen H. B. bzw. -referenten H. B. und
6. die Vertreterin bzw. der Vertreter der Synode H. B.;
7. bis zu drei kooptierten Mitglieder.

(2) bis (4) *wie bisher.*

LANDESKIRCHE

Der Jugendrat der Evangelischen Jugend Österreich

§ 14. (1) Dem Jugendrat der Evangelischen Jugend Österreich (JURÖ) gehören an:

1. die von den Diözesanjugendräten und dem Jugendrat H. B. gewählten Mitglieder;
2. ein vom Aufsichtsrat gewähltes Mitglied;
3. die Diözesanjugendpfarrer bzw. -pfarrerinnen oder Diözesanjugendreferenten bzw. -referentinnen;
4. die Jugendpfarrerin bzw. der Jugendpfarrer oder die Jugendreferentin bzw. der Jugendreferent der Evangelischen Jugend für Österreich;
5. die Jugendpfarrerin H. B. bzw. der Jugendpfarrer H. B., bzw. der Jugendreferent H. B., bzw. die Jugendreferentin H. B.;

mit beratender Stimme:

6. ein vom Oberkirchenrat A. u. H. B. entsandtes Mitglied;
7. ein von der Evangelischen Hochschulgemeinde in Österreich entsandtes Mitglied;
8. der geschäftsführende Burgrat oder die geschäftsführende Burgrätin;
9. die Geschäftsführung;
10. bis zu drei kooptierte Mitglieder.

(2) Ist für eine Superintendenz kein Amtsträger bzw. keine Amtsträgerin gemäß Abs. 1 Z. 3 bestellt, kann vom betreffenden DJR ein weiteres Mitglied gemäß § 9 Abs. 2 Z. 4 gewählt werden. Diese Regelung gilt analog für die Kirche H. B. sowie für die Burg Finstergrün, soferne kein geschäftsführender Burgrat oder keine geschäftsführende Burgrätin bestellt ist. Für den gewählten Vorsitzenden, die gewählte Vorsitzende und dessen Stellvertreter oder deren Stellvertreter/in kann für die laufende Funktionsperiode der betreffende DJR, der Jugendrat H. B. bzw. der Burg Finstergrün ein weiteres Mitglied wählen.

(3) Dem JURÖ obliegt insbesondere:

1. die Beratung und Beschlussfassung über alle grundsätzlichen Fragen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gemäß § 1 sowie über Richtlinien, Konzepte und den Einsatz von Arbeitshilfen für diese Aufgaben;
2. die Wahl einer oder eines Vorsitzenden und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters aus dem Kreise der ehrenamtlichen Mitglieder;
3. die Wahl einer oder eines Abgeordneten und ihres oder seines Stellvertreters oder ihrer und seiner Stellvertreterin in die Generalsynode für deren Funktionsperiode;
4. die Wahl der Jugendpfarrerin bzw. des Jugendpfarrers für Österreich und der Jugendreferentin bzw. des Jugendreferenten für Österreich;
5. die Wahl von zwei Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfern und deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter;
6. die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsführung;
7. die Einrichtung von Arbeitskreisen und Einrichtungen gemäß § 20;
8. die Beschlussfassung über den Jahresbericht und den geprüften Rechnungsabschluss;
9. die Beschlussfassung über den Haushaltsplan, einschließlich der vom Bund bzw. durch die Bundesjugendförderung zur Verfügung gestellten Mittel sowie über den Dienstpostenplan;
10. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von unbeweglichem Vermögen sowie über den Abschluss von Bestandverträgen auf mehr als drei Jahre und über die Übernahme von Schuldverpflichtungen, deren Tilgung nicht innerhalb des Rechnungsjahres erfolgt sowie von Haftungserklärungen;
11. die Beschlussfassung über eine Geschäftsordnung einschließlich genereller Vereinbarungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. deren Vertretung;
12. Anträge auf Änderung der Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich.

(4) Die Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ist erforderlich

1. für Beschlüsse gemäß Abs. 3 Z. 8 bis 12,
2. für Beschlüsse gemäß Abs. 3 Z. 1 dann, wenn die Beschlüsse für alle Organe der Evangelischen Jugend Österreich verbindlich sein sollen,
3. für die Aufteilung von Mitteln aus der Bundesjugendförderung oder dem entsprechenden Zuschüssen.

(5) Gewählte Vertreterinnen bzw. Vertreter müssen eigenberechtigt sein. Sie sind dem Oberkirchenrat A. und H. B. bekannt zu geben.

(6) Alle Beschlüsse des JURÖ einschließlich der Namen der Gewählten sind dem Oberkirchenrat A. und H. B. mitzuteilen, die Beschlüsse gemäß Abs. 3 Z. 6 und 8 bis 11 bedürfen der Genehmigung durch den Oberkirchenrat A. und H. B.

(7) Der JURÖ tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

Die Jugendleitung der Evangelischen Jugend Österreich

§ 15. (1) Der Jugendleitung (JULÖ) gehören an:

1. Die oder der Vorsitzende der JURÖ als Vorsitz und deren bzw. dessen Stellvertreter oder Stellvertreterin;
2. zwei vom JURÖ gewählte ehrenamtliche Vertreter oder Vertreterinnen;
3. zwei aus dem Kreis der Diözesanjugendreferenten bzw. -referentinnen vom JURÖ gewählte Vertreter oder Vertreterinnen;
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin des Jugendrates H. B.;

mit beratender Stimme:

5. ein Vertreter oder eine Vertreterin des Oberkirchenrates A. und H. B.;
6. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Hochschulgemeinde in Österreich;
7. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Religionslehrer und Religionslehrerinnen, entsendet von der Arbeitsgemeinschaft der Religionslehrer und Religionslehrerinnen;
8. je ein Vertreter oder eine Vertreterin der evangelischen Schulen und evangelischen Kinderbetreuungseinrichtungen, entsendet von der Plattform Evangelische Schulen;
9. die Bundesgeschäftsführung.

(2) Die JULÖ leitet und koordiniert die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich (Landeskirche). Entsprechend den Beschlüssen des JURÖ ist die JULÖ für die Vertretung nach außen zuständig und begleitet die Tätigkeit der Geschäftsführung. Ihr obliegt insbesondere die Beschlussfassung über Abschluss, Änderung und Auflösung von Dienstverhältnissen leitender Angestellter; diese Beschlüsse bedürfen der Genehmigung durch den Oberkirchenrat A. und H. B.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit und in jenen Fällen, in denen der Jugendrat innerhalb einer gestellten Frist keinen Beschluss fassen kann, hat die Jugendleitung auch in jenen Angelegenheiten zu entscheiden, die dem JURÖ vorbehalten sind. Ihre Entscheidung ist dem JURÖ bei seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

Die Bundesgeschäftsführung der Evangelischen Jugend Österreich

§ 16. (1) Der Bundesgeschäftsführung gehören an:

1. der Bundesgeschäftsführer oder die Bundesgeschäftsführerin,
2. die Jugendpfarrer oder die Jugendpfarrerinnen und
3. die Jugendreferenten oder die Jugendreferentinnen für Österreich.

(2) Der Bundesgeschäftsführung obliegt für den Bereich der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich (Landeskirche) die Durchführung der ihr durch die Geschäftsordnung sowie der ihr generell oder speziell übertragenen Aufgaben.

(3) Der Bundesgeschäftsführer oder die Bundesgeschäftsführerin sind als leitende Angestellte haupt- oder nebenamtlich tätig und müssen entsprechend qualifiziert sein. Voraussetzung zur Rechtswirksamkeit der Bestellung ist die Zustimmung des Oberkirchenrates A. und H. B.

(4) Die Bundesgeschäftsführung hat regelmäßig der JULÖ Bericht zu erstatten und auf Verlangen Einsicht in alle Urkunden und Amtsschriften zu gewähren.

(5) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Bundesgeschäftsführung des Bundessekretariats. Die dort Tätigen sind der Bundesgeschäftsführung direkt unterstellt und verantwortlich.

BURG FINSTERGRÜN

Der Aufsichtsrat

§ 17. (1) Für die Aufsicht in allen Angelegenheiten der Burg Finstergrün wird ein Aufsichtsrat eingerichtet.

(2) Dem Aufsichtsrat der Burg Finstergrün gehören an:

1. drei vom Oberkirchenrat A. und H. B. entsendete Vertreter oder Vertreterinnen;
2. ein vom JURÖ entsandter Vertreter oder eine entsendete Vertreterin aus der Mitte des Jugendrates, wobei es sich nicht um das vom Aufsichtsrat gemäß § 14 Abs 1 Z. 2 gewählte Mitglied des JURÖ handeln darf;

mit beratender Stimme:

3. der geschäftsführende Burgrat oder die geschäftsführende Burgrätin;
4. ein weiteres Mitglied des Burgrates.
5. der Bundesgeschäftsführer oder die Bundesgeschäftsführerin der Evangelischen Jugend Österreich.

(3) Dem Aufsichtsrat Burg Finstergrün obliegt insbesondere:

1. die Beratung und Beschlussfassung über alle grundsätzlichen Fragen des Freizeitheimes Burg Finstergrün;
2. die Wahl einer oder eines Vorsitzenden und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters aus dem Kreise der Mitglieder;
3. die Bestellung des geschäftsführenden Burgrates/der geschäftsführenden Burgrätin, nach Tunlichkeit im Einvernehmen mit dem Burgrat;
4. die Wahl zweier weiterer Mitglieder des Burgrates;
5. die Bestellung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüferin, der oder die die gesamte Gebarung der Burg Finstergrün zu prüfen hat;
6. die Beschlussfassung über die Geschäftsordnungen für den Burgrat und für die einzelnen Bereiche der Burg Finstergrün;
7. die Einrichtung von Arbeitskreisen und Einrichtungen gemäß § 20;
8. die Beschlussfassung über den Jahresbericht und den geprüften Rechnungsabschluss;
9. die Beschlussfassung über den Haushaltsplan einschließlich der vom Bund bzw. durch die Bundesjugendförderung für die Burg Finstergrün zur Verfügung gestellten Mittel sowie über den Dienstpostenplan;
10. die Beschlussfassung über die Beratung betreffend den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von unbeweglichem Vermögen sowie über den Abschluss von Bestandverträgen auf mehr als drei Jahre und über die Übernahme von Schuldverpflichtungen, deren Tilgung nicht innerhalb des Rechnungsjahres erfolgt sowie von Haftungserklärungen;
11. die Beschlussfassung über einen mittelfristigen Instandhaltungsplan für die Burg Finstergrün.

(4) Der Aufsichtsrat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.

(5) Eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ist für Beschlüsse gemäß Abs. 3 Z. 8, 9, 10, 11 erforderlich.

(6) Gewählte Vertreter oder Vertreterinnen müssen eigenberechtigt sein. Sie sind dem Oberkirchenrat A. und H. B. bekannt zu geben.

(7) Alle Beschlüsse des Aufsichtsrates sind dem Oberkirchenrat A. und H. B. mitzuteilen; die Beschlüsse gemäß Abs. 3 Z. 6, 8, 9, 10, 11 bedürfen der Genehmigung durch den Oberkirchenrat A. und H. B.

Der Burgrat

§ 18. (1) Dem Burgrat gehören an:

1. als Vorsitzender oder Vorsitzende der geschäftsführende Burgrat oder die geschäftsführende Burgrätin;
2. zwei vom Aufsichtsrat gewählte ehrenamtliche Burgräte oder Burgrätinnen;

mit beratender Stimme:

3. bis zu zwei kooptierte Mitglieder.

(2) Der Burgrat ist für die Leitung und Führung der Burg Finstergrün gemäß der Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich, seiner Geschäftsordnung und den Beschlüssen des Aufsichtsrates verantwortlich.

(3) Der Burgrat tritt wenigstens dreimal jährlich zusammen.

(4) Protokolle des Burgrates sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zuzuleiten. Über alle Angelegenheiten ist dem Aufsichtsrat aber auch dessen Vorsitzenden bzw. Vorsitzender auf Verlangen Einblick in alle Geschäftsunterlagen zu gewähren.

Geschäftsführende Burgrätin, Geschäftsführender Burgrat

§ 19. (1) Der geschäftsführende Burgrat bzw. die geschäftsführende Burgrätin führt die laufenden Geschäfte der Burg Finstergrün innerhalb des Aufgabenbereiches des Burgrates. Er bzw. sie ist für die Vorbereitung der Arbeit des Burgrates und für die Planung aller kurz-, mittel- und langfristigen Geschäftsvorgänge verantwortlich.

(2) Der geschäftsführende Burgrat bzw. die geschäftsführende Burgrätin hat dem Burgrat laufend zu berichten, der sich die Genehmigung bestimmter Geschäftsvorgänge vorbehalten kann.

(3) Die Geschäftsordnung des Burgrates hat den Aufgabenbereich des geschäftsführende Burgrates oder der geschäftsführenden Burgrätin näher zu regeln.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Arbeitskreise und Einrichtungen

§ 20. (1) Die Gliederungen der Evangelischen Jugend Österreich können zur Betreuung einzelner Bereiche oder zur Klärung von grundsätzlichen Fragen Arbeitskreise berufen und beauftragen. Sofern einem Arbeitskreis ein bestimmtes Budget zur Verfügung gestellt wird, ist dafür der oder die Vorsitzende des Arbeitskreises verantwortlich.

(2) Zur Durchführung der Arbeit können die Gliederungen der Evangelischen Jugend Österreich eigene Einrichtungen schaffen. Regelungen für deren Arbeit sind in der Geschäftsordnung zu treffen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Jugend Österreich

§ 21. (1) bis (2) *wie bisher.*

(3) In den Gliederungen der Evangelischen Jugend Österreich im Bereich von Superintendenzen bzw. der Reformierten Kirche werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der DJL oder der Diözesanjugendgeschäftsführung bzw. der Jugendleitung H. B. bestellt und abberufen, in der Landeskirche von der JULÖ der Evangelischen Jugend Österreich bzw. dem Burgrat der Burg Finstergrün. Dabei sind jeweils die Aufgaben festzulegen und schriftlich festzuhalten. Abberufungen sind zu begründen und schriftlich auszufertigen.

(4) Die Festlegung des Beginns und der Beendigung der Mitarbeit hat durch das bestellende Organ zu erfolgen und ist der bzw. dem Betroffenen mitzuteilen.

Jugendpfarrerinnen und Jugendpfarrer

§ 22. (1) bis (3) *wie bisher.*

Kontrolle

§ 23. (1) bis (2) *wie bisher.*

Änderungen dieser Ordnung

§ 24. (1) bis (3) *wie bisher.*

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 25. (1) Diese Ordnung tritt mit 1. Jänner 2012 in Kraft.

(2) Amtsträgerinnen bzw. Amtsträger, die nach der bisher geltenden Ordnung gewählt oder bestellt worden sind, bleiben bis zum Ende der Funktionsperiode, für die sie gewählt oder bestellt worden sind, im Amt. Bei ihrer allfälligen Wiederwahl oder Wiederbestellung sind Funktionsperioden vor Inkrafttreten dieser Ordnung zu berücksichtigen.

(3) Für Amtsträgerinnen bzw. Amtsträger, deren Stellen nach dieser Ordnung befristet sind, begann bzw. beginnt ihre Funktionsperiode mit dem Amtsantritt.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

236. Zl. G 09; 2696/2011 vom 10. November 2011

Kirchenverfassung: Verfügung mit einstweiliger Geltung — Genehmigung durch die Generalsynode

Die folgende Verfügung mit einstweiliger Geltung wurde von der Generalsynode auf ihrer 6. Session der XIII. Gesetzgebungsperiode vom 25. bis 26. Oktober 2011 genehmigt:

ABl. Nr. 63/2011 betreffend Ergänzung der Art. 92 und 93 KV.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

237. Zl. IM 03 a; 2695/2011 vom 10. November 2011

Ordnung der Stadtdiakonie Wien: Verfügung mit einstweiliger Geltung — Genehmigung durch die Generalsynode

Die folgende Verfügung mit einstweiliger Geltung wurde von der Generalsynode auf ihrer 6. Session der XIII. Gesetzgebungsperiode vom 25. bis 26. Oktober 2011 genehmigt:

ABl. Nr. 202/2010 betreffend Änderung der §§ 1 bis 9 Ordnung der Stadtdiakonie Wien.

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

238. Zl. VER 26; 2367/2010 vom 17. November 2010

Novellierung der Ordnung der Evangelischen Hochschulgemeinde

Nach der Genehmigung der Verfügung mit einstweiliger Geltung, ABl. Nr. 112/2010, in der Generalsynode 2010 wurde die Ordnung der Evangelischen Hochschulgemeinde in den Bestimmungen des § 7 Abs 8 abgeändert:

§ 7 Abs 8 hat zu lauten:

„Die Funktionsdauer der gewählten Leiter oder Leiterinnen in eine der Evangelischen Hochschulgemeinden vor Ort und der österreichweiten Evangelischen Hochschulgemeinde beträgt sechs Jahre. Eine mehrmalige Wiederwahl ist zulässig“.

Erläuterung:

Da es sich um Pfarrstellen handelt, sind die Regelungen der Administration unbesetzter Stellen auch auf die Pfarrstellen der Evangelischen Hochschulgemeinde anzuwenden.

Wahlen der 6. Session der XIII. Generalsynode

239. Zl. SYN 08; 2610/2011 vom 26. Oktober 2011

Wahl in den Religionspädagogischen Ausschuss

Ordentliches Mitglied: bisher Dr. Horst Lattinger (Stv.: Dr. Gerold Lehner)

Dipl. Päd. Gerhild Herrgesell

240. Zl. SYN 09; 2611/2011 vom 26. Oktober 2011

Wahl in den Ausschuss für Diakonie und Soziale Fragen

Stellvertretendes Mitglied für Mag. Hans-Jürgen Deml (bisher Dr. Horst Lattinger)

Dipl. Päd. Gerhild Herrgesell

241. Zl. SYN 02 a; 2612/2011 vom 26. Oktober 2011

Wahl in den Ausbildungsausschuss

Stellvertretendes Mitglied für Mag. Michael Chalupka (bisher Dr. Horst Lattinger)

Mag. Robert Koch

242. Zl. SYN 06; 2613/2011 vom 26. Oktober 2011

Wahl in den Nominierungsausschuss

Ordentliches Mitglied: bisher Dr. Helga Duffek

OAR i. R. Ernst Steinwender

Stellvertretendes Mitglied für Ernst Steinwender bisher: Ernst Steinwender

Sup. Kuratorin Helli Thelesklaf

Stellvertretendes Mitglied für Dr. Michael Bünker: (bisher Dr. Horst Lattinger)

Dipl. Päd. Gerhild Herrgesell

243. Zl. G 02 a; 2614/2011 vom 26. Oktober 2011

Wahl in den Revisionssenat

Ordentliches Mitglied: Stellvertreter des Präsidenten des Revisionssenats: bisher RA Dr. Klaus Hoffmann

RA Dr. Harald Bisanz

Ersatzmitglied (bisher RA Dr. Harald Bisanz)

RA Dr. Marcella Prunbauer

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

Verordnung des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

244. Zl. G 07; 2867/2011 vom 7. Dezember 2011

Kirchenbeitragsverordnung zu § 14 Abs. 2 KbFaO

Der Evangelische Oberkirchenrat A. und H. B. erlässt mit Zustimmung der Synodalausschüsse A. B. und H. B. in gemeinsamer Sitzung folgende Verordnung zu § 14 Abs. 2 KbFaO:

I.

§ 1. Der Kirchenbeitrag beträgt 1,5% der nach den Bestimmungen der §§ 11, 12 Abs. 1 und 3 KbFaO ermittelten Beitragsgrundlage; der so errechnete Betrag ist um € 44,— zu vermindern. Im Falle des § 13 Abs. 4 KbFaO reduziert sich der Minderungsbetrag um die Hälfte.

§ 2. Hat ein Beitragspflichtiger/eine Beitragspflichtige Anspruch auf den Alleinverdienerabsetzbetrag gemäß § 33 Abs. 4 Einkommensteuergesetz oder auf den erhöhten Pensionistenabsetzbetrag gemäß § 33 Abs. 6 Einkommensteuergesetz vermindert sich die Beitragsgrundlage um jährlich € 1000,—.

§ 3. Für jedes Kind, für das dem/der Beitragspflichtigen gemäß § 2 Familienlastenausgleichsgesetz in der Fassung BGBl I Nr. 90/2007 Familienbeihilfe zusteht, vermindert sich die Beitragsgrundlage um jährlich € 1450,—.

§ 4. Wird der Kirchenbeitrag vom Vermögen berechnet oder mitberechnet (§ 13 Abs. 1 KbFaO), beträgt die aus dem Vermögen resultierende Kirchenbeitragskomponente sechs vom Tausend des in- und ausländischen Vermögens des Beitragspflichtigen.

§ 5. Die Festlegung der Höhe des Kirchenbeitrages gemäß § 14 Abs. 1, 2. Satz KbFaO wird von dieser Verordnung nicht betroffen.

II.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Jänner 2011 in Kraft.

Dr. Michael Bünker
Bischof

Pfarrer
Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

245. Zl. KOL 06; 2876/2011 vom 12. Dezember 2011

Kollektenaufruf für den Sonntag Septuagesimae, 5. Feber 2012 — Evangelischer Bund in Österreich

Liebe Schwestern und Brüder!

In diesem Gottesdienst bittet Sie der Evangelische Bund in Österreich um Ihre Kollekte. Der Evangelische Bund ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen, die sich in besonderer Weise den Erkenntnissen der Reformation verpflichtet wissen. Menschen in ihrem religiösen Leben und bei ihren Glaubensfragen zu begleiten, gehört zu seinen Hauptaufgaben. Der Evangelische Bund vertritt evangelische Identität in ökumenischer Offenheit.

Zu den Arbeitsgebieten gehört die Herausgabe der Zeitschrift „Standpunkt", die viermal im Jahr interessante und aktuelle Beiträge zu Themen des Glaubens und der Kirche bringt, sowie die Abhaltung von Tagungen und Vorträgen. Der Evangelische Bund unterstützt aber auch evangelische Studenten und Gemeinden durch Literatur und Schriften und ermöglicht die Herausgabe von Büchern zu religiösen und kirchengeschichtlichen Themen.

Ein besonderes Anliegen ist dem Evangelischen Bund in Österreich, evangelische Christen in der Diaspora in anderen Ländern zu unterstützen. Das geschieht durch die jährliche Weihnachtsgabe.

Die Arbeit des Evangelischen Bundes wird ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Die Kollekte dieses Sonntags ist ein wesentlicher Beitrag dafür. Im Namen des Evangelischen Bundes bitte ich Sie herzlich darum und danke Ihnen für Ihre Gabe.

Ihr Superintendent Paul Weiland, Obmann

246. Zl. SYN 16; 2651/2011 vom 5. November 2011

Bildungsarbeit

Wiederverlautbarung des Amtsblatteintrages Nr. 153, Amtsblatt August 2011; Zl. SYN 16; 1988/2011 vom 22. August 2011

Ansuchen um Subventionen durch die Bildungskommission der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. u. H. B. sind bis zum **13. Feber 2012** einzureichen. Bevorzugt gefördert werden ***methodisch-kreative*** bzw. ***künstlerisch-innovative*** Projekte in der Regel bis maximal 70% der Projektgesamtkosten bzw. bis zu einer Höhe von maximal € 2000. Bei der Antragstellung sind das Grundsatzpapier (siehe ABl. vom 20. Dezember 2001) und der Kriterienkatalog (ABl. vom 31. Jänner 2003) der Bildungskommission zu beachten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass ausdrücklich als evangelische Bildungseinrichtungen deklarierte AntragstellerInnen bevorzugt berücksichtigt werden und nicht etwa Institutionen, in deren Wirkungsbereich z. B. bestimmte Formen von Weiterbildung für ehrenamtliche MitarbeiterInnen ohnehin fallen. Als standardisiertes Formblatt steht unter www.evang.at in der Rubrik *intern* unter *Texte* in *Listen und Formulare* ein Formular zum Download zur Verfügung, das in seiner neuen Form (verfügbar ab 1. September 2011) zu verwenden ist. Zu beachten ist insbesondere auch die Rubrik *Art/Form der Veranstaltung* und die Zuordnung zu einem der unten angeführten *Schwerpunktthemen.*

Die Abrechnungen der 2011 unterstützten Projekte sind ebenfalls bis zum 13. Feber 2012 an das Kirchenamt z. H. Frau Andrea Philipp zu senden. Wünschenswert ist auch eine Kontaktnahme mit den in den Zusagen übermittelten Paten/Patinnen der jeweiligen Projekte.

Berücksichtigt werden im Jahr 2012 Veranstaltungen zu folgenden in der Bildungskommission festgesetzten Jahresschwerpunkten:

„An Kunst wachsen — Pädagogische Vermittlung und persönliche Auseinandersetzung mit Literatur, Musik und Darstellende Kunst."

„Dialogfähigkeit stärken — Erwerb von Kompetenzen für interreligiöse und interkulturelle Begegnungen und Gewaltprävention."

„Menschengerechtes Wirtschaften — Stärkung gesellschaftlicher Urteilsfähigkeit."

Mag. Karl Schiefermair
Oberkirchenrat

247. Zl. P 2139; 2827/2011 vom 29. November 2011

Ordination von Mag. Dietmar Weikl

Mag. Dietmar Weikl wurde am 20. November 2011 in der Evangelischen Kirche in Traiskirchen durch Superintendent Mag. Paul Weiland unter Assistenz von Pfarrerin Mag. Ulrike Nindler und Pfarrer Mag. Andreas Hochmeir ordiniert.

248. Zl. AW 01; 2843/2011 vom 5. Dezember 2011

Frist 31. Jänner 2012 für die Belegvorlage 2011

Um die Jahresabschlüsse 2011 der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich und der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich fristgerecht erstellen zu können, ersuchen wir alle TeilnehmerInnen an kirchlichen Sitzungen usw., Pfarrgemeinden, Superintendenturen, selbstständige und unselbstständige Einrichtungen sowie Arbeitsbereiche und sonstige Subventionsnehmer nachdrücklich sämtliche die Kirchen betreffenden Belege (z. B. Reisekosten, Refundierungsabrechnungen) für die Jahre bis einschließlich 2011 an das Kirchenamt A. B. bis spätestens 31. Jänner 2012 zu senden.

Diese Belege sollten nach Möglichkeit mit einem Rechnungsdatum 2011 ausgestellt sein.

249. Zl. S 10; 2723/2011 vom 15. November 2011

Winterurlaubsseelsorge 2011/2012

Superintendenz Salzburg-Tirol

Innsbruck	
Seefeld	von Jänner bis März 2012
Jenbach	
Pertisau	vom 23. 12. 2011 bis 8. 1. 2012

Superintendenz Steiermark

Ramsau	von Jänner bis Feber 2012

Bewerbungen österreichischer evangelischer Pfarrer und Pfarrerinnen sind an das Evangelische Kirchenamt A. B., Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, zu richten.

Österreichische Pfarrer und Pfarrerinnen können Besetzungswünsche in ihren Gemeinden dem Oberkirchenrat nennen.

Die endgültige Einteilung des Urlaubsseelsorgedienstes nimmt das Kirchenamt der EKD im Einvernehmen mit dem Kirchenamt A. B. in Wien vor.

250. Zl. LK 022; 2845/2011 vom 5. Dezember 2011

Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich für das Jahr 2012

Der vom Kirchenamt A. B. erstellte, vom Oberkirchenrat A. u. H. B. vorgelegte, von der Finanzkommission überarbeitete und empfohlene Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich für das Jahr 2012 wurde von den Synodalausschüssen in gemeinsamer Sitzung am 1. Dezember 2011 genehmigt.

Der Haushaltsplan für 2012 wird in Form einer Plan-Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt, die durch die Aufstellung der Subventionen ergänzt wird.

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich
Planung für das Jahr 2012
Gewinn- und Verlustrechnung

	Vorjahr 2010 Ist €	Jahr 2011 Hochrechnung €	Planjahr 2012 Plan €
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
b) Zuschüsse und Subventionen	4.431.763	4.764.063	4.826.129
c) Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen	3.634	3.634	3.634
d) übrige	27.087	34.915	35.012
	4.462.483	**4.802.612**	**4.864.775**
2. Personalaufwand			
a) Gehälter	-6.756	-11.192	-11.427
b) Sonstige Sozialaufwendungen	-27.492	-29.252	-29.866
	-34.247	**-40.444**	**-41.293**
3. Abschreibungen	**-21.900**	**-19.213**	**-17.574**
4. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) übrige			
Aufwendungen für kirchliche Einrichtungen	-4.010.807	-4.081.040	-4.125.068
Aufwendungen für Ämter, Werke u. Einrichtungen	-108.553	-299.691	-307.432
Mitgliedsbeiträge	-828	-12.141	-12.160
Instandhaltungen	-6.289	-9.291	-9.426
Betriebskosten	-90.109	-89.506	-93.445
Transportaufwand	-131	-1.334	-1.360
Reise- und Fahrtaufwand	-25.182	-28.104	-28.622
Nachrichtenaufwand	-17.291	-19.646	-19.832
Aus- und Weiterbildung	-23.065	-25.867	-25.039
Lizenzgebühren	-18.000	-20.420	-20.849
kirchliche Druckwerke, Bücher und Zeitschriften	-22.663	-29.064	-29.552
Büro- und Verwaltungsaufwand	-2.431	-8.502	-8.550
Spesen des Geldverkehrs	-3.752	-3.079	-3.135
Rechts- und Beratungsaufwand	-3.974	-3.188	-3.247
Abschreibung von Forderungen	-700	-35	0
diverse betriebliche Aufwendungen	-104.383	-126.707	-132.662
Kursverluste auf sonstige betriebliche Aufwendungen	14	-2	0
Skontoerträge auf sonstige betriebliche Aufwendungen	23	39	39
	-4.438.122	**-4.757.577**	**-4.820.339**
5. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z. 1 bis 4)	**-31.785**	**-14.622**	**-14.431**
6. Erträge aus anderen Wertpapieren	96.558	55.000	55.000
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.030	2.600	2.600
8. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	-1.200	0	0
9. Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.277	-1.200	-1.100
11. Finanzerfolg (Zwischensumme aus Z. 6 bis 10)	**98.111**	**56.400**	**56.500**
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**66.326**	**41.778**	**42.069**
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25	0	0
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**66.300**	**41.778**	**42.069**
18. Jahresgewinn/Jahresverlust	**66.300**	**41.778**	**42.069**

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Planung für das Jahr 2012

Subventionen an selbstständige Einrichtungen A. u. H. B.		**Subvention 2011**				**Subvention 2012**						**2012**
		Geldsubvention		Sachsubv.		Geldsubvention		Sachsubv.		Geldsubvention		**zu 2011**
		Ansuchen	Beschluss	Personal-subv.	gesamt	Ansuchen	Beschluss	Personal-subv.	gesamt	A. B.	H. B.	gesamt
7511	Evang. Jugend — Arbeit mit Kindern und Jugendlichen	143.426	130.000	356.748	486.748	130.000	130.000	355.216	485.216	123.500	6.500	-1.532
	Bundesjugendförderung Plus – 1/2 Stelle					30.000	30.000		30.000	28.500	1.500	30.000
7512	Evang. Jugend — Burg Finstergrün				0				0			0
7520	Evang. Hochschulgemeinde	47.310	0	59.701	59.701	47.890	0	48.167	48.167	0	0	-11.534
7530	Evang. Frauenarbeit	134.740	126.740	7.713	134.453	146.800	146.800	2.431	149.231	140.220	6.580	14.778
7550	ARGE EBW, Akademie	52.250	35.250		35.250	58.250	37.000		37.000	36.200	800	1.750
7560	Diakonie Österreich	60.000	60.000	65.642	125.642	60.000	60.000	63.818	123.818	57.000	3.000	-1.824
7570	Campingmission	3.000	3.000		3.000				0			-3.000
7580	Diakonie Flüchtlingsberatung Traiskirchen	32.000	32.000		32.000	60.000	60.000		60.000	57.000	3.000	28.000
7620	Diakonische Auslandshilfe — Brot für die Welt	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000		15.000	14.250	750	0
7640	EAEZ	8.000	4.000		4.000	5.000	5.000	389	5.389	4.750	250	1.389
7650	Brot für Hungernde – Brot für die Welt	44.600	44.600		44.600	46.800	46.800		46.800	46.800	0	2.200
		540.326	**450.590**	**489.804**	**940.394**	**599.740**	**530.600**	**470.021**	**1.000.621**	**508.220**	**22.380**	**60.227**

Wahlen der 8. Session der 13. Synode A. B.

251. Zl. SYN 02 a; 2607/2011 vom 25. Oktober 2011

Wahl in den Ausbildungsausschuss

Stv. für Mag. Michael Chalupka (bisher Dr. Horst Lattinger):

Mag. Robert Koch

252. Zl. SYN 06; 2608/2011 vom 25. Oktober 2011

Wahl in den Nominierungsausschuss

Ordentliches Mitglied: bisher Dr. Helga Duffek:

OAR i. R. Ernst Steinwender

Stv. Mitglied für Ernst Steinwender (bisher: Ernst Steinwender)

Sup. Kuratorin Helli Thelesklaf

Stv. für Dr. Michael Bünker: (bisher Dr. Horst Lattinger)

Dipl. Päd. Gerhild Herrgesell

253. Zl. SYN 10; 2609/2011 vom 25. Oktober 2011

Wahl in den Synodalausschuss A. B.

Ordentliches Mitglied: bisher Dr. Helga Duffek

Sup. Kuratorin Helli Thelesklaf

Stv. für Sup. Kuratorin Helli Thelesklaf (bisher Sup. Kuratorin Helli Thelesklaf)

Hans Burgstaller

Dr. Peter Krömer
Präsident der Synode A. B.

Dipl.-Ing. Mag. Hans Hecht
Schriftführer der Synode A. B.

Verordnungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

254. Zl. G 09; 2842/2011 vom 5. Dezember 2011

Verfügung mit einstweiliger Geltung zu Art 122 Abs 3 Kirchenverfassung

Mit Zustimmung des Synodalausschusses A. B. hat der Evangelische Oberkirchenrat A. B. folgende

Verfügung mit einstweiliger Geltung

zur Änderung der Kirchenverfassung beschlossen:

Dem **Art 122 Abs 3** Kirchenverfassung wird hinzugefügt:

„Im Bereich der Evangelischen Kirche A. B. treten die mit der Kirchenverfassungsnovelle 2011 neu geschaffenen Unvereinbarkeitsbestimmungen in Ansehung des in Art 19 Abs 1 KV genannten Personenkreises (politische Mandatare im weiteren Sinn), der Superintendentialkuratoren/innen (Art 59 Abs 1 Z 3 KV), Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. (Art 18 Abs 3 KV) sowie des Präsidenten/der Präsidentin der Synode A. B. (Art 76 Z 2 KV) erst mit 1. Jänner 2015 in Kraft. Bis dahin gelten für den vorhin erwähnten Personenkreis/Amtsträger/Innen die bislang geltenden Unvereinbarkeitsbestimmungen der Kirchenverfassung und Wahlordnung weiter bzw. sinngemäß weiter."

Dr. Raoul Kneucker
Oberkirchenrat

Dr. Peter Krömer
Präsident der Generalsynode

Mag. Matthias Eikenberg
Schriftführer der Generalsynode

255. Zl. G 07; 2679/2011 vom 7. November 2011

Kirchenbeitragsverordnung zu § 28 KbFaO

Der Evangelische Oberkirchenrat A. B. erlässt mit Zustimmung des Synodalausschusses A. B. folgende Verordnung zu § 28 KbFaO:

I.

Der Prozentsatz der Einhebegebühr für die Gemeinde gemäß § 28 Abs. 1 beträgt ab dem Beitragsjahr 2012 24% ihres Gesamtkirchenbeitragsaufkommens, soferne ihr durchschnittlicher Kirchenbeitrag je Beitragszahler in diesem Jahr unter dem Wert von € **94,50** liegt. Wird dieser Wert erreicht oder überschritten, beträgt der Prozentsatz der Einhebegebühr im Beitragsjahr 29%.

II.

Als Richtwert für den abschließenden Abzug von 15% der Einhebegebühr gemäß § 28 Abs. 7 wird der Wert mit € **84,—** festgesetzt.

III.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2012 in Kraft.

Dr. Michael Bünker
Bischof

Mag. Klaus Köglberger
Oberkirchenrat

256. Zl. KB 06; 2549/2011 vom 2. November 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis September 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	1,838.529,55	1,724.313,12
Kärnten	2,426.064,14	2,108.882,50
Niederösterreich . .	2,019.183,11	1,990.199,60
Oberösterreich . . .	2,995.874,48	2,814.465,03
Salzburg-Tirol . . .	1,925.977,51	1,771.900,33
Steiermark	2,435.624,16	2,341.572,—
Wien	3,170.546,16	3,054.022,14
	16,811.799,11	**15,805.354,72**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 6,37% (15,805.354,72)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 8,01% (15,565.142,04)

257. Zl. KB 06; 2848/2011 vom 5. Dezember 2011

Kirchenbeitragseingänge Jänner bis Oktober 2011 mit Vergleichszahlen aus 2010 samt Sup.-Anteilen und Einhebegebühren

Superintendenz	2011	2010
	Euro	
Burgenland	1,978.482,86	1,883.694,90
Kärnten	2,579.178,93	2,271.773,56
Niederösterreich . .	2,095.101,68	2,061.158,03
Oberösterreich . . .	3,119.309,79	2,975.002,29
Salzburg-Tirol . . .	2,012.458,02	1,842.307,04
Steiermark	2,641.766,10	2,470.542,73
Wien	3,316.139,61	3,211.998,20
	17,742.436,99	**16,716.476,75**

Steigerung 2011 gegenüber 2010: 6,14% (16,716.476,75)

Steigerung 2011 gegenüber 2009: 7,45% (16,512.496,17)

258. Zl. SYN 10; 2678/2011 vom 8. November 2011

Empfehlung des Synodalausschusses A. B. zur Kirchenbeitragsvorschreibung 2012

Der Synodalausschuss A. B. hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2011 auf Empfehlung der Kirchenbeitragskommission zur Anhebungen der Bemessungsgrundlagen für die Kirchenbeitragsvorschreibung 2012 beschlossen:

1.

Bei nachgewiesenen Aktivbezügen soll die Bemessungsgrundlage **um 3%** angehoben werden.

Bei nachgewiesenen Pensionsbezügen soll die Bemessungsgrundlage **um 2%** angehoben werden.

Anmerkung: Nachgewiesene Aktivbezüge des Jahres 2011 unterliegen diesen prozentuellen Erhöhungen nicht.

Bei allen anderen im Schätzungswege festgelegten Einkommen soll eine Anhebung der Bemessungsgrundlage **um 4%** erfolgen, jedoch bei den Pensionen **um 2,5%.**

Weisen die Kirchenbeitragseingänge (durchschnittlicher KB je KB-Pflichtigen) Ihrer Pfarrgemeinde ein niedriges Niveau auf oder bei einzelnen Kirchenbeitragspflichtigen im Anlassfall, ist unbedingt eine individuelle Überprüfung aller der im Schätzungswege festgelegten Einkommen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang wird als dringend notwendig erachtet, dass in allen Pfarrgemeinden die individuelle Überprüfung der im Schätzungswege festgelegten Einkommen insbesondere jener Beitragspflichtigen erfolgt, die den gleichen Dienstgeber (Großbetrieb der Region, Beamte – Lehrer, Polizeibeamte usw.) aufweisen.

Im Hinblick auf einen ausgewogenen Kirchenhaushalt sieht der Synodalausschuss A. B. diese Erhöhungen der Bemessungsgrundlagen als unbedingt erforderlich an.

Für weitere Beratung und Unterstützung wenden Sie sich bitte an den KB-Beauftragten Ing. Roland Weng, Tel. (01) 479 15 23-532 oder 0699-188 77 008.

2.

Den Pfarrgemeinden und Verbänden wird aufgetragen, die Vorschreibungshöhe sowie die tatsächliche Erhöhung (prozentuell) dem zuständigen Superintendentialausschuss bis spätestens **15. Feber 2012** zu melden, der die Meldung an den Oberkirchenrat weiterleitet. Wird die Empfehlung gemäß Pkt. 1 unterschritten ist **eine Begründung** für die Unterschreitung der Meldung beizuschließen.

Dr. Peter Krömer
Präsident

259. Zl. SUP 05; 2830/2011 vom 30. November 2011

Wahl von Mag. Olivier Dantine zum Superintendenten

Die Superintendentialversammlung der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol hat Herrn Mag. theol. Olivier Dantine am 12. November 2011 zum Superintendenten gewählt. Herr Mag. theol. Olivier Dantine tritt sein Amt am 1. September 2012 an.

260. Zl. G 14; 2805/2011 vom 25. November 2011

Amtszeitverlängerung: Feststellung

Auf Grund der Novellierung der Art. 63, 89 und 93 Kirchenverfassung betreffend Amtszeitverlängerungen wird im Jahre 2015 keine Wahl bzw. Wiederwahl für Mag. Hansjörg Lein stattfinden.

Mag. Hansjörg Lein wurde am 15. November 2003 gewählt und trat am 1. Jänner 2004 sein Amt als Superintendent an. Die zwölfjährige Amtszeit endet daher am 31. Dezember 2015, das ist nach Vollendung des 61. Lebensjahres von Superintendent Mag. Hansjörg Lein, jedoch vor dem gesetzlichen Pensionsantritt im Sinne der Bestimmungen der Ordnung des geistlichen Amtes. Daher liegen die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Amtszeitsbegrenzung im Sinne der Kirchenverfassung vor.

261. Zl. SUP 05; 2860/2011 vom 7. Dezember 2011

SuperintendentialkuratorIn der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol — Ausschreibung der Wahl

Der Superintendentialausschuss der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol hat den Wahltermin für die für die Amtsperiode 2012 bis 2017 erforderliche Wahl der Superintendentialkuratorin/des Superintendentialkurators der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol mit

Freitag, 9. März 2012, und Samstag, 10. März 2012,

anlässlich der an den vorgenannten Tagen stattfindenden Superintendentialversammlung in der Christuskirche der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Innsbruck-Christuskirche, Martin-Luther-Platz 1, 6020 Innsbruck, festgesetzt.

Gemäß § 32 Abs 3 der Wahlordnung, ABl. Nr. 243/1992 in der geltenden Fassung soll jedes Presbyterium bei Superintendentin Mag. Luise Müller p. A. Superintendentur der Evangelischen Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol, Rennweg 13, 6020 Innsbruck, innerhalb der von dem Oberkirchenrat A. B. bewilligten Frist vom 6. Jänner 2012 bis 3. Feber 2012 bis zu zwei Kandidaten vorschlagen. Wählbar ist jedes wahlfähige Glied der Kirche A. B. in der Superintendenz.

Mag. Luise Müller	Dr. Eckart Fussenegger
Superintendentin	Superintendentialkurator

262. Zl. GD 240; 2597/2011 vom 20. Oktober 2011

Evangelische Tochtergemeinden A. B. Bergwerk und Neustift: Zusammenlegung

Mit Bescheid des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. vom 26. September 2011 wurden die Tochtergemeinden Bergwerk und Neustift zur Tochtergemeinde mit der Bezeichnung

Evangelische Tochtergemeinde A. B. Neustift/Bergwerk

zusammengelegt.

263. Zl. GD 323; 2667/2011 vom 7. November 2011

Evangelische Tochtergemeinde A. B. Bad Kleinkirchheim und Evangelische Muttergemeinde A. B. Wiedweg: Zusammenlegung

Mit Bescheid des Evangelischen Oberkirchenrates A. B. vom 6. September 2011 werden die Tochtergemeinde Bad Kleinkirchheim und die Muttergemeinde Wiedweg mit Wirkung vom 31. Dezember 2011 zur neuen Pfarrgemeinde mit der Bezeichnung

Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Wiedweg-Bad Kleinkirchheim

zusammengelegt.

264. Zl. GD 377 a; 2059/2011vom 24. August 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Linz-Südwest (Johanneskirche)

Die Pfarrstelle wird wegen Ablaufs der zwölfjährigen Amtsdauer des derzeitigen Pfarrers zum 1. September 2012 ausgeschrieben und durch Wahl besetzt.

Zur Pfarrgemeinde gehören 917 Gemeindeglieder in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Linz: Wegscheid, Neue Heimat, Am Bindermichl, Oed und Keferfeld. Die Johanneskirche wurde 1966 in Sichtbetonbauweise errichtet und 2006 saniert. Für Veranstaltungen steht das 1983 erbaute Gemeindezentrum mit Clubraum, Saal, Teeküche, drei Jugendräumen im Untergeschoss sowie eine Pfarrkanzlei mit Archiv und eine Kanzlei der Kirchenbeitragsstelle zur Verfügung. Hervorzuheben sind das geschlossene Gemeindegebiet und die verkehrsgünstige Lage der Kirche und des Pfarrhauses.

Im Pfarrsprengel befindet sich das Bundesgymnasium Ramsauerstraße, das BRG Landwiedstraße und die HBLA Landwiedstraße. Religionsunterricht ist im Pflichtausmaß von acht Stunden zu erteilen.

In der Gemeinde wirken zahlreiche motivierte ehrenamtliche MitarbeiterInnen mit, weiters sind eine Gemeindesekretärin und ein Jugendmitarbeiter (beide Teilzeit) angestellt. Zwei Lektoren befinden sich in Ausbildung.

Spielgruppe, Kindergottesdienst, Kinderkreis, Jugendkreis und Chorproben finden (außer während der Schulferien) wöchentlich statt, die Seniorenrunde vierzehntäglich,

und die Wandergruppe trifft sich monatlich. Darüber hinaus bestehen einige Hausbibelkreise. Glaubenskurse für Neu- und Wiedereinsteiger sowie Mitarbeiter werden regelmäßig gehalten. Der wöchentliche Kirchenkaffee nach dem Gottesdienst stellt so etwas wie eine Drehscheibe und ein Kommunikationszentrum der Gemeinde dar. Zu den Nachbargemeinden (römisch-katholisch und mennonitisch) werden gute Kontakte unterhalten.

Die Gemeinde erwartet von ihrem/r PfarrerIn:

+ Leitung der Gottesdienste an den Sonntagen und kirchlichen Feiertagen in der Johanneskirche sowie nach Maßgabe der Möglichkeiten (und in ökumenischer Absprache mit den r.-k. Nachbargemeinden) im Seniorenzentrum Flötzerweg,

+ die Erledigung der anfallenden Amtshandlungen,

+ Ausbildung, Begleitung und Betreuung der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, im Besonderen der (derzeit in Ausbildung befindlichen) Lektoren (und ggf. Lektorinnen),

+ Initiativen zur missionarischen Arbeit der Gemeinde und zum Gemeindewachstum,

+ die Leitung der Glaubenskurse und Begleitung des KonfirmandInnen-Unterrichts

+ Förderung und Vertiefung der ökumenischen Beziehungen zu den Nachbargemeinden sowie Bereitschaft zur Mitarbeit in der Evangelischen Allianz Linz und darüber hinaus auf der Basis der „Charta über die wechselseitige Anerkennung und Verpflichtung christlicher Kirchen, Gemeinden und Werke“,

+ und soweit es die Zeit erlaubt, Haus- und Krankenhausbesuche bei unseren Gemeindemitgliedern (insbesondere bei neu Zugezogenen).

Gemeindezentrum und Pfarrerwohnung sind an die Kirche angebaut. Die Pfarrerwohnung umfasst 130,72 m² und besteht aus vier Zimmern (davon ist ein Zimmer in drei Kinderzimmer unterteilt), Küche, Bad/WC sowie zusätzlichem Duschraum mit WC im Keller und großen Kellerräumen. Ein zirka 600 m² großer Garten mit Obstbäumen gehört ebenfalls dazu. Der Dienstwohnungswert wurde mit € 364,72 festgelegt. Alle Räume sind mit Erdgas zentral beheizt.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, die Sie bitte bis 28. Feber 2012 an das Presbyterium der Pfarrgemeinde A. B. Linz-Südwest, Johanneskirche, Salzburger Straße 231, 4030 Linz, richten.

Für Auskünfte steht Kurator Dietmar Eisner gerne zur Verfügung. Tel. 0699-107 22 150, E-Mail: die-mar-eisner@gmx.at

265. Zl. GD 409; 2559/2011 vom 17. Oktober 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Villach-Nord

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Villach-Nord schreibt hiermit die freie Pfarrstelle zur Neubesetzung per 1. September 2012 durch Wahl aus.

Wir sind eine Pfarrgemeinde mit zirka 1700 Mitgliedern, die im Jahre 1989 selbstständig wurde. Das Pfarrgebiet umfasst die Ortsteile nördlich und westlich der Eisenbahnlinie. Es handelt sich um stark wachsende Stadtteile mit vielen jungen Familien. Die Auferstehungskirche liegt an der Draubrücke (Rennsteinerbrücke) der Nordumfahrung.

° Gottesdienste finden jeden Sonntag um 10.00 Uhr statt,

° für Kinder und Jugendliche bieten wir Kindergottesdienste parallel zum Hauptgottesdienst an,

° ebenso sind Gottesdienste mit Abendmahl 14-täglich in zwei Pflege-/Senioren-Heimen zu feiern,

° Mitarbeit in der Konfirmandenarbeit, wofür die Begabung und Freude an der Tätigkeit mit Jugendlichen hilfreich ist,

° Team- und Kommunikationsfähigkeit,

° die Gemeinde erwartet eine gute Zusammenarbeit mit dem Presbyterium und der Gemeindevertretung,

° Erteilung des Religionsunterrichtes im Ausmaß von acht Wochenstunden.

Wir bieten:

Eine Dienstwohnung von zirka 105 m² in einem generalsanierten Gemeindezentrum in bester Wohnlage in Villach-Lind.

Das Presbyterium freut sich auf alle Bewerbungen, die bis spätestens 21. Feber 2012 im Pfarramt Villach-Nord einlangen. Für weitere Auskünfte steht Ihnen die Administratorin, Pfarrerin Mag. Renate Sauer (Handy-Nr. 0699-18877246) gerne zur Verfügung.

266. Zl. A 5; 2577/2011 vom 18. Oktober 2011

Ausschreibung (erste) einer Projektpfarrstelle im Werk E+G im Ausmaß von sechs Wochenstunden

Wir suchen mit 1. Feber 2012 eine Pfarrerin/einen Pfarrer für die neu geschaffene (Teilzeit-)Projektpfarrstelle zum Thema Evangelisation und Jüngerschaft im Ausmaß von sechs Wochenstunden, für die Dauer von fünf Jahren.

Wir erwarten die Entwicklung, Durchführung und Multiplikation von Glaubens- und Jüngerschaftskursen wie z. B. „Stufen des Lebens“.

Darüber hinaus erwarten wir die praktische und theologische Mitgestaltung von Seminaren, Tagungen und Gottesdiensten des Werks für Evangelisation und Gemeindeaufbau.

Der Pfarrer/die Pfarrerin soll die Entwicklung eines Netzes von Gemeinden und engagierten Personen mit diesem Fokus in unserer Kirche aufbauen und begleiten. Dazu gehört auch das Mentoring und Coaching von Mitarbeitenden mit diesem Aufgabenfeld.

Wir bieten die Möglichkeit, in einem Team von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern — in Kontakt und Zusammenarbeit mit den Pfarrgemeinden — einen übergemeindlichen Arbeitsbereich zu entwickeln und zu begleiten.

Weitere aktuelle Infos über das Werk E+G Online unter > www.eundg.at <

Die Entlohnung erfolgt entsprechend einer anteiligen Einstufung im Gehaltschema des Kollektivvertrags für Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich.

Bewerbungen bis 25. Jänner 2012 an das Werk E+G, Mitterweg 4, 4522 Sierning, zu Handen Rektor Mag. Fritz Neubacher.

267. Zl. GD 162; 2592/2011 vom 20. Oktober 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gosau

Die Evangelische Pfarrgemeinde Gosau schreibt ihre Pfarrstelle zur Neubesetzung ab 1. September 2012 durch Wahl aus.

Wir sind

… eine Toleranzgemeinde mit ungefähr 1500 Gemeindegliedern, das sind zirka 75% der Bewohner. Unsere Gemeinde umfasst das Gebiet der politischen Gemeinden Gosau und Russbach.

… eine aufgeschlossene, aber auch in guten Traditionen verwurzelte Gemeinde mit einem engagierten Mitarbeiterteam und einem verantwortungsvollen Presbyterium.

… eine Gemeinde, die einen berufenen Hirten, eine berufene Hirtin als Leiter/in, Begleiter/in, Ansprechpartner/in, Berater/in, braucht, der/die auf die Menschen, auch auf kirchenferne, zugeht.

… ein Ort der Weltkulturerberegion des Salzkammergutes und damit ein beliebtes Winter- und Sommerurlaubsziel für Gäste aus Nah und Fern.

Wir haben

… ein renoviertes Pfarrhaus (150 m² Wohnfläche), dazu ein doppeltes Carport und einen südost-seitigen sonnigen Garten mit Kinderspielplatz,

… einen dreigruppigen Kindergarten,

… ein Personal- und Gästehaus,

… ein Altenwohnheim,

… einen großen Gemeindesaal und einen Jugendraum im Erd- und Untergeschoß des Altenheimes.

Es arbeiten mit

… eine teilzeitbeschäftigte Bürokraft,

… eine teilzeitbeschäftigte Mesnerin,

… der Verwalter des Altenheimes,

… ehrenamtliche Mitarbeiter im Kindergottesdienst, in Jugend-, Haus-, Frauen- und Mitarbeiterkreisen,

… ein jugendliches Musikteam.

Es warten auf Sie

… Einheimische und Gäste, die an Sonn- und Feiertagen Gottesdienst feiern,

… unsere Schülerinnen und Schüler der Musikhauptschule Gosau (acht Stunden RU),

… ehrenamtliche Mitarbeiter, die sich aufs monatliche Austauschen und Auftanken freuen,

… Konfirmandinnen und Konfirmanden mit allen möglichen Fragen,

… unsere Heimbewohner, die sich einmal in der Woche zur Andacht zusammenfinden,

… Gemeindeglieder, die sich in zwei Privathäusern, zur vierzehntäglichen Bibelstunde im Winter treffen,

… immer wieder Menschen in Not, die Ihren seelsorgerlichen Beistand brauchen,

… Jubilare, die sich freuen, wenn ihr(e) Pfarrer(in), die Glückwünsche der Pfarrgemeinde persönlich ins Haus bringt,

… Mitchristen der katholischen Kirche in der Hoffnung auf ein gutes ökumenisches Miteinander.

Wenn Sie sich genauer informieren möchten, so erteilen Ihnen gerne nähere Auskünfte Administrator Pfarrer Martin Sailer, Tel. 0699-18877478, oder unsere Kuratorin Christine Gamsjäger, Tel. 0699-18877497, bzw. (06136) 87 60. Auch unsere Homepage können Sie gerne besuchen unter: www.evangelisch-in-gosau.at

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung und wir ersuchen Sie, diese bis Ende Jänner 2012 an das Presbyterium der Pfarrgemeinde, 4824 Gosau 179, zu senden.

268. Zl. GD 168; 2740/2011 vom 17. November 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gröbming

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gröbming wird hiermit per 1. September 2012 ausgeschrieben.

Wir sind eine wachsende Gemeinde, das Gebiet der Pfarrgemeinde umfasst die politischen Gemeinden Gröbming, Pruggern, Teile von Gössenberg, Michaelerberg-Moosheim, Mitterberg, St. Martin am Grimming, Kleinsölk, St. Nikolai, Großsölk, Öblarn und Niederöblarn, insgesamt 803 km².

Gröbming, ein 2800 Einwohner zählender, aufstrebender Ort, liegt im mittleren Ennstal in der weit über die Steiermark hinaus bekannten „Region Schladming Dachstein“ (relativ starker Sommer- und Wintertourismus). Die Pfarrstelle, die durch Wahl besetzt wird, zählt 1661 Seelen. (Stand 1. 1. 2011). Gottesdienste sind in der komplett renovierten großen Pfarrkirche jeden Sonn- und Feiertag zu halten, im ebenfalls neurenovierten Heilandskirchlein in der Predigtstelle Öblarn einmal im Monat. Das Pflichtausmaß an Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden, die an verschiedenen Schulen in der Region zu halten sind.

Wir erwarten uns von unserem Pfarrer/in:

— den persönlichen Kontakt zu unseren Gemeindegliedern,

— Krankenhausseelsorge und Krankenbesuche im Pflegeheim bzw. Hausbesuche,

— Feier von Gottesdiensten zu öffentlichen Anlässen (Einweihungen, Bergmessen usw.),

— Betreuung und Unterstützung der Konfirmanden,

— Abhaltung von Bibelstunden,

— Feier von Gottesdiensten in Pflegeheim und Reha-Zentrum,

— Kontakte nach außen inkl. Pflege der bestehenden missionarischen Kontakte nach Außen,
— Vertretung der Pfarrgemeinde in der Öffentlichkeit und die Weiterführung der guten ökumenischen Kontakte,
— Theologische Betreuung der Lektoren,
— gewissenhafte Leitung der Pfarrkanzlei bzw. die Erfüllung der administrativen Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter/innen, Gemeindevertreter/innen und dem Presbyterium.

Unterstützung findet der/die Pfarrer/in in sehr vielen Mitarbeiter/innen der Pfarrgemeinde. Hauptamtlich ist ein Kinder- und Jugenddiakon beschäftigt, acht Lektoren unterstützen bei den vielfältigen Gottesdienst-Angeboten. Darüber hinaus gibt es viele engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in den verschiedenen Bereichen. Wir arbeiten in der Pfarrgemeinde Gröbming gerne in Teams und freuen uns über eine/n teamfähige/n Pfarrer/in.

Die Dienstwohnung des/der Pfarrers/in (138,11 m^2) befindet sich im Erdgeschoß des 1978 neu erbauten Pfarrhauses und wird durch Ölzentralheizung beheizt. Sie besteht aus einem großen Wohnzimmer, einer etwas höher versetzten Ess-Diele, Küche mit Speisekammer, Schlafzimmer, zwei Kinderzimmern und Wirtschaftsraum. Weiteres sind Kellerräume, Garage und ein schöner Garten vorhanden.

Im „Betriebsteil" des Pfarrhauses befinden sich neben einer schönen Kanzlei des/der Pfarrers/in der große Gemeindesaal, ein Jugendraum, ein Gästezimmer, der Kirchenbeitragsraum, die Garderobe sowie die Wohnung der ehemaligen Gemeindeschwester, die in ihrem Ruhestand noch sehr aktiv in die Gemeindearbeit eingebunden ist.

Bewerbungen sind bis 31. Jänner 2012 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gröbming z. H. von Kurator Mag. Markus Gerharter, 8965 Pruggern 65 (markus.gerharter@gmx.at, 0664-183 56 78) zu richten.

Informationen über unsere Pfarrgemeinde finden Sie auch auf unserer Homepage www.evang-groebming.at.

269. Zl. GD 153; 2741/2011 vom 17. November 2011

Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben schreibt ihre 75-%-Gemeindepfarrstelle mit dem 1. September 2012 aus. Mit einer zusätzlichen 25-%-Lehrverpflichtung am Stiftsgymnasium Admont (also einer RU-Verpflichtung von insgesamt elf Wochenstunden) ergibt das eine 100-%-Pfarrstelle.

Unsere Pfarrgemeinde erstreckt sich über fünf politische Gemeinden: Gaishorn, Trieben, Treglwang, Hohentauern und St. Johann am Tauern (Tochtergemeinde). Auf diesem Gebiet stehen drei Kirchen (Gaishorn, Trieben, St. Johann am Tauern) und das Pfarrhaus (Gaishorn). Alle Kirchen und das Pfarrhaus wurden in den letzten Jahren renoviert. Wir haben rund 820 Gemeindeglieder. Unsere Mitarbeiter/innen sind engagiert und hauptsächlich ehrenamtlich tätig.

Wir erwarten

- Freude an Ihrer Tätigkeit,
- gewissenhafte Amtsführung,
- regelmäßige Gottesdienste abwechselnd in den Kirchen an Sonn- und Feiertagen bzw. einmal pro Monat im Pflegeheim Trieben,
- Hausbesuche,
- gute Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreter/innen bzw. mit den benachbarten Pfarrern,
- Begleitung der Konfirmand/innen,
- Teilnahme am öffentlichen Leben,
- gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Schulen,
- Bereitschaft zur Ökumene.

Wir bieten

- ein großes Pfarrhaus (Pfarrerwohnung mit 96 m^2, Garage, Pfarrkanzlei, Gemeindesaal) mit Garten,
- engagierte Mitarbeiter/innen, die sich auf die neue Pfarrerin bzw. auf den neuen Pfarrer freuen,
- eine Lektorin,
- drei Organist/innen,
- eine Religionslehrerin für Pflichtschulen,
- zwei geringfügig beschäftigte Küsterinnen,
- einen geringfügig beschäftigten Friedhofsbetreuer,
- Arbeitskreise (Familiengottesdienste, Seniorennachmittage, Kinderfreizeit),
- einen freien Sonntag pro Monat.

Bitte richten sie Ihre Bewerbungen bis 31. März 2012 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben, 8783 Gaishorn am See, Hausnummer 57,
E-Mail: evang.gaishorn@aon.at

Weitere Informationen finden Sie unter
www.kirche-gaishorn.at

Kontaktpersonen: Administratorin Pfarrerin Mag. Karin Engele, Tel. 0699-188 77 655. Kurator Johann Kolenprat, Tel. 0699-188 77 690.

270. Zl. GD 395; 2766/2011 vom 22. November 2011

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Horn

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Horn wird hiermit auf Grund des Auslaufens der zwölfjährigen Amtsperiode zur Besetzung mit 1. September 2012 ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde erstreckt sich auf die politischen Bezirke Horn und Zwettl sowie auf den Gerichtsbezirk Ravelsbach. Das Gemeindegebiet umfasst zirka 2500 km^2 mit derzeit 564 Gemeindegliedern. Das Gemeindeleben ist von der extremen Diasporasituation geprägt.

Gottesdienste werden zweimal monatlich sowie an den Festtagen in Horn (Gemeindesaal) und Zwettl (Auferstehungskirche) gefeiert. Dazu gibt es Predigtstellen in Ziersdorf, Gars und Eggenburg.

Das Pflichtstundenausmaß für Religionsunterricht beträgt acht Wochenstunden, die zur Aufrechterhaltung des

Religionsunterrichts im Gemeindegebiet notwendigen Mehrstunden schwanken jährlich.

Erwartet wird die Betreuung der Krankenhäuser in Horn und Zwettl sowie der Krankensonderanstalten in Eggenburg und Allentsteig und der vier Altersheime in Horn, Zwettl und Eggenburg zu organisieren bzw. zu übernehmen.

Die weiteren Aufgaben ergeben sich aus der Ordnung des geistlichen Amtes sowie aus der Kirchenverfassung.

Die Dienstwohnung in Horn (erbaut 1907 bzw. 1970) besteht aus fünf Zimmern, Küche, Bad, WC (143 m^2) und liegt abgeschlossen im 1. Stock des Gemeindezentrums. Notwendige Renovierungen/Sanierungen erfolgen schrittweise. Der Sachbezugswert beträgt z. Z. € 437,35. Eine Garage steht zur Verfügung, ebenso kann der Pfarrgarten genützt werden.

Weitere Information gibt Kurator Mag. Otto Kramer (kramer@sinnfrei.at) bzw. 0676-7019466.

Schriftliche Bewerbungen sind bis 12. Feber an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Horn, A.-Fischer-Gasse 8, 3580 Horn, zu richten.

271. Zl. P 2200; 2601/2011 vom 21. Oktober 2011

Bestellung von Mag. Angelika Petritsch zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt

Mag. Angelika Petritsch wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Wiener Neustadt bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

272. Zl. P 1547; 2626/2011 vom 27. Oktober 2011

Bestellung von Mag. Robert Eberhardt zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach

Mag. Robert Eberhardt wurde gemäß § 31 Abs. 1 und 2 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Fresach zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2012 in diesem Amt bestätigt.

273. Zl. P 2186; 2628/2011 vom 27. Oktober 2011

Bestellung von MMag. Patrick Todjeras zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk

MMag. Patrick Todjeras wurde gemäß § 28 Abs. 4 a WahlO zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Marchtrenk bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

274. Zl. P 1959; 2662/2011 vom 7. November 2011

Bestellung von Mag. Thomas Fresia zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

Mag. Thomas Fresia wurde gemäß § 19 Abs. 4 OdgA zum Pfarrer auf die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2016 in diesem Amt bestätigt.

275. Zl. P 1971; 2664/2011 vom 7. November 2011

Bestellung von Mag. Anja Fresia zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße

Mag. Anja Fresia wurde gemäß § 19 Abs. 4 OdgA zur Pfarrerin auf die nicht mit der Amtsführung verbundene Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Landstraße zugeteilt und mit Wirkung vom 1. September 2011 befristet bis 31. August 2016 in diesem Amt bestätigt.

276. Zl. P 1552; 2719/2011 vom 14. November 2011

Bestellung von Mag. Johannes Hanek zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding

Mag. Johannes Hanek wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1 OdgA zum Pfarrer der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Eferding bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

277. Zl. P 1636; 2746/2011 vom 17. November 2011

Bestellung von Mag. Susanne Lechner-Masser zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen-St. Johann im Pongau

Mag. Susanne Lechner-Masser wurde gemäß § 19 Abs. 1 Z. 2 OdgA zur Pfarrerin der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Bischofshofen-St. Johann im Pongau bestellt und mit Wirkung vom 1. September 2011 in diesem Amt bestätigt.

278. Zl. GD 299; 2584/2011 vom 19. Oktober 2011

E-Mail-Adresse der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Tschöran

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Tschöran ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: pfarrgemeinde.tschoeran@gmx.at

279. Zl. GD 398; 2708/2011 vom 11. November 2011

Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach

Die Homepage der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach lautet:

Homepage: http://www.evangelisch-jenbach.at

280. Zl. JG 01; 2849/2011 vom 5. Dezember 2011

E-Mail-Adresse und Homepage der Evangelischen Jugend Salzburg-Tirol

Die Evangelische Jugend Salzburg-Tirol ist ab sofort unter nachstehender E-Mail-Adresse zu erreichen:

E-Mail: office@ejst.at

Die Homepage der Evangelischen Jugend Salzburg-Tirol lautet:

Homepage: http://www.ejst.at

281. Zl. LK 022; 2844/2011 vom 5. Dezember 2011

Nachtragshaushalt für das Geschäftsjahr 2011 für die Landesausstellung Fresach

In der Sitzung des Synodalausschusses A. B. am 1. Dezember 2011 wurde ein Nachtragshaushalt für das Geschäftsjahr 2011 für die Diözese Kärnten zur Subventionierung der Landesausstellung in Fresach in Höhe von € 25.000,— beschlossen. Der Nachtragshaushalt wurde notwendig, da die für das Jahr 2010 beschlossene Subvention in gleicher Höhe wegen der Nichterfüllung von Voraussetzungen 2010 nicht ausgezahlt werden konnte, dies aber jetzt erfolgen soll.

282. Zl. LK 022; 2846/2011 vom 2. Dezember 2011

Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich für das Jahr 2012

Der vom Kirchenamt A. B. erstellte, vom Oberkirchenrat A. B. vorgelegte, von der Finanzkommission A. B. überarbeitete und empfohlene Haushaltsplan der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich für das Jahr 2012 wurde in der Sitzung des Synodalausschusses A. B. am 1. Dezember 2011 genehmigt.

Um die Vergleichbarkeit mit dem Jahresabschluss sicherzustellen, wird der Haushaltsplan für 2012 wie in den Vorjahren in Form einer Planbilanz und einer Plan-Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Diese Darstellung wird durch eine Plan-Geldflussrechnung und durch die Aufstellung der Subventionen ergänzt.

Evangelische Kirche A. B. in Österreich

Planung für das Jahr 2012

Bilanz - Aktiva	Vorjahr 2010 Ist €	Jahr 2011 Hochrechnung €	Planjahr 2012 Plan €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software	40.913	15.857	24.243
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten	2.370.988	2.320.238	2.269.548
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	88.045	48.135	24.678
3. Geleistete Anzahlungen	20.000	0	0
	2.479.034	2.368.373	2.294.227
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	9.108.748	10.080.896	10.988.459
	11.628.694	**12.465.126**	**13.306.928**
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegenüber kirchlichen Einrichtungen	3.573.721	3.503.721	3.503.721
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	430.305	430.305	430.305
	4.004.026	3.934.026	3.934.026
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.552.678	5.552.678	5.552.678
	9.556.704	**9.486.704**	**9.486.704**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**68.929**	**68.929**	**68.929**
Summe Aktiva	**21.254.327**	**22.020.758**	**22.862.561**

Bilanz - Passiva	Vorjahr 2010 Ist €	Jahr 2011 Hochrechnung €	Planjahr 2012 Plan €
A. negatives Eigenkapital			
I. Kapital	-27.042.200	-24.837.050	-23.913.669
II. Gewinnrücklagen			
1. ordnungsgemäße Rücklagen	1.167.313	1.167.313	1.167.313
2. zweckgebunden Rücklagen	369.638	451.284	451.284
	1.536.951	1.618.598	1.618.598
	-25.505.249	**-23.218.452**	**-22.295.071**
B. Investitionszuschüsse	**54.252**	**51.581**	**48.910**
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	5.806.971	6.331.930	6.169.371
2. Rückstellungen für Pensionen	37.298.851	35.175.387	35.329.434
3. sonstige Rückstellungen	1.605.336	1.535.271	1.478.405
	44.711.158	**43.042.588**	**42.977.209**
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	150.877	137.348
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	75.381	75.381	75.381
3. Verbindlichkeiten gegenüber kirchlichen Einrichtungen	906.600	906.600	906.600
4. sonstige Verbindlichkeiten	952.571	952.571	952.571
	1.934.551	**2.085.428**	**2.071.899**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**59.614**	**59.614**	**59.614**
Summe Passiva	**21.254.327**	**22.020.758**	**22.862.561**

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Planung für das Jahr 2012

Gewinn- und Verlustrechnung	Vorjahr 2010 Ist €	Jahr 2011 Hochrechnung €	Planjahr 2012 Plan €
1. Einnahmen aus Kirchenbeiträgen und RU			
a) Netto-Kirchenbeiträge	14.336.560	14.802.889	15.341.627
b) Religionsunterrichts-Vergütung	3.793.253	3.801.508	3.826.900
c) Bundeszuschuss	3.099.940	3.127.412	3.170.883
	21.229.753	**21.731.809**	**22.339.410**
2. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	0	0
b) Zuschüsse und Subventionen	20.199	47.519	50.609
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.953	0	0
d) übrige	1.107.346	463.867	428.835
	1.131.499	**511.386**	**479.443**
3. Personalaufwand			
a) Löhne	-80.398	-78.287	-80.705
b) Gehälter	-12.551.793	-12.689.102	-13.065.076
c) Aufwendungen für Abfertigungen	-462.482	-887.623	-409.680
d) Aufwendungen für Altersversorgung	-1.202.094	-623.799	-2.647.938
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-3.031.096	-3.076.261	-3.202.743
f) Sonstige Sozialaufwendungen	-283.266	-291.147	-296.707
	-17.611.129	**-17.646.219**	**-19.702.848**
4. Abschreibungen	**-166.177**	**-123.368**	**-103.310**
5. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) übrige			
Aufwendungen des Kirchenamts, PS, LNK und BS	-224.589	-220.416	-218.294
kirchliche Liegenschaften	-65.771	-83.511	-78.194
kirchliche Druckwerke	-96.442	-105.368	-107.395
Synode, Generalsynode und Sitzungen	-53.514	-65.569	-58.684
sonstige Ausgaben	-299.285	-377.978	-285.098
Aufwand auf Grund übernommener Verpflichtungen	-23.843	-248.324	-260.656
Zuschüsse	-2.470.839	-842.658	-954.156
Bildungsaufwendungen	-90.893	-75.551	-106.189
Reise- und Fahrtaufwand	-171.876	-233.437	-232.419
Lizenzgebühren	-17.100	-19.399	-19.806
Rechts- und Beratungsaufwand	-58.468	-81.697	-88.128
diverse betriebliche Aufwendungen	-49.083	-2.032	-3.224
	-3.621.703	**-2.355.940**	**-2.412.243**
6. Betriebserfolg (Zwischensumme aus Z. 1 bis 5)	**962.243**	**2.117.669**	**600.451**
7. Erträge aus anderen Wertpapieren	550.138	89.049	289.257
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	303.479	70.416	70.416
9. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	5.342	26.504	30.218
10. Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	-2	-3.773
12. Finanzerfolg (Zwischensumme aus Z. 7 bis 11)	**858.958**	**185.968**	**386.118**
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.821.201**	**2.303.637**	**986.570**
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.823	-18.487	-18.188
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**1.808.378**	**2.285.150**	**968.381**
16. Auflösung von Gewinnrücklagen	0	0	0
17. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-13.888	-80.000	-45.000
18. Jahresgewinn/Jahresverlust	**1.794.490**	**2.205.150**	**923.381**

Evangelische Kirche A. B. in Österreich

Planung für das Jahr 2012

Geldflussrechnung ohne H.-B.-Anteil (Sichtweise der Evangelischen Kirche A. B.)

Mit der Geldflussrechnung wird festgestellt, auf Grund welcher Geschäftsfälle sich die Bilanzposition „Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten" verändert hat.

	Vorjahr 2010 Ist T€	Jahr 2011 Hochrechnung T€	Planjahr 2012 Plan T€
1. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.821**	**2.304**	**987**
2. a) + Abschreibungen/- Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Investitionsbereiches	-361	98	-59
2. b) + Verlust/- Gewinn aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Investitionsbereiches	-5	-27	-30
2. c) + sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ - sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-	-	-
2. d) + Abnahme/- Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-433	70	0
2. e) + Zunahme/- Abnahme von Rückstellungen	-31	-1.669	-65
2. f) + Zunahme/- Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und anderer Passiva	2	0	0
3. Nettogeldfluss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**992**	**776**	**832**
4. +/- Nettogeldfluss aus außerordentlichen Posten	-	-	-
5. - Zahlungen für Ertragsteuern	-13	-18	-18
6. Nettogeldfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**980**	**758**	**814**
7. + Einzahlungen aus Anlagenabgang (ohne Finanzanlagen)	0	0	0
8. + Einzahlungen aus Finanzanlagenabgang und sonstigen Finanzinvestitionen	261	810	782
9. - Auszahlungen für Anlagenzugang (ohne Finanzanlagen)	-37	12	-38
10. - Auszahlungen für Finanzanlagenzugang und sonstige Finanzinvestitionen	-	-1.733	-1.500
11. Nettogeldfluss aus der Investitionstätigkeit	**-705**	**-910**	**-756**
12. + Einzahlungen von Eigenkapital	-	-	-
13. - Rückzahlungen von Eigenkapital	-51	2	-45
14. - Auszahlungen aus der Bedienung des Eigenkapitals	-	-	-
15. + Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Finanzkrediten	0	151	-14
16. - Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Finanzkrediten	0	0	0
17. Nettogeldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**-51**	**153**	**-59**
18. zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	**224**	**0**	**0**
19. wechselkursbedingte und sonstige Wertänderungen des Finanzmittelbestandes	-	-	-
20. + Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	5.329	5.553	5.553
21. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	***5.553***	***5.553***	***5.553***

Evangelische Kirche A. B. in Österreich
Planung für das Jahr 2012

Subventionen an selbstständige Einrichtungen A. B.

		Subvention 2011				Subvention 2012				2012
		Geldsubvention		Sachsubv. Personal-		Geldsubvention		Sachsubv. Personal-		zu 2011
		Ansuchen	Beschluss	subv.	gesamt	Ansuchen	Beschluss	subv.	gesamt	gesamt
7110	Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau	85.000	80.000	67.259	147.259	85.000	80.000	67.592	147.592	333
7170	Diakonie Hilfswerk	72.000	72.000		72.000	44.000	44.000		44.000	-28.000
7180	Bibelzentrum	30.000	15.000		15.000	30.000	30.000		30.000	15.000
7191	Museum Kärnten Fresach	25.000	25.000		25.000				0	-25.000
7191	Museum Kärnten Fresach – Nachtragshaushalt	25.000	25.000		25.000				0	-25.000
		237.000	**217.000**	**67.259**	**284.259**	**159.000**	**154.000**	**67.592**	**221.592**	**-62.667**

Verordnung des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

283. Zl. HB 01; 2798/2011 vom 24. November 2011

Evangelische Kirche H. B. Beschlüsse der 6. Session der 15. Synode H. B. am 24. Oktober 2011 — Änderung OdgA § 33 Abs. 2

Änderung OdgA § 33 (2):

Die Worte „einen Pfarrer/eine Pfarrerin“ sind zu ersetzen durch „einen geistlichen Amtsträger/eine geistliche Amtsträgerin“.

Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Oberkirchenrat

Pfarrer
Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Wahlen der 6. Session der 15. Synode H. B.

284. Zl. HB 01; 2796/2011 vom 24. November 2011

Evangelische Kirche H. B. — Wahlergebnisse

Auf der 6. Session der 15. Synode H. B. am 24. Oktober 2011 wurden folgende Wahlen durchgeführt:

Synodalausschuss H. B.

Kurator Mag. Heinrich Benz (statt Kuratorin Helene Horvath) als ordentliches Mitglied.

Pfarrer Mag. Michael Meyer (statt Pfarrer Mag. Richard Schreiber) als ordentliches Mitglied.

Mag.ª Marise Boon als Stellvertreterin von Pfarrer Mag. Johannes Wittich.

Oberkirchenrat H. B.

Pfarrer Mag. Michael Meyer (statt Pfarrer Mag. Richard Schreiber) als ordentliches Mitglied.

Kurator Mag. Heinrich Benz (statt Kuratorin Helene Horvath) als ordentliches Mitglied.

Finanzausschuss H. B.

Gabriele Jandrasits (statt Kurator Mag. Heinrich Benz) als ordentliches Mitglied.

Rechts- und Verfassungsausschuss H. B.

Mag. Georg Jünger (statt Pfarrer Mag. Richard Schreiber) als ordentliches Mitglied.

Kontrollausschuss H. B.

Markus Rohrmoser als ordentliches Mitglied.

Mag. Lauri Hätönen
Vorsitzender Synode H. B.

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

285. Zl. HB 01; 2672/2011 vom 16. November 2011

Ordination von Mag.ª Barbara Wedam

Mag.ª Barbara Wedam wurde am 1. Oktober 2011 in der Evangelischen Pauluskirche in Feldkirch durch Landessuperintendent Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld unter Assistenz von Pfarrerin Mag.ª Eva-Maria Franke und Pfarrer Mag. Michael Meyer ordiniert.

	Pfarrer
Dipl.-Ing. Klaus Heußler	Mag. Thomas Hennefeld
Oberkirchenrat	Landessuperintendent

286. Zl. HB 01; 2671/2011 vom 16. November 2011

Zuteilung von Mag.ª Barbara Wedam als ordinierte Vikarin der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Feldkirch

Mag.ª Barbara Wedam wurde gemäß § 19 Abs. 4 und § 33 Abs. 2 OdgA zur ordinierten Vikarin der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Feldkirch bestellt.

	Pfarrer
Dipl.-Ing. Klaus Heußler	Mag. Thomas Hennefeld
Oberkirchenrat	Landessuperintendent

287. Zl. HB 01; 2797/2011 vom 24. November 2011

Krisenintervention und Notfallseelsorge Vorarlberg

Der Verband der Evangelischen Pfarrgemeinden A. u. H. B. in Vorarlberg hat Vikarin Mag.ª Barbara Wedam per Oktober 2011 als Vertreterin der Evangelischen Kirche H. B. für die Krisenintervention und Notfallseelsorge (KIT-Vorarlberg) benannt.

	Pfarrer
Dipl.-Ing. Klaus Heußler	Mag. Thomas Hennefeld
Oberkirchenrat	Landessuperintendent

288. Zl. HB 01; 2699/2011 vom 10. November 2011

Jahresabschluss der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2010

Gemäß § 1 Abs. 3 Z. 6 ABl-G wird der Jahresabschluss (Vermögens- und Gebarungsrechnung) der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich für das Jahr 2010 verlautbart:

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010

Aktiva:	€
A. Inventar	0,07
B. Geldvermögen	2,562.729,92
C. Forderungsvermögen	83.630,81
D. Rechnungsabgrenzung	5.491,12
Summe	**2,651.851,92**

Passiva:	€
A. Eigenvermögen	157.237,60
B. Rücklagen	205.498,88
C. Rückstellungen	2,207.126,08
D. Verbindlichkeiten	81.989,36
E. Rechnungsabgrenzung	—,—
Summe	**2,651.851,92**

Gebarungsrechnung per 31. Dezember 2010

Aufwendungen:		€
I.	Personalaufwand	1,083.115,74
II.	Zuweisung an diverse Fonds und Rücklagen	41.000,—
III.	Kirchenleitung	31.204,38
IV.	Kirchenkanzlei	21.871,38
V.	Evangelische Kirche A. und H. B.	67.924,87
VI.	Reformiertes Kirchenblatt, Reformierte Schriften	23.711,09
VII.	Diverse Aufwendungen	15.263,39
VIII.	Gebarungszugang	1.966,88
	Summe	**1,286.057,73**

Erträge:		€	€
I.	Gemeindequoten		630.468,—
II.	Bundeszuschuss		165.319,12
III.	Entnahme Pensionsfonds		60.000,—
IV.	Zinserträge		1.127,93
V.	Sonstige Erträge		223.907,10
	1. Erstattung PVA	197.250,20	
	2. ASVG Krankenkasse-Beiträge	14.256,90	
	3. Erstattung Pension Kirche A. B.	12.400,—	
VI.	Religionsunterricht		177.730,64
VII.	Reformiertes Kirchenblatt, Reformierte Schriften		22.375,81
VIII.	Außerordentliche Erträge		5.129,13
	Summe		**1,286.057,73**

	Pfarrer
Dipl.-Ing. Klaus Heußler	Mag. Thomas Hennefeld
Oberkirchenrat	Landessuperintendent

KIRCHENVERFASSUNG

Kirchenverfassung — Novelle 2011

A. Arbeitspapier:

Theologischer Ausschuss und Rechts- und Verfassungsausschuss (RVA) der Generalsynode

I. MODELL B: Das Profil des Kirchenpresbyteriums (KP); Vergleich mit OKR

Aus dem Bericht der Kirchenentwicklungskommission sei wörtlich zitiert:

a) KP: Aufgaben:

„Strategische Planungen, Bestellung von Kirchenrät(inn)en auf Vorschlag des Oberkirchenrates, bisherige Aufgaben des Synodalausschusses außer Genehmigung von Budget, Stellenplan und Rechnungsabschluss (liegen bei der Synode), keine Kontrollfunktionen (diese liegen bei der Kontrollkommission). Folgende in der derzeit gültigen Kirchenverfassung (vgl. Punkt 4.1.4) angeführte Aufgaben werden zukünftig vom Kirchenpresbyterium wahrgenommen:

Art 87 (1) *(Teil)* Leitung der Evangelischen Kirche A. B.

Art 88 (1) Ziffer 1 *(Teil):* Wahrung des Friedens im Inneren.

Art 88 (1) Ziffer 2, 3, 15, 16, 17, 19, 22, 23, Art 23 (4), Art 51 (1), Art 52 (1).“

b) OKR: Aufgaben:

„Die vier haupt- oder ehrenamtlichen Oberkirchenräte/rätinnen haben spezielle Aufgaben (Ressorts), das sind „Mission und Diakonie“ (zuständig auch für die Werke und Vereine), „Bildung“, „Human Resources“ (d. i. ein im Vergleich zur klassischen Personalabteilung einer Firma erweitertes Aufgabengebiet), „Kirchenentwicklungsstrategie“ (zuständig auch für die Projektteams mit Auftraggeber Synode, Kirchenpresbyterium bzw. OKR) (analog F&E in der Industrie).

Aufgaben: Umsetzung von Beschlüssen und inhaltliche Vorbereitung von Sitzungen des Kirchenpresbyteriums und der Synode, Visitationen, soweit sie nicht den Superintendent(inn)en zugewiesen sind, Leitung des Kirchenamtes. Folgende in der derzeit gültigen Kirchenverfassung (vgl. Punkt 4.1.4) angeführte Aufgaben werden auch zukünftig vom Oberkirchenrat wahrgenommen:

Art 87 (1) *(Teil)* Oberste Verwaltung der Evangelischen Kirche A. B.

Art 88 (1) Ziffer 1 *(Teil)* Wahrung der Rechte der Kirche A. B. nach außen.

Art 88 (1) Ziffer 4 bis 14, 18, 20, 21, 24 bis 26, Art. 88 (2).“

Aus diesen Zitaten ist die Ansicht der Kirchenentwicklungskommission zur Reform klar abzuleiten:

1. Das KP verantwortet „strategische Planung“, „Frieden nach innen“; der OKR die „oberste Verwaltung“, die „Leitung des Kirchenamtes“ und die „Wahrung der Rechte der Kirche nach außen“.
2. Strukturell auf gleichem Rang sind beide Organe „Exekutive“ unter dem „Gesetzgeber“ Synode; Exekutivaufgaben werden zwischen OKR und KP geteilt, zum Teil werden Aufgaben für das KP neu formuliert.
3. Die Einzelzuständigkeiten folgen der Logik der Aufgabenteilung gemäß Punkt 1. Siehe Art 23 Abs 4, 51 Abs 1 und 52 Abs 1 zu KP; Art 87 Abs 1 und 88 Abs 1 z. T. zu KP; Art 88 Z 2, 15 bis 17, 19, 22, 23 zu KP; Art 88 Z 4 bis 14, 18, 20, 21, 24 bis 26 zu OKR. Die Verfügung mit einstweiliger Geltung (Z 3) ist eine delegierte gesetzgebende Maßnahme (mit oder ohne Zustimmung des Synodalausschusses bzw. des KP) und passt daher nicht in die Logik dieser Zuständigkeitsverteilung. Der Entwurf des RVA ordnet sie systemlogisch den zuständigen Ausschüssen der Synode zu, z. T. mit vorheriger Befassung des KP.

II. ENTWURF RVA: Das konkrete Profil des KP im Vergleich mit dem OKR

Der Entwurf setzt auftragsgemäß das Modell B um und konkretisiert es entsprechend den staatskirchenrechtlichen Rahmenbedingungen und den anderen kirchenrechtlichen Vorgaben.

1. Der Reformentwurf verzichtet auf den/die Landeskurator/in (er/sie verschmilzt mit dem/der Synodenpräsidenten/in), auf die Superintendentenkonferenz (die im KP aufgeht) und auf den Synodalausschuss (der weniger einen Synodalausschuss als ein KP darstellt), führt aber andererseits ein neues Organ ein, das KP. Das KP ist der zentrale Ort für die Initiative, die Vorbereitung, die Beratung und Entscheidung der nachhaltigen zukünftigen Entwicklung der Evangelischen Kirche A. B. (unter der Synode, daher „Exekutive“, soweit die Synode zur kirchenrechtlichen Umsetzung der Beschlüsse zuständig ist). Die Aufgaben des KP waren bisher zwischen Synode, Synodalausschuss und OKR, einschließlich und ohne rechtliche Grundlage der Superintendentenkonferenz, verteilt. De facto hat zwar der OKR sie in eingeschränkter Art wahrgenommen, es fehlte aber bisher an einem verantwortlichen Organ oder einer Klärung der Zuständigkeiten unter den genannten Organen hinsichtlich der systematischen Zielfestlegungen, der Auswahl der Maßnahmen, mit denen die strategischen Ziele bearbeitet und erfüllt werden können/sollten, und der personell und finanziell leistbaren Instrumente der Durchführung der gewählten Maßnahmen. Das KP erhält nun diese Verantwortung allein, es wird entsprechend zusammengesetzt und administrativ ausgestattet.
2. Auf der Ebene „Exekutive“ stehen nach dem Entwurf des RVA also zwei Organe mit unterschiedlichen Aufgaben zur Verfügung. Sie sind einander zu-, eines dem anderen nicht untergeordnet. Wer die Analogie Gemeindevertretung/Presbyterium bzw. Superintendentialversammlung/Superintendentialausschuss für die 3. Gliederungsebene der Kirche

bemüht, kann sehen, dass der OKR, der als historischer Nachfolger des Konsistoriums freilich noch zusätzliche Aufgaben erfüllt, am ehesten dem Presbyterium bzw. dem Superintendentialausschuss entspricht; wie diese wird der OKR vom demokratisch legitimierten Organ gewählt und bildet dessen Exekutive. Das KP wird nicht gewählt, sondern ex officio besetzt. Es ist kraft der Zahl seiner Mitglieder und nach den umfangreichen neuen Aufgaben auch nicht das typische operationelle Organ — und könnte es zweckmäßig auch gar nicht sein.

Exkurs: Namen — Begriffe — Funktionen

Der Name für das neue Organ erscheint nach dem angestellten Vergleich wenig geglückt. Das KP ist eben kein Presbyterium, sondern nimmt spezifische Aufgaben auf landeskirchlicher Ebene wahr. Es verwundert daher nicht, dass über den Namen von Beginn an immer diskutiert wurde und dass in den Stellungnahmen zum Entwurf neue Vorschläge zur Namensgebung unterbreitet werden. Vorgeschlagen wurde „Kirchenpräsidium", doch stimmt der Name begrifflich und assoziativ nicht, weil die Kirche, abgesehen vom Synodenpräsidium, ekklesiologisch kein Präsidium kennen kann; vorgeschlagen wurde ferner „Kirchenkuratorium", was von der Funktion her gut passt, aber assoziativ an einen Beirat denken lässt, den das KP eben nicht darstellt.

Im Hintergrund der Organbildung steht die seit 1949 nicht ausdiskutierte Frage, wer warum „Kirchenleitung" sein sollte. Gemäß Protestantengesetz 1961 ist die Kirche frei, verfassungsrechtlich zu bestimmen, welches Organ Kirchenleitung sein soll, muss darüber aber eine Entscheidung treffen. Diese Entscheidung ist nicht eindeutig getroffen worden; am ehesten ist es der OKR. Der Entwurf des RVA teilt die Verantwortung der Kirchenleitung in zwei Zuständigkeitsbereiche, ähnlich dem Modell B, nämlich nach außen der OKR gemäß Protestantengesetz 1961, und nach innen das KP gemäß dem Selbstverständnis der Kirche.

Wer das KP als die Kirchenleitung schlechthin sieht, verändert die Position des OKR grundsätzlich und radikal hin zur „Leitung des Kirchenamtes", macht ihn u. U. zum Weisungsempfänger des KP und kann dann nicht erklären, warum die Auswahl und die Wahl der OKR so aufwendig betrieben werden muss. Angestellte Experten der Kirchenverwaltung würden genügen.

3. Strategische Planung im Sinne einer Wahrnehmung der Hauptverantwortung für die gesamte Entwicklung der Kirche schließt Aufträge und Entscheidungen über Erhebungen, Studien (vgl. die Beutelmeyer-Studien) und Planungen ein; sie ist langfristig angelegt und bedeutet viel Arbeit. Sie könnte und dürfte nicht an das Kirchenamt delegiert werden.

4. Das KP erhält im Entwurf des RVA eine Reihe von zusätzlichen Mit-Entscheidungskompetenzen. Diese Zuteilung folgt wieder der Logik, dass immer dort, wo Zukunftsaufgaben wahrgenommen werden, das KP eingeschaltet werden muss. Der Entwurf formuliert solche Aufgaben in Art 81, nämlich acht (vgl. insbesondere die Sonderregelung der Nominierung für den OKR).

   Dazu kommen die in der Kirchenverfassung verstreuten Kompetenzen:

   — Art 51 Abs 1 Errichtung und Auflösung einer SUP
   — Art 52 Abs 1 Gebietsänderungen einer SUP
   — Art 68 Abs 2 Sitz einer SUP
   — Art 88 Abs 2 Z 2 Kirchenvereinbarungen
     Z 9 Vermögensverwaltung
     Z 16 Errichtung und Auflösung von Pfarrgemeinden
     Z 19 Kollektivverträge
     Z 22 Lektorenleitung usw.
     Z 23 Geschäftsordnungen OKR Kirchenamt
   — Art 96 Abs 2 Stellenplan Kirchenamt
   — Art 114 Abs 7 Z 3 Kirchenverträge
     Z 11 Vereinbarungen, Kollektivverträge
     Z 21 ReligionslehrerInnen, Prüfung
     Z 22 Lehrpläne usw.

   (Art 55 Abs 2 Genehmigung eines dritten Seniorates wurde als administrative Angelegenheit gesehen.)

5. In zahlreichen Kirchengesetzen wird z. Z. der Synodalausschuss A. B. eingeschaltet, in der Regel um eine Zustimmung zu Entscheidungen des OKR, daher auch zu dessen Kontrolle, zu erhalten. Auch in diesen Fällen kann der Logik der Zuständigkeitsverteilung des Entwurfes des RVA gefolgt werden. Als Beispiele seien genannt: Datenschutz — eine administrative Angelegenheit — OKR, Errichtung oder Auflösung einer Personalgemeinde — eine Angelegenheit für das KP. Falls der Entwurf des RVA grosso modo aufrecht bleibt, bedarf es einer generellen Regelung, wie die vielen Kompetenzen des Synodalausschusses in Zukunft auf die beiden Organe verteilt werden.

B. Rede zur Eröffnung der Beratungen (R. Kneucker)

Eine der bedeutenden Streitschriften der Jurisprudenz des 19. Jahrhunderts — wie alle Studierenden des Rechts lernen — trägt den Titel „Vom Berufe unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft", 1814. Savigny wendete sich darin gegen Thibaut, der die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für alle deutschen Fürstentümer, also gegen Kleinstaaterei und für die staatliche Einheit, argumentiert hatte. (Die Österreicher feiern in diesem Monat übrigens 200 Jahre ABGB 1811, das gleiche politische Zielsetzungen verfolgte und die deutsche Rechtswissenschaft beeinflusste). Thibaut hat die Geschichte bestätigt — nicht Savigny, der die Rechtsfortbildung dem Volksgeist im Sinne von Herder der Gewohnheit, den autonomen Regionen und der Arbeit der Rechtswissenschaft überlassen wollte. Gesetzgebung als alleinige Rechtsfortbildung sei ein Abstieg der Kultur.

Obwohl ähnliche Gefühle und Meinungen in der Evangelischen Kirche in Österreich auch heute noch festgestellt werden könnten, ist dieser Vergleich nicht mein Ziel; es ist auch nicht das Ziel, im Streit Savigny — Thibaut rechtsphilosophisch Partei zu ergreifen. Die Botschaft Savignys war, und das ist hier und heute bleibend wichtig, zu fragen, ob die Zeit reif für eine große und einheitschaffende Gesetz-

gebung sei, ob insbesondere die Gesetzgeber ausreichend „weise“ für diese Aufgabe seien. Ist es der richtige Zeitpunkt? Sind wir die geeigneten „Werkzeuge“ der Reform? Diese Fragen muss sich jeder Gesetzgeber stellen lassen.

Die Reform der Kirchenverfassung 2009/2011 wurde in zwei großen Schritten auf breiter Basis von mehreren Arbeitsgruppen vorbereitet. Sie ist ausführlich debattiert worden. Sie stellt die große, einheitsstiftende Gesetzgebung der Evangelischen Kirche Österreichs dar. Die Reform verändert die Nachkriegsverfassung 1949 grundsätzlich, die für die Herausforderungen kaum mehr zweckmäßig genannt werden kann.

Die Neuordnung der Pfarrgemeindeebene im Jahre 2009 bildete den ersten Reformschritt. Der zweite Reformschritt betreffend die zweite und dritte Gliederungsebene versucht, mit den religiösen, kirchlichen, ökumenischen und gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit zu Rande zu kommen. Dazu zählt nicht so sehr die Effizienz der Organe, die administrative Schlankheit, die Sparsamkeit, sondern in erster Linie die systematische, fundierte Befassung mit der Zukunft der Evangelischen Kirche in Österreich, ihre Orientierung hin auf eine gedeihliche Entwicklung und Mission im Rahmen einer österreichischen Gesellschaft, und nicht nur im Rahmen der Kirche. Der zweite Schritt der Reform gründete sich auf die Erarbeitung zweier Modelle durch die Kirchenentwicklungskommission, von denen eines, nämlich das „Modell B“ von der Synode A. B. zur legistischen Umsetzung ausgewählt und dem Rechts- und Verfassungsausschuss zur Ausarbeitung übertragen wurde.

Die Bedeutung der Aufgabe und des Auftrages, sie zu erfüllen, wird offenkundig, wenn sich die Synodalen vor Augen halten, dass in der Regel nur Zusammenbrüche und Katastrophen zu nachhaltigen Lern- und Reformprozessen von Personen und Organisationen führen. Diese allgemeine Erfahrung der Organisationssoziologie trifft in dieser Generation auf die Evangelische Kirche in Österreich nicht zu. Sie hat in Voraussicht einen Reformprozess eingeleitet, der geeignet erscheint, die heute schon erkennbaren Herausforderungen rechtzeitig präventiv zu bewältigen — eine ungewöhnliche Maßnahme. Der Kirchenverfassungsentwurf II ist ein Ausweis für diese Generation der Verantwortlichen in der Evangelischen Kirche. Man kann ihn beschließen oder ablehnen; er stellt ein Paket aufeinander abgestimmter Regelungen dar, die nicht beliebig verändert werden können. Diese Generation wird aber keinen anderen „großen“ Reformvorschlag zustande bringen. Dem Entwurf wurde auch kein Gegenentwurf an die Seite gestellt.

Das „Modell B“ hat mit dem „Naßwalder Modell“ nichts gemein. Das ist jenen zu sagen, die sich in der Ablehnung des vorliegenden Entwurfes darauf bezogen haben, nur um ihn dann ablehnen zu können. Das „Modell B“ war aber ein Kompromiss. Und Kompromisse sind als Ausgangsbasis immer ambivalent. Die einen finden sie zu wenig mutig, die anderen zu weitgehend und zu progressiv.

Hier ist ein Überblick über die Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens am Platz:

Von 300 Eingeladenen haben 43 geantwortet, nämlich 19 Pfarrgemeinden, im Übrigen die Werke, der Theologische Ausschuss, der Revisionssenat, die Superintendenten, die Mitglieder des Oberkirchenrats und „Privatpersonen“. Neun haben keinen inhaltlichen Kommentar abgegeben, zum Teil aber ausdrücklich ihr Einverständnis mit dem Entwurf erklärt. Es gab sieben Ablehnungen, die trotz der Ablehnung zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfes enthielten. Die vielen Anregungen im Detail, für die zu danken ist, konnten ohne Schwierigkeiten eingearbeitet werden. Einige Stellungnahmen waren in sich widersprüchlich. Wenn z. B. die Abberufungen von Mitgliedern eines Presbyteriums bedeutete, die presbyterial-synodale Struktur zu unterwandern oder abzuschaffen, dann kann man die fehlende Abberufung der Mitglieder des Kirchenpresbyteriums nicht kritisieren. Wenn man andererseits die Wahl aller Funktionäre zum Prinzip erhebt, dann muss man anerkennen, dass die Mitglieder des Kirchenpresbyteriums gewählt sind und abberufen werden können. Sie erledigen neben ihren sonstigen Funktionen Sonderaufgaben in einem neuen Organ, das diese Zusammensetzung fachlich und kirchenpolitisch erfordert. Da die Mitglieder des Kirchenpresbyteriums Aufgaben erfüllen, die durch ihre Abberufungskriterien erfasst sind, sind sie von den Gremien, die sie gewählt haben, abzuberufen, wenn sie ihre Aufgaben nicht erfüllen. Das befürchtete Übergewicht der geistlichen Mitglieder in den Organen der zweiten und dritten Ebene ist nicht eingetreten. Dem Vorschlag, ein Übergewicht der weltlichen Mitglieder zu fixieren, wurde nicht näher getreten; es blieb bei der traditionellen Parität. Manchmal scheint mit Ausführungen in den Stellungnahmen verbunden gewesen zu sein die Kritik an einer „zu progressiven Kirchenleitung“, wie es eine Stellungnahme wörtlich ausdrückte. Das Schwergewicht der Diskussion des Entwurfes betraf das neue Kirchenpresbyterium und die Arbeitsteilung zwischen Oberkirchenrat und Kirchenpresbyterium.

Die Reformbemühungen haben in der Kirche eine Grundsatzdebatte entzündet — am neuen Organ Kirchenpresbyterium. Nicht Mahnungen, Ankündigungen und Lamentationen sollen wie bisher die Diskussion bestimmen. Es gibt ab nun ein kirchliches Organ, das für die Entwicklung der Evangelischen Kirche in Österreich allein und umfassend verantwortlich ist. Die Debatte hatte, ich wage es zu bewerten, einen hohen intellektuellen Standard. Ich erwähne vor allem die drei Stellungnahmen aus der Steiermark und die Diskussion zwischen dem Theologischen Ausschuss und dem Rechts- und Verfassungsausschuss. In den Motiven ist diese Diskussion festgehalten und nachvollziehbar dokumentiert.

Die beiden theoretischen Themen der Auseinandersetzung sind

- die zentrale Rolle der Synode als Gesetzgeber und die Beziehung zwischen Gesetzgeber und Exekutive,
- das Machtgefüge auf der Ebene der Exekutive und deren Kontrolle.

Beide Themen bezeichnen Spannungsverhältnisse. Aus organisatorischen Spannungen können konstruktive, positive und kreative Lösungen entwickelt werden, wenn „Erwachsene“ am Werk sind. Spannungen fordern heraus und schärfen den Blick.

Das staatliche System der Gewaltenteilung kann nicht naiv auf die Kirche übertragen werden, obwohl in der Evangelischen Kirche Gesetzgebung, das Legalitätsprinzip

für die Arbeit der Exekutive und ein Gericht, der Revisionssenat, gewaltenteilend eingerichtet sind. In der politischen Theorie der Gewaltenteilung sprechen wir von „checks & balances“, also von Kontrollmechanismen und Machtausgleich zwischen den Organen. Das leisten nicht allein gesetzlich festgeschriebene Aufgaben-/Zuständigkeitskataloge.

Die Reform verstärkt „checks & balances“ und sichert das presbyterial-synodale Prinzip, nicht dessen Abschaffung:

- Die Synode wird der einzige kirchliche Gesetzgeber; wie das Parlament in den westlichen Demokratien ist sie zudem für alle grundlegenden Fragen verantwortlich, wie z. B. für Wahlen. Sie erhält vor allem die Budgethoheit zurück, sie spricht die Entlastung der Gremien nach Genehmigung der wirtschaftlichen Prüfungsergebnisse aus. Die Budgethoheit war fast unbemerkt schrittweise auf den Synodalausschuss übergegangen, eine Entlastung war bislang gesetzlich nicht vorgesehen. Das war zu korrigieren. Die neuen Aufgaben werden erfordern, dass die Synode zumindest zweimal jährlich, jedoch kürzer als bisher, tagen müssen.
- Die Ausschüsse der Synode werden in Zukunft so agieren wie parlamentarische Ausschüsse gegenüber dem Nationalrat. Sie arbeiten der Synode zu, sie tragen für die zeitgerechte Erledigung der Arbeit Verantwortung, sie bereiten die Beschlüsse vor, treffen daher auch während der Sessionen der Synode zusammen. Das gilt in erster Linie für die ständigen Ausschüsse. Nur diesen können Aufgaben der Synode von der Synode delegiert werden. Die einstweiligen Verfügungen werden zwar weitgehend entfallen können, da sich die Sitzungsfrequenz der Synode erhöht, aber — falls sie erforderlich sein sollten — haben die zuständigen Ausschüsse, als Teil der Gesetzgebung, diese Verfügungen zu treffen.
- Die Exekutive wird in operativer, administrativer Hinsicht vom Oberkirchenrat besorgt; er verliert einige historische konsistoriale Zuständigkeiten. Die Exekutive in planerischer, strategischer Hinsicht wird vom neuen Kirchenpresbyterium wahrgenommen. Die Aufgaben des bisherigen Synodalausschusses müssen entsprechend neu zugeordnet werden, als administrative oder planerische Aufgabe. Im Begutachtungsverfahren wurde behauptet, das Kirchenpresbyterium sei kein exekutives Organ und entspräche nicht dem presbyterial-synodalen System. Diese ekklesiologischen Fragen wurden vom Theologischen Ausschuss anders gesehen; er forderte zusätzliche Aufgaben für das Kirchenpresbyterium. Der vorliegende Entwurf hat dem zum Teil entsprochen.

Die Evangelische Kirche in Österreich wird nicht nur anlässlich der Gemeindevertretungswahlen oder der Wahlen des Bischofs, der Bischöfin, des Superintendenten, der Superintendentin öffentlich als „demokratisch“ und „engagiert“ wahrgenommen. Sie wird auch beachtet und bewundert, weil sie die Kraft und den Mut aufbringt, sich eine neue, zeitgerechte Kirchenverfassung zu geben. Wenn der Entwurf Verfassungsgesetz werden sollte, beginnt für ihn die Phase der Erprobung — das „Plebiszit der Praxis“. Mut, Neues zu versuchen, schließt auch ein, Korrekturen anzubringen, wenn auf Grund von Evaluationen Korrekturen erforderlich werden.

KIRCHLICHE VERFAHRENSORDNUNG (KVO)

Kirchliche Verfahrensordnung (KVO), Novelle 2011

§ 41 betrifft die sog. **Entscheidungspflicht** und betrifft Anträge von Parteien und/oder Berufungen. Der bisherige Abs 2 bleibt im ersten Satz gleich, sodass im Falle eine Verletzung der Entscheidungspflicht (wie bisher) die ZUSTÄNDIGKEIT zur Entscheidung auf die sachlich in Betracht kommende Oberinstanz übergeht. Zu streichen war der Synodalausschuss als „Oberinstanz“; weiters war vorzusehen, dass im Falle einer Säumigkeit des Oberkirchenrates, über eine anhängige Berufung zu entscheiden, die Entscheidungsbefugnis an den Revisionssenat übergeht.

ORDNUNG DER EVANGELISCHEN JUGEND ÖSTERREICH

Ordnung der Evangelischen Jugend Österreich, Novelle 2011

Das dringende Ersuchen der Burgorgane für die Burg Finstergrün und der Evangelischen Jugend Österreich (EJÖ), die Ordnung der EJÖ erneut zu ändern, war von folgenden Erwägungen bestimmt:

- Das wesentliche Interesse von Burgrat, Aufsichtsrat und JULÖ/JURÖ ist es, die mit der Novelle von 2007 erfolgte wirtschaftliche Trennung von EJÖ und Burg Finstergrün durch eine klare Zuordnung von Entscheidungsbefugnis und Verantwortlichkeit abzuschließen. Bei den Beratungen zur Struktur der Burg Finstergrün wurde explizit den im Motivenbericht zur Novelle von 2007 geäußerten Bedenken Rechnung getragen. Gleichzeitig soll die Burg Finstergrün so eng wie möglich in die Strukturen der EJÖ eingebunden bleiben.
- Nach ausführlichen Gesprächen von JULÖ, Burgrat und Aufsichtsrat unter der Moderation von OKR Köglberger wurde die Form der Gliederung mit eigener Rechtspersönlichkeit als die beste Lösung entwickelt. Als Gliederung mit Rechtspersönlichkeit in der EJÖ ist das evangelische Profil der Burg gesichert, wobei die enge Anbindung durch wechselseitige Vertretung mit Stimmrecht in den Gremien erfolgt. Gleichzeitig werden damit die bisherigen ineffizienten Entscheidungswege zwischen den Gremien entflochten und eine effektive wirtschaftliche Führung der Burg ermöglicht.
- Die Wahrung des evangelischen Profils der Burg und die enge Bindung (Scharnierfunktion) an die EJÖ wird durch ein wechselseitiges Entsenden von Vertre-

tern oder Vertreterinnen in die Burggremien und in den JURÖ gewährleistet. Durch ihre Satzung bleibt die Burg in der Ordnung der EJÖ verankert.

Die Einwerbung und Abrechnung von Projekten für die Bundesjugendförderung über die EJÖ für die Gliederung „Burg Finstergrün“ ist gesichert.

- Es hat sich erwiesen, dass die Eigentümerin komplexe wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Burg Finstergrün weder ausreichend schnell noch sachkompetent entscheiden kann. Diese strukturelle Überforderung wirkt sich nachteilig auf beide Partnerinnen aus. Mit der Novelle aus 2011 verliert die EJÖ ihre Eigentümerfunktion. Eigentümerin wird die Gliederung „Burg Finstergrün“. Damit geht eine wichtige Vereinfachung der gremialen Strukturen einher, die besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für den Betrieb der Burg notwendig sind.
- Es ist festzuhalten, dass die mit der Novelle 2007 geschaffenen Verbesserungen erhalten bleiben; das betriebswirtschaftliche Konzept für die Burg Finstergrün, wie schon im Jahre 2007 vom Oberkirchenrat A. und H. B. gutgeheißen, bleibt aufrecht; die Burg Finstergrün bleibt ein „unentbehrlicher Hilfsbetrieb“ im steuerrechtlichen Sinne. Die betriebswirtschaftlichen Änderungen haben dazu geführt, dass die Burg noch mehr als bisher als eine eigenständige Gliederung agiert. Es ist die Ordnung an die realen Gegebenheiten anzupassen, indem die Burg den Status einer Gliederung mit eigener Rechtspersönlichkeit erhält. Eine professionelle Geschäftsführung für die Burg Finstergrün wurde mit der Ordnungsänderung 2007 durch die Einrichtung neuer Organe möglich gemacht; auch die Funktionen des Rechnungswesens und des Controllings erfolgen seitdem getrennt. Die Subventionsanträge werden vom Burgrat gesondert beantragt. Der Burgrat ist damit auch befugt, Subventionsanträge an alle öffentliche und private Subventionsstellen oder Sponsoren zu stellen. In den Haushaltsvoranschlägen der Evangelischen Kirche in Österreich werden die Positionen EJÖ und Burg Finstergrün getrennt ausgewiesen. Die bisherigen Erfahrungen machten es dringend nötig, aus betriebswirtschaftlichen Gründen und zur Vereinfachung und Beschleunigung der Entscheidungsprozesse die Verantwortung von JURÖ und JULÖ als Vertretungsgremien der Eigentümerin EJÖ an die Burg-Gremien Aufsichtsrat und Burgrat zu übertragen, die seit der Novelle 2007 schon mit dem operativen Geschäft und dessen Kontrolle betraut sind.
- Die Erfahrungen und Diskussionen im Zuge der steuerlichen Betriebsprüfung für die Jahre 2005 bis Juli 2010 waren der Anlass, im Hinblick auf § 41 Bundesabgabenordnung in § 1 der Ordnung der EJÖ all jene Regelungen aufzunehmen und zusammen zu fassen, die für die Erlangung der steuerlichen Begünstigungen gemäß den §§ 34 ff BAO wesentlich sind. Diese Regelungen waren bisher in verschiedenen Rechtsgrundlagen zu finden. Daher führt die textliche Überarbeitung des § 1 der Ordnung der EJÖ zu keinen inhaltlichen Änderungen für die EJÖ. Der neue Aufbau des § 1 der Ordnung der EJÖ wurde an die §§ 2, 3 und 16 der Musterstatuten des Bundesministeriums für Finanzen (Anhang zu den Vereinsrichtlinien) angelehnt.
- Alle anderen Veränderungen der gegenwärtigen Ordnung der EJÖ beziehen sich auf die Einbindung des unentbehrlichen Hilfsbetriebes Burg Finstergrün als Gliederung mit eigener Rechtspersönlichkeit.

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056

AMTSBLATT

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2011 Ausgegeben am 21. Dezember 2011 Sondernummer 11./12. Stück

Beschluss der 6. Session der XIII. Generalsynode

228. Zl. SYN 11; 2310/2011 vom 26. Oktober 2011

Evangelische Christen und Muslime in Österreich
Eine Orientierungshilfe

Im Auftrag der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich erstellt vom Theologischen Ausschuss der Generalsynode.

Von der Generalsynode beschlossen am 26. Oktober 2011.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 174

I. Präambel 175

II. Der Islam — eine kurze Orientierung

1. Muhammad und die Entstehung des Islams 176
a. Muhammads Leben vor der Berufung 176
b. Muhammads Berufung 176
c. Verfolgung und Auswanderung 177
d. Der Kampf gegen die Mekkaner 178
e. Geeintes Arabien 178

2. Die Botschaft des Korans 178
a. Ruf zur Umkehr 178
b. Gott 179
c. Muhammad, Prophet und Gesandter 180
d. Der Koran 180
e. Textgeschichte des Korans 181

3. Ein Abriss der weiteren Geschichte 181
a. Die ersten vier Kalifen 181
b. Die Abspaltung der Schiiten 182
c. Das Kalifat der Umaiyaden 182
d. Die Abbasiden — das „goldene" Zeitalter 182
e. Der Fall Spanien 183
f. Machtwechsel 183
g. Der Kolonialismus und seine Folgen 184

III. Islam in Österreich

1. Geschichte 185

2. Organisationen und Vereine 187
a. Die IGGiÖ und ihr Umfeld 187
b. Gruppen in Opposition zur IGGiÖ 189
c. Türkische Verbände 189
d. Organisationen aus anderen muslimisch geprägten Ländern 190
e. Andere muslimische Richtungen 190
f. Andere Gruppierungen 191

3. Extremismus 191

IV. Christentum und Islam in ihrer wechselseitigen Wahrnehmung

1. Gesprächslagen 192

2. Muslimische Sichtweisen auf das Christentum 193

3. Christliche Sichtweisen auf den Islam 194

V. Einzelne Themenfelder

1. Politik, Recht und Kultur 198
a. Arabien — Land und Gesellschaft 198
b. Schmelztiegel religiöser Richtungen 199
c. Recht und Rechtsschulen 200
d. Im Wechselspiel von Religion und Umwelt 202

2. Religionsfreiheit 204
a. Geschichtliche Wurzeln 204
b. Rechtliche Grundlagen 205
c. Islam und Demokratie in Österreich 206
d. Moscheen und Minarette 207
e. Religionsfreiheit in islamisch geprägten Ländern 207

3. Frauen, Ehe, Geschlechtergerechtigkeit 209
a. Ehe und Beziehungsformen 209
b. Der umstrittene Koranvers 210
c. Rechtliche Bestimmungen 211
d. Askese und Vielehe 212
e. Kleider und Tücher 213
f. Debatten über weibliche Bekleidungen .. 214
g. Umstrittene Praktiken 216
h. Im Glauben gleich 216
i. Muslimische Frauenbewegungen 217

4. Mission 218
a. Der christliche Begriff der „Mission" 218
b. Der islamische Begriff der „Da'wa" 218
c. Ein Blick in die christliche Geschichte 218
d. Ein Blick in die muslimische Geschichte . 220
e. Gegenwart 221

5. Gemeinsame geistliche Praxis 222

VI. Möglichkeiten der Begegnung

1. Miteinander sprechen 223

2. Feste wahrnehmen 224

3. Kultische Bestimmungen 224

4. Der Religionsdialog 225

VII. Christliche Theologie im christlich-muslimischen Gespräch

1. Voraussetzungen 226

Die Rechtsdatenbank der Evangelischen Kirche in Österreich finden Sie unter www.evang.at/rechtsdatenbank

2. Die Bibel 226
3. Jesus Christus 227
4. Der dreieinige Gott 228
5. Sünde und Erlösung 230
6. Glaube und Werke 232
7. Vorherbestimmung und Gericht 232
Schlusswort 234
VIII. Literatur 234
Mitglieder des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Generalsynode A. und H. B. 239

Vorwort

Wertschätzung und Zusammenarbeit

Inmitten einer komplexen und unüberschaubarer werdenden Welt möchte diese Orientierungshilfe ihrem Namen so gut wie möglich gerecht werden und evangelischen Christen/Christinnen eine Hilfestellung geben, um sich auf dem weiten Feld der Beziehungen zwischen Christen/Christinnen und Muslimen/Musliminnen zurecht zu finden: geschichtlich, theologisch, praktisch.

Daher versucht diese Orientierungshilfe,

- Muslime/Musliminnen gemäß dem Selbstverständnis ihrer eigenen Religion und ihren eigenen Traditionen wahrzunehmen und zugleich der Selbstwahrnehmung von evangelischen Christen/Christinnen zu dienen,
- komplexe Sachverhalte nicht zu vereinfachen und wechselseitige klischeehafte Zuschreibungen nicht weiterzuführen,
- Berührungspunkte und Ähnlichkeiten zwischen den beiden Religionen und religiösen Traditionen ebenso aufzuzeigen wie Unterschiede,
- konkrete Begegnungen vor Ort zu unterstützen.

Die Orientierungshilfe tut dies im Geist der „Charta Oecumenica“ [1], der sich auch in der Resolution der Evangelischen Generalsynode A. und H. B. von 2009 „Die Evangelischen Kirchen in Österreich als missionarische Kirchen“ niedergeschlagen hat. Insofern unterliegt diese Orientierungshilfe einer christlichen Sicht. Der Punkt 11 in dieser Charta unter der Überschrift „Beziehungen zum Islam pflegen“ lautet:

„Seit Jahrhunderten leben Muslime in Europa. Sie bilden in manchen europäischen Ländern starke Minderheiten. [2] Dabei gab und gibt es viele gute Kontakte und Nachbarschaft zwischen Muslimen und Christen, aber auch massive Vorbehalte und Vorurteile auf beiden Seiten. Diese beruhen auf leidvollen Erfahrungen in der Geschichte und in der jüngsten Vergangenheit.

Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen sowie den christlich-islamischen Dialog wollen wir auf allen Ebenen intensivieren. Insbesondere empfehlen wir, miteinander über den Glauben an den einen Gott zu sprechen und das Verständnis der Menschenrechte zu klären.

Wir verpflichten uns,

— den Muslimen mit Wertschätzung zu begegnen;
— bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten.“

Solidarität mit den Christen/Christinnen des Ostens

Die Evangelische Generalsynode A. und H. B. ist sich der schwierigen Lage von Christen/Christinnen in muslimisch geprägten Ländern schmerzhaft bewusst und versichert sie ihrer Solidarität. Sie weist Diskriminierungen und Verfolgungen generell zurück und damit auch solche, die sich auf die Religion berufen. Die offiziell anerkannte Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich hat mehrfach Angriffe auf Christen/Christinnen, ihre Kirchen und Einrichtungen verurteilt. Denn Gewalt gegen Christen/Christinnen entspreche nicht dem Selbstverständnis des Islams und sei nicht korangemäß. Es handle sich um extremistische Gruppen, die ihre Attacken jedoch vorwiegend gegen ihre eigenen, als zu wenig rechtgläubig erachteten Glaubensgeschwister richten. Die Orientierungshilfe teilt diesen differenzierten Befund.

Wir sind uns bewusst, dass auch in der christlichen Geschichte Gewalt immer wieder religiös legitimiert wurde. Aber die Missachtung von Menschenrechten und Religionsfreiheit zu anderen Zeiten und in anderen Ländern darf nicht bedeuten, diese Rechte den Muslimen/Musliminnen, die Verfassung und Gesetze anerkennen, hierzulande und heute zu verweigern. Die Evangelische Generalsynode A. und H. B. bedauert herabsetzende Polemiken von christlicher Seite, denen Muslime/Musliminnen im Laufe der Geschichte ausgesetzt waren, und verurteilt zugleich die gegenwärtigen respektlosen und diffamierenden politischen Kampagnen gegen Muslime/Musliminnen, die das friedliche Zusammenleben gefährden.

Wissen gegen Vorurteile

Die verschiedenen ausgewählten Themenbereiche in dieser Orientierungshilfe wollen auch Informationen über die Religion des Islams bereitstellen, denn eine verantwortete Begegnung ohne Vorurteile setzt Wissen voneinander voraus. Der Schwerpunkt liegt daher im Bereich der Bildung. Somit handelt es sich nicht um eine systematisch-theologische Studie mit dem Ziel, den jeweiligen Wahrheitsanspruch zu diskutieren. Es geht nicht darum, sich in Glaubensfragen zu einigen, vielmehr darum, den Unterschieden, die sich trotz der Gemeinsamkeiten ergeben, mit Respekt zu begegnen. Damit will die Evangelische Generalsynode A. und H. B. zu einem konstruktiven Zusammenleben von evangelischen Christen/Christinnen und Muslimen/Musliminnen in Österreich beitragen.

In Bezug auf die theologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede ist uns bewusst, dass ein Religionsvergleich trotz aufgewendeter Sorgfalt immer ein Wagnis bleibt. Für Themen, die in dieser Orientierungshilfe nicht behandelt werden (z. B. Mischehen oder Wirtschaft) empfehlen wir das Buch „Was jeder vom Islam wissen muss“. [3] Die Orien-

[1] Die „Charta Oecumenica“ wurde 2001 vom Rat der römisch-katholischen Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) unterzeichnet. Die KEK besteht aus einem Zusammenschluss von evangelischen und freikirchlichen Kirchen, von Orthodoxen, Anglikanern und Alt-Katholiken. Der zitierte Punkt 11 gehört zum Kapitel III: „Unsere gemeinsame Verantwortung in Europa“ und steht unter dem biblischen Motto: „Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden (Matthäus 5, 9).“

[2] Manche europäischen Länder weisen allerdings eine muslimische Mehrheit auf wie z. B. Bosnien, Albanien und der Kosovo.

[3] Herausgegeben im Auftrag von VELKD und EKD von Inken Wöhlbrand und Martin Affolderbach, Gütersloher Verlagshaus 8. Auflage 2011.

tierungshilfe versteht sich als Grundlage, die eigene und weitere Studien und Diskussionen in den Gemeinden anregen will.

Hinweise

Den Koranzitaten liegt die Übersetzung von Hartmut Bobzin (2010) zugrunde, der sich an der Übersetzung von Teilen des Korans durch den Orientalisten Friedrich Rückert (1788—1866) orientiert, um die poetische Sprachgestalt des Korans zur Geltung zu bringen. Als Bibelübersetzung wurde die neue Zürcher Bibel (2007) aus der reformierten Tradition gewählt, die bestrebt ist, eine zeitgemäße Sprachgestalt zu finden. Da Übersetzungen immer auch eine Interpretation darstellen, wird für den Koran sowie für die Bibel empfohlen, zum Vergleich verschiedene Übersetzungen heranzuziehen.

Um dem muslimischen Selbstverständnis so gut wie möglich gerecht zu werden, greift die Orientierungshilfe auf die Quellen des Islams zurück, auf wissenschaftliche Literatur und wissenschaftliche Schriften muslimischer Autoren und Autorinnen, auf Gespräche mit und auf Rückmeldungen von muslimischen Wissenschaftlern zu verschiedenen hier vorliegenden Themenfeldern.

Die verwendete Literatur findet sich, nach Kapiteln geordnet, am Ende dieser Orientierungshilfe; einige Werke, die als Einführung in die verschiedenen Themenfelder dienen können, sind gesondert angeführt. Um der Lesbarkeit willen werden im laufenden Text die Referenzen nur dann in Klammern angegeben, wenn es sich um ein Zitat oder einen besonderen Hinweis handelt. Die Umschrift der arabischen Begriffe folgt nicht den Regeln der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, sondern orientiert sich, soweit möglich, an der Aussprache. Die geschlechtergerechte Schreibweise nach Maßgabe des Dudens ist nur in Bezug auf die Gegenwart eingesetzt, aber nicht in historischen Kontexten.

Ein besonderer Dank gilt Frau Univ.-Prof. Dr. Susanne Heine und Herrn Superintendenten Dr. Gerold Lehner. Ihr profundes Sachwissen ist maßgeblich in die Diskussion und federführend in die Formulierung des Textes eingeflossen. Das Papier wurde in mehreren Schritten wechselseitiger Redaktion erstellt und jeweils dem Theologischen Ausschuss der Evangelischen Generalsynode A. und H. B. vorgelegt. Die dort erfolgten Diskussionen, Anregungen und Korrekturwünsche wurden eingearbeitet. Maßgeblichen Anteil an der Endredaktion hatte schließlich das mehrmalige akribische Korrektur- und inhaltliche Gegenlesen durch Frau Superintendentialkuratorin Erna Moder, auch ihr sei dafür sehr herzlich gedankt.

Nach intensiver Diskussion des Papiers in der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich wurde es von dieser am Nationalfeiertag 2011 feierlich verabschiedet.

Schloss Seggau bei Leibnitz, am 26. Oktober 2011

Für die Generalsynode:	Für den Theologischen Ausschuss:
Präsident	Obmann Superintendent
Dr. Peter Krömer	MMag. Hermann Miklas

Die vorliegende Orientierungshilfe ist ein christliches Papier, dem das Bekenntnis zur Offenbarung Gottes in Jesus Christus zugrunde liegt. Es ist ein evangelisches Papier, das sich zum initiativen Versöhnungswillen Gottes und der unverdienten Gerechtsprechung des sündigen Menschen bekennt. Die Orientierungshilfe geht von der sozialpolitischen Herausforderung zu einem friedlichen Zusammenleben aus und strebt keine theologische Einigung zwischen Christentum und Islam an. Sie will der Bildungsaufgabe dienen mit dem Ziel, einander besser kennen zu lernen.

I. Präambel

1. In der Begegnung mit Muslimen/Musliminnen sind wir uns als christliche Kirche unserer von Gott geschenkten Identität bewusst, die uns immer neu herausfordert. Die eigene Identität, die in der barmherzigen Rechtfertigung auf Grund der Offenbarung Gottes in Jesus Christus wurzelt, sehen wir als Voraussetzung dafür an, anderen mit emotionaler und kognitiver Offenheit und ohne Abwehrhaltung und Angst zu begegnen.

2. Aus unserem christlichen Glauben heraus suchen wir die Begegnung mit Menschen, die sich zum Islam bekennen, weil wir als Bürger/innen Österreichs jenes Miteinander suchen, das dem Frieden und der guten Nachbarschaft dient.

3. Wir wissen uns dem Gebot der Gottes- und Nächstenliebe verpflichtet, das Jesus gepredigt und gelebt hat, und das alle Menschen als Geschöpfe Gottes einschließt. Aus dem Geist der Nachfolge Jesu wollen wir lernen, Menschen anderen Glaubens mit Zuwendung und Achtung zu begegnen.

4. Als evangelische Christen/Christinnen halten wir gegenüber der Religion des Islams den Anspruch jener Wahrheit bezeugend fest, von der wir uns ergriffen wissen, die uns frei macht, auf andere zuzugehen, und aus der heraus wir unser Menschsein entfalten; wir gehen davon aus, dass auch muslimische Gläubige an dem Anspruch der Wahrheit ihrer Religion bezeugend festhalten.

5. Das christlich-muslimische Gespräch steht unter dem Vorzeichen der zentralen Bildungsaufgabe und soll dazu dienen, dass wir einander immer besser kennenlernen. Das setzt den Willen zu Verstehen und Verständigung voraus sowie das Sprechen aus dem je eigenen authentischen Selbstverständnis mit der beiderseitigen Bereitschaft, Missverständnisse und Vorurteile korrigieren zu lassen.

6. Wir gehen davon aus, dass wir einander auch das kritische Gespräch schulden und sind dazu bereit, uns ebenfalls der Kritik der anderen auszusetzen. Indem wir einander offen befragen und aufeinander hören, erhoffen wir füreinander Vertiefung des je eigenen Glaubens und wechselseitige Unterstützung bei der Suche nach dem rechten Weg, um mit unserem jeweiligen Glauben Gott und den Menschen zu dienen.

7. Wir sind uns der Jahrhunderte langen Konfliktgeschichte bewusst, die die Beziehungen zwischen Christen/Christinnen und Muslimen/Musliminnen schwer belastet hat und teilweise immer noch belastet. Wir wollen diese Geschichte wahrnehmen und untersuchen, aber einander das wechselseitige Versagen nicht vorrechnen. Wir

ignorieren die Vergangenheit nicht, aber wir fixieren uns auch nicht auf sie, sondern wollen gemeinsam ein neues und hoffnungsvolles Kapitel gegenwärtiger und zukünftiger Geschichte schreiben mit dem Ziel gemeinsamer Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

8. Als Christen/Christinnen wissen wir uns verantwortlich für den Frieden in unserem Land und in der Welt; diesem Frieden sollen unsere Gespräche dienen, indem wir auch angesichts ausgeübter Gewalt den Frieden untereinander suchen und uns gemeinsam für ein unverletztes menschenwürdiges Dasein einsetzen.

9. Als Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich sind wir Teil der weltweiten Kirche. Es kann uns deshalb nicht gleichgültig sein, was Christen/Christinnen weltweit in der Begegnung mit Muslimen/Musliminnen erfahren und erleiden. Umgekehrt kann uns auch nicht gleichgültig sein, was Muslime/Musliminnen durch Christen/Christinnen in Österreich und in anderen Ländern erfahren und erleiden. Wollen wir aufrichtig sein, muss auch diese Seite der Wirklichkeit wahrgenommen werden. Anstatt das einander vorzuwerfen, wollen wir tun, was in unserer Macht steht, um für den Schutz von Minderheiten einzutreten.

10. Daher regt die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich an, Gemeinden und Bildungseinrichtungen für die Begegnung mit Muslimen/Musliminnen zu nutzen, um durch Bildungsangebote und Kooperationen Vorurteilen und Aggressionen gegenüber der Religion des Islams entgegenzutreten; sie fordert die Gemeinden dazu auf, Menschen muslimischen Glaubens mit Respekt zu begegnen und gute Nachbarschaft zu pflegen.

11. Wir gehen davon aus, dass jeder Glaube im Verlauf der Geschichte einer ethischen und kulturellen Gestaltwerdung unterliegt. Als evangelische Kirche sind wir dazu herausgefordert und verpflichtet, solche Prozesse anhand der biblischen Schriften immer wieder neu daraufhin zu prüfen, ob sie dem Willen Gottes entsprechen. Daher lässt sich keine Sitte und kein Brauchtum durch unmittelbare Berufung auf den Namen Gottes legitimieren. Die religiöse Rechtfertigung von innerem Zwang oder äußerer Gewalt stellt nach unserer Überzeugung einen Missbrauch des Gottesnamens und der Religion dar. Auf dieser selbstkritischen Basis soll das christlich-muslimische Gespräch der Frage dienen, was beide Religionen zur Identität und Kultur Österreichs beitragen können.

12. Die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich wünscht sich, dass das Gespräch auf verschiedenen Ebenen geführt und auch von muslimischer Seite initiativ angestoßen und unterstützt wird: zwischen den offiziellen Vertretern/Vertreterinnen von Kirche und Islamischer Glaubensgemeinschaft, zwischen Religionsexperten und -expertinnen, im Rahmen eigener Plattformen und Kongresse, in den Medien, im Bildungsbereich (Schulen, Fortbildung für Lehrer/innen) und in den Gemeinden.

II. Der Islam — eine kurze Orientierung

1. Muhammad und die Entstehung des Islams

Die zentrale Gestalt des Islams ist Muhammad: Prophet und Gesandter Gottes, Überbringer der göttlichen Botschaft des Korans und Begründer der islamischen Gemeinschaft (der *umma*). Eine Geschichte des Islams und seines Propheten nachzuzeichnen, bedeutet, vor allem auf muslimische Überlieferungen zurückzugreifen wie die „Sunna“, die Sammlung von Berichten und Worten von und über Muhammad (*hadith*) sowie die Prophetenbiografien (*sira*), die aus mündlichen und dann schriftlich gefassten Überlieferungen bestehen. Auch aus dem Koran lassen sich Rückschlüsse auf geschichtliche Ereignisse ziehen, da die koranische Verkündigung von der Berufung Muhammads bis zu dessen Tod etwa 23 Jahre hindurch anlassbezogen erfolgte.

a. Muhammads Leben vor der Berufung

Nach der Prophetenbiografie von Ibn Ishaq in der Bearbeitung durch Ibn Hischam wurde Muhammad um 570 in Mekka geboren; er gehörte zum Clan der Haschim, einer weniger bedeutenden Sippe innerhalb des in Mekka ansässigen Stammes der Quraisch. Nach der Überlieferung starb sein Vater Abdallah bereits vor seiner Geburt, seine Mutter Amina, als Muhammad sechs Jahre alt war. Die Beduinenfrau Halima nährte ihn als Amme und sein Großvater, danach sein Onkel Abu Talib, das Clan-Oberhaupt, nahmen ihn unter ihre Obhut. Die Mekkaner lebten vorwiegend vom Karawanenhandel (vgl. V.1.a), und nachdem sich Muhammad im Handel bewährt hatte, wurde ihm von Chadidscha, einer einflussreichen und wohlhabenden Kaufmannswitwe, die Ehe angetragen (vgl. V.3.a), aus der mehrere Kinder hervorgingen.

Muhammad lebte in religiöser Hinsicht in einem polytheistischen Umfeld, aber es gab auf der Arabischen Halbinsel auch jüdische und christliche Gemeinden. Er selbst gehörte zu den „Hanifen“, den Verehrern des einen Gottes, die sich weder dem Judentum noch dem Christentum zuwandten. Eingottgläubige, die „Heiden“ waren und, vom Judentum beeindruckt, an den einen Gott glaubten, ohne zu konvertieren, sind aus dem Neuen Testament bekannt, wo sie „Gottesfürchtige“ genannt werden. Manche von ihnen wurden Christen wie z. B. die Purpurhändlerin Lydia (Apg 16, 13) oder der römische Hauptmann Kornelius (Apg 10, 1).

Vermutlich diente die Kaaba, das zentrale polytheistische Heiligtum in Mekka, den Hanifen bereits als Kultstätte für die alleinige Verehrung Allahs (vgl. V.1.a); auch Christen sollen an Wallfahrten zur Kaaba teilgenommen haben. Von Muhammad wird berichtet, er habe sich regelmäßig in eine Höhle des Berges Hira zurückgezogen, um dort zu beten und sich zu versenken, bis er im Alter von 40 Jahren seine Berufung erlebte; diese wird als „Nacht der Bestimmung“ auf den 26./27. Ramadan (der neunte Monat des islamischen Mondkalenders) datiert.

b. Muhammads Berufung

Die Biografie von Ibn Ishaq berichtet darüber Folgendes:

„Als Gott Mohammed ehren und sich der Menschen durch ihn erbarmen wollte, zeigte sich dessen Prophetenschaft zuerst in seinen wahren Träumen, die im Schlaf stets wie der Anbruch des Morgens über ihn kamen. Auch ließ Gott ihn die Einsamkeit schätzen, und bald war ihm nichts mehr lieber, als allein zu sein. […] Jedes Jahr zog sich der Prophet im Monat Ramadan in die Einsamkeit zurück, um zu beten und die Armen zu speisen, die zu ihm kamen. Immer wenn er am Ende des Monats nach Mekka zurückkehrte, begab er sich zuerst zur Kaaba und umschritt sie

sieben oder mehr Male. Erst dann ging er nach Hause. Auch in jenem Ramadan, in dem Gott ihn ehren wollte, in jenem Jahr, in dem Er ihn sandte, zog Mohammed wieder mit seiner Familie nach dem Berg Hira, um sich in der Einsamkeit dem Gebet zu widmen. Und in jener Nacht, in der Gott ihn durch seine Sendung auszeichnete und sich damit der Menschen erbarmte, kam Gabriel zu ihm.

‚Als ich schlief', so erzählte der Prophet später, ‚trat der Engel Gabriel zu mir mit einem Tuch wie aus Brokat, worauf etwas geschrieben stand, und sprach':

> Lies! <

> Ich kann nicht lesen <, erwiderte ich.

Da presste er das Tuch auf mich, so dass ich dachte, es wäre mein Tod. Dann ließ er mich los und sagte wieder: > Lies! <

> Ich kann nicht lesen <, antwortete ich.

Und wieder würgte er mich mit dem Tuch, dass ich dachte, ich müsste sterben. Und als er mich freigab, befahl er erneut: > Lies! <

Und zum dritten Male antwortete ich: > Ich kann nicht lesen. <

Als er mich dann nochmals fast zu Tode würgte und mir wieder zu lesen befahl, fragte ich aus Angst, er könnte es nochmals tun: > Was soll ich lesen? <

Da sprach er: > Lies im Namen deines Herrn, des Schöpfers, der den Menschen erschuf aus geronnenem Blut! Lies! Und der edelmütigste ist dein Herr, Er, der das Schreibrohr zu brauchen lehrte, der die Menschen lehrte, was sie nicht wussten < (Sure 96, 1–5).

Ich wiederholte die Worte, und als ich geendet hatte, entfernte er sich von mir. Ich aber erwachte, und es war mir, als wären mir die Worte ins Herz geschrieben.

Sodann machte ich mich auf, um auf den Berg zu steigen, doch auf halber Höhe vernahm ich eine Stimme vom Himmel: > O Mohammed, du bist der Gesandte Gottes und ich bin Gabriel! < Ich erhob mein Haupt zum Himmel, und siehe, da war Gabriel in der Gestalt eines Mannes, und seine Füße berührten den Horizont des Himmels. Und wieder sprach er:

> O Mohammed, du bist der Gesandte Gottes und ich bin Gabriel! < Ohne einen Schritt vorwärts oder rückwärts zu tun, blieb ich stehen und blickte zu ihm. Dann begann ich, mein Gesicht von ihm abzuwenden und über den Horizont schweifen zu lassen, doch in welche Richtung ich auch blickte, immer sah ich ihn in der gleichen Weise. Den Blick auf ihn gerichtet, verharrte ich, ohne mich von der Stelle zu rühren. Chadidscha sandte inzwischen ihre Boten aus, um nach mir zu suchen, doch kehrten sie erfolglos zu ihr zurück, nachdem sie bis oberhalb von Mekka gelangt waren. Schließlich wich die Erscheinung von mir, und ich machte mich auf den Rückweg zu meiner Familie. Ich kam zu Chadidscha, setzte mich an ihre Seite und schmiegte mich eng an sie: > O Abu l-Qasim <, fragte sie mich, > wo bist du gewesen? Bei Gott, ich habe meine Boten ausgesandt, um dich zu suchen. Bis oberhalb von Mekka sind sie gezogen, doch kamen sie ohne dich zurück. <

Ich erzählte ihr, was ich gesehen hatte. Da rief sie aus: > Freue dich, Sohn meines Oheims, und sei standhaft! Bei Dem, in Dessen Hand meine Seele liegt, wahrlich, ich hoffe, du wirst der Prophet dieses Volkes sein. <

Dann erhob sie sich, legte ihre Kleider an und begab sich zu ihrem Vetter Waraqa ibn Naufal, der Christ geworden war, die Heiligen Schriften las und von den Anhängern der Thora und des Evangeliums gelernt hatte. Ihm erzählte sie von den Worten Mohammeds, und Waraqa rief aus:

> Heilig! Heilig! Bei dem, in Dessen Hand meine Seele liegt! Wahrlich, Chadidscha, wenn du mir die Wahrheit gesagt hast, so ist wahrhaftig der Engel Gabriel zu ihm gekommen, wie er zu Mose kam, und er ist wahrlich der Prophet dieses Volkes! Sag ihm, er soll standhaft bleiben! <

Chadidscha kehrte zum Propheten zurück und erzählte ihm die Worte Waraqas. Als Mohammed dann aus der Abgeschiedenheit des Berges Hira wieder nach Mekka zurückkam, begab er sich zunächst wie immer zur Ka'ba und schritt um sie herum" (Ishaq 1999, 45).

Das Erschrecken Muhammads will zum Ausdruck bringen, dass seine Berufung nicht aus eigenmächtiger Anmaßung, sondern von Gott kommt. Zunächst war es seine enge Verwandtschaft, die ihm Glauben schenkte, besonders seine Frau Chadidscha. Waraqa ibn Naufal bestärkte ihn in seinem Auftrag, sagte ihm aber auch die Verfolgung durch die Mekkaner voraus. Auch Muhammads Cousin Ali, der Sohn Abu Talibs, sowie vor allem die jungen Leute, darunter Muhammads langjähriger Freund Abu Bakr, der später dessen politische Nachfolge antrat, gehörten der Überlieferung nach zu den ersten Anhängern der neuen Botschaft.

Der nächste Schritt bestand nach der Überlieferung darin, dass Gott seinem Propheten etwa drei Jahre nach der ersten Offenbarung befahl, „sich offen zu Seiner göttlichen Botschaft zu bekennen, mit seinem Auftrag öffentlich vor die Menschen zu treten und sie zum Glauben an Ihn aufzurufen" (Ishaq 1999, 51). Darauf wird Sure 74 (1–7) bezogen: „[…] steh auf und warne, und preise die Größe Deines Herrn, […] und sei geduldig, bis der Herr sein Urteil fällt".

c. Verfolgung und Auswanderung

Diese Verkündigung von Gott, dem Schöpfer und Richter, war mit dem Ruf zur Abkehr von anderen Gottheiten verbunden, und das führte zu Konflikten mit den Mekkanern. Die koranische Botschaft forderte die Mekkaner zur Umkehr auf, auch dazu, für die Armen zu sorgen anstatt Reichtümer aufzuhäufen (z. B. Sure 69; 90; 51). Die Mekkaner sahen das als Gefährdung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, verspotteten Muhammad als Dichterling und ziehen ihn der Lüge (z. B. Sure 11). Die Überlieferung berichtet, die Muslime seien verfolgt, gefoltert und aus der Stadt vertrieben worden.

Als dann plötzlich kurz hintereinander sowohl Chadidscha als auch Abu Talib starben, verlor Muhammad wesentliche Stützen, was seine Lage noch verschlechterte. Da damals die Zugehörigkeit zu Stämmen und Clans sozialen Zusammenhalt und Sicherheit gewährleistete (vgl. V.1.a), suchte Muhammad Schutz bei einer tribalen Gruppe außerhalb seines Stammes. Zunächst wies Muhammad eine Schar von Muslimen an, nach Abessinien auszuwandern und beim dortigen christlichen König, dem er vertraute, Asyl zu suchen. Der Überlieferung nach ließ sich der König von den Verleumdungen der Muslime durch die Mekkaner nicht beeindrucken. Schließlich kam es zu einer Übereinkunft mit Leuten in Medina, die bereits den Islam angenommen hatten. Die so genannten „Helfer" hofften zugleich, dass Muhammad Konflikte innerhalb der Stämme in Medina schlichten werde. Das Datum der Auswanderung nach Medina (hidschra) im Jahre 622 wurde später als Beginn der muslimischen Zeitrechnung festgesetzt.

In Medina erfolgte sukzessive die Ausgestaltung der frühen islamischen Gemeinschaft, wobei es sich keineswegs um eine theokratische Herrschaft Muhammads handelte. Denn als Schlichter initiierte Muhammad in Fortsetzung vorislamischer Praktiken eine Stammesföderation, oft auch „Vertrag von Medina" genannt. Dieses Sicherheitsabkommen verband die eingewanderten muslimischen Quraisch, die Muslime in Medina sowie Nicht-Muslime, die sich ihnen anschlossen; genannt werden auch dort

ansässige jüdische Clans. Die Stammesstruktur blieb bestehen, jede Sippe behielt ihren eigenen Besitz und ihr jeweiliges Oberhaupt. Zwar wird als einigendes Band der Islam erwähnt, aber die jüdischen Sippen waren nicht gezwungen, zum Islam überzutreten. Muhammad war das Oberhaupt der muslimischen Gruppe, darüber hinaus kam ihm die Rolle als Schiedsrichter im Streitfall zu (vgl. Sure 109).

d. Der Kampf gegen die Mekkaner

Die Mekkaner hatten den Besitz der Auswanderer an sich genommen und deren zurückgelassene Familienangehörige als Sklaven verkauft, aber damit die Verfolgung der Muslime nicht aufgegeben. Daher erteilt nun der Koran die Erlaubnis zum Kampf: „Denen, die kämpfen, ist das erlaubt, weil ihnen Unrecht angetan — Siehe, Gott hat zu helfen ihnen Macht! —, weil sie vertrieben wurden aus ihrer Heimat ohne Recht, nur weil sie sagten: Unser Herr ist Gott“ (Sure 22, 39)! Muhammad und seine Gruppe mussten vor den Mekkanern auf der Hut und gegen sie gerüstet sein.

Militärische Aktionen schmiedeten die Muslime stärker zusammen, besonders wenn wie in der Schlacht bei Badr ein Sieg gegenüber einer Übermacht errungen werden konnte, was die Muslime auf die Hilfe Gottes zurückführten (Sure 8, 17; 3, 123 f.). Das Blatt wendete sich ein Jahr später in der Schlacht bei Uhud, bei der die Muslime verloren und schwere Verluste hinnehmen mussten; nach dem Koran eine Strafe Gottes für mangelnde Standhaftigkeit und die Gier nach Beute (Sure 3, 147). Der darauf folgende „Grabenkrieg“ von 627 endete unentschieden, auch wenn Medina erfolgreich verteidigt werden konnte. Im Zuge dieser Kämpfe entstand der Verdacht, dass es in Medina Verräter gebe, die den Mekkanern hinterrücks in die Hände spielten. Nach der Überlieferung zählten auch drei jüdische Clans zu diesen „Heuchlern“; zwei davon wurden aus Medina vertrieben, die Männer des dritten als Hochverräter hingerichtet, Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft.

Ein Jahr darauf schlossen die Muslime bei Hudaybiya mit den Mekkanern einen Waffenstillstand, bei dem die Muslime zum ersten Mal als Vertragspartner auf gleicher Augenhöhe auftraten. Dadurch wurde es verschiedenen Stämmen der Arabischen Halbinsel möglich, den Islam anzunehmen, ohne sich gegen die einflussreichen Quraisch zu stellen. Dieser Vertrag sollte den Muslimen den Zugang zur Kaaba sichern, ohne dass man verlangte, Muhammad als Propheten anzuerkennen. Inzwischen hatten sich aber auch innerhalb der führenden Clans in Mekka die Rivalitäten verstärkt, so dass immer mehr Mekkaner zum Islam übertraten. So konnte sich Muhammad zunehmend als politisches Oberhaupt etablieren und Anerkennung als Prophet und religiöse Autorität finden.

e. Geeintes Arabien

Schließlich zogen die Muslime dann 630 in Mekka ein und reinigten das Heiligtum der Kaaba von allen Spuren vorislamischer Religion. Nun gewannen die Riten der Pilgerfahrt ihre islamische Gestalt. Die Kaaba stellt bis heute das bedeutendste islamische Wallfahrtsziel dar.

In der Folge boten viele arabische Stämme, Clans und Gruppen Muhammad teils auch aus politischem und wirtschaftlichem Kalkül ihre Gefolgschaft an. Dies war mit der Übernahme der rituellen religiösen Praxis und einer regelmäßigen Steuerabgabe verbunden — erste Ansätze einer staatlichen Organisationsform. Juden und Christen wurden unter Zahlung eines Schutzgeldes toleriert (vgl. V.1.b). Als Muhammad nach seiner Abschiedwallfahrt 632 in Medina starb, wo er auch bestattet wurde, war ein Großteil der arabischen Stämme auf der Halbinsel geeint. Dabei spielte die Religion des Islams als einigendes Band über verschiedene Stämme, Ethnien und Stände eine wesentliche Rolle.

Die Verbreitung des Islams wurde und wird bis heute auf den Islam als eine kriegerische Religion zurückgeführt. Kriegerisch waren die Umstände, in denen die Religion entstand. Die Botschaft des Korans ist mit konkreten geschichtlichen Anlässen verbunden, daher auch mit den Kämpfen, die damals ausgetragen wurden, vor allem mit den Mekkanern. Diese Kämpfe waren unvermeidlich, und die Menschen konnten sich ihnen nicht entziehen, wollten sie sich nicht selbst preisgeben. Zwar mussten alle Araber Muslime sein, aber das beschränkte sich auf die Anhänger der altarabischen Religion (Berger 2010, 215, Özsoy 2007, 112). Die folgenden Expansionskriege hatten nicht die Bekehrung zum Ziel, sondern die Erweiterung der politischen Herrschaft im Machtkampf mit den Byzantinern und den sassanidischen Persern, die untereinander ebenfalls Expansionskriege führten (Krämer 2005, 59 f.; Busse 1988, 143) (vgl. V.4.d); im christlichen Europa war das nicht anders. Erst das geeinte Arabien konnte gegenüber den byzantinischen und persischen Machtblöcken, die immer wieder auf Arabien übergriffen, Widerstand leisten. Mehr als die Expansionskriege prägten die innerislamischen Machtkämpfe die weitere Geschichte.

2. Die Botschaft des Korans

In Mekka trat Muhammad als Prophet des einen Gottes auf, was ihn zum verfolgten Außenseiter machte; in Medina wurde er zum anerkannten Begründer einer Gemeinschaft. Bestand der Auftrag in Mekka vor allem darin, den einen Gott und seine barmherzige Rechtleitung, die Auferstehung der Toten und das letzte Gericht zu verkünden, so beziehen sich die medinischen Offenbarungen auch auf konkrete Belange des Zusammenlebens, auf rechtliche und strategische Fragen (vgl. V.1.c), die freilich die durchgängige Grundbotschaft nicht in den Hintergrund drängten.

a. Ruf zur Umkehr

Die koranische Botschaft beginnt mit dem Ruf zur Umkehr, verbunden mit der wiederholten Warnung vor dem Jüngsten Tag, an dem die Menschen von den Toten auferstehen werden und jeder für sich vor Gottes Gericht Rechenschaft ablegen muss; die Stunde kennt niemand. Manchmal wird das Gericht in knappen Worten angesprochen, manchmal in eindrücklichen Bildern gezeichnet. Dieses Endgericht bringt die Taten der Menschen ans Licht (Sure 99, 6–8), die gewogen werden (Sure 101, 6–9). Gott ist gerecht, und alles, was die Menschen tun, ist bei ihm aufgeschrieben in einem Buch, eine Vorstellung, die auch die Bibel kennt (Ps 139, 16; Offb 20, 14):

„Siehe, wir erwecken die Toten wieder zum Leben
Und schreiben auf, was sie früher taten und was sie hinterließen.
Und alles haben wir genau erfasst in einem klaren Hauptbuch“ (Sure 36, 12; vgl. 22. 70; 27, 75).

Das Endgericht wird von kosmischen Ereignissen begleitet; viele Elemente solcher Szenarien finden sich auch in der Bibel. So heißt es z. B. Sure 82, 1–5:

„Wenn zerborsten ist der Himmel,
wenn zerstreut das Sternengewimmel,
wenn die Meere über die Ufer schwellen,
wenn die Gräber rücken von ihren Stellen,
dann weiß die Seele, was zuvor sie dargebracht
und was sie vorher nicht gemacht."

Der Ruf zur Umkehr kann sich auch auf bestimmte Praktiken beziehen. Die in Sure 81 genannte „Vergrabene" spielt auf die damalige Praxis an, ungewollte Kinder, vor allem weibliche, lebendig zu begraben, was den Muslimen verboten wurde (vgl. Sure 16, 58f.; 42, 49):

„Wenn die Sonne wird zusammengerollt,
wenn das Gestirn herniederfällt,
wenn die Berge werden bewegt, […]
wenn die Seelen werden zusammengeführt,
wenn die Vergrabene wird angehört,
um welcher Schuld sie wurde umgebracht […].
Dann weiß die Seele, was sie vollbracht" (Sure 81, 1–14).

Der Ausgang des Gerichtes ist zweifach; die einen werden in die Gärten des Paradieses aufgenommen, die anderen von (Höllen-)Flammen umgeben sein:

„An jenem Tag: demutsvolle Angesichter,
sich plagende, abmühende,
die brennen im lohenden Feuer der Hölle,
getränkt von einer siedend heißen Quelle.
Sie haben keine Nahrung, außer von Dorngestrüpp,
was weder nährt noch den Hunger stillt.
An jenem Tage: selige Angesichter,
mit ihrem Streben zufriedene,
in einem hochgelegenen Garten.
Du hörst darin kein nichtiges Geschwätz,
Sprudelnde Quellen sind in ihm,
erhöhte Ruhepolster sind in ihm
und einladende Kelche
und aufgereihte Kissen
und aufgefaltete Teppiche" (Sure 88, 2–16).

Die Kritik richtet sich immer wieder gegen den Geiz und die Liebe zum Besitz (Suren 104, 3; 102, 1), gegen die Mekkaner, die Reichtum anhäufen und meinen, dadurch unsterblich zu werden (Sure 104, 3), während sie darüber ihre sozialen Pflichten vergessen:

„Der Liebe zum Besitz ist er [der Mensch], fürwahr, stark zugeneigt" (Sure 100, 8; 89, 20).
„Wer nun gibt und gottesfürchtig ist
und an ‚das Schönste' glaubt,
dem werden wir ein leichtes Los bereiten.
Doch wer da geizt und reich sich dünkt,
und ‚das Schönste' leugnet,
dem werden wir ein schweres Los bereiten" (Sure 92, 5–10);
„Siehe, die glauben und gute Werke tun,
für die sind Gärten, unter denen Bäche fließen" (Sure 85, 11; vgl. 84, 25).

Gott zeigt dem Menschen den rechten Weg (Sure 1, 6) und führt ihm zwei Wege vor Augen, eine Vorstellung, die auch in der Bibel vorkommt (Mt 7, 13 f.); der „steile" Weg ist der gute:

„Und was lässt dich wissen, was der ‚steile Weg' ist?
Freilassung eines Sklaven
oder dass man Speise gibt an einem Hungertag
an eine nahverwandte Waise
oder an einen Armen in Bedürftigkeit –
dann einer derer ist, die glauben
und sich ermuntern gegenseitig zu Geduld und zu Erbarmen –
das sind ‚die zur Rechten'.
Die aber nicht an unsere Zeichen glauben,
das sind ‚die zur Linken'.
Sie sind von Feuer ganz umschlossen" (Sure 90, 12–20).

Demgegenüber wird in Sure 74, 42–47 beschrieben, was ins Verderben führt; dort fragen die Rechtgeleiteten die Übeltäter:

„‚Was führte euch in die Höllenglut?'
Sie sprechen: ‚Wir waren nicht unter den Betenden
und speisten nicht den Armen,
sondern führten mit den Schwätzern lose Reden
und nannten den Gerichtstag Lüge,
bis die Gewissheit zu uns kam'" (vgl. Sure 39, 71).

b. Gott

Gott ist es, der richtet, denn er ist es, der alles erschaffen hat. Den Koran durchziehen vielfältige Schilderungen von Gottes schöpferischem Handeln, die sich sowohl auf den anfänglichen Schöpfungsakt beziehen als auch auf seine fortdauernde bewahrende Tätigkeit. Indem der Mensch gegenüber Gott mit Dankbarkeit auf die Gaben der Schöpfung reagiert, ist er ein Gläubiger. Ungläubig werden diejenigen genannt, die Gott gegenüber undankbar sind. Der Unglaube wiegt umso schwerer, als die Schöpfung für die Verständigen klare Zeichen setzt. Für den, der Einsicht besitzt, weisen sie unmissverständlich auf den einen und einzigen Gott hin:

„Sprich: Er ist Gott, der Eine,
Gott, der Beständige,
er zeugte nicht und wurde nicht gezeugt,
und keiner ist ihm ebenbürtig" (Sure 112).
„Euer Gott, er ist ein einziger Gott.
Keinen Gott gibt es außer ihm,
dem Erbarmer, dem Barmherzigen" (Sure 2, 163).

Mit dem Ruf zum Glauben an den einen Gott ist auch die Absage an alle anderen Götter verbunden:

„Sprich: Was meint ihr wohl von dem, was ihr an Gottes statt anruft?
Zeigt mir, was sie von der Erde schufen!
Oder gibt es für sie Teilhaberschaft in den Himmeln?
Bringt mir ein Buch, das vor dem hier war,
oder eine Spur von Wissen, wenn ihr die Wahrheit sagt!
Wer ist wohl mehr abgeirrt als jemand,
der an Gottes statt einen anruft,
der ihm keine Antwort geben wird bis zum Tag der Auferstehung" (Sure 46, 4 f.)?

Gegenüber den Mekkanern, die an der Botschaft von der Auferstehung von den Toten Anstoß nahmen, wo doch die Gebeine dann schon vermodert seien, betont der Koran immer aufs Neue die Schöpferkraft Gottes:

„Siehe, darin ist gewiss eine Lehre für jeden, der ihn fürchtet.
Seid ihr schwerer zu erschaffen als der Himmel?
Denn den hat er erbaut.
Sein Dach machte er hoch und gab ihm rechte Form.
Bei Nacht ließ er ihn dunkel werden und am Morgen hell.
Die Erde, hernach breitete er sie aus;
Wasser und Weideland ließ er aus ihr hervorgehen.
Die Berge verankerte er auf ihr,
zum Gebrauch für euch und euer Vieh" (Sure 79, 26-33).

Zugleich weist Gott den Menschen den rechten Weg und ist bereit zu vergeben, wenn sie von diesem Weg abweichen, aber bereuen; so preist ihn Sure 85, 12–16:

„Siehe, die Gewalt deines Herrn ist wahrlich hart.
Siehe, er erschafft, und er lässt wiederkehren.
Er ist der Vergebungsbereite, der Liebevolle,
der Herr des Thrones, der Ruhmreiche,
der tun kann, was er will."

Als Schöpfer der Welt hat Gott alle Macht und erweist den Menschen seine Huld, aber die Menschen sind oft undankbar. Gott will sie jedoch nicht in ihrem Irrtum belassen, weshalb er immer wieder seine Gesandten zu ihnen schickt, um sie zu warnen und ihnen zu vergeben, wenn sie zum Glauben an ihn umkehren. So erweist sich Gott auch als Herr der Geschichte, der den Menschen bereits zu Lebzeiten Gutes und Böses vergilt. Der Koran führt den Untergang von Städten und Menschen auf deren Unglauben zurück. Dabei handelt Gott gerecht an ihnen, denn er hatte sie gewarnt:

„Dein Herr hätte die Städte nicht zugrunde gerichtet,
ehe er nicht einen Gesandten in ihre Hauptstadt geschickt hätte,
um ihnen unsere Verse vorzutragen.
Niemals hätten wir die Städte zugrunde gerichtet,
wenn ihre Bewohner nicht Frevler gewesen wären" (Sure 28, 59).

Zur alles umfassenden Macht Gottes gehört, dass er alles weiß und letztlich alles bestimmt. Das ist auch als Trost an Muhammad gemeint angesichts der Verfolgung durch die Mekkaner: „Die meisten Menschen sind nicht gläubig, du magst dich noch so sehr darum bemühen" (Sure 12, 103); oder: „Siehe, Gott führt in die Irre, wen er will, und er leitet recht, wen er will. So zehre sich deine Seele ihretwegen nicht aus Kummer auf" (Sure 35, 8; vgl. VII.7)!

c. Muhammad, Prophet und Gesandter

Als von Gott beauftragter Gesandter verbürgt Muhammad die Botschaft des Korans. Ihm ist keine Gewalt über die Menschen gegeben, sondern er ist ein Mahner (Suren 88, 21 f; 87, 9), ein Warner und Freudenbote (Sure 79, 45). Er trägt vor, was er von Gott, vermittelt durch den Engel Gabriel, gehört hat (Suren 87, 6 f; 76, 23). Seine Sendung wird z. B. in Sure 81, 19–28 formuliert, die auch, was im Koran selten ist, eine Vision enthält (vgl. Neuwirth 2010):

„Wahrlich, das ist die Rede eines edlen Gesandten,
voller Kraft und beim Herrn des Throns hoch angesehen,
dem man gehorcht, dem man vertraut!
Euer Gefährte, er ist nicht besessen.
Am klaren Horizont, da hat er ihn gesehen.
Er geizt mit dem Verborgenen nicht.
Es ist nicht die Rede eines verfluchten Satans.
Wohin wollt ihr noch gehen?
Er ist nur eine Mahnung für die Weltbewohner,
für den von euch, der auf dem geraden Weg gehen will […]."

Mit seiner Sendung steht Muhammad insofern in der Gottes- und Heilsgeschichte, als er die Reihe vieler Propheten und Gesandter fortsetzt, freilich als „Siegel der Propheten" auch abschließt. Der Koran nennt u. a. bereits Adam, dann Abraham, Isaak und Jakob sowie Noah und Moses, David und Salomo und auch Jesus, kennt aber auch Propheten, die sich in der biblischen Tradition nicht finden. Dazu gehören z. B. Salih, der Prophet der Thamud, und Shuayb, der Prophet der Madyan, denn nach dem Koran wurden die Propheten zu bestimmten Völkern gesandt, um zu diesen in ihrer jeweiligen Sprache zu sprechen; so ergeht die Botschaft durch Muhammad zuletzt in arabischer Sprache an das Volk der Araber:

„Wir sandten keinen Abgesandten, außer in der Sprache seines Volkes,
um ihnen Klarheit zu verschaffen" (Sure 14, 4).
„So gaben wir dir [Muhammad], was vorzutragen ist, auf Arabisch ein,
auf dass du der Städte Mutter warnst und alle, die in ihrem Umkreis sind" (Sure 42, 7).
„Dies sind die Zeichen des klaren Buchs.
Siehe, wir sandten es herab als Lesung auf Arabisch,
vielleicht begreift ihr ja.
Wir erzählen dir aufs Schönste
durch das, was wir als diese Lesung dir offenbarten,
auch wenn du, fürwahr, früher einer von denen warst,
die nicht darauf achteten" (Sure 12, 1–3).

Die Sendung Muhammads ist deswegen eine Gnade für sein Volk:

„Gott hat den Gläubigen Gnade erwiesen,
da er unter ihnen einen Gesandten von den ihren auftreten ließ,
der ihnen seine Verse vorträgt, der sie läutert
und der sie lehrt die Weisheit und das Buch.
Sie waren ja zuvor in klarem Irrtum" (Sure 3, 164; vgl. 2, 151)!

Dabei geht der Koran davon aus, dass alle Propheten mit derselben Botschaft beauftragt wurden, so dass der Bezug zu den verschiedenen Völkern keine inhaltliche Veränderung, keine Einschränkung oder Erweiterung bedeutet. Allerdings wird die Botschaft des Korans als eine letztgültige für alle Menschen gesehen.

Als einem Propheten und Gesandten, der wie viele andere auch Widerstand und Verfolgung erleiden musste, kommt Muhammad selbst eine besondere Hochachtung und Verehrung zu. Die Muslime schulden ihm Gehorsam (Sure 24, 54) und Achtsamkeit: Man redet nicht laut mit ihm, man fällt ihm nicht lästig (Sure 33, 53) und man spricht den Segen über ihn. In diesen besonderen Status sind auch seine Ehefrauen einbezogen (Sure 33; vgl. V.3.d). Aber nicht nur auf Grund seiner menschlichen Person, sondern vor allem auf Grund seines Auftrags gilt Muhammad als eine „strahlende Leuchte":

„Prophet! Siehe wir haben dich als Zeugen gesandt,
als Künder der frohen Botschaft und als Warner,
als einen, der zu Gott aufruft — mit seiner Erlaubnis —,
als eine Leuchte, die erstrahlt.
Verkündige den Gläubigen, dass ihnen große Huld von Gott zuteil wird.
Gehorche den Ungläubigen und Heuchlern nicht!
Beachte ihre Kränkungen nicht!
Vertraue Gott!
Gott genügt als ‚Anwalt'" (Sure 33, 45–48).

d. Der Koran

Der Koran wird nicht als Zeugnis von der Offenbarung Gottes verstanden (vgl. VII.2), sondern gilt selbst als das von Gott offenbarte Wort. Die Weise der Berufung Muhammads hängt eng mit diesem Verständnis des Korans zusammen, der sich einem Hörerlebnis verdankt. Der Gesandte bekam das entsprechende Stück des Korans vor-

gelesen; er nahm diese Lesung auf, sie wurde ihm eingeprägt, er rezitierte sie und gab sie an die Menschen weiter; das arabische Wort „Koran“ bedeutet Lesung bzw. das zu Rezitierende:

„Das sind die Verse Gottes.
Wir tragen sie dir vor, gemäß der Wahrheit“ (Sure 45, 6).

Die Gläubigen prägten sich dann das Rezitierte ein, memorierten es und trugen es beim Gebet vor. Es gab also bereits zu Lebzeiten Muhammads viele Personen, die die koranischen Offenbarungen auswendig konnten. Hinzu kam eine schriftliche Fassung durch dazu beauftragte Schreiber, aber die mündliche Tradierung, der Vortrag, hatte und hat bis heute Priorität als Ausdruck lebendigen Glaubensvollzugs.

Nach muslimischem Verständnis bestätigt der Koran einerseits, was davor herabgesandt wurde, andererseits korrigiert er und bringt zur Klarheit, worüber die „Leute des Buches“ (ahl al-kitab) bzw. „Schriftbesitzer“, die Juden und Christen, uneins sind:

„Vor ihm gab es das Buch Moses, als Richtschnur und Barmherzigkeit.
Dies hier aber ist ein Buch, das bestätigt — in arabischer Sprache,
um diejenigen, die freveln, zu mahnen,
und als frohe Botschaft für die, die Gutes tun“ (Sure 46, 12; vgl. 43, 63).
„Die Juden sprechen: ‚Die Christen gründen ihren Glauben ja auf nichts.‘
Die Christen sprechen: ‚Die Juden gründen ihren Glauben ja auf nichts.‘
Sie aber tragen das Buch vor.
Ebenso sprechen die, die kein Wissen haben, genau das, was jene sagen.
Doch Gott wird zwischen ihnen richten am Tag der Auferstehung
in dem, worin sie uneins waren“ (Sure 2, 113).

Für Muslime ist der Koran Wahrheit (Sure 13, 1), er führt die Menschen aus der Finsternis zum Licht (Sure 14, 1), er ist voll Segen (Sure 6, 92); er ist ein Buch, an dem kein Zweifel besteht, ein Geleit für die Gottesfürchtigen (Sure 2, 2); er ist vollendet in Wahrheit und Geradheit (Sure 6, 115) und herabgesandt zur Klärung aller Dinge (Sure 16, 89), somit das letztgültige Wort Gottes:

„Es gibt nichts Verborgenes im Himmel und auf Erden,
das nicht in einem klaren Buch stünde.
Siehe, dieser Koran erzählt den Kindern Israel das meiste von dem, worüber sie uneinig sind.
Siehe, er ist Rechtleitung und Barmherzigkeit für die Gläubigen.
Siehe, dein Herr entscheidet zwischen ihnen durch seinen Urteilsspruch.
Er ist der Mächtige, der Wissende.
So vertraue nun auf Gott.
Siehe, du bist auf der Seite der klaren Wahrheit“ (Sure 27, 75–79).

Das Fasten im Monat Ramadan wird mit der Herabkunft des Korans begründet (Sure 2, 185).

Gestalt und Aufbau des Korans

In der literarischen Form und im Aufbau unterscheidet sich der Koran von der Bibel in vielerlei Hinsicht (vgl. VII.2). Wer mit der Bibel vertraut ist, den mag es erstaunen, dass sich im Koran keine größeren Erzähleinheiten finden wie die alttestamentlichen Geschichtswerke oder die neutestamentlichen Evangelien. Das hängt damit zusammen, dass viele biblische und auch außerbiblische Erzählungen allgemein bekannt waren, so dass es ausreichte, darauf anzuspielen (Berger 2010, 25). Aus christlicher Sicht stellt der Koran das Überlieferungsgut in einen neuen Kontext und ordnet es einem neuen Ziel zu, nämlich der Erinnerung an die Schöpfung durch den einen Gott und der Ermahnung, sich dankbar zu erweisen und das von Gott Gebotene zu tun (vgl. Schmitz in: Nagel 2010, 218 f.).

Manche Teile des Korans sind dialogisch aufgebaut, nehmen die Einwände der Gegner auf und antworten darauf; zu den dialogischen Teilen gehört auch das immer wiederkehrende Gespräch zwischen Gott und seinem Propheten. In anderen Teilen lassen sich die Adressaten nicht so deutlich erkennen, weil sie sich auf verschiedene geschichtliche Ereignisse beziehen, die damals alle kannten und später durch das Studium der Anlässe der Offenbarung (asbab an-nuzul) erschlossen wurden. Die verschiedenen Suren stehen mehr mit solchen Anlässen in Verbindung als untereinander (Özsoy 2007, 107), denn der Koran ist kein in sich geschlossenes dogmatisches Lehrbuch, sondern besteht aus Offenbarungen, die in konkrete Situationen hinein ergingen.

Die 114 Suren, d. h. Abschnitte des Korans sind unterschiedlich lang und nach der Länge angeordnet, was aus muslimischer Sicht auf einen Auftrag durch den Engel Gabriel zurückgeht; die längste Sure 2 steht am Anfang und die kürzeste Sure 114 am Ende. Eine Ausnahme bildet die Sure 1, die als Eröffnungssure mit dem muslimischen Glaubensbekenntnis allen anderen vorausgeht. Die Suren sind in Verse eingeteilt, die Zeichen (*ayat*) genannt werden, weil sie auf Gott verweisen. Alle Suren haben auch einen eigenen Namen, der auf ausgewählte Stichworte in den Texten Bezug nimmt.

e. Textgeschichte des Korans

In den Kämpfen waren auch viele korankundige Männer gefallen, und in den Regionen hatten sich unterschiedliche Rezitationsversionen etabliert. Um den Koran zur Gänze zu bewahren, begann man kurz nach dem Tod Muhammads alles zu sammeln und niederzuschreiben, was mündlich im Umlauf war. Bereits Abu Bakr hatte auf Grund eines Anstoßes durch den späteren Kalifen Umar damit begonnen, die Texte in einem Buch zusammenzufassen. Dabei traten auf Grund der Rezitationsvarianten Unterschiede in der Überlieferung zu Tage.

Unter dem dritten Kalifen Uthman erfolgte daher die Vereinheitlichung der Lesarten mit dem Ziel, einen auf der ursprünglichen Fassung beruhenden authentischen Korantext zu schaffen. Der heute vorliegende Text des Korans basiert auf der 1925 in Kairo veröffentlichten Fassung und geht auf diese frühe Redaktion unter Uthman zurück.

3. Ein Abriss der weiteren Geschichte

a. Die ersten vier Kalifen

Nach dem Tod Muhammads wurde Abu Bakr, einer der engsten Gefährten und Schwiegervater des Propheten, als Kalif eingesetzt (632–634). Dem Kreis der Prophetengefährten *(sahaba),* zu denen auch die beiden folgenden

Kalifen Umar (634–644) und Uthman (644–656) gehörten, kam große Bedeutung zu. Das gilt auch für den vierten Kalifen Ali ibn abi Talib (656–661), der aber zusätzlich noch mit dem Propheten verwandt war. Da sie Muhammad selber noch persönlich gekannt und lange Zeit an seiner Seite gestanden hatten, konnten sie von seinen Worten und Handlungen berichten; diese Überlieferungen *(hadith)* bilden die Grundlage der Sunna (vgl. VII.2).

Zugleich begannen die ersten innenpolitischen Auseinandersetzungen. Zunächst ging es darum, diejenigen Stämme wieder zurück zu gewinnen, die sich weigerten, einem anderen als Muhammad die vereinbarte Steuer zu entrichten, was auch gelang. Denn damals galt die Loyalität immer gegenüber einem bestimmten Stammesoberhaupt, als das der Prophet angesehen worden war. In dieser Zeit kam es auch zu dem, was in der Literatur die erste Eroberungswelle genannt wird. Im Zuge der Auseinandersetzungen mit den angrenzenden Großreichen Byzanz und Persien gewannen die muslimischen Araber Gebiete im syrisch-palästinensischen Raum, darunter Damaskus (635), entlang der nordafrikanischen Küste sowie große Teile des Perserreiches. Diese Kämpfe darf man sich freilich nicht wie Kriege zwischen Nationalstaaten vorstellen, denn sie wurden meist nicht zentral durch das Kalifat organisiert. Vielmehr waren es im Kampf bewährte Stammeskrieger („warlords": Krämer 2005, 83 f.), die in die Richtung der verschiedenen Grenzgebiete aufbrachen.

b. Die Abspaltung der Schiiten

Auch Gebietsgewinne konnten zu internen Unruhen beitragen, da bezüglich der Verteilung der Beute und der Posten für die Verwaltung der neuen Provinzen Rivalitäten entstanden. Auch regte sich Kritik an den Kalifen, bei denen die Politik nicht mehr so eng mit Frömmigkeit verbunden war wie bei Muhammad, dem Propheten. Solche Spannungen führten zur Ermordung von Umar und Uthman und schließlich von Ali. Ali war ein Cousin und der erste Anhänger Muhammads nach dessen Frau Chadidscha, Ehemann der Prophetentochter Fatima und somit der Schwiegersohn Muhammads.

Auf die Abstammung von der Prophetenfamilie berufen sich die Schiiten, die daraus die besondere Begabung ihrer Imame für eine geistliche Führerschaft ableiten; von den Imamen fanden je nach Richtung zwischen fünf und zwölf Anerkennung. Die Zwölferschiiten haben eigene Überlieferungssammlungen, die sie auf ihre Imame zurückführen. Während also die Schiiten das genealogische Prinzip vertreten, orientieren sich die Sunniten (*Sunna* = das Herkommen, der Brauch) an der Überlieferung nach dem Vorbild Muhammads. Neben sunnitischen Dynastien finden sich in der Geschichte auch schiitische wie z. B. die Fatimiden, die 200 Jahre lang in Ägypten herrschten und eine Hochkultur etablierten (969–1171). Die von ihnen 972 in Kairo gegründete Al-Azhar Moschee ist heute eine prominente islamische Universität.

c. Das Kalifat der Umaiyaden (661–750)

Unter denjenigen, die Ali als Kalifen die Gefolgschaft verweigerten und ihn bekämpften, spielte Mu'awiya, Statthalter in Syrien, eine prominente Rolle. In der Schlacht von Siffin (657) besiegte er die Truppen Alis und leitete den Machtwechsel zur Herrschaft der Umaiyaden ein, eines führenden mekkanischen Clans. Nach dem Tod Alis, der 661 in Kufa einem Attentat zum Opfer fiel, amtierte Mu'awiya als Kalif. Zu einem Bruch in dieser frühen islamischen Geschichte kam es dadurch, dass die Umaiyaden eine Erbdynastie einführten; auch verlegten sie ihren Sitz von Mekka nach Damaskus.

Dieser Machtwechsel führte zur ersten Spaltung des Islams, denn der Kampf mit den Anhängern Alis ging weiter. Sie hatten sich zu einer Partei, der Schiat Ali *(schia* = Partei) zusammengeschlossen, daher der Name Schiiten. Sie versuchten, wiederum an die Macht zu kommen; das führte im Jahr 680 zu einem Kampf zwischen Hussein, einem Enkel des Propheten, und seinen Gefolgsleuten und einem umaiyadischen Heer in dem nahe des Euphrats gelegenen Kerbela im heutigen Irak. Die Schiiten wurden vernichtend geschlagen, und Hussein kam zu Tode. Aus schiitischer Sicht erlitt Hussein den Märtyrertod, woraus sich ein Märtyrer- und Passionskult entwickelte. Zum Jahrestag der Schlacht am 10. Muharram, nach islamischer Zeitrechnung der erste Monat des Jahres, wird das Aschura-Fest *(aschura* = zehn) im Gedenken an die Passion Husseins begangen. In Kerbela finden bis heute Passionsspiele und Trauerprozessionen statt, bei denen die Gläubigen mit verschiedenen Riten ihre Nachfolge im Martyrium ausdrücken.

Unterdessen ging die Ausbreitung des arabischen Machtbereichs weiter, in der Literatur die zweite Expansionswelle genannt: im Osten bis nach Kabul, Samarkand und zum Industal, im Westen entlang der nordafrikanischen Küste bis zum Maghreb und nach Spanien. Die rasche Ausbreitung hatte auch damit zu tun, dass die Christen in den Gebieten von Syrien, Mesopotamien und Ägypten aus der Sicht der byzantinischen Reichskirche großteils Häretiker waren, weil sie die Bestimmungen der antiken Konzilien nicht anerkannten (vgl. V.1.b). Sie leisteten den Muslimen nicht immer Widerstand, weil ihnen die muslimische Toleranz lieber war als die Verfolgung durch die Byzantiner (vgl. z. B. Waardenburg 1993, 188).

Einer der späten umaiyadischen Kalifen, Abd al-Malik (685–705), ließ den „Felsendom" in Jerusalem (ab 691) erbauen über dem Ort, wo das Allerheiligste des jüdischen Tempels vermutet wurde. Dieses Gebäude ist eine Verehrungsstätte für den Propheten Muhammad, den Gott der Überlieferung nach (vgl. auch Sure 17, 1) für eine Nacht von Mekka nach Jerusalem reisen ließ. Die Inschriftenbänder bestehen aus Koranzitaten und dokumentieren zum Teil auch das koranische Verständnis von Jesus (vgl. VII.3).

d. Die Abbasiden (750–1258 [946]): Das „goldene" Zeitalter

Der Umsturz

Unzufriedenheit mit den Umaiyaden, die sich als bevorzugte mekkanische Aristokratie verstanden, führte zu Aufständen und schließlich zum Sturz der Dynastie. Der Widerstand formierte sich in der östlichen Reichshälfte in einer Gruppe, die sich auf die Abbasiden aus dem quraischitischen Clan der Haschim als herrschaftswürdig berief; al-Abbas war der Onkels Muhammads. Sie sammelten eine Streitmacht, die große Gebiete unter ihre Kontrolle brachte und 750 die Umaiyaden in einer Schlacht vernichtend schlug. In einem darauf folgenden Blutbad ermordeten die Abbasiden fast alle Angehörigen des Clans der

Umaiyaden. Sie verlegten dann ihre Hauptstadt von Damaskus nach Bagdad.

Die Menschen, die in diesem großen arabisch-islamischen Reich lebten, waren mehrheitlich weder Araber noch Muslime und brachten ihre jeweilige Kultur ein, auch wenn sie einen unterschiedlichen Status besaßen. Die Schriftbesitzer wurden toleriert, und an deren Konversion bestand schon deshalb nicht immer Interesse, weil dann die Einnahmen aus der Sondersteuer gefehlt hätten. Eine besondere Rolle spielten die *Mawali,* meist Kriegsgefangene und oft hoch gebildete Menschen, die man im Falle der Konversion zum Islam freiließ, auch wenn sie in einer Klientelbeziehung zu einem muslimischen Patron *(mawla)* verblieben. Unter den Abbasiden kam es zu einem rasanten Aufstieg der Mawali, was einerseits zur Islamisierung der Gesellschaft beitrug, andererseits die Kultur sehr verschiedener Ethnien integrierte. Die Mawali hatten zunehmend Schlüsselpositionen in der Verwaltung und im Militär inne, die dann bald fast nur noch in nicht-arabischen Händen lagen. Sie waren aber auch in den islamischen Wissenschaften führend tätig, oder als Richter und Erzieher von Kalifen- und Gouverneurssöhnen.

Kulturtransfer

Auf Grund dieser Vielgestaltigkeit der Gesellschaft entwickelte sich Bagdad zu einem Zentrum von Kultur und Wissenschaft, die am Hofe der Kalifen intensiv gepflegt wurden — das „goldene" Zeitalter. Dazu gehörte auch der religiöse Austausch. Das prominent gewordene Religionsgespräch zwischen dem Kalifen al-Mahdi (775–785) und dem ihm befreundeten Patriarchen Timotheus I., dem Oberhaupt der ostsyrischen Kirche (vgl. IV.3), ist nur ein Beispiel unter vielen und steht für den regen geistigen Austausch, in dem christliche Theologen und Gelehrte die antike Philosophie und Wissenschaft sowie christliche Traditionen in die islamische Kultur einbrachten. Der den Christen wohl gesonnene Kalif al-Mamun (813–833) gründete dazu in Bagdad eine Akademie, das „Haus der Weisheit". In Kooperation zwischen christlichen und muslimischen Gelehrten wurden viele wissenschaftliche Werke des hellenistischen Erbes ins Arabische übersetzt und auch sonst hervorragende Leistungen auf vielen Gebieten erbracht wie Medizin, Astronomie und zivilisatorische Techniken. In dieser Zeit entstanden auch die großen muslimischen Rechtsschulen und bis heute wichtige Korankommentare.

An der islamischen Hochkultur, die sich durch einen vielfachen Kulturtransfer entwickelte und während des 10. bis 12. Jahrhunderts in Blüte stand, hatten viele religiöse Gruppen Anteil, nicht nur Juden und Christen verschiedener Richtungen, sondern im asiatischen Raum auch Hindus und Buddhisten (vgl. z. B. Krämer 2005, 57 ff.). Die europäische Kulturgeschichte ist ohne diesen Transfer von Wissen, der aus dem griechisch-hellenistischen Raum über den islamischen wieder zurück nach Europa erfolgte, nicht denkbar.

e. Der Fall Spanien

Auch Spanien spielte als kultureller Umschlagplatz eine bedeutende Rolle. Unter dem Umaiyaden al-Walid I. (705–715) setzten arabische Truppen 711 mithilfe zum Islam übergetretener nomadischer Berberstämme von Gibraltar nach Spanien über. Der Überlieferung nach waren sie von Gegnern des westgotischen Usurpators Roderich zu Hilfe gerufen worden (Krämer 2005, 55). Nach dem Sieg über die Westgoten eroberten die Araber innerhalb von drei Jahren ganz Spanien (al-Andalus). Ihr Vordringen bis nach Frankreich wurde dann 732 durch den Frankenherrscher Karl Martell, dem Großvater Karls des Großen, in der Schlacht bei Tours und Poitiers gestoppt.

Bei dem Massaker der Abbasiden an den Umaiyaden überlebte ein einziger umaiyadischer Prinz und konnte nach Spanien flüchten, wo er 756 als Abd ar-Rachman I. (756–788) das Emirat von Cordoba gründete. Später, unter der 50-jährigen Regierungszeit Abd-ar-Rahman III. (912–961) erlebte Spanien eine kulturelle und zivilisatorische Blütezeit im Zusammenwirken von Juden, Christen und Muslimen.

Das setzte sich auch während der Zeit innermuslimischer Auseinandersetzungen fort, die 1009 damit begannen, dass zunehmend Militärs und Höflinge die Macht übernahmen und alle verfolgten, die sich einer strengen muslimischen Doktrin nicht beugen wollten. Damals wirkte z. B. Ibn Ruschd, auch Averroes genannt (1126–1198), ein hoch gebildeter Philosoph und Kommentator des Aristoteles, Theologe, Jurist und Arzt, als Richter *(al-qadi)* in Sevilla und Cordoba, bis er als Ketzer abgestempelt und gezwungen wurde, das Land zu verlassen. Der jüdische Gelehrte Moses Maimonides (1135–1204) zog es vor, schon früher nach Kairo zu gehen, wo er dem Sultan als Hofarzt diente.

Der zunehmende Zerfall in islamische Kleinstaaten machte es den christlichen Fürsten leicht, Gebiete von den Muslimen zurückzuerobern (Reconquista); 1212 setzten sie der muslimischen Herrschaft ein Ende, nur das muslimische Fürstentum Granada hielt sich noch bis zur Kapitulation gegenüber den katholischen Königen Ferdinand II. und Isabella I., die auf Grund des Alhambra-Edikts (1492) damit begannen, die Juden zu vertreiben. 1497 wurde der Vertreibungsbefehl auf alle Muslime ausgedehnt, hundert Jahre später folgten die Morisken, zwangsgetaufte Muslime, die ihrem Glauben lange im Untergrund treu geblieben waren und Opfer der Inquisition wurden. Dem Ende der muslimischen Präsenz in Spanien folgte ein zivilisatorischer Rückschritt, da die neuen Herrscher und die christlichen Zuwanderer mit den fortschrittlichen Techniken in Handwerk und Landwirtschaft wie z. B. mit den Bewässerungsanlagen nicht umgehen konnten (Clot 2004, 323f.).

f. Machtwechsel

Verschiedene Faktoren führten zu innenpolitischen Spannungen auch im arabisch-islamischen Abbasidenreich, das sukzessive in regionale Fürstentümer zerfiel und dem Druck der Völkerwanderung aus dem nordöstlichen Asien nicht standhalten konnte: Die nicht-arabischen Mawali, die Verwaltung und Militär immer mehr dominierten, wurden in Bezug auf die Loyalität gegenüber dem Herrscherhaus zu einem Unsicherheitsfaktor, da sie selbst an die Macht kommen wollten. Ebenso strebten die Provinzen unter ihren jeweiligen Gouverneuren nach Selbstständigkeit und lösten sich aus dem Verbund des Reiches. Hinzu kamen Aufstände von schiitischen Gruppierungen. Dies konnte sich auch in der Diskriminierung von Minderheiten auswirken (vgl. V.4.d); doch bedeutete das keine muslimische Terrorherrschaft über nicht-muslimische Minderheiten.

Die schiitischen Buyiden, nach ihrem persischen Stammvater so benannt, waren zunächst Söldner im Heer eines iranischen Feldherrn, machten sich selbstständig, marschierten 946 in Bagdad ein und brachten die abbasidischen Kalifen dauerhaft unter ihre Vorherrschaft. Auch der Hof der buyidischen Emire war ein Zentrum intellektuellen Austausches; dort wirkte z. B. Ibn Sina (980–1037), im Westen als Avicenna bekannt, einer der bedeutendsten Ärzte des Mittelalters. Seine Philosophie fand dann später Eingang in die christliche Theologie z. B. des Albertus Magnus (zirka 1200–1280) und dessen Schülers Thomas von Aquin (zirka 1225–1274), aber auch in Werke muslimischer Gelehrter wie des bereits genannten Ibn Ruschd in Spanien.

Die hundertjährige Herrschaft der Buyiden endete mit dem Einmarsch des Seldschuken Tughril in Bagdad 1055. Die Seldschuken, ein Turkvolk, hatten den sunnitischen Islam angenommen, den sie nun wieder einführten. 1071 eroberten sie das byzantinische Kleinasien sowie Damaskus und drangen bis nach Persien vor. Bekannt ist Saladin (1138–1193), ein Kurde, der, zuerst noch als Feldherr des Herrschers von Damaskus, 1171 die Fatimiden in Ägypten stürzte und seine eigene Dynastie etablierte. Als Sultan Saladin eroberte er 1187 Jerusalem. Der Umstand, dass der Weg für christliche Pilger ins Heilige Land versperrt war, wurde zu einem der Auslöser für die Kreuzzüge; einige davon führten die Donau entlang durch österreichisches Gebiet. Aber als gerechter und gütiger Herrscher, der die unterlegenen Kreuzfahrer großzügig behandelte, ging Saladin sowohl in die Geschichte als auch in die Literatur ein wie z. B. in Lessings Drama „Nathan der Weise“ von 1779.

Die Osmanen

Für Europa bedeutend ist der Aufstieg der Osmanen, ursprünglich ein kleiner Stamm am Rande der von Seldschuken und Mongolen beherrschten Gebiete. Der Stammesführer Osman (1281–1326) hat dieser Dynastie seinen Namen gegeben, dessen Sohn Orhan gründete ein Fürstentum rund um die Stadt Bursa. Gebietsgewinne auf dem Balkan und im Osten folgten, bald erstreckte sich das osmanische Reich von der Donau bis an den Euphrat, vom östlichen Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer. 1453 fiel Konstantinopel (dann Istanbul) in osmanische Hand; das bedeutete das Ende des oströmischen Reiches. Zwischen 1450 und 1600 waren die Osmanen die bedeutendste muslimische Macht der Welt mit florierender Kultur und Wirtschaft und einem internationalen Austausch, der auch viele byzantinische Manuskripte nach Westeuropa brachte; Wien ist bis heute ein Zentrum der wissenschaftlichen Byzantinistik.

In den Jahren 1529 und 1683 wurde Wien zwei Mal vergeblich belagert, und in der Folge drängten die Habsburger (Prinz Eugen) die Osmanen aus Ungarn und großen Teilen des Balkans zurück (vgl. ausführlich in III.1). Die rigide und gewalttätige Gegenreformation innerhalb der Monarchie führte bis ins 18. Jahrhundert zur Vertreibung der Protestanten vor allem in diejenigen Gebiete, die den Osmanen abgenommen worden waren. Viele Evangelische wanderten auch ins Osmanische Reich aus, wo sie Toleranz fanden. Sobald die Osmanen keine militärische Bedrohung mehr darstellten, wurde die „Türkenfurcht“ in Österreich mehr und mehr durch eine „Türkenmode“ in Kunst und Literatur abgelöst.

Persien und Indien

Im Osten der islamischen Herrschaftsgebiete waren auch die Jahre der Seldschuken gezählt. Eine Wende brachte der Ansturm der Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert unter Dschingis Khan und später unter den Timuriden (benannt nach ihrem Anführer Timur bzw. Tamerlan), einem turko-mongolischen Stamm. Sie nahmen alle den sunnitischen Islam an, eroberten weite islamische Gebiete und drangen bis nach Europa und China vor. 1258 wurde Bagdad eingenommen und der abbasidische Schattenkalif sowie dessen Clan ermordet.

Später kam Bagdad unter die Herrschaft der schiitischen Dynastie der Safawiden (1501–1722), die ihre Regierung auf iranischen, persisch sprechenden Verwaltern und Gelehrten aufbauten. Dadurch bildete sich ein schiitischer Klerus heraus, auch wenn nicht mit dem Klerus einer Kirche vergleichbar, der in mehr oder weniger großer Spannung zum jeweiligen Herrscher stand; auf diese Weise wurde der Iran zu einem mehrheitlich zwölferschiitischen Land. Der Titel der Regenten, nämlich „Schah“, geht auf das alte Persien zurück und bedeutet „König der Könige“ *(shahanshah).* Der letzte Schah Mohammed Reza, dessen autoritäre Modernisierungspolitik in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Widerstand stieß, wurde 1979 von dem im Exil befindlichen Imam Khomeini gestürzt und seinerseits ins Exil geschickt.

In Indien etablierte sich ein Sultanat, das aus konkurrierenden afghanischen und türkischen Militäreliten bestand, bis ein Nachfahre Timurs namens Barbur ab dem 15. Jahrhundert große Teile Indiens und Teile des heutigen Afghanistans eroberte und das Reich der Großmoghulen begründete. Während einige Herrscher religionstolerant auch gegenüber den Hindus agierten und den Jesuiten eine missionarische Tätigkeit zugestanden, versuchten andere, den muslimischen Charakter des Landes zu verstärken. Bekannt ist der Taj Mahal, ein imposantes Mausoleum, das Shah Jahan 1632 für seine zweite Frau Mumtaz Mahal errichten ließ, die bei der Geburt ihres 14. Kindes gestorben war. Auch dieses Reich zerfiel in weitere Kleinstaaten, so dass die Briten, die bereits innerhalb der 1600 gegründeten Ostindien-Kompanie Handel betrieben, in das politische Geschehen auch militärisch eingriffen (vgl. Nagel J. 2007). 1858 setzten sie den letzten Großmoghul ab und erklärten das Land zur Kolonie Britisch-Indien unter britischer Regierung. 1877 wurde Königin Victoria in der Nachfolge der Großmoghulen zur Kaiserin von Indien ausgerufen.

g. Der Kolonialismus und seine Folgen

Die entscheidende Wende in den islamisch geprägten Ländern führten im 19. Jahrhundert verschiedene Varianten des europäischen Kolonialismus herbei, der vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgte, diese aber auch politisch und militärisch durchsetzte. In dieser Zeit der europäischen Vormachtstellung haben die gegenwärtigen Spannungen zwischen der „islamischen“ und der „westlichen“ Welt ihre Wurzeln.

Im Juli 1798 marschierte Napoleon in Ägypten ein, aber schon im Jahr darauf vertrieben ihn die Engländer, die neben Indien ab 1801 auch Ägypten praktisch als Kolonie behandelten. Nach 1840 unterwarfen die Franzosen Teile Nordafrikas: Algerien, später auch Marokko. Auch die

Niederlande und Portugal waren internationale Kolonialmächte, denen die schwedischen und dänischen Handelsgesellschaften unterstanden; sie besetzten Teile von Indien, Sri Lanka, Indonesien und Afrika mit großteils muslimischer Bevölkerung. Zu den Kolonialmächten gehörten auch Russland, das vor allem in Zentralasien expandierte, und Deutschland, das Ostafrika (Ruanda und Tansania) unterwarf. Hinzu kamen die Kämpfe der Kolonialmächte untereinander, so dass die Besatzung der islamisch geprägten Staaten nicht immer kampflos wechselte.

Die Weltkriege und danach

Der erste Weltkrieg brachte insbesondere England einen gewaltigen Zuwachs an Kolonien, die man den Verlierern des Kriegs abnahm; dazu gehörten auch weitreichende Mandatsgebiete des Osmanischen Reichs, das auf das Gebiet der heutigen Türkei beschränkt wurde, die sich 1923 unter Atatürk (Mustafa Kemal Pascha) zur Republik erklärte. Syrien und der Libanon wurden französisches Mandatsgebiet; Palästina, Transjordanien und der heutige Irak standen unter englischer Oberherrschaft. Das faschistische Italien als kolonialistischer Nachzügler besetzte ab 1925 Libyen und marschierte 1935 in Äthiopien ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg bahnten zwar die Vereinten Nationen 1946 mit der Charta zum Selbstbestimmungsrecht der Völker den Kolonien den Weg zur Unabhängigkeit, aber das löste nicht mit einem Schlag alle Probleme. Es kam zu internen Machtkämpfen, die häufig in Diktaturen endeten, wobei die Westmächte ihre Finger im Spiel hatten, um ihren Einfluss weiter aufrecht zu erhalten. Manche Länder wie Oman, Katar oder Kuwait behielten ihre traditionelle Monarchie, wieder andere wie Afghanistan wurden durch den Einmarsch sowjetischer Truppen einer neuen Eroberungspolitik ausgesetzt (1979) und zum Spielball im „Kalten Krieg“ zwischen den Sowjets und den USA.

Schaut man auf die Zeitspanne, so stand z. B. Indonesien fast 350 Jahre unter niederländischer Kolonialherrschaft, Jemen 280 Jahre und Malaysia 130 Jahre unter englischer, Kirgisistan 115 Jahre unter russischer, Indien fast 100 Jahre, Afghanistan mehr als 60 Jahre oder Ägypten etwa 40 Jahre unter britischer Vorherrschaft. Manche Länder konnten erst in den 1970-er und 1990-er Jahren ihre Unabhängigkeit erreichen.

Auf Grund der Ausbeutungspolitik der Kolonialmächte, denen es um Rohstoffe und die Kontrolle der Märkte ging, sind viele Länder heute Entwicklungsländer und nach wie vor vom Westen abhängig. Zudem ist in den nahezu zwei Jahrhunderten auch in islamisch geprägten Ländern ein Nationalismus gewachsen, der sich nicht nur auf die staatliche Selbstständigkeit bezieht, sondern auch von der Überfremdung der eigenen Kultur und religiösen Tradition durch westliche Einflüsse frei machen will.

Gegenwart

Der Islam ist heute über die ganze Welt verbreitet. Die Zahl der Muslime weltweit beträgt für das Jahr 2001 zirka 1,2 Milliarden. Das Zentrum seiner Verbreitung liegt im mittleren geografischen Gürtel von Indonesien, Indien, Zentralasien, Iran, Irak, der arabischen Halbinsel und der Türkei bis nach Nord- und Zentralafrika. Den zahlenmäßig größten Anteil machen dabei die Sunniten aus (zirka 1 Mrd.), gefolgt von den Schiiten (zirka 170 Mio.). In seiner politischen Verfasstheit reicht das Zusammenspiel von Staat und Religion von der Staatsreligion wie z. B. im wahhabitischen Saudi-Arabien bis hin zum laizistischen Konzept in der Türkei.

Alle Stämme und Völker haben in der Geschichte Expansionspolitik betrieben, unabhängig von der Religion, der sie jeweils anhingen. Auch die österreichische Habsburgmonarchie ist davon nicht ausgenommen. Und alle haben ihre Kämpfe unter den Schutz ihrer Religion gestellt. Daher wäre es unangemessen, solche Praktiken den muslimischen Arabern oder anderen muslimischen Völkern oder gar „dem Islam“ anzulasten. Zugleich bewirkten Expansionen durch das Zusammentreffen verschiedener Ethnien und damit unterschiedlicher Kulturen eine Weiterentwicklung auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst. Auch die Gestalt Europas verdankt sich dem Kulturtransfer zwischen muslimischen und christlichen Herrschaftsgebieten.

III. Islam in Österreich

1. Geschichte

Die Bewohner der Landstriche, die heute Österreich ausmachen, hatten zunächst nur mittelbare Kontakte zum Islam. Bis zum Beginn des 11. Jahrhunderts waren Wallfahrten ins Heilige Land nicht behindert, denn sie führten weitgehend durch christliche Staaten. Palästina allerdings, ebenso wie ganz Nordafrika, hatten die muslimischen Araber dem Byzantinischen Reich bereits abgenommen. Als aber die türkischen Seldschuken Anatolien, Syrien und Palästina eroberten, war der Weg nach Jerusalem unsicher geworden.

Die Kreuzzüge

In dieser politischen Situation rief Papst Urban II. 1095 zum Ersten Kreuzzug auf. Sieben Kreuzzüge zwischen 1096 und 1272 führten zur vorübergehenden Eroberung Jerusalems und zur Errichtung einer Reihe kleiner, immer wieder umkämpfter christlicher Kreuzfahrerstaaten an der Ostküste des Mittelmeers im Gebiet des heutigen Syrien, Libanon und Israel, dazu im südlichen Kleinasien und auf Zypern. Alle Nachrichten über den Islam, die nach Mitteleuropa gelangten, stellten daher diese neue Religion als gefährliches Heidentum dar. Österreich war zum Durchzugsgebiet geworden; schon der Erste Kreuzzug führte durch das heutige Österreich, denn das Donautal bot den einfachsten Weg nach Südosten; ebenso der dritte 1189 unter Führung von Kaiser Friedrich I. Barbarossa, der unterwegs starb, und der Könige von Frankreich und England.

Der österreichische Herzog Leopold V. zog mit und war wesentlich an der Eroberung der Festung Akkon beteiligt; dort hisste er seine Fahne: fünf goldene Adler auf blauem Grund, heute das Wappen Niederösterreichs. Um seine hierarchische Überordnung zu demonstrieren, ließ der englische König Richard Löwenherz die Fahne herunterreißen, und Leopold reiste unter Protest ab. Als aber Richard verkleidet den Heimweg durch österreichisches Gebiet antrat, wurde er in Erdberg bei Wien aufgegriffen und auf der Burg Dürnstein in der Wachau festgehalten. Nach zähen Verhandlungen und der Zahlung eines immen-

sen Lösegelds an den Herzog und an Kaiser Heinrich VI., den Nachfolger Barbarossas, konnte Richard vier Jahre später nach England heimkehren.

Der Kampf um Wien

Immer noch war das christliche Byzanz der Puffer zwischen muslimischen und christlichen Herrschaftsgebieten. Aber die Osmanen begannen, das Reich der byzantinischen Kaiser zu umklammern. Innerhalb von 150 Jahren gelang ihnen die Unterwerfung großer Gebiete in Griechenland und Bulgarien. Mit der Eroberung von Konstantinopel 1453 war der Weg für die osmanische Expansion nach Westen frei, und nur sieben Jahrzehnte später standen die Muslime vor Wien. Die erste Belagerung dauerte lediglich von September bis Oktober 1529, da die Türken bald abzogen, um nicht in die kalte Jahreszeit zu geraten. Zuvor aber hatte Sultan Süleyman II. Mittel- und Ostungarn unterworfen, das von da an eineinhalb Jahrhunderte türkisches Lehensgebiet blieb. Dass einzelne Städte und Festungen gehalten wurden, hinderte aber die weit ins Innere Österreichs ausschweifenden osmanischen Truppenteile nicht, Gehöfte und Dörfer zu plündern und niederzubrennen und die Einwohner zu verschleppen oder zu töten. Daran erinnern Gedenkstätten vor allem in den Grenzgebieten. Diese Unsicherheit dauerte an, zumal die Kuruzzen, mehrheitlich protestantische Freischärler aus Ungarn, die gegen die gewaltsame Rekatholisierung durch die Habsburger kämpften, lieber den Sultan als den Kaiser unterstützten. Ihnen verdankt die Tradition den Fluch „Kruzitürken“, der die Bedrohung von fünf Generationen im 16. und 17. Jahrhundert drastisch zum Ausdruck bringt.

Zugleich fand auch ein kultureller Austausch statt. So stand z. B. der Niederländer Carolus Clusius (1526–1609), Hofbotaniker Maximilians II., in Kontakt mit Ghislain de Busbeq, dem habsburgischen Botschafter in Istanbul. Dieser schickte nicht nur Bücher, sondern auch verschiedene Pflanzen aus dem Osmanischen Reich an Clusius, der sie erforschte, kultivierte und in Österreich heimisch machte: vor allem Tulpen, dann auch die Rosskastanie, Hyazinthen und Flieder, Schwertlilie und Krokus. Da Kaiser Rudolf II. 1576 alle protestantischen Hofangestellten entließ, kehrte Clusius schließlich in seine Heimat zurück und brachte die Tulpen in die Niederlande. In Güssing im Burgenland kann man den „Clusius Naturwildpark“ besuchen.

Im März 1683 brach ein verstärktes osmanisches Heer gegen Wien auf und schloss am 14. Juli die Stadt ein. Auf Grund der religiösen Rechtfertigung der Eroberungskriege wurde vor dem Kampf um eine Stadt jeweils eine friedliche Übernahme angeboten, sollten sich die Bewohner zum Islam bekehren. Umgekehrt verstanden sich die Belagerten als Verteidiger des christlichen Abendlandes. Nach zwei Monaten Belagerung war Wien sturmreif und wäre gefallen, hätte nicht ein Entsatzheer unter Führung des polnischen Königs Sobieski am 12. September die Türken in die Flucht geschlagen. Im Entsatzheer kämpfte Prinz Eugen von Savoyen, später Feldmarschall des kaiserlichen Heeres. Ihm gelang es, die Osmanen aus Ungarn, Siebenbürgen und Slawonien zu vertreiben.

Spuren der Vergangenheit

Diese letzte große militärische Konfrontation zwischen den zwei Großmächten hat sich im österreichischen kollektiven Gedächtnis als beispielhafter christlich-islamischer Konflikt festgeschrieben. Der gefeierte Prediger Abraham a Santa Clara konnte sich in der Beschimpfung des Islams und des Propheten Muhammad nicht genug tun. Der Tag der Befreiung Wiens, der 12. September, ist seit damals im römisch-katholischen Kalender als Fest „Mariä Namen“ eingetragen. Unzählige Sagen, Volksbräuche, Lieder, Straßennamen, Namen von Speisen wie „Heidensterz“, Gedenkstätten und Relikte der türkischen Heeresmacht erinnern an die Gefahr und ihre Überwindung. Die große Glocke des Wiener Stephansdoms, die Pummerin, wurde 1711 aus jenen 180 Kanonen gegossen, die der Oberbefehlshaber und Großwesir Kara Mustafa bei seiner überstürzten Flucht zurückgelassen hatte; diese Glocke hängt — auch nach dem Neuguss von 1951 — an bronzenen Türkenköpfen. Ein Schädel, der dem von Sultan Mehmed IV. zum Tode verurteilten Kara Mustafa gehören soll, wurde als Zeichen des Triumphes im Historischen Museum der Stadt Wien lange ausgestellt, dann in den Keller verbannt und schließlich aus Gründen der Pietät am Wiener Zentralfriedhof beerdigt. Nach der Befreiung veranstaltete man im Wiener Bezirk Hernals einen jährlichen „Türkenritt“, bei dem ein dicker Mann in Pluderhosen als Kara Mustafa verspottet wurde. In Purbach am Neusiedler See hatte sich ein versprengter Türke im Kamin versteckt und sitzt dort immer noch, in Stein gehauen, auf dem Rauchfang. Solche Zeichen prägen bis heute die Haltung vieler Österreicher/innen gegenüber den Muslimen, insbesondere den Türken.

Der Zurückwerfung der Osmanen folgte die wirtschaftliche und künstlerische Blüte des Barockzeitalters. Gleichzeitig wurden die Siege als Bestätigung der radikalen Gegenreformation durch die Habsburger dargestellt, die zu Zwangsbekehrung und Vertreibung österreichischer Protestanten geführt hatte und noch in der Regierungszeit Maria Theresias (1740–1780) fortgesetzt wurde. Was die Religion anbelangt, war das Osmanische Reich gegenüber anderen Religionen tolerant im Unterschied zum Habsburgischen, das sich seit dem Dreißigjährigen Krieg auf die Formel *„cuius regio, eius religio“* von 1555 berief (vgl. V.2.a und e). So wie Juden nach der Vertreibung aus Spanien 1492, fanden nun auch die Protestanten Aufnahme im Osmanischen Reich.

Wissenschaft und Kultur

Als die Osmanen keine Gefahr mehr waren, blühte der Handel auf. Schon 1730 etablierte sich eine Kolonie von muslimischen Kaufleuten in Wien. Auf Grund des Edikts Josephs II. von 1781 wurden die Evangelischen toleriert, dann auch die Juden und die Orthodoxen; eine offizielle Toleranz gegenüber Muslimen war noch kein Thema. Um diese Zeit entdeckte die Literatur den muslimischen Osten. Lessings „Nathan der Weise“ (1779) stellte die drei monotheistischen Religionen auf eine Stufe, und Mozarts „Entführung aus dem Serail“ (1782) präsentierte den edlen Muslim. Kaiserin Maria Theresia hatte 1754 eine Akademie für orientalische Sprachen gegründet, und einer der Absolventen, der Grazer Joseph von Hammer-Purgstall (1774–1856), übersetzte türkische, arabische und persische Literatur, darunter den „Diwan“ des großen persischen Dichters Hafis, ein Anstoß für Goethes „West-östlichen Divan“ (1819/1827). Friedrich Rückert (1788–1866) gestaltete die erste unpolemische und qualitätvolle Übersetzung des Korans.

Nach dem russisch-osmanischen Krieg von 1877/78 verlor das Osmanische Reich alle von Slawen bewohnten Gebiete. Die Berliner Konferenz von 1878 teilte den Balkan neu auf, Bosnien und Herzegowina wurden der österreichischen Verwaltung unterstellt. 1882, ein Jahr vor der 200-Jahr-Feier des Sieges über die Türken bei Wien, eröffnete man in Istanbul das österreichische Sankt-Georgs-Kolleg, das bis heute besteht.

Anerkennung des Islams

1908 annektierte die Monarchie Bosnien und Herzegowina mit der Hauptstadt Sarajevo. In diesem Land mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung gab es damals 1043 Moscheen und 1090 Imame sowie sechs Derwischorden (Klieber 2010, 159). Nun standen die Beamten vor der Aufgabe, den Islam in ihr religionsrechtliches System zu integrieren, denn das Staatsgrundgesetz von 1867 musste auch für die Muslime gelten. Dies führte 1912 zur ersten staatlichen Anerkennung der Religion des Islams nach dem hanafitischen Ritus (vgl. V.1.c). Im diesbezüglichen Gesetz heißt es: „Die Religionsgesellschaft der Anhänger des Islams nach hanefitischem Ritus genießt als solche hinsichtlich ihrer Religionsübung und ihrer Religionsdiener denselben gesetzlichen Schutz wie andere gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaften. Auch die Lehren des Islams, seine Einrichtungen und Gebräuche genießen diesen Schutz, insoweit sie nicht mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen“ (§ 6, Abs. 1 und 2).

So war Österreich mehr als andere europäische Staaten zu einem multireligiösen Land geworden. Die k. u. k. Bosniaken, größtenteils Muslime, bildeten eine Elitetruppe der Donaumonarchie. Sie hatten einen eigenen Militär-Mufti und eine eigene Militärmoschee. 1916, während des ersten Weltkrieges und kurz vor dem Tod von Kaiser Franz Josef I., wurde der Bau einer großen Moschee in Wien geplant und finanziert, konnte aber nicht mehr realisiert werden.

Der Weg zur „Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich“

Durch die Neuordnung der Staatsgebiete nach den beiden Weltkriegen ging die Präsenz des Islams in Österreich zurück, aber das Gesetz von 1912 wurde nicht abgeschafft; es „ruhte“. Während der nationalsozialistischen Zeit waren muslimische Vereinigungen verboten, aber nach der Errichtung der Zweiten Republik 1945 konnten sich die Muslime in Vereinen organisieren. 1951 wurde der „Verein der Moslems Österreichs“ gegründet, 1962 der „Muslimische Sozialdienst“, der mit der „Muslim-Studenten-Union“, dem „Geselligen Verein türkischer Arbeitnehmer in Wien und Umgebung“ und der „Islamisch-Iranischen Studentengemeinschaft“ zusammenarbeitete. Ab den 1960-er Jahren kam eine zunehmende Zahl von Muslimen im Zuge der Arbeitsmigration aus vielen verschiedenen Ländern nach Österreich und wurde hier sesshaft.

Diese Gruppen beriefen sich auf das Gesetz von 1912 und betrieben dessen Reaktivierung und Integration in das Rechtssystem der neuen Republik. Dafür engagierte sich zuerst Smail Balić (1920–2002); er war viele Jahre Bibliothekar an der Österreichischen Nationalbibliothek und ein prominenter Vertreter eines europäisch orientierten Islams, wie er aus der Auseinandersetzung der bosnischen Muslime mit der westlichen Kultur hervorgegangen war. Ihm folgte der damals im Polizeidienst tätige Afghane Ahmad Abdelrahimsai, der unterschiedliche Ethnien und religiöse Richtungen ins Boot holte.

Das zweite Anerkennungsgesetz

Im Jahr 1979 trat das Anerkennungsgesetz von 1912 erneut in Kraft; damit begann die Konstituierung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich“ (IGGiÖ). Auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs fiel 1987 die Einschränkung auf den hanafitischen Ritus weg, da der Staat auf Grund seiner religiösen Neutralität nicht befugt ist, in Bezug auf die innere Gestaltung einer Glaubensgemeinschaft Entscheidungen zu treffen. In der Verfassung der IGGiÖ (Art. 1) wurde daraufhin festgehalten, dass der Glaubensgesellschaft „alle Anhänger des Islams“ angehören, „welche in der Republik Österreich ihren Aufenthalt haben“. Als erster Präsident stand Ahmad Abdelrahimsai an der Spitze der neuen Glaubensgemeinschaft, ihm folgte von 1999 bis 2011 Anas Schakfeh (vgl. III.2.a).

Im selben Jahr 1979 wurden das Islamische Zentrum und die Große Moschee am Hubertusdamm in Wien unter Beteiligung von hochrangigen Politikern und von Kardinal König eröffnet. Diese Moschee, aber auch andere muslimische Einrichtungen laden regelmäßig zwecks Nachbarschaftspflege zu einem Tag der offenen Tür ein. Zur Politik der IGGiÖ gehören die Integration der Muslime in Österreich sowie deren politische Partizipation.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens und dem Bürgerkrieg von 1992–1995 kamen viele muslimische Flüchtlinge nach Österreich. Inzwischen sind der ersten großen Einwanderergeneration längst weitere Generationen gefolgt, die bereits in Österreich geboren wurden und aufgewachsen sind. Sie haben die österreichischen Bildungssysteme durchlaufen, arbeiten auch in akademischen Berufen und bekleiden politische Ämter. Sie wollen den Islam nicht mehr als Gastarbeiterreligion sehen, sondern verstehen sich als österreichische Muslime/Musliminnen. Sie haben neue Schwerpunkte und Fragen in ihrem Leben, die sie eine eigene Identität suchen und finden lassen, ohne ihre Religion aufzugeben.

2. Organisationen und Vereine

a. Die IGGiÖ und ihr Umfeld

Gegenwärtig leben geschätzte 500.000 Muslime in Österreich mit bundesweit zirka 200 Moscheen (Gebetsräume) und vier Moscheebauten mit Minarett: in Wien (seit 1979), Saalfelden (seit 2003), Telfs (seit 2006) und Bad Vöslau (seit 2009). Die Gebetsstätten werden von Ortsvereinen getragen, auch finanziell. Auf Grund der gemeinsamen Muttersprache finden sich in solchen Vereinen einheitliche Ethnien zusammen wie Türken, Pakistani, Inder, Indonesier, Iraner, Albaner, Bosnier oder Muslime aus allen Teilen Afrikas.

Die IGGiÖ stellt die zentrale Organisation und die offizielle Vertretung der Muslime/Musliminnen in Österreich dar, ausgenommen die Gruppe der islamischen Aleviten, die 2010 als eigene Bekenntnisgemeinschaft anerkannt wurde (vgl. II.2.f). Nach der neuen Verfassung von 2009 hat jedes Bundesland eine eigene Religionsgemeinde; nur das Burgenland wird von der Religionsgemeinde Wien mitverwaltet.

Bildung und Seelsorge

Mit dem Status der IGGiÖ als Körperschaft öffentlichen Rechtes ist der islamische Religionsunterricht an allen öffentlichen Schulen verbunden, der entsprechend den Bestimmungen für die Kirchen geregelt wird. 1997 wurde die Islamische Religionspädagogische Akademie zwecks Ausbildung der Pflichtschullehrer/innen eröffnet, seit 2009 als „Privater Studiengang für das Lehramt für Islamische Religion an Pflichtschulen" benannt. Für die Ausbildung der Religionslehrer/innen an Höheren Schulen steht seit 2006 das Masterstudium „Islamische Religionspädagogik" an der Universität Wien zur Verfügung. Neben dem „Islamischen Gymnasium" mit Öffentlichkeitsrecht, der „Berufsorientierten Fachschule für Soziale Bildung", beide in Wien, wurde auch ein muslimischer Besuchs- und Sozialdienst eingerichtet, der für die Seelsorge in Krankenhäusern, Altersheimen, Haftanstalten und im Bundesheer zuständig ist. Die verschiedenen Vereine unterhalten eine Vielzahl von privaten Kindergärten und Schulen.

Initiativen und Gruppen innerhalb der IGGiÖ

Im Mai 2000 hat sich die „Initiative Muslimischer Österreicher/innen" (IMÖ) gebildet, veranlasst durch die neue Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ und die antiislamische Rhetorik der FPÖ. Dabei handelt es sich um einen freien Zusammenschluss von einer kleinen Gruppe von Engagierten unterschiedlicher nationaler Herkunft. Die Gruppe tritt öffentlich ein für eine Integrationspolitik ohne Assimilationszwang, für politische Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit sowie gegen Frauenbeschneidung, Rassismus und Diffamierungen gegenüber dem Islam. Regelmäßige E-Mail-Aussendungen informieren über eigene Aktivitäten, aktuelle Debatten und Veranstaltungen; zu den Adressaten gehören nicht nur Muslime. Auch innerhalb der IGGiÖ hat die IMÖ immer wieder Initiativen angestoßen wie den Bau eines islamischen Friedhofs in Wien, der im Oktober 2008 eröffnet wurde (seit 2010 gibt es ein muslimisches Gräberfeld in Graz) sowie Nachbarschaftstage von Moscheen oder Aktionen von Frauen innerhalb und außerhalb des „Forum Muslimische Frauen Österreich"; dieses Forum engagiert sich in Sozial- und Familienberatung und öffentlicher Vortragstätigkeit. Das „Islamische Institut für Erwachsenenbildung" in Wien wurde 2008 gegründet und arbeitet mit verschiedenen Volkshochschulen zusammen.

Auch die europäischen und österreichischen Imamekonferenzen gehen auf die Anregung durch die IMÖ zurück. Die erste Konferenz zur Standortbestimmung des Islams in Europa fand im Juni 2003 in Graz statt, die jüngste im Mai 2010 in Wien; die jeweiligen Erklärungen sind im Internet der IGGiÖ dokumentiert (Imamekonferenzen: Internet). Die IMÖ setzt sich für den Religionsdialog mit Christen und Juden ein und ist auch an der „European Muslim Initiative for Social Cohesion" (EMISCO) beteiligt, die sich die stärkere Partizipation von Muslimen in europäischen Gesellschaften zum Ziel gesetzt hat. Für ihre Aktionen wurde die IMÖ 2008 von der Margaretha-Lupac-Stiftung der Republik Österreich für Verdienste um Demokratie und Toleranz ausgezeichnet.

Die „Muslimische Jugend Österreich" (MJÖ) gehört ebenfalls zur IGGiÖ, wurde 1997 gegründet und stellt mit etwa 30.000 Jugendlichen, Mitgliedern und solchen, die fallweise an den Aktivitäten teilnehmen, die bedeutendste Jugendorganisation dar. Ihr geht es um eine kreative Verbindung der islamischen und österreichischen Identität. Die multiethnische und deutschsprachige Organisation ist von einer neuen Generation geprägt, die nicht mehr unmittelbar aus einer Migrationsgeschichte kommt. Seit 2007 führen zwei Frauen den Vorsitz, womit das Selbstbewusstsein von Frauen und deren Akzeptanz zum Ausdruck kommen. Seit 2004 läuft das Frauenprojekt „Fatima" zur Unterstützung der Qualifikation junger Frauen und das analoge Männerprojekt „Mustafa". Die MJÖ mit ihren Partnerorganisationen „Muslimische Pfadfinder/innen" (MPÖ) oder „Junge Musliminnen Österreich" (JMÖ) arbeitet auch mit anderen muslimischen und nicht-muslimischen Jugendorganisationen zusammen. Eine der vier Vorsitzenden der Bundesjugendvertretung ist eine Vertreterin der MJÖ.

Neue Verfassung und Wahlen

Mit der neuen Verfassung vom 22. Oktober 2009 gab sich die IGGiÖ eine neue Struktur mit einem mehrstufigen Wahlmodus. Demnach wählen zuerst die Religionsgemeinden in den verschiedenen Bundesländern ihre Gemeindeversammlung, woraus wiederum Ausschüsse gewählt werden, denen die Leitung der Gemeinde obliegt; im Aufbau lässt sich dies mit Gemeindeversammlung und Presbyterium im evangelischen Kontext vergleichen. Diese Ausschüsse schlagen Delegierte vor, die von der jeweiligen Religionsgemeinde in den Schura-Rat entsandt werden, eine Art „Parlament" als Legislative auf Bundesebene. Auch die Vereine sind daran beteiligt, indem je 50 Mitglieder einen Delegierten in die Gemeindeversammlungen entsenden. Der Oberste Rat stellt das exekutive Verwaltungsorgan dar mit aus dem Schura-Rat gewählten 15 Mitgliedern. Den Vorsitz im Obersten Rat hat der Präsident der IGGiÖ inne.

Der Wahlprozess begann mit einer Registrierung, um die Zahl der Wahlberechtigten festzustellen. Von den etwa 124.500 Personen, die sich registrieren ließen, waren gut 27.000 wahlberechtigt, da sie den jährlichen Mitgliedsbeitrag entrichtet hatten, eine Voraussetzung für das passive und aktive Wahlrecht. An der Wahl haben etwa 76% der Wahlberechtigten teilgenommen. Dabei muss aber bedacht werden, dass die Vereine nur eine geringe Zahl von Mitgliedern registrieren ließen, die ausreichte, um einen Delegiertensitz zu erlangen. Bei diesem Verfahren wurden 250 Moscheen und Vereinigungen registriert, deren Mitgliederzahl wesentlich höher liegt.

Die Neuwahlen begannen Ende 2010 in den Bundesländern, 2011 folgten Steiermark und Wien mit der größten Religionsgemeinde. Auf Grund der geringen Zahl der Wahlberechtigten im Burgenland kam es zu einer Bestimmung der Delegierten ohne Wahl. Unter den 501 Delegierten sind 44 Frauen. Wahlsieger waren die türkischen Organisationen ATIB und die „Islamische Föderation", die Millî Görüş zugerechnet wird; ATIB übernahm die Leitung der Wiener Religionsgemeinde. Anas Schakfeh stand als Kandidat für das Präsidentenamt nicht mehr zur Verfügung; 2010 erhielt er das „Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien". Als neuer Präsident wurde Fuat Sanac von der Föderation gewählt. Mit diesen Wahlen erhielt die IGGiÖ verstärkt ein türkisches Profil.

b. Gruppen in Opposition zur IGGiÖ

Die „Muslimische Jugend Österreich“ darf nicht mit der 2006 gegründeten „Islamische Jugend Österreich“ (IJÖ) verwechselt werden, eine kleine Gruppe, die durch den Prozess gegen ihren ehemaligen Obmann Mohamed Mahmoud und seiner Frau Mona S. Schlagzeilen gemacht hatte. Die IJÖ stand mit extremistischen Kreisen in Verbindung.

In Opposition zur IGGiÖ stehen zwei kleine Gruppierungen, die sich von ihr nicht vertreten fühlen: Die „Initiative Liberaler Muslime Österreich“ (ILMÖ) versteht sich als Vertreterin der schweigenden Mehrheit der Muslime in Österreich. Das 2005 gegründete „Islamische Informations- und Dokumentationszentrum“ (IIDZ) will einen „liberalen und weltoffenen Islam“ vertreten. Dieser Verein wirft der IGGiÖ vor, nicht repräsentativ zu sein und kritisierte öffentlich die Neuwahlen und deren Ergebnis. Mehrfache Gerichtsverfahren gegen die IGGiÖ blieben erfolglos. Als Antwort darauf haben sich mit einer Erklärung vom 9. Feber 2009 etwa 50 muslimische Dachverbände, Vereine und Moscheegemeinden hinter die Repräsentationsfunktion der IGGiÖ gestellt.

c. Türkische Verbände

ATIB

Die Mehrheit der Muslime in Österreich bilden die Türken, die in verschiedenen Verbänden organisiert sind. Den größten Dachverband stellt die „Türkisch-Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit“ (ATIB) dar als Auslandsvertretung der Präsidialstelle für religiöse Angelegenheiten der türkischen Regierung (Diyanet). Der Präsident ist daher ein Religionsattaché der türkischen Botschaft, der Ankara direkt untersteht. Seit Mitte der 1970-er Jahre schickt Diyanet türkische Imame für eine begrenzte Zeit über den diplomatischen Weg nach Europa, seit 2011 für fünf Jahre. Für diese Imame, darunter auch Frauen als Religionsbeauftragte, veranstaltet das österreichische Außenministerium seit 2008 Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Tätigkeit in Österreich; am Unterricht sind auch Personen aus der IGGiÖ und nicht-muslimische Fachleute beteiligt.

Der Verband wurde 1990 gegründet und umfasst etwa 60 Moschee- und Kulturvereine. ATIB versteht sich als eine unpolitische Organisation, die türkischen Muslimen/Musliminnen vielfältige religiöse, soziale und kulturelle Dienste bietet, aber auch daran interessiert ist, eine türkische Identität im Ausland zur Geltung zu bringen. Dazu gehört die Errichtung von Moscheen und Kulturzentren (z. B. die Moscheen von Saalfelden, Telfs und Bad Vöslau). Im Mai 2010 wurde die ATIB-Union vom österreichischen Umweltminister für ihr Engagement in Umweltfragen ausgezeichnet.

Der „Verein Wonder“ unterstützt etwa 700 türkische muslimische Studierende z. B. durch Stipendien und ist eine österreichische Zweigstelle der türkischen Organisation „Önder“, von der es heißt, sie werde von der jetzigen Regierungspartei AKP gefördert.

Islamische Föderation (Millî Görüş)

Die „Österreichische Islamische Föderation“ stellt einen Dachverband von Moscheevereinen dar, der in den 1980-er Jahren zustande kam; der größte Mitgliedsverein ist die seit 1987 bestehende „Islamische Föderation Wien“. Es war der Politiker und zeitweise türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan, der die Partei Millî Görüş („Religiöse Sicht“) ins Leben rief, die sich am Prinzip einer gerechten islamischen Ordnung orientiert. Die Gruppe richtete sich gegen das laizistische türkische Staatsmodell mit dem Ziel, der Religion zur Geltung zu verhelfen, und wurde daher verboten. Dass es sich deshalb um eine fundamentalistische, subversiv arbeitende Bewegung handelt, als die sie oft dargestellt wird, ist jedoch nicht erwiesen. Durch neue Generationen und die abnehmende Dominanz des Laizismus in der Türkei hat sich das oppositionelle Profil von Millî Görüş inzwischen gewandelt. Die Föderation kümmert sich um die wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Belange von Migranten/Migrantinnen. Zum Programm zählen Jugendarbeit mit Koran- und Sommerkursen, Studenten- und Frauenarbeit sowie kulturelle Veranstaltungen (vgl. Schiffauer 2010).

Union Islamischer Kulturzentren in Österreich (UIKZ)

Die UIKZ, zusammen mit dem weiteren Zweig der „Vereinigung Islamischer Kulturzentren“, besteht seit 1980 und widmet sich aus Sorge um die religiöse Identität der jungen Generation der Erziehung. Dabei legt sie auf die Kenntnis des Arabischen und der religiösen Tradition besonderen Wert. Zu ihrer Tätigkeit zählen Korankurse und Sommerlager; sie betreibt auch Internate. Dem Konzept liegt eine mystische Richtung zugrunde, wie sie der Gelehrte Süleyman Hilmi Tunahan (1888–1959) vertreten hat, der selbst in der Tradition einer Sufi-Bruderschaft aus dem 14. Jahrhundert *(Nakschbandi)* aufgewachsen war. In dieser Tradition ging es nicht um ekstatische Erlebnisse, sondern um die Verinnerlichung des muslimischen Gesetzes. In der Union spielen Frauen eine wichtige Rolle z. B. als Koranlehrerinnen für Mädchen, wie auch Tunahan seine Töchter in der Religion unterrichtete. Mit der Säkularisierung des Staates in der Türkei wurden die Schulen der Süleymanci-Bewegung geschlossen, der man staatsfeindliche Agitationen vorwarf, während es ihr um eine Religionsfreiheit ging, die der Religion einen sichtbaren Platz im öffentlichen Leben gibt. Aus dieser innertürkischen Spannung resultiert der Verdacht, diese Gruppe würde ihre Angehörigen indoktrinieren und die Gesellschaft auch im Ausland islamisch unterwandern. Die Union ist heute mit der Süleymanci-Bewegung in der Türkei verbunden.

Nurcu

Die „Nurcu-Bewegung“ führt ihren Namen auf Said Nursi (1876–1960) zurück, der in der Frühphase der kurdischen Nationalbewegung aktiv war. Später wandte er sich der türkischen Nationalbewegung zu, um seine islamischen Bildungsziele zu fördern. Als deutlich wurde, dass die Türkei einen laizistischen Weg einschlug, zog er sich zurück. Er strebte eine Islaminterpretation an, die dem 20. Jahrhundert entspricht, und seine Schriften zeigen eine stark mystische Tendenz. Der international tätigen Nurcu-Bewegung geht es besonders darum, junge Muslime vor dem Verlust ihrer muslimischen Identität zu bewahren bzw. sie wieder zum Glauben zurückzuführen. In Österreich befindet sich die Bewegung seit 2001 in Vorarlberg im Aufbau. Es handelt sich um die Institute „Galileo“ für

Kultur, Bildung und Sport mit Sitzen in Dornbirn und Feldkirch; auch in Wien gibt es aktive Gruppen (vgl. Dörler 2003).

Fethullah Gülen

Die Bewegung von Fethullah Gülen (* 1938) ging aus der Nurcu-Bewegung hervor und wandte sich ebenfalls gegen den laizistischen türkischen Staat. Ihm und seiner Bewegung werden Sektierertum und Unterwanderung vorgeworfen. Gülen will Religion und Wissenschaft wieder zusammenbringen und schuf ein Netzwerk von inzwischen hunderten von Bildungseinrichtungen in vielen Ländern, darunter sieben Universitäten, die sich dem ehrenamtlichen und finanziellen Engagement der Mitglieder verdanken. Die Fethullah-Gülen-Bewegung wird zuweilen mit dem christlichen Pietismus verglichen, dessen Gruppen eigene Zirkeln spirituellen Austausches schaffen, sich aber auch in Erziehung und Bildung engagieren. Das Friede-Institut für Dialog mit Zentren in Wien und Innsbruck steht der Gülen-Bewegung nahe und widmet sich dem interreligiösen Gespräch. Fernseh- und Radiosender sowie die Zeitung „Zaman", die auch in Österreich (mit einem deutschsprachigen Teil) vertrieben wird, gehören zur Präsenz in der Öffentlichkeit. Gülen selbst wurde ins Exil gezwungen und lebt heute in den USA.

Millî Görüş, der Süleymanci- und Nurcu-Bewegung sowie der Bewegung von Fethullah Gülen ist gemeinsam, dass ihre Entstehung mit einem Konflikt mit dem türkischen Staat einherging, der diese Bewegungen als Gefährdung seiner laizistischen Position ansah und als religiöse Indoktrination, somit als politische Unterwanderung interpretierte. Ohne die inzwischen erfolgten Veränderungen zu beachten, wird diese Einschätzung heute aus nicht-muslimischer Sicht übernommen und diesen Bewegungen als Stempel aufgedrückt (so z. B. von Schmidinger 2008).

d. Organisationen aus anderen muslimisch geprägten Ländern

Bosnische Muslime

Der bosnische Islam, der seit der Zeit der Donaumonarchie in Österreich eine gewichtige Rolle spielte, erhielt auf Grund des Balkankrieges durch die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien erheblichen Zuwachs. 1992 wurde der „Bosnisch-islamische Religions- und Kulturverein" in Innsbruck gegründet. Der „Dachverband der Bosniaken in Österreich" unterhält 22 Moscheen. Die nationale Zersplitterung führte auch zur Gründung von je eigenen Vereinen für Kroaten, Serben und Albaner. Zur „Union Albanischer Muslime" gehören 12 Moscheenvereine; in Wien gibt es sechs Gebetsräume, wobei einer davon den aus Serbien stammenden Muslimen/Musliminnen zugerechnet wird. Zwei weitere haben sich von der religiösen Führung in Bosnien, dem Großmufti Mustafa Cerić, häufiger Gast bei Dialogkonferenzen, losgesagt und werden als wahhabitisch angesehen. Die aus Saudi-Arabien stammenden Wahhabiten, eine strikte „dogmatische" Richtung des Islams, unterstützten die bosnischen Muslime im Krieg gegen die serbische Übermacht und versuchen seither, den bosnischen Islam für sich zu gewinnen. Daneben gibt es in Österreich auch drei eher nicht-religiöse bosnische Kulturvereine.

Muslimbrüder

Die Organisation der „Muslimbrüder" (MB) wurde 1928 in Ägypten gegründet und wendet sich gegen Säkularisierungsprozesse. Sie ist in vielen arabischen und europäischen Ländern vertreten und versteht sich als eine aktive Elite, der es in ihrer vor allem pädagogischen Aktivität um eine deutliche islamische Identität geht, oft verbunden mit einer pauschalen Kritik gegenüber dem säkularisierten und daher moralisch verkommenen „Westen". In Österreich werden einzelne Vereine als Stützpunkte der Muslimbrüder genannt wie die 1998 gegründete „Liga Kultur — Verein für kulturellen Brückenbau" in Graz. Da sich viele Mitglieder nicht offen zu erkennen geben, was auf die Geschichte der MB als einer verfolgten Untergrundorganisation zurückgeht, ist eine eindeutige Zuordnung von Personen und Gruppen erschwert und der Spekulation Tür und Tor geöffnet.

e. Andere muslimische Richtungen

Zwölferschiiten

Neben der zahlenmäßig größten islamischen Richtung der Sunniten stehen die Schiiten, die sehr früh eine eigene Richtung und Gruppe gebildet haben (vgl. II.3.b). Die Theologie der Zwölferschia ist von philosophischen Zugängen und mystischen Zügen geprägt. In Österreich sind die Zwölferschiiten, die etwa 15 Prozent ausmachen, entweder iranischer und irakischer Herkunft oder Konvertiten/Konvertitinnen; es gibt auch eine türkisch-schiitische Gemeinde. Ebenso finden sich Ableger irakischer Organisationen wie des „Islamischen Höchsten Rates" (ISCI). 1990 wurde das „Islamische Zentrum Imam Ali" in Wien gegründet. Das „Islamische Bildungs- und Kulturzentrum Österreich" (IBIKUZ) steht der Islamischen Republik Iran nahe, wird von Konvertiten/Konvertitinnen geführt und engagiert sich im interreligiösen Dialog. Der Dachverband der schiitischen Vereine (Ahlul-Bayt) ist in der IGGiÖ mit einem Delegierten im Schura-Rat vertreten. Ein schiitischer Gelehrter promovierte 2008 an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Innsbruck.

Sufi

Der Begriff Sufismus bezeichnet die islamische Mystik, deren besondere Formen der Religiosität in einer Meister-Schüler-Beziehung gelebt und weitergegeben werden. Der Weg zur inneren Einheit mit Gott wird durch Reinigung von Unwissenheit, Dogmatismus oder Egoismus und intensivem Lobpreis Gottes sowie stille Versenkung gesucht. Aus dem Sufismus haben sich verschiedene Richtungen und Orden entwickelt. Bekannt sind die beiden Sufis Muhammad al-Ghazali (1058–1111) und Dschalal ad-Din ar-Rumi (1207–1273). Der Sufismus ist in Österreich in manchen Moscheegemeinden auch mit eigenen Andachtsräumen vertreten. Dazu zählt der auf den Inder Hazrat Inayat Khan (1882–1927) zurückgehende „Internationale Sufiorden", der sich eher westlichen Bedürfnissen anpasst.

Ahmadiya

Die Gruppe der Ahmadiya, Ende des 19. Jahrhunderts in Indien entstanden, wurde von Mirza Ghulam Ahmad (1835–1908) ins Leben gerufen, der sich in Auseinandersetzung mit der christlichen Mission zunächst als Reformer des Islams verstand. Später erklärte er sich zum wiederge-

kommenen Messias (Mahdi), wobei er christliche, hinduistische und buddhistische Traditionen auf sich bezog. Er sah sich auch als Prophet, was aber der muslimischen Lehre von Muhammad als dem letzten Propheten widerspricht, weshalb die Ahmadiya als nicht rechtgläubige Sekte gilt. Die Gruppe selbst versteht sich als friedliche Bewegung, die durch ein sozial verantwortetes Leben für ihren Glauben wirbt. Nach der Lehre der Ahmadiya ist Jesus nach Indien ausgewandert und in Kaschmir eines natürlichen Todes gestorben. Die 1992 in Wien eingerichtete Ahmadiya-Gemeinde ist klein; angegeben werden 78 Mitglieder aus Pakistan, Bangla Desh und Österreich, die auf Wien, Steiermark, Salzburg und Oberösterreich verteilt sind.

Salafisten

Die Salafisten sind eine Frömmigkeitsbewegung, die den Islam von allen kulturellen Beimischungen reinigen und zu den Ursprüngen und den Vorfahren *(as-salaf)* zurückkehren will; sie stehen den Wahhabiten nahe. Nichtislamische Gesellschaften werden als unmoralisch und dekadent betrachtet. Im Mittelpunkt steht die persönliche Glaubensgewissheit, die die Gläubigen durch einen direkten Zugang zu den religiösen Texten suchen, die sie selbst interpretieren. Dadurch kommt es jedoch zu Vereinfachungen, zumal auch die Auslegungstraditionen muslimischer Gelehrter abgelehnt werden. Damit fällt die Kontrolle gegenüber extremistischen Entwicklungen weg, wozu es unter Teilen der Salafisten besonders in Ägypten gekommen ist, die Christen (Kopten) attackieren sowie Muslime, die ihnen vom rechten Weg abgekommen zu sein scheinen (vgl. Meijer 2009; Agai in: Schmid 2007, 202). Dieser Bewegung nahe stehende Gruppen und Personen finden sich auch in Österreich.

Hizb ut-Tahrir

Diese in den 1950-er Jahren von einem Palästinenser gegründete „Befreiungspartei" vertritt die Wiedererrichtung des Kalifats. Sie hat einen ihrer Sitze in Wien und ihr europäisches Hauptquartier in London. In Deutschland wurde die Gruppe 2003 wegen ihrer antiisraelischen Haltung verboten. Ein Vertreter dieser Gruppe fiel 2008 in Wien mit seiner Botschaft in einem Vortrag im „Haus der Begegnung" auf. Hauptsächliche Aktionsfelder sind Usbekistan und Pakistan, wobei Gewaltakte verurteilt werden.

f. Andere Gruppierungen

Aleviten

Der Begriff „Aleviten" kann sich auf sehr viele unterschiedliche Gruppierungen beziehen mit mehr oder weniger islamischem Hintergrund, die sich nicht „auf einen Nenner" bringen lassen. Die Aleviten entstanden im Bereich Anatoliens in der Zeit des Osmanischen Reiches (14. Jh.). Sie haben ihren religiösen Ursprung im schiitischen Islam, von dem sie sich insofern auch wieder abgrenzen, als Imam Ali von ihnen als eine präexistente Gestalt gesehen wird; sie grenzen sich auch von den Sunniten ab, von denen sie lange verfolgt wurden. Ihre religiösen Versammlungen, begleitet von Musik (Hymnen) und rituellem Tanz, unterscheiden sich wesentlich vom muslimischen Freitagsgebet; zentral ist ein gemeinsames Mahl, das an das christliche Abendmahl erinnert, aber damit nichts zu tun hat. Manche kennen eine Heiligenverehrung und die Verehrung des Republikgründers Atatürk, den sie politisch unterstützten. Bei manchen Gruppen spielen auch vorislamische religiöse Strömungen, sufische und gnostische Elemente eine Rolle (vgl. Greussing 2009; Sökefeld 2008; Dreßler 2002).

Die etwa 60.000 Aleviten in Österreich, davon fast die Hälfte in Wien, haben sich im Dachverband „Föderation der Aleviten-Gemeinden in Österreich" (AABF) zusammengeschlossen, der acht verschiedene Vereine umfasst. Daneben gibt es auch den „Verein kurdischer Aleviten", der geringere islamische Züge aufweist. Der „Kulturverein der Aleviten Wien", ein Teilverein der AABF gibt die Zeitung „Yeni Vatan Gazetesi" heraus. 2009 und 2010 wurden Anträge von Seiten der AABF und des Kulturvereins auf rechtliche Anerkennung gestellt. Im Dezember 2010 entschied das Kultusamt für die „Islamisch Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich" (IAGÖ) als „staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft".

Kleinere Vereine

Neben den genannten Verbänden gibt es noch eine Vielzahl kleiner muslimischer Vereine, die sich hier nicht alle aufzählen lassen; sie können auf der Website der IGGiÖ eingesehen werden. Darunter sind im türkischsprachigen Spektrum auch österreichische Ableger türkischer Parteien, die eine türkisch-nationalistische-islamische Synthese anstreben, weiters die „Palästinensische Vereinigung Österreich", der „Verein für Immigranten Tunesiens", „Cirde-Austria — Zentrum der Islamischen Forschung, Dokumentation und Bildung" oder das „Institut für Interkulturelle Islamforschung" der „Muslimischen Weltliga" (vgl. V.1.d und V.4.e), angesiedelt im „Islamischen Zentrum Wien" am Hubertusdamm. Dazu kommen syrische Alawiten, die von den Aleviten zu unterscheiden sind, andere schiitische Richtungen außer der Zwölferschia sowie verschiedene Wohltätigkeitsvereine und Hilfswerke. Eine große Zahl von Organisationen und Personen ist im christlich-islamischen Gespräch engagiert.

3. Extremismus

Der Begriff Dschihad

Der Begriff „Dschihad" lässt sich mit „Anstrengung" (für das Gute), „Einsatz für den Weg Gottes" (gegen das Böse) übersetzen und meint nicht Krieg oder bewaffneten Kampf, wofür im Arabischen die Begriffe *„harb"* oder *„qital"* stehen. Der Koran versteht unter Dschihad in erster Linie den Einsatz für Gott durch das Zeugnis des Glaubens nach dem Vorbild Abrahams (Suren 22, 78; 29, 69). Die Mehrheit muslimischer Gelehrter und Theoretiker betont, dass sich eine solche Anstrengung auf den moralischen Kampf mit sich selbst gegen Egoismus und andere Begierden bezieht, was im Koran durchaus Anhalt hat; dies lässt sich auch als eine Antwort auf den Vorwurf verstehen, der Islam sei eine kriegerische Religion (vgl. z. B. Gülen 2005, 202 ff.).

Freilich kennt der Koran auch die militärische Verteidigung der Gemeinschaft der Gläubigen durch den bewaffneten Kampf, was auf die Angriffe der Mekkaner auf die Muslime noch während der Entstehungszeit des Islams zurückgeht (vgl. II.1.d). Dieser Pflicht sollen sich die Mus-

lime stellen, auch wenn es ihnen zuwider ist (Sure 2, 216). Daher wurde und wird in der islamischen Tradition der Begriff Dschihad auch mit dem bewaffneten Kampf verbunden wie z. B. mit dem Widerstand gegen eine Besatzungsmacht. Dabei halten die Definition des Bösen und die Unterscheidung zwischen Verteidigung und Angriff einen großen Interpretationsspielraum offen.

Der „Dschihadismus" ist eine neuzeitliche Erscheinung (vgl. Lohlker 2009) und erhielt eine besondere internationale Bedeutung seit den 1980-er Jahren im Zusammenhang mit dem Afghanistankonflikt und der Gruppe al-Qa'ida (vgl. V.2.e). Über die sympathisierende vielsprachige Internet-Plattform „Globale islamische Medienfront" (GIMF) werden Nachrichten, Videos oder Grundsatzerklärungen veröffentlicht, darunter auch Traktate von extremistischen Predigern.

Extremistische Anschauungen, vereinzelt auch Aktivitäten finden sich auch in Österreich; auch spielen muslimische Jugendliche, die im Land geboren und aufgewachsen sind, und Konvertiten/Konvertitinnen eine Rolle (vgl. III.2.b). Die betreffenden Personen werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung beobachtet.

Die Rolle von Demütigung

Auch wenn sich extremistische Gruppen auf den Koran berufen, lässt sich doch der Islam als Religion dafür nicht pauschal verantwortlich machen. Ebenso wenig gerechtfertigt ist es, alle Muslime/Musliminnen unter einen Generalverdacht zu stellen, was außerdem die muslimische antiwestliche Rhetorik bestätigen würde. Die Gründe für eine Radikalisierung sind vielfältig. Wissenschaftliche Studien sehen eine psychologische Hauptursache im Gefühl der Demütigung, der Verletzung von Würde und Selbstwertgefühl, also in der Verweigerung von Respekt. Daraus können dauerhafte Ressentiments entstehen, ein tief sitzender, nachtragender Groll, der nicht zu Rache führt, sondern zu einer Umkehrung, einem Gefühl von Überlegenheit, aus der heraus versucht wird, Macht über andere zu gewinnen, um sie ebenfalls zu demütigen, auch mit handgreiflicher Gewalt. In einer solchen Konstellation ist Konfliktlösung kein Thema (vgl. Jones 2008).

Demütigungen betreffen nicht nur das Schicksal einzelner, sondern auch das von Bevölkerungsgruppen oder einer ganzen Bevölkerung. Sie setzen sich im kollektiven Gedächtnis einer Familie oder eines Volkes fest und werden lange nicht vergessen. Sie müssen auch nicht selbst erlebt sein, denn das Gefühl der Demütigung entsteht auch durch Identifikation mit anderen wie mit der Geschichte von Völkern, die unter kolonialer Herrschaft standen. Aber auch dann, wenn das nicht der Fall ist, kann eine solche Geschichte zum symbolischen Ausdruck für eigene Verletzungen von Würde werden, was mit schlechter Behandlung, sozialer Isolation oder mit mangelnden Chancen zu tun hat, eine angesehene Rolle in der Gesellschaft zu erlangen. Das betrifft nicht nur Muslime/Musliminnen, wie z. B. die blutigen Attentate durch einen Norweger im Juli 2011 gezeigt haben. Diese Dynamik kann dann zu einer Großgruppenidentität führen, die keine Unterschiede mehr zwischen Menschen macht, so dass in der Vorstellung einander Kollektive gegenüberstehen, die sich einen Kampf zwischen Licht und Finsternis liefern: Muslimische Gruppen gegen christliche oder die westliche Welt, aber ebenso umgekehrt (vgl. Volkan 2004 und 2006).

Versuchungen der Religion

In einem solchen Szenarium spielt die Religion insofern eine Rolle, als sie mit ihren Verheißungen von Heil und Gerechtigkeit, von Nähe zu Gott und Befreiung vom Bösen, äußerem wie innerem, von Paradies, Gottesreich und ewigem Leben ein Kontrastprogramm bietet. Damit vermag sie das Selbstwertgefühl zu stärken, was freilich bei radikalen Gruppen in die Schablone eines Schwarz-Weiß-Denkens integriert wird. Diese Akteure sehen ihre Gewaltakte dann als Reinigung der Welt von allem Bösen im Auftrag des gerechten Gottes, aber auch als Selbstreinigung und Selbstopfer, um Annahme durch Gott und ewiges Leben zu erlangen. Dabei steht die selektive Lektüre der religiösen Quellen im Dienste der Psychodynamik. Auch das gilt nicht nur für muslimische Gruppen, sondern stellt in allen Religionen eine Versuchung dar. Daher muss unterschieden werden zwischen politisch motivierten Kriegen, die religiös legitimiert werden, und religiös motivierten Gewaltakten, die auch in ihren politischen Aktionen als so etwas wie eine „heilige Handlung" verstanden werden (vgl. Kippenberg 2004). Möglichen Verbrechen vorzubeugen und Delikte, ob aus religiösen Gründen begangen oder nicht, vor die Gerichte zu bringen, ist eine rechtsstaatliche Notwendigkeit. Aber jede Islamhetze, die Muslime/Musliminnen demütigt, weil sie Muslime/Musliminnen sind, anstatt sie zu respektieren, verletzt die Menschlichkeit und macht sich an möglichen Radikalisierungen mitschuldig.

IV. Christentum und Islam in ihrer wechselseitigen Wahrnehmung

1. Gesprächslagen

Gesellschaftliche Verantwortung

Islam und Christentum stehen von Anfang an miteinander in Verbindung, da die nachfolgende Religion sich zur vorausgehenden in Beziehung setzen muss, während für die vorausgehende kein Anlass besteht, sich mit der nachfolgenden zu beschäftigen, jedenfalls kein theologischer (vgl. Busse 1988, 176; Zirker 1993, 287). Die Wurzel des Christentums liegt im Judentum, dem es in theologischer Hinsicht bleibend verbunden ist; im Islam sind Traditionen beider vorausgehender Religionen präsent, auch wenn diese theologisch nicht als Wurzel betrachtet werden. Wie unterschiedlich die theologischen Bezüge auch aussehen, handelt es sich um drei eigenständige Religionen, die zueinander in Kontinuität und zugleich Abgrenzung stehen. Um diese Spannung zu lösen, sieht sich die jeweils nachfolgende Religion, ihrem Selbstverständnis entsprechend, bereits in der vorausgehenden angekündigt. So nimmt das Christentum rückblickend in der jüdischen Bibel, dem Alten Testament, eine verborgene Ankündigung des Kommens Jesu wahr, wovon das Neue Testament geprägt ist; und der Islam findet in der gesamten Bibel die verborgene Ankündigung des Propheten Muhammad. Damit bleibt freilich die Spannung zwischen Kontinuität und Abgrenzung bestehen.

Nun begann sich seit etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts der Schwerpunkt von der theologischen auf die

gesellschaftspolitische Ebene zu verlagern, die zur Basis für die interreligiöse Verständigung wurde. Denn Christen/Christinnen und Muslime/Musliminnen leben nicht nur in Österreich, sondern auch in ganz Europa in einer Gesellschaft zusammen, sind Nachbarn, sitzen nebeneinander in den Schulbänken und in den Hörsälen der Universitäten, begegnen einander in verschiedenen Berufsfeldern. Damit der gesellschaftliche Zusammenhang nicht zerbricht und die Verantwortung für die Welt und ihre Bewohner gemeinsam wahrgenommen werden kann, geht es darum, miteinander respektvoll und ohne wechselseitige Diffamierung umzugehen. Dazu braucht es Kenntnis voneinander, und dazu zählt auch das jeweilige theologische Profil, das Denkweise, Haltungen und Handlungen wesentlich mitbestimmt.

2. Muslimische Sichtweisen auf das Christentum

Themen der Bibel

Zwischen Bibel und Koran gibt es vielfache Berührungspunkte. So enthält der Koran zahlreiche Elemente, Themen und Teile von Erzählungen, die auch in der Bibel vorkommen. Dazu gehören die Schöpfung, die Erschaffung des Menschen, der „Sündenfall", Kain und Abel, Noah, die Arche und die Flut. Stark vertreten sind die Joseferzählung (Sure 12) und die Mosesüberlieferung; die Königsgestalten David und Salomo sowie einzelne Personen wie Jitro, Elia, Jona und Hiob, vor allem aber Jesus und Maria, Zacharias und Johannes der Täufer spielen eine wichtige Rolle. Zudem finden sich Elemente, die nicht in der Bibel, aber in außerkanonischen Schriften vorkommen. Man kann davon ausgehen, dass solche Überlieferungen im damaligen multireligiösen Arabien bekannt waren (vgl. II.2.d).

Tradition der Propheten

Nach dem Selbstverständnis des Islams ist der Koran Wort Gottes und die letztgültige Offenbarung des Willens Gottes, die an Muhammad als den letzten Propheten ergangen ist. Damit schließt Muhammad die Reihe aller vorangegangenen Propheten ab. Die früheren Propheten und ihre Botschaft, die sich aus muslimischer Sicht nicht von der koranischen unterscheidet, werden bekräftigt. Das gilt auch für Jesus, von dem es z. B. heißt, er habe bestätigt, was von der Tora vor ihm vorhanden war (Sure 61, 6), aber auch einiges erlaubt, was den Juden verboten wurde (Sure 3, 50). Alle Offenbarungen bleiben aufeinander bezogen, weil sie Offenbarungen des einen Gottes sind.

Aus muslimischer Sicht stammen alle Offenbarungen aus einem himmlischen „Urbuch", aus dem die Botschaft Gottes in verschiedene geschichtliche und sprachliche Kontexte zu den Menschen herabgesandt wurde (Sure 43, 2–4). Der Koran versteht sich also nicht als eine neue Botschaft, sondern als Erinnerung, Ermahnung und Korrektur, wo die ursprüngliche Offenbarung vergessen oder verändert wurde. Daher verstand sich auch Muhammad nicht als Stifter einer neuen Religion, sondern als von Gott berufener Reformer des in viele Richtungen zersplitterten Eingottglaubens. In diesem Zusammenhang spielt Abraham im Koran eine entscheidende Rolle: Er glaubte an den einen Gott, den er aus den Zeichen der Schöpfung erkannt hatte, also ohne Jude oder Christ zu sein; daher gilt er als Anhänger des reinen Glaubens, auf den sich die Religion des Islams beruft (Sure 3, 65.67).

Vorwürfe an die Schriftbesitzer

Im Koran wird den Schriftbesitzern allgemein, den Juden namentlich, mit denen es in Medina auch zu politischen Auseinandersetzungen gekommen war, der Vorwurf gemacht, sie hätten die Tora verfälscht, den Sinn der Worte entstellt. In der Auslegungstradition werden manche Verse des Korans, auch wenn dort die Christen nicht erwähnt sind (z. B. Suren 2, 159; 3, 78. 85), als Vorwurf an sie verstanden, das Evangelium, das Jesus offenbart worden, aber verloren gegangen sei, mit menschlichen Händen geschrieben zu haben.

Die vielen biblischen Bezüge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Koran diese in einen neuen Zusammenhang stellt und sie anders bewertet, weil etwas anderes im Mittelpunkt steht: die Offenbarung des letztgültigen Wortes Gottes an den Propheten Muhammad. Die Frage, welche Bedeutung die an Juden und Christen ergangenen Offenbarungen haben, wird in traditionalistischen Gruppen dahingehend beantwortet, dass durch den Koran die Tora und das Evangelium keine Gültigkeit mehr besitzen, und dass überall dort, wo diese Schriften nicht mit dem Koran übereinstimmen eine Verfälschung durch die Schriftbesitzer vorliege, die das Heil daher nur durch die Konversion zum Islam erlangen können (Agai in: Schmid 2007, 197 f.; Khoury 1991, 493 f.). Eine solche Position findet sich im Koran in dieser Eindeutigkeit nicht. Er bietet, je nach Kontext und Anlass verschiedene Akzente der Verhältnisbestimmung (Özsoy 2007, 111). Als Beleg für allfällige Verfälschungen gelten Streit und Uneinigkeit zwischen Juden und Christen, aber auch unter Christen, was dem Zustand des Christentums im 7. Jahrhundert durchaus entspricht, weil dieses bereits in viele unterschiedliche Richtungen zersplittert war; hier kann der Koran auch als eine Anfrage an die christliche Ökumene gelesen werden.

Es gibt freilich auch Auslegungen aus dem Mittelalter und der neueren Zeit, die auf Grund des Gesamtzusammenhangs des Korans eine andere Auslegung bieten, da der Koran auch dazu auffordert, dass die Juden die Bestimmungen der Tora und die Christen die des Evangeliums einhalten; sie sollen danach urteilen, was Gott ihnen vom (Ur)Buch herabgesandt hat (Sure 5, 44–47. 66–68). Zugleich betont der Koran, dass nicht alle Schriftbesitzer gleich sind; es gibt gottesfürchtige, aber auch solche, die Böses tun (Suren 3, 113–115; 5, 66–68) (Takim in: Schmid 2007, 47 f.). Manche Ausleger beziehen sich auf die Offenbarungsanlässe und wollen untersuchen, ob diese Vorwürfe an die Leute der Schrift generell gelten oder nur für die damaligen Juden und Christen im arabischen Raum.

Zurückweisung der Trinität

Trotz solcher offener Ansätze in der Auslegung steht jedoch fest, dass nach dem Koran diejenigen Christen Böses tun, die in Jesus mehr sehen als einen Menschen. Hier handelt es sich aus muslimischer Sicht um die unvergebbare Sünde der „Beigesellung" *(schirk),* die auf jeden Fall die Polytheisten betrifft; aber auch die Dreieinigkeit Gottes wird als ein Rückfall in die Vielgötterei bewertet. Wenn man die Wendung „Sohn Gottes" wörtlich im Sinne einer leiblichen Abkunft versteht, was der Koran nahe legt (Sure 2, 116), dann rückt das Christentum in die Nähe altarabischer Vorstellungen von Götterfamilien, zumal der

Koran den Christen zusätzlich vorwirft, auch Maria als Göttin zu verehren (Sure 5, 116). So kritisiert der Koran einerseits die Juden, die Jesus nicht als Propheten anerkennen und darüber in Streit geraten (Sure 19, 37), andererseits die Christen, die Jesus als Sohn Gott, dem Vater, an die Seite stellen. Von daher können Muslime die christliche Überzeugung von der Offenbarung Gottes im Menschen Jesus nicht nachvollziehen. Stellen wie diejenigen im Johannesevangelium, wo der scheidende Jesus das Kommen des Parakleten (= Beistand, Beschützer, Tröster), des Heiligen Geistes der Wahrheit (Joh 14, 17) ankündigt, werden als Ankündigung Muhammads (= der Gepriesene) gelesen, indem man an die Stelle des Wortes *parákletos* das Wort *periklytos* (= gepriesen) setzte. Diese Auslegung bezieht sich auf Sure 61, 6, wo Jesus sagt, er habe den Auftrag, einen Gesandten anzukündigen, „der nach mir kommt und dessen Name Ahmad [= der Gepriesene] ist" (vgl. Böttrich 2009, 168f.).

Als Prophet und Gesandter Gottes, der den einen Gott verkündet, wird Jesus im Koran hoch gewürdigt, und er genießt in der muslimischen Frömmigkeit als „Prophet des Herzens" große Verehrung (vgl. Khalidi 2001). Sehr deutlich bringt Sure 4, 171 sowohl Anerkennung als auch Abgrenzung gegenüber dem christlichen Verständnis zum Ausdruck: „Ihr Buchbesitzer! Geht nicht zu weit in eurer Religion und sagt nur die Wahrheit über Gott! Siehe, Christus Jesus, Marias Sohn, ist der Gesandte Gottes und sein Wort, das er an Maria richtete, und ist Geist von ihm. So glaubt an Gott und seine Gesandten und sagt nicht: ‚Drei'!" Auch nach dem Koran wurde Jesus ohne Zeugung durch einen menschlichen Vater aus der Jungfrau Maria geboren, aber wie Adam ins Dasein gerufen durch das Schöpfungswort Gottes. Daher ist er auch ein Geschöpf Gottes, das lebt und stirbt wie ein Mensch und auferstehen wird, wie Gott es für alle Menschen vorgesehen hat. Mit dem „Geist von ihm" ist wie bei der Erschaffung Adams das Einblasen des Lebensgeistes gemeint (Suren 15, 29; 21, 91). Denn Gott kann alles erschaffen, was er will, und die ungewöhnlichen Umstände der Geburt Jesu gelten als Zeichen und Hinweis auf die Allmacht Gottes. Mit Gottes Erlaubnis hat Jesus Wunder gewirkt, Blinde und Aussätzige geheilt und Tote zum Leben erweckt (Sure 3, 49).

Verhinderte Kreuzigung

Nach dem Koran sind alle Propheten, einschließlich Muhammad, auf Widerstand gestoßen und verfolgt worden, aber Gott hat sie alle gegenüber ihren Feinden stark gemacht (Sure 61, 14). Daher wurde auch Jesus nicht von den feindseligen Juden gekreuzigt, sondern es kam ihnen nur so vor (Sure 4, 155–158). Diese medinischen Verse fallen in die Auseinandersetzungen mit den jüdischen Stämmen (vgl. II.1.d) und stellen eine Warnung an die Juden dar: Gott hat die Tötung Jesu verhindert und so wird er auch ihre bösen Absichten gegenüber Muhammad vereiteln.

Diese Stelle ist zwar gegen die Juden gerichtet und nicht gegen die Christen, aber zugleich doch gegen die christliche Kreuzestheologie und Versöhnungslehre, die auch mit dem christlichen Verständnis von Sünde zusammenhängt, das sich vom muslimischen unterscheidet. Nach dem Koran wurde der Mensch „schwach erschaffen" (z. B. Suren 4, 28; 30, 54), ist leicht verführbar, kann aber auf Gottes Vergebung vertrauen, wenn er bereut; auch kann er Verfehlungen vermeiden. Daher bedarf es aus muslimischer Sicht auch keiner Erlösung von der Sünde, die Gott nach christlicher Überzeugung in Jesus Christus gestiftet hat (vgl. VII.5).

3. Christliche Sichtweisen auf den Islam

Religionsgespräche

Da das Christentum dem Islam vorausgeht, kann sich in seinen Schriften auch kein Bezug zum Islam finden. Mit dem Auftreten des Islams in der Geschichte waren die Christen freilich dazu herausgefordert, sich zum Islam ins Verhältnis zu setzen, was von muslimischer Seite wiederum beantwortet wurde. Das galt zuerst für die Christen im Osten, die unter muslimischer Herrschaft lebten. Unter vielen Kalifen kam es zu Briefwechseln und Religionsgesprächen zwischen Christen und Muslimen. Ein besonders interessantes Gespräch ist zwischen dem Kalifen al-Mahdi und dem von diesem hoch geachteten ostsyrischen Patriarchen Timotheus I. überliefert, das um 782 stattfand. Timotheus konnte vieles am Islam würdigen und griff auch den Propheten nicht an, was freilich auch mit den ungleichen Machtverhältnissen zu tun hatte. Er suchte nach Gemeinsamkeiten in den Unterschieden und warb mit Vernunftgründen um Verständnis für das Christentum.

Im Mittelpunkt solcher Gespräche standen in der Regel Christologie und Trinität. Bezüglich der Trinität bringt Timotheus aus der Sicht seiner ostsyrischen Kirche folgendes Argument vor: Gott übersteige alles Irdisch-Materielle, aber da der Mensch an diese Sphäre gebunden sei, könne er nur mit irdischen Mitteln über Gott sprechen. Nun sei auch die Zahl ein irdisches Mittel, aber Gott unterliege keinem menschlichen Zählvorgang. Das Bekenntnis zu dem einen Gott als Dreieinigem dürfe man daher nicht im Sinne der numerischen Mehrzahl verstehen, aber konsequenterweise dann auch nicht sagen, dass er im numerischen Sinne „eins" sei; vielmehr verweise die Zahl eins auf die unübertreffbare Einzigartigkeit, eine Aussage, die nur Gott zukomme (Quelle in: Heimgartner 2011).

Streitschriften

Auch schriftlich wurden Auseinandersetzungen ausgetragen, und eine der ersten stammt vom Kirchenvater Johannes von Damaskus (gest. 754), einem arabischen Christen, der am Hof des Kalifen al-Malik (685–705) in der Finanzverwaltung tätig war (vgl. V.4.d). Neben manchen Verbalinjurien nennt er den Islam eine christliche Irrlehre und Muhammad einen falschen Propheten, den Antichristen, der vorgebe, eine Offenbarung Gottes erhalten zu haben. Solche Deutungsmuster machten Schule und setzten sich fort: Muhammad habe den Koran aus unverstandenen jüdischen und christlichen Versatzstücken zusammengebastelt, oder: der Koran sei die Folge seiner epileptischen Anfälle; seine Ehe mit mehreren Frauen beweise seine Lüsternheit; als kriegerische Religion verpflichte der Islam zur Verbreitung des Glaubens „mit Feuer und Schwert". Wenn solche Zerrbilder des Islams heute wiederholt werden, dann kann ein Blick in die Geschichte deren sehr lange zurückliegende Herkunft erkennen lassen.

Auf der anderen Seite steht eine Schrift von Ali al-Tabari, einem zum Islam übergetretener Christ, Arzt am Hof des Kalifen al-Mutawakkil (847–861), der eine strengere Bindung an die Religion des Islams verfolgte und nach

der Überlieferung Streitschriften gegen die Christen in Auftrag gegeben habe. Für Tabari besteht die Bibel aus Legenden, und die Widersprüche zwischen den Evangelien würden beweisen, dass es sich nicht um Gottes Wort handeln könne; Todesangst und Gebet Jesu in Gethsemane (Mt 26, 38) seien ein Beleg dafür, dass Jesus nur ein Mensch war; bereits Paulus habe die ursprüngliche Botschaft Jesu verfälscht und aus eigenem Ermessen verschiedene religiöse Traditionen zusammengemixt. An diesen beiden Beispielen lässt sich erkennen, wie sehr solche Polemiken einander in der Form der Argumentation gleichen.

Die feinere Klinge

Unter den Christen im Westen hingegen dominierte die Angst vor den vorrückenden muslimischen Heeren und in Bezug auf den Islam bestand große Unkenntnis. Um dem zu begegnen, initiierte Petrus Venerabilis, Abt von Cluny (gest. 1156), die erste Übersetzung des Korans ins Lateinische. In seinen Schriften geht er in die Offensive, widerlegt den Islam, allerdings ohne den Propheten zu verunglimpfen, da er hoffte, die Muslime zu gewinnen. Bekehrung der Muslime wünschte sich auch Ramon Llull (gest. 1316), der für die Einrichtung von Universitätslehrstühlen für Hebräisch, Arabisch und Syrisch eintrat, um für Religionsgespräche (er verfasste selbst ein fiktives Religionsgespräch) besser ausgerüstet zu sein.

Thomas von Aquin (gest. 1274) beschäftigte sich in anderer Absicht mit dem Islam. Ihm ging es darum, die Christen gegenüber dem Islam in ihrem Glauben mit Argumenten zu stärken. Er suchte eine Verständigung nicht auf Grund der Autorität der Heiligen Schrift, sondern auf der neutralen Basis natürlicher Vernunfterkenntnis. Der so gewonnenen Einsicht aber stellte er diejenige Erkenntnis gegenüber, die sich allein der Offenbarung Gottes verdankt; damit schieden sich wiederum die Geister.

Nikolaus von Kues (gest. 1464), in dessen Lebenszeit die Eroberung Konstantinopels 1453 durch die Osmanen fiel, war am Frieden zwischen den Religionen gelegen. Zugleich sah er im Naherücken des Islams die Chance, mit seinen Schriften den Verleugnern der Trinität den christlichen Glauben auf der Basis seiner eigenen Philosophie nahezubringen: Da alle Menschen von Natur aus nach der einen Wahrheit und dem höchsten Guten streben, müsse dies auch allen Religionen in dem einen göttlichen Wesen vorausgesetzt sein. Dennoch blieb für ihn der konkrete christliche Glaube bestimmend, den er mit seiner allgemeinen Voraussetzung verbindet, so dass als Resultat für ihn der Dreieinigkeitsglaube auch im Koran enthalten und leicht zu erkennen sei. Muhammad aber habe sich aus Unkenntnis, Böswilligkeit und Ehrsucht geweigert, dies anzuerkennen.

Die reformatorische Tradition

Martin Luthers (1483–1546) Auseinandersetzung mit dem Islam stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Expansion des Osmanischen Reiches. Mit seinen nicht sehr systematischen Schriften zum Thema folgte er weitgehend der traditionellen scharfen Kritik, freilich mit nicht unwichtigen Modifikationen. Zwar kann er auch lobende Worte für die Frömmigkeit der „Türken", ihren Gehorsam und ihre Disziplin finden, aber er hält dies für ein Werk des Satans, um die Christen zu verblenden. Zunächst interpretierte er die Bedrohung durch die Türken als Zuchtrute Gottes und als Aufforderung gegenüber den Christen, Buße zu tun, sich vom Papst als dem Antichristen ab- und dem Evangelium zuzuwenden. Das immer weitere Vordringen der Osmanen löste bei Luther auch apokalyptische Vorstellungen aus, in denen der Papst mit seiner falschen Lehre und die Türken mit dem Schwert als letzte widergöttliche Mächte auftreten, wobei die Bußfertigen gerettet werden.

Luther beschäftigte sich auch mit dem Koran, den er allerdings erst später in einer lateinischen Übersetzung kennen gelernt hatte. Immerhin ist es seiner Empfehlung zu verdanken, dass im Jahr 1543 die erste gedruckte, von Theodor Bibliander herausgegebene Übersetzung des Korans in Basel erscheinen konnte. Freilich wollte er dieses Buch in polemischer Absicht veröffentlicht sehen, weil damit die Fabeln und Lügen, die es enthalte, offenbar würden.

Luther sah den Papst als das schlimmere Übel an, da er inwendig in der Christenheit sitze und das Evangelium bewusst verdunkle, während der grobe Muhammad, dessen Unvernunft leicht erkennbar sei, von außen gegen die Christen streite. Dennoch darf für Luther der Krieg gegen die Türken nur wegen ihres Mordens und zum Zwecke der Verteidigung, aber nicht wegen ihres falschen Glaubens geführt werden. Er wandte sich vehement dagegen, dass die Kirche zu einem Kreuzzug aufruft oder Feldzüge von Geistlichen angeführt werden. Im Sinne seiner Lehre von den zwei Reichen hat die Kirche allein die Aufgabe der geistlichen Leitung, die weltliche Obrigkeit allein die Aufgabe, das Volk vor Angreifern zu schützen.

Die christliche Selbstkritik steigerte sich noch in der „Unparteiischen Kirchen- und Ketzer-Historie", einem frühpietistischen Werk von Gottfried Arnold (1666–1714). Muhammad würde schlecht gemacht, weil er „in seinem Koran nicht selten der Christen Verderbnis und gottloses Wesen, ihre Uneinigkeit, ihren Aberglauben und Abgötterei beschreibet. Worinnen er ihnen nicht unrecht tut, da ihre eigenen Historien ein gleiches bezeugen und die schrecklichen Ärgernisse gestehen, welche die Namenchristen diesen und anderen Völkern mit ihren Greueln gegeben" (Unparteyische Kirchen- und Ketzerhistorie 1699, I. Teil, 7. Buch, 1. Kapitel).

Neue Bewertungen des Islams finden sich erst im 20. Jahrhundert, nachdem die Wissenschaft der Orientalistik bereits ab dem 19. Jahrhundert begonnen hatte, auf Grund der Herausgabe von Quellen und der Entwicklung der Sprachwissenschaften das verzerrte Bild vom Islam und seinem Propheten immer mehr zurechtzurücken. Der Paradigmenwechsel von der theologischen zur sozialpolitischen Ebene in den Begegnungen der beiden Religionen um der gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung willen hat sich auch in kirchlichen Stellungnahmen niedergeschlagen.

Die Römisch-Katholische Kirche

Das Zweite Vatikanische Konzil thematisierte 1964 in zwei Dokumenten nicht den Islam, aber „die Muslime", wobei es vor allem um einen gemeinsamen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden geht. In der Dogmatischen Konstitution über die Kirche *(Lumen gentium)* heißt es: „Der Heilswille umfasst aber auch die, welche den

Schöpfer anerkennen, unter ihnen besonders die Muslime, die sich zum Glauben Abrahams bekennen und mit uns den einen Gott anbeten, den barmherzigen, der die Menschen am Jüngsten Tag richten wird“ (Art. 16).

Ausführlicher lautet die Stellungnahme in der Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen *(Nostra aetate):* „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslim, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie mühen sich, auch seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gerne beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt. Deshalb legen sie Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten. Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslim kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen“ (Art. 3).

Der Ökumenische Weltkirchenrat

Seit 1967 engagiert sich auch der Ökumenische Weltrat der Kirchen (ÖRK) für das Gespräch mit dem Islam auf Weltebene unter muslimischer Beteiligung. Die Veröffentlichung „Christians Meeting Muslims“ von 1977 dokumentiert das Ergebnis des 10-jährigen christlich-muslimischen Dialogs. Vielen weiteren veröffentlichten Papieren und Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen folgte 2000 „Striving Together in Dialogue. A Muslim-Christian Call to Reflection and Action“ mit der Aufforderung, wechselseitige Stereotypen und Vorurteile zu überwinden, die zu Verdächtigungen, Angst und Ausschluss führen. Die Gesprächspartner sollen aktiv an die Medien herantreten und vermehrt das Internet nutzen, um einer auf Sensationen bedachten und vereinfachenden Berichterstattung entgegenzutreten. Es wird betont, dass eine realistische Wahrnehmung sowohl der Unterschiede als auch der Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Religionen ermöglicht, nicht nur den jeweils anderen, sondern auch sich selbst besser kennen zu lernen.

Deutsche evangelische Stellungnahmen

Ebenfalls im Jahr 2000 publizierte der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) die Handreichung „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland“ mit dem Ziel, dazu beizutragen, „dass wir Christen uns den Muslimen in unserem Land in Offenheit zuwenden, um sie zu verstehen und ihre Religion zu respektieren.“ Auch hier soll es darum gehen, einander besser kennen zu lernen, ohne das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen oder unter Ausblendung der Unterschiede vorschnell Gemeinsamkeiten zu sehen. Die Verständigung mit den Muslimen/Musliminnen wird christlich begründet: „Wenn es einen guten, innerchristlichen Grund gibt, sich nicht die Welt mit christlichen ‚Absolutheitsansprüchen‘ zu unterwerfen, sondern Andersgläubigen versöhnlich und nicht feindlich zu begegnen, sie in ihren Eigenheiten und auch in ihrem religiösen Suchen zu achten und nicht zu verachten, von ihnen das Beste zu hoffen und sie nicht zu verurteilen, dann ist der Grund für Christen hier zu suchen und zu finden: Er liegt in der Erinnerung daran, dass Gott in Christus nicht – ‚Christ‘, sondern Mensch wurde, dass Gott in der Hingabe seines Sohnes Jesus Christus ‚die Welt‘ trotz ihrer Verkehrung geliebt und mit sich versöhnt hat und nicht bloß eine spezielle ‚Kirchenwelt‘ (Joh 3, 16; 2 Kor 5, 19). So begegnen wir Christen Muslimen im Bewusstsein, dass diese Liebe und Versöhnung Gottes auch ihnen gilt. Wie sich Muslime dazu auch stellen mögen, so sind sie dennoch in die Dynamik dieser Wirklichkeit auf ganz besondere Art hineingenommen.“ Gegenseitige Hilfeleistung, wechselseitige Gastfreundschaft oder Fürbitte sollen das gute Zusammenleben fördern.

Die folgende Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ von 2006 wird mit der angespannteren politischen Lage begründet. Zwar hält diese Schrift daran fest, dass es keine Alternative zu einem Dialogprozess gibt, sie schlägt gegenüber den Muslimen/Musliminnen aber einen schärferen kritischen Ton an, indem sie u. a. negative muslimische Verhaltensweisen, auch in vergangenen Kulturen, auflistet. Dem gegenüber spielen christlicher Wahrheitsanspruch und Muslimemission mehr als bislang eine Rolle. Einerseits werden auch Muslime/Musliminnen als „Gottes geliebte Geschöpfe“ gesehen, denen Achtung und Unterstützung zukommt, andererseits heißt es, dass Gott ihnen in Jesus Christus „Raum und Zeit gibt, um seine Liebe kennen zu lernen“.

Muslimische Initiativen

Als ein Markstein der christlich-muslimischen Verständigung wird der Brief „A Common Word between Us and You“ von 2007 gewertet, von 138 muslimischen Gelehrten im Konsens unterzeichnet, dem dann noch weitere etwa 100 Unterschriften folgten. Anlass war der umstrittene Vortrag Papst Benedikts XVI. in Regensburg (2006). Der Titel des Briefes spielt auf Sure 3, 64 an, in der die Christen zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Muslimen eingeladen werden. Dieser Brief ging an den Papst und weitere christliche Oberhäupter sowie den ÖRK und versteht sich als Einladung zu gemeinsamen friedensstiftenden Bemühungen auf der Basis des Friedens untereinander, da beide Religionen zusammen zirka 55% der Weltbevölkerung ausmachen. Mit Zitaten aus Koran und Sunna, aber auch aus der Bibel weisen die Verfasser auf Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Religionen hin, die sie im christlichen Gebot der Gottes- und Nächstenliebe zusammenfassen. Zugleich raten sie davon ab, die Unterschiede zu verschleiern. Der ÖRK sieht darin ein Zeichen dafür, dass sich muslimische Gelehrte zu einem neuen Nachdenken über die Beziehung zwischen Islam und Christentum verpflichtet fühlen (Common Word: Internet).

Initiativen in Österreich

Vergleichbare Ziele wurden auf den europäischen und österreichischen Imame-Konferenzen der IGGiÖ formuliert und vertreten. Das Schlussdokument der Österreichkonferenz von 2005 in Wien spricht sich für gegenseitige

Anerkennung und ein friedliches Zusammenleben aus: „Eine Kultur des Dialogs ermöglicht Brückenbau, der sachliche Themen allgemeiner Wichtigkeit aufgreift, anstatt sich in Ignoranz und Einkapselung einzuschließen. Die negativen Folgen, wie sie eine Isolierung in einer Art Parallelgesellschaft mit sich bringen würde, werden von den Muslimen in Österreich erkannt und Segregationsmodelle daher abgelehnt." Die dritte europäische Konferenz 2010, ebenfalls in Wien, befasste sich sehr ausführlich mit dem Thema Dialog und bezog den innermuslimischen Dialog mit ein. Für das Verständnis von Dialog ist für Muslime/Musliminnen Sure 49, 13 zentral: „Ihr Menschen! Siehe, wir erschufen euch als Mann und Frau und machten euch zu Völkern und zu Stämmen, damit ihr einander kennen lernt. Siehe, der gilt bei Gott als edelster von euch, der Gott am meisten fürchtet."

Insgesamt bleibt die folgende Diagnose freilich noch in Geltung: „Zwischen der muslimischen und der westlichen Welt, insbesondere dem westlichen Christentum, ist ein Ozean unglücklicher Geschichte zu überqueren, sind Berge abzutragen, die das ganze Gewicht der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konflikte seit dem Mittelalter repräsentieren […]" (Waardenburg 1992, 210).

Ein Gott — drei Religionen

In Bezug auf die theologische Diskussion stehen einander drei Modelle gegenüber: Christentum und Islam schließen einander aus, nur die jeweils eigene Religion führt zum Heil (exklusiv); die eine Religion ist insofern in der anderen enthalten, als sich in der anderen Teilelemente der eigenen Wahrheit finden lassen (inklusiv); oder beide Religionen sind gleich gültige, wenn auch unterschiedliche Wege zu Gott, der sich in verschiedenen Offenbarungen zeigt, diese aber als der Unfassbare übersteigt (pluralistisch). Nun ist fraglich, ob und wieweit sich eine Beziehung zwischen den Religionen überhaupt auf einer theologischen Ebene herstellen lässt. Im Mittelpunkt steht vielmehr, die Beziehung zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens zum Wohle einer Gesellschaft zu gestalten, und dazu gehört auch, einander zu kennen, nicht zu verunglimpfen, sondern zu respektieren (vgl. IV.1).

Auf theologischer Ebene führen inklusive und pluralistische Ansätze leicht zur Vereinnahmung der anderen oder zur Preisgabe der eigenen Überzeugung, wobei beides oft Hand in Hand geht. Ein Beispiel dafür ist auf römisch-katholischer Seite der pluralistische Zugang von Hans Küng, der es für möglich hält, dass Muhammad auch von Christen als Prophet Gottes anerkannt wird (Küng 2004). Zur Begründung zieht er einen Vergleich mit den alttestamentlichen Propheten heran: Wie diese so sei auch Muhammad von seiner Berufung durch Gott durchdrungen gewesen, als Sprachrohr Gottes aufgetreten, habe Gehorsam gegenüber dem einen Gott und barmherzigen Richter gefordert und soziale Gerechtigkeit eingemahnt. Nun sind die angeführten Parallelen sehr abstrakt und gehen inhaltlich nicht auf das ein, was Gott zu den alttestamentlichen Propheten gesprochen hat; umgekehrt hat Gott zu Muhammad vieles gesprochen, das sich bei den alttestamentlichen Propheten nicht findet. Um dieses Problem zu lösen, wechselt Küng die Ebene und argumentiert historisch damit, dass Gott seine Botschaft den Menschen je nach Zeit und Ort in immer neuer unterschiedlicher Gestalt zur Kenntnis bringe. In Richtung dieses Verständnisses müsse nun auch der Islam gehen, was freilich bedeuten würde, dass beide Religionen ihr Selbstverständnis aufgeben.

Auf evangelischer Seite will Reinhard Leuze die Ausgrenzung des Islams aus der Heilsgeschichte beenden (Leuze 1994). Wie Küng geht er von einer geschichtlichen Betrachtungsweise aus, denn Gott habe sich je nach historischer Lage auf unterschiedliche Weise offenbart, den Juden in seinen geschichtlichen Taten, den Christen in seinem Wesen, den Muslimen in seinem Willen. Daher fordert Leuze, dass alle drei Religionen die Begrenztheit ihrer jeweiligen Offenbarung anerkennen. Dass dies geschieht, kann realistischerweise nicht angenommen werden, da es jeweils um eine existenzielle Glaubensgewissheit geht (vgl. Geisler 1997, 86ff.).

Eine inklusive Richtung schlägt der römisch-katholische Theologe Gerhard Gäde (Gäde 2009) ein, der die christliche Akzeptanz Muhammads daraus ableitet, dass der Koran auch für Christen als Wort des einen Gottes gelten könne. Er bezieht sich ebenfalls auf das Alte Testament und stellt einen Vergleich an: Wie die Schrift Israels von sich aus ihren Offenbarungsanspruch nicht verständlich machen könne, sondern erst im Lichte Christi verständlich und damit zum Alten Testament werde, so sei auch der Koran durch die christliche Lesart als Wort Gottes erkennbar; anders gesagt: So wie die Schrift Israels würde auch der Koran von Christus her seine „Entschleierung" erfahren. Denn indem Christen die Stimme ihres Christus aus anderen religiösen Traditionen vernehmen können, sei der Koran das Wort Gottes. Inhaltlich läuft das darauf hinaus, dass Teilaspekte aus dem Koran herausgeschält werden, die noch dazu einem muslimischen Selbstverständnis widersprechen.

Um des Friedens willen

Auch wenn die vorgestellten Versuche, zu einer theologischen Übereinstimmung zu kommen, von keiner Seite wirklich akzeptabel sind, bedeutet das weder einen Abschied vom interreligiösen Gespräch, noch vom Mandat, einander besser verstehen zu lernen. Denn Verstehen fördert Respekt, Mitmenschlichkeit und wechselseitigen Schutz der Freiheit, ohne sich unrealistische Ziele zu setzen. So richtig es ist, dass es keinen Frieden unter den Menschen geben kann, ohne Frieden unter den Religionen, so wenig setzt dieser Friede eine Einheit der Religionen voraus. Vielmehr geht es darum, dass die Religionen das friedliche Zusammenleben nicht gefährden, sondern fördern, und trotzdem für ihren jeweiligen Glauben zeugnishaft einstehen können — unter Verzicht auf jede direkte oder indirekte Anwendung von Gewalt. Wechselseitige Abwertungen und praktische Ausschlussverfahren sind heute noch nicht zu Ende und sehr lebendig auch in der gegenwärtigen alltäglichen Begegnung zwischen Christen/Christinnen und Muslimen/Musliminnen in Österreich. Es ist ohne weiteres möglich, einander die Geschichte der Kontroversen mit einer Fülle von Beispielen vorzurechnen, aber es stellt sich die Frage, ob das auch wünschenswert ist. Denn damit würde das Faktische zur Norm erhoben und weiterhin festgeschrieben. Dafür, dass das nicht geschieht, tragen auch die Kirchen als Plattformen der Friedensstiftung eine Verantwortung.

V. Einzelne Themenfelder

1. Politik, Recht und Kultur

a. Arabien — Land und Gesellschaft

Geografie

Geografie und Klima der arabischen Halbinsel haben auch die politischen Strukturen der Bevölkerung schon in der vorislamischen Zeit mitbestimmt. Zentralarabien besteht aus ausgedehnten Steppen- und Wüstengebieten, an deren Rändern Gebirge bis zu 3000 Metern Höhe aufsteigen. Landwirtschaft war nur in einigen Küstengebieten und in den Oasen möglich, für die die Dattelpalme charakteristisch ist. Bebaubares Land gab es im Norden, wo sich auf Grund ausreichender Winterregen der „fruchtbare Halbmond" sichelförmig von Jordanien über das Zweistromland bis zum Persischen Golf zieht. Noch fruchtbarer zeigt sich der tropische Süden im Bereich des heutigen Jemen und Oman, wo schon damals Monsunregen für üppige Vegetation mit Dattelpalmen und Feigenbäumen an den Berghängen sorgten und die Grundlage für Landwirtschaft bildeten. Die sesshafte Bevölkerung lebte daher im Norden und im Süden, teils in größeren Städten, und in den Oasen der Wüstengebiete.

Stammesstruktur

Das trockene Binnenhochland war hingegen von Nomaden mit ihren Kamelen, Schafen und Ziegen, teils auch Pferden bevölkert. Manche von ihnen wurden sesshaft, oder umgekehrt, wenn sich in dem kargen Land der Karawanenhandel als ertragreicher herausstellte. Die Nomaden standen mit den sesshaften Bauern in einem Austausch von Gütern, der allerdings häufig in Überfällen auf die Landbevölkerung und auch in Raubzügen gegen Karawanen bestand. Rivalitäten zwischen den Stämmen hatten Fehden zur Folge, auch zwischen Großfamilien desselben Stammes. Kriegerisch erfolgreiche Stämme bildeten eine Elite, die andere Stämme unterwarfen und zu Tributzahlungen verpflichteten, auch solche, die als Oasenbauern oder in Kleinstädten als Handwerker lebten. Stammesbündnisse konnten sich je nach Interessenslage als brüchig erweisen, aber auch dauerhafte Föderationen hervorbringen. Solche Bündnisse auf Vertragsebene spielten später auch im Islam eine wesentliche Rolle.

Die Angehörigen eines Stammes, der sich von einem oft legendären Urvater ableitete, waren zu gegenseitiger Hilfeleistung verpflichtet, was zur „Institution" der Blutrache führte, die den inneren Zusammenhalt des Stammes befestigen sollte. Die Sozialstruktur Arabiens war von einer patrilinear organisierten semitischen Stammesgesellschaft geprägt, ob es sich um Sesshafte oder Nomaden handelte. Wie in der übrigen antiken Welt gehörten zur arabischen Gesellschaft auch Sklaven/Sklavinnen, die aus kriegerischen Auseinandersetzungen erbeutet oder aus anderen Ländern eingeführt wurden; wer sich zu hoch verschuldete, wurde als Sklave verkauft. Darin unterschied sich Arabien nicht von der übrigen antiken Welt.

Handelszentrum Mekka

Eine sehr wichtige Einnahmequelle stellte der Handel dar, der im Norden und Süden über das Meer verlief, aber auch das Binnenland war daran beteiligt. Karawanen brachten zwei Mal im Jahr, Sommer und Winter (vgl. Sure 106), u. a. Leder, Parfüm, Gewürze, Gold, Myrrhe und Weihrauch von Aden im Süden, das auf dem Seeweg mit Indien und Ostafrika handelte, nach Damaskus und an den Persischen Golf, weshalb diese Route Weihrauchstraße genannt wird. Darauf spielt die biblische Erzählung von den Magien bzw. Sterndeutern aus dem Morgenland an, in der Tradition die „drei heiligen Könige aus dem Morgenland" genannt (Mt 2, 1–12). Umgekehrt wurden aus dem Mittelmeerraum Getreide und Waffen und aus Afrika Elfenbein und Sklaven eingeführt. Viele Metaphern im Koran sind daher aus der Handelssprache entnommen.

In der Stadt Mekka, am gebirgigen Nordwestrand Arabiens in einem Tal gelegen, herrschte seit dem 5. Jahrhundert der Stamm der Quraisch, der in verschiedene, teils rivalisierende Sippen gegliedert war. Auch von Mekka gingen mehrere Karawanenstraßen aus, auf denen eher regionale Produkte wie Datteln, Leder und handwerkliche Erzeugnisse als Luxusgüter in den Mittelmeerraum exportiert wurden. Jedenfalls stellte Mekka einen Mittelpunkt des Handels dar und diente als Zentrum von Messen und Märkten für importierte Güter und regionale Erzeugnisse. Zum Begleitschutz ihrer Karawanen hatten die Mekkaner die kampfbewährten Nomaden engagiert.

Zu den bereits vor dem Islam praktizierten Rechtsbräuchen gehörten die Haram-Monate *(haram* bedeutet „verboten"), in denen Fehden und Blutrache eingestellt werden mussten. Diese Monate galten für die Marktzeiten, so dass alle Stämme gefahrlos zu den Märkten reisen und sich am Handel beteiligen konnten. Zugleich war dies die Gelegenheit zu einer Pilgerfahrt zur Kultstätte der Kaaba (vgl. Sure 29, 67), die Verfolgten Asyl gewährte. Die Märkte in Mekka boten auch das Podium für den Vortrag von Liedern, Volkserzählungen und Dichtungen von hohem Rang, die wichtigsten Quellen für das vorislamische Arabien. Innerhalb dieses Kulturraums entstand die Religion des Islams.

Gesellschaftsformen

Dieser geopolitischen Situation entsprechen verschiedene gesellschaftliche Strukturen. Im sesshaften Südarabien entwickelten sich monarchische Staaten, darunter das Königreich von Saba im ersten Jahrtausend v. Chr., das aus dem Alten Testament durch die Begegnung zwischen König Salomo und der Königin von Saba bekannt ist (1. Kön 10). In der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends nahmen die Könige von Saba erst das Christentum, dann das Judentum an, was zur Verfolgung der Christen führte, denen der christliche abessinische König zu Hilfe kam. Dadurch geriet Südarabien unter abessinische, später unter persische Herrschaft, bis der persische Vasall zum Islam übertrat.

Im Norden gründeten die Araber im 2. Jahrhundert v. Chr. das Reich der Nabatäer mit der Hauptstadt Petra, das im Jahr 106 vom römischen Kaiser Trajan erobert und zur römischen Provinz „Arabia" gemacht wurde; weiter sind die Römer allerdings nicht vorgedrungen. Das von den umgebenden Ländern weitgehend abgeschottete Zentralarabien kannte keine staatliche Organisation, sondern dessen Bewohner blieben in autonome Stämme und Sippen gegliedert. An der Spitze eines Stammes stand ein Stammesführer (Scheich), der allerdings nur mit Zustimmung

des gesamten Stammes handeln konnte, was er durch Rhetorik und Verhandlungsgeschick zu erreichen suchte. Kriegsführer und Schiedsrichter waren oftmals eigene Funktionen, die sich an Sitten, Gewohnheiten und Bräuchen orientierten, da es keine übergeordnete, schriftlich festgelegte und für alle verbindliche Rechtsstruktur gab. Die Stämme hatten ihre eigenen Regeln für Denk- und Handlungsweisen, die auf vorausgehenden Entscheidungen als Präzedenzfällen beruhten.

b. Schmelztiegel religiöser Richtungen

Die Grundlage der Religion der arabischen Bevölkerung bildete der Animismus, der die Phänomene der Natur als machtgeladen betrachtet. Steine, Bäume, Grotten oder Quellen standen im Zentrum von Stammesheiligtümern, wie sie auch aus dem Alten Testament bekannt sind. Naturphänomene galten als Wohnsitz von Geistern, den Dschinnen, unsichtbare Wesen aus rauchlosem Feuer (Sure 55, 15), die den Menschen helfen, ihnen aber auch schaden können, und die auch im Koran und in der muslimischen Volksfrömmigkeit eine Rolle spielen. Im Koran sind die Dschinne aber keine eigenständigen Wesen neben Gott, sondern von Gott erschaffen und seiner Macht unterworfen (Sure 6, 100; vgl. die „unreinen Geister“ in Mk 5, 9 oder Röm 8, 38). Das gilt auch für die Gestirne, die im vorislamischen Arabien als göttlich verehrt wurden, aber im Koran wie auch im Alten Testament zur Schöpfung Gottes zählen. Hinzu kam ein hierarchisch gegliedertes Pantheon von Göttern und Göttinnen, die Götterfamilien bildeten, an deren Spitze eine Gottheit stand, die Allah genannt wurde und in Mekka mit der Kaaba verbunden war. In der Struktur unterschied sich der vorislamische arabische Polytheismus nicht vom griechischen oder römischen.

Auf der arabischen Halbinsel lebten damals auch Juden und Christen. Christliche Stämme fanden sich zu Gemeinden zusammen im Norden in Syrien mit der auf der Weihrauchstraße gelegenen Stadt Bosra, im Westen in der Region des persischen Golfes mit der Stadt al-Hira und im Süden u. a. in den Städten Sana'a mit einer großen Kathedrale und in Nadschran, einem Bischofssitz. Der Überlieferung nach hatte Muhammad die Christen von Nadschran aufgefordert, dem Islam beizutreten; daraus folgte in Medina ein Religionsgespräch mit einer christlichen Delegation. Die Christen blieben bei ihrem Glauben, und Muhammad schloss mit ihnen einen Schutzvertrag gegen entsprechende Tributzahlung, was dann auf Grund der Autorisierung durch den Koran (Sure 3, 61. 64 f.) zu einer generellen Regelung im Umgang mit den Schriftbesitzern werden sollte. Im arabischen nomadischen Hochland sowie in Mekka und Medina gab es nur wenige christliche Gruppen, die keiner Mutterkirche angeschlossen waren. Christen fanden sich auch unter durchreisenden Kaufleuten, unter Söldnern, Tagelöhnern oder Sklaven, die im Unterschied zu den Christen im Süden wenig religiöse Bildung aufwiesen.

Die sesshaften Juden siedelten vor allem in den Oasen im Nordwesten Arabiens als Bauern, Handwerker und Goldschmiede, hatten ihre Gemeinden und gebildeten Talmudgelehrten. Nachdem die Römer im Jahr 70 Jerusalem erobert und 135 einen jüdischen Aufstand niedergeschlagen hatten, wanderten jüdische Gruppen u. a. nach Arabien aus (Berger 2010, 36: vermutet auch Konversionen zum Judentum). Die jüdischen Sippen stellten in Medina einen Großteil der Bevölkerung. Die Oase Medina hieß ursprünglich Yathrib und wurde dann unter Muhammad al-Madina, d. h. „die Stadt“ (des Propheten) genannt.

Spaltungen unter Christen

Die Jahrhunderte dauernden Auseinandersetzungen im römischen Reich um die Frage, wer Jesus Christus sei, die man damals mithilfe philosophischer Begriffe zu beantworten suchte, führten zu sehr unterschiedlichen Positionen, die sich auf zwei Grundlinien bringen lassen: Die einen sahen in Jesus einen von Gott geschaffenen, wenn auch mit besonderen Gaben ausgestatteten Menschen, die anderen ein ungeschaffenes Wesen, das aus Gott hervorging und bereits vor der Schöpfung bei Gott war. Da diese Uneinigkeit auch den inneren Zusammenhalt des römischen Reiches gefährdete, berief Kaiser Konstantin 325 das Konzil von Nikäa ein, wo festgehalten wurde, dass Christus nicht geschaffen, sondern um der Erlösung der Menschen willen vom Himmel auf die Erde gekommen war (Phil 2, 5–11).

Auch nach der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion unter Kaiser Theodosius I. gingen die Dispute weiter, erfassten den ganzen Orient und wurden auch unter der Bevölkerung mit z. T. heftigen Aktionen ausgetragen. Unter Kaiser Marcian fand dann 451 das Konzil von Chalkedon statt, das das Bekenntnis von Nikäa bestätigte und die „Zwei-Naturen-Lehre“ („wahrer Gott und wahrer Mensch“) als gültige Norm des christlichen Bekenntnisses festlegte. Aber auch damit waren die Auseinandersetzungen nicht beendet, vielmehr kam es zu Spaltungen, und viele, die sich dem offiziellen Bekenntnis nicht anschlossen und deshalb als Häretiker verfolgt wurden, flohen u. a. in die angrenzenden Länder des Vorderen Orients.

Die Ostkirchen

Zu den Kirchen, die die Einigungsformel von Chalkedon nicht teilten, gehörte die westsyrische Kirche im Norden Arabiens, deren Gemeinden bis ins Zweistromland verbreitet waren. Ihre Anhänger wurden auch Jakobiten genannt, denn im 6. Jahrhundert gelang es dem Mönchsbischof Jakob Baradai, eine von der byzantinischen Reichskirche unabhängige Kirchenorganisation mit dem Patriarchat Antiochien zu schaffen. Die syrische Kirche ist „monophysitisch“, weil sie von nur einer gottmenschlichen „Natur“ Christi ausgeht, die sich nicht in zwei Naturen spalten lasse. Diese Lehre teilten auch die armenische Kirche, die koptische Kirche Ägyptens und die äthiopische Kirche; sie werden altorientalische Kirchen genannt. Das äthiopische Christentum hat zudem deutliche judenchristliche Züge, was sich an den Kirchen erkennen lässt, die dem jüdischen Tempel nachgebildet sind, und daran, dass sich nach der Überlieferung die Bundeslade Israels in der Stadt Axum befinden soll.

Auch die ostsyrische (chaldäische) Kirche konnte das Bekenntnis von Chalkedon nicht akzeptieren, vertrat aber gegenüber der westsyrischen eine andere Position, da sie zwischen Christus als dem göttlichen Wort (Logos) und dem Menschen Jesus unterschied; das brachte ihr den Vorwurf ein, Jesus Christus in zwei Personen aufzuspalten. Die ostsyrische Kirche wird auch manchmal „nestorianisch“ genannt, weil sie die Verurteilung der Lehre des Nestorius

am Konzil von Ephesus 431 nicht teilte und damit den dort beschlossenen Titel Marias als „Gottesgebärerin“ zurückwies. Nestorius, Patriarch von Konstantinopel, hatte die Ansicht vertreten, dass kein Menschenwesen Gott gebären könne. Sein Gegner, der Patriarch Cyrill von Alexandrien, setzte sich durch, Nestorius wurde verurteilt und nach Ägypten verbannt. Die ostsyrische Kirche war im ansonsten zoroastrischen sassanidischen Perserreich und in Südarabien verbreitet und stand daher im Streit mit der westsyrischen, bis die islamische Herrschaft beide zu einem gewissen Miteinander veranlasste. Hinzu kam im 6. Jahrhundert für kurze Zeit noch die Position des Tritheismus, der in Gott, Christus und dem Heiligen Geist drei unterschiedliche göttliche Wesen sah (Bauschke 2001, 76).

Solche theologischen Dispute waren einerseits die Folge dessen, dass man die biblische Grundaussage von der Offenbarung Gottes in Christus auf die Frage nach der Beschaffenheit, der „Natur“ Jesu verlagerte, um mithilfe philosophischer Begriffe das Besondere der Offenbarergestalt zum Ausdruck zu bringen. Andererseits waren auch politische Interessen im Spiel, die den Streit zuspitzten, denn genau besehen behauptete die eine Seite nicht immer genau das, was die andere ablehnte. Der Verständigung standen auch die Rivalitäten zwischen Patriarchen und Bischöfen um Einflussbereiche entgegen sowie die Religionspolitik der Großmächte. So bevorzugten z. B. die Sassaniden die ost- und westsyrischen Christen gegenüber denjenigen, die mit ihrem Bekenntnis zu Chalkedon dem Erzfeind Byzanz verbunden waren. Die „häretischen“ Christen im Vorderen Orient konnten daher die muslimischen Eroberer auch als Befreier vom byzantinischen Joch begrüßen (Bauschke 2000, 47 f.).

Andere religiöse Gruppen

Im arabischen Raum scheint es auch Judenchristen gegeben zu haben, Ebioniten, die „Armen“, genannt, die sich an die Tora hielten, jüdischen Speisevorschriften folgten, für die aber auch Jesus als Messias eine bedeutsame Rolle spielte. In den monophysitischen Ostkirchen hatte sich in der Volksfrömmigkeit eine besondere Marienverehrung herausgebildet. Möglicherweise im Nachklang des Titels „Gottesgebärerin“ für Maria entstand die kleine Gruppe der „Marianiten“, die Maria als Göttin verehrten und ihr Brotkuchen darbrachten (Zirker 2009; Bauschke 2001). So ist es keine Erfindung, wenn der Koran die rhetorische Frage stellt: „O Jesus, Sohn Marias, hast du den Menschen denn gesagt: ‚Nehmt mich und meine Mutter zu Göttern neben Gott‘ “ (Sure 5, 116)?

Schließlich gab es gnostische Gruppen im angrenzenden Perserreich und im südlichen Zweistromland wie die aus Syrien stammenden Mandäer. Die Gnosis, der Begriff bedeutet Erkenntnis, vertrat einen scharfen Gegensatz zwischen einer göttlichen Lichtwelt und einer irdisch-materiellen Welt der Finsternis. Die menschliche Seele komme aus der Lichtwelt, werde aber in der Materie gefangen gehalten, woraus nur die Erkenntnis der Herkunft befreien könne. Diese Erkenntnis, in besonderen Offenbarungsbüchern festgehalten, mache es der Seele möglich, nach dem Tod des Körpers in die Lichtwelt zurückzukehren. Gnostische Züge konnten sich mit jüdischem und christlichem Gedankengut verbinden. Bei den Mandäern spielten Johannes der Täufer und rituelle Waschungen eine wichtige Rolle; sie kannten auch die Vorstellung eines letzten Gerichts. Möglicherweise handelt es sich bei den im Koran erwähnten Sabiern um Mandäer: „Siehe, diejenigen, die glauben, die sich zum Judentum bekennen, die Christen und die Sabier — wer an Gott glaubt und an den Jüngsten Tag und rechtschaffen handelt, die haben ihren Lohn bei ihrem Herrn“ (Sure 2, 62).

Einflüsse auf den Islam

Die arabische Halbinsel bildete also zur Zeit des Auftretens von Muhammad einen Schmelztiegel von Religionen, religiösen Richtungen und gnostischem Gedankengut, die Muhammad bekannt waren. Die westsyrische Kirche, vor allem deren Mönche mit ihren Gebetsritualen, lernte er vermutlich auf seinen Handelsreisen nach Syrien kennen.

Das alles hat sich im Koran niedergeschlagen, freilich in entsprechenden Abgrenzungen. Aus muslimisch-theologischer Sicht wird das darauf zurückgeführt, dass der Koran in der Kommunikation zwischen Gott und seinem Propheten besteht, die Fragen Muhammads aufnimmt sowie Themen, die damals aktuell waren. Demnach stellen die koranischen Offenbarungen keine Zusammensetzung aus den vielfältigen religiösen Stoffen seiner Umwelt dar, sondern eine neue Botschaft von eigener Gestalt. Dies wurde dann durch die Änderung der Gebetsrichtung von Jerusalem nach Mekka zum Ausdruck gebracht (z. B. Sure 2, 142 f.).

c. Recht und Rechtsschulen

Rechtsquellen

Die Religion des Islams baut auf der Rechtleitung der Menschen durch Gott auf, die in Verbindung mit den koranischen Geboten dem zeitlichen Wohlergehen, der Bewahrung im Jüngsten Gericht und dem Weg ins Paradies dienen will; sie umfasst und regelt das ganze Leben der Gläubigen. Deshalb finden sich im Koran auch soziale Bestimmungen, die sich auf Familie, Erbe, Steuer, Verträge oder Strafen beziehen. Der Koran stellt eine entscheidende Quelle für die Rechtswissenschaft dar *(fiqh* = Einsicht). Freilich konnte der Koran allein nicht immer eine ausreichende Antwort geben auf Fragen, die die vielfältigen sozialen, politischen und kulturellen Wandlungen in der Geschichte aufwarfen, zumal er nur sehr wenige rechtliche Bestimmungen enthält. Um neue Situationen zu beurteilen und zu bewerten, ob etwas, das unter damaligen Umständen von zentraler Bedeutung war, auch zu einer anderen Zeit das gleiche Gewicht hat, haben die Rechtsgelehrten, um dem göttlichen Willen nahe zu kommen, Methoden wie die Erkundung der Zielrichtung des Religionsgesetzes *(intentio legis)* oder den Analogieschluss *(qiyas)* entwickelt; damit wurde und wird versucht, der Dynamik des Rechts gerecht zu werden. Als weitere Rechtsquelle dient der Hadith bzw. die Sunna des Propheten, die Sammlung seiner Aussagen und Handlungen, woraus sich die Hadithwissenschaft entwickelt hat (vgl. VII.2).

Neben der Rechtswissenschaft gab und gibt es auch die Disziplin der Auslegung des Korans *(tafsir)* mithilfe verschiedener koranbezogener Disziplinen wie z. B. der Sprachwissenschaft oder des Studiums der Offenbarungsanlässe. Dazu gehört auch die Kenntnis von Hadithen, die als Auslegung des Korans gelten, und der Interpretation durch frühere Gelehrte. Dies kann in der Methodik mit

dem verglichen werden, was in der christlichen Tradition Exegese genannt wird. Hinzu kommt die „Kalam"-Wissenschaft *(kalam* bedeutet Disput), die sich auch als islamische Theologie bezeichnen lässt. Dabei geht es z. B. um Reflexionen über Gott, Offenbarung oder Propheten, um das Verhältnis zwischen Vernunft und Offenbarung sowie um die Auseinandersetzung mit anderen religiösen Überzeugungen und Lehrmeinungen in Verteidigung (Apologetik) und Widerlegung (Polemik). Dem entspricht auf christlicher Seite die Systematische Theologie bzw. Dogmatik. Diese beiden Disziplinen greifen wie auch im christlichen Kontext häufig ineinander.

Die Scharia

Der Begriff Scharia bedeutet „Weg zur Wasserstelle/Tränke", also zu Gott, und signalisiert, dass es sich dabei nicht um einen normierten und fixen Kodex handelt, sondern einen Weg zu einem Gott ergebenen Leben. Unter Scharia wird die Gesamtheit der Regeln der islamischen Religion verstanden, in die Koranauslegung, Kalam-, Hadith- und Rechtswissenschaft „einspeisen". Die Beweglichkeit der Scharia ist auch durch die verschiedenen Methoden gegeben; das sind im Wesentlichen: der Analogieschluss, die Übertragung eines bereits in Koran und Sunna beurteilten Falls auf einen dort nicht vorkommenden Fall, also die Orientierung an Präzedenzfällen. Auch Bräuche und Gewohnheitsrechte, die in verschiedenen Regionen praktiziert werden, können aufgegriffen werden, sofern sie Koran und Tradition nicht widersprechen. Hinzu kommen die oft unterschiedlichen Entscheidungen der Rechtsgelehrten, ein Spielraum, der später zugunsten des Konsenses („Nachahmung") immer weniger eine Rolle spielte (vgl. Berger 2010, 84), aber heute in verschiedenen, auch traditionsorientierten Gruppen wieder zunehmend an Bedeutung gewinnt (z. B. Moussa 2006, 60f.) (vgl. V.2.e), jedoch auch auf Widerstand stößt. Jedenfalls liegt die Scharia nicht in einem kodifizierten Gesetzbuch vor, sondern auf der Basis von Koran und Sunna als den maßgeblichen Quellen in nicht in allem identischen Schriften.

Inhaltlich stellt die Scharia eine Lehre von Pflichten gegenüber Gott und den Menschen dar und umfasst drei Kategorien: die Glaubenslehre (Dogmatik), wozu auch die „Fünf Säulen" zählen: das Bekenntnis zum einen Gott und Muhammad als seinem Propheten *(schahada),* die Verrichtung der täglichen fünf rituellen Gebete *(salat),* die Sozialabgabe *(zakat),* das Fasten im Monat Ramadan *(saum)* und die Wallfahrt nach Mekka *(hadsch).* Eine weitere Kategorie sind die auf Handlungen bezogenen ethischen Grundsätze und schließlich rechtliche Bestimmungen, die sich auf das Individuum und die Gemeinschaft beziehen und kultische Pflichten wie Bekleidungs- und Ernährungsgebote sowie strafrechtliche Bestimmungen enthalten. Bei den Handlungen unterscheidet die Scharia zwischen geboten/verpflichtend, empfohlen, erlaubt/indifferent, verwerflich und verboten. Dabei wird für das Rechtsurteil der Absicht entscheidende Bedeutung beigemessen.

Politische Kontexte

Da sich die Rechtswissenschaft sehr bald mit einer eigenen Berufsgruppe von Juristen verbunden hatte, wurde sie gegenüber den anderen Zugängen dominant. Dies hängt auch mit der politischen Bedeutung zusammen, die der Rechtswissenschaft generell eigen ist. Rechtsgelehrte konnten einen eigenen Machtblock bilden, der den Herrschenden entweder kritisch gegenüberstand oder ihnen zur Legitimierung ihrer Herrschaft diente; insofern waren Religion und politische Herrschaft unterschieden.

Seit einigen Jahren wird die Frage diskutiert, ob in religionsneutralen Staaten ein staatliches Gericht einzelne Bestimmungen der Scharia in die Rechtssprechung übernehmen könne. Dies hatte z. B. der Erzbischof von Canterbury 2008 öffentlich vorgeschlagen und war in Deutschland im Falle eines Scheidungsprozesses von einer Richterin versucht worden. Solche Parallelrechte widersprechen jedoch der rechtsstaatlichen Verfassung religionsneutraler Staaten, die auch für Muslime gilt. Aber auch von muslimischer Seite kam die Kritik, dass sich ein religionsneutraler Staat nicht in religiöse Interpretationen einzumischen habe. Lediglich im Privatrecht wie z. B. im Erbrecht wäre es möglich, außerhalb von notariellen Entscheidungen innerfamiliär den Regelungen der Scharia zu folgen unter der Voraussetzung, dass alle Erbberechtigten dahingehend übereinkommen. Bei einer staatlichen Eheschließung ist es möglich, legal zusätzliche Vereinbarungen zu treffen wie z. B. die Gütertrennung. Das können Muslime/Musliminnen in Anspruch nehmen, da die Gütertrennung im muslimischen Recht verankert ist. Für alles hingegen, das vor einem Gericht verhandelt wird, gilt staatliches Recht.

Die vier Rechtsschulen

Während etwa eines Jahrhunderts nach dem Tod Muhammads entstanden verschiedene Rechtsschulen, von denen sich vier große Schulen durchgesetzt haben, die nach ihren Begründern benannt sind. Diese standen teils in einer Lehrer-Schüler-Beziehung zueinander, trugen auch Konflikte aus, aber anerkennen einander. Das breite Spektrum der Methoden wird mit unterschiedlichen Akzentsetzungen angewendet. Auf Grund historischer und politischer Entwicklungen kam es in den verschiedenen islamisch geprägten Ländern zu rechtlichen Schwerpunktbildungen (zum Folgenden vgl. Rohe 2009).

Die *hanafitische Schule* war die offizielle Rechtsschule der Abbasiden und wurde auch im Osmanischen Reich maßgebend, somit auch in Bosnien-Herzegowina; auf die hanafitische Richtung bezog sich daher das österreichische Anerkennungsgesetz von 1912. Diese am weitesten verbreitete Schule findet sich in den Nachfolgestaaten der damaligen Großreiche wie z. B. im Gebiet des heutigen Irak und in der Türkei. Ihr realitätsnahes und flexibles Profil antwortete auf die damalige heterogene und sich rasch wandelnde Gesellschaftsstruktur im Osten des Reiches. Neben dem Analogieschluss und anderen üblichen Methoden wird daher dem Prinzip des Allgemeinwohls *(istishan:* eine Interpretation vorziehen, auch wenn sie sich in anderen Rechtsquellen nicht finden lässt) auf der Basis des persönlichen Urteils der Gelehrten *(idschtihad)* Raum gegeben.

Für die zeitgleich in Medina entstandene *malikitische Schule* spielte „vor Ort" und in einer weitgehend homogenen Gesellschaft die seit der muslimischen „Urgemeinde" durchgängig geübte Praxis eine entscheidende Rolle. Das hanafitische Verständnis von Allgemeinwohl wird abgelehnt zugunsten des allgemeinen Nutzes *(maslaha),* sofern sich dieser durch Analogieschluss aus den Quellen erheben lässt; diese Schule findet sich vor allem in Nord- und West-

afrika, im Sudan, in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder in Kuwait.

Die *schafititische Schule,* deren Begründer ein Malikit war und auch „Architekt des islamischen Rechts" genannt wird, betont den Konsens unter allen Rechtsgelehrten, nicht nur unter einzelnen Gruppen. Das Prinzip des allgemeinen Nutzes wird abgelehnt und kommt nur in Ausnahmefällen zur Anwendung; sie ist in Indonesien und Ostafrika zu Hause, teils auch in Ägypten oder Jordanien.

Die letzte in der Abfolge der Entstehung ist die *hanbalitische Schule,* die sich strikt an den Wortlaut von Koran und Sunna hält, den Analogieschluss beschränkt und sich gegenüber anderen Gelehrten abgrenzt. Aus dieser Schule, der die Saud-Dynastie verbunden war, stammen die Wahhabiten („Einheitsbekenner"), die im 18. Jahrhundert in Arabien unter den als zu lax angesehenen Muslimen missionierten. Dadurch erfuhr die hanbalitische Schule einen neuen Aufschwung; sie hat ihr Zentrum im Königreich Saudi-Arabien.

Fatwa und Konsens

Eine *Fatwa* ist ein Rechtsgutachten, das Rechtsgelehrte, einzelne oder Gruppen, in Bezug auf aktuelle Fragen und Herausforderungen erstellen. Ein Beispiel ist die Konferenz 2006 in Kairo, an der die Gelehrten die Frauenbeschneidung als unislamisch zurückwiesen (vgl. V.3.g und V.2.c). Manche islamisch geprägte Länder wie z. B. Ägypten haben einen obersten Mufti als Staatsbeamten, der für *Fatwas* zuständig ist. Solche Rechtsgutachten sind für Gesetzgebung oder Gerichte nicht bindend, und wieweit sie Berücksichtigung finden, hängt von der Autorität der Gelehrten ab, wobei auch der Konsens eine wichtige Rolle spielt. Daneben gibt es die Praxis, von einzelnen Rechtsgelehrten Gutachten zu persönlichen Fragen zu erbitten. Plattformen dafür sind zunehmend die Medien; in Fernsehsendungen und Tageszeitungen antworten Gelehrte mit *Fatwas* auf Fragen, und Internetseiten veröffentlichen Fragen und Antworten. Die globale Vernetzung auf Grund der neuen Medien und die daraus folgende Vielfalt von Gutachten fordern dazu heraus, den Konsens zu suchen, denn die Gläubigen sollen nicht durch unterschiedliche Urteile verwirrt werden. So rief z. B. im Dezember 2009 der Generalsekretär der „Muslimischen Weltliga" (vgl. V.4.e) zur Einheit unter den Muslimen und zur Festigung des Religionsrechtes auf.

Theologische Schulen

Zwar haben die Rechtsgelehrten wesentlich an der Rechtssystematik gearbeitet und die Theologen an der „Dogmatik", aber beide standen doch auch miteinander in mehr oder weniger enger Verbindung. Theologie wurde nicht ohne rechtliche Perspektiven betrieben und Rechtswissenschaft nicht ohne theologische. Auch aus der Theologie gingen bereits im 8./9. Jahrhundert verschiedene Schulen hervor, die sich zum Teil auch der griechischen Philosophie bedienten. Dazu gehörte die Gruppe der Mutaziliten, die auch in Glaubensdingen auf die Vernunft setzten und davon ausgingen, dass der Koran nicht ewig, sondern geschaffen sei, da es nichts anderes Göttliches neben Gott geben könne (vgl. VII.3). Diese rationalistisch genannte Schule hatte anfangs kurzfristig unter den Abbasiden Anerkennung gefunden, aber nicht im Volk, dem solche Diskussionen zu spitzfindig erschienen. Den Mutaziliten standen die Aschariten (vgl. Berger 2010, 79 ff.) gegenüber, die einen Mittelweg suchten zwischen einem wörtlichen Verständnis der Quellen und einer rationalen Argumentation. Für sie galt der Koran als ewig, jedes reale Exemplar jedoch als erschaffen; sie werden zusammen mit einer anderen Gruppe (Maturiditen) als Anhänger der prophetischen Tradition gesehen, die sich im sunnitischen Islam weitgehend durchgesetzt hat.

d. Im Wechselspiel von Religion und Umwelt

Unter Fremdherrschaft

Die Wiege des Christentums steht in Palästina, das der staatlich organisierten hellenistischen Welt des 1. Jahrhunderts unter römischer Herrschaft zugehörte. Die Provinz Judäa mit der Stadt Jerusalem war römischen Statthaltern unterstellt. Andere Teile Palästinas wurden von jüdischen Königen regiert, Söhnen und Enkeln Herodes des Großen, die in Abhängigkeit von Rom standen, dem das Gewaltmonopol zukam. Jesus und alle ersten Christen waren Juden unter Fremdherrschaft, in ihrer Religion geduldet, aber ohnmächtig gegen die Staatsgewalt.

Die römische Angst vor Aufständen hatte immer wieder gewaltsame Über- und Eingriffe zur Folge, darunter die Hinrichtung Jesu unter Beteiligung von jüdischen Gruppen, die mit den Römern verbündet waren. Der unrealistische Kampf der Juden gegen die übermächtigen Besatzer führte schließlich zum Krieg, im Jahr 70 zur Zerstörung des Tempels in Jerusalem und zur Vertreibung der Juden in alle Welt; zu den Vertriebenen gehörten damals auch die Christen. Allerdings gab es schon davor christliche Gemeinden in verschiedenen Regionen des Reiches wie Italien, Spanien, Kleinasien oder Nordafrika, aber immer lebten diese Gemeinden innerhalb eines Staates.

Das Christentum musste daher kein eigenes Rechtssystem entwickeln, und in religiöser Hinsicht galt zunächst das jüdische Recht, von dessen rituellen, nicht aber ethischen Vorschriften es sich sukzessive ablöste. Der Staat, der die Christen teilweise verfolgte, war ein Gegenüber, das verlangte, dass sich die Christen dazu ins Verhältnis setzen, was sie meist in kritischer Weise taten und oft mit dem Leben bezahlten. Während die Christen, die im Alten Testament zu Hause waren, niemandem den Eingottglauben nahe bringen mussten, stand der Islam einer polytheistischen Kultur gegenüber, um ihr die Botschaft von dem einen Gott zu bringen.

In einer staatenlosen Gesellschaft

Die Wiege des Islams steht in Arabien, in der Welt einer Stammeskultur ohne einen übergeordneten Staat und damit ohne übergreifende Rechtsstruktur. Das Gewaltmonopol besaßen die verschiedenen Stämme, die auf der Hut sein mussten, nicht unter die Herrschaft der expansionswilligen angrenzenden Großmächte zu geraten. Die unterschiedliche Umwelt, in der Christentum und Islam auftraten, hat sich auch auf die Prozesse der Inkulturation der beiden Religionen ausgewirkt, auch wenn sich deren geistliches Profil davon nicht ableiten lässt. Jedenfalls sollten Vergleiche zwischen den Religionen diesen unterschiedlichen Kontext nicht außer Acht lassen.

Inzwischen haben beide Religionen viele verschiedene staatliche Organisationsformen durchlaufen, und jede für

sich ist auch gegenwärtig in unterschiedliche politische Systeme eingebunden. Die Versuchung besteht für beide Religionen, die Zeiten der Verfolgung und der Märtyrer ebenso zu idealisieren wie die Zeiten der Macht und damit Inkulturationsprozesse zu stoppen, die nicht zu Lasten des authentischen religiösen Profils gehen müssen.

Trennungsprozesse und theologische Unterschiede

Die Trennung der Christen von den Juden im Laufe des ersten Jahrhunderts war ein schmerzhafter Prozess, der keineswegs im Einvernehmen erfolgte und alles andere als spannungsfrei verlief. Theologisch gesehen bildet das Judentum jedoch die Wurzel eines Ölbaumes, in den der christliche Zweig eingepfropft wurde, um sich aus dieser Wurzel zu nähren (Röm 11, 16–18). So bleibt für Christen auch der Bund gültig, den Gott mit dem Volk Israel geschlossen hat, und gehört die jüdische Bibel, das Alte Testament, zu den christlichen heiligen Schriften.

Auch der Islam hat sich von den Christen, aber auch von den Juden noch während der medinischen Zeit getrennt, wenn auch auf andere Weise, die der arabischen Bündnispolitik entsprach. In Sure 9, die unter muslimischen Kommentatoren als eine der letzten Offenbarungen gilt, ergeht die Aufforderung, gegen sie zu kämpfen, „bis sie erniedrigt den Tribut aus der Hand entrichten“ (Vers 29). Dies ist verbunden mit dem Vorwurf, nicht an Gott und den Jüngsten Tag zu glauben und „Beigesellung“ zu betreiben, indem die Christen Jesus, die Juden Esra als Sohn Gottes ansehen würden. [4] Aus muslimisch-theologischer Sicht bilden die beiden vorausgehenden Religionen nicht die Wurzel des Islams, der sich vielmehr als Erneuerung der dem Juden- und Christentum vorausgehenden reinen Religion Abrahams versteht.

Akkommodation, Assimilation — Integration

Die Frage, welche Identität muslimische Migranten/Migrantinnen in Ländern mit nicht-muslimischer Mehrheit haben, stellt die gesamte Bevölkerung vor die Herausforderung, einen Weg zu suchen und zu finden, der nicht entweder zur Assimilation oder zur Akkommodation von Gruppen führt. Denn wer sich assimiliert, verliert seine Identität durch Anpassung an die Umwelt. Und wer akkommodiert, versucht die Umwelt zu seinen Gunsten zu verändern, so dass die anderen ihre Identität verlieren. [5] Der dritte Weg geht vom Wechselspiel beider Bewegungen aus, das die Identitäten teilweise verändert, aber ohne diese grundsätzlich in Frage zu stellen. Beide Religionen stehen dafür als Beispiel, die vieles aus ihrer Umwelt übernommen und diese zugleich auch in ihrem Sinne entscheidend verändert haben. Deshalb zeigen Christentum wie Islam etwa in afrikanischen Ländern, in Asien oder auf dem Balkan eine je andere Gestalt.

Das Wechselspiel von Akkommodation und Assimilation verläuft dann konfliktreich, wenn es unterbrochen wird, wenn die Majoritätskultur nur die Assimilation anderer religiöser und kultureller Gruppen verlangt, diese Gruppen aber umgekehrt nur die Akkommodation suchen und fordern. Im Wechselspiel der beiden Momente besteht das heute propagierte Modell der Integration. Jedenfalls führen solche Prozesse nie nur zu Akkommodation oder nur zur Assimilation, weshalb letztlich kein Anlass für Szenarien der Angst besteht, solange diese Inkulturationsprozesse nicht gewaltsam unterbrochen werden, was auch durch die Gewalt einer aggressiven herabsetzenden Rhetorik geschehen kann.

Die Religion des Islams hat in Europa eine lange Geschichte, die sich fortsetzen wird. Dabei zeigen sich historische Zeitverschiebungen, denen mit Ungeduld und Geschichtsvergessenheit nicht beizukommen ist. Denn geistige und damit politische und soziale Bewegungen vollziehen sich nicht in einer linearen Abfolge, sondern nach dem Modus der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, wie es der Soziologe Karl Mannheim bereits in den 1920-er Jahren für Europa diagnostiziert hatte. Kulturen und Religionen aus aller Welt, Traditionen und Denkweisen aus allen Jahrhunderten, auch innerhalb der verschiedenen Religionen sind zugleich präsent. Die Gesellschaften müssen lernen, mit einer immensen Vielfalt von sozialen Schichten, von Bildungsstufen, von Mentalitäten und Religionen umzugehen, und zwar in einer Weise, die beides vermeidet: romantische Vorstellungen von Multikulturalität, ebenso wie die Angst vor Überfremdung oder dem Zerfall in soziale und ideologische Ghettos.

Viele islamisch geprägte Staaten sind Diktaturen oder Oligarchien, in denen sich eine herrschende politische Klasse einer religiösen Legitimation bedient; aber auch solche Systeme kommen immer wieder in Bewegung wie z. B. 2011 in Tunesien, Ägypten, Libyen oder Syrien. Mit ihrer bedenklichen Tendenz zur Simplifizierung verdecken die Medien oft diese handfesten politischen Hintergründe von Gewalt und übernehmen ungeprüft die Verknüpfung mit der religiösen Rhetorik von Extremisten. Dadurch werden Vielfalt und Ungleichzeitigkeit auch im Islam nicht wahrgenommen, wie etwa Demokratie- und Frauenbewegungen (vgl. V.2.e und V.3.i). Gerade die in Europa seit wenigstens 200 Jahren herrschende Ungleichzeitigkeit bietet die Chance, neu hinzukommende Lebensweisen kreativ zu integrieren. Erst der Abschied von Schablonen und Schlagworten kann einen gemeinsamen Wohnraum schaffen, der ohne Aversion, Streit und Gewalt auskommt.

Recht und Glaube

Aus seiner Geschichte kennt das Christentum eine enge Verbindung von Politik, Religion und Recht, auch im Sinne göttlichen Rechts. Die Reformation hat den Anstoß zu einer anderen Entwicklung gegeben. Aus lutherischer Sicht wird zwischen göttlichem und menschlichem Handeln unterschieden. Auch wer ethisch verantwortlich handelt, kann damit sein Heil bei Gott nicht erwirken. Die Antwort auf Gottes Versöhnung stiftendes und vergebendes Handeln ist der Glaube, der Gottes Zusage vertraut und, dafür dankbar, tut, was dem Willen Gottes entspricht und was die Gebote verlangen. Recht bezieht sich auf Handlungen und hat immer mit Zwang zu tun, da es darauf angelegt ist,

[4] Esra hatte die Juden im 5. Jahrhundert v. Chr. aus dem babylonischen Exil nach Palästina zurückgeführt und wurde nach einer legendären Überlieferung in den Himmel entrückt.

[5] Den obigen Ausführungen liegt das Konzept des Schweizer Entwicklungspsychologen Jean Piaget zugrunde, der davon ausgeht, dass auch eine individuelle Identität nicht starr ist, sondern sich im Laufe einer Lebensgeschichte modifiziert, ohne völlig preisgegeben zu werden. Unflexible Identitäten führen nach Piaget zu bedrohlichen Brüchen in einer Biografie.

sich durchzusetzen; aber der Glaube als innere Haltung kann nicht erzwungen werden und ist damit dem Recht entzogen: Das Recht kann keinen Glauben begründen. In diesem Sinne hatte bereits Jesus eine äußere Befolgung der gesetzlichen Vorschriften kritisiert, wenn dem keine innere gläubige Einstellung entspricht, das „Herz" davon unberührt bleibt. Umgekehrt kann und muss jeweils geltendes Recht aus religiöser Überzeugung kritisch betrachtet werden.

Diese Unterscheidung zwischen Gott und Mensch hat auch die Unterscheidung zwischen Glauben als innerer Haltung und äußeren Rechtsstrukturen der Kirche zur Folge. Denn die Gemeinschaft der Gläubigen gehört zur weltlichen Dimension, die mit Gott als einer transzendenten Dimension nicht identisch werden kann, auch wenn beide Dimensionen aufeinander bezogen sind. Kirchliches Recht ist daher aus evangelischer Perspektive veränderbar und dazu aufgefordert, auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse angemessen zu reagieren, allerdings ohne den Auftrag der Verkündigung des Wortes Gottes zu verletzen; das bedeutet eine permanente Herausforderung.

Auch staatliches Recht, wie es sich als religionsneutrales herausgebildet hat, kann unter diesen Umständen in seiner Eigenständigkeit ebenso anerkannt werden wie die Menschenrechte. Diese Rechtsstrukturen beruhen auf dem Grundsatz, dass jeder Mensch seine Freiheit einzuschränken hat, damit die eigene Freiheit mit der Freiheit des anderen zusammen bestehen kann. Dazu gehört auch die Religionsfreiheit, so dass die Religionsgemeinschaften unter Anerkennung der staatlichen Verfassung ihre Religion frei ausüben und sich organisieren können. Das schließt Partizipation an politischen Debatten und Entscheidungen ein.

Solche Argumente, dass das Recht keinen Glauben zu erzwingen vermag, und jedes Recht aus religiöser Überzeugung eine kritische Beachtung verdient, gehören auch zu den religiösen und rechtlichen Diskursen innerhalb des Islams (vgl. V.2.e und V.3.i).

2. Religionsfreiheit

a. Geschichtliche Wurzeln

Krieg und Verfolgung

Entwicklung und gesetzliche Verankerung der Religionsfreiheit in den Menschenrechten und den Verfassungen religionsneutraler Staaten sind nicht das Ergebnis von philosophischen oder theologischen Erwägungen, sondern einer langen Geschichte von Verfolgung und Blutvergießen und damit der Gefährdung menschlicher Ordnungen des Zusammenlebens. Es waren vor allem die christlichen Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts, darunter der Dreißigjährige Krieg (1618–1648), die Mitteleuropa geradezu verwüsteten, wobei dahinter wie bei allen Religionskriegen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen standen. Dies geschah in der Folge der Reformation und der Spaltung der Kirche, die zwar von den Reformatoren nicht angestrebt, aber real geworden war, und den Anstoß für eine neue Verhältnisbestimmung zwischen geistlichem und weltlichem Regiment gab.

In diese Zeit fiel die Entdeckung Amerikas, und den Großteil der europäischen Besiedler machten in Europa verfolgte Christen aus, die als Abtrünnige galten und in dem neuen Kontinent ihren Glauben frei ausüben konnten. Unter dem in der Neuen Welt immer noch hoch gehaltenen Wort „Freiheit" wurde freilich die indigene Bevölkerung nahezu ausgerottet. Dies blieb allerdings nicht unwidersprochen, weshalb z. B. der Dominikaner Bartolomé de Las Casas (1484–1566) vor Kaiser Karl V. für die Rechte der indigenen Bevölkerung eintrat, ein Ereignis, das durch eine Erzählung von Reinhold Schneider in die Literatur eingegangen ist (vgl. V.4.c). Sein Zeitgenosse, der spanische Theologe und Naturrechtler Francisco de Vitoria, entwickelte auf Grund dieser Erfahrung das Konzept einer natürlichen Weltgemeinschaft auf gemeinsamer rechtlicher Grundlage, das als Vorläufer des europäischen Völkerrechtes gelten kann.

Toleranz

In Europa hatte man sich im Augsburger Religionsfrieden von 1555 zunächst darauf geeinigt, die christlichen Konfessionen nebeneinander leben zu lassen, allerdings zunächst nach dem Prinzip *cuius regio, eius religio* (in wessen Regierungsgebiet ein Mensch lebt, dessen Religion muss er annehmen) und das heißt: Der jeweilige Regent konnte bestimmen, welcher Konfession seine Untertanen anzugehören hatten, und wer dem nicht folgte, musste mindestens das Land verlassen. Das führte zu Flüchtlingsströmen, deren Auswirkungen sich heute noch nachverfolgen lassen.

In Österreich duldete das römisch-katholische Haus Habsburg lange Zeit keine andere Religion als die des Herrscherhauses. Der nächste Schritt war die Toleranz, die Kaiser Joseph II., der Sohn Maria Theresias, mit seinem Patent von 1781 in die Wege leitete, indem er der „Schädlichkeit allen Gewissenszwangs" entgegentrat. Von da an war es den Nicht-Katholischen, darunter den Evangelischen möglich, ihren Glauben zu praktizieren, allerdings nur als „Privat-Exercitium". Sie konnten auch eigene Gebetshäuser errichten, allerdings ohne Glocken und Kirchtürme und ohne Eingang von der Straße; sie sollten nicht öffentlich erkennbar sein. Dem folgte dann etwas später das Toleranzpatent für Juden und orthodoxe Christen.

Von der Toleranz zur Religionsfreiheit

War einmal in Mitteleuropa mit der Toleranzpolitik die „Schädlichkeit allen Gewissenszwangs" zum Thema geworden, so bildete dieses einen Unruheherd innerhalb der absolutistischen politischen Systeme. Denn inzwischen hatten verschiedene Philosophen wie John Locke, Montesquieu oder Jean-Jacques Rousseau begonnen, ihre politischen Theorien zu entwerfen, die auf Freiheit und Gleichheit der Bürger, auf Religionsfreiheit und auf freien Wahlen durch das Volk beruhten. Im Staat sollten die drei Gewalten, die gesetzgebende, ausführende und richterliche unabhängig voneinander ausgeübt werden. In den USA wurden diese Prinzipien in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 verankert, in Frankreich im Verfassungsentwurf von 1791, was freilich nicht ohne Kriege und Revolutionen möglich war.

Es dauerte noch ein Jahrhundert bis zur Ausbildung religionsneutraler Staaten. Diese waren das Ergebnis der Suche nach einer Instanz, die über allen Religionen steht und die, mit dem Gewaltmonopol ausgestattet, imstande

ist, die politischen Ziele eines Zusammenlebens in Frieden unabhängig von religiösen Wahrheitsansprüchen zu garantieren. Damit wurde die Religionsfreiheit auf der Basis der gleichberechtigten Freiheit aller Bürger/innen zu einem Menschenrecht, das der Staat in seine Rechtordnung aufzunehmen hatte.

Ein solcher Rechtsstaat darf daher keine Religion oder Weltanschauung zur Grundlage seiner Ordnung nehmen, keine bevorzugen und sich mit keiner identifizieren, muss also religiös und weltanschaulich neutral bleiben. Und niemand darf wegen seines religiösen Bekenntnisses oder seiner Weltanschauung bevorzugt oder benachteiligt oder von politischer Mitwirkung ausgeschlossen werden. Diese Neutralität ist die Folge der Religionsfreiheit, und diese wiederum die Folge der leidvollen Erfahrung von Kriegen und Verfolgungen, in denen Religionen und Weltanschauungen um ihre alleinigen Machtansprüche gekämpft und Millionen von Menschen zu Opfern gemacht hatten.

Aus dieser Geschichte ging 1948, nach dem Desaster des Zweiten Weltkriegs, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" durch die UNO hervor. Dem stand allerdings noch bis 1989 der Machtblock kommunistischer Diktaturen gegenüber, die Religionsfreiheit administrativ verhinderten.

Die Unterscheidung von Recht und Weltanschauung

Von verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Gruppen, auch von muslimischen, wird die Religionsneutralität eines säkularen Staates oft als ethische Gleichgültigkeit verstanden, die keine Normen und Prinzipien kenne. Hingegen beruht diese Staatsform auf der Achtung vor der Freiheit der Menschen, sich ohne Gewissenszwang für ihre Lebens- und Glaubensform entscheiden zu können, freilich ohne dabei die Freiheit anderer zu verletzen. Bei Achtung handelt es sich aber um eine ethische Grundhaltung, die einem menschenwürdigen Dasein und einem gewaltfreien Zusammenleben dienen soll. Dass darum immer neu gerungen werden muss, steht auf einem anderen Blatt, da menschliche Machtinteressen sich nicht so leicht „neutralisieren" lassen. Der religionsneutrale Rechtsstaat hat die bleibende Aufgabe, den Verletzungen von Grundrechten entgegenzutreten, wozu die Religionsfreiheit gehört.

Religionsneutralität ist eine rechtliche Kategorie und keine weltanschauliche. Wird daraus eine Weltanschauung gemacht, kommt es zu einer Wertung: Für religiöse Menschen, darunter muslimische wie christliche, ist säkular „schlecht" und religiös „gut", nicht-religiöse Menschen bewerten umgekehrt. Unter dem Loblied auf Säkularismus und Laizismus werden die Religionen dann in einen privaten, öffentlich nicht sichtbaren Bereich abgedrängt oder auch öffentlich diffamiert; das untergräbt jedoch die rechtsstaatliche Religionsfreiheit (vgl. Bielefeldt 2003 und 2008). In einem solchen Wertesystem gelten religiöse Menschen im Allgemeinen als unaufgeklärt und geistig zurückgeblieben, muslimische Kulturen im Besonderen als „vormodern" und Hemmschuh des Fortschritts, um dann den unausweichlichen Zusammenprall zwischen der islamischen Zivilisation und dem Konzept der Menschenrechte zu beschwören. Hingegen hat der religionsneutrale Rechtsstaat die Aufgabe, den Religionsgemeinschaften die freie Entfaltung ihres Glaubenslebens möglich zu machen und sie nicht an den Rand der Gesellschaft zu schieben.

b. Rechtliche Grundlagen

In Österreich verbürgt der Staat sowohl die individuelle als auch die korporative Religionsfreiheit, die den Gemeinschaften selbst, über die Grundrechte der Mitglieder hinaus, Rechtsbefugnisse zukommen lässt. Daher heißt es bereits im Staatsgrundgesetz von 1867: „Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist Jedermann gewährleistet" (Art. 14, Abs. 1), und: „Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbständig", ist aber zugleich „wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen" (Art. 15). Diese Bestimmungen wurden nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Regelungen des Staatsvertrags von St. Germain in die Bundesverfassung von 1920 aufgenommen und stehen heute noch in Geltung.

Eine Präzisierung erfolgte durch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die 1953 in Kraft trat und von Österreich 1958 mit Verfassungsrang angenommen wurde: „Jedermann hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit des einzelnen zum Wechsel der Religion oder der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Andachten und Beachtung religiöser Gebräuche auszuüben" (Art. 9, Abs. 1). Denn ein entscheidendes Recht, das Religionsfreiheit von Toleranz unterscheidet, besteht darin, die Religion ohne Sanktionen wechseln zu können.

Da die Kirchen und Religionsgemeinschaften ihre inneren Angelegenheiten selbstständig verwalten, entscheiden ausschließlich sie darüber, wer geistliche, rituelle, seelsorgerliche oder unterweisende Funktionen ausüben darf, und welche Voraussetzungen dazu erfüllt werden müssen. Ebenso entscheiden sie darüber, ob und wieweit sie das Angebot staatlicher Bildungsinstitutionen nutzen bzw. zur Bedingung für religiöse Funktionen machen; dies gilt auch für die IGGiÖ.

Trennung und Zusammenarbeit

Die korporative Religionsfreiheit, die den Religionsgemeinschaften einen eigenen Rechtsstatus gibt, bildet dann auch die Voraussetzung für eine kooperative Neutralität, die in den jeweiligen staatsrechtlichen Bestimmungen geregelt wird. Während Frankreich oder die Türkei sich als laizistische Staaten verstehen, die Staat und Religionsgemeinschaften getrennt halten, gilt in Österreich das kooperative Modell, das religiöse Gemeinschaften durch gesetzliche Regelungen unterstützt.

Eine solche kooperative Religionsfreiheit, die inzwischen in der gegenwärtigen EU-Politik zunehmend eine Rolle spielt und hinsichtlich ihrer konkreten Gestalt diskutiert wird, lässt es nicht zu, bei religionsneutralen Verfassungen vereinfachend von einer Trennung von Religion und Politik zu sprechen. Denn es geht nicht wie beim Toleranzkonzept darum, dass religiöse Menschen ihren Glauben „im stillen Kämmerlein" praktizieren, sondern als Gemeinschaften öffentlich auftreten, zu politischen Fragen in der Öffentlichkeit Stellung beziehen oder politische Ämter bekleiden. Es geht also nicht um eine Trennung von Religion und Politik, sondern um eine Trennung von Religionsgemeinschaften und dem Staat. Wenn die Politik

Religionen in das gesellschaftliche Abseits drängt, widerspricht sie nicht nur dem Grundgesetz der Religionsfreiheit, sondern sie schadet sich auch selbst, indem sie jenen Parallelgesellschaften Vorschub leistet, die sie zu verhindern sucht.

Durch die institutionelle Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat werden beide so voneinander frei, dass sie miteinander kooperieren und vielfältige Rechtsbeziehungen miteinander eingehen können. Das bezieht sich nicht nur auf den öffentlichen Diskurs zu politischen Fragen, sondern auch auf die Unterstützung von Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, z. B. durch Subventionen für konfessionelle Krankenhäuser oder Privatschulen; in diesen Bereichen war kirchliches Handeln dem staatlichen sehr lange vorausgegangen. Eine offiziell anerkannte Religionsgemeinschaft hat vor allem ein Recht darauf, dass der Staat für die jeweiligen Religionsangehörigen den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen sowie die Seelsorge in Krankenhaus, Gefängnis oder Militär finanziert. In Österreich betrifft das auch die Ausbildung für christliche Geistliche und Religionslehrer/innen an pädagogischen Hochschulen und Universitäten, im Kontext der IGGiÖ die Ausbildung für Religionslehrer/innen (vgl. III.2.a).

Anerkennung durch den Staat

Österreich kennt zwei explizite Formen der Anerkennung von Religionsgemeinschaften: die Eintragung als religiöse Bekenntnisgemeinschaft und die gesetzliche Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts. Die gesetzliche Anerkennung ist an folgende Bedingungen geknüpft: Die Religionslehre, der Gottesdienst, die Verfassung sowie die Bezeichnung der Religionsgemeinschaft müssen gesetzes- und sittenkonform, Errichtung und Bestand wenigstens einer Kultusgemeinde gesichert sein.

Seit 1998 gelten zusätzliche Bedingungen, um von einer Bekenntnisgemeinschaft in den Rang einer Körperschaft öffentlichen Rechts zu gelangen, somit die volle gesetzliche Anerkennung zu erreichen. Die damit zusammenhängenden Fragen regelt eine Novelle des Bekenntnisgemeinschaftsgesetzes, die am 6. Juli 2011 im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde. Zudem muss die Religionsgemeinschaft eine Mitgliederzahl von mindestens zwei von Tausend der Bevölkerung Österreichs umfassen, das sind etwa 16.000 Mitglieder. Die Einnahmen und das Vermögen dürfen nur für religiöse Zwecke verwendet werden. Die Religionsgemeinschaft muss eine positive Grundeinstellung gegenüber Staat und Gesellschaft einnehmen und die rechtsstaatliche Verfassung anerkennen. Der Religionsfrieden muss gewahrt werden; es darf zu keinen gesetzwidrigen Störungen des Verhältnisses zu anderen gesetzlich anerkannten und nicht anerkannten Religionsgemeinschaften kommen. In Österreich sind zurzeit folgende Kirchen und Religionsgesellschaften gesetzlich anerkannt (Stand September 2011):

1. Römisch-katholische Kirche und die mit Rom unierten Kirchen: Griechisch-katholisch/Armenisch-katholisch
2. Evangelische Kirche A. B. (Augsburgisches Bekenntnis = Lutherische Kirche) und H. B. (Helvetisches Bekenntnis = Reformierte Kirche)
3. Evangelisch-methodistische Kirche
4. Altkatholische Kirche
5. Orthodoxe Kirchen: Griechisch-orientalisch/Bulgarisch-orthodox/Serbisch-griechisch-orientalisch/Rumänisch-griechisch-orientalisch/Russisch-orthodox
6. Armenisch-apostolische Kirche
7. Syrisch-orthodoxe Kirche
8. Koptisch-orthodoxe Kirche
9. Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen)
10. Neuapostolische Kirche
11. Israelitische Religionsgesellschaft (Juden)
12. Islamische Glaubensgemeinschaft
13. Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft
14. Jehovas Zeugen (seit 7. Mai 2009).

Die Stellung der „Staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaften“ lässt sich als Sondervereinsrecht für Religionsgemeinschaften charakterisieren. Die Besonderheiten ergeben sich im Wesentlichen daraus, dass die Antragsteller als Religionsgemeinschaft identifizierbar sein und 300 Mitglieder nachweisen müssen. Zu den eingetragenen Bekenntnisgemeinschaften gehören:

1. Baha'i – Religionsgemeinschaft
2. Bund der Baptistengemeinden
3. Bund evangelikaler Gemeinden
4. Die Christengemeinschaft – Bewegung für religiöse Erneuerung
5. ELAIA (Ölbaum) Christengemeinschaft
6. Freie Christengemeinde/Pfingstgemeinde
7. Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten
8. Hinduistische Religionsgesellschaft
9. Mennonitische Freikirche
10. Pfingstkirche Gemeinde Gottes
11. Islamisch Alevitische Glaubensgemeinschaft (seit 16. Dezember 2010).

Neben den beiden Formen können sich Religionsgemeinschaften auch der Rechtsform eines ideellen Vereins bedienen, wofür sie keine spezifischen Voraussetzungen erfüllen müssen.

c. Islam und Demokratie in Österreich

Die per Gesetz erfolgte Anerkennung der IGGiÖ bzw. die Eintragung der Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft als Bekenntnisgemeinschaft setzt die Anerkennung der Verfassung des religions- und weltanschauungsneutralen österreichischen Staates mit seiner pluralistischen Gesellschaft durch diese Religionsgemeinschaften voraus. Das schließt die Anwendung von rechtlichen Bestimmungen der Scharia aus (vgl. V.1.c). Auf den verschiedenen europäischen und österreichischen Imamekonferenzen, von der IGGiÖ initiiert, wurde wiederholt auf die gebotene Anerkennung der österreichischen Verfassung hingewiesen. Davon abweichende Rhetoriken oder Aktionen stehen unter Beobachtung des österreichischen Verfassungsschutzes.

Zur Frage, welche Verbindlichkeit den Erklärungen der Imamekonferenzen zukommt, muss bedacht werden, dass der sunnitische Islam im Unterschied zu den christlichen Kirchen keine feste Organisationsstruktur kennt und keine zentrale Autorität, die sich mit dem Papst, den Kirchen-

leitungen oder der Institution von Synoden vergleichen ließe. [6] Autorität in religiösen Angelegenheiten kommt den Religions- und Rechtsgelehrten zu, die zu religiösen, aber auch aktuellen Fragen wie z. B. Organtransplantation oder Gentechnik gutachterlich Stellung nehmen. Die Autorität von Gelehrten oder Gelehrtengruppen sowie ein breiter Konsens, ähnlich synodalen Prozessen, geben solchen Stellungnahmen das Gewicht. Ein Beispiel dafür ist der Brief „A Common Word between Us and You" von 2007 (vgl. IV.3). In diesem Sinne haben auch die Erklärungen der Imamekonferenzen der IGGiÖ Gewicht.

Die Neuwahlen in der IGGiÖ in den Jahren 2010 und 2011 stellen einen demokratischen Vorgang innerhalb der Glaubensgemeinschaft dar. Um sich daran zu beteiligen, mussten sich die Muslime/Musliminnen offiziell registrieren lassen und eine Kultusumlage von 40,— Euro bezahlen. Diese Regelung, die sich an den in Österreich gesetzlich verankerten Kirchenbeitrag anlehnt, ist in einem islamischen Kontext, der keine deklarierte Mitgliedschaft kennt, neu und ungewöhnlich.

d. Moscheen und Minarette

Auf Grund der staatlichen Anerkennung haben Muslime das Recht, ihren Glauben öffentlich und sichtbar auszuüben. Muslimische Gebetsstätten waren lange Zeit nur in Wohnhäusern untergebracht, also unauffällig und „verborgen", so dass sie wenig Anstoß erregten. Mit der steigenden Präsenz (vgl. III.2.a) wächst auch der Wunsch nach sichtbaren und repräsentativen Gebetsräumen wie eigenen Moscheebauten mit Minarett.

Minarettverbot in der Schweiz

Solche Bauprojekte stoßen in der Öffentlichkeit zunehmend auf Widerstand von Seiten politischer Parteien, Teilen der Bevölkerung und Anrainern. Dabei werden besonders die Minarette als Provokation und Ausdruck islamischer Machtansprüche und als Gefährdung des sozialen Friedens angesehen. Diese Einstellung hat in der Schweiz im November 2009 dazu geführt, dass die Bürger/innen in einer Volksabstimmung mehrheitlich gegen den Bau weiterer Minarette votierten; bislang gibt es dort vier Moscheen mit Minarett. Abgesehen davon, dass eine solche Entscheidung dem Muster muslimischer Extremisten gleicht, die zum Kampf zwischen Kulturen und Religionen aufrufen, handelt es sich dabei um eine Missachtung der grundrechtlich verankerten Religionsfreiheit. Das haben auch die internationalen kritischen Stellungnahmen betont. Der „Schweizerische Evangelische Kirchenbund" (SEK) sprach sich ebenfalls gegen ein Minarettverbot aus (Tanner 2009). Die Gründung des „Forum für einen fortschrittlichen Islam" und des „Interreligiöser Think-Tank" waren eine weitere Antwort auf diese Volksentscheidung.

Das Recht zum Bau von öffentlichen und sichtbaren Gebetsstätten, von Moscheen und Minaretten sowie von eigenen Friedhöfen (vgl. III.2.a) ist mit der Religionsfreiheit auch in der österreichischen Verfassung verankert. Darauf können sich die Muslime/Musliminnen berufen, und auch die Evangelische Kirche A. und H. B. hat dazu unterstützend Stellung genommen (Stellungnahme: Internet). Dass es in Bezug auf die Gestaltung der Gebäude der Akzeptanz der unmittelbaren Umgebung bedürfe, wurde auch von Seiten der IGGiÖ bestätigt mit dem Hinweis auf den Koran, der das Recht des Nachbarn hochhalte (IGGiÖ Nachbarn: Internet).

Auf dieser Basis konnte dann auch der Widerstand gegen den Bau der ATIB-Moschee in Bad Vöslau mithilfe eines sechsmonatigen Mediationsverfahrens, in das alle politischen Parteien und auch die Bevölkerung eingebunden waren, beigelegt werden mit dem Ergebnis eines von alle Beteiligten akzeptierten Kompromisses: Der Bau wurde in seiner Höhe den Nachbargebäuden angeglichen, die Minarette aus Glas stehen im Innenhof und überragen das Gebäude nur um wenige Meter; die Moschee wurde im Oktober 2009 eröffnet.

Das Architekturzentrum Wien kritisierte dieses Ergebnis, da der Bau von außen nicht als Moschee erkennbar sei, und befasst sich mit der Verbindung von Moscheebau und moderner Architektur; im September 2009 wurden in Wien in einer Ausstellung Modelle und Pläne neuer Moscheegestaltungen präsentiert. Das Thema Moscheearchitektur ist also weiter im Gespräch.

e. Religionsfreiheit in islamisch geprägten Ländern

Toleranz gegenüber Christen und Juden gehört zur Religion des Islams. Allerdings besteht zwischen Toleranz und Religionsfreiheit ein rechtlicher Unterschied, denn Toleranz kann mit rechtlicher Ungleichheit einhergehen (vgl. z. B. Krämer 2007, 12, 45), wie die österreichische Geschichte der Evangelischen zeigt. Ab Ende des 19. Jahrhunderts meldeten sich in Ländern mit islamischer Tradition Stimmen für die Religionsfreiheit zu Wort, bis vielfältige politische Entwicklungen dann Ende des 20. Jahrhunderts politisch aktivistische muslimische Gruppen erstarken ließen.

In muslimisch geprägten Ländern kam es nach dem Zweiten Weltkrieg in Bezug auf die rechtliche Lage zu einer Neuordnung der Gesetze, und man versuchte, islamische und westliche Rechtstraditionen zu vereinbaren, so dass heute fast überall formelle Verfassungen existieren. Diese verweisen freilich entweder auf den Islam als Staatsreligion oder auf das islamische Recht als Quelle der Gesetzgebung, oft auch in innenpolitischem Interesse, um extremistische Oppositionsgruppen durch eine islamkonforme Rechtspolitik zu beruhigen. Hinsichtlich der Grundrechte sind Bestimmungen der Scharia nach wie vor wirksam, die z. B. keine Gleichstellung der Geschlechter kennen oder in den islamischen Menschenrechtsdeklarationen die Religionsfreiheit auf Toleranz einschränken (Berger 2010, 156; Wielandt in: Krämer 2007, 60, 63; Ende 2005, 206 ff.).

Rechtlich verankerte Toleranz schließt aber ebenso wie rechtlich verankerte Religionsfreiheit intolerante Akte aus, wozu es allerdings immer wieder kommt, wenn in manchen islamisch geprägten Ländern die christliche Religionsausübung behindert wird, Symbole aus dem öffentlichen Raum verbannt oder Renovierung, Wiederaufbau und Neubau von Kirchen untersagt werden. Es gibt auch eine Intoleranz gegenüber Muslimen in Österreich, die sich in

[6] Eine Ausnahme bildet die „Islamische Gemeinschaft" in Bosnien, die seit der Neuorganisierung 1882 kirchenähnliche Strukturen aufweist wie Muftiate, was einem Bistum entspricht, und einem Reis-ul-Ulema an der Spitze, eine Position, die sich mit der eines orthodoxen Metropoliten vergleichen lässt.

herabsetzender Rhetorik und in sozialen Diskriminierungen äußert oder in dem Versuch, muslimische Einrichtungen z. B. durch Bestimmungen der Raumordnung an den Rand von Siedlungsgebieten zu drängen, wenn nicht sogar zu verhindern.

Bei Übergriffen auf christliche Minderheiten und Kirchen in Irak und in Afghanistan, in Indonesien oder Ägypten spielen auch kriegerische Interventionen von Seiten des „Westens" eine Rolle wie der Afghanistankonflikt oder der Irakkrieg. Dabei sollten die muslimischen Autoritäten nicht übersehen werden, die solche Aktionen verurteilen. Das hatte auch Präsident Anas Schakfeh z. B. im Jänner 2011 in einer offiziellen Erklärung getan in Bezug auf den Anschlag auf koptische Kirchgänger im ägyptischen Alexandria. In Ägypten kam es während des „Arabischen Frühlings" auch zu einem demonstrativen Miteinander von Muslimen und Kopten.

Abfall vom Glauben

Religion ohne rechtliche, aber auch ohne gesellschaftliche, oft lebensbedrohliche Sanktionen wechseln oder ohne religiöses Bekenntnis leben zu können, stellt in islamisch geprägten Staaten noch ein Desiderat dar. In den meisten Ländern ist der Abfall vom Glauben (Apostasie) nicht mehr strafbar, in einigen aber schon (Wielandt in: Krämer 2007, 69). Immer wieder einmal berichten die Medien davon, dass Muslime, die zum Christentum konvertierten oder sich gegenüber dem Islam, dem Koran oder Muhammad kritisch äußerten (Blasphemie) (vgl. Nagel 2008, 193 ff.) zum Tode verurteilt, manchmal auch hingerichtet wurden; die meist angewendete Strafe besteht im Exil. Fälle von Hinrichtungen wurden aus Iran berichtet, aus Saudi-Arabien, Somalia oder Sudan. Außer der Todesstrafe sind zivilrechtliche Folgen möglich wie Zwangsscheidung oder Erlöschen der Erbrechte. Nicht nur religiöse, sondern auch politische Gründe können zum Einsatz der Todesstrafe führen, um Regimegegner auszuschalten.

Die Todesstrafe in den genannten Fällen ist in den gesetzlichen Bestimmungen der Rechtsschulen verankert, wird aber unter muslimischen Gelehrten unter Rückgriff auf die Quellen kontrovers diskutiert (vgl. Berger 2010, 66). Argumente dagegen berufen sich auf den Koran, der Zwang in der Religion ablehnt (Sure 2, 256) und die Strafe Gott vorbehält: „Wer nicht mehr an Gott glaubt, nachdem er gläubig war — außer wenn er gezwungen wurde, jedoch im Herzen weiter gläubig ist —, wer aber seine Brust dem Unglauben öffnet, über den kommt Gottes Zorn, und den erwartet eine harte Strafe" (Sure 16, 106; vgl. 3, 86. 90; 4, 137; 5, 5).

Im Koran findet sich die Todesstrafe nicht, aber in der Sunna gemäß einem Ausspruch Muhammads, dass derjenige, der sich vom Islam abkehrt und gegen die Muslime wendet, getötet werden solle (z. B. Buchari 57; 58). Argumente dagegen verweisen auf den damaligen politischen Hintergrund: Der Abfall vom Islam hätte die bekämpfte muslimische Gemeinschaft geschwächt. Zudem habe die Gefahr bestanden, dass sich die Abtrünnigen auf die Seite der Feinde schlagen (Hochverrat). Dafür, dass schon damals nicht die Religion im Mittelpunkt stand, sondern das politische Verhalten gegenüber den Muslimen, wird auf Sure 4, 90 verwiesen: „Doch wenn sie sich von euch fernhalten und nicht gegen euch kämpfen, sondern euch Frieden anbieten, dann erlaubt euch Gott gegen sie keinen Weg" (vgl. Ucar in: Schmid 2007, 227–244).

Demokratieverständnisse in islamisch geprägten Ländern

Seit dem 20. Jahrhundert, teils bereits seit dem 19., lassen sich unter muslimischen Theoretikern „idealtypisch" zwei Positionen unterscheiden, die auf die Bekanntschaft mit der „westlichen Welt" in kolonialer wie nachkolonialer Zeit unter den Bedingungen der Globalisierung reagieren. Beide greifen auf die islamischen Quellen zurück, Koran und Prophetenüberlieferungen, und sehen in der Frühzeit des Islams die ideale Gemeinschaftsform. Während der Zeit danach sei dies vergessen bzw. durch unislamische Einflüsse („Verwestlichung") verschüttet worden. Die beiden Richtungen unterscheiden sich jedoch darin, dass die eine Demokratie ablehnt („Traditionalisten"), da es sich dabei um eine von außen kommende islamfeindliche Forderung und eine Diktatur einer säkularisierten Mehrheit handle. Die andere („Modernisten" oder „Neo-Traditionalisten"), die als am weitesten verbreitet gilt, geht davon aus, dass Demokratie, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit auf islamische Quellen zurückgehen und bereits sehr früh wie z. B. im Vertrag von Medina vollkommen verwirklicht gewesen seien (Lohlker 2008, 45 ff.). Innerhalb beider Richtungen können sich politisch aktivistische Gruppen bilden (Berger 2010, 150 f., 120 ff., 197 f., 164 ff.)

Daneben gibt es in vielen Ländern mit islamischer Tradition Gelehrte, die für Demokratie und Religionsfreiheit eintreten, die sie in der Arbeit an den islamischen Quellen mit vielfältigen hermeneutischen Methoden zu begründen suchen, da sie in demokratischen Systemen auch islamische Werte verwirklicht sehen. Sie widersprechen der verbreiteten Meinung, eine Trennung von Religionsgemeinschaft und Staat würde eine Trennung von Glauben und Leben, somit den Zwang zum Unglauben bedeuten (Bsteh 2010); Takim 2007; Körner 2006; Amirpur 2006, 77 f.; Ammann 2004; Rumpf 2003, Amirpur 2003, 106–122; vgl. die Diskussion in: Schmid 2010). Dieses Missverständnis, das auf der Verwechslung von Religionsfreiheit als einer rechtlichen Bestimmung mit einem weltanschaulichen religionsfeindlichen Säkularismus beruht, ist in Österreich auch unter der nicht-muslimischen Bevölkerung verbreitet (vgl. V.2.a). Auch innerhalb anderer Gruppen lässt sich eine Öffnung gegenüber demokratischen Konzepten beobachten (Schiffauer 2010; Berger 2010, 164) (vgl. V.2.e); dies widerlegt eine gängige Ansicht, dass Islam und Demokratie grundsätzlich unvereinbar seien.

Auch wenn solche muslimische Stimmen auf Widerstand stoßen, bedeutet das nicht, dass sie keine Zukunft haben können. Solche Bewegungen wahrzunehmen, ohne sich auf Extremisten und das agitatorische Schüren von Angst gegenüber dem Islam fixieren zu lassen, kann dem sozialen Frieden auch im eigenen Land dienen. Respekt und Achtung gegenüber dem Islam als einer eigenständigen Religion und gegenüber islamischen Kulturen bedeutet auch, Demokratie und Religionsfreiheit nicht in muslimisch geprägte Länder exportieren zu wollen, die entsprechende Konzepte in Freiheit aus ihrer eigenen Geschichte heraus entwickeln wollen. Auch in Europa sind die religionsneutralen Verfassungen aus der eigenen Geschichte eines langen und konfliktreichen Ringens hervorgegangen.

Auch das Argument, erst müsste in den islamisch geprägten Ländern die Religionsfreiheit eingeführt werden, bevor in unserem Land den Muslimen/Musliminnen Religionsfreiheit mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen gewährt wird, ist nicht konstruktiv. Denn die Religionsfreiheit stellt ein Menschenrecht dar und keinen abtauschbaren Verhandlungsgegenstand. Eine defizitäre Praxis anderswo kann nicht dazu führen, im eigenen Land eine humane Errungenschaft aufzugeben. Aber es besteht auch eine Verantwortung der Kirchen, auf die Situation von Christen/Christinnen in Ländern mit islamischer Tradition aufmerksam zu machen und für das Gut der Religionsfreiheit einzutreten.

3. Frauen, Ehe, Geschlechtergerechtigkeit

Die wesentlichen Schriften von Christentum und Islam: Bibel, Koran und Sunna, spiegeln einerseits die patrilineare Kultur wider, in der sie entstanden sind. Andererseits steht der Glaube, der sich auf eine transzendente Dimension bezieht, über den kulturellen Verhältnissen und bewirkt eine grundsätzliche Gleichrangigkeit zwischen Männern und Frauen. Das zu verwirklichen, kann freilich wiederum nicht ohne konkreten geschichtlichen Bezug geschehen. Denn jede Religion hat die in ihrem Entstehungszusammenhang jeweils geltenden sozialen Bedingungen nur teilweise außer Kraft gesetzt, da die jeweilige Botschaft sonst von den Menschen nicht hätte verstanden und akzeptiert werden können. Deshalb wäre es unpassend, heutige Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit zum Maßstab des Urteils über die Geschichte zu nehmen. Aber aus dem Glauben, der sich auf eine transzendente Dimension bezieht, ergibt sich die dynamische Kraft, alte Gewohnheiten immer wieder neu zu überprüfen.

a. Ehe- und Beziehungsformen

Soweit Einblicke in das vorislamische Arabien möglich sind, hat es verschiedene Formen von Ehe gegeben, darunter die „uxorilokale“, die im Haus der Frau geführt wurde und manchmal mit matrilinearen Strukturen verbunden war, die verwandtschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen über die Mutter regeln. In diesem Zusammenhang steht auch die „Besuchsehe“, in der das Paar nicht zusammenlebt, sondern der Mann die Frau besucht. Eine solche Eheform könnte auch auf die Eltern von Muhammad zugetroffen haben, da die Überlieferung davon berichtet, dass seine Mutter während der Ehe bei ihrem Stamm Zuhra wohnte. Daneben gab es die patrilineare „virilokale“ Ehe, die dadurch zustande kam, dass der Mann eine Frau durch Bezahlung eines Brautpreises an den Vater oder Vormund erwirbt, in sein Haus holt und damit auch das alleinige Recht besitzt, sie zu entlassen. Aber umgekehrt konnten auch Frauen von sich aus die Ehe anbieten und den Mann in ihren Haushalt holen, was eine besondere wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung voraussetzte wie im Fall der Ehe zwischen Chadidscha und Muhammad. Diese Form kam vor allem solchen Männern entgegen, die keinen Brautpreis zahlen konnten.

Ehe auf Zeit

Schließlich war es erlaubt, darüber hinaus mit Frauen auf Zeit eine Vereinbarung zu treffen. Dabei handelt es sich um die bis heute innerhalb des Islams umstrittene Muta-Ehe (Genussehe), die von den Schiiten erlaubt, von den Sunniten hingegen verboten wird. Seitens der Schiiten wird der folgende Koranvers als Bestätigung angeführt: „Über das hinaus ist euch erlaubt, dass ihr mit eurem Vermögen freit, als keusche Männer, nicht um Unzucht zu treiben. Gebt den Frauen, die ihr genossen habt, pflichtgemäß ihren Lohn! Kein Vergehen liegt für euch in dem, worin ihr, über die Pflicht hinaus, euch einigt“ (Sure 4, 24).

Nach der Überlieferung der Sunna (z. B. Buchari 5117; Muslim 3412) gehe dies auf eine Regelung durch Muhammad anlässlich eines Feldzuges zurück, um den „sexuellen Notstand“ der Kämpfer zu beheben unter Berufung auf Sure 5, 87: „O ihr, die ihr glaubt! Verbietet nicht die guten Dinge, die euch Gott erlaubt hat.“ Daraus wird von sunnitischen Rechtsgelehrten geschlossen, die Muta-Ehe sei in der Anfangszeit als Übergang erlaubt, später jedoch verboten worden. Dies würde ein anderer Hadith bestätigen (z. B. Muslim 3416, 3418, 3420; Abu Dawud 2072), der wiederum mit dem Koran in Einklang stehe, da die Bestimmungen in Bezug auf Scheidung, Scheidungsfrist und Erbrecht die Muta-Ehe, die solche Regelungen nicht kennt, aufheben würden. Eine solche lose Beziehungsform, die von einigen Stunden bis lebenslang dauern kann, wird dem Mann neben seiner Ehe eingeräumt, während sich die Frau zwischen Muta-Ehe und einer anderen Eheform entscheiden muss. Vor allem der schiitische Iran hat die Muta-Ehe bis heute immer wieder propagiert, was aber nicht nur sunnitische Muslime, sondern auch schiitische Frauen als Prostitution ansehen und ablehnen.

Geschlechterhierarchie

Jedenfalls hat sich im Islam die patrilinear-patriarchale „virilokale“ Ehe durchgesetzt, die darauf angewiesen ist, die Vaterschaft zu sichern (Sure 33, 5), und deren Bedingungen bereits im Koran festgelegt sind. Der Vollzug des geschlechtlichen Lebens wird als menschliches Grundbedürfnis gesehen, das der Schöpfer gestiftet hat, weshalb alle möglichst heiraten sollen und Formen der Enthaltung wie Zölibat zurückgewiesen werden: „Verheiratet die Ledigen unter euch . . .“ (Sure 24, 32); entsprechend heißt es in einem Hadith: „Der Prophet sagte: Das ganze Diesseits ist eine Nutznießung und das Beste bei dieser Nutznießung ist die rechtschaffene Frau“ (Muslim 3643 u. a.).

Es sind dann vor allem die medinischen Suren, die das Geschlechterverhältnis regeln in einer Zeit, in der die entstehende muslimische Gemeinschaft begann, ihren sozialen Beziehungen eine rechtliche Struktur zu geben. Durch den Ehevertrag erwerben die Männer das Recht auf Geschlechtsverkehr, und der Koran nennt die Frauen ein Saatfeld: „Eure Frauen sind für Euch ein Saatfeld. So geht zu eurem Saatfeld, wann ihr wollt“ (Sure 2, 223)! Die Frauen dürfen sich nicht verweigern, da die Engel sie sonst verfluchen, heißt es in einem Hadith (z. B. Muslim 3538–3541). Dazu gehört auch, dass die Männer „eine Stufe über“ den Frauen stehen (Sure 2, 228), weil Gott ihnen „den Vorzug vor den anderen gewährte“. Diese Höherstellung wird aus der Verantwortung der Männer hergeleitet, die ihre Frauen erhalten müssen: „. . . weil sie etwas von ihrem Vermögen aufgewendet haben.“ Daher sind die frommen Frauen den Männern Gehorsam schuldig und „demütig ergeben“ (Sure 4, 34). Zugleich fordert der Koran beide Geschlechter dazu auf, miteinander gut aus-

zukommen, denn Gott „stiftete unter euch Liebe und Barmherzigkeit“ (Sure 30, 21) wie überhaupt „Liebe zu den Angehörigen“ (Sure 42, 23).

Ein solcher „Liebespatriarchalismus“ (Theißen 1989), der sich auf die Formel bringen lässt „gleichwertig, aber nicht gleichgestellt“, findet sich auch im Neuen Testament. Der Epheserbrief vergleicht die Beziehung zwischen Männern und Frauen mit der zwischen Christus und der Gemeinde: „Wie die Kirche sich Christus unterordnet, so sollen sich die Frauen in allem den Männern unterordnen“ (Eph 5, 24). Denn der Mann ist das Haupt der Frau, aber auch: „Ihr Männer, liebt eure Frauen, wie auch Christus die Kirche geliebt und sich für sie hingegeben hat […]“ (Eph 5, 25; vgl. 1. Petr 3, 1); die Männer sollen ihre Bitterkeit nicht an den Frauen auslassen (Kol 3, 18). Die Frauen sollen in Unterordnung durch stilles Zuhören lernen und nicht über einen Mann bestimmen, und das wird damit begründet, dass die Männer einen Vorrang haben, weil Gott Adam zuerst erschaffen hat (1. Tim 11 f.). Die Unterordnung findet aber noch eine weitere Begründung darin, dass sonst das Wort Gottes in Verruf käme in einer Welt, die von der Geschlechterhierarchie geprägt war (Tit 2, 5). Die Frauen werden nicht Saatfeld genannt, aber in Anspielung auf den Geschlechtsverkehr damit vergleichbar „Gefäß“ (manche Übersetzungen lassen dieses Wort weg): „Ebenso sollen die Männer verständnisvoll sein im Umgang mit dem schwächeren Geschlecht, dem weiblichen [Gefäß], und die Frauen ehren, denn auch sie haben Anteil an der lebensspendenden Gnade; so wird eurem Gebet nichts im Weg stehen“ (1. Petr 3, 7).

Männer im Haushalt

In patrilinearen Kulturen haben Frauen weniger Rechte als Männer, was aber nicht bedeutet, dass Frauen verachtet würden, wie umgekehrt in egalitären Kulturen Frauen nicht immer geachtet sind. Daher muss zwischen gesellschaftlicher Ordnungsstruktur und Einstellung gegenüber Frauen unterschieden werden. Auch gehen patrilineare Kulturen mit einer ausgeprägten Genus-Trennung zusammen, die beiden Geschlechtern einen voneinander relativ unabhängigen Bereich zur je eigenen Entscheidungskompetenz zugesteht. In der Regel sind die Männer für die Öffentlichkeit und die Vertretung der Familie nach außen zuständig, die Frauen für die Organisation innerhalb der Familie und des Hauses. Im Islam wird aber erwartet, dass die Männer nach dem Vorbild des Propheten im Haushalt helfen. Darauf bezieht sich ein Hadith von al-Aswad, der Aischa, die jüngste Frau Muhammads, fragt, was der Prophet zu Hause getan habe, und die Antwort erhält: „Er war gewöhnlich im Dienste seiner Familie“ (Buchari 5363). Hilfe im Haushalt gilt als ein Aspekt der generellen Verpflichtung zur Hilfeleistung: „Ja, wehe den Betenden, die ihr Gebet nicht ehren, die nur gesehen zu werden begehren, die Hilfeleistung aber verwehren“ (Sure 107, 4–7)!

b. Der umstrittene Koranvers

Im Islam kommt etwas hinzu, das auch für innermuslimische Diskussion gesorgt hat und sorgt, nämlich der Vers, der es erlaube, Frauen zu schlagen: „Die [Frauen] aber, deren Widerspenstigkeit ihr befürchtet, die ermahnt, haltet euch fern von ihnen auf dem Lager, und schlagt sie. Wenn sie euch gehorchen, dann unternehmt nichts weiter gegen sie“ (Sure 4, 34). Diese drei Handlungen werden oft als Stufen verstanden; wenn das Erste nichts nützt, folgt das Nächste. Bereits in der Überlieferung wird dieser Vers in verschiedenen Hadithen kommentiert und abgemildert (z. B. Muslim 2950; Abu Dawud 1905), weil sich körperliche Gewalt und Umarmung beim Beischlaf nicht miteinander vertragen. Ein Mann darf seine Frau daher nicht wie einen Sklaven oder Ochsen schlagen, um dann mit ihr zu schlafen (z. B. Buchari 5204).

Einschränkungen

In diesem Sinne kam Muhammad in seiner Abschiedswallfahrt auch auf die Frauen zu sprechen, ermahnte dazu, sie gütig zu behandeln, und beschränkte die Züchtigung auf den Fall von erheblichen moralischen Vergehen (wie Ehebruch); damit schränkte er auch eine unreglementierte vorislamische Praxis ein: „Sie [die Frauen] haben euch gegenüber die Pflicht, nicht euer Bett entehren zu lassen und keine offenkundige Schändlichkeit zu begehen. Wenn sie das tun, so hat Allah euch erlaubt, sich von ihrem Lager zu trennen und sie zu schlagen, aber nicht heftig“ (Internet Islam-Pedia.de, Stichwort Abschiedspilgerfahrt). Die frühen Rechtsgelehrten reduzierten dies noch einmal auf einen leichten „Klaps“ mit einer Zahnbürste *(miswak)* als einen symbolischen Akt (Zaidan 2009, 150). Zudem wird Muhammad als Vorbild herangezogen, der seine Frauen nie geschlagen, sondern sich im Fall von Unstimmigkeiten lediglich von ihnen auf Zeit zurückgezogen habe. Von Aischa wird überliefert: „Der Prophet sagte: Der Beste unter euch ist der Beste zu seinen Frauen. Und ich bin unter euch der Beste zu meinen Frauen“ (z. B. Buchari 3331; Tirmidhi 1162). Rechtsgelehrte wie Ibn Hanbal überliefern seinen Ausspruch: „Schlagt niemals Allahs Dienerinnen“ (Buchari 5275; Abu Dawud 2227).

Frauen als Interpretinnen

War der Vers Sure 4, 34 ein Kompromiss gegenüber damals üblichen Praktiken? So sehen es manche muslimische Gelehrte, aber auch exegetisch geschulte muslimische Frauen, die sich seit dem vorigen Jahrhundert mit dieser Koranstelle beschäftigen. Sie beziehen sich auf den Gesamtzusammenhang des Korans und greifen auf solche Aussagen zurück, die von der Gleichheit der Geschlechter und dem Prinzip der Gerechtigkeit sprechen. Mit philologischer Arbeit am arabischen Text, innerkoranischen Textvergleichen und der Analyse der Bedeutungsfelder von Begriffen sowie deren unterschiedlicher Verwendung im Koran selbst, werden übliche Auslegungen und Übersetzungen korrigiert. Das betrifft vor allem das Wort *daraba,* das in der umstrittenen Sure mit „schlagen“ im Sinne einer körperlichen Züchtigung übersetzt wird, aber in anderen Versen eine ganz andere Bedeutung hat wie „ein Tuch über den Kleiderausschnitt schlagen“ (Sure 24, 31), aber auch „trennen“ (auf Zeit: Zaidan 2009, 150).

Eine dementsprechende alternative Übersetzung bietet das „Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung“ in Köln: „Und wenn ihr annehmt, dass Frauen (einen Vertrauensbruch) begehen, besprecht euch mit ihnen und (falls keine Veränderung eintritt) zieht euch (zunächst) aus dem Privatbereich zurück (meidet Intimitäten) und (als letztes) trennt euch von ihnen“ (Zentrum 2005, 1; 54 ff.). Das entspricht dann auch Sure 4, 128, so

das Argument, wonach eine friedliche Trennung möglich ist, wenn die Frau von ihrem Mann unziemliche Behandlung und Abwendung befürchtet.

c. Rechtliche Bestimmungen

Auch der Islam hat die Geschlechterhierarchie nicht aufgehoben, aber, anknüpfend an vorislamische Praktiken, den Frauen einige wesentliche Rechte zugeteilt. Dazu gehören das Besitz- und Erbrecht, denn was eine Frau besitzt, bleibt auch im Falle einer Eheschließung bei ihr und darf vom Mann nicht angetastet werden. Dem Mann aber kommt die Verpflichtung zu, auch dann für seine Frau zu sorgen, wenn sie wohlhabend ist. Der Brautpreis, den der Mann bezahlt hat, soll der Frau geschenkt werden, und nur freiwillig kann sie ihrem Mann davon etwas abgeben (Sure 4, 4). Was einer Frau von ihrem Mann gegeben wurde, darf auch im Falle einer Scheidung nicht zurückverlangt werden (Sure 4, 19-20).

Die entstehende muslimische Gemeinschaft hat die Familienbande zwar nicht aufgehoben, aber durch den gemeinsamen Glauben auf eine neue Basis gestellt. Daher war die Ehe mit „Götzendienern" verboten, und die Ehe mit jüdischen und christlichen Frauen nur unter der Vormachtsstellung eines muslimischen Mannes erlaubt, was wiederum mit der patrilinearen Struktur zusammenhängt (Suren 2, 221; 5, 5). Daher dürfen umgekehrt jüdische und christliche Männer keine muslimische Frau heiraten. Diese Regel wird bis heute von allen muslimischen Rechtsschulen vertreten.

Frauenrechte

Der Koran regelt sehr detailliert, wie ein Erbe aufgeteilt werden soll. Zwar erben Männer mehr als Frauen, aber auch diesen gehört ein Pflichtanteil (Sure 4, 7–12). Dabei werden diejenigen gewarnt, „die frevlerisch Hab und Gut der Waisen aufzehren" (Sure 4, 10). Auch ist nach dem Koran nicht erlaubt, was offenbar vorislamische Praxis war, nämlich verwitwete Frauen gegen ihren Willen innerhalb einer Sippe zu vererben, die dann über sie verfügen konnte (Sure 4, 19). Dass der Wille der Frauen respektiert werden muss, ist auch ein Thema in den Hadithen: Eine Frau, die der Vater an einen Mann verheiratet hatte, den sie nicht wollte, habe sich an Muhammad gewandt, der ihre Heirat rückgängig machte (z. B. Buchari 5275). Zur vorislamischen Praxis scheint auch gehört zu haben, Kinder, vor allem Mädchen (Sure 81, 8), zu vergraben und so zu töten, wogegen sich der Koran schon früh wendet: „Tötet eure Kinder nicht aus Furcht vor Armut! Denn wir versorgen sie und euch" (Suren 17, 31; 6, 151).

Scheidung nach muslimischen Quellen

Eine Scheidung (Sure 65) kann dadurch erfolgen, dass der Mann die Frau entlässt, was aber gemäß dem Koran, um der Willkür des Mannes entgegenzuwirken, in bestimmte Rahmenbedingungen eingebunden ist. Die Trennung soll „in Gütlichkeit" geschehen, so dass den Frauen kein Schaden zugefügt wird. Dazu gehört die Wartezeit von drei Monaten, um im Falle einer Schwangerschaft die Vaterschaft des Kindes zu sichern; diese Frist dient aber auch einer möglichen Versöhnung: „Wenn ihr die Frauen entlasst, dann entlasst sie für ihre Wartezeit"! […] Und entfernt sie nicht aus ihren Wohngemächern" (Sure 65, 1)!

Im Falle der Trennung bleibt der Brautpreis bei der Frau (Sure 2, 229), und der Mann ist dazu verpflichtet, zu „bezahlen nach seinem Vermögen" (Sure 65, 7) für seine Kinder (Sure 2, 233) sowie für Lebensunterhalt und Wohnung der Frau. Auch die Frau kann sich, im Falle sie eine unziemliche Behandlung fürchtet oder der Mann sich von ihr abwendet, in beiderseitigem Einverständnis (Sure 4, 128) aus einer Ehe „freikaufen", indem sie den Brautpreis ganz oder teilweise an den Mann zurückzahlt (Sure 2, 229); nach der Wartezeit kann sie wieder heiraten. Wenn ein Mann stirbt, dann muss die Witwe ebenfalls eine Wartezeit einhalten, was wiederum mit der Sicherung der Vaterschaft zu tun hat; danach ist sie frei, wieder zu heiraten (Sure 2, 234). Alle diese Bestimmungen gelten freilich dann nicht, wenn eine Frau nachweislich Ehebruch bzw. Unzucht begangen hat (Sure 4, 19). In ethischer Hinsicht spricht sich der Koran für die lebenslange Dauer einer Ehe und die Versöhnung im Streitfall aus.

Scheidung nach biblischen Quellen

Im Unterschied zu Koran und Sunna enthält das Neue Testament keine eherechtlichen Bestimmungen, was auch nicht verwunderlich ist. Denn die christlichen Gemeinden lebten in einem Staat, innerhalb des römischen Imperiums, und waren in dessen Gesetzgebung eingebunden. Das römische, ebenfalls patrilineare Recht kannte zwei Eheformen, die Manus-Ehe, die allerdings nur für römische Bürger/innen der Oberschicht und daher nur für eine kleine Gruppe galt. Dabei nahm der Mann seine Frau aus der Hand *(manus)* des Vaters oder Vormunds entgegen, was in etwa dem muslimischen Eherecht entspricht.

Daneben gab es für das gesamte römische Reich als zweite Form die Konsens-Ehe, die dadurch zustande kam, dass das Paar auf Grund einer persönlichen Übereinkunft *(consensus)* und ohne Rechtsform in einem gemeinsamen Haushalt lebte. Scheidung war in beiden Fällen möglich, im zweiten Fall leichter, da das Verlassen des gemeinsamen Haushalts als Auflösung der Ehe galt. Auf Grund der höheren ethischen Ansprüche war unter Christen die Scheidung dadurch erschwert, dass Scheidungsgründe vorliegen mussten.

Auf die Frage der jüdischen Gelehrten, ob es erlaubt sei, dass ein Mann nach dem Gesetz des Moses seine Frau durch einen Scheidebrief entlässt (Dtn 24, 1–3), antwortet Jesus: „Angesichts eurer Hartherzigkeit hat er für euch dieses Gebot aufgeschrieben. Doch vom Anfang der Schöpfung an hat er sie als Mann und Frau geschaffen. Darum wird ein Mann seinen Vater und seine Mutter verlassen und seiner Frau anhangen, und die beiden werden ein Fleisch sein" (Mk 10, 5–7). Die letzten beiden Sätze sind Zitate aus den Schöpfungserzählungen des Alten Testaments (Gen 1, 27; 2, 24; 5, 2), die als Scheidungsverbot verstanden wurden, daher heißt es weiter: „Was nun Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden" (Mk 10, 9; vgl. 1. Kor 7, 10).

Scheidung gilt als Ehebruch (Mk 10, 11–12), der bereits in den zehn Geboten verboten wird: „Du sollst nicht ehebrechen", aber auch schon vorbeugend: „Du sollst nicht die Frau deines Nächsten begehren" (Ex 20, 14. 17). Das wird von Jesus in der Bergpredigt noch radikalisiert: „Ihr habt gehört, dass gesagt wurde: Du sollst nicht ehebrechen! Ich aber sage euch: Jeder, der eine Frau ansieht und

sie begehrt, hat in seinem Herzen schon Ehebruch mit ihr begangen“ (Mt 5, 27–28). Demgegenüber wird im Islam, wie aus einem Hadith hervorgeht, die Unzucht der Augen und der Zunge nicht als Vergehen gewertet, solange es nicht zum Geschlechtsverkehr kommt (z. B. Buchari 6243); dennoch werden die Männer aufgefordert, ihre Blicke im Zaum zu halten (Sure 24, 30; Muslim 5633; Abu Dawud 2148).

Scheidungsgründe

Das Neue Testament formuliert aber auch Ausnahmen; Scheidung ist möglich im Falle von Ehebruch bzw. Unzucht (Mt 5, 32; 19, 9). Der entsprechende griechische Begriff *porneia* kann sich auf Prostitution beziehen, umfasst aber vieles, das mit sexuellen Vergehen zusammenhängt (vgl. 1. Kor 5, 1). Paulus sieht *porneia* als ein Vergehen gegen den eigenen Leib, da dieser ein „Tempel des heiligen Geists“ ist und sein soll (1. Kor 6, 18–19). Für Ehebruch gibt es einen eigenen Begriff, *moicheia,* der an manchen Stellen zugleich mit *porneia* auftritt, häufig aber auch mit dem Götzendienst (z. B. Mt 15, 19; Apg 15, 20; 1 Kor 6, 9; Hebr 13, 4). *Moicheia* meint, viel weiter gefasst, eine korrumpierte Beziehung durch Verrat des Vertrauens, durch Treulosigkeit auch Gott gegenüber. In diesem Sinne wird die Ehe bei den Propheten Jeremia und Hosea zum Bild für die Beziehung zwischen Gott und Mensch, der den (Ehe)Bund bricht. Jedenfalls handelt es sich hier um ein weites Feld sozialdestruktiver Verhaltensweisen, die eine Scheidung rechtfertigen können.

Eine weitere Ausnahme findet sich bei Paulus in 1. Kor 7, 12–16; hier geht es um Mischehen zwischen christlichen und „ungläubigen“ (nicht-christlichen) Partnern. Eine solche Ehe steht im Zeichen des christlichen Eheverständnisses und ist unauflösbar, solange der nicht-christliche Ehepartner einverstanden ist; wenn nicht, kann er gehen, denn an erster Stelle steht der häusliche Friede: „Wenn aber der ungläubige Ehepartner die Scheidung will, so soll er sich scheiden lassen. In solchen Fällen ist der Bruder oder die Schwester nicht gebunden wie ein Sklave. In Frieden zu leben, hat Gott euch berufen“ (1. Kor 7, 15). Die Entscheidung liegt aber immer beim nicht-christlichen Partner.

Alles das sind im Neuen Testament keine Gesetze im Sinne eines Rechtskodex, sondern Verhaltensweisen, die sich aus dem Glauben als Verpflichtung ergeben. Lediglich die römisch-katholische Kirche hat das strikte Scheidungsverbot insofern in ihre interne Gesetzgebung, den *Codex iuris canonici,* aufgenommen, als Geschiedene, die wieder heiraten, von der Abendmahlsgemeinschaft ausgeschlossen werden; denn der kirchlich geschlossene sakramentale Ehebund bleibt nach dieser Auffassung bis zum Tod eines der Partner gültig.

d. Askese und Vielehe

Im Unterschied zum Islam hat das Christentum eine Neigung zu Ehelosigkeit und Askese. Das hängt auch mit dem unterschiedlichen Ambiente zusammen, in das die jeweilige Verkündigung ergangen ist. Die anfängliche Botschaft Muhammads aus der mekkanischen Zeit war eschatologisch auf das Weltende und das Gericht Gottes ausgerichtet, die nahe bevorstanden: „Genaht ist ‚die Stunde‘ und der Mond hat sich gespalten“ (Sure 54, 1). Als sich die Gläubigen dann innerhalb einer staatenlosen Stammeskultur zu einer Gemeinschaft zusammenschlossen, mussten sie sich selbst die sozialen Regeln geben, was nicht durch völlige Aufhebung des Vorfindlichen erfolgte, sondern durch dessen Modifikation. Dadurch ging die eschatologische Dimension nicht verloren, wurde aber zurückgedrängt zugunsten einer Etablierung im Diesseits.

Erfahrungen der Verfolgung

Auch die Botschaft des Christentums war von Anfang an eschatologisch geprägt, bezog sich aber auf andere Umstände. Im damaligen Palästina unter römischer Fremdherrschaft waren die Juden toleriert. Indem sich die Christen von den Juden trennten, verloren sie damit auch den römischen Status der Toleranz und gerieten „zwischen die Stühle“ (vgl. V.1.d). Der erste Märtyrer war Stephanus, einer der Diakone der Gemeinde in Jerusalem, der, vom jüdischen Hohen Rat angeklagt, dann um das Jahr 33 einer Lynchjustiz zum Opfer fiel (Apg 7, 54 ff.). Aber auch die Könige im Dienste Roms griffen zu. Um 42 ließ Agrippa I., ein Enkel Herodes des Großen, den Jakobus, einen der zwölf Apostel, hinrichten und Petrus, damals Leiter der Jerusalemer Gemeinde, auspeitschen und ins Gefängnis setzen (Apg 12, 1–3; 5, 21 ff.; 11, 27–30). Solche Erfahrungen der Verfolgung, die sich fortsetzen sollten, haben die eschatologischen Erwartungen weiter genährt.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt Paulus: „Ich meine nun, dass dies angesichts der gegenwärtigen Not gut ist: Für einen Menschen ist es gut, so zu bleiben, wie er ist. Bist du an eine Frau gebunden, suche keine Trennung; bist du getrennt von deiner Frau, suche keine andere Frau“ (1. Kor 7, 26–27)! Damit spricht Paulus nicht grundsätzlich gegen die Ehe; es ist keine Sünde zu heiraten, und heiraten ist besser als der Versuchung zur Unzucht zu erliegen oder sich in Begehren zu verzehren. Die Eheleute sollen sich auch einander nicht entziehen außer zum Gebet (1. Kor 7, 2.5.8.28).

Da aber die Gestalt dieser Welt bald vergeht, wäre es besser, für Gott zu leben und sich nicht um die Dinge der Welt zu kümmern, denn das bringe nur Sorge und Leid, was Paulus seinen Mitchristen ersparen möchte (1. Kor 7, 28–35). Es gibt aber auch das Beispiel christlicher Eheleute, die gemeinsam in Lehre und Verkündigung engagiert waren wie Aquila und Prisca, Freunde des Paulus (Röm 16, 3; 1. Kor 16, 19). Im Koran wird denjenigen Männern, die sich keine Frau leisten können, empfohlen, enthaltsam zu sein (Sure 24, 33).

Modifizierte Praxis

Im damaligen Judentum und auch im römischen Reich war die Einehe etabliert, somit auch in den christlichen Gemeinden. Anders im Islam, denn die Vielehe mit einer unbeschränkten Zahl von Ehefrauen gehörte zur Praxis des vorislamischen Arabien, die der Islam modifiziert, indem er die Zahl der Frauen auf vier einschränkt. Im Zusammenhang des Umgangs mit den Waisen heißt es im Koran: „Und wenn ihr fürchtet, den Waisen gegenüber nicht gerecht zu handeln, so heiratet von den Frauen, was euch gut dünkt — zwei, drei oder vier! Und wenn ihr fürchtet, ihnen nicht gerecht zu werden, dann nur eine oder was ihr an Sklavinnen besitzt! So könnt ihr am ehesten Ungerechtigkeit vermeiden“ (Sure 4, 3).

Diese Stelle ist nicht leicht zu verstehen, und dementsprechend wurde und wird sie auch von muslimischen Gelehrten unterschiedlich interpretiert. Jedenfalls geht es in diesem Zusammenhang um die Waisen, deren Vermögen nicht aufgezehrt werden soll, und darum, gerecht zu sein. Die plausibelste Interpretation lautet: Wenn ein Mann viele Frauen hat und, um diese zu erhalten, auf das Vermögen der Waisen zurückgreift, dann soll er lieber die Zahl seiner Frauen reduzieren und zwar bis auf eine. Es könnte auch die Praxis dahinterstehen, Waisenmädchen zu heiraten, um sich deren Besitz anzueignen und dadurch die Frauen zu vermehren, was aber als Vergehen zurückgewiesen wird (Die Bedeutung 1998, 210). Dass die Gleichbehandlung in materieller wie emotionaler Hinsicht eine Herausforderung darstellt, formuliert dann der Vers 4, 129: „Ihr werdet die Frauen nicht gerecht behandeln können, auch wenn ihr euch darum bemüht."

Versorgung der Frauen

Als Offenbarungsanlass von Sure 4, 3 wird die Schlacht gegen die Mekkaner am Berg Uhud (625) angenommen, bei der viele Muslime gefallen sind und Waisen und Witwen zurückließen, die versorgt werden mussten (vgl. II.1.d). Das Versorgungsargument wird auch für Muhammad in Anspruch genommen, der mit mehr als vier Frauen verheiratet war, darunter mit einigen Witwen; manche Eheschließungen standen auch im Dienste einer Heiratspolitik (Sure 33, 50 ff.). Hinzu kommt, dass durch die Vielehe mehr Nachkommenschaft hervorgebracht wird, und vor allem die männlichen Kinder das Überleben des Stammes in den kriegerischen Auseinandersetzungen sicherten; das bedeutete: Je mehr Frauen, desto mehr Kinder. In solchen Fällen würde es sich bei der Vielehe um eine kasuistische Praxis unter bestimmten Umständen handeln. Freilich wird von muslimischer Seite die Vielehe auch generell verteidigt, weil sie ein Mittel gegen Ehebruch und unkontrollierte Unzucht darstelle, aber auch den Frauen den Status der Ehe verschaffe, so dass sie und ihre Kinder nicht rechtlos bleiben wie in außerehelichen Beziehungen.

Nach dem Koran wird Unzucht durch Auspeitschen bestraft (Suren 24, 2; 4, 15 f.); solche Strafen können jedoch ausgesetzt werden, wenn die Betreffenden bereuen, denn Gottes Barmherzigkeit gilt mehr. Auch die islamische Rechtssprechung kann sich und hat sich dabei auf Sure 5, 39 berufen: „Wer, nachdem er Unrecht tat, bereut und die Dinge wieder richtet, dem wendet sich auch Gott gnädig wieder zu. Siehe, Gott ist bereit zu vergeben, barmherzig." Die Strafe der Steinigung hat hingegen im Koran keinen Anhalt, kann sich aber auf Überlieferungen in der Sunna berufen (z. B. Buchari 5270; Muslim 4418); unter muslimischen Gelehrten wird die Authentizität dieser Überlieferung kontrovers diskutiert. Wenn heute Steinigungen angedroht oder durchgeführt werden, geht das auf Gruppen mit einer rigiden bis extremistischen Einstellung zurück.

e. Kleider und Tücher

Die großzügige Bedeckung von Frauen liegt in patriarchalen Kulturen darin begründet, dass erfahrungsgemäß Männer auf weibliche Reize ansprechbar sind. Mit deren Verdeckung sollen einerseits Frauen geschützt (Sure 33, 59), andererseits Begehrlichkeiten gegenüber Ehefrauen und Ehebruch verhindert werden, um den Vater eines Kindes eindeutig feststellen zu können. Durch die Verhüllung unterschieden sich ehrbare Frauen auch von den Prostituierten, die mit offenen Haaren und freizügiger Kleidung um Kunden warben. Solche Sitten sind bereits viele Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung bei den Assyrern, den Griechen und später bei den persischen Sassaniden belegt; es handelt sich also um keinen islamischen Sonderfall, wenn es heißt: „Und sprich zu den gläubigen Frauen, dass sie ihre Blicke senken und ihre Scham bewahren und ihren Schmuck nicht zeigen sollen, bis auf das, was ohnehin zu sehen ist, und dass sie sich ihren Schal um den Ausschnitt schlagen und dass sie ihren Schmuck nur ihren Gatten zeigen sollen, den Vätern und den Schwiegervätern […]" (Sure 24, 31). Daraus haben sich dann im Laufe der Zeit unterschiedliche Formen von Kleidung und Kopfbedeckungen entwickelt.

Gute Sitten

Eine solche Unterscheidung von ehrbaren Frauen und Prostituierten hat sich auch im Brief des Paulus an die Gemeinde in Korinth niedergeschlagen, einer Hafenstadt, die durch die große Zahl von Dirnen berühmt und berüchtigt war. Paulus will, dass die ehrbaren christlichen Frauen ihre langen Haare bedecken, mindestens im Gottesdienst, wo erotische Reize nicht am Platze sind, da sich die Gemeinde auf Gebet und Ritus konzentrieren soll. Damit die „guten Sitten" nicht ins Wanken geraten, verbindet Paulus sein Plädoyer für die Kopfbedeckung zunächst mit einer Geschlechterhierarchie, die lautet: Das Haupt des Mannes ist Christus, das Haupt aber der Frau ist der Mann; der Mann ist Abbild und Abglanz Gottes; die Frau aber ist Abglanz des Mannes. Paulus argumentiert weiter, dass die Frau eine „Macht" auf dem Kopf haben soll „wegen der Engel". Dahinter steht eine Überlieferung im außerkanonischen Henochbuch von den gefallenen Engeln, die die schönen Menschenfrauen begehren und mit ihnen Riesen zeugen, eine Vorstellung, die auf Genesis 6, 1–4 zurückgeht. Jedenfalls soll die Kopfbedeckung ein Schutz vor männlicher Begehrlichkeit sein. Allerdings hebt Paulus einige Verse später seine Geschlechterhierarchie wieder auf, indem er schreibt, dass beide Geschlechter von Gott kommen. Auch geht es ihm nicht um die Unterdrückung der Frauen, die damals im Gemeindeleben eine herausragende Rolle spielten.

Das gilt auch für den Islam, denn z. B. Aischa, die jüngste Frau Muhammads, „Mutter der Gläubigen" genannt, war eine große Lehrerin des Islams, die nach dem Tod ihres Mannes wegen ihres Wissens von Gelehrten aufgesucht wurde und Rechtsgutachten abgegeben hat; zahlreiche Hadithe gehen auf sie zurück. Es wird überliefert, dass sie hinter einem Vorhang saß, weil sich den Frauen des Propheten niemand unmittelbar nähern durfte (Sure 33, 32–34. 53). Zu den bedeutenden Frauen zählt auch Zainab, Enkelin Muhammads von seiner Tochter Fatima und seinem Schwiegersohn Ali.

Geschlechterehre

Wer heute das Kopftuch muslimischer Frauen mit Unterdrückung verbindet, übersieht nicht nur wesentliche Aspekte der Tradition, sondern auch ganz andere Motive „hinter dem Schleier". So haben inzwischen qualitativ-empirische Forschungen zu Konvertitinnen zum Islam

ergeben, dass die „verletzte Geschlechterehre“ im Vordergrund steht. Die Erfahrung von Promiskuität, von außerehelichen Beziehungen in der eigenen oder der Herkunftsfamilie, von Scheidungen und auch die Absenz der Väter können zu dem Gefühl führen, als Frau nicht gewürdigt bzw. entwertet zu werden (Frevert 1995, Vogt 1997, Wohlrab-Sahr 1999). Frauen mit solchen Erfahrungen können im Konzept des Islams ein Gegenmodell finden, aber auch Männer, wenn sie aus der Erfahrung sexueller Promiskuität von Müttern und Partnerinnen kommen, oder ihre eigene promiske Praxis als Verlust von Selbstachtung erleben. Das kann auch für Frauen zutreffen, die selbst keine negativen Erfahrungen gemacht haben, aber wahrnehmen, dass die verletzte Geschlechterehre ein verbreitetes Problem darstellt und z. B. auch in der Reklame präsent ist. Demgegenüber dient das Kopftuch dann als kritisches Signal, das, verbunden mit dem Islam, zugleich religiöse Identität stiftet.

Eine solche Kulturkritik teilen auch nicht-muslimische Feministinnen, die durch Verhüllung ihres Körpers ihre Unantastbarkeit und Eigenständigkeit zum Ausdruck bringen wollen, aber zugleich das Kopftuch meist als Zeichen der Unterdrückung werten, anstatt für die Motive muslimischer Frauen Verständnis aufzubringen. Das wiederum bestätigt jene muslimische Ratgeberliteratur, die muslimische Kleidung und Kopftuch als Ausdruck der Ehrbarkeit gegenüber der moralisch verkommenen und schamlosen westlichen Welt sieht. Musliminnen sollen, so heißt es dort, in der Öffentlichkeit als ehrbar erkannt werden und sich dadurch von Nicht-Musliminnen unterscheiden, was auch einem für den Islam werbenden Interesse dient (Rassoul 1996). In beiden Fällen wird die Bekleidung zum politischen Instrument, ohne die Motivation muslimischer Frauen zur Kenntnis zu nehmen, die sich freiwillig dazu entscheiden, das Kopftuch zu tragen.

Selbstbestimmte Lebensgestaltung

Dafür ist der Iran ein Beispiel, denn das Kopftuch bzw. der Tschador war während des Schah-Regimes verboten, aber seit der Khomeini-Revolution wird er qua Staatsgesetz erzwungen. Die Frauen selbst wurden nie gefragt; wie immer das Gesetz lautete, haben sie sich gegen den Zwang gewehrt, auch gegen den „Entschleierungszwang“. Die iranische Nobelpreisträgerin Schirin Ebadi findet, dass europäische Länder, die das Kopftuch verbieten oder verbieten wollen, sich wie der iranische Gottesstaat aufführen (Amirpur 2006, 194).

Das Forum „Muslimische Frauen in Österreich“ der IGGiÖ betont die Freiwilligkeit in der Kopftuchfrage. Zwar handle es sich um den „Ausdruck gelebter Religiosität“, aber es gehe zugleich um die „Möglichkeit der selbstbestimmten Lebensgestaltung von Frauen ohne Zwang“. Vor diesem Hintergrund wird die Diskriminierung von Kopftuchträgerinnen in der Arbeitswelt kritisiert (Flugblatt des Forums vom September 2006). Die Kritik am Kopftuch als angebliches Zeichen der Unterdrückung übersieht, dass diese Bekleidung Frauen nicht daran hindert, eine hohe Bildung zu erwerben und als Journalistinnen, Ärztinnen wie überhaupt in akademischen Berufen und in der Politik tätig zu sein; und das nicht nur im Iran. Inzwischen gibt es auch viele Frauen, die in muslimischer Theologie und Rechtsgelehrsamkeit ausgebildet sind. Was Bildung anbelangt, können sich Frauen auf die Sunna berufen, wo berichtet wird, dass Muhammad selbst die Frauen auf deren Wunsch hin unterrichtet habe (Buchari 101).

Ein Lernprozess für Männer

Da die Verhüllung der Frauen etwas mit der männlichen Empfänglichkeit für erotische Reize zu tun hat, ergibt sich daraus eine Doppelbotschaft: Einerseits sollen die Frauen für die Männer attraktiv sein, andererseits müssen die Männer davor geschützt werden. Im einen wie im anderen Fall gehen Wünsche und Vorschriften an die Adresse der Frauen; die feministische Rhetorik spricht vom „androzentrischen Blick“, der für patriarchale Gesellschaften charakteristisch sei.

Der Koran verlangt allerdings auch von den Männern ein verändertes soziales Verhalten, wenn es heißt, auch sie sollen den Blick senken und ihre Keuschheit bewahren (Sure 24, 39). Daran anknüpfend fordern kritische muslimische Frauen wie die Libanesin Zain ad-Din in einem bereits 1928 publizierten Buch, die Männer müssten lernen, auch die unverhüllte Frau zu achten (Knieps 1999, 403). Ebenso gibt es kritische Stimmen unter muslimischen Männern, die von den Männern Selbstbeherrschung verlangen und sich gegen den Gesichtsschleier aussprechen, aber nicht gegen das Kopftuch. Jedenfalls sind sie gegen die Verbannung von Frauen aus dem öffentlichen Leben (Shemshadian 2004, 40).

f. Debatten über weibliche Bekleidungen

Gestaltungsformen

Die Bekleidung von muslimischen Frauen in der Öffentlichkeit, die auf vorislamische Traditionen zurückgeht, kann sich nach Stammesgebieten unterscheiden, lässt sich aber auf einige Grundformen bringen. Am meisten verbreitet ist das Kopftuch in Verbindung mit einer weiten bodenlangen Kleidung und Jacken oder Mänteln, die die weibliche Körperform verdecken: der Hidschab (arabisch: Vorhang). Die Kopfbedeckung kann je nach Tradition verschiedene Stile aufweisen und aus einem Schlauch bestehen, der über den Kopf bis auf die Schultern gezogen wird; in den 1950-er und 1960-er Jahren war diese Kopfbedeckung in Österreich als Wärmeschutz während der Wintermonate gebräuchlich.

Schalkopftücher, meist farbig oder bunt bedruckt, werden häufig über einem Unterkopftuch getragen, eine kleine, elastische Mütze, die verhindert, dass das Übertuch verrutscht oder Haare herausschauen. Oft ist das Unterkopftuch an der sichtbaren Stirnseite bestickt; diese Kombination wird Amira Hidschab genannt. Eine weitere Variante besteht in einem sehr großen rechteckigen Tuch, das über Kopf und Schultern geschlagen wird, der Shayla-Schal. Er ist an den Rändern oft mit Fransen oder Perlen verziert und wird entweder im Nacken gebunden oder unter dem Kinn mit einer Brosche zusammengehalten. Diese verschiedenen Kopftücher können sehr fantasiereich geschmückt sein, besonders diejenigen, die anlässlich von Festen getragen werden. Die Modeindustrie stellt ein breit gefächertes Angebot bereit auch in Online-Shops im Internet.

Tschador und Burka

In Bezug auf die Verhüllung des ganzen Körpers gibt es auch andere Formen wie den Khimar, ein Tuch, das vom Kopf bis zur Hüfte reicht, aber das Gesicht frei lässt. Bekannter ist der Tschador (persisch: Zelt), im Iran für Frauen verpflichtend, der über der „normalen" Kleidung getragen wird. Er besteht aus einem halbkreisförmigen schwarzen, mindestens dunklen Tuch bzw. Mantel, der um Kopf und Körper bis zu den Füßen gewickelt wird, so dass nur Gesicht und Hände frei bleiben. Hingegen handelt es sich bei der Burka um ein einteiliges Gewand, das vom Kopf über den ganzen Körper bis zu den Füßen fällt und lediglich im Gesichtsbereich durch ein Netz unterbrochen wird, durch das die Frauen sehen können. Die Burka ist traditionell blau, kann aber auch vielfarbig gestaltet und mit kostbaren Stickereien versehen sein. Sie ist in Afghanistan und Teilen von Pakistan verbreitet und wurde während der Herrschaft der Taliban verpflichtend eingeführt.

Der Niqab

Der Begriff Niqab bezeichnet eine Verhüllung des Gesichts mit einem meist schwarzen, kürzeren oder längeren Tuch, das entweder nur die Augen frei lässt oder aus einem blickdurchlässigen Stoff besteht. Auch diese Art der Bekleidung geht auf vorislamische Bräuche in Arabien und Persien zurück. Der Niqab wird immer kombiniert mit einem Khimar oder Tschador getragen, also mit der Verhüllung des ganzen Körpers, und findet sich vor allem in Saudi-Arabien, in Jemen und Irak und zunehmend in Ägypten. Eine genaue geografische Zuordnung lässt sich freilich nicht vornehmen, da in islamisch geprägten Ländern verschiedene Formen von Kopfbedeckung und Körperverhüllung sowie auch deren Kombination vorkommen können, sofern nicht eine bestimmte Form gesetzlich vorgeschrieben ist.

Zwischen Religionsfreiheit und Verboten

Religiös begründete Kleidung unterliegt in religionsneutralen Staaten dem Grundgesetz der Religionsfreiheit. Dennoch werden diese Bekleidungsformen in den europäischen Ländern kontrovers diskutiert. Beim Kopftuch geht es dabei um mögliche Einschränkungen für Frauen im öffentlichen Dienst wie in der Schule oder in Krankenhäusern. In Österreich gibt es keine Einschränkungen, wohl aber Diskriminierungen, wenn z. B. Firmen die Bewerbung von Kopftuchträgerinnen trotz deren Qualifikation unberücksichtigt lassen.

Für größere Aufregung sorgen die Burka und der Niqab, da sie den ganzen Körper einschließlich des Gesichts verhüllen. Im April 2011 trat in Frankreich ein Gesetz in Kraft, das das Tragen dieser Kleidungsstücke in der Öffentlichkeit bei Strafe verbietet; ausgenommen ist das Auto, das als privater Raum gilt. Ebenso bestraft werden Männer, die ihre Frauen zu dieser Bekleidung zwingen. Ein solches Gesetz wurde im Juli 2011 auch in Belgien beschlossen. Die Niederlande, Italien und Spanien bereiten entsprechende Gesetze vor. In der Schweiz lag im August 2011 eine diesbezügliche Initiative für eine Volksabstimmung vor, und Österreich denkt immer wieder einmal darüber nach.

Die Begründungen für solche Verbote lauten unterschiedlich: Burka und Niqab seien ein Ausdruck der Unterdrückung der Frauen, die ihr Gesicht nicht zeigen dürfen und dadurch entpersonalisiert werden; diese Bekleidung würde eine öffentliche Gefahr darstellen, weil sich darunter auch Bomben für Anschläge verbergen ließen; die Gesichtsverschleierung verhindere die zwischenmenschliche Kommunikation, denn Vertrauen werde dadurch gestiftet, dass Menschen einander ins Gesicht sehen und das Mienenspiel wahrnehmen können, was vor allem den Erziehungsbereich und die berufliche Zusammenarbeit betreffe.

Einschränkungen

Abgesehen davon, dass Burka und Niqab in Österreich kaum präsent sind, gilt auch für diese Bekleidung das Grundgesetz der Religionsfreiheit. Allerdings können anlassbezogen allfällige Schranken gerechtfertigt sein wie etwa bei Prüfungen in Schulen und Universitäten, wo die Personen identifizierbar und kontrollierbar sein müssen, oder bei Gerichtsverhandlungen (Schinkele 2009). So hat 2008 der „Fall Mona S." für Debatten gesorgt, da die Angeklagte im Gerichtssaal mit Niqab erschienen war und sich weigerte, diesen abzulegen. Aber bei polizeilichen oder richterlichen Einvernahmen oder auch Zeugenaussagen sind Gesichtsausdruck und Gesten für die Einschätzung der Aussagen von erheblicher Bedeutung, weshalb auch Sonnenbrillen nicht zugelassen werden.

Auch im erzieherischen und schulischen Bereich ist die Kommunikation mittels des Gesichtsausdrucks für die Entwicklung der Kinder von entscheidender psychologischer Bedeutung, wie überhaupt ein verdecktes Gesicht die zwischenmenschliche Kommunikation nicht fördert. Das erfordert eine Abwägung zwischen Grundrecht und sinnvollen Entscheidungen für das Gemeinwohl, dem generelle Verbote von Staats wegen, erlassen oder angestrebt, nicht dienen.

Diskussionen in islamisch geprägten Staaten

Auch in Ländern mit islamischer Tradition wird der Niqab kontrovers diskutiert, teils auch abgelehnt. In Tunesien z. B. ist er in Bildungseinrichtungen verboten, weil die Person dadurch nicht identifizierbar sei; ebenso in Syrien. Das hat auch damit zu tun, dass die Zahl der Niqab-Trägerinnen in den letzten zehn Jahren zugenommen hat wie etwa in Ägypten. Im Oktober 2009 hatte der Großscheich der Al-Azhar-Universität eine Schülerin zum Ablegen des Niqab aufgefordert und Unterstützung durch den Minister für religiöse Angelegenheiten erhalten; das führte dann zu gerichtlichen Klagen der Niqab-Befürworter.

Von den Gelehrten wird diese Kopfbedeckung unterschiedlich bewertet; die einen sehen darin eine vorislamische Tradition, die von Koran und Sunna nicht gedeckt sei, die anderen einen besonderen Ausdruck muslimischer Frömmigkeit. Politisch wird gegen den Niqab ins Treffen geführt, er sei ein Import aus Saudi-Arabien, das Einfluss gewinnen wolle. Schwer wiegt der nachweisliche Missbrauch des Niqab durch Drogendealer, Diebe, „Spanner" oder Prostituierte (Jacobs 2010: Internet). Dennoch lässt sich die ägyptische Diskussion nicht mit der europäischen vergleichen, da sie in einem islamisch geprägten Land nicht zu einer grundsätzlichen Debatte über den Islam führt. Eine solche Unterscheidung sollte auch in europäischen Ländern gepflegt werden.

g. Umstrittene Praktiken

Eine Reihe von Praktiken, die mit Menschenrechtsbestimmungen unvereinbar sind, haben in islamisch geprägten Teilen der Welt traditionsgemäß Befürworter und werden durch Migranten/Migrantinnen teilweise nach Europa gebracht.

Frauenbeschneidung

Bei der Beschneidung der weiblichen Geschlechtsteile handelt es sich um eine Jahrtausende alte Praxis, die vor allem auf dem afrikanischen Kontinent bis heute verbreitet ist und auch im vorislamischen Arabien geübt wurde. Dieser Brauch ist nicht religiös begründet, vielmehr stehen dahinter Vorstellungen von weiblicher Reinheit und Keuschheit, wozu gehöre, keine sexuellen Empfindungen zu haben. Dieser Brauch hat auch keinen Anhalt im Koran, aber auch die Beschneidung von Männern nicht, die nach der Überlieferung jedoch zu den religiösen Pflichten zählt. Frauenbeschneidung war auch unter christlichen Kopten in Ägypten verbreitet, bis die koptische Kirche im Jahr 2001 diese Praxis als unchristlich verwarf.

Nach der Überlieferung hat Muhammad Frauenbeschneidung nicht verboten, aber eingeschränkt. Nach einem Hadith sagte er zu einer professionellen Beschneiderin, sie solle nur wenig schneiden und nicht übertreiben, da dies für beide Geschlechter angenehmer und besser sei. Dabei soll es nicht um die radikale Entfernung der weiblichen Geschlechtsteile gegangen sein, was auch praktiziert wurde und wird, sondern um die Entfernung der Vorhaut der Klitoris, wodurch das Sexualempfinden verstärkt würde. Keine der vier Rechtsschulen spricht ein eindeutiges Verbot aus (vgl. aber V.3.g).

Gegenbewegungen

Heute kämpfen nicht nur Menschenrechtsorganisationen, sondern auch viele muslimische Gruppen gegen die Frauenbeschneidung. Im Islam steht das Recht der Frau auf ein erfülltes Sexualleben im Vordergrund unter Berufung auf die gute Schöpfung Gottes nach dem Koran: „Er [Gott], der da alles, was er schuf, gut machte“ (Sure 32, 7), oder: „Wir schufen den Menschen in vollendeter Gestalt“ (Sure 94, 4). Dieses Argument findet sich auch im österreichischen Strafrecht, freilich ohne jede religiöse Begründung: „In eine Verstümmelung oder sonstige Verletzung der Genitalien, die geeignet ist, eine nachhaltige Beeinträchtigung des sexuellen Empfindens herbeizuführen, kann nicht eingewilligt werden“ (Strafrechtsänderungsgesetz 2001, § 90, Abs. 3).

Anlässlich einer Vortragsveranstaltung im Jahr 2005 in Wien bezeichnete ein muslimischer Gelehrter die Frauenbeschneidung als ein Verbrechen. Das daraus hervorgegangene Vernetzungsprojekt führte auch zur Teilnahme eines Vertreters der IMÖ an der internationalen Islam-Gelehrten-Konferenz an der al-Azhar-Universität in Kairo, an der im November 2006 erklärt wurde, dass die Beschneidung weiblicher Genitalien nicht mit der Lehre des Islams zu vereinbaren sei (vgl. V.3.g). Die IGGiÖ bekräftigte, die Frauenbeschneidung auch in den Reihen der Migrantinnen weiterhin zu bekämpfen.

Ehrenmorde

Das Denken in Kategorien der Familienehre hat nichts mit dem Islam zu tun, sondern ist auch z. B. in Südamerika, in Süditalien und Spanien verbreitet. Hinter den Ehrenmorden stehen tradierte Vorstellungen von Vergeltung, um die Ehre, d. h. die Reinheit einer Familie wiederherzustellen, wobei die Frauen diese Reinheit zu gewährleisten haben. Opfer der Ehrenmorde sind daher in der Regel Mädchen und Frauen, deren Mörder nahe männliche Verwandte. Das kann sich sekundär auch mit religiösen Motiven verbinden. Durch Migration kommt es dann zu besonderen Spannungen, wenn ein Teil der Familie die freieren Lebensformen in einem Migrationsland bevorzugt. Das gilt besonders für Beziehungen, die nicht zur Ehe führen, was dann von den Familien oft brutal geahndet wird. In Österreich wie in Europa werden Ehrenmorde wie alle anderen Tötungsdelikte strafrechtlich verfolgt.

Zwangsehen

Zunächst muss zwischen Zwangsehen und durch Eltern und Verwandte arrangierten Ehen unterschieden werden. Letztere waren in Europa gang und gäbe, bis sie die romantische Liebesheirat erst langsam ablöste. Arrangierte Ehen sind in vielen Teilen der Welt üblich und nichts spezifisch Muslimisches. In der Regel wird auf die Wünsche der Heiratswilligen Rücksicht genommen. Von außen besehen ist es freilich schwer zu entscheiden, welchen Zwang oder auch moralischen Druck die Familie ausübt, um eine Ehe zustande zu bringen. Wenn Frauen aus Ehen ausbrechen, was auch zum Anlass für Ehrenmorde werden kann, dann mag das ein Hinweis darauf sein, dass Zwang mit im Spiel war, den die muslimische Tradition jedoch ablehnt (vgl. V.3.c).

h. Im Glauben gleich

Der geistliche Blick in die Bibel lässt erkennen, dass Menschen einander nichts voraus haben, auch nicht die beiden Geschlechter. Das gilt auch für den Koran.

Belege aus der Bibel

Wie aus der ersten Schöpfungserzählung hervorgeht, sind alle Menschen von Gott geschaffen, Männer und Frauen, und beiden wird die Verwaltung der Erde aufgetragen: „Und Gott schuf den Menschen als sein Bild, als Bild Gottes schuf er ihn; als Mann und Frau schuf er sie. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehrt euch und füllt die Erde . . .“ (Gen 1, 27–28). Darauf spielt auch Paulus an, wenn er schreibt: „Doch im Herrn ist weder die Frau etwas ohne den Mann noch ist der Mann etwas ohne die Frau. Denn wie die Frau vom Mann stammt, so ist der Mann durch die Frau; alles aber kommt von Gott“ (1. Kor 11, 11–12).

Ein anderes Beispiel ist eine alte vorpaulinische Taufformel, in der es heißt, dass in Christus die Unterschiede zwischen den Ethnien, zwischen Ständen und zwischen Männlich und Weiblich aufgehoben sind: „Denn ihr seid alle Söhne und Töchter Gottes durch den Glauben in Christus Jesus. Ihr alle nämlich, die ihr auf Christus getauft wurdet, habt Christus angezogen. Da ist weder Jude noch Grieche, da ist weder Sklave noch Freier, da ist nicht Mann und Frau. Denn ihr seid alle eins in Christus Jesus“ (Gal 3, 26–28).

Belege aus dem Koran

Die Gleichheit der Geschlechter ist auch im Koran in der Schöpfung grundgelegt: „Ihr Menschen! Siehe, wir erschufen euch als Mann und Frau und machten euch zu Völkern und zu Stämmen, damit ihr einander kennenlernt“ (Sure 49, 13). In diesem Sinne beginnt auch die schon mehrfach thematisierte Sure 4: „Ihr Menschen, fürchtet euren Herrn, der euch aus einem Wesen *[nafs]* schuf und der daraus sein Gegenüber schuf und der aus beiden viele Männer und Frauen entstehen ließ“ (vgl. Suren 30, 21; 39, 6)! Der arabische Begriff *nafs,* der dem hebräischen *nefesch* entspricht, meint ein lebendiges Wesen bzw. eine „Grundsubstanz“, aus der heraus die Menschen geschaffen wurden. An einer anderen Stelle heißt es, der Schöpfer der Himmel und der Erde „machte Gattinnen für euch, aus euch selber, und auch das Vieh schuf er in Paaren“ (Sure 42, 11); oder: „Und die Erde breiteten wir aus. […] Und von allem schufen wir Paare“ (Sure 51, 49), und d. h.: Nur Gott ist einer, die Schöpfung aber besteht aus Zweiheiten (vgl. Suren 75, 39; 78, 8). Die Erschaffung der Frau aus einer Rippe Adams (Gen 2, 21–22) kommt im Koran nicht vor.

Auch hinsichtlich der religiösen und moralischen Pflichten macht der Koran keinen Unterschied, und beide Geschlechter sind angehalten, gläubig, fromm, geduldig, wohltätig, demütig zu sein, wie die Formulierungen in Sure 33, 35 zeigen. Als gleichrangige Autorität im Glauben werden Männer und Frauen in Sure 9 angesprochen: „Die Gläubigen, die Männer wie die Frauen, die stehen einander bei. Sie gebieten das Rechte und verbieten das Schlechte, sie verrichten das Gebet und entrichten die Armensteuer, und sie gehorchen Gott und seinem Gesandten. Sie sind es, derer sich Gott erbarmen wird“ (Sure 9, 71–72). Auch Gottes Verheißungen gelten beiden Geschlechtern: „Wer da Gutes tut, ob Mann, ob Frau, und dabei gläubig ist — die treten in den Paradiesesgarten ein und ihnen wird auch nicht das kleinste Unrecht getan“ (Sure 4, 124). Daher lässt Gott keine Tat verloren gehen, „die einer von euch tut, ob Mann, ob Frau: Ihr seid einander zugehörig“ (Sure 3, 195).

Eine Gemeinsamkeit zwischen Koran und Bibel besteht auch darin, dass Gott alle Menschen schwach geschaffen hat, die daher verführbar und auf seine Barmherzigkeit angewiesen sind. Das geht aus der Sündenfallerzählung im Koran hervor und trotz des unterschiedlichen Verständnisses von Sünde (vgl. VII.5) auch aus der Bibel (Gen 3). Gegenüber Sitten und Bräuchen, die das Geschlechterverhältnis kulturell regeln, stehen religiöse und ethische Prinzipien, die solche Sitten relativieren können. Dazu gehört im Islam das Prinzip der Gerechtigkeit (z. B. Sure 16, 90). Auf eine solche prinzipielle Offenheit gegenüber einem egalisierenden Geschlechterverhältnis in Bibel und Koran konnten sich Frauen immer wieder berufen, und sie tun es auch im islamischen Kontext.

i. Muslimische Frauenbewegungen

Muslimische Frauen haben die Auslegung des Korans inzwischen selbst in die Hand genommen und gehen dabei in ähnlicher Weise vor wie christliche Frauen gegenüber der Bibel. Dazu gehört z. B. die Unterscheidung von praktischen Regelungen und Wesenszuschreibungen. Wenn es z. B. in Sure 4, 34 heißt, die Männer seien bevorzugt, weil sie etwas von ihrem Vermögen für die Frauen aufwenden, dann sei dies eine praktische Regel unter bestimmten Umständen, in denen sich Frauen mit kleinen Kindern befinden, Umstände die sich ändern können. Muslimische Kommentatorinnen kritisieren, dass daraus in den verschiedenen Rechtsschulen ein „weibliches Wesen“ abgeleitet wurde, das in unveränderlicher Weise dem männlichen unterlegen sei (Zentrum 2005, 29; Mir-Hosseini in: Rumpf 2003, 64).

„Das Elend der Frauen und ihre Diskriminierung haben ihre Wurzeln nicht im Islam“ (Amirpur 2006, 190). Diese Worte der Iranerin Schirin Ebadi in ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2003 stehen programmatisch dafür, dass sich kritische Frauen durchaus ihrem Glauben verbunden wissen. Aber auch für Männer ist die Kluft zwischen der koranischen Lehre und der gesellschaftlichen Realität dort am größten, wo es um die Stellung von Frauen geht (Falaturi 2002 a, 154).

Charisma gegen Institutionen

Der Verstoß gegen Geschlechtergerechtigkeit wird von muslimischen Frauen darauf zurückgeführt, dass in den Rechtsschulen ausschließlich Männer den Koran zu ihren eigenen Gunsten interpretiert haben und immer noch interpretieren, aber auch Schönfärberei gegenüber islamischen Traditionen und Gesetzen betreiben würden (Amirpur 2003, 171). Im Unterschied zur Zeit der Offenbarungen sei auf die Stimme der Frauen nicht mehr gehört worden, weil man sie bereits aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen hatte (Mir-Hosseini in: Rumpf 2003, 66). Die soziologische Theorie dazu, die auf den Soziologen Max Weber zurückgeht, lautet (Gebhardt 1993): In den charismatischen Anfängen einer religiösen Gruppe, noch dazu mit einer eschatologischen Ausrichtung, sind alle gefragt, die sich dafür einsetzen, auch die Frauen, was einen egalisierenden Effekt hat.

Mit wachsender Anhängerschar kommt es zur Institutionalisierung, zur Einrichtung bestimmter leitender Funktionen wie Herrscher, Jurist oder Theologe, die traditionell in Männerhand liegen und die Frauen aus dem öffentlichen Raum zurückdrängen. Das gilt auch für das Christentum, wie die jüngeren Schriften des Neuen Testaments aus dem Anfang des 2. Jahrhunderts belegen; dort heißt es z. B.: „Zu lehren gestatte ich einer Frau nicht, ebenso wenig über einen Mann zu bestimmen. Sie soll sich still verhalten. […] Sie wird aber dadurch gerettet werden, dass sie Kinder zur Welt bringt — wenn sie mit Besonnenheit im Glauben, in der Liebe und in der Heiligung bleibt“ (1. Tim 2, 12. 15). Während Bibel und Koran keine systematisierte Glaubenslehre darstellen, folgen aus dem Prozess der Institutionalisierung lehrmäßige Festlegungen. Die charismatischen Anfänge bleiben aber immer lebendig, und wenn sich institutionalisierte Formen zu weit vom ursprünglichen Charisma entfernen, treten Einzelne oder Gruppen auf, die sich auf die Situation des Anfangs berufen.

Bei ihren Aktivitäten können sich muslimische Frauen auf zwei Momente berufen: auf die große Flexibilität des islamischen Rechts in der Praxis, wodurch es in einer Vielzahl von Kulturen Anerkennung finden konnte (Mir-Hosseini in: Rumpf 2003, 66); zudem auf spezifische islamische Auslegungsmethoden, die es z. B. durch die Analyse der Offenbarungsanlässe möglich machen, zwischen geschichtlich gebundenen und religiös allgemein-verbindlichen Aus-

sagen zu unterscheiden. Das ist nicht immer leicht und auch nicht eindeutig festlegbar, weshalb auch die Interpretationsgeschichte konsultiert werden muss. In Deutschland wirkt seit 1996 der Verein „Huda“ (d. h. „Rechtleitung“) als Netzwerk für muslimische Frauen, das muslimische Frauenprojekte organisiert und auch eine Zeitschrift herausgibt (Huda: Internet).

Eingeschränkte „westliche“ Sichtweisen

Um der geschilderten Dynamik gerecht zu werden, reicht es nicht aus, ohne Kenntnis von muslimischen Auslegungsmethoden den Koran zu lesen, womöglich noch in einer tendenziösen Übersetzung. Es führt auch nicht weiter, Texte des Korans oder der muslimischen Überlieferung unmittelbar mit den Frauenrechten in den westlichen Demokratien zu vergleichen, um dem Islam pauschal Rückständigkeit vorzuwerfen und muslimische Frauen daraus befreien zu wollen (vgl. z. B. Schirrmacher 2004). Ein solches Vorgehen ist einerseits anachronistisch, andererseits ohne Bewusstsein dafür, dass diese rechtlichen Errungenschaften nicht lange zurückliegen. Viele muslimische Frauen wehren sich daher gegen die Kritik am Islam durch westliche Feministinnen und auch gegen deren Einmischung, die sie als „koloniale“ Haltung empfinden. Sie legen Wert darauf, ihren eigenen Kampf mit ihren eigenen religionsbezogenen Argumenten zu führen (vgl. V.3.i). Einer Zusammenarbeit, auch mit christlichen Frauen, auf gleicher Augenhöhe in gegenseitiger Wertschätzung steht freilich nichts entgegen.

4. Mission

Wie das Christentum versteht sich auch der Islam als eine universale Religion, deren Offenbarungen und Lehren für alle Menschen gelten. Beide Religionen sind daher auch damit beauftragt, ihren Glauben öffentlich zu bezeugen und dafür beglaubigend einzustehen. Dennoch bestehen zwischen dem biblischen Missionsauftrag und der koranischen Einladung zum Islam grundsätzliche Unterschiede.

a. Der christliche Begriff der „Mission“

Der Begriff „Mission“ stammt aus dem Lateinischen *(mittere* = senden) und hat seine Wurzel in dem Kernsatz aus Johannes 20, 21: „Wie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch.“ Besonders das Johannesevangelium bündelt diese Sendung im Wirken Jesu: Jesus Christus ist von Gott ausgegangen und gesandt, um den Menschen Licht und Leben zu bringen. Er vollendet seine Sendung im Tod am Kreuz, und Gott selbst bestätigt sie mit der Auferweckung. Er überträgt die Sendung auf seine Jünger/innen und seine Gemeinde. Im Matthäusevangelium (28, 18–20) findet dies einen prägnanten Ausdruck: „Geht nun hin und ruft alle Völker in die Nachfolge: Tauft sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehrt sie alles halten, was ich euch geboten habe.“ Dabei geht es sowohl um das Wort der Verkündigung als auch um das Zeugnis einer Haltung und der inneren Verfassung der Gemeinde: „Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid: Wenn ihr bei euch der Liebe Raum gebt“ (Joh 13, 35).

Dieser universale Horizont der Botschaft stellt keine radikale Neuerung dar, sondern nimmt alttestamentliche Linien auf, die sich schon in der Berufung Abrahams finden: „Ich will […] dich segnen […], und du wirst ein Segen sein. […] und Segen sollen durch dich erlangen alle Sippen der Erde“ (Gen 12, 2–3); dies zeichnen auch die eschatologischen Visionen der Propheten vor (Jes 2, 1–4; Jes 25, 6–9).

b. Der islamische Begriff der „Da’wa“

Der arabische Begriff *da’wa* (gesprochen: da’ua) kann Ruf im Sinne von Anrufung, Gebet, Ermahnung bedeuten, aber auch Ruf als Einladung zum Islam. Der christliche Ruf in die Nachfolge Christi findet sich nicht im Glaubensbekenntnis, aber das Neue Testament ist davon geprägt. Ebenso gehört *Da’wa* weder zum islamischen Glaubensbekenntnis noch zu den fünf zentralen Pflichten (fünf Säulen), ist aber im Koran verankert.

Der Islam geht davon aus, dass alle Menschen insofern schon Muslime sind, als sie mit einem Ausgerichtetsein auf Gott hin geschaffen wurden, woran die Botschaft des Korans erinnern will: „Wer führt wohl eine schönere Rede als der, welcher zu Gott aufruft und Gutes tut und spricht: ‚Siehe, ich bin einer der Gottergebenen‘“ (Sure 41, 33)? Der Ruf wird als Einladung verstanden, aber Gott allein weiß um das Ergebnis: „Rufe auf zum Wege deines Herrn mit Weisheit und mit schöner Predigt, und streite mit ihnen auf gute Weise! Siehe, dein Herr kennt die am besten, die von seinem Weg abirren, und er kennt die am besten, die sich rechtleiten lassen“ (Sure 16, 125). In diesen Auftrag ist die gesamte muslimische Gemeinde einbezogen: „So machten wir euch zu einer Gemeinde, die in der Mitte steht, auf dass ihr Zeugen für die Menschen seid, und der Gesandte für euch Zeuge sei“ (Sure 2, 143). Die Gemeinde soll Vorbildcharakter haben: „Es werde eine Gemeinde aus euch, die zum Guten aufruft, das Rechte gebietet, das Schlechte verbietet“ (Sure 3, 104).

Nach dem Koran gehört es vor allem zum Auftrag der Gesandten Gottes, zum Glauben zu rufen; so heißt es von Noah: „Er sprach: ‚Mein Herr! Ich habe meinem Volk Tag und Nacht gepredigt; doch hat mein Predigen sie nur darin bestärkt zu fliehen. Siehe, jedes Mal, wenn ich zu ihnen predigte, dass du ihnen vergeben mögest, dann steckten sie ihre Finger in die Ohren, bedeckten sich mit ihren Kleidern, blieben starr und dünkten sich erhaben über alle Maßen‘“ (Sure 71, 5–7). Und zum Volk spricht Gott durch den Propheten Muhammad: „O Volk! Hört auf den Rufer Gottes und glaubt an ihn, dass er euch eure Schuld vergebe und vor schmerzhafter Strafe euch bewahre“ (Sure 46, 31)!

c. Ein Blick in die christliche Geschichte

Anfänge der Ausbreitung des Christentums

Bereits in der Apostelgeschichte werden der Beginn der Mission, ihre frühen Formen sowie damit verbundene Konflikte geschildert. Aus dem Judentum herkommend, verbreitete sich der christliche Glaube innerhalb des römischen Imperiums zunächst entlang der jüdischen Diaspora. Die Frage, ob auch Nicht-Juden Christen werden können und ob diese über die ethischen Gebote hinaus auch zur Einhaltung der rituellen gesetzlichen Bestimmungen der Tora (z. B. Beschneidung oder Speisegebote) verpflichtet seien, führte in der ersten Gemeinde in Jerusalem zu einem Konflikt. Man einigte sich aber bald auf dem Apostelkonzil

(zirka 48) darauf, auch den Nicht-Juden die christliche Botschaft zu verkünden, ohne die jüdischen rituellen Vorschriften zur Auflage zu machen (Apg 15; Gal 2).

Zu den Vertretern dieses Konzepts gehörte der Apostel Paulus, der durch seine Missionsreisen das Bild der christlichen Mission stark geprägt hat. Seine intensive Tätigkeit war damals allerdings eine Ausnahmeerscheinung. Denn die Mission in den ersten drei Jahrhunderten erfolgte nicht durch eine bewusste missionarische Tätigkeit mit entsprechenden Strategien und durch darauf spezialisierte Personengruppen. Vielmehr war es die starke Mobilität innerhalb des römischen Imperiums (Handel, Militär usw.), durch die Christen ihren Glauben verbreiteten, so dass es in vielen Provinzen zur Gründung von Gemeinden kam. Innerhalb des Reiches, das von Machtpolitik, laufender Unterwerfung von Gebieten mit Einhebung hoher Steuern und einer strikten Standeshierarchie mit einer rechtlosen Sklavenpopulation bestimmt war, stellten die christlichen Gemeinden eine „Gegengesellschaft" dar. Durch die Aufhebung der sozialen Grenzen und ihre karitative Tätigkeit wurden diese Gemeinden zunehmend attraktiv. Aber ihre Weigerung, an den verpflichtenden polytheistischen Staatskulten teilzunehmen oder die Kaiser als göttlich zu verehren, setzten die Christen mehrfachen Wellen staatlicher Verfolgungen aus. Diese bilden den Hintergrund mancher Texte des Neuen Testaments (z. B. Offb), die zur Standhaftigkeit auffordern. Die vielen Märtyrer trugen ebenfalls zur Verbreitung des christlichen Glaubens bei und wurden auf Grund ihrer Vorbildwirkung und Verehrung zum „Samen der Kirche".

Missionspraktiken im Widerstreit

Durch die Hinwendung Kaiser Konstantins zum Christentum änderte sich die Situation grundlegend. Diese Wende war einerseits das Ergebnis eines politischen Kalküls zum Zwecke der Stärkung der inneren Einheit des Reiches; anderseits muss auch die Ausstrahlung der christlichen Gemeinden ziemlich stark gewesen sein, wie sich aus der Reaktion des Kaisers Julianus (361–363) schließen lässt. Als er nach Konstantin die römischen Kulte noch einmal reaktivieren wollte, ermahnte er die Kultbeamten, sich am Verhalten der Christen ein Beispiel zu nehmen. War das Christentum zuerst eine bedeutende Minderheit, wurde es schließlich mit der Erhebung zur Staatsreligion durch Kaiser Theodosius I. (391) zur Mehrheit und durch das Verbot aller anderen zur verpflichtenden Religion des römischen Reiches; in dieser Form hatte es im oströmischen Reich (Byzanz) über ein Jahrtausend Bestand. Die dogmatischen Klärungen der antiken Konzilien sollten der Einheit der Reichsreligion dienen, lösten aber Widerstand aus und führten zur Verfolgung von Christen durch Christen.

Im Westen stellte sich die Situation anders dar. Durch den Untergang des weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert auf Grund des Ansturms der Völkerwanderung gelangte das Christentum z. B. zu den Franken. Nach der Überlieferung ließ sich König Chlodwig I. zirka 498 taufen, so dass die fränkischen Expansionskriege mit einer Christianisierung einhergingen. In dieser Zeit entwickelten sich neue Strategien einer gezielten missionarischen Tätigkeit mit darauf spezialisierten Gruppen vor allem von Mönchen, deren Klöster als Stützpunkte dienten. So entsandte Papst Gregor I., der Große, im Jahr 596 römische Missionare nach England, um die Angelsachsen erfolgreich zu bekehren. Umgekehrt entfalteten die Angelsachsen im 7. und 8. Jahrhundert eine nachhaltige Missionstätigkeit auf dem Kontinent; unter ihnen war Bonifatius, bekannt durch die Fällung einer dem Gott Donar geweihten Eiche bei Geismar in Hessen (um 723). Denn zur missionarischen Tätigkeit gehörte nun nicht nur die Verkündigung, sondern auch die „Tatmission", die im gewaltsamen Zerstören von Heiligtümern und Götzenbildern bestand. Freilich erfolgte die Mission zugleich auf friedlichem Wege, und die Klöster bildeten auch Zentren und Umschlagplätze für Wissenschaft und Bildung.

Das keltische Irland, das von der Völkerwanderung unberührt blieb, war bereits seit dem 5. Jahrhundert durch Mönche christianisiert worden und hatte ein von Rom unabhängiges Christentum ausgebildet, das römische Missionare sogar als häretisch ansah. Irische Mönche kamen um 600 bis in unsere Gegend, so etwa Columban und Gallus nach Bregenz, oder später Rupert (gest. um 720) und Virgil (gest. 784), beide dann Bischöfe in Salzburg; auch das Schottenstift in Wien wurde von irischen Mönchen gegründet, jedoch erst im 12. Jahrhundert.

Eine enge Verknüpfung von Politik und Religion leitete Karl der Große (747–814) ein, der während des gut 30 Jahre dauernden Krieges gegen die heidnischen Sachsen militärische Gewalt mit Zwangstaufen verband. Unterworfene, die sich von der fränkischen Herrschaft und vom christlichen Glauben lossagen wollten oder die Taufe verweigerten, wurden als Hochverräter betrachtet und hingerichtet; heidnische Praktiken waren bei Todesstrafe verboten. [7] Diese Vorgangsweise hat eine Entsprechung in der Praxis der Muslime gegenüber den Anhängern des altarabischen Polytheismus.

Gegen ein solches unbiblisches Missionsverständnis regte sich unter vielen Bischöfen und den angelsächsischen Theologen am Hof Karls des Großen Widerstand. Für sie war Bekehrung ein Werk Gottes und nicht der Menschen, weshalb Mission friedlich zu geschehen habe, und die Bekehrung zum Christentum nur aus Überzeugung erfolgen könne.

Mission, Kolonialismus und kritische Distanznahme

Der frühe Kolonialismus des 15. Jahrhunderts steht im Zusammenhang mit der Entdeckung Amerikas, woran vor allem Portugal und Spanien beteiligt waren, die nicht nur Land und Menschen ausbeuteten, sondern sich auch das Recht auf Mission durch den Papst bestätigen ließen. Diese Verquickung von Machtpolitik, wirtschaftlichem Interesse und religiöser Mission führte aber auch zum Protest mancher Missionare. Einer der ersten war Antonio de Montesinos, der seinen Landsleuten 1511 in Santo Domingo vorhielt: „[…] dass ihr alle in Todsünde lebt und darin sterben werdet wegen der Grausamkeit und Tyrannei, die ihr diesen Unschuldigen gegenüber anwendet. Sagt, mit welcher

[7] Karl der Große unterhielt diplomatische Beziehungen zu den Abbasiden in Bagdad mit dem Ziel, unter gegenseitiger Religionstoleranz eine Allianz gegen die Kalifen von Cordoba und die Byzantiner zu bilden, was jedoch nicht realisiert wurde. Der Kalif Harun ar-Raschid schenkte Karl um 800 einen weißen indischen Elefanten, den die fränkischen Gesandten an den Hof nach Aachen brachten (http://www.ex-oriente.com/).

Berechtigung und mit welchem Recht haltet ihr diese Indios in so grausamer und schrecklicher Sklaverei? Was ermächtigt euch, so verabscheuungswürdige Kriege gegen diese Menschen zu führen, die friedlich und ruhig in ihrem eigenen Land lebten? […] Sind sie denn keine Menschen? […] Seid ihr nicht verpflichtet, sie zu lieben wie euch selbst" (in: Sievernich 2009, 76)? Auch wenn solche kritischen Stimmen anfangs in der Minderheit blieben, haben sie doch bei manchen einen Wandel der Gesinnung hervorgerufen wie bei Bartolomé de Las Casas, einem reichen Kolonialisten, der daraufhin Dominikaner wurde und sich für die Indios einsetzte (vgl. V.2.a). Auf längere Sicht konnte die christliche Kritik auch zur Stärkung der Widerstandskraft der Unterdrückten und damit zur Dekolonialisierung beitragen.

Bei der ersten Phase des Kolonialismus lässt sich von einer katholischen Mission sprechen. Die zweite, noch um vieles umfassendere Phase setzte im 19. Jahrhundert ein; daran waren auch evangelische Kirchen und Gruppen beteiligt, die sich nach der Reformation in Deutschland, Schweden oder in den Niederlanden etabliert hatten, Staaten, die zu den Kolonialmächten zählten. Es ist vor allem diese zweite Phase, die das Bild von Mission aus muslimischer Sicht, teils auch immer noch aus christlicher, bis heute bestimmt.

d. Ein Blick in die muslimische Geschichte

Anfänge der Ausbreitung des Islams

An der Geschichte Muhammads selbst lassen sich die Anfänge ablesen: Was ihm widerfahren war, teilte er zunächst im Kreis der Familie und der engeren Verwandtschaft mit, dann in einzelnen Häusern und schließlich im öffentlichen Raum. Wie die Christen waren die Muslime zunächst in der Minderheit und Verfolgungen ausgesetzt. Das hinderte die Botschaft jedoch nicht, zunehmend z. B. durch Handelsbeziehungen Verbreitung zu finden. Über Handelsrouten gelangte der Islam bis nach China, in das Afrika südlich der Sahara, sowie auf dem Seeweg nach Indonesien und Ostafrika.

Die weiteren Entwicklungen verliefen unter anderen Umständen und daher auch rascher als in der christlichen Geschichte. Denn die Christen lebten innerhalb des römischen Imperiums, in dem das römische kodifizierte Recht galt, die Araber hingegen in einer staatenlosen Stammes- und Sippengesellschaft mit lokalen Gewohnheitsrechten (vgl. V.1.a). Als sich in Medina sukzessive eine muslimische Gemeinschaft herausbildete, bedurfte es einer für alle verbindlichen rechtlichen Ordnung, die nur religiös begründet sein konnte, da die Religion das stammesübergreifende einigende Band darstellte. Auf dieser Basis kämpften die Muslime gegen die Mekkaner, deren Feindseligkeiten anhielten und die gegen die Muslime als Muslime gerichtet waren. Die Durchsetzung gegen die Mekkaner und die folgenden Loyalitätserklärungen der meisten Stämme Arabiens führten daher auch zur Verbreitung des Islams.

Ab dieser Zeit finden sich wiederum einige Parallelen mit der christlichen Geschichte, nachdem das Christentum Staatsreligion geworden war: Wie im römischen Reich alle Bürger Christen sein mussten, mussten unter islamischer Herrschaft alle Araber Muslime sein (nicht aber Unterworfene anderer Ethnien); alles andere fiel unter Hochverrat. Juden und Christen, die nicht bereit waren, den Islam anzunehmen, waren grundsätzlich toleriert. In die Expansionskämpfe zwischen den angrenzenden Großmächten Byzanz und Persien wurden die unter dem Islam geeinten Araber als dritte politische Kraft zum „Mitspieler". Da alle Beteiligten ihre Kämpfe unter den Schutz ihrer jeweiligen Religion stellten, können die muslimischen Eroberungen nicht als Ergebnis eines Religionskrieges bezeichnet werden.

Verbreitung mit „Feuer und Schwert"?

Durch die Expansion kamen immer mehr große ethnisch und religiös vielgestaltige Gebiete unter muslimische Herrschaft, aber in der Bevölkerung war die Zahl der Muslime zunächst sehr gering. Für die Verwaltung z. B. der Steuern mussten sie daher auf lokal vorhandene Infrastrukturen mit ihren Beamten zurückgreifen, unabhängig von deren Religion (Krämer 2005, 44). So blieben etwa das von den Muslimen eroberte Syrien unter ostkirchlicher oder Ägypten unter koptischer, somit unter christlicher Verwaltung; in dieser Situation hatte *da'wa* keine wesentliche Bedeutung.

Auch beim Prozess der Islamisierung der Bevölkerung, der sich über mehrere Jahrhunderte erstreckte, waren es vor allem verschiedene soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren, die der Verbreitung des Islams dienten. Handelsbeziehungen in den wachsenden Städten, die Entstehung von muslimischen Gilden, der Einfluss islamischer Institutionen wie der Moscheen, der Gelehrten- und Rechtsschulen führten zu freiwilligen Übertritten zum Islam. Denn dadurch war es leichter, einen höheren sozialen Status zu erreichen und sich politisch wie ökonomisch besser zu positionieren. Die gängige Vorstellung, der Islam sei mit „Feuer und Schwert" verbreitet worden, hat daher keinen Anhalt an der Geschichte. Mit dem Schwert verbreitet wurde die politische Herrschaft, die muslimisch sein musste; innerhalb dieser Herrschaft spielte dann die Religion auf unterschiedliche Weise eine Rolle. Jedenfalls handelte es sich nicht um eine generelle militante Zwangsislamisierung (vgl. z. B. Geisler 1997, 66).

Juden und Christen waren als Schriftbesitzer toleriert, wenn auch den Muslimen rechtlich nicht gleichgestellt. Geregelt wurde das Verhältnis durch einen besonderen Vertrag *(dhimma),* eine Praxis, die bereits im Koran grundgelegt ist (vgl. V.1.b) und bedeutete, sich der politischen muslimischen Herrschaft zu unterstellen. Umgekehrt verpflichteten sich die herrschenden Muslime, die Religionsausübung der Schriftbesitzer zu schützen, die dafür eine Schutzsteuer zahlen mussten. Im Rahmen einer solchen Toleranz konnten Juden und Christen aber durchaus hohe Ämter bekleiden wie z. B. Johannes von Damaskus, der, wie schon sein Vater, in der Finanzverwaltung des Kalifen tätig war (vgl. z. B. Newman 1993; Glei 1995) (vgl. IV.3). Dieser Status der Christen lässt sich trotz mancher Unterschiede mit der Situation der Evangelischen in Österreich nach dem Toleranzpatent Josephs II. vergleichen.

Labile Verhältnisse

Solche Schutzverträge, inhaltlich je nach Region und Zeitumständen unterschiedlich gestaltet, wurden auf Zeit geschlossen, konnten verlängert, aber auch gekündigt werden. Vertragsbrüche von Seiten der Schutzbefohlenen *(dhimmis)* unterlagen Sanktionen. Es waren die Realpolitik,

politische labile Konstellationen wie interne Spannungen oder Kämpfe mit den Großmächten, die sich auf die Lage der Christen auswirken konnten. So versuchte z. B. der umaiyadische Kalif al-Malik (685–705) die Provinzen des Reiches besser zu kontrollieren, indem er das Arabische als Amtsprache einführte und Christen aus den Verwaltungsämtern entfernte. Auch Einschränkungen konnten die Folge sein wie etwa das Verbot, Kirchen oder Klöster zu bauen bzw. zu renovieren (Quellentexte dazu in: Glei 1995; vgl. Khoury 1986; Bauschke 2000, 48 f.).

Um den Stammesrivalitäten, Bürgerkriegen und sozialen Spannungen innerhalb des Reiches zu begegnen, setzten dann auch die abbasidischen Kalifen die Religion mehr oder weniger strikt als einigendes Band ein, was für die Christen nicht immer ohne Folgen blieb. So bestimmte etwa der Kalif al-Mansur (754–775) die Kandidaten für das Patriarchat der ostsyrischen Kirche oder ließ Patriarchen ins Gefängnis setzen. Zugleich wirkten sich die andauernden Kämpfe mit den Byzantinern für die Christen oft nachteilig aus, da sie schnell unter den Verdacht der Spionage gerieten. Als der Kalif al-Mahdi (775–785) eine Schlacht gegen die Byzantiner verlor, ließ er Kirchen zerstören und zwang einen christlichen Stamm im byzantinischen Grenzgebiet aus Sicherheitsgründen zur Annahme des Islams. Auch Harun ar-Raschid (786–809), der Kalif aus „Tausend und eine Nacht", war in Kämpfe mit den Byzantinern verstrickt, ordnete die Zerstörung von Kirchen an und die Auflage, dass Juden durch gelbe und Christen durch blaue Zeichen an ihrer Kleidung kenntlich sein müssen. Ähnliche Kennzeichen für Juden und Muslime (Sarazenen) waren seit dem Vierten Laterankonzil (1215) in vielen Regionen Europas vorgeschrieben. Diskriminierende Erfahrungen, aber auch das Schutzgeld bzw. dessen Erhöhung konnten für die Christen im islamischen Herrschaftsbereich ein Anlass sein, zum Islam überzutreten (vgl. Waardenburg 1993). Auch wenn es immer wieder zu Benachteiligungen von Christen gekommen ist, lässt sich das nicht auf *da'wa* im religiösen Sinne zurückführen.

e. Gegenwart

Christliche Entwicklungen

Von jener Vorgangsweise innerhalb der Geschichte der christlichen Mission, die mit Gewalt und Zwang verbunden war, haben sich die Kirchen inzwischen deutlich distanziert. Aus bestimmten geschichtlichen Anlässen wie Jährungen von Kriegen der Kolonialmächte gegen die indigene Bevölkerung kam es zu Bekenntnissen der „kolonialen Schuld", so z. B. 2007 durch einige evangelische deutsche Missionswerke (Kolonialismus: Internet).

Auch in der Resolution zur Mission der Evangelischen Generalsynode A. und H. B. in Österreich vom 12. November 2009 heißt es: „Die Kirchen haben es weitgehend selbst verschuldet, dass in ihren missionarischen Bemühungen sehr oft nicht das Evangelium von der Liebe Gottes erlebbar wurde, sondern Anpassungszwang, Bekehrungsdruck und die Missachtung der Kultur anderer Menschen. Wir distanzieren uns von einem solchen falschen Missionsverständnis, das mit dem Evangelium von der uns entgegenkommenden Gnade Gottes, die in Jesus Christus gegeben ist und durch den Glauben ergriffen wird, in Widerspruch steht. Für uns ist Mission nur in der glaubwürdigen Bezeugung der Liebe Gottes denkbar." Dies dürfe von keinen „anderen Motiven überlagert" werden, wie zum Beispiel der Assimilation von Migranten und Migrantinnen, oder in einem vordergründigen institutionellen Interesse aufgehen wie der Gewinnung neuer Mitglieder (1.9). Mission heiße auch, „sich dafür einzusetzen, dass das Menschenrecht der subjektiven und kollektiven Religionsfreiheit durchgesetzt, geachtet und gesichert wird" (1.10).

Neue Wege in muslimischen Gruppen

Als Reaktion auf die christliche Mission im Schlepptau des europäischen Kolonialismus, aber auch, um der eigenen Religion innerhalb einer vernetzten Welt Profil zu verleihen, entstanden seit Ende des 19. Jahrhunderts vermehrt muslimische Gruppen, die gezielt missionarisch tätig sind; es handelt sich also um eine neuzeitliche Erscheinung. Zunehmend geht es auch um die Betreuung muslimischer Migranten/Migrantinnen. Sowohl „traditionalistische" wie „modernistische" Gruppen (vgl. V.2.e) verfolgen missionarische Interessen, die einen durch Polemik, die anderen durch Apologetik. Wie verwandte christliche Gruppen richten sie sich gegen Säkularisierungsprozesse, indem sie sich auf die religiösen Fundamente berufen. Die Mission gilt hauptsächlich den Glaubensschwachen innerhalb der eigenen Reihen, aber auch Andersgläubigen. Im Islam verbinden sich damit zum Teil auch post-koloniale nationale Bestrebungen.

In diesem Kontext steht z. B. Muhammad Raschid Rida (1865–1935), der 1912 nahe Kairo das „Haus der Mission und Führung" *(Dar ad-Da'wa wa-'l-Irshad)* gründete, das allerdings nur bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges bestand. Rida bezeichnet *Da'wa* als das Herzblut der Religion: „Ist der Islam die Religion Gottes, ist Muhammad sein *da'i* [ein Muslim, der andere zum Islam einlädt und vor allem ein gutes Vorbild sein soll], dann ist keine Person und kein Volk von der Reichweite dieses Anspruchs der Da'wah ausgenommen" (in: Walker 1995, 346). Großen Einfluss übte die von ihm 1898 gegründete Zeitschrift al-Manar (der Leuchtturm) aus, die bis zu seinem Tod erschien. Rida führte den europäischen Kolonialismus auf die Schwäche der Muslime zurück, die in ihrer Religion nicht gefestigt genug gewesen seien, und suchte die muslimische Identität zu stärken durch Rückgriff auf die Wurzeln in Koran und Sunna und in der Zeit der ersten vier Kalifen. Er erachtete den Islam als vernunftgemäße und fortschrittlichste Religion, auf deren Basis auch ein realer Fortschritt erzielt werden könne ohne Import aus dem Westen, dem seine Kritik ebenso galt wie muslimischen Gelehrten, denen er die Verfälschung des reinen Islams vorwarf. Dieses Erneuerungsprogramm, das Rida mit der Saud-Dynastie sympathisieren ließ, beeinflusste auch die Muslimbrüder.

Eine große, auch in Europa aktive Gruppe mit einem Zentrum in England nennt sich „Tablighi Jama'at" (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission), die 1926 im damaligen Britisch-Indien gegründet worden war. Der im Namen enthaltene Begriff *tabligh* lässt sich mit Ausrichten der Botschaft bzw. Verkündigung übersetzen und unterscheidet sich von der an Nicht-Muslime gerichteten *da'wa;* aber da die Verkündigung Nicht-Muslime nicht ausschließen muss und der Ruf auch laxe Muslime einschließen kann, werden die beiden Begriffe oft synonym

gebraucht. Auch dieser Gruppe liegt vor allem an einer innerislamischen Erneuerung unter Abgrenzung von westlichen Einflüssen mit ihren Säkularisierungstendenzen. Den kritisch betrachteten offiziellen Religionsgelehrten *(mufti),* die ihnen politisch zu wenig unabhängig erscheinen (Berger 2010, 23), stehen Laienprediger gegenüber, die mit klar formulierten religiösen Vorschriften auf Missionsreisen gehen und einen einfachen Islam propagieren, der die gesamte Lebensführung durchdringt.

Später wurden Institutionen gegründet mit einem missionarischen Auftrag im Programm wie z. B. die „Muslimische Weltliga" (Muslim World League: Mekka 1960), die „World Islamic Call Society (Tripoli 1972) oder auf Außenministerebene die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit" (OIC: Rabat/Marokko 1969, Sitz: Dschidda). Zu den missionarischen Aktivitäten zählen auch die Verbreitung von Koranausgaben und Koranübersetzungen in verschiedenen Sprachen mit Kommentaren (z. B. Die Bedeutung 1998), Nachrichtenagenturen, islamische religiöse Radio- und Fernsehsender oder die Nutzung des Internets (vgl. Ende 2005).

Argwohn gegenüber christlicher Mission

In muslimisch geprägten Ländern blieb die Erinnerung an die Verknüpfung von Christentum mit Eroberungskriegen und einer ausbeuterischen Fremdherrschaft lebendig (Loth 1979, 219 f.) Auch wenn sich Christen von früheren mit Zwang verbundenen Missionspraktiken verabschiedet haben und mit realer Hilfe für Menschen einsetzen, weil sie alle als Geschöpfe Gottes betrachten, lässt sich die Erfahrung erlittener Ohnmacht und Demütigung nicht so leicht vergessen. Das führt auch zu negativen Pauschalurteilen über das Christentum und dazu, humanitäre Hilfeleistung von christlicher Seite mit Argwohn zu betrachten, zu bekämpfen oder per Gesetz zu verbieten (Wielandt in: Krämer 2007, 67; vgl. dazu die Diskussion in: Schmid 2011). Dies hängt auch damit zusammen, dass mit der Resolution der UNO-Generalversammlung von 1960, die dazu aufforderte, den Kolonialismus mit allen seinen Erscheinungsformen zu beenden, Unterdrückung und Armut noch lange nicht beendet waren. Vielmehr setzten sich diese auf indirektem Wege über das neo-liberale Weltwirtschaftssystem (Globalisierung) zum Teil noch verstärkt bis heute fort.

5. Gemeinsame geistliche Praxis

Kontext

Im Zusammenhang mit interreligiösen Begegnungen wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es möglich und angebracht sei, gemeinsame religiöse Feiern durchzuführen und gemeinsam zu beten. Diese Frage stellt sich vor allem in drei Kontexten:

- Im Raum der Schule anlässlich von Beginn und Abschluss des Schuljahres sowie bestimmter Feste der jeweiligen Religionen;
- im Rahmen von Dialog- oder Projektgruppen, in denen man über längere Zeit miteinander arbeitet;
- im Falle von Katastrophen, die Menschen in Leid und Trauer miteinander verbinden.

Auch die Gestaltung von Taufen, Trauungen und Beerdigungen angesichts z. B. muslimischer Familienmitglieder oder die Zusammenarbeit in der Krankenhausseelsorge sind Anlässe für Anfragen und Überlegungen, in denen oftmals von einer religiösen Ökumene gesprochen wird. Der Begriff Ökumene bezieht sich jedoch auf die grundsätzliche Verbundenheit von christlichen Kirchen und Konfessionen, die in ihren fundamentalen Bekenntnissen übereinstimmen, so dass ein gemeinsames gottesdienstliches Feiern in verschiedenen Formen möglich ist. Wieweit dies für eine gemeinsame Praxis von Gläubigen verschiedener Religionen gelten kann, soll im Folgenden geklärt werden.

Verschiedene Formen

- „Gottesdienst" ist ein christlich bestimmter Begriff, der nur dafür verwendet werden sollte. Im Sinne einer Gastfreundschaft sind Muslime jederzeit eingeladen, daran als Gäste teilzunehmen, jedoch ohne dass dies den Charakter des Gottesdienstes verändert.
- „Multireligiöse Feier" bezeichnet eine Handlung, zu der Menschen verschiedener Religionen auf Grund desselben Anlasses zusammenkommen. Die jeweiligen geistlichen Handlungen wie Koranrezitation, Bibellesungen und Gebete werden neben- und nacheinander vollzogen. Solche Feiern sind nicht in spezifischen religiösen Räumen wie Kirchen oder Moscheen angesiedelt und werden auch nicht von kirchlichen oder muslimischen Gemeinden veranstaltet. Sie finden an einem religiös neutralen Ort statt wie z. B. im Festsaal einer Schule oder einem kommunalen Gemeindesaal. Ein Beispiel dafür ist das Gebet um den Frieden, das 2001 in der Wiener Hofburg als Gedenkstunde von Juden, Christen und Muslimen für die Opfer der Anschläge von 9/11 in New York stattgefunden hat.
- Die „religiöse Feier" und die „interreligiöse Feier" gehen einen Schritt weiter. Dies beginnt bei der religiösen Feier, bei der die Unterscheidung zwischen den Beiträgen der verschiedenen Religionen verschwimmt, wodurch der Eindruck erweckt wird, es handle sich um ein religiöses Ganzes. Das gilt noch mehr für die interreligiöse Feier, die Gestaltung und Ablauf so ineinander verschränkt, dass Texte, vor allem Gebete, gemeinsam formuliert und gemeinsam gesprochen werden.

Grenzmarkierungen

- „Gottesdienst": Der Gottesdienst ist die Feier der christlichen Gemeinde, die sich im Namen des dreieinigen Gottes versammelt. Zwar ist es möglich, dass Angehörige anderer Religionen am christlichen Gottesdienst als Gäste andachtsvoll teilnehmen. Das bedeutet aber nicht, dass sie Gebete oder Texte aus ihrer Religion einbringen oder dazu aufgefordert werden, sich aktiv am gottesdienstlichen Vollzug zu beteiligen, indem sie z. B. mitbeten oder die Predigt halten. Dies gilt auch für die Gestaltung von Taufen, Trauungen und Beerdigungen angesichts muslimischer Familienmitglieder, die als Gäste willkommen sind und eine entsprechende Würdigung erfahren sollen, freilich ohne aktive Mitgestaltung. Seelsorgerliche Fragen sollten vorab in Gesprächen geklärt werden.
- „Multireligiöse Feiern" sind nicht in spezifischen religiösen Räumen wie Kirchen oder Moscheen angesiedelt und werden auch nicht von kirchlichen oder mus-

limischen Gemeinden veranstaltet. Vielmehr erfolgen sie auf Wunsch anderer Institutionen wie Schulen oder politischen Gemeinden. Es ist durchaus legitim, dass eine Institution wie die Schule an Vertreter verschiedener Religionen herantritt, um eine gemeinsame Feier zu ermöglichen. Allerdings sollte dabei darauf geachtet werden, dass die einzelnen Teile des religiösen Vollzugs so voneinander abgesetzt sind, dass die Eigenständigkeit der jeweiligen Religion kenntlich bleibt. Denn bei multireligiösen Feiern ist der Anlass das verbindende Moment, das nicht auf eine Einheit der Religionen hin überschritten werden sollte; die Einheit liegt also im Anlass und nicht in der Religion. Solche Anlässe können sein: Beginn und Ende des Schuljahres, Maturafeiern, gemeinsame Trauerfeiern auf Grund tragischer Ereignisse an der Schule bzw. deren Umfeld oder Friedensgebete. Besondere religiöse Feste wie z. B. Weihnachten eignen sich nicht als Anlass für solche Feiern.

- Auch die „interreligiöse Feier" findet in einem Rahmen statt, der von einer Institution gestellt wird, und damit in einem religionsneutralen öffentlichen Raum. Aber die enge Verschränkung der Beiträge der verschiedenen Religionen lässt den Eindruck einer Einheit entstehen, die der Realität nicht entspricht. Eine solche Praxis kann durchaus eine gewisse Faszination ausüben, verwischt aber die Grenzen zwischen den Religionen. Auch die Berufung auf Abraham als einen gemeinsamen Bezugspunkt verschleiert das jeweilige Profil der Religionen, für die diese Gestalt eine unterschiedliche Bedeutung aufweist (vgl. IV.2 und VII.4).

Außerdem sind in einem solchen Kontext gemeinsam formulierte und gesprochene Gebete nur dann möglich, wenn auf deren trinitarische Form verzichtet wird, was freilich zur Folge hätte, die Grundlage des christlichen Glaubens an die Offenbarung Gottes in Jesus Christus zu verhehlen. Hinzu kommt, dass auch Gebete ohne trinitarische Form, die von muslimischer Seite akzeptiert werden können, doch im Rahmen eines unterschiedlichen ganzheitlichen Glaubenskontextes stehen. Denn nach christlicher Überzeugung ist Jesus Christus mit Gott verbunden, aus dem er als Offenbarer hervorging, so dass auch die Schöpfung nicht ohne christologischen Bezug gedacht werden kann (vgl. VII.3). Umgekehrt können solche Gebete auf muslimischer Seite wohl nicht ohne Bewusstsein der koranischen Offenbarung gesprochen werden. Im Übrigen steht das freie Gebet *(du'a* = Bittgebet) nicht im Zentrum muslimischer Frömmigkeitspraxis, sondern das rituelle Gebet, das fünf Mal am Tag verrichtet wird und zu den „fünf Säulen" zählt.

Manchmal wird als Einwand vorgebracht, das theologische Verständnis von Gott eigne sich nicht als Kriterium dafür, ob ein gemeinsames christlich-muslimisches Gebet möglich sei; ein solches Gebet könne nicht von der Übereinkunft in Bezug auf eine theoretische Gottesvorstellung abhängen. Die Dreieinigkeit Gottes kann jedoch nicht als bloße theologische „Vorstellung" von Gott qualifiziert werden. Auch handelt es sich dabei nicht um ein bestimmtes Gottesbild, das Menschen sich machen, sondern um den Ausdruck der biblisch grundgelegten Selbstoffenbarung Gottes (vgl. Eckstein 2001). Folglich ist es gemäß dem christlichen Glauben nicht möglich, den dreieinigen Gott in Teilaspekte aufzuspalten und im Gebet nur den Schöpfer als einen gemeinsamen Bezugspunkt anzusprechen. Eine interreligiöse Feier lässt sich daher theologisch nicht begründen.

Stellungnahmen zur Praxis interreligiöser Feiern

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in ihrer Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft" aus dem Jahr 2006 zur Vorsicht gemahnt. Ein multireligiöses Gebet sei zwar möglich, dabei aber darauf zu achten, dass es nicht als interreligiöses Gebet wahrgenommen und gedeutet werde, denn: „Ein gemeinsames Gebet in dem Sinne, dass Christen und Muslime ein Gebet gleichen Wortlautes zusammen sprechen, ist nach christlichem Verständnis nicht möglich, da sich das christliche Gebet an den Einen Gott richtet, der sich in Jesus Christus offenbart hat und durch den Heiligen Geist wirkt" (115).

In der Schrift „Christen und Muslime in Deutschland" von 2003 befürwortet die Deutsche (römisch-katholische) Bischofskonferenz die „geistliche Gastfreundschaft", hält aber auch als grundsätzliche Regel fest, dass auf gemeinsame Gebete verzichtet werden solle (Nr. 414). Als beispielhafte Form wird die multireligiöse Feier des Weltgebetstreffens in Assisi von 1986 angeführt, „bei der Gebete verschiedener Glaubensgemeinschaften neben- oder nacheinander vollzogen werden" (Nr. 408).

Das ebenfalls 2003 erschienene Arbeitspapier „Christen und Muslime: Gemeinsam beten?" der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen (römisch-katholischen) Bischofskonferenzen (CCEE) schildert Erfahrungen aus verschiedenen Ländern und stellt fest, dass in dieser Frage keine Einmütigkeit herrsche. Neben Beispielen aus der Praxis, in der sowohl multireligiöse als auch interreligiöse Gebete belegt sind, finden sich auch die Einsprüche der Orthodoxen Kirchen sowie der evangelikalen Bewegung.

Die angeführten Grenzmarkierungen dienen dazu, den Intimraum jeweiliger geistlicher Praxis zu wahren. Wichtig bleibt jedoch, sich in wechselseitigem Verständnis und Respekt zu üben, um in gemeinsamer Verantwortung in Bezug auf Frieden und Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten.

VI. Möglichkeiten der Begegnung

1. Miteinander sprechen

Es ist gut und notwendig, viel voneinander zu wissen. Wenn es aber in die Praxis geht, tauchen auch ganz praktische Fragen auf. Dialog ist Begegnung und kann vielerlei bedeuten. Für den politischen und theologischen Dialog gibt es Experten und Dialogforen. Die Ergebnisse solcher interreligiöser Gespräche sind wichtig, aber das gute Klima zwischen Christen/Christinnen und Muslimen/Musliminnen ist auf die unmittelbare Begegnung angewiesen. Im nachbarschaftlichen Kontakt kommt es darauf an, Sprachbarrieren zu überwinden und das alltägliche Gespräch zu suchen. Hier ist kaum der Ort für theologische Auseinandersetzungen. Nicht alle Christen/Christinnen und Muslime/Musliminnen sind mit ihrer Religion und innerreligiösen Disputen vertraut genug, um sich in komplexe Auslegungsfragen zu wagen.

Nachbarschaftliche Beziehungen leben vom „Dialog des Lebens“ (vgl. Troll 2008), wenn z. B. die Freude über die Geburt eines Kindes geteilt wird. Dazu kann auch gehören, füreinander zu beten oder den Tod von Familienangehörigen mitfühlend zu begleiten. Daraus kann sich der „Dialog des Handelns“ entwickeln, indem man einander Unterstützung anbietet und aushilft oder wenn sich beide Seiten zusammentun, um in der politischen Gemeinde zusammenzuarbeiten und sich in Sozialprojekten zu engagieren. Immer mehr österreichische Muslime/Musliminnen sind inzwischen an Fachhochschulen und Universitäten ausgebildet; mit ihnen lässt sich wie mit anderen Kollegen und Kolleginnen derselben Branche das professionelle berufliche Gespräch suchen. Alles das ist ein Beitrag zur Normalität des Umgangs und hat wichtige Auswirkungen auf die Atmosphäre in der Politik, auf das soziale Klima und nicht zuletzt auch auf die Bereitschaft zum interreligiösen Gespräch.

2. Feste wahrnehmen

Religiöse Feste können gute Anlässe für einen respektvollen Austausch sein, sofern ein gutes Beziehungsklima besteht. Muslime/Musliminnen freuen sich, wenn sie auch von Christen/Christinnen Grußkarten mit Segenswünschen zu Beginn des Fastenmonats Ramadan und zum Opferfest erhalten. Da sich der islamische Festkalender nach dem Mondjahr richtet, verschiebt sich das Datum jährlich jeweils um elf Tage nach hinten, und die Feste können zu jeder Jahreszeit stattfinden. Umgekehrt ist es möglich, dass Christen/Christinnen von muslimischer Seite Segensgrüße zu Weihnachten erhalten.

Der Fastenmonat Ramadan

Im Ramadan steht der Koran im Mittelpunkt, der gelesen und in den Moscheen ausführlich rezitiert wird, denn in diesem Monat erfolgte die erste Offenbarung an Muhammad (Sure 2, 183–187). Gefastet wird von der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang, worauf das Fastenbrechen mit der Abendmahlzeit folgt, *Iftar* genannt. Wer wie etwa aus gesundheitlichen Gründen nicht fasten kann, soll dafür die Bedürftigen speisen. Dieser Monat ist für Muslime/Musliminnen eine Zeit der spirituellen Einkehr, der Versöhnung und der sozialen Fürsorge. Spenden gehen an die Moscheen, die kostenlose Mahlzeiten bereitstellen, oder an internationale Hilfswerke. Das Fastenbrechen am Ende des Ramadan dauert drei Tage; in der Türkei wird es auch „Zuckerfest“ genannt, weil die Kinder Süßigkeiten erhalten und verteilen.

In diesen Wochen spielt auch die Gastfreundschaft eine große Rolle, und an manchen Tagen werden von der IGGiÖ oder von muslimischen Vereinen auch nicht-muslimische Gäste zum *Iftar* eingeladen. Das kann auch umgekehrt geschehen, indem den Muslimen/Musliminnen während des Ramadan nach Vereinbarung eine solche Abendmahlzeit bereitet wird. So haben in den letzten Jahren der österreichische Bundespräsident und der Bundeskanzler solche Essen ausgerichtet. Auch die politischen und die christlichen Gemeinden könnten sich einer solchen Praxis anschließen unter Beachtung der muslimischen Speisevorschriften.

Das Opferfest

Als Hauptfest gilt das viertägige Opferfest, das in die Zeit der Pilgerfahrt fällt und deren Höhepunkt bildet, aber von Muslimen/Musliminnen auch zu Hause begangen wird. Dieses Fest bezieht sich auf die Prüfung Abrahams, seinen Sohn Ismael, nicht Isaak wie in Gen 22, zu „schlachten“. Beide ergeben sich in Gottes Willen, und als Lohn für ihr Gottvertrauen wird Ismael durch ein geschlachtetes Tier ausgelöst (Sure 37, 101–113). Daher werden zum Opferfest Tiere, meist Schafe geschlachtet. Nach dem Freitagsgebet feiern Familien und Freunde, verzehren das Fleisch und geben einen Teil davon an Bedürftige und Nachbarn. Auch Geschenke und Verwandtenbesuche gehören dazu. Die muslimischen Kinder haben in Österreich an diesen Tagen schulfrei. Grußkarten zu diesem Fest sind willkommen, auch wenn es innerhalb der Familien gefeiert wird. Die christliche Karwoche und das Osterfest sind für Muslime/Musliminnen kein Anlass, Grüße zu schicken, denn hier kommt der Unterschied zwischen den beiden Religionen am deutlichsten zum Ausdruck. Es gibt noch weitere kleinere Feste, die jedoch für nachbarschaftliche, aber auch offizielle Begegnungen keine vergleichbare Bedeutung haben.

Kirchen und Moscheen

Einladungen zu muslimischen Festen und Veranstaltungen wahrzunehmen und Zeichen der Beachtung zu geben, ist auch ein wichtiger Beitrag zum „Dialog des Lebens“. Inzwischen hat sich in Österreich vielerorts eingebürgert, Kirchen und Moscheen an Nachbarschaftstagen für Führungen zu öffnen, oder einander bei rituellen Vollzügen Gastfreundschaft zu gewähren. Die Einladung von Muslimen/Musliminnen in einen christlichen Gottesdienst ist möglich und wird auch angenommen, wenn Vertrauen herrscht (vgl. V.5). Unter der Voraussetzung gegenseitigen Vertrauens kann es auch zu einer Einladung zum muslimischen rituellen Freitagsgebet kommen. Von den jeweiligen Gästen kann erwartet werden, dass sie mit respektvoller Haltung teilnehmen, freilich ohne sich zu beteiligen.

3. Kultische Bestimmungen

Was auf den Tisch kommt

Gemäß dem Koran lehnen Muslime/Musliminnen den Verzehr von Schweinefleisch ab und alles, was aus Blut gefertigt wird; das hat der Islam mit dem Judentum gemeinsam. Das Blut gilt nach jüdischer Tradition als Träger des Lebens, weshalb es zur Erde zurückgegeben werden muss. Von daher kommt die religiöse Praxis des Schächtens, also der Schlachtung der Tiere durch Ausbluten. Es ist umstritten, ob diese Methode der Tötung eines Tieres diesem größere Schmerzen zufügt als andere Vorgangsweisen; jedenfalls muss das Tier in Österreich sofort nach dem Schächtschnitt betäubt werden. In der Abwägung von Tierschutzbestimmungen und dem Grundrecht der Religionsfreiheit haben die österreichischen Gerichte kein Verbot des Schächtens ausgesprochen, so dass Juden und Muslime diese Praxis ausüben können, damit das Fleisch *„koscher“* bzw. *„halal“,* also kultisch rein ist.

Wenn Muslime/Musliminnen zum Essen eingeladen werden, darf es kein Schweinefleisch und auch keinen Alkohol geben. Der Koran hat ursprünglich nur verboten,

sich zu betrinken (Suren 4, 43; 16, 67), als das aber nicht ernsthaft befolgt wurde, verschärfte er die Weisung zu einem generellen Verbot (Sure 5, 90). Muslime/Musliminnen werden bei Einladungen auch Lamm- oder Rindfleisch meiden, wenn sie nicht sicher sind, ob es *„halal"* ist. Andere werden die Frage aus Rücksicht auf die Gasteber nicht aufwerfen. Wer aber bei der Bewirtung niemanden in Verlegenheit bringen will, serviert am besten Fisch; Gemüse und Früchte passen immer. Beim Fastenbrechen im Monat Ramadan spielt die Dattel eine besondere Rolle. Eine Dattel und ein Schluck Wasser nach Sonnenuntergang leiten das Abendessen *(Iftar)* ein.

Reinheit und Handgeben

Die Scheu vor Blut betrifft nicht nur das Essen, denn auch Berührungen mit diesem Stoff machen rituell unrein. Nach dem Koran gilt das auch für Frauen während der Menstruation; danach müssen sie sich einem Ritus der Reinigung unterziehen. Reinigung ist generell vor dem rituellen Gebet unerlässlich, auch für Männer, daher gehört der Brunnen zu jeder Moschee. Für Frauen bedeutet das, dass sie während der Monatsregel das rituelle Gebet nicht verrichten und auch vom Fasten befreit sind (z. B. Buchari 300). Auch im Koran heißt es: „Sie fragen dich nach der monatlichen Regel. Sprich: ‚Sie ist ein Leiden.' ‚Darum meidet die Frauen, während sie die Regel haben, und nähert euch ihnen nicht, bis sie rein sind! Wenn sie sich dann gereinigt haben, geht zu ihnen wie Gott es euch geboten hat.' Siehe, Gott liebt die Bußfertigen und er liebt, die sich reinigen" (Sure 2, 222)! Das Stichwort „Leiden" begründet, dass die Frauen in dieser Zeit auch geschützt und geschont werden sollen.

Aus diesen Regeln ergibt sich eine weitere Besonderheit des Umgangs. Von Aischa, der jüngsten Frau Muhammads, wird ein Hadith überliefert, der besagt, dass der Prophet den Treueeid von Frauen verbal beantwortet habe, ohne diesen Akt, wie üblich, mit einem direkten Handschlag zu besiegeln, denn er habe zu keiner Zeit die Hand einer fremden Frau berührt. Daraus folgern manche Rechtsgelehrte, dass die Sitte des Händeschüttelns zwischen Männern und Frauen grundsätzlich unislamisch sei, was vor allem bei den Schiiten gilt. Daher ist es besser, als Frau auf die Initiative von Seiten eines muslimischen Mannes zu warten, es sei denn, das Gegenüber ist dafür bekannt, die Sitte der Handreichung zu üben.

4. Der Religionsdialog

Bei christlich-muslimischen Begegnungen sollte bedacht werden, wer wem begegnet und wer mit wem spricht, um Missverständnisse nicht vorzuprogrammieren. Denn innerhalb jeder Religion gibt es unterschiedliche Gruppierungen, die sich neben kulturellen Prägungen durch die Nähe zu ihrer jeweiligen Glaubenstradition unterscheiden. Für Strenggläubige bildet die Glaubenspraxis die Sinnmitte ihres gesamten Lebens, jedoch finden sich auch solche, für die die Religion keine existenzielle Bedeutung mehr hat. Neben mystisch Orientierten, die nach persönlich-intimer Glaubenserfahrung suchen, stehen „Kulturreligiöse", die ihre Religion als kulturelles Erbe betrachten und nur besondere religiöse Anlässe wie die großen Feste wahrnehmen. Manche Gruppen, wie z. B. innerhalb der Frauenbewegungen, haben eine loyal-kritische Einstellung gegenüber ihrer Glaubenstradition, andere sind insofern fundamentalistisch orientiert, als sie gegenüber der Aufklärungskultur eine abweisende Haltung einnehmen und sich eng an ihre heiligen Schriften halten. Auch das Maß der religiösen Bildung kann unterschiedlich sein. Bedacht werden sollte auch, dass Anhänger von Minderheitenreligionen einem höheren Assimilationsdruck ausgesetzt sind, was eine besondere Sensibilität erfordert.

Bei solchen Gesprächen sollte immer vom je eigenen Selbstverständnis ausgegangen werden, ohne das Gegenüber zu beurteilen (vgl. VII.1). Daher ist Zuhören und Rückfragen entscheidend, ohne die je eigene Sicht in die andere Religion und deren Schriften hineinzutragen. Im Ergebnis geht es nicht darum, sich in Glaubensfragen zu einigen, sondern den Unterschieden, die sich trotz der Gemeinsamkeiten unweigerlich ergeben, mit Respekt zu begegnen. Das nicht zuletzt deshalb, weil jede Religion mit einer Glaubenspraxis verbunden ist, die das Leben spirituell bestimmt.

Gesprächsforen

Seit den 1960-er Jahren haben Dialogforen sowohl im wissenschaftlichen Bereich als auch auf der offiziellen Ebene der Religionsgemeinschaften mit Konferenzen und Publikationen in einem hohen Maße zugenommen. Dabei arbeiten nicht nur christliche Theologen/Theologinnen und muslimische Religionsgelehrte zusammen, sondern auch Islamwissenschaftler/innen und Juristen/Juristinnen. Die Ergebnisse können auch in die lokalen Gemeinden eingebracht werden durch Bildungsveranstaltungen, an denen Vertreter/innen beider Religionen verschiedene Themenbereiche behandeln und zur öffentlichen Diskussion stellen. Bei Religionsdialogen in Gemeinden oder Schulen empfiehlt sich, Experten/Expertinnen auch als Mediatoren/Mediatorinnen einzusetzen.

Internationale Zentren

Für Initiativen zum Dialog spielen im deutschen Sprachraum die evangelischen und katholischen Akademien eine tragende Rolle. Ein Zentrum bildet die Katholische Akademie Rottenburg-Stuttgart mit ihrem „Theologischen Forum Christentum — Islam", in dessen Rahmen seit 2005 jährliche Konferenzen unter Beteiligung hochrangiger muslimischer Referenten stattfinden, darunter auch Frauen.

In Österreich wurde bereits ab 1977 die Philosophisch-Theologische Hochschule in St. Gabriel bei Mödling zu einem Zentrum des Dialogprozesses, der auf der Basis der Erklärungen des 2. Vatikanischen Konzils steht. Aus den vielen international besetzten Konferenzen entstand auf Grund einer muslimischen Initiative der „Vienna International Christian-Islamic Round Table" (VICIRoTa), der auf seinen Tagungen von 2000 bis 2008 neben theologischen Themen auch soziale und rechtliche aus globaler Perspektive behandelte.

Aktivitäten in Österreich

Zur „Kontaktstelle für Weltreligionen" der „Österreichischen Katholischen Bischofkonferenz" gehören seit 1991 der „Abrahamitische Freundeskreis" und seit 1989 die Österreichsektion der Weltkonferenz „Religionen für den Frieden". 2006 wurde das „Forum Abrahamitischer

Religionen“ des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) gegründet mit Vertretern der „Israelitischen Kultusgemeinde“ und der IGGiÖ. Seit einiger Zeit beschäftigt sich auch die Stiftung „Pro Oriente“ mit dem christlich-islamischen Dialog. Aus dem „Karikaturenstreit“ ging 2006 die „Plattform Christen und Muslime“ hervor, gemeinsam von Mitgliedern der „Katholischen Aktion Österreich“ und der IGGiÖ gegründet, um Verständnis und Zusammenleben zu fördern. Prominente Christen/Christinnen aller Konfessionen und führende österreichische Muslime/Musliminnen zählen zu den Erstunterzeichnern.

Die Fakultät für Rechtswissenschaften an der Universität Wien hat ein eigenes Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht, das u. a. im Bereich des vergleichenden Religionsrechts unter Einbezug des islamischen Rechts arbeitet. In der Islamwissenschaft am Institut für Orientalistik, ebenfalls an der Universität Wien, wird zunehmend zu Themen über Muslime/Musliminnen in Österreich geforscht. An der Evangelisch-Theologischen Fakultät ist ein vom Rektorat gefördertes Internationales Forschungsprojekt „Theologie als Ressource des christlich-muslimischen Gesprächs“ angesiedelt. In der Aus- und Fortbildung für christliche und muslimische Religionslehrer/innen arbeiten die beiden Wiener theologischen Fakultäten mit muslimischen Bildungseinrichtungen zusammen.

Auf muslimischer Seite ist die dritte „Europäische Konferenz der Imame und Seelsorger/innen“ besonders bemerkenswert, die 2010 in Wien stattfand. Sie befasste sich mit dem Thema Dialog und bezog den innermuslimischen Dialog ein. Das Abschlussdokument betont, „dass ein fruchtbarer innermuslimischer Dialog gleichzeitig hilft, den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu beleben“ mit dem Ziel, „Vertrauen zueinander aufzubauen und über das Erkennen von gemeinsamen Anliegen und Zielen auch gemeinsames Handeln und sich Einsetzen für das Allgemeinwohl zu ermöglichen“. Daher regte die Konferenz an, Begriffe wie *kufr* (Unglaube, Undankbarkeit), *murtadd* (Abfall vom Glauben), *zindiq* (Häresie, Atheismus) oder „Leute des Buches“ neu zu reflektieren und nicht unbedacht zu verwenden.

VII. Christliche Theologie im christlich-muslimischen Gespräch

1. Voraussetzungen

Begegnungen mit dem Islam über das Gespräch mit Muslimen/Musliminnen oder auch über Literatur bedeuten in zweierlei Hinsicht eine Herausforderung: Zum einen geht es darum, eine Religion kennen zu lernen, die auf Grund geschichtlicher wie gegenwärtiger politischer Spannungen durch viele Verzerrungen und negative Vorausurteile belastet ist. Dem fallen dann die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Religionen zum Opfer, aber auch die wirklichen Unterschiede, wie sie zwischen zwei eigenständigen Religionen bestehen.

„Hermeneutischer Zirkel“

Um sich etwas Anderem und Fremdem anzunähern, bedarf es des guten Willens und der Bereitschaft, sich etwas sagen zu lassen, auch wenn dies das bisherige Vorverständnis in Frage stellt. Als Gewinn können neue Einsichten verbucht werden, die sich dann bei einer weiteren Begegnung möglicherweise wieder als unzutreffend oder unscharf herausstellen, um dann abermals neuen Einsichten Platz zu machen. In diesem hermeneutischen Zirkel bewegen sich alle Verstehensprozesse; das gilt für Christen/Christinnen, die ihre Bibel verstehen wollen, und wird teils auch von muslimischen Theoretiker/innen so gesehen (vgl. V.2.e). Besser wäre es, statt von einem Zirkel von einer Spirale zu sprechen, da bei jedem Durchgang das Verständnis fortschreiten kann.

Rückfragen an die eigene Adresse

Die Annäherung an etwas Fremdes bedeutet nicht, die eigene Glaubensgewissheit preiszugeben, was bei einer Gewissheit auch gar nicht möglich ist, da sie nicht von Abgrenzungen oder der Abwertung anderer lebt. Aber eine solche Annäherung stellt Rückfragen an einen selbst, ob das Vertraute über Bekenntnisformeln und eine Insidersprache hinaus so zur Verfügung steht, dass es anderen verständlich gemacht werden kann. Daher geht es zugleich darum, das eigene Glaubensprofil zu schärfen, um gegenüber Muslimen/Musliminnen auf eine ihnen nachvollziehbare Weise auskunftsfähig zu sein.

Ziele und Grenzen

Etwas zu sagen heißt nicht, dass das Gesagte gehört wird, etwas zu hören heißt nicht, dass das Gehörte verstanden wird, und etwas verstehen heißt nicht, mit dem Verstandenen einverstanden zu sein (Geißner 1968). Im interreligiösen Gespräch geht es für beide Seiten um Hören und Verstehen mit dem Ziel, einander besser kennen zu lernen, aber auch bewusst zu machen, wo die Grenzen der Zustimmung und des Einverständnisses liegen. Denn bei solchen Begegnungen sprechen nicht Religionen miteinander, sondern Menschen, die ihrer jeweiligen Glaubenspraxis existenziell verbunden sind. Wie wichtig der feste Stand im je eigenen Glauben ist, formuliert auch der muslimische Religionsgelehrte Abdoldjavad Falaturi: „Ein lebendiger, weiterführender Dialog kann ausschließlich dort stattfinden, wo jeder der Gesprächspartner aus Überzeugung und Verantwortung seine Religion vertritt“ (Falaturi 2002b, 74). Daraus folgt nun freilich nicht, sich lediglich freundlich anzuhören, was die Gesprächspartner/innen sagen, um dann achselzuckend wieder nach Hause zu gehen. Es kann durchaus mit Argumenten debattiert werden, aber mit Respekt und ohne gegeneinander zu polemisieren.

Was die christliche Seite über den Islam lernt, ist immer noch von Missverständnissen geprägt wie das, was die muslimische Seite über das Christentum lernt. Daher wird nun im Folgenden versucht, anhand zentraler Themen Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen; dabei bilden der evangelische Zugang und der sunnitische Islam die Grundlage.

2. Die Bibel

Die christliche Bibel umfasst das Alte und Neue Testament und damit viele verschiedene Schriften, die auf mündliche Überlieferungen zurückgehen. Diese wurden innerhalb eines Zeitraumes von etwa 1000 Jahren verschriftlicht, gesammelt und redaktionell überarbeitet. Die

Verfasser erzählen die Geschichte Gottes mit dem Volk Israel und der frühen christlichen Gemeinden auf der Grundlage von Offenbarungen Gottes, zuerst an die Propheten, dann in Jesus Christus:

„Nachdem Gott vor Zeiten vielfach und auf vielerlei Weise zu den Vätern geredet hatte durch die Propheten, hat er am Ende dieser Tage zu uns geredet durch den Sohn, den er eingesetzt hat zum Erben aller Dinge und durch den er die Welten geschaffen hat“ (Hebr 1, 1 f.).

Zeugnis des Glaubens

Damit ist die Bibel das Zeugnis des Glaubens, das unter Menschen weitergegeben wird, wie es z. B. Lukas für den „verehrten Theophilus“ getan hat, indem er beschloss,

„[…] nachdem ich allem von Anfang an sorgfältig nachgegangen war, es der Reihe nach für dich aufzuschreiben, […] damit du die Zuverlässigkeit der Lehren erkennst, in denen du unterrichtet wurdest“ (Lk 1, 3).

Die verschiedenen Zeugen mit ihren je eigenen Glaubenserfahrungen haben sich darum bemüht, die christliche Botschaft den Menschen unter unterschiedlichen Zeitumständen verständlich zu machen. Dabei blieb das Zeugnis jedoch immer auf die Mitte der Offenbarung in Jesus Christus bezogen. Damit gilt die Bibel trotz unterschiedlicher Ausdrucksformen als das durch den Heiligen Geist gewirkte Zeugnis des Glaubens, das unter Menschen weitergegeben wird, somit als das verlässlich bezeugte Glaubensbuch. Daher lässt sich die Bibel nicht mit dem Koran vergleichen, wie es häufig von christlicher Seite geschieht, aber auch von muslimischer, die die unterschiedliche Gestalt der Zeugnisse z. B. in den Evangelien als Widersprüche ansieht und daraus schließt, dass die Bibel nicht das Wort Gottes sein könne. Diese Sicht geht vom Verständnis des Korans als dem authentischen Wort Gottes aus, das, vermittelt durch den Engel Gabriel, dem Propheten Muhammad eingegeben wurde.

Die Sunna

Für den Islam ist freilich noch eine weitere Quelle von höchster Bedeutung: die Sunna des Propheten. Diese Berichte, die aus Aussprüchen und Handlungsweisen von und über Muhammad bestehen und über die praktische Umsetzung der Worte des Korans Auskunft geben (vgl. V.1.c) wurden von Muhammads Gefährten schriftlich festgehalten und zu Sammlungen verbunden. Viel später, etwa 200 Jahre nach dem Tod Muhammads, kam es zur Bildung eines Kanons, der aus sechs solcher Sammlungen besteht und Sunna genannt wird. Die große Zahl und die oft willkürliche Verwendung der Hadithe für unterschiedliche Zwecke machten es notwendig, authentische und fehlerhafte Hadithe zu unterscheiden. Als Kriterien galten u. a. die Nähe zum Koran und die Glaubwürdigkeit der Tradenten. Inzwischen ist im interreligiösen Gespräch Konsens, dass der Bibel die Sunna entspricht, zwar keineswegs inhaltlich, aber in der Weise, wie diese Quellen zustande kamen.

3. Jesus Christus

Dem Koran entspricht hinsichtlich der zentralen Bedeutung auf christlicher Seite Jesus Christus, da sich Gott in dessen Worten und Handlungen sowie in Tod und Auferstehung offenbart hat. Wort Gottes ist nicht nur das, was Jesus gesagt hat wie aus koranischer Sicht, sondern die ganze Gestalt des Christus einschließlich seines Lebens, das nicht im Tod geblieben ist. In beiden Religionen liegt die Initiative zur Offenbarung ausschließlich bei Gott, die vom Menschen ohne eigenes Zutun empfangen wird, aber das unterschiedliche „Medium“ der Offenbarung signalisiert, dass es sich um zwei verschiedene Religionen handelt. Hinzu kommt, dass Gott nach dem Koran den Menschen mitteilt, was sie tun sollen, während Gott sich gemäß der Bibel in Jesus Christus selbst offenbart, somit sein liebendes und gerechtes Wesen zu erkennen gibt. In Christus ruft Gott die Menschen nicht nur zur Umkehr, sondern er vergegenwärtigt sich auch in einem Menschen, um seinen Geschöpfen in allen Lebenslagen nahe zu sein. Damit geht Gott jedoch nicht im geschöpflichen Dasein auf, sondern bleibt bei sich selbst, ewig und unsichtbar.

Sohn des einen Gottes

Diese Nähe wird in der Bibel nicht nur, aber wesentlich mit der Wendung „Sohn Gottes“ zum Ausdruck gebracht, die jedoch nicht in einem biologischen Sinne gemeint ist. Denn die menschliche Sprache, die nie selbst Wort Gottes sein kann, vermag Göttliches nur in analoger Weise auszusagen; daher spricht auch Jesus nicht zufällig in Gleichnissen. In Analogie dazu, dass ein Kind nicht nur sozial mit seinem Vater (oder seiner Mutter) verbunden ist, sondern auch etwas vom Wesen der Eltern in sich trägt, lässt sich „Sohn Gottes“ als Hinweis auf eine besondere Art von Verbindung verstehen, die freilich alles Menschliche übersteigt.

Dasselbe gilt auch für die altkirchlichen Bekenntnisse, in denen es heißt, Christus sei aus Gott „hervorgegangen“, ins Deutsche mit „von Gott gezeugt“ übersetzt. Solche sprachlichen Unterscheidungen in das christlich-muslimische Gespräch einzubringen, kann helfen, das Missverständnis von muslimischer Seite zu bereinigen, Christen/Christinnen würden Gott als einen zeugenden Mann ansehen (vgl. Bauschke 2000, 149 f;). Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Religionen ist damit allerdings nicht aufgehoben, denn dem Islam bleibt eine Offenbarung Gottes in einem Menschen fremd. Hingegen gilt die Aussage von Sure 112, das Bekenntnis zu dem einen Gott, auch für den christlichen Glauben:

„Denn aus ihm [Gott] und durch ihn und auf ihn hin ist alles. Ihm sei Ehre in Ewigkeit. Amen“ (Röm 11, 36).

Nicht nur ein besonderer Mensch

Muslime/Musliminnen, die sich mit der Bibel befassen, betonen, auch das Neue Testament würde von Jesus als einer geschichtlichen Person erzählen, Aussprüche von ihm überliefern und von seinen Wundertaten berichten, die sich teils auch im Koran finden. Christologische Aussagen hingegen werden als nachträgliche Verzerrung, wenn nicht Verfälschung gesehen, die schon auf das Konto des Paulus und dann der späteren christlichen Lehrentwicklung gehen würden. Diese Sicht kann dadurch Unterstützung erfahren, dass in manchen christlichen Kreisen, auch innerhalb der Großkirchen, Jesus nur als ein Mensch, wenn auch ein besonders vollkommener betrachtet wird. Dabei handelt es sich, so manche Muslime/Musliminnen, um „anonyme Muslime“. Christen/Christinnen hingegen glauben und bekennen auf Grund des biblischen Zeugnisses,

dass Jesus Christus als Sohn Gottes mehr ist als ein Mensch und Prophet.

Repräsentant des Gottesreiches

Nach dem Alten Testament wurde als Anzeichen des Anbruchs der Gottesherrschaft die Wiederkunft des Propheten Elia verheißen (Mal 3, 22–24), der nach dem Neuen Testament in der Gestalt von Johannes dem Täufer gekommen ist (Mk 9,13; Lk 1, 16–17) und der seinerseits das Kommen Jesu ankündigt. Daraus ergibt sich eine Parallele: Wenn nach Elia die Gottesherrschaft kommt und der Täufer mit Elia identisch ist, dann kommt nach dem Täufer das Gottesreich in der Gestalt Jesu Christi (Kreplin 2001).

Als dem Repräsentanten des Gottesreiches heißt es von Jesus, er sei mehr als Salomo, mehr als Jona (Lk 11, 31 f.), denn im Gottesreich werden Blinde sehen, Lahme gehen, Taube hören, Aussätzige rein und Tote auferweckt werden (Lk 7, 22 f.). Solche Wunder sind keine Legitimation eines Propheten, denn Jesus verkündet das Gottesreich nicht nur, sondern dieses wird auch in ihm selbst wirklich: „Wenn ich jedoch durch den Finger Gottes die Dämonen austreibe, dann ist das Reich Gottes zu euch gelangt“ (Lk 11, 20).

Biblische Christushymnen

Diese besondere Bedeutung Jesu Christi als Offenbarer wird häufig auch durch eine besondere Textgattung zum Ausdruck gebracht, nämlich durch die hymnische Form des Lobpreises. So zitiert Paulus einen überlieferten Christushymnus:

„Er [Jesus Christus], der doch von göttlichem Wesen war, hielt nicht wie an einer Beute daran fest, Gott gleich zu sein, sondern gab es preis und nahm auf sich das Dasein eines Sklaven, wurde den Menschen ähnlich, in seiner Erscheinung wie ein Mensch“ (Phil 2, 6 f.).

Christus ist heilig, unschuldig und unbefleckt, „geschieden von den Sündern und höher als der Himmel“ (Hebr 7, 26; 4, 15); er war schon vor der Schöpfung bei Gott und an der Schöpfung beteiligt, denn er ist

„[…] der Erstgeborene vor aller Schöpfung. Denn in ihm wurde alles geschaffen im Himmel und auf Erden, das Sichtbare und das Unsichtbare, ob Throne oder Herrschaften, ob Mächte oder Gewalten; alles ist durch ihn und auf ihn hin geschaffen. Und er ist vor allem, und alles hat in ihm seinen Bestand. […] Denn es gefiel Gott, seine ganze Fülle in ihm wohnen zu lassen und durch ihn das All zu versöhnen auf ihn hin, indem er Frieden schuf durch ihn […]“ (Kol 1, 15–17.19; vgl. Joh 1, 1 f.).

Wie Christus vor der Schöpfung bei Gott und am Schöpfungswerk beteiligt war, so wird er am Ende bei Gott und am Gericht Gottes beteiligt sein. Gott, dem alles unterworfen ist, lässt Christus an seiner Macht teilhaben, indem er ihn einsetzt zu seiner Rechten:

[…] hoch über jedes Regiment, jede Macht, Gewalt und Herrschaft und über jeden Namen, der nicht allein in dieser, sondern auch in der kommenden Weltzeit genannt wird“ (Eph 1, 21 f.).

Deshalb kann nicht gesagt werden, dass es sich bei Christus um einen nachträglich vergöttlichten Menschen handelt, wie von muslimischer Seite häufig angenommen wird.

Ewigkeit und Endlichkeit

Im Neuen Testament findet sich beides, Aussagen über Jesus als Menschen und Aussagen über Christus als Repräsentanten des Gottesreiches und Teilhaber an der Macht Gottes, wodurch er von Gott unterschieden, weder mit Gott identisch noch ein anderer Gott neben Gott ist. Diese beiden „Seiten einer Medaille“ können nicht mit einem Wort zugleich ausgesprochen, aber auf Grund dieses menschlichen Unvermögens auch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nun bedeutet Offenbarung immer, dass Gott, der Unerschaffene, mit dem Geschaffenen in Kontakt tritt, so dass Menschen das Offenbarte begreifen können. Dabei kommen aber zwei einander ausschließende Dimensionen zusammen, denn Gott kann nicht im Geschaffenen aufgehen, und nichts Geschaffenes kann göttliche Qualität erhalten. Das gilt auch für den Koran und hat unter den muslimischen Theologen bereits im 8. Jahrhundert zur viel diskutierten Frage geführt, ob der Koran ewig oder erschaffen sei. Da Gott nichts Göttliches an die Seite gestellt werden darf, musste der Koran für die eine Schule geschaffen sein; da es sich im Koran aber um das Wort Gottes handelt, befand die andere Schule, dass er ewig sein müsse, was sich dann als Lehrmeinung im sunnitischen Islam durchsetzte (vgl. V.1.c). In diesem Disput geht es um die Beziehung zwischen Ewigkeit und Endlichkeit, und das hat eine Entsprechung in den vielen Diskussionen rund um die altkirchlichen Konzilien zur Frage, ob Jesus Christus ewig (Gott) oder geschaffen (Mensch) sei.

Wort Gottes

In der islamischen Tradition gibt es noch eine dritte Position, die das ewige Wort Gottes vom gesprochenen Wort unterscheidet, wie es an den Propheten Muhammad ergangen ist. Daraus ergibt sich die Formel: Das ewige Gotteswort begegnet im gesprochenen Wort des Korans (vgl. Takim 2007, 144 f., Özsoy 2006, 83 ff.). Dies lässt sich zum christlichen Verständnis von Offenbarung in Beziehung setzen, wenngleich mit einem deutlichen inhaltlichen Unterschied: Das ewige Gotteswort begegnet in der Gestalt Jesu Christi.

Dass Gott sich nicht nur im Wort, sondern auch im Leben, in Geburt, Tod und Auferstehung eines Menschen einmalig vergegenwärtigt und dadurch alle Dimensionen des menschlichen Daseins einbezieht, wird von christlicher Seite als eine Radikalisierung von Offenbarung verstanden. Daher erfolgt nach dem Neuen Testament die Empfängnis Jesu durch den Geist Gottes (Mt 1, 20; Lk 1, 35) und dadurch mit der Offenbarung verbunden, während der Koran die Vaterlosigkeit Jesu auf das Schöpfungshandeln Gottes zurückführt. Folglich kennt der Koran auch keine gesonderte Auferstehung Jesu, der vielmehr als Mensch wie alle anderen am Ende der Tage auferstehen wird.

4. Der dreieinige Gott

Die Offenbarung Gottes in einem bestimmten Menschen hat die Frage zur Folge, wie es nach dessen geschichtlichem Ende weitergeht. Da Gott seine Geschöpfe nicht aus seinem Beziehungswillen entlassen will, schickt er nach biblischem Zeugnis seinen Heiligen Geist. Daher kann Paulus, der Jesus persönlich nicht kannte, sagen: „Uns aber hat es Gott offenbart durch den Geist; der Geist nämlich ergründet alles, auch die Tiefen Gottes“ (1. Kor 2, 10), weil er von Gott ist.

Gottes dauerndes Wirken

So hat es Gott gefallen, durch seinen schöpferischen Geist weiterhin in der geschaffenen Welt zu wirken. Indem die Menschen den Heiligen Geist empfangen, werden die Geschöpfe zu Kindern Gottes und Erben (Röm 8, 16; Eph 1, 14) eines großen Vermögens, das bei Gott bereitliegt und im geistlichen Sinne in der Auferstehung mit Christus und im ewigen Leben besteht:

„Wenn aber der Geist dessen in euch wohnt, der Jesus von den Toten auferweckt hat, dann wird er [Gott], der Christus von den Toten auferweckt hat, auch euren sterblichen Leib lebendig machen durch seinen Geist, der in euch wohnt“ (Röm 8, 11).

Aus diesem Vermögen erhalten die Glaubenden bereits zu Lebzeiten einen Anteil, damit sie auf dem Weg Gottes gestärkt werden (2. Kor 1, 22).

Der eine dreieinige Gott

Das Bekenntnis zu dem einen und einzigen Gott durchzieht die gesamte Bibel, auch das Neue Testament:

„Wir wissen ja, dass es in der Welt keine fremden Götter gibt und dass kein anderer Gott ist außer dem einen. Auch wenn da vieles ist, was Gott genannt wird, sei es im Himmel, sei es auf der Erde, […] so gibt es für uns doch nur einen Gott, den Vater, von dem her alles ist und wir auf ihn hin […]“ (1. Kor 8, 4 f.).

Und wenn es weiter heißt, „[…] und einen Herrn, Jesus Christus, durch den alles ist und wir durch ihn“, dann handelt es sich um eine Anspielung darauf, dass Christus bereits vor der Schöpfung bei Gott war.

Die paulinischen Briefe sind insofern besonders aufschlussreich, als sie sehr frühe Überlieferungsstücke enthalten, die im gottesdienstlichen Leben zu Hause sind und damit im lebendigen Glaubensvollzug und nicht in der theologischen Spekulation. Zu diesem Glaubensvollzug gehört auch das Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott:

„Die uns zugeteilten Gaben sind verschieden, der Geist jedoch ist derselbe. Die Dienste sind verschieden, der Herr aber ist derselbe. Das Wirken der Kräfte ist verschieden, Gott jedoch ist derselbe, der alles in allem wirkt“ (1. Kor 12, 4–6).

Die Einzigkeit des einen dreieinigen Gottes bestimmt auch den abschließenden Gruß an die Gemeinde:

„Die Gnade des Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des heiligen Geistes sei mit euch allen“ (2. Kor 13, 13)!

Über solche ausdrücklichen trinitarischen Formulierungen hinaus finden sich im Neuen Testament viele Stellen, die auf die Dreieinigkeit Gottes anspielen (z. B. Joh 15, 26; Röm 15, 30; 2. Kor 1, 21 f; Judas 20, 20 f.). In der Form eines zusammenfassenden Bekenntnisses heißt es im Titusbrief:

„Als aber die Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes, unseres Retters [Vater], erschien, nicht auf Grund von gerechten Taten, die wir getan hätten, sondern weil er Erbarmen hatte mit uns, da rettete er uns durch das Bad der Wiedergeburt und durch die Erneuerung im heiligen Geist [Geist], den er in reichem Maße über uns ausgegossen hat, durch Jesus Christus, unseren Retter [Sohn], damit wir, durch seine Gnade gerecht gemacht, das ewige Leben erben, auf das wir unsere Hoffnung gesetzt haben“ (Titus 3, 4–8).

Das schöpferische Handeln Gottes in drei Dimensionen

Mit dem trinitarischen Glaubensbekenntnis wird zum Ausdruck gebracht, dass der eine Gott zu den Menschen in drei Dimensionen handelnd in Beziehung tritt: als Schöpfer der Welt, als Retter und Versöhner durch Christus und als derjenige, der durch seinen Geist die Herzen der Menschen zum Glauben erweckt, unter ihnen Gemeinschaft stiftet und sie auf den Weg der Heiligung führt.

Da Gott alles in allem ist, umfasst er in seinem schöpferischen Handeln die gesamte Schöpfung und damit auch die drei wesentlichen Dimensionen des Daseins:

— Welt und Natur, die er hervorbringt;
— die in Sünde verstrickte Menschheit, die er in Christus begleitet, um sie mit sich zu versöhnen und damit die Schöpfung zu vollenden im himmlischen Jerusalem, wo er unter den Menschen wohnen und es keine Tränen, kein Leid, keinen Tod mehr geben wird (Offb 21, 3–4);
— das Herz der Menschen, das er durch die Gabe des Geistes verwandelt, damit sie ihn und seine Werke erkennen können und sich an alles erinnern (Joh 14, 26).

Diese drei Dimensionen sind bei Paulus zusammengefasst und verdichtet:

„Denn der Gott, der gesagt hat: Aus der Finsternis soll Licht aufstrahlen [Schöpfung], er ist es, der es hat aufstrahlen lassen in unseren Herzen [Heiliger Geist], so dass die Erkenntnis aufleuchtet, die Erkenntnis der Herrlichkeit Gottes auf dem Angesicht Jesu Christi [Offenbarung]“ (2. Kor 4, 6).

Der initiative und unabhängige Gott

Nach biblischem Zeugnis ist es immer Gott, der handelt, denn Welt und Menschheit sind nicht aus sich heraus entstanden, und es sind nicht die Liebe und Hingabe der Menschen zu und an Gott, die Versöhnung schaffen, vielmehr ist es Gott allein, der das tut: „Darin besteht die Liebe: Nicht dass wir Gott geliebt hätten, sondern dass er uns geliebt und seinen Sohn gesandt hat […]“ (1. Joh 4, 10). Deshalb lautet die Aufforderung an die Menschen nicht: Versöhnt euch mit Gott, sondern als Bitte Christi: „Lasst euch versöhnen mit Gott“ (2. Kor 5, 20). Und auch der Glaube kann nicht durch Aufforderung und Ermahnung herbeigeführt werden, sondern bedarf der inneren Gewissheit im Herzen, die von Gott gestiftet wird.

Da Gott von nichts Geschaffenem abhängig ist, macht ihn nicht erst die Beziehung zu den Menschen zu einem liebenden Versöhner und Vollender, vielmehr gehört dies zu seinem Wesen, das in sich selbst von Beziehung bestimmt ist und sich durch ein inneres Beziehungsgeschehen auszeichnet. Da Beziehung einen personalen Vorgang darstellt, spricht die christliche Lehre in analoger Weise von drei „Personen“ in Gott.

Freilich darf man unter Person nicht wie in der heute gängigen Vorstellung ein „Individuum“ verstehen, womit ein einzelnes, anderen niemals gleichendes geschichtliches Lebewesen gemeint ist. Wird eine solche Vorstellung auf Gott übertragen, dann muss es in der Folge zur Vorstellung von drei voneinander unterschiedenen Göttern kommen, die wie in der Mythologie Familien bilden. Darin besteht der Vorwurf des Korans. Das Christentum hat sich jedoch wie schon das Judentum aller mythologischen Götterwelten entledigt.

Im Dialog auskunftsfähig und achtsam

Christlich-muslimische Gespräche fordern dazu heraus, auf mögliche Missverständnisse Bedacht zu nehmen, die besonders in Bezug auf die Rede vom dreieinigen Gott

bestehen. Wichtig ist, das biblisch bezeugte christliche Bekenntnis zu dem einen Gott klar hervortreten zu lassen. Dazu gehört nicht nur, auskunftsfähig darüber zu sein, was damit gemeint ist, sondern auch Achtsamkeit in der Verwendung überlieferter Formulierungen.

In solchen Gesprächen kann es nicht darum gehen, kontroverse Schlagworte auszutauschen, vielmehr sollte versucht werden, sich den anderen verständlich zu machen. Dazu gehört auch eine aufmerksame Gestaltung des Gottesdienstes und der Gebete, die an Gott, den dreieinigen, gerichtet sind „durch" Jesus Christus und den heiligen Geist.

Offenbarung nach dem Koran

Das islamische Offenbarungsverständnis unterscheidet sich wesentlich vom christlichen darin, dass sich Gott gemäß dem Koran in erster Linie in der Schöpfung offenbart, und der Mensch Gott aus den Zeichen der Schöpfung erkennen kann; denn er wurde bereits mit einer Ausrichtung auf Gott hin geschaffen *(fitra)* (Sure 7, 172). Daher sieht sich der Islam als die Religion für alle Menschen, da der rechte Glaube eine „göttliche Begabung" darstellt, „mit welcher er die Menschen schuf" (Sure 30, 30). Aus muslimischer Sicht folgt der Eingottglaube also nicht im geschichtlichen Sinn der Vielgötterei, sondern wird diese als ein Abfall von der „Uroffenbarung" verstanden.

Somit gilt die Schöpfung, die im Koran an mehreren Stellen geschildert wird (z. B. Sure 16, 3–17), mit ihrer Ordnung als ein Zeichen „für Leute, die nachdenken", um daraus die Rechtleitung Gottes zu erkennen (vgl. Loth 1979). Da die Menschen unaufmerksam und vergesslich sind, dienen die besondere Offenbarung im Koran wie auch die vorausgehenden Offenbarungen der Erinnerung an das zentrale Offenbarungsgeschehen in der Schöpfung. Als Beleg für diese „Uroffenbarung" führt der Koran Abraham an, der seinen Glauben an den einen Gott keiner überlieferten Offenbarung verdankt, sondern der Beobachtung natürlicher Vorgänge:

> „Als die Nacht über ihn hereinbrach, sah er einen Stern und sprach: ‚Das ist mein Herr!' Als er aber unterging, da sprach er: ‚Ich liebe nicht die Untergehenden!'" Das wiederholt sich mit Mond und Sonne, so dass er sich schließlich dem zuwendet, „der die Himmel und die Erde erschaffen hat" (Sure 6, 76–79).

Von daher passt es auch nicht, sich von christlicher Seite auf Abraham als den „Stammvater" aller drei monotheistischen Religionen zu berufen, da aus muslimischer Sicht der Weg Gottes mit den Menschen nicht mit der Erwählung Abrahams begonnen hat, sondern schon mit der Schöpfung der Menschen, die die Ausrichtung auf Gott in sich tragen (vgl. Nagel 2003, 135).

Zwar spricht auch die Bibel davon, dass Gott als Schöpfer aus den Werken seiner Schöpfung erkannt werden kann, damit die Gottlosen keine Ausrede haben (Röm 1, 20 f; Weisheit 13, 1–9). Aber erst die Offenbarung in Jesus Christus macht es möglich, Gott in seinem liebenden und versöhnenden Wesen zu erfassen, das sich durch den Heiligen Geist erschließt, mit dem er die Menschen erleuchtet.

5. Sünde und Erlösung

Auch nach christlicher Überzeugung wurde der Mensch dazu geschaffen, in der Beziehung zu seinem Schöpfer zu leben. Aber wie in Genesis 3 in Form einer Ursprungserzählung geschildert, fügen sich die Menschen nicht in ihre begrenzte Geschöpflichkeit, sondern setzen sich absolut und machen sich zum Herrn über alles, über Gott und Mensch; das wird mit der Wendung „sein wie Gott" zum Ausdruck gebracht. In der Folge schaden sie sich selbst, denn damit zerbricht auch die Beziehung zwischen ihnen. Sie streiten, beschuldigen sich gegenseitig, verfolgen ihre eigenen Interessen und stehen einander und der gesamten Schöpfung beziehungslos gegenüber; damit richten die Menschen eine Menge Schaden und Katastrophen an. Da sie sich damit von Gott als der Quelle des Lebens abschneiden, folgt aus dem Sündenfall auch der Tod.

Sünde als Zustand

Diese tiefe Zerrüttung der menschlichen Gottesbeziehung schafft einen Zustand, eine Verfassung: Die Menschheit befindet sich in keiner guten Verfassung, und die Erfahrung bestätigt das. Die christliche Tradition nennt das „Ursünde", in der deutschen Übersetzung missverständlich „Erbsünde" genannt. Aber dabei handelt es sich nicht um eine Vererbung von Begabungen oder Krankheiten, wie sie da und dort in Familiengeschichten weitergegeben werden, sondern um einen Zustand, dem die gesamte Menschheit unterworfen ist.

Dieser Zustand gehört nicht zur Natur des Menschen, denn das würde der guten Schöpfung Gottes widersprechen. Daher bleibt der Mensch für seine Sünden, also seine konkreten Verfehlungen auch verantwortlich, für die ihn der gerechte Gott zur Verantwortung zieht. Dies beeinträchtigt jedoch nicht den Beziehungswillen Gottes, weshalb er die Menschen zur Umkehr ruft, um sie zu ihrer geschöpflichen Bestimmung zurückzuführen. Dies geschieht durch ethische Weisungen und Gebote, die die ganze Bibel durchziehen und sich auch aus christlicher Perspektive mit dem Begriff „Rechtleitung" bezeichnen lassen. Wer seine Verfehlungen erkennt und bereut, kann auf Gottes Vergebung vertrauen.

Dennoch ist damit der Zustand der Sünde nicht aufgehoben, denn auch der gläubige Mensch kommt aus dem Kreislauf von Schuld und Vergebung, neuerlicher Schuld und neuerlicher Vergebung nicht heraus und kann nicht zu einer schuldlosen Existenz voranschreiten. Aus diesem Kreislauf kann sich der Mensch nicht selbst befreien, da alle seine vernünftigen Begabungen oder moralischen Anstrengungen unter dem Vorzeichen der Sünde als Zustand stehen, so dass die Selbstgerechtigkeit immer wieder der Schuldeinsicht zuwider läuft. Auch darauf gibt Gott eine Antwort durch die Verheißung der Erlösung in Jesus Christus.

Erlösung durch Jesus Christus

Im Neuen Testament finden sich zwei verschiedene Begriffe: *áphesis* meint Schuldenerlass und bezieht sich für die Gläubigen im geistlichen Sinn auf die Vergebung der Schuld zu Lebzeiten; *apolýtrosis* meint Loskauf aus der Versklavung und bezieht sich im geistlichen Sinn auf die Erlösung von Sünde und Tod durch Gott, der die Gläubigen beim letzten Gericht freispricht und sie zum ewigen Leben führt (vgl. Kol 1, 14).

Einer Gesellschaft, die Sklaven hält, leuchtet unmittelbar ein, was Erlösung bedeutet. Ein Sklave konnte sich

nicht selbst befreien, sondern war darauf angewiesen, erlöst, also ausgelöst, freigekauft und freigelassen zu werden, wozu er selbst nichts beitragen konnte. Diese reale Szene wird von Paulus auf eine geistliche Ebene bezogen, wenn er vom Menschen sagt, er sei „verkauft unter die Sünde“ (Röm 7, 14), was er als eine innere Zerreißprobe schildert, der der Mensch ohnmächtig gegenübersteht: „Denn nicht das Gute, das ich will, tue ich, sondern das Böse, das ich nicht will, das treibe ich voran“ (Röm 7, 19).

So ist der Mensch auf Erlösung angewiesen, die Gott durch Christus ins Werk setzt, was im Glauben erkannt werden kann, denn Gott hat uns „das Geheimnis seines Willens kundgetan […], das darin besteht, in ihm [Christus] sein Wohlgefallen für alle sichtbar zu machen“ (Eph 1, 9; vgl. Röm 3, 24). Wie Christus gestorben ist, wird auch die Sünde sterben, und wie Christus auferstanden ist, wird auch die Gerechtigkeit auferstehen dadurch, dass Gott sie allen schenkt, die an ihn glauben (Röm 6, 3–7; 3, 22); diese geschenkte Gerechtigkeit führt zum ewigen Leben (Röm 5, 21).

Die Glaubenden können sich als solche betrachten, „die für die Sünde tot, für Gott aber lebendig sind, in Jesus Christus“ (Röm 6, 11). Die Alternative lautet: „Wem ihr euch als Sklaven zur Verfügung stellt und zum Gehorsam verpflichtet, dessen Sklaven seid ihr und dem gehorcht ihr, entweder der Sünde, die zum Tod führt, oder dem Gehorsam [Gott gegenüber], der zur Gerechtigkeit führt“ (Röm 6, 16). Besonders das evangelische Christentum betont die Gewissheit des Glaubens, dass Gott den unter die Sünde verkauften Menschen aus seiner liebenden Zuwendung nicht entlässt. Aus dieser Gewissheit heraus bitten Christen/Christinnen mit dem Vaterunser: „[…] erlöse uns von dem Bösen“ (Mt 6, 13).

Kreuz und Auferstehung

In Kreuz und Auferstehung ist der Weg zu Gott vorgezeichnet, auf den Christus die Glaubenden mitnimmt. Nur in diesem Zusammenhang, aber nicht für sich allein, hat das Kreuz eine Heilsbedeutung. Jesus Christus stirbt einen gewaltsamen Tod, und das Kreuz steht als Zeichen für die Welt unter der Sünde. Da er Gott in der Welt vergegenwärtigt, somit ohne Sünde ist (Hebr 4, 15), stirbt er einen unschuldigen Tod, den seine Peiniger verdient hätten. Aber Gott antwortet nicht mit Gegengewalt oder Rache, da ihm nicht am Tod der Sünder/innen gelegen ist, sondern an deren Umkehr (Mk 15, 39); daher sind auch Christen/Christinnen dazu aufgefordert, nicht selbst Rache zu üben, sondern dies Gott und seinem gerechten Gericht zu überlassen (Röm 12, 19). Auf das Geschehen von Tod und Auferstehung bezieht sich der christliche Stellvertretungsgedanke, womit nicht gemeint ist, wie von muslimischer Seite oft angenommen, dass ein Mensch für die Sünden eines anderen Menschen büßt. Zu dieser Sicht kommt es dadurch, dass nach dem Koran Jesus nur ein Mensch ist, während nach christlicher Überzeugung Gott durch Jesus Christus aus dem Zustand der Sünde erlöst.

Durch die Verbindung mit der Auferstehung steht das Kreuz daher als Zeichen für den Heilswillen Gottes, der als Herr über Leben und Tod den Tod besiegt und zum ewigen Leben führt. Christen/Christinnen können sich daher mit der Gewissheit trösten, dass Gott auch in Leiden und Sterben gegenwärtig ist, und sie hoffen, dass er alle Menschen rettet. Denn die eigene Heilsgewissheit darf nicht dazu führen, sich über Menschen anderen Glaubens ein Urteil zu erlauben und ihnen die Rettung durch Gott abzusprechen.

Das muslimische Verständnis von Sünde

Auch im Koran bleibt das letzte Urteil Gott überlassen:

„Sprich zu denen, die nicht glauben: Handelt ihr nach eurem Gutdünken, siehe, auch wir werden handeln. Und wartet ab! Siehe, auch wir warten ab“ (Sure 11, 121 f.).

Aber auf Grund seines Verständnisses vom Menschen, dem die Ausrichtung auf Gott hin mit der Schöpfung eingegeben ist, kennt der Koran keine solche grundlegende Zerrüttung des menschlichen Gottesbezugs wie das Christentum; daher bedarf der Mensch auch keiner Erlösung. Nach dem Koran wird die Sünde ausschließlich als schwere moralische, absichtlich begangene Verfehlung gesehen (Sure 53, 32), die Gott aber aus seiner Barmherzigkeit jedem vergibt, der aufrichtig bereut.

Die koranische Erzählung vom Sündenfall beginnt damit, dass Gott nach der Erschaffung des Menschen von den Engeln verlangt, sich vor Adam niederzuwerfen, was sie auch tun. Aber Iblis, ein aus Feuer erschaffener Dschinn (Sure 18, 50), weigert sich, weil er sich für etwas Besseres hält; zur Strafe für diesen Ungehorsam schickt Gott ihn weg aus dem Paradies. In der Folge tritt er als Satan und Verführer der Menschen auf, damit auch sie dasselbe erleiden wie er (Suren 7, 12; 2, 34). Diese Geschichte hat übrigens eine Parallele in der kleinen außerkanonischen Schrift „Das Leben Adams und Evas“, vermutlich im 1. Jahrhundert entstanden, ein christlich überarbeiteter jüdischer Text, von dem auch eine Übersetzung ins Arabische existiert.

Dass die Menschen sündigen, erklärt der Koran damit, dass sie schwach geschaffen wurden (Suren 4, 28; 30, 54; 70, 19), weshalb sie der Verführung leicht erliegen (Sure 39, 6); das beginnt schon mit Adam und seiner Frau. Die Verführung besteht darin, dass Satan sie auf ihre Hinordnung zu Gott und die damit verbundenen Verpflichtungen vergessen lässt (Sure 20, 115). Sie essen von dem verbotenen Baum, bereuen aber sofort, bitten um Erbarmen, und Gott vergibt ihnen (Suren 7, 19–26; 2, 35–37; 20, 117–123). In dieser Erzählung vom Sündenfall steht nicht die Sünde, sondern die Vergebung im Mittelpunkt, weshalb es zu keiner grundlegenden und dauerhaften Störung der Beziehung zwischen Gott und Mensch kommt. Außerdem kann der Mensch nach muslimischer Auffassung schwere Sünden und schändliche Taten jederzeit vermeiden, wenn er sich von Gott rechtleiten lässt (Sure 42, 37).

Missverständnisse

Aus dieser muslimischen Perspektive ergibt sich das Missverständnis, Sünde im christlichen Sinne bedeute, dass die gesamte Menschheit von Natur aus schlecht und moralisch verkommen sei, unfähig, verantwortlich zu handeln und Gutes zu tun. Dann aber könne niemand für seine Verfehlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Nun geht auch gemäß christlicher Überzeugung die Sünde nicht auf die Schöpfung zurück, die sonst nicht „gut“ genannt werden könnte, sondern darauf, dass sich der Mensch zum Herrn von allem aufschwingt. In der Folge kann er die Welt nicht als Gottes Schöpfung und sich selbst nicht als

Gott gegenüber verantwortliches Geschöpf wahrnehmen, was dann die Geschichte nachhaltig bestimmt. Damit ist die Verantwortungsfähigkeit zwar beeinträchtigt, aber nicht aufgehoben.

Auch in seinem sündigen Zustand bleibt der Mensch Ebenbild Gottes, womit zum Ausdruck gebracht wird, dass er als Sachwalter der Erde eingesetzt ist (Gen 1, 26–27; 9, 6). Die islamische Tradition weist zwar den Begriff Gottebenbildlichkeit zurück mit dem Hinweis, dass nichts Gott gleiche (Sure 112, 4), kennt aber eine Entsprechung in der Sache; denn auch nach dem Koran wurde der Mensch mit der Verwaltung der Erde betraut (Suren 33, 72; 2, 30; 27, 62; 31, 20).

Nach christlicher Überzeugung tragen die Menschen ebenfalls die Verantwortung für das, was sie tun und müssen zuletzt vor dem Gericht Gottes Rechenschaft ablegen. Dies bleibt freilich eingebunden in den Zustand der Sünde, aus dem sich kein Mensch durch guten Willen und gute Taten befreien kann; er bleibt darauf angewiesen, dass Gott von diesem Zustand erlöst. Erst wenn Menschen dies im Glauben erkennen und annehmen, können sie durch Gottes Gnade im letzten Gericht bestehen und sind sie dazu imstande, zu Lebzeiten aus dankbarem Herzen gute Werke zu tun und auf die Vergebung ihrer Schuld zu vertrauen. Nach christlichem Verständnis hängt die Sünde als Zustand mit der Erlösung zusammen und mit der Verheißung des ewigen Lebens bei Gott und die aus der Sünde folgende Schuld mit der Vergebung, die während des irdischen Daseins ein friedliches Zusammenleben möglich macht.

6. Glaube und Werke

Von christlicher Seite wird der Islam oft als Religion des Gesetzes, der Gebote und Verbote gesehen, durch deren Erfüllung sich der Mensch die Gnade Gottes erwerben könne. Umgekehrt betrachtet die muslimische Seite das Christentum oft als Religion eines Glaubens, der sich, ohne Konsequenzen für das Handeln, in bloßer gefühlsmäßiger Befindlichkeit erschöpft. Solche Einschätzungen können zwar auf beiden Seiten in der Praxis darauf hinauslaufen, lassen sich aber, ebenfalls auf beiden Seiten, nicht theologisch begründen.

So kann sich die muslimische Seite auf den Koran berufen, der mehrfach betont, dass die Werke ohne den Glauben nicht zählen: „Und wer den Glauben leugnet, dessen Werk ist schon verloren, er gehört im Jenseits zu den Verlierern“ (Sure 5, 5; vgl. 2, 177). Auch in der Sunna finden sich Aussagen, dass keiner auf Grund seiner Taten gerettet wird, sondern es darum gehe, den Glauben zu verinnerlichen und aus Glauben gute Werke zu tun. Umgekehrt gilt auch für die christliche Seite, dass gemäß der Bibel der Glaube dazu führt, die Gebote zu halten und zu tun, „was vor ihm [Gott] Gefallen findet“ (1. Joh 3, 22; Joh 14, 15; Offb 14, 12). Denn der Glaube, der keine Werke vorzuweisen hat, ist tot (Jak 2, 15–17; 1. Joh 3, 17). In beiden Religionen gehören Glaube und Werke so zusammen, dass die Werke aus dem Glauben folgen:

„Verkünde denen frohe Botschaft, die glauben und gute Werke tun, dass ihnen Paradiesgärten bestimmt sind“ (Sure 2, 25; vgl. 5, 9; 18, 107).

Dennoch bestehen Unterschiede, die mit dem Offenbarungsverständnis zusammenhängen. Denn aus muslimischer Sicht gibt Gott im Koran seinen Willen kund und sagt den Menschen, was sie tun sollen. Das gilt auch für die Bibel, aber darüber hinaus gibt Gott gemäß dem Neuen Testament in Jesus Christus sich selbst in seinem Wesen und Erlösungswillen zu erkennen. In beiden Fällen wird der Glaube vorausgesetzt, durch den die Menschen das annehmen, was ihnen jeweils mitgeteilt wird.

7. Vorherbestimmung und Gericht

Neben dem Grundbekenntnis zum einen Gott und zu seinem Propheten Muhammad kennt der Islam sechs Glaubensinhalte, die, anknüpfend an den Koran (Suren 4, 136; 2, 285), in der Sunna zusammengefasst sind: der Glaube an Gott und an seine Engel, an seine Bücher, an seine Gesandten und an den Jüngsten Tag sowie an die Vorherbestimmung des Guten und des Bösen. Der letzte Punkt dieses Credos hat dem Islam den Ruf eingebracht, eine Religion des Fatalismus, der Unterwerfung des Menschen unter ein blindes Schicksal zu sein. Daher halten sich Christen/Christinnen oft für einen Hort der Freiheit gegenüber dem muslimischen „Kismet“, und umgekehrt Muslime/Musliminnen für Verteidiger der Freiheit gegen die „fatalistische“ christliche „Erbsündenlehre“ (Schoen 2004, 164; Loth 1979, 161).

Gottes Macht über allen Mächten

Eine genauere Betrachtung ergibt, dass nach dem Koran die Vorherbestimmung mit dem Willen Gottes zusammenhängt, auf den alles zurückgeht, letztlich auch der Glaube. So wird den Menschen gesagt: „Rechnet mir gegenüber euren Islam [Hingabe an Gott] nicht zum Verdienst euch an! Nein, vielmehr verleiht es euch Gott, dass er euch zum Glauben führt, wenn ihr wahrhaftig seid“ (Sure 49, 17). An anderer Stelle spricht Gott zu seinem Propheten:

„Hätte dein Herr gewollt, so würden alle auf der Erde gläubig werden, insgesamt. Willst du die Menschen etwa zwingen, dass sie gläubig werden? Kein Mensch kann gläubig werden, es sei denn mit Gottes Erlaubnis“ (Sure 10, 99 f.).

Alles liegt also in der Macht und Weisheit Gottes begründet, daher:

„So führt Gott in die Irre, wen er will, und führt auf dem rechten Weg, wen er will“ (Sure 14, 4).

Als schöpferisch Handelnder lenkt Gott auch den menschlichen Willen und erschafft die menschlichen Taten (Suren 81, 29; 37, 96). Damit spricht der Koran gerade gegen ein blindes Schicksal, vielmehr dafür, dass Gott die Macht über alles hat, auch über zerstörerische Gegenmächte.

Die biblischen Quellen sprechen ebenfalls von der Vorherbestimmung (Prädestination). In der Erzählung vom Auszug des Volkes Israel aus Ägypten verstockt Gott das Herz des Pharao (Ex 9, 12; vgl. Joh 12, 4; vgl. Sure 7, 101). Daran knüpft Paulus an:

„Also zeigt er sein Erbarmen, wem er will, und verhärtet, wen er will“ (Röm 9, 18).

Gott macht das Licht und schafft die Finsternis, gibt Frieden und schafft Unheil: „Ich, der Herr, bin es, der all dies vollbringt (Jes 45, 7). Denjenigen, die „die Liebe zur Wahrheit nicht in sich aufgenommen haben“, schickt Gott „eine Kraft, die in die Irre führt, dass sie der Lüge glauben“

(2. Thess 2, 10 f.). Die Vorherbestimmung, wozu auch das Vorauswissen Gottes gehört, ergibt sich aus dem Bekenntnis zu dem einen Gott, dem alle andere Mächte und Gewalten untergeordnet sind. Damit kann auch der Mensch nicht zum Spielball einander widerstreitender Mächte werden, vielmehr bleibt er in der Hand Gottes im Vertrauen auf seine Rettung.

Gottes Wille geschehe

Dieses Vertrauen kann in Erwählungsgewissheit seinen Ausdruck finden, wofür es allerdings keine faktischen Beweise und keine Sicherheit gibt. Weder lässt sich von zeitlichem Wohlergehen auf die Erwählung schließen noch aus Armut und Bedrängnis auf die Verdammnis durch Gott. Der Unterschied zwischen Gewissheit und Sicherheit fand jedoch nicht immer Beachtung, und die Vorherbestimmung wurde in beiden Religionen dazu benutzt, die je eigene politische und gesellschaftliche Vormachtsstellung als Erwählung zu interpretieren. Im christlichen Kontext war das z. B. in Südafrika der Fall, wo die Apartheidpolitik mit der Erwählung des christlichen weißen Volkes begründet wurde. Im muslimischen Kontext wurde die rasche Ausbreitung in den Anfängen als Beweis für die Überlegenheit des Islams gewertet, so dass dann innere Zerwürfnisse und Machtverlust zu einer Glaubenskrise führten. Inzwischen wird das in beiden Religionen kritisch gesehen (Loader 2009, 226 f.; Inam 2004, 95; Hodžić 2008: 115 ff.).

Die Aussagen über die Vorherbestimmung stehen jedoch im Erfahrungszusammenhang von Leid oder Verfolgung; sie wollen die Betroffenen trösten und im Glauben stärken, dass Gott für Gerechtigkeit sorgt. Im Koran bezieht sich dies auf Muhammad, der in Mekka Widerstand, Verunglimpfung und Tötungsabsichten ausgesetzt war. Auch die ersten Christen/Christinnen waren verfolgt und werden getröstet: „Selig, die verfolgt sind um der Gerechtigkeit willen — ihnen gehört das Himmelreich“ (Mt 5, 10). Aus der Vorherbestimmung können gläubige Menschen die Kraft beziehen, Leiderfahrungen anzunehmen und mit dem Vaterunser zu sprechen: „Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden“. Um eine solche Haltung geht es auch im Koran und im muslimischen Glaubensbekenntnis.

Gottes Gerechtigkeit

Der Vorherbestimmung scheinen nun der Ruf zur Umkehr zu Gott (Mk 1, 15; vgl. Sure 7, 174) und die vielen Ermahnungen zu widersprechen, die in der Bibel wie im Koran dazu auffordern, im Glauben standhaft zu bleiben und sich in Worten und Taten zu bewähren. Damit kommt das Gericht Gottes ins Spiel, das jeden Einzelnen bei seiner Verantwortung behaftet:

> „Denn wir alle müssen vor dem Richterstuhl Christi erscheinen, damit ein jeder empfange, was seinen Taten entspricht, die er zu Lebzeiten getan hat, seien sie gut oder böse“ (2. Kor 5, 10).

Niemand wird dem gerechten Urteil Gottes entrinnen, der „einem jeden vergelten [wird] nach seinen Taten“, entweder unvergängliches Leben oder Trübsal und Angst (Röm 2, 6–8; vgl. Suren 30, 41; 15, 92–93). Und niemand kann sich herausreden, denn jeder hätte auf Moses und die Propheten hören können (Lk 16, 29 f.). So heißt es auch im Koran: „Wir werden sie alle zur Verantwortung ziehen über das, was sie taten“ (Sure 21, 23).

Zwischen göttlicher Vorherbestimmung und menschlicher Verantwortung besteht aber keine Symmetrie. Denn auch wenn Gott Finsternis schafft und das Herz der Menschen verstockt, kann er nicht wie die Menschen ungerecht sein. Deshalb lässt sich Gottes Gerechtigkeit nicht mit dem Maß menschlicher Gerechtigkeit messen und durch einen empirischen Nachweis weder bestätigen noch widerlegen. Dass Gott liebend, barmherzig und langmütig, aber auch gerecht ist, kann nur im Gottvertrauen und in der Glaubensgewissheit erfasst werden, die sich im Lob Gottes zum Ausdruck bringen:

> „O Tiefe des Reichtums, der Weisheit und der Erkenntnis Gottes! Wie unergründlich sind seine Entscheidungen und unerforschlich seine Wege! Denn ‚wer hat den Sinn des Herrn erkannt, oder wer ist sein Ratgeber gewesen‘? [Jes 40, 13] ‚Wer hat ihm etwas geliehen, und es müsste ihm von Gott zurückgegeben werden‘? [Hiob 41,3]. Denn aus ihm und durch ihn und auf ihn hin ist alles“ (Röm 11, 33–36).

Kein Mensch kann in das Wissen Gottes eindringen, aber Gott kennt das Herz der Menschen, wird das Verborgene ans Licht bringen und „euch vergelten, einem jeden nach seinen Taten“ (Offb 2, 23; 1. Kor 4, 5). Auch im Koran ist wiederholt vom umfassenden Wissen Gottes und seinem weisen Ratschluss die Rede (Suren 7, 183; 68, 45). Dabei wird den Menschen nicht Unrecht getan, nicht einmal „im Gewicht eines Stäubchens“ (Suren 4, 40; 2, 272; 45, 21; 18, 49); auch aus muslimischer Sicht kann das nur im Glauben (Sure 22, 78) und mit Lobpreis angenommen werden:

> So „lobpreisen ihn die sieben Himmel und die Erde und wer darinnen ist. Es gibt nichts, was nicht sein Lob preist“ (Sure 17, 44).

Lohn, Strafe und Gerechtsprechung

Im Koran heißt es, dass Gott in die Herzen schaut (2, 225) und mit Lohn oder Strafe, ewigem Leben im Paradies oder Feuer der Hölle vergilt. Das fordert dazu heraus, auch auf solche biblische Texte nicht zu vergessen, die Gottes Strafe und das höllische Feuer thematisieren (z. B. Mt 5, 22; 10, 28; 25, 46; 7, 19; Mk 9, 43 f; Lk 12, 5; Joh 15, 6; Offb 20, 14 f.; 2. Petr 2, 9). Dies bedeutet nicht, dass Gott rachsüchtig, sondern dass er gerecht ist. Nicht nur die Liebe gehört zum Wesen Gottes, sondern auch die Gerechtigkeit.

Zugleich zeigt sich im Vergleich eine Verlagerung der Gewichte. Lohn und Strafe, einschließlich dessen, was die Menschen in der Hölle erwartet, werden im Koran wesentlich häufiger angesprochen als in der Bibel. Christliche Texte mit ausführlichen Schilderungen des göttlichen Strafgerichts gibt es, aber sie wurden nicht in den Kanon aufgenommen, der andere Überlieferungen in den Mittelpunkt stellt. Diese beziehen sich auf die Erlösung durch Jesus Christus:

> „Denn so hat Gott die Welt geliebt, dass er den einzigen Sohn gab, damit jeder, der an ihn glaubt, nicht verloren gehe, sondern ewiges Leben habe“ (Joh 3, 16).

Nach dem Koran entscheidet letztlich Gott allein über alles. Für die Frevler ist das Höllenfeuer vorgesehen, für die, die sich haben rechtleiten lassen, das Paradies — „wenn Gott es nicht anders will“ (Sure 6, 128; 11, 107 f.); so kann Gott auch jeden Menschen freisprechen.

In der Bibel steht die Gerechtigkeit Gottes im Zusammenhang von Gebot, Sünde, Reue, Vergebung, Gericht, Lohn und Strafe. Christlicher Überzeugung entsprechend beziehen sich Liebe und Barmherzigkeit Gottes jedoch nicht nur auf die Vergebung, sondern wesentlich auf die Erlösung aus dem Zustand der Sünde dadurch, dass Gott den Glaubenden die Gerechtigkeit zuspricht, die sie nicht imstande sind, aus eigener Kraft zu erwerben:

„Er [Gott] ist gerecht und macht gerecht den, der aus dem Glauben an Jesus lebt" (Röm 3, 26).

Eine solche Gerechtsprechung liegt auch und gerade in der Gerechtigkeit Gottes begründet, denn Gott kann keine Sünder zu sich ins ewige Leben nehmen; er wäre sonst ungerecht. Da aber kein Mensch sich trotz aller Bemühungen aus dem Zustand der Sünde herausarbeiten und vollkommen gerecht sein kann, ist er darauf angewiesen, dass ihm die Gerechtigkeit geschenkt wird. Voraussetzung dafür ist die Hingabe an Gott und der Glaube an seinen Erlösungswillen in Christus. Der Glaube an die Gerechtsprechung durch Gott steht im Mittelpunkt des evangelischen Christentums.

Schlusswort

Am 18. September dieses Jahres jährte sich der Todestag von Dag Hammarskjöld zum 50. Mal. In Reverenz vor seinen Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben der Menschen sei ein Wort von ihm an den Schluss dieses Dokuments gestellt:

„Geheiligt werde Dein Name

nicht der meine,

Dein Reich komme,

nicht das meine,

Dein Wille geschehe,

nicht der meine,

Gib uns Frieden mit Dir,

Frieden mit den Menschen,

Frieden mit uns selbst

und befreie uns von Angst."

Dag Hammarskjöld

Aus dem Tagebuch „Zeichen am Weg", Eintrag am 29. November 1956.

Von 1953 bis 1961 war Dag Hammarskjöld Generalsekretär der Vereinten Nationen. Auf dem Weg nach Sambia, um mit einem Rebellenführer einen Waffenstillstand zu verhandeln, stürzte er am 18. September 1961 mit dem Flugzeug über Ndola ab.

VIII. Literatur

Die vorliegende Literaturliste stellt eine Auswahl aus den für die Orientierungshilfe herangezogenen Quellen dar. Die Literaturverweise im Text beziehen sich nicht immer auf das ganze Werk und dessen zentrales Thema, sondern auf darin enthaltende einzelne Abschnitte, die in Zusammenhang mit Themen der Orientierungshilfe stehen. Nicht aufgenommen sind die verschiedenen deutsch- und englischsprachigen Lexika und Enzyklopädien zum Islam. Viele der angegebenen Bücher finden sich in Ausschnitten im Internet unter „Googlebooks". Alle genannten Internetseiten wurden zuletzt am 12. September 2011 abgerufen.

Deutsche Übersetzungen des Korans:

Asad, Muhammad (2009): Die Botschaft des Koran. Mit Kommentar, Düsseldorf: Patmos.

Bobzin, Hartmut (2010): Der Koran. Aus dem Arabischen neu übertragen unter Mitarbeit von Katharina Bobzin, München: Beck.

Khoury, Adel Theodor (2007): Der Koran. Mit Kommentar, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Paret, Rudi ([10]2007): Der Koran. Übersetzt von, Stuttgart: Kohlhammer.

Paret, Rudi ([7]2005): Der Koran. Kommentar und Konkordanz Stuttgart: Kohlhammer.

Zaidan, Amir M. A. (2009): At-tafsiir. Der Quraan-Text und seine Transkription und Übersetzung, Islamologisches Institut (Hg.), Wien: IBIZ.

Zirker, Hans ([3]2010): Der Koran, München: Beck.

Hadith-Auswahl:

Khoury, Adel Theodor (2008, 2009), Der Hadith. Urkunde der islamischen Tradition, Bd. II und II: 2008, Bd. III: 2009, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Schöller, Marco (Hg.) (2007), Al-Nawawi, Yahya ibn Sharaf: Das Buch der Vierzig Hadithe (Kitab al-Arba'in), Frankfurt/Main: Insel.

II. Der Islam – eine kurze Orientierung

Siehe dazu auch die Literatur zu Kapitel IV und V.1.

Bobzin, Hartmut (2000), Mohammed, München: Beck

Bobzin, Hartmut ([7]2007), Der Koran, München: Beck

Clot, André (2004), Das maurische Spanien. 800 Jahre islamische Hochkultur in Al-Andalus, Düsseldorf: Patmos/Albatos.

Glei, Reinhold / Khoury, Adel Theodor (1995), Johannes Damascenus und Theodor Abu Qurra. Schriften zum Islam, Kommentierte griechisch-deutsche Textausgabe, Würzburg: Echter.

Endreß, Gerhard (2006), Der Islam in Daten, München: Beck.

Ishaq, Ibn (1999), Das Leben des Propheten, Kandern: Spohr.

Khoury, Adel Theodor (2002), Mit Muslimen in Frieden leben. Friedenspotentiale des Islam, Würzburg: Echter.

Khoury, Adel Theodor ([2]1986), Toleranz im Islam, Altenberge: Oros.

Krämer, Gudrun (2008), Geschichte des Islam, München: dtv.

Nagel, Jürgen G. (2007), Abenteuer Fernhandel. Die Ostindienkompanie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Nagel, Tilman ([2]1991), Der Koran. Einführung — Texte — Erläuterungen, München: Beck.

Noth, Albrecht / Paul, Jürgen (1998), Der islamische Orient. Grundzüge seiner Geschichte, Würzburg: Ergon.

Halm, Heinz ([7]2007), Der Islam. Geschichte und Gegenwart, München: Beck.

Halm, Heinz (2005), Die Schiiten, München: Beck.

Schöller, Marco (2008), Mohammed, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Zirker, Hans (1999), Der Koran: Zugänge und Lesarten, Darmstadt: Primus.

Zirker, Hans (1993), Islam. Theologische und gesellschaftliche Herausforderungen, Düsseldorf: Patmos.

Watt, Montgomery W. (1974), Muhammad. Prophet and Statesman, London: Oxford University Press.

III. Islam in Österreich

Aslan, Ednan (2009), Muslime in Österreich und das Modell Österreich, in: ders. (Hg.), Islamische Erziehung in Europa, Wien: Böhlau, 325–350.

Bunzl, John / Hafez, Farid (Hg.) (2009), Islamophobie in Österreich, Innsbruck u. a.: Studienverlag.

Dreßler, Markus (2002), Die alevitische Religion: Traditionslinien und Neubestimmungen, Würzburg: Ergon.

Sticker, Maja (2008): Sondermodell Österreich? Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich, Klagenfurt: Drava.

Tomenendal, Kerstin Doğan, Sena, Heuberger, Valeria (2010), Ramadan in Österreich. Zur muslimischen Selbstdarstellung im Fastenmonat, Klagenfurt: Wieser.

Gartner, Barbara (2006), Der Islam im religionsneutralen Staat, Islam und Recht 4, Frankfurt/Main: Peter Lang.

Gülen, Fethullah (^{4}2005), Fragen an den Islam I, Mörfelden-Walldorf: Fontäne.

Hafez, Farid (2006), Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich — Eine Analyse der Organisationsstruktur unter besonderer Berücksichtigung der Rolle muslimischer Spitzenverbände, Diplomarbeit Universität Wien.

Heine, Susanne / Lohlker, Rüdiger / Potz, Richard (2012), Muslime in Österreich, Innsbruck: Tyrolia.

Jones, James W. (2008), Blood that Cries out of the Earth. The Psychology of Religious Terrorism, New York: Oxford University Press.

Kippenberg, Hans, Seidensticker, Tilmann (Hg.) (2004), Terror im Dienste Gottes. Die „Geistliche Anleitung" der Attentäter des 11. September, Frankfurt/Main-New York: Campus.

Kroissenbrunner, Sabine (2001), Türkische Imame in Wien, Projektbericht IFK, Wien.

Meijer, Roel (ed.) (2009), globalsalafism. Islam's New Religious Movement, London: Hurst.

Ornig, Nikola (2006), Die zweite Generation und der Islam in Österreich. Eine Analyse von Chancen und Grenzen des Pluralismus von Religion und Ethnien, Graz: Leykam.

Potz, Richard (2010), Das Islamgesetz 1912 und der religionsrechtliche Diskurs in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Olechowski, Thomas u. a. (Hg.), Grundlagen der österreichischen Rechtskultur, Wien: Böhlau, 385–408.

Schiffauer, Werner (2010), Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş, Berlin: Suhrkamp.

Sökefeld, Martin (Hg.) (2008), Aleviten in Deutschland, Bielefeld: transcript.

Valicek, Andreas (2008), MJÖ — Muslimische Jugend Österreich. Identitätsbildung einer österreichischen Jugendorganisation, Diplomarbeit Universität Wien.

Volkan, Vamik (2004), Blind Trust. Large Groups and their Leaders in Times of Crisis and Terror, Charlottesville: Pitchstone Publishing.

Volkan, Vamik (2006), Killing in the Name of Identity. A Study of Bloody Conflicts, Charlottesville: Pitchstone Publishing.

Wandruszka, Adam / Urbanitsch, Peter (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. IV: Die Konfessionen, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.

Internetseiten:

Dörler, Elisabeth (2003), Nurcular: http://www.okay-line.at/deutsch/wissen/islam-in-vorarlberg/nurcular.html

Greussing, Kurt (2009), Der alevitische Islam: http://www.spoe-hohenems.at/uploads/media/Greussing_-_Alevitischer_Islam__8__050830.pdf

IV.
Christentum und Islam in ihrer wechselseitigen Wahrnehmung

Siehe dazu auch die Literatur zu Kapitel II, IV und VII.

Bauschke, Martin (2000), Jesus — Stein des Anstoßes, Köln: Böhlau.

Bobzin, Hartmut (1995), Der Koran im Zeitalter der Reformation. Studien zur Frühgeschichte der Arabistik und Islamkunde in Europa. Beiruter Texte und Studien, Bd. 42, Beirut.

Böttrich, Christfried / Ego, Beate / Eßler, Friedmann (2009), Jesus und Maria in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht.

Dostal, Walter u. a. (Hg.), Wir und die Anderen: Islam, Literatur und Migration, Wien: Facultas WUV.

Küng, Hans (^{2}2004), Der Islam. Geschichte — Gegenwart — Zukunft, München: Piper.

Leuze, Reinhard (1994), Christentum und Islam, Tübingen: Mohr.

Asmus, Sören / Schulze, Manfred (Hg.) (2006), „Wir haben doch alle denselben Gott". Eintracht, Zwietracht und Vielfalt der Religionen, Neukirchen-Vluyn: Verlagshaus.

Becker, Dieter (2008), Der Gott der Anderen. Glauben Christen und Muslime an denselben Gott? In: Plonz, Sabine / Klaiber, Walter (Hg.), Wie viel Glaube darf es sein? Religion und Mission in unserer Gesellschaft, Stuttgart: Kreuz, 185–206.

Busse, Heribert (1988), Die theologischen Beziehungen des Islams zu Judentum und Christentum. Grundlagen des Dialogs im Koran und die gegenwärtige Situation, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Ess, Josef van (1997), Theologie und Gesellschaft im 2. und 3. Jahrhunderts Hidschra. Eine Geschichte des religiösen Denkens im frühen Islam, Bd. 4, Berlin-New York: De Gruyter.

Gäde, Gerhard (2009), Islam in christlicher Perspektive, Paderborn: Schöningh.

Grünschloß, Andreas (1999), Der eigene und der fremde Glaube. Studien zu einer interreligiösen Fremdwahrnehmung in Islam, Hinduismus, Buddhismus und Christentum. Hermeneutische Untersuchungen zur Theologie, Bd. 37, Tübingen: Mohr.

Hagemann, Ludwig (^{2}2005), Christentum contra Islam. Eine Geschichte gescheiterter Beziehungen, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Heinzmann, Richard / Selçuk, Mualla / Körner, Felix (Hg.) (2007), Menschenwürde. Grundlagen in Christentum und Islam, Stuttgart: Kohlhammer.

Hünseler, Peter / Di Noia, Salvatore (Hg.) (2010), Kirche und Islam im Dialog. Europäische Länder im Vergleich, Regensburg: Pustet.

Heimgartner, Martin (2011), Timotheos I., Ostsyrischer Patriarch. Disputation mit dem Kalifen al-Mahdi, Corpus Scriptorum Christianorum Orientalium (632), Louvain: Peeters.

Kermani, Navid (Hg.) (2006), Mehdi Bazargan: Und Jesus ist sein Prophet — Der Koran und die Christen, München: Beck.

Kermani, Navid (2000), Gott ist schön. Das ästhetische Erleben des Koran, München: Beck.

Khoury, Adel Theodor (1991), Kommen Muslime in den Himmel? Gelangen Christen ins Paradies?, in: Tworuschka, Udo (Hg.), Gottes ist der Orient — Gottes ist der Okzident, Köln: Böhlau, 486–498.

Körner, Felix (2008), Kirche im Angesicht des Islam. Theologie des interreligiösen Zeugnisses, Stuttgart: Kohlhammer.

Lexutt, Athina / Metz, Detlef (Hg.) (2009), Christentum — Islam. Ein Quellenkompendium (8.–21. Jh.), Köln: Böhlau.

Lohlker, Rüdiger (2009), Dschihadismus. Materialien, Wien: Facultas WUV.

Newman, N. A. (ed.) (1993), The Early Christian-Muslim Dialogue. A collection of documents from the first three Islamic centuries (632–900 A.D.), Hatfield, Pennsylvania.

Raeder, Siegfried (2006), Antworten auf den Islam. Texte christlicher Autoren vom 8. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Neukirchen-Vluyn: Verlagshaus.

Southern, Richard W. (1981), Das Islambild des Mittelalters, Stuttgart: Kohlhammer.

Waardenburg, Jacques (2003), Muslims and Others. Relations in Context, Berlin — New York: de Gruyter.

Waardenburg, Jacques (1993), Islamisch-christliche Beziehungen. Geschichtliche Streifzüge, Würzburg: Echter.

Internetseiten:

Cibedo — Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle, Arbeitstelle der deutschen (katholischen) Bischofskonferenz: http://www.cibedo.de/

Common Word: http://www.acommonword.com/downloads/CW-Booklet-Final-v6_8-1-09.pdf ;

http://www.acommonword.com/index.php?lang=en&page=option1

Handreichung der EKD (2000) „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland“: http://www.ekd.de/EKD-Texte/islam/islam.html

Handreichung der EKD (2006) „Klarheit und gute Nachbarschaft“: http://www.ekd.de/download/ekd_texte_86.pdf

Imame-Konferenzen der IGGiÖ Schlusserklärungen: http://www.derislam.at/islam.php?name=Themen&pa=list_pages_categories&cid=8

Plattform „Christen und Muslime“: http://www.christenundmuslime.at/content/site/aktuell/index.html

V. Einzelne Themenfelder

1. Politik, Recht und Kultur

Siehe dazu auch die Literatur zu Kapitel II und IV.

Bauer, Thomas (2011), Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islam, Berlin: Insel.

Cardini, Franco (2000), Europa und der Islam. Geschichte eines Missverständnisses, München: Beck.

Haarmann, Ulrich (^{5}2004), Geschichte der Arabischen Welt, München: Beck.

Halm, Heinz (^{3}2010), Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart, München: Beck.

Hourani, Albert (1992), Die Geschichte arabischen Völker, Frankfurt/Main: Fischer.

Lohlker, Rüdiger (1999), Riba, Zins und Wucher in Vergangenheit und Gegenwart, Münster: Waxmann.

Lohlker, Rüdiger (2008), Islam. Eine Ideengeschichte, Wien: Facultas WUV.

Markschies, Christoph (^{2}2006), Die Gnosis, München: Beck.

Nagel, Tilman (Hg.) (2010), Der Koran und sein religiöses Umfeld, München: Oldenbourg.

Neuwirth, Angelika (2010), Der Koran als Text der Spätantike. Ein europäischer Zugang, Berlin: Insel.

Rohde, Mathias (2009), Das islamische Recht, München: Beck

Roy, Olivier (2010), Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen, München: Siedler.

Schimmel, Annemarie (2001), Die Religion des Islam. Eine Einführung, Stuttgart: Reclam.

Winkler, Dietmar W. (Hg.) (2010), Syriac Churches Encountering Islam. Past Experiences and Future Perspectives, Pro Oriente Colloquium Syriacum Salzburg 2007, Piscataway/USA: Gorgias Press.

Zirker, Hans (2009), Monotheismus gegen Trinität? Konfrontation und Verständigungsansätze am Beispiel des Islam: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-11214/is_trinit.pdf

2. Religionsfreiheit

Amirpur, Katajun (2009), Unterwegs zu einem anderen Islam, Texte iranischer Denker, übersetzt und kommentiert, Georges-Anawati-Stiftung, Bd. 4, Freiburg: Herder.

Amirpur, Katajun / Ammann, Ludwig (Hg.) (2006), Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, Freiburg: Herder.

Amirpur, Katajun (2003), Gott ist mit den Furchtlosen. Schirin Ebadi — Die Friedensnobelpreisträgerin und der Kampf um die Zukunft Irans, Freiburg: Herder.

Ammann, Ludwig (2004), Cola und Koran. Das Wagnis einer islamischen Renaissance, Freiburg: Herder.

Gartner, Barbara (2011), Der religionsrechtliche Status islamischer und islamistischer Gemeinschaften, Wien-New York: Springer.

Bielefeldt, Heiner (2003), Muslime im säkularen Rechtsstaat. Integrationschancen durch Religionsfreiheit, Bielefeld: transcript.

Bielefeldt, Heiner / Volkmar Deile u. a. (Hg.) (2008), Religionsfreiheit, Wien: Böhlau.

Frishman, Martin / Khan, Hasan-Uddin (1995), Die Moscheen der Welt, Frankfurt/Main-NewYork: Campus.

Klieber, Rupert (2010), Jüdische-christliche-muslimische Lebenswelten der Donaumonarchie 1848–1918, Wien: Böhlau.

Krämer, Peter / Sabine Demel / u. a. (Hg.) (2007), Recht auf Mission contra Religionsfreiheit? Das christliche Europa auf dem Prüfstand, Berlin: Lit.

Lüders, Michael (Hg.) (1992), Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt, München: Piper.

Luf, Gerhard (2008), Freiheit als Rechtsprinzip, Holzleithner, Elisabeth / Somek, Alexander (Hg.), Wien: Facultas WUV.

Tanner, Mathias / Müller, Felix / Mathwig, Frank / Lienemann, Wolfgang (Hg.) (2009), Streit um das Minarett. Zusammenleben in der religös pluralistischen Gesellschat, Zürich: TVZ.

Rosenberger, Sieglinde, Sauer, Birgit: Islam im öffentlichen Raum. Debatten und Regulationen in Europa, Wien: Facultas WUV

Schwartländer, Johannes (Hg.) (1993), Freiheit der Religion. Christentum und Islam unter den Anspruch der Menschenrechte, Mainz: Grünewald.

Setudegan, Morris (2004), Universalität der Menschenrechte im Islam und die Rolle der Schari'at, München-Ravensburg: Grin.

Sommerfeld, Franz (Hg.) (2008), Der Moscheestreit. Eine exemplarische Debatte über Einwanderung und Integration, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Würth, Anna (2003), Dialog mit dem Islam als Konfliktprävention? Zur Menschenrechtspolitik gegenüber islamisch geprägten Staaten, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Schwöbel, Christoph / Tippelskirch von, Dorothee (Hg.) (2003), Die religiösen Wurzeln der Toleranz, Freiburg: Herder.

Schulze, Reinhard (2002), Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München: Beck.

Turki, Mohamed (2007), Herrschaft und Demokratie in der arabischen Welt, in: polylog: Zeitschrift für Interkulturelles Philosophieren, 17/2007, 9–24.

Potz, Richard / Schinkele, Brigitte (^{2}2007), Religionsrecht im Überblick, Wien: Facultas WUV.

Zemke, Reinhold (2008), Die Moschee als Aufgabe der Stadtplanung. Handlungsleitfaden für Planer, Architekten und Bauherren, Berlin: Lit.

Masud, Muhammad Khalid / Salvatore, Armando / van Bruinessen, Martin (2009), Islam and Modernity. Key Issues and Debates, Edinburgh: University Press.

Internetseiten:

Islamisch Alevitische Bekenntnisgemeinschaft: http://www.aleviten.at/log_de/

Stellungnahme Evangelische Kirche A. und H. B. zum Moschee- und Minarettbau vom 30. 8. 2007: http://religion.orf.at/projekt03/news/0708/ne070830_moschee_fr.htm.

IGGiÖ Nachbarn: zum Moschee- und Minarettbau: http://www.islaminitiative.at/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=153

3. Frauen, Ehe, Geschlechtergerechtigkeit

Bielefeldt, Heiner (2005), Zwangsheirat und multikulturelle Gesellschaft. Anmerkungen zur aktuellen Debatte, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Die Bedeutung des Korans, arabisch-deutsch ([2]1998), 5 Bd., genehmigt von der al-Azhar Universität in Kairo, München: SKD Bavaria-Verlag.

El Masrar, Zineb (2010), Muslim Girls. Wer wir sind, wie wir leben, Frankfurt/Main: Eichborn.

Falaturi, Abdoldjavad ([2]2002a), Grundkonzept und Hauptideen des Islam, Hamburg: Islamische Akademie Deutschland.

Frevert, Ute (1995), „Mann und Weib, Weib und Mann". Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München: Beck.

Gebhardt, Winfried u. a. (Hg.) (1993), Charisma. Theorie — Politik — Religion, Berlin-New York: de Gruyter.

Knieps, Claudia (1999), Geschichte der Verschleierung der Frau im Islam, Würzburg: Ergon.

Rassoul, Muhammad Ibn Ahmad (1996), Handbuch der muslimischen Frau, Islamische Bibliothek, Köln: Islamische Bibliothek.

Rumpf, Mechthild / Gerhard, Ute / Jansen, M. Mechthild (Hg.) (2003), Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion, Bielefeld: transcript.

Sauer, Birgit / Strasser, Sabine (Hg.), Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus, Wien: Promedia.

Schinkele, Brigitte (2009), Verschleierung einer Angeklagten im Gerichtssaal? Überlegungen aus grundrechtlicher Sicht, in: Bunzl / Hafez, 157–168.

Schirrmacher, Christine / Spuler-Stegemann, Ursula (2004), Frauen und die Scharia. Menschenrechte im Islam, München: Diederichs.

Shemshadia, Mahboubeh / Nourbakhsh, Younes (2004), Die Stellung der Frau in der Geschichte und in den Religionen, Hamburg: Islamische Akademie Deutschland.

Theißen, Gerd ([3]1989), Studien zur Soziologie des Urchristentums, Tübingen: Mohr.

Wohlrab-Sahr, Monika (1999), Konversion zum Islam in Deutschland und in den USA, Frankfurt/Main-New York: Campus.

Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung (Hg.) (2005), Ein einziges Wort und seine große Wirkung (Sure 4, 34), Köln.

Internetseiten:

Jacobs, Andreas (2010), Verschleierung in Ägypten: http://www.kas.de/wf/de/33.20438/

Huda — Netzwerk für muslimische Frauen: http://www.huda.de/index.html

4. Mission

Eickelman, Dale, F. / Anderson Jon, W. ([2]2003), New Media in the Muslim World. The Emerging Public Sphere, Bloomington: Indiana University Press.

Elsas, Christoph (Hg.) (2010), Interreligiöse Verständigung zu Glaubensverbreitung und Religionswechsel, VI. Internationales Rudolf-Otto-Symposion 2008, Berlin: EB-Verlag.

Elsas, Christoph (2002), Religionsgeschichte Europas, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Ende, Werner / Steinbach, Udo / Laut, Renate ([5]2005), Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung — Kultur und Religion — Staat, Politik und Recht, München: Beck.

Ezzati, Abul-Fazl ([4]2002), The Spread of Islam. The Contributing Factors, London: Islamic College for Advanced Studies Press: Saqi Books.

Felten, Franz J. (Hg.) (2004) Bonifatius — Apostel der Deutschen. Mission und Christianisierung vom 8. bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart: Steiner.

Hock, Klaus (1986), Der Islam im Spiegel westlicher Theologie. Aspekte christlich-theologischer Beurteilung des Islams im 20. Jahrhundert, Köln: Böhlau.

Masud, Khalid (ed.) (2000), Travellers in Faith: Studies of Tablighi Jama'at as a Transnational Movement for Faith Renewal, Leiden: Brill.

Moussa, Mohammed Youssef (2006), Islam und dessen Notwendigkeit für die Menschheit, Kairo.

Padberg von, Lutz E. (1995), Mission und Christianisierung. Formen und Folgen bei Angelsachsen und Franken im 7. und 8. Jahrhundert, Stuttgart: Steiner.

Poston, Larry (1992), Islamic Da'wah in the West. Muslim Missionary Activity and the Dynamics of Conversion to Islam, Oxford: Oxford University Press.

Sievernich, Michael (2009), Die christliche Mission. Geschichte und Gegenwart, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Waardenburg, Jaques (2002), The Call (Da´wa) of Islamic Movements, in: ders., Islam. Historical, Social, and Political Perspectives, Berlin-New York: de Gruyter, 303–316.

Walker Paul F. (1995), Da'wah. Qur'anic Concepts, in: OEMIW I, 343–346.

Wendt, Reinhard (2007), Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500, Paderborn: Schöningh (UTB).

Wilhelm, Jürgen / Ihne, Hartmut (Hg.) (2009), Religion und globale Entwicklung. Der Einfluss der Religion auf die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin: University Press.

Wiedl, Nina (2008), Da'wa — Der Ruf zum Islam in Europa, Berlin: Schiler.

Witte Jr., John / Martin, Richard C. (ed.) (1999), Sharing the Book. Religious Perspectives on the Rights and Wrongs of Proselytism, Maryknoll: Orbis.

Wood Simon A. (2008), Christian Criticisms, Islamic Proofs. Rashid Rida´s Modernist Defence of Islam, Oxford: Oneworld.

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2011), Zeugnis, Einladung, Bekehrung. Mission in Christentum und Islam, Theologisches Forum Christentum — Islam, Regensburg: Pustet.

Internetseite:

Kolonialismus: http://www.ked-bayern.de/newsarchiv.htm

5. Gemeinsame geistliche Praxis

Bernhardt, Reinhold (2007), Zur „Legitimität" gemeinsamen Betens von Christen und Muslimen, in: Miksch, Jürgen (Hg.), Evangelisch aus fundamentalem Grund. Wie sich die EKD gegen den Islam profiliert, Frankfurt/Main: Lembeck, 186–206.

Bethune, Pierre F. De (1998), The Bond of Peace. A Few Theological Reflections about Interreligious Prayer, in: Pro Dialogo, 98/2, 159–165.

Christen und Muslime: Gemeinsam beten? (2003), Überlegungen und Texte. Arbeitspapier des Ausschusses „Islam in Europa": Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, Konferenz der Europäischen Kirchen, St. Gallen.

Hauschildt, Eberhard / Ucar, Bülent (2010), Islamische Seelsorge in Deutschland im Aufbruch, in: Pastoraltheologie, 99/6, 256–263.

Kraft, Friedehelm (2010), Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche, in: Pastoraltheologie 99/6, 236–251.

Mayerhofer, Beatrix (2007), Alphabetisierung in der je eigenen Religion. Das Modell einer multireligiösen Schule in Wien, in: Heine, Susanne (Hg.), Verkündigung und Forschung, 52/1: Interreligiöses Lernen.

Ökumenische Gottesdienste und religiöse Feiern (2006). Orientierungen, Feierformen, Anregungen zur Gestaltung, Beispiele aus der Praxis. Zusammenstellung: Ökumenereferat und Liturgiereferat in Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Kommission der Diözese Linz, Linz.

Pro Dialogo, Pontificium Consilium pro Dialogo inter Religiones Citta del Vaticano (Hg.).

Reinbold, Wolfgang (2010), Zur Begegnung von Kirchengemeinden und Moscheegemeinden. Kontexte, Atmosphären, Voraussetzungen, in: Pastoraltheologie 99/6, 200–214.

Rommel, Birgit (2010), Damit wir „ein Haferkorn weiterkommen“. Islam als Thema evangelischer Erwachsenenbildung, in: Pastoraltheologie 99/6, 215–235.

Schmid, Hansjörg / Renz, Andreas / Sperber, Jutta (Hg.) (2006), „Im Namen Gottes . . .“. Theologie und Praxis des Gebets in Christentum und Islam, Theologisches Forum Christentum — Islam, Regensburg: Pustet.

Schreiner, Peter / Sieg, Ursula / Elsenbast Volker (Hg.) (2005), Handbuch interreligiöses Lernen, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Sottocornola, Franco (1998), Biblical Perspectives on Interreligious Prayer, in: Pro Dialogo, 98/2, 166–185.

Thangaraj, Thomas M. (1998), A Theological Reflection on the Experience of Interreligious Prayer, in: Pro Dialogo, 98/2, 186–196.

VI. Möglichkeiten der Begegnung

Bsteh, Andreas / Mirdamadi, Seyed A. (Hg.) (2010), Österreichisch-Iranische Konferenz: Hermeneutik, Mödling: St. Gabriel.

Bsteh, Andreas / Mirdamadi, Seyed A. (Hg.) (2001), Werte, Rechte, Pflichten. Grundfragen einer gerechten Ordnung des Zusammenlebens in christlicher und muslimischer Sicht, Zweite Iranisch-Österreichische Konferenz, Mödling: St. Gabriel.

Geisler, Ralf (1997), Das Eigene als Fremdes. Chancen und Bedingungen des christlich-islamischen Dialogs, Hannover: Lutherisches Verlagshaus.

Hagemann, Ludwig / Albert, Reiner (Hg.) (1998), Dialog in der Sackgasse? Christen und Muslime zwischen Annäherung und Abschottung, Würzburg: Echter.

Heine, Peter ([3]2009), Kulturknigge für Nichtmuslime, Freiburg: Herder.

Neuser, Bernd (Hg.) (2005), Dialog im Wandel. Der christlich-islamische Dialog: Anfänge — Krisen — neue Wege, Neukirchen-Vluyn: Verlagshaus.

Troll, Christian W. (2008), Unterscheiden um zu klären. Orientierung im christlich-islamischen Dialog, Freiburg: Herder.

Zakzouk, Mahmoud (2003), Der Islam und die Fragen des Dialogs, Kairo: Oberster Rat für Islamische Angelegenheiten.

VII. Theologie im christlich-muslimischen Gespräch

Siehe dazu auch die Literatur zu Kapitel IV.

Bauschke, Martin (2001), Jesus im Koran, Köln: Böhlau.

Berger, Lutz (2010), Islamische Theologie, Wien: Facultas WUV.

Falaturi, Abdoldjavad ([2]2002b), Dialog zwischen Christentum und Islam, Hamburg: Islamische Akademie Deutschland.

Geißner, Hellmut (1968), Der Hörer predigt mit. Über Sinnkonstitution rhetorischer Kommunikation, in: Peier, Martin u. a. (Hg.) (2007), Beim Wort genommen. Kommunikation in Gottesdienst und Medien, Zürich: TVZ, 117–126.

Hodžić, Dževad (2008), Muslimische Auffassungen der Geschichte des Islams und die Erfahrung des Leids, in: Renz, Andreas, 112–119.

Inam, Hüseyin (2008), Reflexionen des Leids bei Muslimen, in: Renz, Andreas, 87–98.

Khalidi, Tarif (ed.) (2001), The Muslim Jesus. Sayings and Stories in Islamic Literature, Cambridge: Harvard University Press.

Körner, Felix (Hg.) (2006), Alter Text — neuer Kontext. Koranhermeneutik in der Türkei heute, Freiburg: Herder.

Kratz, Reinhard G. / Nagel, Tilman (Hg.) (2003), „Abraham, unser Vater“, Göttingen: Wallstein.

Kreplin, Matthias (2001), Das Selbstverständnis Jesu, Tübingen: Mohr.

Lahbabi, Mohammed Aziz (2011), Der Mensch: Gottes Zeuge. Entwurf einer islamischen Anthropologie; Auswahl, Übersetzung, Kommentar: Markus Kneer, Georges-Anawati-Stiftung Bd. 5, Freiburg: Herder.

Loth, Jürgen / Mildenberger, Michael / Tworuschka, Udo (Hg.) ([2]1979), Christentum im Spiegel der Weltreligionen [mit neuzeitlichen muslimischen Quellentexten], Stuttgart: Quell.

Nagel, Tilman (2008), Allahs Liebling. Ursprung und Erscheinungsformen des Mohammedglaubens, München: Oldenbourg.

Nagel, Tilman (1994), Geschichte der islamischen Theologie. Von Mohammed bis zur Gegenwart, München: Beck.

Nagel, Tilman (2003), „Der erste Muslim“. Abraham in Mekka, in: Kratz / Nagel, 133–149.

Ostmeyer, Karl-Heinrich (2006), Kommunikation mit Gott und Christus, Wissenschaftliche Untersuchungen zum Neuen Testament 197, Tübingen: Mohr.

Özsoy, Ömer (2006), Die Geschichtlichkeit der koranischen Rede und das Problem der ursprünglichen Bedeutung von geschichtlicher Rede, in: Körner 2006.

Renz, Andreas u. a. (Hg.) (2008), Prüfung oder Preis der Freiheit?, Leid und Leidbewältigung in Christentum und Islam, Regensburg: Pustet.

Renz, Andreas (2002), Der Mensch unter dem An-Spruch Gottes. Offenbarungsverständnis und Menschenbild im Islam im Urteil gegenwärtiger christlicher Theologie, Würzburg: Ergon.

Rißе, Günter (1989), Gott ist Christus, der Sohn der Maria. Eine Studie zum Christusbild im Koran, Bonn: Borengässer.

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2010), „Nahe ist dir das Wort . . .“. Schriftauslegung in Christentum und Islam, Regensburg: Pustet.

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2009), Verantwortung für das Leben. Ethik in Christentum und Islam, Regensburg: Pustet.

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2007), Identität durch Differenz? Wechselseitige Abgrenzungen in Christentum und Islam, Regensburg: Pustet

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2004), Heil in Christentum und Islam, Erlösung oder Rechtleitung, Theologisches Forum Christentum — Islam: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Schmid, Hansjörg u. a. (Hg.) (2003), Herausforderung Islam. Anfragen an das christliche Selbstverständnis, Theologisches Forum Christentum — Islam: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Schoen, Ulrich (2004), „Den einen Schriftvers nicht mit dem anderen totschlagen!“ Thesen zu Prädestination und Freiheit, in: Schmid, Hansjörg, 161–166.

Schwöbel, Christoph (2002), Gott in Beziehung, Tübingen: Mohr.

Takim, Abdullah (2007), Koranexegese im 20. Jahrhundert. Islamische Tradition und neue Ansätze in Süleyman Ateş's „Zeitgenössischem Korankommentar“, Istanbul: Yeni Ufuklar.

Takim, Abdullah (2009), Stellvertreter oder Ebenbild Gottes? Der Mensch in Christentum und Islam, in: Schmid, Hansjörg, 46–51.

Takim, Abdullah (2010), Offenbarung als „Erinnerung“. Die Einheit der Offenbarungsreligionen und die Funktion der biblischen Erzählungen im Koran, in: Schmid, Hansjörg, 184–196.

Internetseite:

Hans-Joachim Eckstein, Die Anfänge trinitarischer Rede von Gott im Neuen Testament: http://www.uni-tuebingen.de/uni/v01/downloads/Eckstein_Anfaenge-trinitarischer-Rede.pdf

Literatur zur Einführung:

Ammann, Ludwig (2004), Cola und Koran. Das Wagnis einer islamischen Renaissance, Freiburg: Herder.

Bauer, Thomas (2011), Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islam, Berlin: Insel.

Bauschke, Martin (2001), Jesus im Koran, Köln-Weimar-Wien: Böhlau.

Bobzin, Hartmut (2000), Mohammed, München: Beck

Bobzin, Hartmut (⁷2007), Der Koran, München: Beck

Halm, Heinz (⁷2007), Der Islam. Geschichte und Gegenwart, München: Beck.

Kermani, Navid (Hg.) (2006), Mehdi Bazargan: Und Jesus ist sein Prophet — Der Koran und die Christen, München: Beck.

Neuser, Bernd (Hg.) (2005), Dialog im Wandel. Der christlich-islamische Dialog: Anfänge — Krisen — neue Wege, Neukirchen-Vluyn: Verlagshaus.

Rumpf, Mechthild / Gerhard, Ute / Jansen, M. Mechthild (Hg.) (2003), Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion, Bielefeld: transcript.

Schimmel, Annemarie (2001), Die Religion des Islam. Eine Einführung, Stuttgart: Reclam.

Schöller, Marco (2008), Mohammed, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schwöbel, Christoph / Tippelskirch von, Dorothee (Hg.) (2003), Die religiösen Wurzeln der Toleranz, Freiburg: Herder.

Besonders aufschlussreich sind die Publikationen des theologischen Forums Christentum — Islam im Verlag Pustet (Regensburg), herausgegeben von Hansjörg Schmid oder Andreas Renz.

Mitglieder des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Generalsynode A. und H. B. in Österreich:

Superintendent Mag. Hermann Miklas (Obmann)
Bischof Dr. Michael Bünker
Pfarrer Mag. Olivier Dantine
Pfarrer Dr. Peter Gabriel
Univ.-Prof. em. Dr. Susanne Heine
Direktorin Dr. Jutta Henner
Superintendent Dr. Gerold Lehner
Superintendent Mag. Hansjörg Lein
Superintendentialkuratorin Erna Moder
Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Pratscher
Senior Pfarrer Mag. Friedrich Rössler
Pfarrer Dr. Stefan Schumann
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Wischmeyer
Oberkirchenrat Mag. Johannes Wittich

P. b. b. Erscheinungsort Wien

Medieninhaber: Evangelische Kirche in Österreich, Kirchenamt A. B. Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Dr. Michael Bünker. Alle: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien. – Hersteller: Evangelischer Presseverband Wien. – Verlags- und Herstellungsort: Wien. – DVR-Nr. 0418056